DOKUMENTATION

Presse ★ Flugblätter ★ Presseerklärungen ★ Auslandspresse ★ Soli-Aktionen

12.–14. November '90

ur MAINZER STRASSE

IMPRESSUM

Vertrieb: Info-Café,Kreuzigerstr.18,1035 Berlin-Friedrichshain

V.i.S.d.P.: B.Arri

Zu bestellen gibts die Doku erst ab 10 Stück gegen Vorauskasse (Scheck/Scheine),und denn kostets 5,-pro Stück.Überschüße gehn in die Mainzer Prozeßkosten-Kasse.

INHALT : S.7-17 13.November
18-33 14.Nov.
34-70 15.Nov.
71-83 16.Nov.
84-93 17/18.Nov.
94-100 19.Nov.
101-105 20-23.Nov.
106-115 Magazine/Wochenzeitunge
116-120 Auslandspresse
121-139 Fluggis,Presseerklärung
Soli-Aktionen

BETRIFFT RÄUMUNG DER MAINZER

Der Ermittlungsausschuß braucht immer noch Gedächtnisprotokolle von der Räumung----Außerdem sollen sich alle, die in diesem Zusammenhang Vorladungen von Bullen oder Staatsschutz bekommen,sofort bei uns melden!!!

Ermittlungsausschuß im Mehringhof

GNEISENAUSTR.2A,1Berlin61 Tel. 692 22 22
jeden Dienstag 20-22 Uhr

12.-14.November 90,Berlin-Friedrichshain
Mit einem bis dahin beispiellosen militärischen Aufgebot, werden die besetzten Häuser in der Mainzer Straße angegriffen und trotz der entschloßenen Verteidigung geräumt. Weit über 400 Festnahmen, ungezählte Verletzte... Durch Lügen,Verdrehungen und Hetze wird versucht unseren Widerstand zu kriminalisieren.Die "Presse-Vielfalt" wird zur Presse-Einheit.
Jeder Ansatz einer Erklärung für das,was hier passiert ist,muß scheitern,solange wir nur ihren Terror hier erleben.Nur wenn wir den Prozeß der Umstrukturierung der Städte,die Zerschlagung und Kriminalisierung von uns und unseren Zentren (Hamburg,Köln,Groningen...),ihre Pläne (Schengener Abkommen,Trevi...) miteinbeziehen,wird ihr Machtaufgebot begreifbar.Nicht nur die Zerschlagung von Widerstand ist ihr Ziel,schon die Gedanken an die Möglichkeit von Widerstand, die Träume an ein herrschaftsfreies und selbstbestimmtes Leben wollen sie zerstören.

WIR VERLIEREN NICHT IN UNSEREN NIEDERLAGEN

SONDERN IN DEN KÄMPFEN DIE WIR NICHT FÜHREN !!

ABKÜRZUNGEN :
BZ=Berliner Zeitung
TAZ=die tageszeitung
MoPo=Berliner Morgenpost
Tsp=der Tagesspiegel
FR=Frankfurter Rundschau
ND=Neues Deutschland
Vbl=Volksblatt
WamS=WeltamSonntag

AUFFORDERUNG AN DIE BEVÖLKERUNG

Sie haben eine Armee gegen uns gestellt, gerichtet ist sie auch auf euch.
Mit den Barrikaden sollen auch unsere Ideen und Hoffnungen planiert werden. Sie können es nicht ertragen, daß es diesmal andere sind als sie selbst, die sagen: Bis hierher und nicht weiter!
Sie haben uns als Chaoten, Gewalttäter und Terroristen bezeichnet.
Sie haben ihre Gewaltmaschinerie aufgefahren. Sie wollen zeigen, daß sie die Macht haben, jeden Widerstand zu ersticken.
Nicht nur unseren, jeden!
Unsere Schreie sollen euch in den Ohren dröhnen, unsere Köpfe rollen bis zu euch.
"Seht her", brüllen die Mächtigen durch die Stadt, "so geht es allen, die unsere Grenzen nicht akzeptieren, wer sich uns nicht beugt, wird gebrochen."
Es geht nicht nur um die Häuser, um Besetzungen, es geht um mehr.

- "Wenn ihr demonstriert, denkt an die Grenzen."
- "Wenn ihr streikt, denkt an die Grenzen."
- "Vergesst nie diese Grenzen, wenn ihr Schikanen ertragen sollt,
wenn ihr vor Behörden und Gerichten steht, wenn ihr eure Mieterhöhung bekommt,
wenn der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht, wenn euch der Chef zur Arbeit treibt."

ERKENNT DIESE GRENZEN! TRAGT SIE NICHT MIT!

SPRENGT DIE KETTEN IN EUREN KÖPFEN!

SCHAUT ÜBER DEN HORIZONT HINAUS!

Für ein HERRschaftsfreies Leben ohne Angst,
gemeinsam sind wir stark!

DER KAMPF GEHT WEITER!

Chronologie der Ereignisse

Mo. 12. Nov. 90

7.00 Uhr Die Bullen räumen die besetzten Häuser in der Pfarrstr. 110 und 122 sowie Cortinusstr. 16 .
Zwei Festnahmen , eine kleine Prügelei seitens der Bullen. Wie sich später herausstellt war zumindest eine der Räumungen in der Pfarrstr. widerrechtlich, da die Besitzer des Hauses von der Wohnugsverwaltung nicht informiert wurden und nach eigenen Aussagen die Besetzer zurück in das Haus haben wollen. Eine vorherige Räumungsaufforderung wurde auch den BesetzerInnen nicht mitgeteilt. →

11.00 Uhr Die BesetzerInnen der Mainzer Str. brechen zu einer kurzen Solidaritätskundgebung auf der Frankfurter Allee auf, wobei zum Schutz vor aufgebrachten Autofahrern zwei kleine Baustellengitter auf die Straße gestellt wurden. Unter dem Motto "Räumt die Knäste nicht die Häuser " zogen wir 15 Minuten durch den Friedrichshainer Kiez.Als wir zurückkamen standen vor der Mainzer Str. auf der Frankfurter Allee zwei Hundertschaften Bullen und ein Wasserwerfer. Die Straßenabsperrung war schnell wieder abgebaut. Da wir nur ca. 50 Leute waren zogen wir uns angesichts des hohen Bullenaufgebots in die Häuser zurück. →

12.00 Uhr In die nun fast leere Straße drangen 20 Bullen ein, schossen Tränengas. Ein Wasserwerfer folgte und beschoß wahllos Wohnungen auf beiden Seiten der Straße. Bereits bei diesem ersten Angriff schoß die Polizei in das Kinderzimmer eine "normal" gemieteten Wohnung, in dem ein einjähriges Kind mit Fieber im Bett lag.. Insgesamt fuhren die Wasserwerfer vier mal durch die Straße, wobei sie beim letzten Mal mit Wasser und Tränengas in die Frankfurter Allee schossen, wo sich bereits Neugierige und SympatisantInnen eingefunden hatten. Mittlerweile war auch der Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu eingetroffen, um mit uns zu verhandeln; von den Bullen hatte er bereits die Zusicherung erhalten, sie würden sich zurückziehen.Als er die Straße wieder verlassen wollte, wurde auch er mit Tränengas und Wasser beschossen. →

15.00 Uhr Die Bullen zogen sich zurück. Wir begannen nun kleine Straßenabsperrungen zu bauen, um die Häuser vor weiteren angriffen zu schützen. Gleichzeitig versuchten wir fieberhaft an irgendwelche Zuständigen oder Verantwortlichen heranzukommen, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen.

17.00 Uhr Pressekonferenz im Antiquariat in der Mainzer. Wir betonen unsere Verhandlungsbereitschaft, und daß wir die Barrikaden abbauen wenn die Bullen aus dem Kiez verschwinden und wir eine schriftliche Nichträumungsgarantie bekommen. Mendiburu findet es verständlich und legitim, daß wir Barrikaden erbauen, um unsere Häuser vor Räumung zu schützen, wenn wir dadurch erreichen können, daß die Vermittlungen zum Erfolg führen und ein Waffenstillstand erreicht wird. →

20.00 Uhr Ein neuer Angriff der Bullen erfolgt ohne Warnung. Niemand wurde aufgefordert, die Straße oder die Häuser zu verlassen. Mendiburu, der wiederum zwischen Einsatzleitung und BesetzerInnen zu vermitteln suchte, wurde abermals vom Wasserwerfer getroffen.Ein Initiativkreis von Abgeordneten der Bezirksverordnetenversammlun (BVV), Prominenten (Bärbel Bohley) und AnwohnerInnen hatte sich gebildet, um für eine friedliche Lösung einzutreten. Bärbrl Bohley versuchte stundenlang Pätzold zu erreichen oder mit dem Einsatzleiter zu sprechen, beides ohne Erfolg. Den ganzen Abend über wurde die Mainzer Str., von der Boxhagener Str., der Scharnweber Str. und der Frankfurter Allee aus mit Tränengas, Kotzgas (CN/CS), Blendschockgranaten und Wasserwefern beschossen. Es gelangh den Bullen jedoch nicht in die Mainzer einzudringen. Zur Verteidigung sahen die BesetzerInnen keine andere Möglichkeit mehr, als sich mit Steinen zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig spricht Mendiburu mit dem Einsatzleiter der ihm sagt, daß er hier nichts mehr zu melden habe. →

23.00 Uhr Auf der Frankfurter Allee bildete sich zwischen Barrikaden und Bullen eine Abgeordnetenkette, um gegen den massiven Polizeieinsatz zu protestieren und eine friedliche, politische Lösung des Konfliks zu erreichen. Die Promikette, in der sich u. a. Ines Köhnen (UFV), Kai Schirmer (Bündnis 90), Bärbel Bohley (NF) und andere Abgeordnete von SPD und PDS befanden, wurde von einem Wasserwerfer gesprengt. Doch immer wieder zog die Promikette schützend vor den Barrikaden auf, ab 03.00 Uhr befand sich auch Renate Künast unter den Promis. Da in der Mainzer und in umliegenden Straßen ca. 1 500 Menschen solidarisch mit den BesetzerInnen kämpften, bzw. sich vor die Bullen stellten, drangen diese nicht in die Mainzer vor. Bis ca. 01.00 Uhr fuhr der Wasserwerfer ständig schnell an der Mainzer vorbei. Und immer wieder Vermittlungsversuche, Telefongespräche, Interviews. →

13. Nov.

01.00 Uhr Jetzt wird auch auf der Boxhagener Str. eine Straßensperre errichtet.

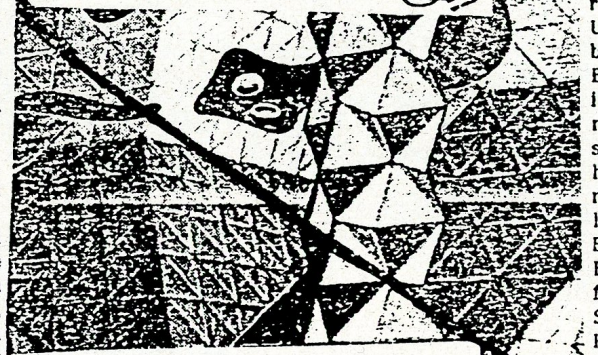
03.00 Uhr Erst jetzt erreichte Bärbel Bohley nach endlosen Gesprächen, daß sich die Polizei zurückzieht. Sie bleiben jedoch die ganze Nacht und den ganzern nächsten Tag im Kiez. Nach dem Abzug der Bullen räumten BesetzerInnen in Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung die Frankfurter Allee von Barrikaden frei . Dies war die Erfüllung des "Waffenstillstands", den Bärbel Bohley erreicht hatte.

07.00 Uhr Jetzt begannen die Versuche von Aufklärungsarbeit und Unterstützung. Bärbel Bohley meldete sich dauernd bei Pätzoid an, der jedoch war den ganzen Tag nicht für sie zu sprechen. Wir suchten den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung in un zähligen Gesprächen und per Megaphon. Um 11.00 Uhr Straßenplenum, auf dem einhellig beschlossen wurde, alles mebnschenmögliche zu unternehmen, um den angedrohten Bürgerkrieg und die anschliesende Räumung zu verhindern. In unzähligen Interviews bekundeten wir weiterhin unsere Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft.

Um 14.00 Uhr hielten wir eine Pressekonferenz ab, auf der wir u. a. erzählten, daß wir die ganzen sechs Monate, die wir in der Mainzer wohnten, auch Verhandlungen geführt hatten. Mendiburu war nur einer der Zeugen dieser Verhandlungen. Beweismaterial gibt es noch und nöcher. Auch den Wunsch, den Konflikt friedlich beizulegen und die Barrikaden sofort abzubauen, erhielten wir eine Nichträumungsgarantie, machten wir immer wieder deutlich. Warum haben das die Presse, die Medien nicht veröffentlicht.

09.00 Uhr Die letzten kämpfenden flüchteten sich zu den anderen in die Häuser, um dort auf ihre Verhaftung zu warten. Von wegen " Mann gegen Mann". Zig Frauen waren unter den ersten Festgenommenen, die von fünf bis zehn Bullen jeweils zusammengeschlagen und dann abgeführt wurden. Wegen der permanenten Angriffe von Neo-Nazis waren die Häuser gut gesichert, so daß die Bullen zum Teil mehrere Stunden brauchten, um die Häuser zu erstürmen. Die Menschen in den Häusern kochten sich die letzte Tasse Tee, saßen zusammen in den Gemeinschaftsräumen und trösteten sich. Als die Bullen dann dort eintrafen, wurden die Menschen mit unvorstellbarer Härte und Brutalität behandelt. In zwei Häusern mit SEK-Einheiten kam es zu besonders blutigen Szenen. Alle wurden mit Tritten auf den Kopf zu Boden gezwungen, den Frauen wurde in den Unterleib getreten (als Folge ein Milzriß - zwei Tage Intensivstation mit Lebensgefahr), eine Leber-Nierenstauchung (Vergiftungserscheinungen mit Lebensgefahr) und schwere Unterleibsblutungen. Ganz zu schweigen von Knochenbrüchen, schweren Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Prellungen die den BesetzerInnen und UnterstützerInnen zugeführt wurden, obwohl selbst der Polizeibericht nur von einem Fall von Widerstand redet. Eigentlich wurden alle Festgenommenen verletzt, wobei die Insaßen des Tuntentowers noch Glück hatten da in ihrem Haus soviel Prominenz anwesend war, daß sich die Bullen nicht trauten ihre Prügelorgien abzuziehen.

17.00 Uhr Gegen Einbruch der Dunkelheit wurde bekannt, daß für die Bullen um 05.00 Uhr Wecken sei und BGS-, GSG- und SEK-Einheiten aus dem Bundesgebiet unterwegs seien. Daraufhin wurde verstärkt mit dem Barrikadenbau fortgefahren, da offensichtlich mit einer Räumung zu rechnen war, obwohl Pätzold in der Nacht vorher im Rundfunk das Gegenteil behauptete. Super war die Unterstützung von außen. Wer nicht selbst mit uns kämpfen wollte, der/die half uns auf andere Weise. Ein Architekt erklärte uns, wie tief wir die Gräben machen müssen, damit kein Räumfahrzeug mehr duchkommt; Bauarbeiter zeigten uns den Gebrauch eines Presslufthammers und eines Baggers. Ein Bürger stellte einen Lautsprecher in sein Fenster und begleitete so den Barrikadenbau mit Musik.



Von AnwohnerInnen wurde beobachtet wie Menschen unverletzt in die Häuser gingen und schwer verletzt, blutüberströmt wieder heraus kamen. Die Bullen standen in den Häusern spalier, durch das die Gefangenen gehen mußten, wo es zu sexistischen Übergriffen gegen Frauen kam und die Leute die Treppen heruntergestoßen wurden. Die Verhaftungen dauerten bis ca. 15.00 Uhr an - währenddessen sangen die Gefangenen "Keine Macht für Niemand" und "Der Traum ist aus" - die Bullen dagegen sangen "We are the Champions". Außerdem Trommelten sie gegen Rolläden und Plastikschilde um ihren Sieg zu feiern. In die Gefangenentransporter wurde Tränengas geschossen.
Die anwesende Presse hatte gelegenheit all dies zu beobachten, zu fotografieren und zu filmen - wo ist dieses Material?
Um 15.00 sind alle Gefangenen abtransportiert, die halbe Mainzer Str. wird mit hohen Gittern abgesperrt.

14. Nov.
03.45 Uhr (Mietshaus) In der Mainzer 23 wurde ein Kellerbrand entdeckt. Der Verantwortung voll bewußt, daß ein Löschzug nicht so schnell durch die Barrikaden käme, begannen sofort fieberhafte Löschaktionen mit Sand, Wasser und Feuerlöschern. Die ganze Straße war auf den Beinen, den Brand zu löschen. Unter Einsatz ihres Lebens stiegen auch einige direkt in den Keller, um den Feuerherd unter Kontrolle zu bekommen. Als die Feuerwehr kam, wurde sie natürlich in keinster Weise behindert. Im Gegenteil: Die Barrikaden wurden geöffnet, damit die Feuerwehrleute durchkonnten, um den Brand zu löschen. Eine Frau mit Kind hatten wir bereits über eine Leiter aus dem ersten Stock evakuiert. Als der Brand gelöscht war blieb ein Feuerwehrmann zur Beobachtung zurück, er ging jedoch, als gegen 05.30 Uhr die Bullen auffuhren, da er Angst bekam. Die Vermutung, daß dieser Brand Sabotage war verfestigte sich immer mehr: das letzte noch funktionierende Telefon der besetzten Häuser war bei Brandbeginn von außerhalb abgestellt worden, es funktionierte erst wieder, als der Brand gelöscht war. Ebenso erschienen bei Brandbeginn Dokumentationsteams der Bullen auf den Dächern der Frankfurter Allee gegenüber der Mainzer Str., um mit Richtmikrophonen und Kameras die Anzahl der in der Straße befindlichen Personen festzustellen.

15. Nov.
AnwohnerInnen beobachten in der Nacht die Siegesorgien der Bullen. Sie spielen Fußball, singen, klauen den Sekt aus dem Haus Nr. 4 und das Bier aus der Nr. 7 .

08.00 Uhr Die Demolierungsmaßnahmen beginnen. Mobiliar, Geschirr, Bücher, Stereoanlagen fliegen aus den Fenstern, Möbel mit Äxten zertrümmert und die Bevölkerung zur Plünderung aufgefordert.

STRAßENPLENUM DER MAINZER STR.

06.00 Uhr Die Bullen stellen sich mit allem, was sie zu bieten haben an allen Zugängen zur Mainzer auf. Nun beginnt der Bürgerkrieg. CN/CS-Gas wird massiv eingesetzt. Ebenfalls Wasserwerfer, Gummigeschosse (in Berlin verboten-nur in Bayern erlaubt) und scharfe Munition.

06.30 Uhr Der Brand in der Nr. 23 bricht erneut aus. Unsere Aufforderung an die Bullen den Angriff auszusetzen bis der Brand gelöscht sei wurde ignoriert. Da die Feuerwehrleute nicht im unmittelbaren Bereich des Bulleneinsatzes sein wollten, weigerten sie sich in die Straße zu gehen, übergaben aber der Polizei den Schlüssel für den Hydranten. Lena Schraut, die sich in einem der besetzten Häuser befand, um zu vermitteln, erklärte sich bereit den Schlüssel abzuholen. Sie wurde jedoch dermaßen mit Tränengas beschossen daß es ihr unmöglich war die Barrikade zu passieren. Glücklicherweise schafften wir es selbst, den Brand zu löschen, trotz der schon laufenden Räumung. Eine Menschenkette die" keine Gewalt" und "keine Räumung" forderte, formierte sich vor der Barrikade in der Boxhagener Str. . Sie Wurde von den Bullen mit einem Wasserwerfer weggefegt und daraufhin die erste Barrikade mit Räumpanzern. Einen Durchgang den wir für PassantInnen freigelassen hatten, nutzten die Bullen, um zu Fuß von der Boxhagener in die Mainzer einzudringen. Das erste Räumfahzeug war am Graben steckken geblieben und mußte wieder rausgezogen werden. Gegen den nun einsetzenden Steinhagel schützten sich die Bullen mit zwei x ein Meter großen Schildern. Gleichzeitig stiegen SEK-Einheiten auf die Dächer, um von dort in die Häuser einzudringen. Doch zuvor schossen sie erstmal auf die Menschen die auf den Dächern standen-mit Gasgranaten und Gummigeschossen, wobei ein Absturz mit Todesfolge billigend in Kauf genommen wurde. Diese SEK-Einheiten waren trotz Vermummungsverbot maskiert.

Tränen, Blut, Trümmer

Die Nacht der Gewalt

● 1000 Chaoten bei Straßenschlacht in Friedrichshain ● Autos zertrümmert, Pflaster aufgerissen, überall Barrikaden ● Straßenbahn in Flammen ● Viele Polizisten schwer verletzt ● Seite 3

Bild 13.11.

Chaoten-Schlacht! Stahlkugeln, Steine und Brandbomben gegen Polizisten

Mit unglaublicher Brutalität haben über 1 000 vermummte Chaoten – darunter viele aus Kreuzberg – letzte nacht im Bezirk Friedrichshain der Polizei eine stundenlange Straßenschlacht geliefert. Dabei wurde auch eine Straßenbahn der Linie 21 gestürmt, die Fahrgäste rausgejagt. Dann stürzten die Chaoten die Bahn um und zündeten sie an.

Auch Bauwagen und Autos gingen in Flammen auf. Polizisten wurden mit Feuerbomben und Steinen beworfen, mit Stahlkugeln beschossen. Von den Dächern schütteten die Chaoten brennendes Benzin auf die Einsatzkräfte der Polizei – über 50 Beamte wurden zum Teil schwer verletzt.

Einem wurde durch einen Steinwurf der Unterkiefer abgerissen. Ein Polizist: „Es kam uns eine Welle von Haß und Brutalität entgegen. Es war der schlimmste Einsatz – da war der 1. Mai vor zwei Jahren ein Sparziergang."

Der Schwerpunkt der Straßenschlacht lag rund um die Mainzer Straße, Frankfurter Allee und Boxhagener Straße, nur rund 3 Kilometer entfernt von der City.

Nach Mitternacht begannen die Chaoten in der Frankfurter Allee Richtung Zentrum auch Schaufensterscheiben zu zertrümmern. Dann wurde geplündert.

Chaoten hatten schon am Nachmittag Straßensperren aus Müllcontainern, Bauwagen und Gerümple errichtet. Sie verbarrikandierten sämtliche Hauseingänge in „ihrer Festung" in der Mainzer Straße mit Bauschutt und Gerüsten.

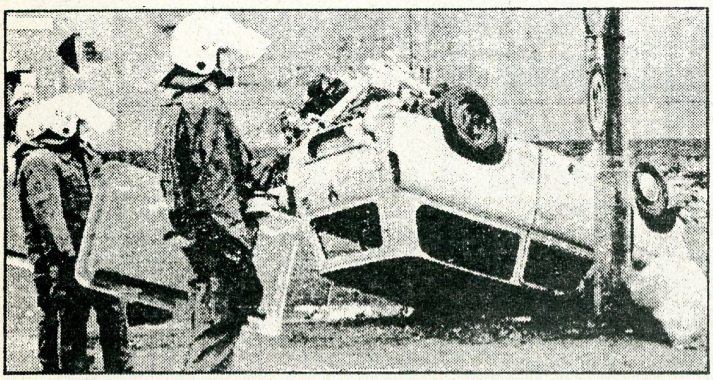
Mit einem gestohlenen Schaufelbagger rissen die Chaoten das Straßenpflaster auf, zogen tiefe Gräben („Panzergräben"), sammelten schwere Steine, bombadierten damit die Polizisten. Viele Anwohner verließen fluchtartig ihre Wohnungen, brachten sich in U-Bahnschächten in Sicherheit.

Auslöser der schwersten Krawalle seit Jahren war am Morgen die Räumung von drei besetzten Häusern in der Pfarrstraße 110 und 112 (Lichtenberg) sowie in der Cothenius Straße 16 (Prenzlauer Berg). Um 7 Uhr war die Polizei mit 250 Mann erschienen. Alles verlief zunächst friedlich. Als die Besetzer in der Mainzer Straße von der Räumung hörten, gaben sie die Parole aus: Auch wir werden geräumt. Daraufhin rotteten sich rund 300 Chaoten zusammen, die Krawalle begannen.

Um 14 Uhr hatte Bürgermeister Helios Mendibura (SPD) versucht mit den Hausbesetzern in der Mainzer Straße zu verhandeln. Doch ihre Antwort war: „Wir kämpfen bis die Bullen abhauen!

Übrigens: Die geräumten Häuser wurden erst Anfang Oktober besetzt. Die Räumung erfolgte auf Antrag der Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg.

Innensenator Erich Pätzold: „Nach der ‚Berliner Linie' ist die Räumung neu besetzter Häuser unausweichlich." Zur zeit sind im Ostteil der Stadt noch 130 Häuser besetzt.



Drei Polizisten mit Schutzhelm, Schutzschild und Schlagstock sperren eine Straße ab. Vo Ihnen liegt ein völlig demoliertes Fahrzeug, das von Hausbesetzern zerstört wurde

Der Steinewerfer trägt eine Gasmaske

Wieder Straßenschlacht in Berlin: Chaoten reißen mit entführtem Bagger die Straße auf

Schwere Krawalle in den Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg: Etwa 200 Hausbesetzer griffen Polizisten mit Steinen, Leuchtraketen und Molotow-Cocktails an. Sie rissen mit einem entführten Bagger die Straßen auf, errichteten Barrikaden aus Müllcontainern, Nagelbrettern und Stacheldraht. **Mittelseiten**

Vier Polizisten im harten Einsatz: Sie führen einen gewalttätigen Hausbesetzer ab

Schwere Krawalle in den Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg

Menschen flüchteten vor dem Bagger-Angriff der Vermummten in die U-Bahn

Berlin, 13. November

Vermummte Chaoten rissen in der Mainzer Straße (Friedrichshain) mit einem gekaperten Bulldozer die Asphalt-Decke auf, mehrere hundert Jugendliche hoben metertiefe Straßengräben aus, schütteten mit Sand einen mannshohen Wall auf. Sie verschanzten sich hinter Barrikaden aus Müllcontainern, Stacheldraht und umgestürzten Autos, lieferten der Polizei immer wieder Straßenschlachten.

Die Anwohner der benachbarten Scharnweber Straße flüchteten aus ihren Häusern, mit Taschen, Koffern und ihren Haustieren. Sie brachten aus ihren Wohnungen alles in Sicherheit, was sie tragen konnten, liefen mit Vogelkäfigen auf die Straße, flüchteten in U-Bahneingänge. Sie rannten durch die Nebenstraßen, suchten Schutz in Hauseingängen. Hilflos mußten sie mit ansehen, wie ihre Autos am Straßenrand zertrümmert wurden.

Bei den Krawallen wurden mindestens vier Polizisten verletzt. Einer von ihnen wurde nach Augenzeugen-Berichten von einem Ziegelstein am Kinn getroffen, sank wie leblos zu Boden.

Anlaß der gewalttätigen Ausschreitungen war die Räumung zweier Häuser in der Pfarrstraße 110/112 (Lichtenberg) und eines Hauses in der Cothenlosstraße 16 (Prenzlauer Berg) am frühen Morgen. An dem Einsatz um 7.30 Uhr waren 300 Polizisten beteiligt.

Während die Räumung der Cotheniusstraße friedlich verlief, wurden in der Pfarrstraße Polizisten durch Sympathisanten der Hausbesetzerszene mit Steinen beworfen.

Nach der Räumung der beiden Häuser in der Pfarrstraße mauerten Bauarbeiter unter Polizeischutz Treppenhauseingänge und Fenster zu, um eine erneute Besetzung zu verhindern.

Grund für die Räumung: Die Wohnungsbaugesellschaften hatten Strafanzeige erstattet.

Um 11.30 Uhr kam es in der Frankfurter Allee/Ecke Mainzer Straße (rund 1000 Meter entfernt von der Pfarrstraße) zu weiteren Ausschreitungen:

Etwa 100 Hausbesetzer aus der Mainzer Straße (dort sind zwölf Häuser besetzt) warfen Nagelbretter auf die Frankfurter Allee, verbauten mit quergestellten Autos, Mülltonnen und einem Baugerüst den Zugang zur Mainzer Straße.

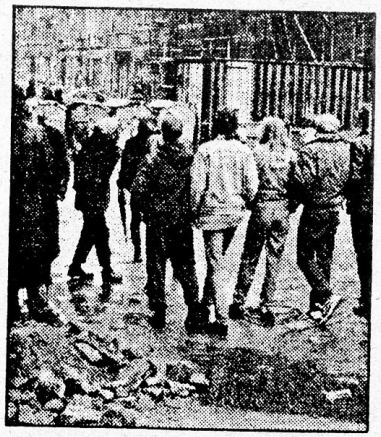
Als 400 Polizisten anrückten, um die Straße wieder freizumachen, wurden sie von den Chaoten von den Dächern aus mit Steinen, Molotow-Cocktails und Leuchtstoffmunition angegriffen. Dabei geriet ein Polizeibus in Brand.

Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein, verstärkte ihre Truppe auf 700 Mann. Zwölf Personen wurden dabei festgenommen.

Nach einer halben Stunde zog sich die Polizei etwa zwei Kilometer weit zurück.

Dann machten die Hausbesetzer aus der Mainzer Straße eine Festung: Ein paar Vermummte holten aus der Scharnweberstraße einen Tiefbaubagger von einer Baustelle, fuhren ihn in die Mainzer Straße und rissen damit die Straßendecke auf.

Andere Hausbesetzer bauten mit Holzpaletten, Gitterboxen, Müllcontainern, Parkbänken, Nagelbrettern und Stacheldraht mannshohe Barrikaden.



Hausbesetzer bilden in der Mainzer Straße eine Menschenkette,

TAZ 13.11.

Häuserräumung führt zu Straßenschlacht

Polizei räumte friedlich Häuser im Ostteil Berlins / Polizeitaktischer Fehler? / Nach Eskalation befürchteten andere Besetzer eigene Räumung

Berlin. Zum ersten Mal seit dem der Senat die Polizeihoheit für ganz Berlin übernommen hat, wurden gestern in Lichtenberg zwei besetzte Häuser geräumt. Rund 260 Beamte umstellten am frühen Morgen weiträumig die Häuser in der Pfarrstraße, nachdem die Lichtenberger Wohnungsbaugesellschaft — Rechtsträger der Gebäude — den Besetzern einen Räumungsbescheid zukommen ließ. Für eines der geräumten Häuser hatte bereits der Sozialdiakon der evangelischen Erlöser-Gemeinde, Michael Heinisch, einen Mietvertrag. Dort wollte er ein Sozialisierungs- und Wohnprojekt mit sogenannten rechtsradikalen Jugendlichen realisieren. Heinisch erklärte der taz, daß sein Projekt die Räumung nicht gewollt habe.

Nachdem sich in der Besetzerszene die Nachricht von der Räumung verbreitet hatte, kam es in der Frankfurter Allee zu einer Sympathiedemonstration. Weil einige Besetzer die Straße mit Bauabsperrungen und Nagelbrettern blockierten, rückte die Polizei mit Wasserwerfern und einem Räumpanzer an. Nach Darstellung des Sprechers der Innenverwaltung, Werner Thronikker, sei nur eine geringe Anzahl von Kräften eingesetzt worden, die dann mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen worden sei. Daraufhin drängten die Polizei-Hundertschaften die Demonstranten unter Einsatz von Tränengas in die Mainzer Straße ab, in der zwölf Häuser besetzt sind. Während die Polizei gezielt Tränengasgranaten auf offen stehende Fenster der besetzten Häuser abschoß, warfen die Besetzer Pflastersteine und schossen mit Leuchtraketen auf die Beamten. Der durch die Mainzer Straße fahrende Räumpanzer soll rücksichtslos Privatautos von der Straße gedrückt haben. Aus Angst vor der Räumung ihrer Häuser in der Mainzer Straße, so fünf Besetzer auf einer gestrigen Pressekonferenz, schoben sie Müllcontainer und Autos auf die Straße, um weitere Polizeieinsätze zu verhindern. Erst dem eintreffenden Bezirksbürgermeister Mendiburu (SPD) gelang es, die Besetzer vorläufig zu beruhigen. Er versicherte, daß an eine Räumung der Mainzer Straße nicht gedacht sei.

Trotzdem eskalierte gestern nachmittag die Situation weiter. Zwölf Personen wurden festgenommen. Ob sie dem Haftrichter vorgeführt werden sollen, war gestern nicht zu erfahren. Thronicker erklärte, daß die Besetzer trotz des Gesprächs mit Mendiburu die Barrikaden immer weiter aufgetürmt hätten. Die Bewohner aus der Mainzer Straße erklärten dagegen, daß sie versucht hätten, die Einsatzleitung der Polizei zu erreichen. Doch örtliche Polizeikräfte seien nicht bereit gewesen, eine Verbindung mit ihrer Führung herzustellen. Aufgrund des massiven Polizeiaufgebots seien die Bewohner von einer geplanten Räumung überzeugt gewesen.

In den Abendstunden wurden mit einem Bagger quer über die Mainzer Straße ein 50 Zentimeter tiefer Graben gebuddelt. Gleichzeitig packten Nachbarn ihre Koffer. Die Mutter einer vierköpfigen Familie aus der angrenzenden Scharneweber Straße war fassungslos: „Unsere Kinder weinen nur noch." Die Knirpse sahen, wie Polizisten mit Steinen beworfen wurden. Die Familie zog gestern zu Verwandten. In ihren drei Koffern hatten sie „nur das wichtigste". Die Besetzer erklärten dazu, daß sie die Eskalation nicht gewollt hätten. Sie seien selbst erschrocken, welche Eigendynamik die Ereignisse angenommen haben. Sie wollen eine Zusage des Senats, daß sie nicht geräumt werden — dann bauen sie die Barrikaden wieder ab.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) kündigte gestern abend an, daß das Gerücht einer Räumung „jeder Grundlage" entbehre. Thronicker sagte der taz, daß die Barrikaden aber auf keinen Fall hingenommen würden.

Olaf Kampmann/Dirk Wildt

Nach Räumung flogen Steine

BERLIN, 12. November (AP). Nach der Räumung besetzter Häuser ist es am Montag im Osten Berlins zu Krawallen gekommen. Bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und protestierenden Besetzern im Bezirk Friedrichshain wurden die rund 400 Beamten nach Angaben von Innensenatssprecher Werner Thronicker mit Molotow-Cocktails, Steinen und Signalmunition attackiert.

Wie Thronicker mitteilte, wurden seit dem Morgen ein Haus am Prenzlauer Berg und zwei im Bezirk Lichtenberg geräumt. Einige Besetzer seien freiwillig gegangen, andere zur Feststellung der Personalien kurz festgehalten worden. Die Häuser seien seit Mitte Oktober besetzt gewesen. Die zuständigen Baugesellschaften hätten nun Straf- und Räumungsantrag gestellt, da die Gebäude saniert beziehungsweise der Kirche für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollten, sagte der Sprecher.

FR 13.11.

Straßenschlacht im Ost-Teil: Mit Brandsätzen gegen Polizisten

In Friedrichshain ist es gestern zwischen Polizei und Hausbesetzern zu bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten gekommen. Nachdem sich Krawalle am Nachmittag noch auf die Mainzer Straße beschränkt hatten, stürmten rund 1000 Chaoten am späten Abend durch angrenzende Straßen, hielten Straßenbahnen an, setzten sie mit Molotow-Cocktails in Brand und lieferten sich mit etwa 700 Polizisten erbittterte Kämpfe. Zuvor hatten die Chaoten mit einem gestohlenen Bagger die Mainzer Straße aufgerissen und vier bis zu zwei Meter tiefe Verteidigungs-Gräben ausgeschachtet.

Die Schadensbilanz ist hoch: Eine noch unbekannte Zahl von Polizisten wurde verletzt. Mindestens ein Polizeiwagen ging in Flammen auf, Autos wurden zerstört, Bauwagen umgeworfen. Die Polizei nahm über ein Dutzend Randalierer fest.

Zu den Ausschreitungen kam es im Anschluß an die Räumungen von zwei besetzten Häusern an der Pfarrstraße (Lichtenberg) und einem an der Cotheniusstraße (Prenzlauer Berg), die ohne schwere Zwischenfälle abgelaufen waren. Gut 200 junge Leute, die in der Mainzer Straße in zwölf besetzten Häusern leben, errichteten aus Bauwagen, Möbeln, Müllcontainern und Eisenstangen Sperren. Auch auf der nahe gelegenen Frankfurter Allee wurden Hindernisse errichtet. Ein Verkehrschaos war die Folge.

Als am späten Nachmittag die Polizei mit einem Wasserwerfer und mehreren Fahrzeugen in die Mainzer Straße fuhr und die Barrikaden fortschob, wurde sie von einem Steinhagel empfangen. Von den Dächern und aus Wohnungen der besetzten Häuser wurden Steinplatten, Molotow-Cocktails und Nagelbretter geworfen und Leuchtkugeln abgeschossen.

Die Polizei setzte den Wasserwerfer und Tränengas ein. Nachdem sie die Barrikaden mit den Fahrzeugen fortgeschoben hatte, zog sich die Beamten zunächst zurück.

Die Lage schien sich zunächst zuberuhigen. Doch am Abend eskalierte die Situation, als sich die Zahl der Besetzer verfünffacht hatte und sie auch in den angrenzenden Straßen randalierten. Vergeblich versicherte die Polizei über Lautsprecher, die besetzten Häuser in der Mainzer Straße nicht räumen zu wollen. Die Besetzer forderten indes, daß sich die Polizei vollständig zurückziehe und riefen zu einer Demonstration am S-Bahnhof Frankfurter Allee auf. Der Senat solle schriftlich garantieren, daß die betroffenen Häuser nicht geräumt werden. Innensenator Pätzold verurteilte die Gewaltaktion scharf. Er versicherte, daß die Häuser in der Mainzer Straße nicht geräumt würden – im Gegensatz zu neubesetzten Häusern.

Im Ost-Teil Berlins sind nach Angaben der Besetzerszene rund 130 Häuser besetzt. Seit dem 15. Oktober wurden laut Magistrat Nutzungsverträge mit Besetzern von mindestens zwölf Häusern geschlossen. Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne/Unabhängiger Frauenverband in der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung übte scharfe Kritik an der Räumung. Die CDU nannte die Zusammenstöße eine „Folge der verfehlten Senatspolitik". *Norbert Rähse*

Über eine halbe Milliarde Mark für Sanierung im Ost-Teil

Hausschwamm, marode Elektro-Leitungen, Decken, die von morschen Balken gehalten werden... Nur ein kurzer Auszug aus dem Mängelprotokoll einer der etwa 18 000 leerstehenden Wohnungen im Ost-Teil Berlins. Doch nicht nur diese befinden sich oft in einem erbarmungswürdigen Zustand. Wie der Stadtrat für Stadtentwicklung Clemens Thurmann (SPD) gestern konstatierte, wurden 37 Prozent der Häuser im Ost-Teil vor 1918 errichtet. Von diesen 230 000 Wohnungen besitzen 34 000 keine Innentoilette, in 72 000 fehlen Bad oder Dusche.

Deshalb beschloß der Magistrat für 58 Stadtgebiete Untersuchungen zur Ausweisung als Sanierungszonen. Zudem stehen im laufenden Haushaltshalbjahr 570 Millionen Mark (1988: 400 Millionen) „zur ersten Schadensbekämpfung" bereit. Dennoch rechnet Thurmann erst in Jahren „mit deutlichen Fortschritten".

Den größten Happen der Summe bekommen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. 400 Millionen Mark stehen für sie bis Jahresende für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen bereit, weitere 52 Millionen DM, um die von den Gesellschaften verwalteten, aber privaten Häuser wieder in Schuß zu bringen. Dazu kommen noch über 33 Millionen Mark zur Beseitigung von Wohnungsleerständen und für Mietermodernisierungsmaßnahmen.

Fest eingeplant sind auch die Gelder, die das frühere DDR-Bauministerium zur Verfügung stellte. So könnten die Bezirke 38,4 Millionen Mark beispielsweise zur Verbesserung der Infrastruktur oder für die Behebung städtebaulicher Mängel einsetzen. 48,4 Millionen des Ex-Bauministeriums werden als Zuwendungen für die Modernisierung und Instandsetzung eingesetzt.

Nach Meinung des Stadtrates konnte so bereits in vielen „innerstädtischen Bereichen eine umfangreiche Bautätigkeit organisiert" werden. Momentan wird an 200 Gebäuden gearbeitet. Dabei entstehen 4200 dringend benötigte Wohnungen. Bei weiteren 150 Häusern steht der Beginn der Instandsetzung „kurz bevor".

Den sparsamen und effektiven Einsatz der Gelder soll übrigens die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (BSM) kontrollieren. Die BSM hat sich laut Thurmann bei dieser Aufgabe bereits in den vergangenen Jahren im West-Teil einen guten Namen gemacht.

Abschließend teilte der Stadtrat mit, daß die unterschiedlichen Ausstattungsnormen der Wohnungen in beiden Teilen der Stadt in Kürze angeglichen werden. Dann würden auch die im Ost-Teil meist verwendeten Plasteteile beispielsweise für Badapparaturen oder Klinken verschwinden. Die Baumaßnahmen selbst führen zu etwa 90 Prozent Firmen aus dem Ost-Teil der Stadt aus. *Michael Posch*

Straßenschlachten in Berlin: 1000 Gewalttäter, brennende Barrikaden

HoPo 13.11.

BM Berlin, 13. Nov.

In Friedrichshain herrschten in der Nacht zum Dienstag Chaos und Gewalt: Über 1000 Chaoten lieferten sich mit mehr als 2000 Polizisten Straßenschlachten, die zeitweise bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahmen.

Mehrere hundert Vermummte hatten sich in dem besetzten Straßenzug Mainzer Straße hinter Barrikaden und zwei Meter tiefen Gräben verschanzt, die sie mit einem gestohlenen Bagger ausgehoben hatten. Als auch die große Berliner Ausfallstraße Frankfurter Allee durch umgeworfene Bauwagen, demontierte Baugerüste, Container und Autos blockiert wurde, ging die Polizei um 23 Uhr mit Tränengas und Wasserwerfern massiv gegen die Randalierer vor. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen. Von den Dächern flogen Molotow-Cocktails, Gehwegplatten, Dachziegel, Bretter und Eisenstangen. Gleichzeitig wurden die Polizisten mit Stahlkugeln aus Katapulten beschossen. In der angrenzenden Boxhagener Straße hatten Vermummte ebenfalls Barrikaden er-

drei Waggons gestoppt, sie in Brand gesetzt und als Straßensperre benutzt.

Als die Lage der Polizei endgültig zu entgleiten drohte, entschloß sie sich zum Großangriff: Sie rückte sternförmig mit schweren Räumfahrzeugen auf die Mainzer Straße – dem Zentrum der Krawalle – vor. Doch es gelang nur, die ersten der gestaffelt angebrachten Sperren auf der Frankfurter Allee zu beseitigen. Ein ähnlicher Räumversuch, der von der Boxhagener Straße aus unternommen wurde, scheiterte.

Bereits gestern mittag war es in Lichtenberg und Prenzlauer Berg zur Räumung von drei besetzten Häusern gekommen, die aber ohne Zwischenfälle verlief. Diese Polizeiaktion aber war der Auslöser für die ersten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Sympathisanten der Besetzer der geräumten Häuser. Bei den Krawallen am Tag waren fünf Frauen und sieben Männer festgenommen worden.

Nach Angaben der Senatsinnenverwaltung wurden mindestens zehn Polizisten verletzt, einer von

(Mehr Seite 7)

Tsp 13.11.

Zu schweren Ausschreitungen zwischen Hausbesetzern und der Polizei kam es gestern nach der Räumung von drei besetzten Häusern in Ost-Berlin. Auf der Mainzer Straße in Friedrichshain wurden Polizisten von Dächern aus mit Steinen und Brandflaschen beworfen. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. Mehrere Beamte wurden verletzt, zwölf Gewalttäter sind nach Auskunft des Sprechers der Innenverwaltung, Thronicker, festgenommen worden. Die Höhe des entstandenen Sachschadens konnte gestern noch nicht beziffert werden. (Weiteres Seite 18)

Foto: Nowak

Schwere Krawalle in Ost-Berlin nach der Räumung von drei besetzten Häusern

Polizisten von Dächern mit Steinen und Brandflaschen beworfen

Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern an der Mainzer Straße in Friedrichshain nach der Räumung von drei besetzten Häusern in Lichtenberg und Prenzlauer Berg. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. Zwölf Personen wurden festgenommen, drei Polizeibeamte wurden bei den Gewalttätigkeiten verletzt. Insgesamt waren 600 Polizisten eingesetzt, teilte die Innenverwaltung mit.

Die Polizisten wurden von Hausdächern mit schweren Gehwegplatten, Steinen und Brandflaschen beworfen sowie mit Signalmunition beschossen. Die Auseinandersetzungen hatten an der Pfarrstraße begonnen. Vermutlich Besetzer aus der Mainzer Straße griffen Polizisten an, die bei der Räumung der Gebäude 110 und 112 den äußeren Absperring bildeten. Sie wurden mit Steinen und Flaschen beworfen. Daraufhin gingen diese mit Schlagstöcken gegen die Angreifer vor.

Etwa zeitgleich sei die Kreuzung Frankfurter Allee/Mainzer Straße durch Nagelbretter blockiert und der Verkehr behindert worden. Als die Polizisten die Fahrbahn räumen wollten, wurden sie erneut angegriffen.

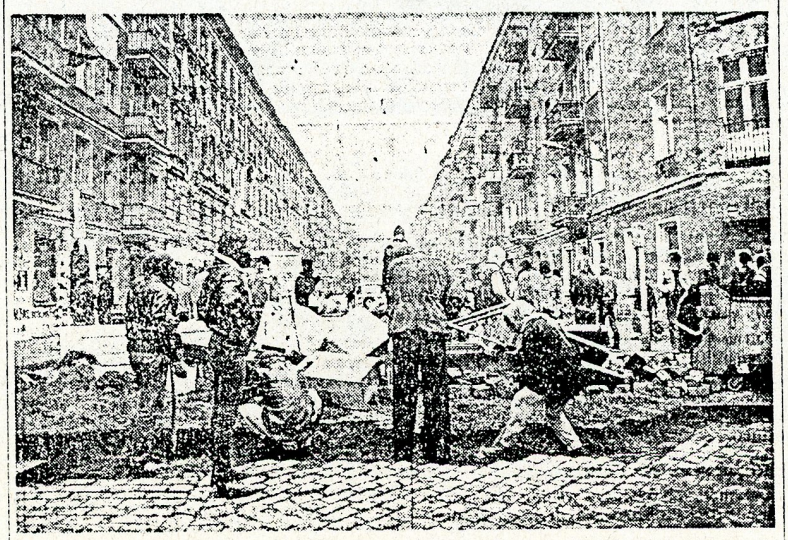
Auf der Mainzer Straße wurden Barrikaden errichtet, Fahrzeuge wurden quergestellt, Müllcontainer umgekippt, um der Polizei das Vorwärtskommen zu erschweren. Nach der Räumung der Gebäude Pfarrstraße 110 und 112 sowie der Cortheniusstraße 16 hatte sich unter den Besetzern sehr schnell das Gerücht verbreitet, daß Häuser an der Mainzer Straße ebenfalls geräumt werden sollten. Dies entbehre jedoch jeglicher Grundlage, hatte Innensenator Pätzold am Nachmittag mitteilen lassen.

Auseinandersetzungen am Abend

Die Straßenschlachten zwischen vermummten Hausbesetzern und Polizisten im Ostteil Berlins sind im Verlauf des Abends weiter eskaliert. Die nach Augenzeugenberichten inzwischen rund 1000 Randalierer, die sich zunächst nur in der Mainzer Straße im Stadtteil Friedrichshain verbarrikadiert hatten, stießen jetzt in umliegende Straßen vor, stürzten auch dort Fahrzeuge und Bauwagen um und errichteten Barrikaden. Sie hielten außerdem mehrere Straßenbahnen an und steckten sie mit Molotow-Cocktails in Brand. Personen kamen dabei offenbar nicht zu Schaden.

Die nach Angaben der Innenverwaltung rund 700 Polizisten gingen mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Randalierer vor, versuchten jedoch nicht, in die besetzten Straßenzüge vorzudringen. Über Lautsprecher versicherten die Beamten, die besetzten sechs Häuser in der Mainzer Straße nicht räumen zu wollen. Die Besetzer schossen mit Leuchtspurmunition zurück und schleuderten Stahlkugeln und Metallgegenstände gegen die Polizisten.

Die brennenden Straßenbahnen wurden von Wasserwerfern gelöscht. (Tsp)



Steine gegen Polizisten. Aus dem Pflaster der Mainzer Straße reißen Hausbesetzer große Steine, um sich gegen die vermutete Räumung der von ihnen besetzten Häuser zu wehren. Bei den Auseinandersetzungen wurden drei Polizisten verletzt und zwölf Personen festgenommen.

Foto: Nowak

700 Polizisten im Einsatz — Straßenbahnen in Flammen

Berlin (Reuter)

Straßenschlachten zwischen vermummten Hausbesetzern und Polizisten im Ostteil Berlins sind gestern abend dramatisch eskaliert.

Die nach Augenzeugenberichten rund 1000 Randalierer, die sich zunächst nur in der Mainzer Straße im Stadtteil Friedrichshain verbarrikadiert hatten, stießen später in umliegende Straßen vor, stürzten dort Fahrzeuge und Bauwagen um und errichteten Barrikaden. Sie hielten außerdem mehrere Straßenbahnen an und steckten sie mit Molotow-Cocktails in Brand. Nach Angaben der Innenverwaltung gingen rund 700 Polizisten mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Randalierer vor, versuchten jedoch nicht, in die besetzten Straßenzüge vorzudringen. Über Lautsprecher versicherten die Beamten, die besetzten sechs Häuser in der Mainzer Straße nicht räumen zu wollen. Die Besetzer schossen mit Leuchtspurmunition zurück und schleuderten Stahlkugeln und Metallgegenstände gegen die Polizisten. **Bericht Seite 13**

Mit Wasserwerfer und Tränengas ging die Berliner Polizei gestern in den späten Abendstunden gegen die Randalierer vor. Dabei wurden mehrere Beamte verletzt. (Foto: dpa)

Volksblatt 13.11.

Krawalle nach Räumung besetzter Häuser

Schwere Auseinandersetzungen in Friedrichshain / Polizeibeamter im Einsatz schwer verletzt

Die Auseinandersetzungen zwischen der Berliner Polizei und rund 200 Hausbesetzern im Ostteil der Stadt sind gestern Abend zu einer regelrechten Straßenschlacht eskaliert. Unterstützt von gepanzerten Fahrzeugen rückten die Beamten gegen die Vermummten vor, die sich hinter Straßenbarrikaden und in sechs Häusern verschanzt haben. Die Polizei setzte auch Wasserwerfer und Tränengas ein. Die Besetzer feuerten daraufhin Leuchtraketen auf die Polizisten und warfen Steine.

Barrikaden in der Mainzer Straße. (Foto: Stark)

Die Polizei, die nach Angaben der Innenverwaltung 600 bis 700 Beamte im Einsatz hat, zog sich dann zunächst wieder zurück, versuchte aber kurz darauf, von einer anderen Seitenstraße in die verbarrikadierte Mainzer Straße im Stadtteil Friedrichshain vorzudringen. Erneut wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt. Unklar war zunächst, ob die Beamten auch die Räumung der besetzten Häuser in Angriff nahmen.

Unmittelbar zuvor hatte ein Sprecher der Berliner Innenverwaltung erklärt, die Polizei werde alles tun, um die Sicherheit und einen friedlichen Verlauf der Nacht zu gewährleisten, und nicht von sich aus gegen die Besetzer vorgehen. Diese hatten am Abend in einer Vollversammlung über ihr weiteres Vorgehen beraten.

Im Verlauf des Tages waren bei den Krawallen nach Angaben der Innenverwaltung vier Beamte verletzt worden, davon Augenzeugenberichten zufolge einer durch einen Steinwurf schwer. Die Krawalle hatten sich nach der Räumung von insgesamt drei Häusern in zwei anderen Stadtbezirken entzündet. In der Mainzer Straße haben die Besetzer mit gekaperten Bulldozern das Pflaster aufgerissen, Gräben angelegt und Barrikaden aus Müllcontainern, Stacheldraht und umgestürzten Autos errichtet. Polizei und Hausbesetzer beschuldigten sich gegenseitig, die Krawalle provoziert zu haben.

Ein Sprecher der Innenverwaltung erklärte, daß Räumungsbegehren und Strafanzeigen der Rechtsträger Grund für die polizeilichen Aktionen waren. Die Besetzerinnen und Besetzer dagegen betrachten die Räumungen auch als Konsequenz aus den gescheiterten Verhandlungen zwischen ihnen und dem Magistrat, der Mitte Oktober die Gespräche ergebnislos abgebrochen hatte.

Ein Streitpunkt in den Verhandlungen war der Stichtag für Neubesetzungen: Für die nach dem 24. Juli besetzten Häuser lehnte der Magistrat Verträge ab. Alle drei geräumten Häuser waren kurz nach dem 24. Juli besetzt worden.

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr sperrten Polizeieinheiten in einer koordinierten Aktion gleichzeitig die Lichtenberger Pfarrstraße und die Cotheniusstraße im Prenzlauer Berg ab. Wenige Minuten später begann die Polizei mit der Räumung. Dabei wurden die Personalien von elf Besetzerinnen und Besetzern festgestellt; die Lage blieb hier allerdings noch überwiegend ruhig.

Gegen 13 Uhr versuchte der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu, zwischen Polizei und Besetzerinnen und Besetzern zu vermitteln — allerdings ergebnislos.

HOLGER STARK

11.30 Uhr Mainzer Straße. Eine Kolonne aus Räumpanzern, Wasserwerfern und mindestens fünf Mannschaftswagen biegt das erste Mal in die Mainzer Straße ein. Keine Barrikaden.

12 Uhr Mainzer Straße. Der Räumpanzer schiebt absichtlich einen PKW in die am Straßenrand geparkten Motorräder der BesetzerInnen. Zur gleichen Zeit greifen einzelne Polizisten in Kampfanzügen Menschen auf der Straße an und drängen sie in Hauseingänge.

Krawalle bei Einsätzen der Polizei gegen Hausbesetzer

Barrikaden und Wasserwerfer in Friedrichshain / Erste Räumungen von Gebäuden

In der Mainzer Straße kam es zu Konfrontationen zwischen Polizei und Hausbesetzern. *Foto: BZ-Studré*

Berlin. BZ — M. Frankenstein

Im Ostteil Berlins kam es gestern zur ersten Räumung besetzter Häuser. Die Polizei nahm dabei drei Personen fest und setzte bei sich anschließenden Krawallen in der Friedrichshainer Mainzer Straße Wasserwerfer ein.

Ausgangspunkt der Unruhen in den Mittagsstunden waren die Räumungen eines Hauses in der Cotheniusstraße (Prenzlauer Berg) sowie von zwei Blöcken der Pfarrstraße (Lichtenberg). Das massive Eingreifen der Polizei rief die Besetzerszene auf den Plan, die sich in der Mainzer Straße, mit Wurfgeschossen und Leuchtspurraketen ausgerüstet, auf eine Straßenschlacht vorbereitet hatte. Den Einsatz des Wasserwerfers erwiderten die zum Teil Vermummten mit Steinen.

Erst der als Vermittler in Aktion tretende Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu stellte klar, daß im Stadtbezirk Friedrichshain keine Häuser geräumt werden müssen. Das bewegte die Besetzer, Barrikaden und Menschenkette aufzulösen, sowie die Polizei, sich zurückzuziehen.

Während die Räumungen in Prenzlauer Berg und Lichtenberg mit dem Innenstadtrat abgestimmt waren, habe man vom massiven Polizeiaufgebot in Friedrichshain nichts gewußt, erfuhr BZ gestern nachmittag aus dem Roten Rathaus.

Polizeipräsident Georg Schertz wies darauf hin, daß die Polizei erst in Erscheinung trete, wenn ein „Räumungsbegehren des Eigentümers, ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruch vorliegt oder Straftaten von den Besetzern ausgehen". Zudem müsse das Objekt anschließend baulich gegen erneutes Einziehen gesichert werden. Was in der Pfarrstraße geschah, denn kurz nach dem Polizeieinsatz waren die ersten Maurer am Ort des Geschehens.

Außerdem erklärte Schertz, daß die Räumung nicht zur Folge hat, die „Mieter" weiterer in Beschlag genommener Objekte zu „beunruhigen". In dieser Frage gebe es bei der Polizei keine Automatik.

(Siehe auch Seite 16)

Berliner Zeitung 13.11.

Ein Tag, der viele Fragen aufwarf

Polizei räumte besetzte Häuser in Prenzlauer Berg und Lichtenberg

Es war ein Tag, der viele Fragen aufwarf. Hausbesetzer und Polizei duellierten sich in drei Stadtbezirken. Letztlich ging alles ohne die ganz großen Randale zu Ende. Aber wer dabei war, konnte sich nur fragen: Wie lange noch?

Gestern, 7 Uhr: Die Cotheniusstraße in Prenzlauer Berg ist Schauplatz Nr. 1. Rund 100 Polizisten stehen bereit. Seit dem 27. Oktober ist der rechte Seitenflügel der Nr. 16 von jungen Leuten besetzt. Bereits an diesem Tage hatte die Wohnungsbaugesellschaft Strafantrag gestellt, sagt uns Kerstin Riekehr, Mitglied der Arbeitsgruppe Instandbesetzung. Denn alle „Neubesetzungen" nach dem Stichtag 24. Juli 1990 werden nicht mehr hingenommen.

Noch sechs junge Männer sind es, die sich in der 2. und 3. Etage verrammelt haben. Die Tür muß aufgebrochen werden, ohne Diskussion geben die sechs der Polizei ihre Personalien, nehmen ihre bescheidene Habe und verlassen das Quartier. Wohin? Vielleicht in ein anderes Haus. Schließlich hat Prenzel Berg genug davon. Über 1000.

Wenig später in der Pfarrstraße/ Lichtenberg. Sieben Häuser sind hier besetzt, das Interesse der zirka 250 Polizisten gilt aber nur den Nummern 110 und 112. Parallelen gibt es zur Cotheniusstraße. Besetzung erst vor kurzem, Strafantrag durch die Wohungsbaugesellschaft, die mit ihrem Justitiar Holger Hermann am Ort des Geschehens vertreten ist. „Bereits vor vier Wochen haben wir den Besetzern Räumungsbescheide zukommen lassen", berichtet er BZ. Diese wurden aber ignoriert. Nr. 110 soll jetzt saniert werden, für Nr. 112 gibt es einen Vorvertrag mit der Jugend-Diakonie der Erlöserkirche.

Beim Räumen durch die Polizei kommt es zu drei Festnahmen. Aber über 20 Männer und Frauen verlassen friedlich die Häuser. „Eines Tages werden wir zusammenleben wie wir wollen, mit aller Kreativität", ruft einer. Ihre Hinterlassenschaft: durchbrochenes Mauerwerk, bergeweise Pflastersteine, verschimmeltes Gemüse, Asche, stinkende Lebensmittelreste. Aber Licht und Wasser gehen noch. Das Gas auch.

Als wir gegen 12 Uhr in der Friedrichshainer Mainzer Straße ankommen, ist die Lage gespannt. Mehrere Hundertschaften der Polizei stehen zwischen Frankfurter Allee und Scharnweberstraße . Unter den Hausbesetzern ist von einer Solidaritätsaktion mit den Leuten aus der Pfarrstraße die Rede. Flugblätter mit Hinweisen auf leerstehende Ostberliner Wohnblocks machen die Runde. Und: Man will selbst renovieren und in Frieden zusammenleben.

Gegen 12.50 Uhr wird der Wasserwerfer eingesetzt. Inzwischen ist die stadtauswärts führende Fahrbahn der Frankfurter Allee abgesperrt. Ein zweiter Einsatz folgt. Die Antwort der Besetzer: Barrikaden und Menschenketten. Viele Minderjährige sind darunter. In der Mainzer Straße fliegen Leuchtraketen und Wurfgeschosse.

Aus dem Rathaus kommt Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu geeilt, der von dem Polizeieinsatz nichts wußte. Er bietet sich als Vermittler zwischen Polizei und Besetzern an. Hier soll heute nichts geräumt werden, sagt er. Die Besetzer werfen ihm mangelnde Verhandlungsbereitschaft vor. Wie verhandeln, wenn sich die Hausbesitzer noch nicht einmal gemeldet haben, so das Gegenargument.

Die Polizei ist inzwischen fort. Auch die Besetzer ziehen sich zurück. Man singt und feiert einen Sieg. Vielen der Schaulustigen ist mulmig geworden. Und die Gänsehaut auf dem Rücken liegt nicht am kalten und nassen Novembermontag.

Mathias Frankenstein

Barrikaden in der Mainzer Straße. *Foto: BZ-Studré*

ND 13.11.

Bei Einbruch der Nacht verbarrikadierten die Hausbesetzer die Mainzer Straße weiter
ND-Foto: Burkhard Lange

Schützen Barrikaden alternatives Leben?

Berlin (ND-General). Die Berliner Polizei, seit dem 1. Oktober ausnahmslos unter West-Kommando stehend, hat am Montag zwei Häuser in der Ostberliner Pfarrstraße (Bezirk Lichtenberg) und eines in der Cotheniusstraße (Prenzlauer Berg) gewaltsam geräumt und dadurch eine seit langem befürchtete Eskalation der Spannungen um die Hausbesetzerszene bewirkt. Ein Aufgebot von 260 Polizisten hatte am Morgen den Räumungsantrag des Eigentümers, der Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg, vollstreckt, wobei es zu Auseinandersetzungen mit den jugendlichen BesetzerInnen kam. Nach unbestätigten Angaben wurden zwölf Personen festgenommen.

Die Spannungen spitzten sich zu, als sich die Besetzer in mehreren Straßen des Stadtbezirks Friedrichshain mit den Pfarrstraßen-Besetzern solidarisierten und es auf der Frankfurter Allee zu einer spontanen Protestdemonstration kam, die den Verkehr stadtauswärts zum Erliegen brachte. Die Polizei setzte daraufhin rund 300 Mann mit Wasserwerfern, Räumfahrzeugen und Tränengas konzentriert in der Mainzer Straße ein. Hier hatten die Besetzer von insgesamt 12 Häusern Barrikaden errichtet und sich mit Steinen, Leuchtspurmunition und anderen Wurfgeschossen gegen die befürchtete Räumung zur Wehr gesetzt.

Sprecher der rund 200 Hausbesetzer in der Mainzer Straße wiesen vor der Presse die Unterstellung zurück, sie hätten die Krawalle gewollt, und erneuerten ihre Forderungen: Rückzug der Polizei, schriftliche Garantie des Senats, daß die Häuser nicht geräumt werden, und Verträge über deren Nutzung. Die Gewalt sei eskaliert, als die Polizei das besetzte Haus 29 in der benachbarten Scharnweberstraße stürmen wollte.

Gegen Mitternacht kam es zu einer weiteren Eskalation. Die Hausbesetzer, offensichtlich unterstützt von Sympathisanten aus ganz Berlin, hatten nicht nur die Mainzer Straße, sondern auch die Frankfurter Allee mit gestaffelten Barrikaden blockiert. Die Polizei riegelte das Gebiet weiträumig ab und ging mit schwerer Räumtechnik, Wasserwerfern, Tränengas, Schilden und Schlagstöcken gegen die Barrikaden und die Hausbesetzer vor. Bei Redaktionsschluß dauerten die Auseinandersetzungen noch an.

Die Befürchtungen von Bewohnern der Mainzer Straße, mein klappriger „Wartburg" könnte etwas abbekommen oder gar zum emsig in Gang befindlichen Barrikadenbau verwendet werden, bestätigten sich glücklicherweise nicht: Er stand auch nach anderthalb Stunden in der Mainzer Straße und blickte in die dramatische Szenerie unterhalb der verlotterten, bemalten, mit Fahnen behängten und mit Federböden von Betten gesicherten Fassaden der besetzten Häuserzeile. Nach der Pressekonferenz in der Mainzer 4, einer alternativen Buchhandlung, waren die Straßensperren draußen höher geworden, und ein rumpelnder Traktor half jetzt den Barrikadenbauern.

An den Fenstern gegenüber den 12 besetzten Häusern kaum ein Gesicht: Sind tatsächlich die ersten Bewohner hier ausgezogen? Und wo endet, was am Montag mit dem völlig unerwarteten Massenaufmarsch der Polizei losgetreten wurde? Bärbel Bohley, die ich in der dunklen Straße mit dem aufgerissenen Pflaster traf, nennt es einen Skandal, wie die Polizei mit den BesetzerInnen umgeht, und hofft, daß mit diesem Montag Verhandlungen mit dem Senat über ordentliche Nutzungsverträge in Gang gesetzt wurden. Bei der Rückkehr in die Redaktion lagen gleich mehrere gefaxte Erklärungen gegen die drohende Gewalteskalation vor: Die Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV wirft der Polizei vor, mit ihrem Einsatz zum Barrikadenbau geführt und die Bereitschaft zur Gewalt gefördert zu haben. Statt dessen müssen jetzt rechtlich sichere Verhältnisse geschaffen werden, innerhalb derer die BesetzerInnen „ihre alternativen Lebensvorstellungen umzusetzen" vermögen. Die PDS-Fraktion forderte eine sofortige Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung und grundsätzlich Aufklärung darüber, wer wann und mit welcher Konzeption diesen Polizeieinsatz befohlen und zu verantworten hat.

Und PDS-Präsidiumsmitglied Rainer Börner verlangte den Rücktritt Innensenator Pätzolds. Der auf der Pressekonferenz in der Mainzer 4 geäußerte Verdacht, mit der Straßenschlacht werde Wahlkampf gemacht, lag am Montagabend in der Barrikadenstimmung allzu nahe.

Polizeipräsident Schertz, der 2000 Westberliner Polizisten in Ostberlin im Einsatz hat — gestern, in der hereinbrechenden Dunkelheit, demonstrierten Hunderte von ihnen an strategischen Punkten an der Peripherie des Viertels um die Mainzer ihre Ausrüstung — wiegelte ab: Die Räumung der besetzten Häuser bedeute nicht automatisch denselben Einsatz gegen andere besetzte Häuser; Vorbedingung seien ein Räumungsbegehren des Eigentümers, ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs oder Straftaten von Besetzern. Aber „Katz und Maus läßt die Polizei nicht mit sich spielen".

Friedrichshains SPD-Bürgermeister Mendiburu versuchte am Montag vermittelnd in der Mainzer zu wirken, deeskalierend also, wobei er jedenfalls auf die „Unverhältnismäßigkeit" der Mittel auf beiden Seiten hinwies.

Ich war Montag abend, bevor die Zeitung in Druck gehen mußte, noch einmal in der Mainzer — die Barrikaden waren wieder höher geworden ...

JOCHEN GENERAL

ND 13.11.

Sanierung und Modernisierung bleibt für die Zukunft wichtigste Aufgabe

Zehntausende Wohnungen stehen in Ostberlin leer

Von KLAUS WEBER

Würde man allein die Anzahl der Pressekonferenzen (fünf an der Zahl) zum Maßstab nehmen, die sich gestern mit dem Bauen in Berlin beschäftigten — der immer wieder angekündigte Bau-Boom müßte längst mit Urgewalt über uns hereingebrochen sein. Interessante Auskünfte waren vor allem bei einem Gespräch mit dem Stadtrat für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Clemens Thurmann (SPD), erwartet worden, der in ein zu modernisierendes Wohnhaus in die Friedrichshainer Ebertystraße eingeladen hatte. Dort und in weiteren Straßen werden zur Zeit Wohnungen in 69 Objekten saniert, 44 sollen bis Jahresende fertiggestellt sein. Die heutige Wohnungsbaugesellschaft (vormals KWV) und die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft im Westteil arbeiten zusammen — wobei wie „selbstverständlich" die Wessis den Hut aufhaben.

Der Magistrat läßt in Ostberlin derzeit in 58 Wohnvierteln mit etwa 69 000 Wohnungen Untersuchungen durchführen, wie weit sie letztlich zu Sanierungsgebieten erklärt und deshalb mit besonderen Förderungen bedacht werden können. Für das zweite Halbjahr 1990 standen für Modernisierung und Instandhaltung über 570 Millionen Mark zur Verfügung. Das, so Thurmann, sei eine gute finanzielle Ausstattung für die Stadterneuerung. Dem ist nicht zu widersprechen — andererseits muß man wohl auch den Nachholebedarf im Auge haben, der nicht nur durch die „alte Politik", sondern auch durch zögerndes Handeln in der ersten Hälfte des Jahres entstanden ist.

Der größte Teil der Mittel fließt in ein sogenanntes Sofortinstandsetzungsprogramm, um den weiteren Verfall der Bausubstanz aufzuhalten. Häuser in der Ebertystraße sind ein Beispiel dafür.

Außerdem gebe es, wie zu hören war, 18 000 leerstehende Wohnungen, die schnell wieder vermietbar gemacht werden müßten. Diese Zahl erscheint zu niedrig gegriffen, denn Thurmanns Parteifreund, Baustadtrat Kraft, sprach vor kurzem von 25 000 leerstehenden Wohnungen, eine Zahl, die auch von der PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung als real eingeschätzt wird.

Thurmann übte sich auch im Wahlkampf und verpaßte der Regierung in Bonn Seitenhiebe. Dort wolle man sich offensichtlich vor den Wahlen nicht klar festlegen, wie es 1991 mit den Mieten weitergehen solle — obwohl der Stadtrat selbst keinen Zweifel daran ließ, daß es nicht bei den rund 90 Pfennig pro Quadratmeter nach Sanierungsarbeiten bleiben werde.

Geradezu leuchtend waren die Farben, die wenig später Bausenator Wolfgang Nagel auf einer Pressekonferenz für sein Baugemälde verwendete. Berlin sei die „Hauptstadt des Wohnungsneubaus", mit knapp 10 000 in Ost- und 6500 in Westberlin würden 1990 soviel Wohnungen errichtet wie in keiner anderen deutschen Stadt.

Der Senator nannte neben dem Neubau — und da traf er sich mit Thurmann — die Instandsetzung alter Wohnungen, die Beseitigung von Leerstand und „tragbare Mieten" als weitere Schwerpunkte künftiger Politik.

In Erwägung
daß da Häuser
stehen
während ihr
uns ohne
Bleibe LaBt
haben wir
beschlossen
jetzt hier
einzuziehen
weil es uns
in unseren
Löchern nicht

Hausbesetzerszene von Kreuzberg ist nach Friedrichshain umgezogen

Die erschütternde Bilanz einer Krawall-Nacht / Alles Dagewesene überschritten

FRANK MANGELSDORF, **Berlin**

„Ich habe mit den Bullen verhandelt. Wenn keine Steine mehr fliegen, ziehen sie sich zurück." Wild mit dem von der Polizei geliehenen Megaphon gestikulierend, schreit der Vermummte die eigenen Leute an.

Die Nervosität ist groß. Und noch immer – wie seit Stunden – fliegen Steine und Molotow-Cocktails auf die eine und Tränengas-Geschosse auf die andere Seite, schießen Wasserwerfer auf Beteiligte und Schaulustige. Wieder und wieder wogt die Welle der Gewalt hin und her. 1400 Polizisten stehen 500 bis 600 Hausbesetzern und Randalierern gegenüber. Erst nach stundenlangen Bemühungen haben der Vermittler der Randalierer und zwei, drei andere zum Teil gleichfalls Vermummte mit ihren Bemühungen Erfolg. Gestern nacht, kurz vor halb drei, ist Burgfrieden auf der im Osten Berlins gelegenen Frankfurter Allee.

Zwischen beiden Parteien hat sich eine Kette gebildet: Anwohner, Sympathisanten, Bürgerrechtler halten sich an den Händen – eine lebende Trennlinie zwischen den teils hektisch-aggressiven, teils ängstlichen Gegnern. Die vom Morgen des Vortages andauernden Auseinandersetzungen haben beide Seiten zermürbt.

Solidarisch

Zu den Krawallen war es nach der Räumung von besetzten Häusern im Nachbarbezirk Lichtenberg und eines Gebäudes in Prenzlauer Berg am Montag vormittag gekommen. Hausbesetzer des Stadtbezirks Friedrichshain hatten sich solidarisch erklärt und die von ihnen zur Hälfte besetzte Mainzer Straße verbarrikadiert. Das war Montag mittag.

In den frühen Morgenstunden, fast 15 Stunden seit Beginn der Auseinandersetzungen, erleuchten die flakkernden Flammen der verbrennenden Straßenbarrikade bizarr die Kulisse. Andere Anwohner der Straße schauen verschüchtert durch die Gardinen auf den Hauptkampfplatz der Krawalle herab. Die Frankfurter Allee ist mit Wurfgeschossen, Steinen und Glassplittern übersät. Der Zeitungskiosk am U-Bahnhof Samariterstraße scheint schrottreif. Die Scheiben der umliegenden Geschäfte sind eingeschlagen, ihre Auslagen teilweise geplündert. Ein Wohnungsfenster ist von einer Tränengasgranate getroffen worden. Die hier im obersten Geschoß des Eckhauses zur Mainzer Straße lebende Familie hatte nach dem Einschuß mit einem weißen Tuch immer wieder ihr Unbeteiligtsein signalisiert. Das Dach über ihren Köpfen ist teilweise abgetragen. Vermummte hatten von hier oben mit Dachziegeln, Brandsätzen und Leuchtmunition Jagd auf Polizisten und Bergepanzer gemacht.

Die Mainzer Straße selbst sieht aus wie ein Trümmerfeld. Meterhoch sind die Barrikaden aus Müllcontainern, Gerüsten, Bauwagen und Autos. Sämtliche Hauseingänge sind mit Bauschutt und Gerümpel verbarrikadiert. Mit einem gestohlenen Schaufelbagger ist von Chaoten das Straßenpflaster tief aufgerissen worden. Straßengräben als Panzersperre.

Was hier stattgefunden hat, überschreitet alles Dagewesene. „Das habe ich überhaupt noch nicht gesehen, das war schlimmer als in Kreuzberg", meint ein Augenzeuge. Werner Thronicker, Sprecher der Senatsinnenverwaltung, bezeichnet die Auseinandersetzung als „sehr militant und aggressiv".

Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die sich in dieser Nacht gleichfalls um Vermittlung bemüht, sieht durch die Eskalation der Gewalt das bisher gute Verhältnis zwischen Bürgern und Besetzern gefährdet: „Wasserwerfer und Steine sind keine Lösung für das Problem der Hausbesetzungen." Es müsse eine politische Lösung des Problems gefunden werden.

Friedrichshains herbeigeeilter Bürgermeister Helios Mendiburu (SPD) hatte anfangs auch versucht zu schlichten, doch bei den mißtrauisch gewordenen Besetzern der Mainzer Straße mit wenig Erfolg. Diese stammen überwiegend aus dem Westteil der Stadt und hatten bislang mit den in solchen Fragen unerfahrenen Kommunen Ost-Berlins leichtes Spiel. Kreuzberg ist nach Friedrichshain umgezogen.

Mehr als 100 Häuser

Hausbesetzungen haben in dem Westbezirk bereits seit den 70er Jahren Tradition. Im Ostteil müssen sich Politiker und „reguläre" Mieter dagegen erst seit Ende letzten Jahres mit dieser Problematik vertraut machen. Derzeit sind mehr als 100 Häuser in der ehemaligen „DDR-Hauptstadt" besetzt.

Die Bilanz der Nacht vom 12. zum 13. November erschüttert: Weit über einhundert Polizeibeamte trugen Verletzungen davon. Die Zahl der ebenfalls zum Teil schwer verletzten Anhänger der Besetzerszene steht bislang nicht fest. Der Sachschaden ist noch nicht abzuschätzen, dürfte jedoch in die Millionen gehen. Mindestens 20 Randalierer wurden unter anderem wegen Landfriedensbruch festgenommen.

Inzwischen mehrt sich die Kritik gegen die politisch Verantwortlichen der offensichtlich erfolglosen Polizeiaktion. Denn am Morgen spielen Kinder in den verkeilten Barrikaden. Von Polizei ist in der Mainzer Straße nichts zu sehen. Schließlich hatten sich in der Nacht Polizisten und Besetzer darauf geeinigt, daß die Barrikaden vorerst stehen bleiben dürfen.

Die Hauptstadt Berlin hat genügend Attraktionen. Einer zweiten „Hafenstraße" bedarf es nicht.

Die Welt 14.11.

Nach Berliner Nacht der Gewalt: Vorbereitung der Polizei kritisiert

Innensenator Pätzold kündigt nach schweren Krawallen Härte an / Chaoten verletzten 146 Polizisten

DW. **Berlin**

Berlins Innensenator Erich Pätzold (SPD) ist gestern nach den schweren Krawallen von Hausbesetzern ins Zentrum der Kritik gerückt. Zugleich forderten die Berliner CDU und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) weitere Räumungen besetzter Häuser. Die GdP in Berlin äußerte sich „entsetzt über das brutale Vorgehen der Chaoten gegenüber der Polizei", bei dem „146 Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden".

Pätzold kündigte ein härteres Vorgehen der Polizei gegen Gewalttäter an. „Wir werden es nicht zulassen, daß sich die Gewalt in dieser Gegend fortsetzt." Dies seien Polizei und Innenverwaltung den Anwohnern der Besetzermeile in der Mainzer Straße schuldig. Pätzold betonte, es würden keine Neubesetzungen von Häusern zugelassen. Die Polizei sei verpflichtet gewesen, die besetzten Häuser zu räumen, zumal ein Strafantrag und ein Nutzungskonzept der Eigentümer vorgelegen hätten. Es sei nach den Räumungen der drei besetzten Häuser „nicht abzuschätzen gewesen", daß die Situation in einem anderen Stadtteil eskalieren werde.

Für die CDU warf Landes- und Fraktionschef Diepgen Pätzold vor, durch „Demotivierung und Benachteiligung der Polizisten im Ostteil der Stadt" zur Verunsicherung der Beamten beigetragen zu haben. Pätzold habe „bewährte Sicherheitsstrukturen bewußt zerschlagen". Diepgen hielt Magistrat und Senat vor, das Problem der Hausbesetzungen „verharmlost, verdrängt und vertagt" zu haben.

Auch die Berliner FDP kritisierte Pätzold. Es sei „nicht nachvollziehbar, warum er derartig schlecht vorbereitete Einsätze der Polizei durchführen lasse", erklärte die Landesvorsitzende Carola von Braun. SPD, PDS, Grüne, Neues Forum und die Vereinigte Linke werfen der Polizei vor, die Situation mit Wasserwerfern und Tränengas in gefährlicher Weise verschärft zu haben.

Scharfe Kritik kam auch aus Bonn. Die Krawalle zeigten „die Unfähigkeit der rot-grünen Berliner Regierung, ihren Polizeibeamten und ihren Bürgern Schutz und Sicherheit zu gewährleisten", erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerster.

Bei den schweren Hausbesetzerkrawallen im Osten Berlins hatten sich in der Nacht zu gestern 1400 Polizisten und mehrere hundert Militante eine stundenlange Straßenschlacht geliefert. Mindestens 20 Randalierer wurden festgenommen. Augenzeugen meinten: „Es war schlimmer als in Kreuzberg." Die Beamten wurden mit Molotowcocktails, Signalraketen und Pflastersteinen auch von den Dächern der Häuser aus attackiert. Die teilweise vermummten Besetzer errichteten aus umgeworfenen Lkw-Anhängern, Müllcontainern und Autos meterhohe Barrikaden. Die Absperrungen wurden an einigen Stellen in Brand gesetzt. Autos und auch eine Straßenbahn gingen in Flammen auf. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Tränengas sowie Schlagstöcke ein.

Bereits für heute nachmittag riefen die Hausbesetzer erneut zu einer „Großdemonstration" auf. Sie soll im Bezirk Prenzlauer Berg beginnen.

Seite 4: **Hausbesetzerszene**

Mainzer Straße hinter Barrikaden „Waffenstillstand" ausgehandelt

Besetzer und Unterstützer erklären das Viertel zum „befreiten Gebiet" / Nach nächtlicher Randale mit der Polizei „Waffenstillstand" ausgehandelt / Pätzold droht mit hartem Kurs / Polizei holt Verstärkung aus Westdeutschland

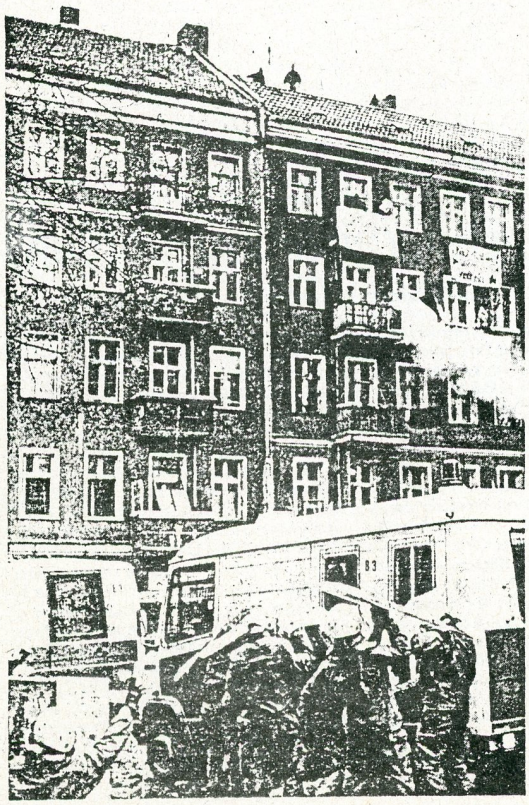
Barrikadenbewehrt, eingeigelt, polizeifrei: Die Mainzer Straße gestern nachmittag

Foto: Stefan Doblinger/Paparazzi

Berlin (taz) — Die Besetzer der Häuser der Mainzer Straße haben es zusammen mit einigen hundert Unterstützern geschafft, aus ihrem Viertel eine polizeifreie Zone zu machen. Aufgerissene Straßen, Erdwälle und Barrikaden aus umgestürzten Fahrzeugen und Baumaterial bilden die Grenze des, so die Besetzer, „befreiten Gebiets". Gruppen von Hausbesetzern kontrollieren die schmalen Einlässe. Unter Beteiligung der Stadtverordneten des Bündnis 90, Bärbel Bohley, war ein „Waffenstillstand" ausgehandelt worden, von grünen Ordnungshütern war weit und breit nichts zu sehen.

In der Nacht zum Dienstag war es zwischen rund 500 Besetzern und 1.400 Polizeibeamten zu stundenlangen Scharmützeln gekommen. Die Besetzer der Mainzer Straße hatten befürchtet, daß auch ihre Häuser geräumt werden sollten, nachdem die Polizei, wie berichtet, drei Häuser in Lichtenberg und Prenzlauer Berg geräumt hatte. Besetzer und Polizei gaben sich gegenseitig die Schuld an der Eskalation der Gewalt. Stadtverordnete, wie der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain, forderten mehr Zurückhaltung seitens der Polizei. Anwohner der Mainzer Straße waren dagegen entsetzt vom Anblick brennender Autos und umgestürzter Bauwagen. Sie verlangten mehr Präsenz und Härte der Polizei. Die Hausbesetzer in der Mainzer Straße wollen die Barrikaden erst abräumen, wenn Momper garantiert, daß ihre Häuser nicht geräumt werden. Innensenator Pätzold (SPD) versprach den Anwohnern mehr Härte. Nach taz-Informationen forderte die Polizei Verstärkung aus Westdeutschland an.

TAZ 14.11.



Der Versuch der Polizei am Montag nachmittag, zur Mainzer Straße vorzudringen, wurde von oben beantwortet

Foto: Gerald Zörner

18.000 Wohnungen stehen in Ost-Berlin leer

Die schlechte Bausubstanz im Ostteil der Stadt wird Besetzer wie Baugesellschaften auf Jahre hin anlocken

Auch im Ostteil der Stadt Berlin erinnert die heruntergekommene Bausubstanz der Miethäuser West-Besucher an Kreuzberger Fassaden von Anno 1979/80. Die Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) waren aber nicht nur mit der Instandhaltung, sondern auch mit der Verwaltung ‚ihrer' Wohnungen überfordert, so daß sich die private Iniative bei der Wohnungssuche in Gestalt des Tausches immer mehr durchsetzte. Wo immer ein Pärchen zusammenzog, wurde die eine freiwerdende Wohnung möglichst nicht der KWV gemeldet, sondern freigehalten, um sie unter der Hand an Bekannte oder Freunde weiterzugeben. Wenn Wohnungen über längere Zeit leerstanden, waren „Besetzungen" durchaus üblich. Die KWV verlor den Überblick. Sie gibt heute noch Vordrucke aus, mit denen die illegalen „werten Nutzer" zwecks „Klärung eines Sachverhalts" vorgeladen werden, um sie wenigstens im Nachhinein kennenzulernen („Das unbedingte persönliche Erscheinen ist abzusichern").

Das politische Machtvakuum wurde schon im Herbst 1989 von Wohnungssuchenden in der DDR, aber auch aus dem nahen Kreuzberg, zur Besetzung ganzer Häuserblocks genutzt. Bei der ersten Besetzung im Oktober 1989 sicherte die KWV den Besetzern ihre Unterstützung zu und die Polizei hielt freundlich Kontakt unter dem Etikett „Sicherheitspartnerschaft". Mit der Zunahme der Besetzungen und den beginnenden Planungen für eine Sanierung hat sich die Situation geändert. Die Wohnungsverwaltungen der Stadtbezirke werden als ordentliche GmbHs ins Handelsregister eingetragen, bleiben aber städtische Gesellschaften. Der Magistrat hat sich im Westteil der Stadt mit Geschäftsführern versorgt.

Die Sanierung kommt langsam in Gang. Allein für Ost-Berlin im 2. Halbjahr 1990 stehen 570 Millionen DM im Berliner Haushalt. Auf Jahre hinaus ist viel zu tun: 31 Prozent der Ostberliner Bausubstanz wurde vor 1918 errichtet, jedes dritte Quartier hat weder Bad noch Dusche. 18.000 Wohnungen stehen leer.

K.W.

Über Unterstüzung muß erst nachgedacht werden

Bewohner ehemals besetzter Häuser im Westteil der Stadt über ihr Verhältnis zu den besetzten Häusern im Ostteil

Zu den Hausräumungen Ost-Berlin holte die taz Einzelstellungnahmen von Bewohnern ehemals besetzter Häuser im Westteil der Stadt ein. Die Häuser, die vor zehn Jahren besetzt wurden, konnten nur deshalb mit langfristen Nutzungsverträgen legalisiert werden, weil es eine große Empörung über die Wohnungspolitik gab und eine breite Unterstützungbewegung.

TAZ 14.11.90

Nehringstraße 34 (Charlottenburg): Über die Räumungen werde auf dem heutigen Hausplenum geredet, hofft eine Bewohnerin. Sie glaubt jedoch, daß die »Power und Unterstützung«, die jetzt für die Häuser in Ost-Berlin nötig wäre, nicht in erster Linie von den ehemals besetzten Häusern zu erwarten ist. Der Grund: Die Befriedungstaktik des Senats habe hingehauen — die Leute seien jetzt mit ihren »eigenen Häuschen beschäftigt«. **Regenbogenfabrik, Lausitzer Straße 22 (Kreuzberg):** Räumungen seien immer Scheiße, wettert ein Mann am Telefon. Man müsse sich jedoch erst einmal infomieren. Wenn die Besetzung zum Beispiel erfolgt sei, als mit der Sanierung des Hauses begonnen werden sollte, sei der Fall problematisch. Im Prinzip sei es aber schon »korrekt« die Besetzer zu unterstützen. Wie, daß sollten die Leute in Ost-Berlin bestimmen und nicht die Westler. **Bülowstraße 52 (Schöneberg):** Einige Leute werden zur Demo gehen, andere nicht — wie immer« — erklärte ein Bewohner. Er selbst lehne Gewalt ab, weil sie zum Selbstzweck verkommen sei. Früher seien die Krawalle noch Ausdruck spontaner Empörung gewesen, jetzt würden sie strategisch vorbereitet. Der Bewohner betonte aber, daß er gern Kontakte zu den besetzten Häusern aufnehmen würde, um über mögliche Formen der Unterstützung zu reden. **Fränkelufer 8 (Kreuzberg):** Eine Bewohnerin beschwerte sich darüber, daß in dem taz-Bericht über die Räumung die Frage im Vordergrund gestanden habe, ob der Polizeieinsatz friedlich gewesen sei oder nicht. Schließlich sei eine Räumung an sich schon eine gewalttätige Aktion. Vom Demoaufruf würden sich sicher einige Leute aus dem Haus angesprochen fühlen. Zu weiteren Formen der Unterstützung wollte die Bewohnerin keine Auskunft geben. Eines sei sicher: AL werde sie auf keinen Fall mehr wählen. **Potsdamer Straße 130 (Schöneberg):** Eine Bewohnerin fühlte sich fatal an die eigene Besetzerzeit erinnert: Schon damals seien »einige Häuser total verarscht« worden. Sie werde bestimmt auf die Demo gehen. Auf dem Hausplenum sei auch schon über andere Unterstützungsformen — wie eine Patenschaft — nachgedacht worden. **Kerngehäuse, Cuvrystraße 20-23 (Kreuzberg):** Über eine mögliche Unterstützung werde auf dem heutigen Plenum geredet, auf die Demo würden bestimmt einige Leute gehen. Einzelne Kontakte zu besetzten Häuser gebe es schon länger. Es sei auch schon einmal Geld für Funkgeräte gesammelt worden, damit die Kommunikation unter den Häusern ohne Telefon aufrechterhalten werden könne. **Luckauer Straße 3 (Kreuzberg):** Ein Plenum, auf dem über politische Fragen nachgedacht werde, gebe es nicht mehr, bedauerte ein Bewohner. Einige in der Luckauer hätten »vielleicht« Kontakt zu Besetzern im Osten. Die Mehrzahl fühle sich davon nach zehn Jahren jedoch nicht mehr betroffen. Sie seien von Arbeit und Familie »völlig eingenommen«. plu

Nach der Schlacht: Pätzold rüstet auf

Innensenator hat Krawall nicht in dieser Schärfe erwartet / Polizeiverbände aus Bundesländern im Anmarsch / Kritik von allen Seiten: CDU fordert Pätzolds Kopf, Bündnis 90/Grüne wollen Verhandlungen, BesetzerInnen wollen Mompers Ehrenwort

Friedrichshain. Innensenator Erich Pätzold (SPD) hat in den SPD-regierten Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Polizeiverstärkung angefordert. Die Polizei wird heute vormittag in Berlin eintreffen. Der Sprecher der Innenverwaltung, Werner Thronicker, begründete die Aufrüstung damit, daß die Berliner Beamten in den letzten drei Tagen »nicht mehr aus den Stiefeln gekommen« seien. Man wolle jedoch auf die heutige Demonstration gut vorbereitet sein. HausbesetzerInnen werden um 17 Uhr ab dem Senefelder Platz unter dem Motto »Hände weg von unseren Häusern« gegen die ersten Räumungen demonstrieren.

Die Randale in der Nacht auf Dienstag, im Anschluß an die Räumung von drei besetzten Häusern hat der Innensenator »erwartet und in Kauf genommen«. Allerdings, so der Senator gestern, habe man nicht damit gerechnet, daß es so weit weg von der eigentlichen Räumung im Prenzlauer Berg und in Lichtenberg zu solchem Aufruhr kommen würde. Es gehe aber darum, in Ost-Berlin Recht und Gesetz durchzusetzen. Die Polizei sei verpflichtet gewesen, die Häuser in der Pfarr- und Cotheniusstrasse zu räumen, da von den Eigentümern Strafanträge gestellt worden seien. Jeglicher Vermittlungsversuch, wie von Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu, hätte nur zu einer weiteren Eskalation der Gewalt geführt.

Die HausbesetzerInnen dagegen sprachen gestern von einem Polizeieinsatz mit »brutalster, ungezügelter Gewalt«. Es habe in ihren Reihen viele Leicht- und drei Schwerverletzte gegeben. Von dem Einsatz der Polizei, so ein Sprecher weiter, seien die BesetzerInnen total überrascht worden: »Wir haben gedacht, die schmeißen uns jetzt alle raus!« Den Verkehr auf der Frankfurter Allee habe man »höchstens 10 Minuten blockiert« und sich dann »plötzlich den Hundertschaften« der Polizei gegenüber gesehen. Erst danach seien in der Mainzer Straße Barrikaden errichtet worden. Erneut eskaliert sei die Situation, als die Polizei versucht habe, in das ebenfalls besetzte Haus in der Scharnweber Straße 29 einzudringen. Die Polizei habe im Laufe des Abends massiv Tränengas und mindestens 10 sogenannte Blendschockgranaten eingesetzt. Vermittlungsversuche von Politikern seien gescheitert, »weil die Vermittler mit dem Wasserwerfer weggeputzt worden sind«, als sie sich zwischen Polizei und die übrigen Leute gestellt hätten. Die BesetzerInnen wollen die Barrikaden nur abräumen, wenn Berlins Regierender, Walter Momper (SPD), den Verzicht auf weitere Räumungen zusichere.

Polizeipräsident Georg Schertz erklärte, daß die etwa 250 bis 300 eingesetzten Polizisten im Verlauf der Eskalation auf etwa 1.500 verstärkt wurden. Nur Westbeamte seien eingesetzt worden. 137 Beamte sollen verletzt worden sein, einer befand sich gestern abend noch im Krankenhaus. Insgesamt wurden 20 Leute festgenommen, überwiegend sollen sie in West-Berlin gemeldet sein. Auch er erklärte, daß »die Militanz weit über uns bekannte Kreuzberger Verhältnisse hinaus« gehe.

Auffällig zurückhaltend zeigte sich gestern Ostberlins Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD). Er wollte zu den Vorgängen in der Nacht nicht Stellung nehmen. Er sei, so Krüger zur taz, mehrere Stunden nachts vor Ort gewesen und habe auch mit Besetzern gesprochen. Von Bärbel Bohley sei er gebeten worden, zu intervenieren, habe diese aber aufgefordert, sich an die Verantwortlichen zu wenden.

Scharfe Kritik am Verhalten des Senats übte gestern CDU-Oppositionschef Eberhard Diepgen: Er forderte den Rücktritt des Innensenators und warf dem Senat vor, daß seine Sicherheitspolitik am Ende sei. Alle besetzen Häuser, von denen in Ost-Berlin Gewalt ausgeht, insbesondere die Mainzer Straße, müßten sofort geräumt werden. Demgegenüber übten Vertreter des Bündnis 90/Grüne, der PDS, der SPD und der Vereinigten Linken aus dem Ostteil der Stadt scharfe Kritik an den Polizeieinsätzen, die »die Situation in gefährlicher Art und Weise eskalieren ließen«. Sie verlangten umgehende Verhandlungen mit dem Ziel, durch Verträge Sicherheit für die besetzten Häuser herzustellen. **kd/maz/dlak**

Besetzer wurden regelrecht verladen

Magistrat zögerte Vertragsverhandlungen immer weiter heraus und schürte damit nur Räumungsangst

Die schweren Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und der Polizei in den letzten beiden Tagen sind nicht nur die Lust am Krawall — große Teile von Ost-Berlins Hausbesetzerszene sind verbittert darüber, wie sie von Ost-Berlins Stadtregierung über den Verhandlungstisch gezogen worden sind.

Als Anfang dieses Jahres massenhaft Häuser, überwiegend Altbauten in den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Lichtenberg, besetzt wurden, war die politische Handlungsbereitschaft der Regierenden noch ganz anders: Im April erklärte die Volkspolizei auf Beschluß des Runden Tisches, die Häuser würden nicht geräumt.

Ende Juni bildeten Besetzer ein „Vertragsgremium besetzer Häuser", in das Bewohner von 87 besetzten Häusern 15 Delegierte wählten. Dieses Gremium sollte möglichst geschlossen auftreten und Nutzungsverträge für die Häuser erkämpfen. Mit Nutzungsverträgen könnten die Mieter selbst entscheiden, wer in ihren Häusern wohnen soll.

Anfang September versprach dann der Magistrat für 87 Häuser Rahmenverträge. Für andere Häuser waren Einzel- oder Nutzungsmietverträge erkämpft worde. Geräumt werden sollten die Häuser, die nach dem 24. Juli besetzt worden waren.

Damals beschloß der Magistrat die sogenannte West-„Berliner Linie". Das 1981 von dem damaligen Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) entwickelte Konzept, Hausbesetzungen zu verhindern, wurde vorgestern zum ersten Mal in Ost-Berlin in die Tat umgesetzt: Im Prenzlauer Berg und in Lichtenberg räumte die Polizei die drei Häuser, die im September besetzt worden waren.

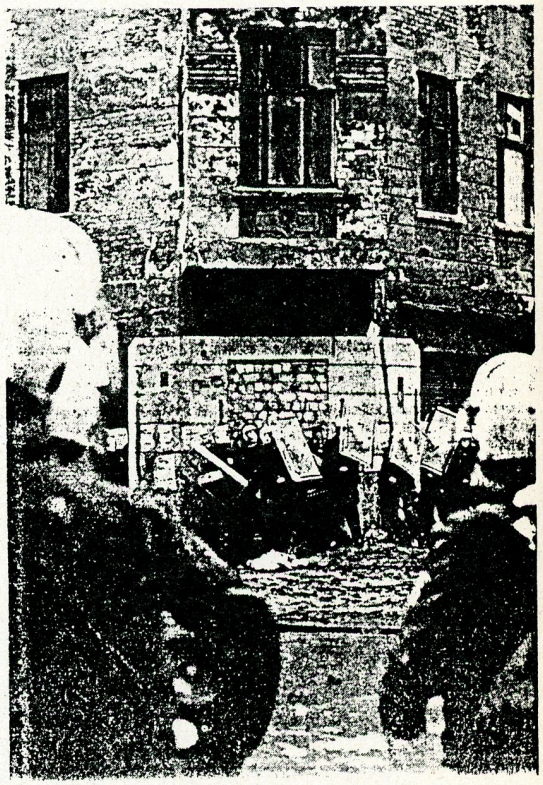
Nun sind seit dem Versprechen, alle 87 Häuser legalisieren zu wollen, über zwei Monate vergangen. Doch Rahmenverträge jedoch gibt es immer noch nicht. Inzwischen will nicht mehr der Ostberliner Magistrat, sondern sollen die Bezirke der Stadt unmittelbar mit den Instandbesetzern verhandeln.

Doch so viele unterschiedlichen Bezirke es gibt, so viele unterschiedlichen Meinungen sind auch zum Umgang mit Hausbesetzungen vorhanden. In Lichtenberg zum Beispiel hieß es, „Besetzungen sind illegal", in Friedrichshain hingegen vermittelte der Bürgermeister zwischen Besetzern und der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Schließlich sollten die 15 Delegierten zustimmen, die nach dem 24. Juli besetzten Häuser zu räumen und Neubesetzungen zu verhindern. Diese Idee kommentierte eine Delegierte: „Hier scheint der Magistrat unseren Einfluß absichtlich zu überschätzen."

Dirk Wildt

TAZ 14.11.



DOKUMENTATION

»Räumen bedeutet mit Feuer spielen«

Bezirksbürgermeister warnte Polizei und Innensenat vor Folgen der Räumung

Prenzlauer Berg. Einen Tag vor der Räumung der drei Häuser warnte der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Familie, Jugend und Sport, Siegfried Zoels, vom Bezirk Prenzlauer Berg Innensenator Erich Pätzold (SPD), Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) und Polizeipräsident Georg Schertz vor den Folgen der geplanten Polizeiaktion. Hier der Brief, den Zoels am vergangenen Sonntag im Polizeipräsidium abgab.

»Am Freitag erhielt ich die Information, daß beabsichtigt ist, das besetzte Haus Cotheniusstraße 16 am kommenden Montag mit Polizeigewalt zu räumen. Die Rechtmäßigkeit dieser Aktion steht außer Frage. Allerdings gebe ich zu Bedenken, ob diese Entscheidung zur Zeit politisch verantwortet und durchgesetzt werden kann.

Folgende Faktoren sind zu bedenken:

- Der Tod des Fußballfans in Leipzig
- Die gestrige Trauerdemonstration
- Die Zusammenstöße mit Hooligans in Magdeburg
- [...]

Die Hemmschwelle, Aggressionen aktiv auszuüben, ist offensichtlich sehr niedrig. Begründet sicher auch in der Frustration der letzten Monate; relativ wenig hat sich zum Guten hin verändert; die Hausinstandbesetzer werden mit immer neuen Argumenten vertröstet; der Eindruck der Handlungsunfähigkeit der Regierenden ist dominant; alle warten auf die Wahlen am 2. Dezember. Dazu kommt, daß es in den letzten Monaten offensichtlich zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Kreuzberger- und den Prenzlauer-Autonomen gekommen ist.

Zu diesem Zeitpunkt ein Haus zu räumen, bedeutet, mit dem Feuer zu spielen. Das Haus ist ohne ein ständiges großes Polizeiaufgebot von Besetzern auf Dauer nicht freizuhalten. Und selbst wenn das gelänge, besteht die Gefahr, daß in allen Stadtteilen Gewalttätigkeiten begännen. [...] Diese vielfältigen Aggressionen könnten durch die unterbesetzte Polizei nicht gestoppt werden. Zugleich wären die Auseinandersetzungen hervorragende Wahlkampfmunition für die Law-and-Order-Verfechter.

Aus diesen Gründen bitte ich dringend, die Entscheidung zur Räumung rückgängig zu machen.« dlak

- MoPo 14.11.90

● Entsetzen über Straßenschlacht im Ost-Teil Berlins ● Kritik an Innensenator Pätzold

Senat sagt Rechtsbrechern Kampf an

BM/dpa Berlin, 14. Nov.

Die Berliner Landesregierung (Senat und Magistrat) hat nach den schweren Krawallen im Bezirk Friedrichshain ein härteres Vorgehen gegen militante Hausbesetzer angekündigt. Die Polizei werde nicht zulassen, daß sich „die Gewalt in dieser Gegend fortsetzt", sagte Innensenator Erich Pätzold gestern. „Wir werden Konsequenzen ziehen."

Die Mainzer Straße im Ost-Teil der Stadt, Hauptschauplatz der Straßenschlacht in der Nacht von Montag auf Dienstag, war gestern weiterhin durch Barrikaden und Straßengräben gesperrt und bot ein Bild der Verwüstung. Die Hausbesetzer verlangen vor dem Abbau der Befestigungen schriftliche „Garantien" des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper, daß keine weiteren Häuser geräumt würden. Außerdem müßten alle geräumten Häuser an die Besetzer zurückgegeben und alle Strafverfahren fallengelassen werden.

Für heute hat die Hausbesetzer-Szene zu einer Großdemonstration aufgerufen, die am Roten Rathaus vorbeiführen soll. Die Polizei hat Verstärkungen aus West-Deutschland angefordert.

Bei den stundenlangen Straßenschlachten, die sich erst am frühen Dienstagmorgen beruhigten, wurden nach Angaben von Polizeipäsident Georg Schertz mindestens 137 Polizeibeamte verletzt. Einer lag gestern abend noch im Krankenhaus. Die Hausbesetzer sprachen von drei Schwer- und vielen Leichtverletzten auf ihrer Seite. Die Polizei hatte 1400 Beamte gegen die auf 500 bis 1000 Mann geschätzten, zum Teil vermummten Randalierer aufgeboten, von denen ein Großteil aus dem West-Teil der Stadt kam. 20 Gewalttäter wurden vorübergehend festgenommen. Nach den Angaben von Schertz konnte die Polizei wegen der großen Brutalität und Militanz der Randalierer keine weiteren Personen festnehmen, ohne die Beamten in Lebensgefahr zu bringen.

Ausgangspunkt der Krawalle war die Räumung dreier besetzter Häuser in den Bezirken Prenzlauer Berg und Lichtenberg. Innensenator Pätzold sagte dazu, die Polizei

Kommentar und weitere ausführliche Berichte
Seiten 2–5

sei verpflichtet, Recht und Gesetz durchzusetzen. Die Voraussetzungen für eine Räumung entsprechend der „Berliner Linie", wonach Neubesetzungen nicht geduldet werden, hätten vorgelegen: Räumungsbegehren und Strafantrag sowie Nutzungspläne.

Die Polizeigewerkschaften, CDU und FDP übten scharfe Kritik an Pätzold. Der CDU-Landesvorsitzende Eberhard Diepgen verlangte eine Sondersitzung des Innenausschusses und sofortige Räumung von besetzten Häusern, in denen sich Gewalttäter aufhalten. Nach Angaben aus der Szene leben in Berlin derzeit etwa 2000 Hausbesetzer.

Diepgen: Senat sah Hausbesetzungen tatenlos zu

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen hat dem Senat und dem Magistrat, in dem auch die CDU vertreten ist, vorgeworfen, das Problem der Hausbesetzungen verharmlost und verdrängt zu haben. Mit Diepgen sprach Frank Langrock.

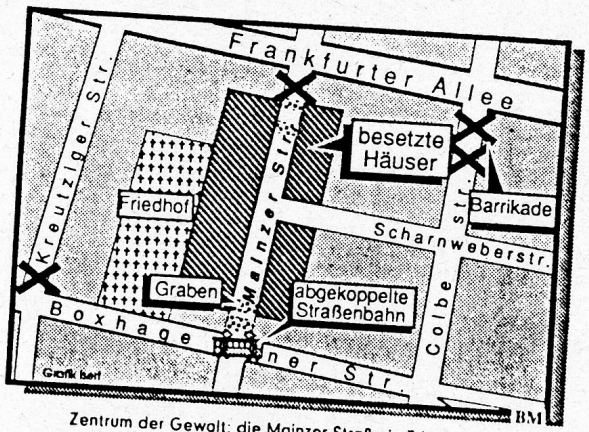
Berliner Morgenpost: Innensenator Pätzold hat erklärt, er wolle sich bei der Räumungsfrage an die Berliner Linie halten, nach der sich auch der CDU/FDP-Senat in der Vergangenheit gerichtet hat. Wann hätte geräumt werden müssen?

Eberhard Diepgen: Hausbesetzungen sind generell rechtswidrig. Bei Vorliegen entsprechender Anträge der Hauseigentümer oder auch bei entsprechenden Straftaten, die von einem Objekt ausgehen, ist eine Räumung oder Durchsuchung notwendig. In dem Zusammenhang hätte es bei einer CDU-geführten Regierung polizeiliche Maßnahmen gegeben.

BM: Sie werfen dem rot-grünen Senat Tatenlosigkeit vor. Die Polizeihoheit gilt jedoch erst seit dem 1. Oktober auch für den Ost-Teil der Stadt und lag zuvor bei der DDR-Regierung. An wen richtet sich Ihre Kritik, es hätte vorher etwas getan werden müssen?

Diepgen: Erstens gibt es Versäumnisse beim Magistrat im Ost-Teil. Er hätte über die Wohnungsbaugesellschaften und in eigener Verantwortung entsprechende Anträge an die Polizei vor dem 1. Oktober stellen müssen. Aus meiner Sicht war es unverantwortlich, die Zunahme der Hausbesetzungen ohne jede Reaktion zu akzeptieren. Zweitens hätte sich der Senat vorbereiten müssen auf die Verantwortung nach dem Tag der deutschen Einheit. Die war ja nicht vom Himmel gefallen. Nach dem 3. Oktober hat der Senat das Eindringen von einer eindeutig kriminellen Hausbesetzerszene einfach hingenommen und durch seine Gesamtpolitik bei der Bekämpfung der Kriminalität den Eindruck vermittelt, daß man in Berlin risikolos Häuser besetzen kann, aus Häusern Straftaten begehen kann und risikolos rechtsfreie Räume organisieren kann.

MoPo 14.11.



Zentrum der Gewalt: die Mainzer Straße in Friedrichshain.

Was Parteien zu den Krawallen sagen

Die Berliner **CDU** forderte gestern als Konsequenz aus den schweren Krawallen die sofortige Räumung aller besetzten Häuser, von denen Gewalt ausgehe, insbesondere die in der Mainzer Straße. Bei Polizei und Staatsanwaltschaft müßten wieder Sonderkommissionen eingerichtet werden. Der Innenausschuß müsse zu einer Sondersitzung zusammenkommen.

Die **SPD** erinnerte daran, daß der frühere CDU-Innenminister Diestel „absolut nichts" unternommen habe, um der wachsenden Zahl von Hausbesetzungen im Ost-Teil Berlins zu begegnen. Ensprechend der Devise „Nach mir die Sintflut" habe er die Lösung dieses Problems „in verantwortungsloser Weise" Senat und Magistrat überlassen.

Die **AL** warnte vor einer weiteren Eskalation der „angespannten Situation". Dies müsse durch die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über die besetzten Häuser vermieden werden.

Die **Republikaner** forderten die unverzügliche Räumung aller besetzten Häuser in der Stadt. Zurückgenommen werden sollten Einsparungen um fünf Millionen DM im Polizei-Etat sowie die Auflösung der Politischen Abteilungen bei der Staatsanwaltschaft.

Die **FDP** erklärte, es sei nicht nachvollziehbar, warum Innensenator Pätzold „derart schlecht vorbereitete Einsätze der Polizei durchführen läßt". Militanz und Stärke der im Ost-Teil der Stadt konzentrierten autonomen Szene seien inzwischen klar abschätzbar.

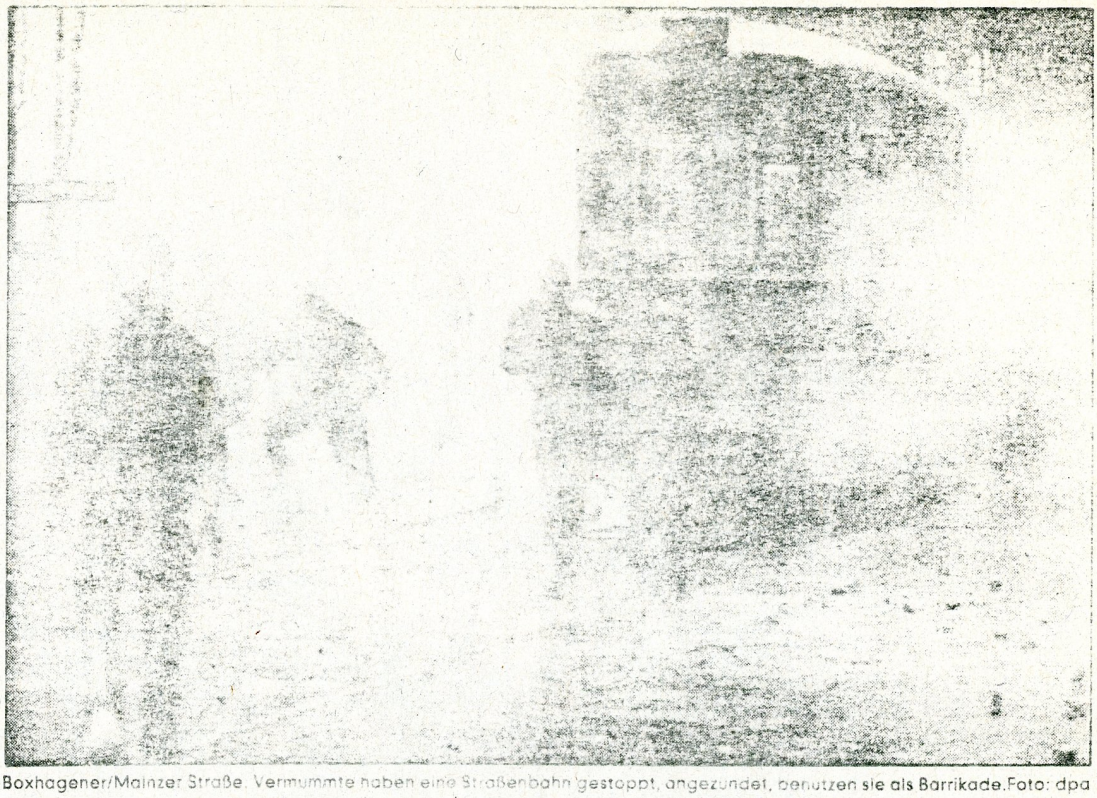
Die **PDS** verurteilte den Einsatz der Polizei. Diese habe „den Zustand einer ungeklärten Gesamtkonzeption des Magistrats und des Senats im Umgang mit den besetzten Häusern für eine im Ostteil Berlins bisher beispiellose Gewaltaktion genutzt". Es sei der Eindruck einer „willkürlichen Machtdemonstration" entstanden.

Auch Vertreter von **Bündnis 90/Grüne** übten Kritik an den Polizeieinsätzen. Sie hätten „die Situation in gefährlicher Art und Weise" eskalieren lassen. Die Polizei solle das Gebiet um die Mainzer Straße verlassen. Mit den Besetzern müsse verhandelt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei (**GdP**) erwartet vom Senat, „die bewährte Berliner Linie" durchzusetzen, neue Besetzungen nicht zu dulden und gegebenenfalls Räumungen innerhalb weniger Stunden zu veranlassen. In Berlin dürfe „keine Hamburger Hafenstraße" entstehen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (**DPolG**) machte die „fatale Deseskalationsstrategie" des Innensenators dafür verantwortlich, daß die Polizei „vor dem Mob der Straße kapitulieren, sich zurückziehen und Chaoten den rechtsfreien Raum zum Plündern und zur Begehung weiterer Strataten überlassen mußte".

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Berliner Innensenator Heinrich **Lummer** erklärte, die Krawalle seien eine Herausforderung „für unseren Rechtsstaat". Man dürfe nicht zulassen, daß die ersten Erfahrungen der Bürger im Ost-Teil der Stadt mit der Demokratie von Rechtlosigkeit, Plünderungen und Gewalttätigkeiten überschattet würden. *Jörg Meißner*



Boxhagener/Mainzer Straße. Vermummte haben eine Straßenbahn gestoppt, angezündet, benutzen sie als Barrikade. Foto: dpa

Pätzold kündigt härteres Vorgehen gegen Gewalttäter an

„Alle Berliner dürfen sich darauf verlassen, daß das, was in der vergangenen Nacht an Ausmaß von Gewalt erkennbar geworden ist, die gebührende staatliche Antwort finden wird. Wir werden nicht zulassen, daß sich dies fortsetzt. Aus diesen Häusern sind in so unbeschreiblicher Zahl schwerste Gewalttaten verübt worden, daß wir die geeigneten Konsequenzen dagegen ziehen werden." Das sagte Berlins Innensenator Erich Pätzold (SPD) gestern bei einer Pressekonferenz zu den bisher schwersten Krawallen mit militanten Hausbesetzern im Ost-Teil der Stadt.

Der Innensenator bekräftigte die Absicht des Senats, gegenüber Hausbesetzungen die „Berliner Linie" fortzuführen. Danach sollen auch im Ost-Teil der Stadt bei seit längerem besetzten Häusern friedliche Lösungen gesucht, neue Besetzungen jedoch nicht mehr geduldet werden.

Pätzold forderte die Besetzer auf, jede Gewaltanwendung sofort einzustellen, die aufgetürmten Barrikaden zu entfernen und zu einer „friedlichen Form der Auseinandersetzung zurückzukehren". Der Senator zeigte sich erschrocken über das Maß der Gewalt, das die schätzungsweise 500 Gewalttäter, von denen viele der „autonomen Szene" aus Kreuzberg zuzurechnen seien, an den Tag gelegt hätten.

Auch Berlins Polizeipräsident Georg Schertz betonte, die in der Nacht gezeigte Militanz sei über das hinausgegangen, „was uns in Kreuzberg bekannt war". Um die eingesetzten Beamten nicht weiter zu gefährden, habe man auf eine Räumung der mit Barrikaden versperrten Mainzer Straße verzichtet.

Nach Angaben von Schertz herrschte in der Nacht mehrere Stunden lang eine Art Ausnahmezustand, „der selbst unsere erprobten SEK-Kräfte in eine Situation brachte, in der Festnahmen nicht mehr möglich waren". Die Störer seien zeitweise derart aggressiv gewesen, daß man der dabei freigesetzten Gewalt durch „ein Eingreifen mit polizeilichen Mitteln, die wir noch hinnehmen können", nicht mehr habe begegnen können.

Der Polizeipräsident teilte mit, ein Polizist sei von einer Steinplatte, die gezielt von einem Dach herabgeworfen wurde, voll am Kopf getroffen worden. Nur dem Helm, der dabei zu Bruch ging, sei es zu verdanken, daß der Beamte am Leben blieb.

Innensenator Pätzold berichtete, unter den sechs Bediensteten, die mit Verletzungen in Krankenhäuser kamen, sei auch „ein Polizeiführer", den er – Pätzold – schon einmal nach einem Einsatz gegen militante Chaoten im Krankenhaus habe besuchen müssen. Es handele sich offensichtlich um einen Vorgesetzten, der wisse, „daß man seiner Einheit vorangeht", sagte der Senator. *Jörg Meißner*

Innenstadtrat Krüger:

„Voraussetzung für einen Dialog ist nun nicht mehr gegeben"

„Konsequenzen müssen nach den gestrigen Ausschreitungen in der Mainzer Straße gezogen werden." Wie Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) gestern weiter betonte, habe er seit Wochen auch mit diesen Besetzern den Dialog gesucht. Voraussetzung war Gewaltlosigkeit. Dies sei nach den gezielten Angriffen gegen das Leben der Polizisten nicht mehr gegeben. Krüger selbst befand sich nach eigenen Aussagen gestern nacht mehrmals in dem Gebiet. Während seiner Gespräche mit Autonomen mußte er aber feststellen, daß diese genau wußten, daß keine Räumung geplant sei, aber eine Kraftprobe suchten.

Von den momentan 128 besetzten Häusern im Ost-Teil wurden bisher vier geräumt. In einem Fall verließen Besetzer freiwillig ein Gebäude. Für Wohnungen in zwölf Häusern wurden mit Besetzern Mietverträge abgeschlossen. Bei 39 weiteren Häusern laufen die Verhandlungen „mit berechtigter Hoffnung". Darunter befinden sich auch einige Häuser in unmittelbarer Nähe der Mainzer Straße. Diese Besetzer verfolgen nach Krügers Meinung keine politischen Ziele, sondern engagierten sich vorrangig für den Erhalt der Bausubstanz. Bei den verbleibenden über 70 Häusern kamen trotz Angebote der Wohnungsbaugesellschaften keine positiven Ergebnisse zustande.

Krüger betonte, daß es auch nach dem Magistratsbeschluß im Juli, keine weiteren Besetzungen zuzulassen, 40 Hausbesetzungen gab. Durch die fehlende Polizeihoheit waren der damaligen Stadtregierung die Hände gebunden. *MP*

Bürgermeister Mendiburu:

Friedrichshains Bewohner leben jetzt in Angst und Schrecken

„Mit den Leuten in der Mainzer Straße ist nicht mehr zu reden." Friedrichhains Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu (SPD) ist entsetzt über die „bürgerkriegsähnlichen Zustände" in seinem Kiez.

„Ich habe immer Gesprächsbereitschaft signalisiert, wollte den vernünftigen Instandbesetzern helfen. Doch jetzt haben die Chaoten aus dem West-Teil in der Mainzer Straße die Oberhand gewonnen", glaubt der Bürgermeister. „Die vernünftigen Leute sind untergebuttert worden."

Helios Mendiburu (51) hofft auf eine rasche Senats-Entscheidung: „Wir müssen kurzfristig reagieren. Unsere Bürger dürfen sich nicht alleingelassen fühlen. Wenn neue Vermittlungsgespräche nicht fruchten, muß schnell geräumt werden."

Der Bürgermeister war Augenzeuge der Krawalle: „Auf keinen Fall dürfen sich solche Exzesse der Gewalt wiederholen. Die Straße sieht schlimm aus: kein Feuerwehr- oder Krankenwagen kommt da mehr durch. Die Anwohner haben große Angst."

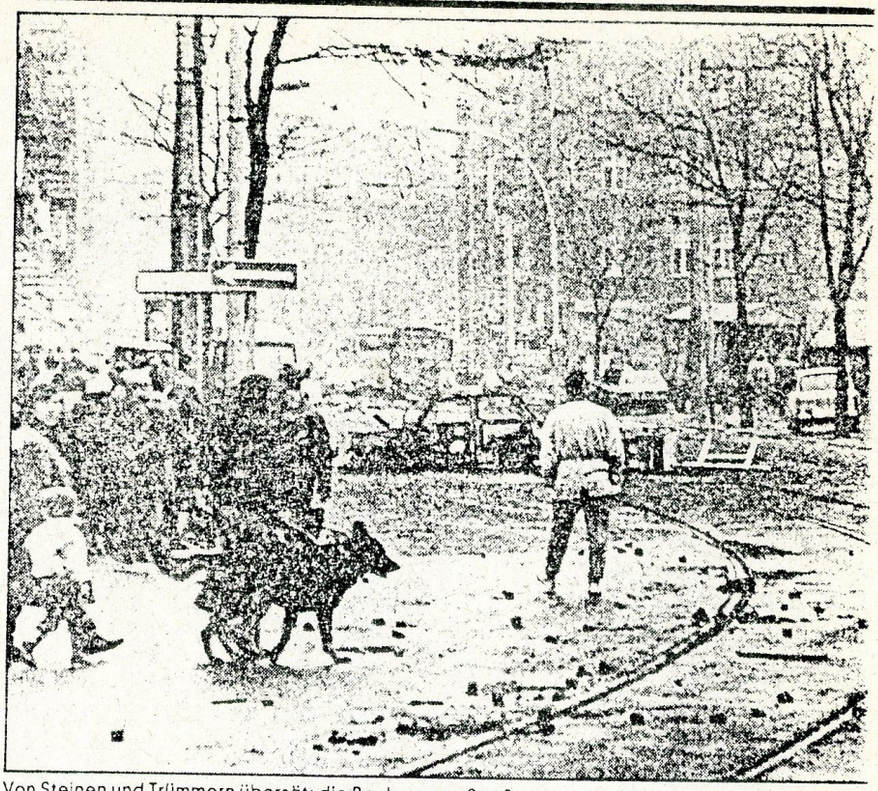
Eine Familie wurde bereits im Hotel Berolina untergebracht, viele Bewohner der Mainzer Straße wollen weg, haben im Bezirksamt nach neuen Wohnungen gefragt.

Noch etwas bereitet Mendiburu Sorgen: „Die rechtsextremen Bauernfänger sind auch schon da. Manche radikalisierten Anwohner fordern bereits, daß wir Panzer schicken." Doch: „Wir sind nicht Berlins neue Chaotenhochburg. Weder von rechts noch von links."

Sven Gösman

MoPo 14.11.

Friedrichshain: Eine Nacht voller Gewalt



Von Steinen und Trümmern übersät: die Boxhagener Straße gestern mittag. Foto Behrendt

Polizei kontra Hausbesetzer – Chronologie der Krawalle

Auslöser der Straßenschlachten in Friedrichshain war die Räumung von drei besetzten Häusern in Lichtenberg und Prenzlauer Berg gegen 7.30 Uhr Montag morgen. Die etwa 150 jungen Leute, die in den zwölf besetzten Häusern an der Mainzer Straße und der Scharnweberstraße leben, befürchteten danach einen gegen sie gerichteten Polizeieinsatz.

Während die Besetzer sich durch Polizeiwagen, die gegen 9 Uhr durch die Mainzer Straße fuhren, „provoziert" fühlten, betont die Polizei, daß sie erst eingriff, nachdem Barrikaden errichtet worden seien.

● Gegen 12.30 Uhr haben die Besetzer weitere Barrikaden gebaut und eimerweise Pflastersteine in die Häuser geschafft. Die Polizei hat starke Einheiten zusammengezogen, schreitet aber nicht ein.

● Gegen 14 Uhr wollen Beamte vergeblich ein besetztes Haus an der Scharnweberstraße einnehmen. Steine und Leuchtkugeln fliegen. Die Polizei weicht zurück.

● Gegen 15.20 Uhr schießt die Polizei Tränengas. Sie fährt mit einem Wasserwerfer und fünf Mannschaftswagen in die Mainzer Straße, setzt unter einem Hagel von Platten, Steinen und Molotow-Cocktails die besetzten Wohnungen durch die Fenster unter Wasser und zieht sich wieder zurück.

● Gegen 16.30 Uhr schachten die Besetzer mit einem gestohlenen Bagger auf der Mainzer Straße und der Scharnweberstraße tiefe Gräben aus. Die Sperren sind praktisch uneinnehmbar geworden. Immer mehr Sympathisanten sickern in die Mainzer Straße ein.

● Gegen 21 Uhr erfolgen die ersten Übergriffe der mittlerweile rund 1000 Chaoten in benachbarten Straßen. Brandsätze und Steine fliegen, drei Straßenbahnwagen brennen. Die Polizei greift ein, dringt aber nicht in die Mainzer Straße vor.

● 23 Uhr: Rund um die Mainzer Straße herrscht Chaos. Die Polizei setzt zum Großangriff an, scheitert aber an den Barrikaden. Die Chaoten schießen mit Stahl- und Leuchtkugeln, werfen Brandsätze und Steine. Zeugen sprechen von einer nie erlebten Gewalt. *rä*

Momper fordert Bestrafung

Der Regierende Bürgermeister Walter Momper verurteilte gestern noch auf dem Rückflug aus Moskau den „unglaublichen Ausbruch von Gewalt" und sagte, Hausbesetzer und die militante kriminelle Szene seien gegen die Polizei in menschenverachtender Weise vorgegangen. „Dem muß mit aller Härte begegnet werden. Die Straftaten sind zu ahnden."

Der Senat sei nach wie vor entschlossen, die Berliner Linie in der Hausbesetzerfrage weiter voll anzuwenden. Neubesetzungen würden nicht geduldet. „Wir wollen friedliche und vertragliche Lösungen, wo immer das möglich ist", sagte Momper. Bei den etwa 130 im Ost-Teil der Stadt besetzten Häusern handele es sich zum großen Teil um eine „schlimme Altlast", die bei der Wiedervereinigung der Stadt übernommen werden mußte. *MM*

MoPo 14.11.

Erste Bilanz: Schäden in Millionenhöhe

Der Tag nach der Straßenschlacht: Erst in den Mittagsstunden sind die wirklichen Schäden der schweren Unruhen in der vergangenen Nacht einzuordnen. Das Tageslicht bringt endgültige Gewißheit: Es entstand Schaden in Millionenhöhe.

Unzählige Schaufensterscheiben sind zerstört, bei vielen Autos hängen nur noch Splitter in den Fassungen. Mehrere Wracks stehen am Straßenrand, einige qualmen immer noch. Tausende von Steinen liegen auf den Straßen. Die Boxhagener ist nicht befahrbar.

Hunderte Neugieriger sammelen sich in der Mainzer Straße, wo noch wenige Stunden zuvor unter den Anwohnern blanke Angst herrschte, wo viele Menschen sich nicht an die Fenster ihrer Wohnungen, geschweige denn auf die Straße trauten.

Unter einer Piratenflagge wärmen sich inzwischen einige Vermummte am Lagerfeuer auf der Straße auf. Andere vertreiben mit Flaschen und Steinen die Reporter: „Keine Fotos!" Ein etwa 25jähriger Hausbesetzer hält eine Gaspatrone in der Hand und schreit: „Einem Kumpel hat sie fast den Fuß abgerissen." Rechtfertigung für das, was in der Nacht geschah?

Vor den Häusern gibt es heftige Debatten. Eine Rentnerin: „Hier kann man doch nicht wohnen bleiben. Wie lange soll das noch so weitergehen?" Ein Familienvater: „Soll ich meine Kinder auf der Straße spielen lassen, während die Gefahr, von einem Stein getroffen zu werden, ständig zunimmt?"

Aber nicht alle plagt die Angst. Einer widersetzte sich energisch, als sein Wagen, ein Volvo, den er sich gerade erst gekauft hatte, durch Steine zerstört wurde. Er stellte den Schuldigen zur Rede, es kam es zur Schlägerei. Ein Chaot warf dem jungen Mann einen Pflasterstein mitten ins Gesicht. Als er sich auf den Angreifer stürzte, traten ihn mehrere Randalierer zusammen, ein Stein traf seine Nieren. Schwerverletzt brachten ihn Freunde zum Krankenwagen.

Die Flammen eines brennenden Trabants in der Boxhagener Straße drohten, auf einen nahe stehenden Jeep überzuspringen. Der verängstigte Besitzer schüttete aus dem zweiten Stock immer wieder Wasser auf sein Auto.

Auch die Geschäftsinhaber in der Frankfurter Allee sind betroffen. Viele Schaufenster sind zerstört, Auslagen wurden geplündert. Eine Betroffene: „Die Thermoscheiben kosten über 2000 Mark. Bis neue geliefert werden, dauert es mindestens zwei Wochen." Viele Geschäftsinhaber trauen sich nicht, über die Schäden ihrer Geschäfte etwas zu sagen. Sie fürchten gezielte Angriffe der Chaoten.

Die Bewohner der Häuser rund um die Mainzer Straße befürchten, daß weitere Straßenschlachten ihr Leben und ihr Eigentum gefährden. So rufen viele von ihnen nach einem härteren Durchgreifen der Polizei. Eine junge Frau: „Ich habe ein Recht darauf, unbehelligt über die Straße gehen zu können. Daher verlange ich, daß die Polizei härter und schneller gegenüber diesen Chaoten durchgreift."

Fazit: Viele Opfer der Straßenschlacht in Friedrichshain waren wieder einmal Unbeteiligte.

Michael Behrendt/Marcus Hellwig

Neonazis und Autonome Hand in Hand

Die Chaoten, die sich in der Nacht zu Dienstag mit der Polizei die bislang brutalste Straßenschlacht seit langem lieferte, waren aus verschiedenen Teilen Deutschlands angereist. Unter ihnen auch Besetzer der seit langem umkämpften Hamburger Hafenstraße.

Die Statistik für Montag nacht beweist es: Unter den 20 Festgenommenen befinden sich 13 Randalierer aus Kreuzberg, ein Chaot aus Hannover und einer aus Frankfurt am Main. Der Rest kommt aus Friedrichshain.

Verwunderlich: Trotz verschiedener politischer Gesinnungen kämpften diesmal Neonazis beziehungsweise Skinheads Seite an Seite mit den Autonomen der linken Szene gegen die Polizei. Zwar gab es gelegentliche Streitigkeiten, doch der Tenor war: „Nieder mit dem Bullenstaat."

Die geballte Masse an Gewaltpotential bildete wie immer der berüchtigte „schwarze Block" aus Kreuzberg. Er kämpfte auch hier wieder an vorderster Front gegen die Polizisten.

Schon seit langem gibt es Sympathien zwischen linken Besetzern aus beiden Teilen der Stadt. Kurz nach der Maueröffnung am 9. November 1989 kamen Autonome aus Kreuzberg, um die besetzten Häuser im Ost-Teil der Stadt vor Angriffen der rechten Szene zu schützen.

Eine für Montag nacht typische Szene: Ein Vermummter beschimpft ein junges Skinhead-Mädchen, das – für ihn provokativ – die Deutschlandflagge auf ihre Bomberjacke trug. „Laßt mich in Ruhe, ich kämpfe doch auch gegen die Schweine." Kurze Diskussion. Die sonst bei den Linken so verhaßte und als Angriffsziel erklärte Person durfte bleiben. *M. Behrendt/M. Hellwig*

Sowjetische Waffen in den besetzten Häusern?

Über welche Logistik verfügen die Gewalttäter? Haben sie tatsächlich in der Nähe sowjetischer Kasernen illegal Waffen gekauft? Besitzen sie Handfeuerwaffen mit scharfer Munition? Oder sind es nur absichtlich in Umlauf gebrachte Gerüchte? Versuchen die Chaoten auf diese Weise, die Polizei zu verunsichern?

Viele Fragen, die mit den Ereignissen vom Montag abend an Brisanz gewonnen haben und die Polizeiführung Berlins bedrücken. Schon vor Monaten gab es bei der Kripo im Ost-Teil Hinweise, daß sich in den besetzten Häusern an der Schönhauser Allee und der Mainzer Straße sowjetische Gewehre vom Typ Kalaschnikow und Automatik-Pistolen „Makarow" befinden. Nachgewiesen werden konnte es bislang allerdings nie.

Doch bei den schweren Krawallen vom Montag tauchte die Vermutung plötzlich wieder auf. Passanten wollen bei einigen Vermummten Pistolen gesehen haben. Und: „Die haben auch russische Signalraketen."

Sollte das zutreffen, sind die Chaoten im Besitz von gefährlichen Signalgeschossen, die mehrere hundert Meter weit fliegen und auch dünne Stahlwände durchbohren können – eine wirkungsvolle Waffe gegen Mannschaftswagen.

Woher die Chaoten ihre Waffen beziehen, scheint klar zu sein. Anwohner der sowjetischen Kaserne in Jüterbog berichten, daß nachts in einsamen Waldgebieten häufig Waffen den Besitzer wechseln. Für rund 100 Mark könne man eine Pistole kaufen. Der Preis für eine Kalaschnikow liege bei etwa 300 Mark inklusive Munition.

In den sowjetischen Kasernen wurden deshalb schon Schutzmaßnahmen eingeleitet: Nur noch die Wachmannschaft bekommt für ihren Dienst Gewehre und Pistolen ausgehändigt. Strenge Kontrollen wurden angekündigt.

Seit Montag nachmittag schleppten die Chaoten Steine, Gehwegplatten und Eisenstangen auf die Dächer der Mainzer Straße. Sie verfügen auch über Zwillen, mit denen sie Stahlmuttern verschießen. Erst eine Durchsuchung der Häuser könnte Aufschluß darüber geben, ob die Gewalttäter sowjetische Militärwaffen besitzen. *Stefan Degener*

Auch Ex-Vopos waren im Einsatz

Bei der Räumung der besetzten Häuser in der Pfarrstraße sowie bei den Auseinandersetzungen mit den Chaoten in der Mainzer Straße waren vereinzelt auch ehemalige Volkspolizisten, die jetzt im Angestelltenverhältnis ihren Dienst versehen, eingesetzt.

Etwa 120 Mann der früheren Ost-Berliner Schutzpolizei wurden auf die geschlossenen Einheiten der fünf Direktionen verteilt. Sie sind ausgerüstet wie ihre westlichen Kollegen. Wie gestern zu erfahren war, wurde bei den Attacken der Krawallmacher einer der Polizisten aus dem Ost-

Brennende Autos als Barrikaden: Bis in die Morgenstunden dauerte die Straßenschlacht zwischen Randalierern und Polizei in Friedrichshain. Foto: dpa

MoPo 14.11.

Mainzer Straße: Gewalt wie in der Hafenstraße

Berlins schlimmste Straßenschlacht

Brennende Autos. Räumfahrzeuge schieben eine ausgebrannte Straßenbahn zur Seite. Steinhagel auf Polizisten. Vermummte schmeißen Gehwegplatten auf die Straße. Chaos. Nackte Gewalt. Keine Achtung vor Menschenleben. Was verhältnismäßig harmlos mit der Räumung drei besetzter Häuser in der Pfarrstraße und der Cotheniusstraße begonnen hatte, eskalierte in der Nacht zum Dienstag zur bislang schlimmsten Straßenschlacht in Berlin.

Die Situation: Auf der einen Seite etwa 1000 Vermummte, auf der anderen 1500 Polizeibeamte. Oberstes Ziel der Hausbesetzer: Die Mainzer Straße halten, eine mögliche Räumung verhindern.

An allen angrenzenden Straßen wird gehämmert und gebaut. Barrikade reiht sich an Barrikade. Mit einem erbeuteten Schaufelbagger heben die Autonomen mehrere Gräben aus. Wenn die Polizei jetzt einen Druchbruch wagt, reißt es den Mannschaftswagen unweigerlich die Achsen aus den Verankerungen.

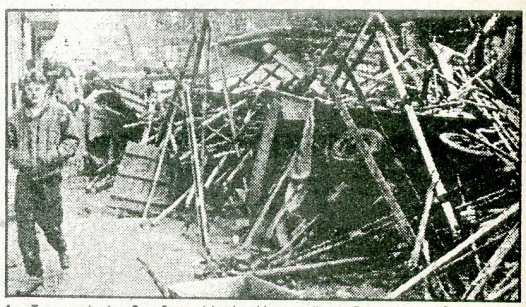
Erste Räumungsversuche der Polizei gegen 21 Uhr. Mit einem Wasserwerfer und fünf „Wannen" rasen die Einsatzkräfte durch die Boxhagener Straße in Richtung Mainzer Straße. Vergeblich versuchen sie drei abgekoppelte Straßenbahnwagen, die die Einfahrt zur Mainzer Straße versperrte, beiseite zu schieben. Die Autonomen hatten sie gestoppt. Mit fliegenden Steinen und Molotowcocktails vertreiben die Chaoten immer wieder die anrückenden Kräfte.Die Straßenbahn beginnt zu brennen, weitere Barrikaden aus Bauschutt, umgekippten Bauwagen und einem Baugerüst werden errichtet.

Ein Frontenkrieg beginnt: Eine Strecke von etwa 200 Meter trennt die Polizei auf der Boxhagener Straße von den Gewalttätern. Sobald sich ein Polizeifahrzeug in Bewegung setzt, fliegen Steine, brennende Flaschen. Wildes Geschrei: „Wir brauchen Mollis. Mehr Steine nach vorne."

Jeder belauert jeden. Die Autonomen schicken Kundschafter mit Fahrrädern und Autos auf die Straße. Mit Funkgeräten versuchen die Gewalttäter, den Polizeifunk abzuhören. Immer mehr Steine, Stangen und Platten werden auf die Dächer gebracht. Mehrere Zivilbeamte mischen sich unter die Besetzer. Das Wort von der „Berliner Hafenstraße" macht die Runde.

Sternförmig verteilen sich die Polizisten um das besetzte Gebiet. Die Aktion steht kurz bevor. Punkt 23 Uhr rückt die Polizei mit allen Kräften vor. Sie kann die ersten Barrikaden unter Einsatz von schweren Räumfahrzeugen beseitigen. Steinhagel. Die Polizisten schießen Tränengas-Granaten in die Menge. Über der gesamten Frankfurter Allee liegt eine Tränengasglocke. Auch die Polizisten leiden unter dem Gas.

Signalmunition zischt durch die beißenden Nebelschwaden. Die Flammen von zerplatzten „Mollis" werfen ein flackerndes, gespenstisches Licht auf den Kampfplatz. Scheinwerfer der Polizei leuchten die Dächer der umliegenden Häuser ab. Zwischen einem Kiosk und einem Mannschaftswagen der Polizei gefangen: vier Pressefotografen. Fotograf Michael B. (31): „Wir saßen in der Falle. Rundum hagelte es Steine, Stahlkugeln flogen uns um die Ohren, Leuchtmunition prasselte auf das Kioskdach."



Am Tag nach der Straßenschlacht: Umgestürzte Bauwagen, Gerüststangen und Müllcontainer blockieren die Mainzer Straße. Foto: AP

Bis 4 Uhr morgens wird auf der Frankfurter Allee gekämpft. Beide Seiten machen Meter gut, verlieren sie aber genauso schnell wieder. Zwischendurch versuchen immer wieder einzelne beider Parteien zu vermitteln. Zivilisten bilden eine Kette, wollen damit Polizei und Besetzer voneinander trennen. Die Versuche scheitern an der Gewalt einiger Chaoten. Immer wieder fliegen Steine. Sie heizen sich auf: „Macht die Bullen platt."

Mit einem von der Polizei geliehenem Megaphon ruft ein Besetzer zur Gewaltlosigkeit auf, bittet um Rückzug und um Vertrauen in die Zusicherungen der Polizei. Denn die Polizei hatte versprochen, abzurücken, wenn die Barrikaden auf der Frankfurter Allee verschwinden. Er wird ausgelacht. Dennoch fassen erste Besetzer an. Die Polizei will abdrehen – plötzlich fliegt wieder ein Stein. Es geht weiter.

Kurze Zeit später stehen sich erstmals Polizisten und Chaoten gewaltfrei gegenüber – Verhandlungen. Forderung der Chaoten: „Wenn Ihr zuerst geht, werden wir uns auch zurückziehen." 4.30 Uhr: Die Polizei rückt ab. Waffenruhe.

Am Dienstag früh pilgern Hunderte zum Schauplatz der Kämpfe von der vergangenen Nacht.

Michael Behrendt/Marcus Hellwig

Hausbesetzer wollen heute demonstrieren

Die Hausbesetzer der Mainzer Straße in Friedrichshain planen für heute nachmittag eine Großdemonstration. Zu der polizeilich bisher nicht angemeldeten Aktion haben sie in Flugblättern und in einer Presseerklärung aufgerufen. Danach soll die Demo um 17 Uhr am Senefelderplatz in Prenzlauer Berg beginnen. Am Roten Rathaus ist eine Zwischenkundgebung vorgesehen. Der Zug soll dann an den besetzten Häusern in der Mainzer Straße vorbeiziehen.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs unter der Überschrift „Hände weg von unseren Häusern!" gehören das Plenum der Mainzer Straße, der Asta der FU und die Arbeitsgemeinschaft Radikale Linke in der PDS.

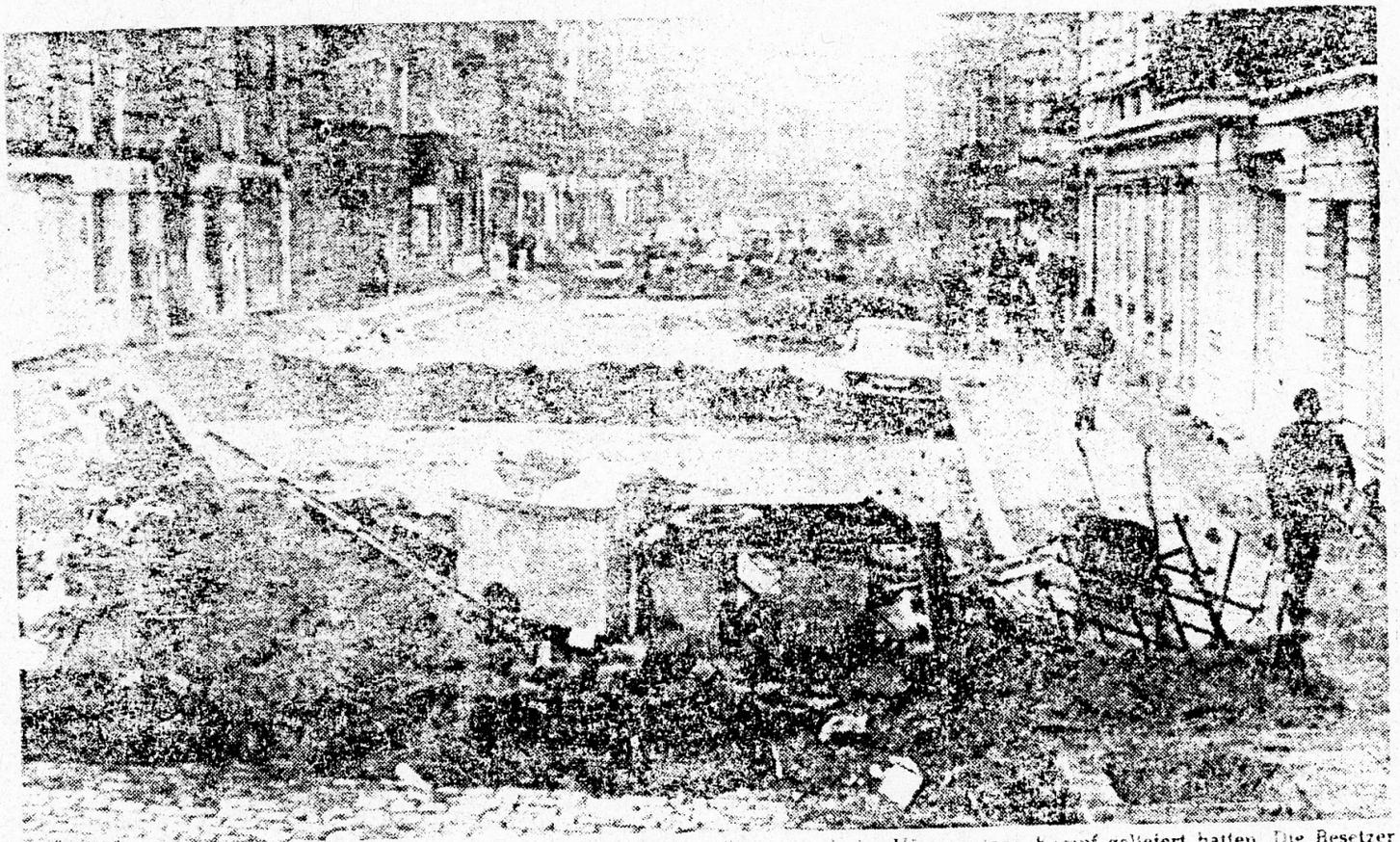
Die Verfasser fordern: den „sofortigen Rückzug der Bullen aus dem Friedrichshainer Kiez"; eine „schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie des Regierenden Bürgermeisters"; die „Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer Rahmenvereinbarung für alle besetzen Häuser"; die Rückgabe der am Montag geräumten Häuser an die Besetzer und die „Rücknahme aller Strafverfahren im Zusammenhang mit erfolgten Häuserräumungen".

Lutz-Peter Naumann

Kein Einsatz von Blendgranaten

Hat die Polizei bei den schweren Ausschreitungen Blendgranaten eingesetzt, wie sie von der GSG 9 bei der Überwältigung der Entführer eines Lufthansa-Jets 1977 in Mogadischu verwendet wurden? Hartnäckig hielten sich gestern Gerüchte, daß die von der britischen Armee entwickelten Granaten, die durch ohrenbetäubenden Knall und grellen Blitz Menschen kampfunfähig machen, gezündet worden seien. Dazu Werner Thronicker, Sprecher des Innensenators: „Das ist völliger Quatsch. Solche Gerüchte dienen nur zur Stimmungsmache gegen die Polizei!"

rä



Szenen einer Schlacht. Barrikaden und metertiefe Gräben (Bildmitte) kennzeichnen die Szene in der Mainzer Straße im Berliner Friedrichshain, wo sich am Montag Hausbesetzer und die Polizei nach der Räumung dreier Häuser einen Kampf geliefert hatten. Die Besetzer sehen den „Waffenstillstand an einem dünnen Faden hängend". Sie schlossen weitere Krawalle nicht aus. Foto AP Wirelp

Metertiefe Gräben auf den Straßen

Ein Bild blinder Zerstörung in Ost-Berlin nach der Schlacht der Hausbesetzer — Überwiegend „Westler"

Stunden nach den nächtlichen Krawallen in der Friedrichshainer Mainzer Straße zeigt diese ein tristes Bild blinder Zerstörung und Verwüstung. Metertiefe Gräben ziehen sich durch die Straßen und hunderte Menschen stehen fassungslos und diskutierend vor den Ergebnissen einer Auseinandersetzung, die Ost-Berlin in jüngster Vergangenheit noch nicht erlebte. „Jetzt haben wir auch hier unser kleines Beirut", sagt eine alte Frau, die mit den Tränen kämpft. Vertreter der politischen Parteien und Bürgerbewegungen sind am Ort, versuchen Ursachen zu finden und zu schlichten. Vor allem aber steht eine Frage im Raum: Wie hat das angefangen?

Praktiziert wurde die Besetzung von Wohnraum schon immer in Ost-Berlin. Da die starre Verwaltung und Bürokratie in den Kommunalen Wohnungsverwaltungen zu Zeiten der SED-Herrschaft mit den Leerstandsmeldungen nicht nachkam, wiesen Wohnungssuchende freie Wohnungen nach oder besetzten sie einfach. In der Regel folgte dann von den Ämtern nachträglich die Zuweisung, alles regelte sich so durch Eigeninitiative. Besetzungen von Häusern allerdings wurden nicht geduldet. Zu schnell hätten sich dann „Oppositionsnester" gebildet. Auch wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, gleich ganze Häuser zu besetzen.

Das erste Haus wurde zu Zeiten der Wende in Ost-Berlin besetzt, Anfang November am Sennefelderplatz. Die Polizei wie auch die Stasi griffen seinerzeit nicht ein. Man wollte öffentlich nicht negativ weiter in Erscheinung treten, hielt sich zurück. Auch konnte man öffentlich nicht so recht umgehen mit Menschen, die alternative Lebensformen priesen. So duldete der Magistrat die Besetzung, der dann bis Februar schnell weitere folgten, vor allem in Prenzlauer Berg.

Die Mehrzahl dieser Häuser sollte kulturelle Zentren werden. Die Besetzergruppen ließen sich als Vereine eintragen, verhandelten mit den Kommunalen Wohnungsverwaltungen über die Sanierung und spätere Nutzung.

Die scheinbar günstigen Erfolgsaussichten dafür, besetzte Häuser in Ost-Berlin durch Verhandlungen zu erstehen, zogen in der Folge immer mehr West-Berliner, vor allem aber Westdeutsche in den Ostteil der Stadt. Leerstehende Häuser gibt es en masse. Längst kursierten bereits im Frühjahr Listen in Süddeutschland, Hamburg, ja, sogar in Amsterdam, welche Häuser in welchen Stadtteilen leerstünden und welche davon sich für Besetzungen besonders eigneten.

Längst sind die Politneulinge in den Verwaltungen Ost-Berlins mit der Situation überfordert. Vom Magistrat über die Bezirksämter bis hin zu den neugegründeten Wohnungsbaugesellschaften. Es gab jedoch viel Sympathie seitens der Anwohner, sie spendeten alte Möbel, Werkzeug, Kühlschränke, Baumaterialien. Erste Verunsicherungen traten erst dann auf, als es Überfälle von rechtsradikalen Skinheads gab, Straßenschlachten mit Pflastersteinen und Leuchtspurmunition. Das Interesse wich Unsicherheit und auch Ängstlichkeit.

Doch für Räumungen, die im Frühjahr von Bürgerinitiativen gegen die Hausbesetzungen gefordert wurden, war es bereits zu spät. Über 100 Häuser waren schon besetzt, die Bewohner hatten sich längst nach alten, im Westen bekannten Mustern eingemauert, verbarrikadiert. Die Pioniere der Besetzer — die Ost-Berliner — waren von ihren „Meistern" größtenteils verdrängt. Flugblätter mit politischen Forderungen überschwemmten die Ost-Berliner. Die Ergebnisse der friedlichen Revolution und die sich daraus ergebenden Chancen für eine sozialistische Alternative sollten verteidigt werden.

Vor dem Fernseher

„Die Absender dieser Forderungen und Kampfansagen erlebten die Revolution in der DDR seinerzeit vor dem Fernseher und suchen sich nun einen Abenteuerspielplatz", formulierte seinerzeit eine Gegen-Bürgerinitiative. Die Verhandlungen, die sich größtenteils auf der Stelle bewegten, gleichen politischen Diskussionsveranstaltungen.

Am 22. Juni gründete sich das Vertragsgremium der Besetzer. Ihr Ziel war, geschlossen über alle mittlerweile 130 Häuser en bloc zu verhandeln. Der Magistrat setzte dem Gremium einen kompetenten Verhandlungsführer, den Senats-Leihbeamten Holzinger, entgegen. Dieser versuchte, sachbezogen zu verhandeln, bot in der Folge wiederholt die Möglichkeit an, über jedes einzelne Haus Verträge abzuschließen. Doch die Gespräche kamen zu keinem Erfolg. Holzinger meinte damals, er sei es langsam leid, mit „verwöhnten süddeutschen Akademikerkindern diese Politclownerie" endlos fortzuführen.

„Berliner Linie"

Am 24. Juli verkündete dann der Magistrat die „Berliner Linie". Diese besagt, alle Neubesetzungen nach diesem Datum nicht zuzulassen. Für alle Häuser aber, die vor dem 24. besetzt wurden, sollten friedliche Nutzungsvereinbarungen angestrebt werden.

Als nun vorgestern zum ersten Mal drei Häuser, die allesamt nach dem 24. Juli besetzt wurden, geräumt wurden, entlud sich die angestaute Gewalt. Die Besetzer erklärten gestern auf einer Pressekonferenz, der Kampf gehe eigentlich jetzt erst los. Alles, was bislang war, sei nur das „Vorspiel" gewesen. Man sei gerüstet und gewappnet, noch einmal erwische die Polizei sie nicht „auf dem falschen Bein". fritz

Tsp 14.11.

Nur 8 Berliner **31. Juli 1872**

Hiesige Blätter enthalten die Notiz, daß sich unter den 85 Tumultuanten, die in Folge der letzten Straßenkrawalle in Haft genommen sind, nur 8 Berliner befinden und alle anderen von außerhalb hergekommene Subjecte seien, die hier noch gar kein Einwohnerrecht haben.
(Spenersche Zeitung, Abendausgabe)

Pätzold kündigt härteres Vorgehen gegen Hausbesetzer an

Neue Besetzungen werden nicht mehr geduldet
1500 Polizisten im Einsatz – 20 Festnahmen

Gru. Berlin. Nach den schweren Straßenkrawallen im Berliner Bezirk Friedrichshain hat Innensenator Pätzold gestern ein härteres Vorgehen gegen militante Hausbesetzer angekündigt. Am Abend waren nach Angaben des Sprechers des Innensenators, Thronicker, 1200 Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen und weitere 300 Beamte aus Niedersachsen auf dem Weg nach Berlin. Neue Besetzungen würden nicht hingenommen, bei bestehenden bemühe man sich um friedliche Lösungen durch Nutzungsverträge, sagte Pätzold. Die Polizei werde aber nicht zulassen, daß sich „die Gewalt in dieser Gegend fortsetzt".

Er forderte die Hausbesetzer auf, die aufgetürmten Barrikaden wegzuräumen und zur „friedlichen Form der Auseinandersetzung zurückzukehren". Unterdessen hat die Hausbesetzerszene für heute zu einer Großdemonstration aufgerufen. Sie forderte vom Regierenden Bürgermeister Momper „Garantien", auf weitere Häuserräumungen zu verzichten. Nach den Ausschreitungen von Montag, bei denen angeblich auch eine Polizeipistole gestohlen worden war, wurde in Berlin ein Zustrom von Autonomen aus Hamburg und anderen westdeutschen Städten registriert. Inzwischen werden in der Stadt zusätzliche Beamte des Bundesgrenzschutzes als Verstärkung erwartet.

Die stundenlangen Straßenschlachten im Bereich Mainzer Straße/Frankfurter Allee waren erst gegen 2 Uhr in der Nacht zum Dienstag abgeflaut. Nach Angaben von Polizeipräsident Schertz gingen gegen die 500 bis 600 Randalierer zeitweilig bis zu 1500 West-Berliner Polizisten vor. Seine Bilanz: 137 verletzte Polizeibeamte, von denen vier gestern noch im Krankenhaus waren, und 20 festgenommene Gewalttäter, von denen einer gestern zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt werden sollte. Die Polizei habe keine weiteren Straftäter festnehmen können, ohne die Beamten in Lebensgefahr zu bringen. Er verwies auf die große Militanz und Brutalität der Randalierer. Man habe es mit einer ungeheuren Verdichtung des Gewaltpotentials und mit einer Militanz zu tun gehabt, „die über Kreuzberger Erlebnisse hinausging".

Metertiefe Gräben
auf den Straßen: Seite 17

Ausgangspunkt der bisher schwersten Ausschreitungen seit dem 1. Mai 1989 in Kreuzberg war die Räumung von drei besetzten Häusern am Prenzlauer Berg und in Lichtenberg am Montag. Die Polizei habe nicht abschätzen können, daß es dann an anderer Stelle zum Aufruhr kommen würde, sagte Pätzold. Offenbar hatten Chaoten befürchtet, daß auch besetzte Häuser an der Mainzer Sraße in Friedrichshain geräumt werden sollten, und sich dort zusammengezogen.

Pätzold verteidigte die Räumung dieser Häuser nach der bewährten Berliner Linie von Anfang der achtziger Jahre. Die Voraussetzungen hätten vorgelegen, zumal die Eigentümer Strafantrag gestellt hätten. Die Polizei sei verpflichtet, Recht und Gesetz durchzusetzen, meinte Pätzold an die Adresse der Kritiker der Räumungen. Die Landesregierung wolle, „wenn es irgendwo geht, jungen Leuten die Möglichkeit zur Verwirklichung alternativer Lebensformen" geben. Dies könne aber nicht mit dem „Faustrecht" durchgesetzt werden.

Der für Wohnungsfragen verantwortliche Ost-Berliner Stadtrat Thurmann gab die Zahl der besetzten Häuser im Ostteil der Stadt mit 128 an. Vier seien bisher geräumt worden, für zwölf gebe es Nutzungsverträge, über 39 werde verhandelt. In einem Fall hätten die Besetzer das Haus freiwillig verlassen, in allen anderen Fällen gebe es keine oder wenig aussichtsreiche Verhandlungen zwischen den Wohnungsverwaltungen und Besetzern über Nutzungsverträge. Die Verhandlungen würden unter anderem auch durch ungeklärte Eigentumsfragen erschwert.

Der Polizeipräsident schilderte das brutale Vorgehen der Randalierer seit Montag vormittag. Man habe Barrikaden mit einem entwendeten Bagger gebaut, Gräben ausgehoben und mit Blumen bedeckte Nagelbretter auf die Fahrbahn gelegt. Die Polizei sei mit Steinwürfen, Brandsätzen, Dachziegeln, Zwillengeschossen und Signalkugeln beworfen beziehungsweise beschossen worden, auch von den Dächern der Häuser. Eine Bilanz der Sachschäden konnte Schertz noch nicht vorlegen. Er verwies auf zerbrochene Schaufensterscheiben und einen in Brand gesetzten Straßenbahnwagen.

Der Innensenator wurde nach den Ausschreitungen scharf kritisiert. Die Deutsche Polizeigewerkschaft sprach von einer „katastrophalen Sicherheitspolitik" Pätzolds. Die Polizei habe deshalb vor dem „Mob der Straße" kapitulieren müssen. Die Gewerkschaft der Polizei zeigte sich „entsetzt über das brutale Vorgehen der Chaoten gegenüber der Polizei". Pätzold müsse die „bewährte Berliner Linie" durchsetzen.

Der CDU-Landesvorsitzende Diepgen forderte eine Sondersitzung des parlamentarischen Innenausschusses und die sofortige Räumung der besetzten Häuser, in denen sich Gewalttäter aufhalten und von denen Gewalt ausgeht. Nur ein kleiner Teil der Hausbesetzer biete die Möglichkeit zu Verträgen.

Diepgen warf Pätzold vor, durch „Demotivierung und Benachteiligung der Polizisten im Ostteil der Stadt" die Sicherheitskräfte verunsichert zu haben. Der Senat habe das Problem der Hausbesetzungen verharmlost, verdrängt und vertagt. Die Polizei sei in dieser Nacht offensichtlich nicht in der Lage gewesen, ihren Auftrag zu erfüllen und gegen Straftäter größter krimineller Intensität vorzugehen. Dies sei die Folge der rot-grünen Senatspolitik. Bewährte Sicherheitsstrukturen wie Sonderkommissionen und Sondereinheiten von Polizei und Staatsanwaltschaft seien von Pätzold bewußt zerschlagen worden.

Die SPD forderte, die Straftäter unverzüglich zu Rechenschaft zu ziehen. Der demokratisch legitimierte Rechtsstaat müsse sich durchsetzen. Doch bleibe die SPD bei ihrem Konzept der Deeskalation. Sie hoffe auf diejenigen, die für friedliche Lösungen eintreten.

Pätzold kündigt härteres Vorgehen an

Fortsetzung von Seite 1

Besetzer geben Polizei die Schuld

Besuch von Pätzold gefordert — Waffenstillstand „hängt am seidenen Faden"

fritz. Berlin. Die Hausbesetzer haben gestern „einzig und allein" die Polizei für die Eskalation in Friedrichshain verantwortlich gemacht. Sie sei in kaum gekannter Brutalität gegen die Bewohner der Mainzer Straße vorgegangen, nachdem diese einen Protestmarsch gegen die Räumung der Häuser in Lichtenberg und Prenzlauer Berg veranstaltet hatten. Die Errichtung von Barrikaden sei eine Schutzmaßnahme gewesen, da man befürchtet habe, daß die Polizei nun auch mit der Räumung in der Mainzer Straße beginnen werde.

Unverhältnismäßig sei daraufhin der Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas gegen die Barrikadenbauer gewesen. Zu dieser Zeit schon hätten sich Kommunalpolitiker, unter ihnen auch der SPD-Bezirksbürgermeister Mendiburu, eingefunden, die ihre Bereitschaft bekundet hätten, zwischen der Polizei und den Besetzern zu vermitteln. Doch „die rohe Polizeigewalt" sei nicht mehr zu stoppen gewesen.

Mit „blinder Wut" hätten die Beamten Jagd auf wehrlose Besetzer gemacht. Auf die Frage, ob vermummte Vertreter der Mainzer Straße mit Steinen und Stahlkugeln gezielt auf Polizeibeamte geschossen hätten und somit die Situation auch entscheidend verschärften, kam ein klares „Nein". Die Polizei hätte nur auf solch eine Situation gewartet, um gegen die politisch unbequemen Besetzer vorgehen zu können.

Die Besetzer unterstrichen ihre Bereitschaft weiter zu kämpfen. „Die Barrikaden bleiben, sie sind unser Faustpfand", hieß es. Gefordert wurde, daß Innensenator Pätzold eine verbindliche Erklärung abgibt, die Häuser in Ost-Berlin nicht räumen zu lassen. Dies sei die unabdingbare Voraussetzung für Gespräche und Verhandlungen.

Derzeit befinde man sich lediglich in einem abgesprochenen „Waffenstillstand" mit der Polizei. Dieser hänge an einem seidenen Faden, der jede Minute reißen könne.

-22-

Typ 14.11.

Nach den schwersten Hausbesetzerkrawallen der vergangenen Jahre:

Berlin sitzt auf einem Pulverfaß

Pätzold weist Kritik zurück / Gestern kamen 1200 Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen zur Verstärkung

Volksblatt 14.11.

Die bisher gewalttätigsten Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und der Berliner Polizei in der Nacht zu gestern werden heute voraussichtlich weiter eskalieren. Die Besetzer haben für heute zu einer Großdemonstration aufgerufen. Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen, daß nach der Verstärkung der Berliner Polizei durch 1200 nordrhein-westfälische Beamte, die gestern nacht in die Stadt gekommen sind, die Räumungen heute fortgesetzt werden. Darauf deuten die Vorbereitungen in den Einsatzzentralen hin.

Die bisherigen drei Räumungen wurden gestern von Innensenator Erich Pätzold (SPD) verteidigt. Die Voraussetzungen nach der sogenannten Berliner Linie hätten vorgelegen. Danach dürfe es keine neuen Besetzungen geben. Kriterien für eine Räumung seien außerdem ein Räumungsbegehren und eine Strafanzeige des Eigentümers sowie ein Nutzungskonzept. Wenn das alles gegeben sei, müsse die Polizei einschreiten, um Recht und Gesetz durchzusetzen. „Sonst könnte man uns Strafvereitelung im Amt vorwerfen", berichtete der Innensenator.

Der Senat werde deshalb auch künftig bei der „Berliner Linie" bleiben. Für bereits länger bestehende Hausbesetzungen bemühe man sich um den Abschluß von Nutzungsverträgen. Entsprechende Verträge seien noch gestern mit den Bewohnern von Häusern in einer Nachbarstraße des Gebiets abgeschlossen worden, in dem es am Vorabend zu den Ausschreitungen gekommen war.

Das Rücktrittsverlangen der CDU wies Pätzold „als Unsinn" zurück. Deren Fraktionsvorsitzender Eberhard Diepgen forderte den Senat auch auf, alle besetzten Häuser in der Mainzer Straße, von denen Gewalt ausgehe, sofort zu räumen. Ebenfalls geräumt werden müßten alle Häuser, für die ein Sanierungskonzept vorliege. Bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft müßten außerdem wieder Sonderabteilungen eingeführt werden. „Es muß endlich wieder Klarheit über die politische Linie herrschen", erklärte Diepgen gestern.

Auch die Berliner FDP kritisierte Pätzold. Es sei „nicht nachvollziehbar, warum er derartig schlecht vorbereitete Einsätze der Polizei durchführen lasse", erklärte die Landesvorsitzende Carola von Braun. Militanz und Stärke der autonomen Szene seien klar abschätzbar gewesen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Ditmar Staffelt, sieht den Schwarzen Peter beim früheren DDR-Innenminister Peter Diestel (CDU), der „absolut nichts unternommen hat, um der ständig wachsenden Zahl von Hausbesetzungen zu begegnen". Er habe die Lösung des Problems „in verantwortungsloser Weise Senat und Magistrat überlassen".

Als eine „schwere Erblast der alten DDR-Regierung" bezeichnete auch der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, von Walsleben, die mehr als 100 besetzten Häuser. In Berlin müsse eine Hamburger Hafenstraße verhindert werden.

Die Alternative Liste bezweifelt, daß die Räumung der besetzten Häuser mit der Zielvorstellung des rot-grünen Senats zu vereinbaren ist, wonach politische Lösungen gefunden werden sollen. Die AL sprach sich gestern für weitere Verhandlungen mit den Besetzern aus. Es müsse verhindert werden, daß die Lage weiter eskaliere.

HARTWIG MAACK

Nach den Krawallen: Aufräumarbeiten in der Mainzer Straße. Die Bewohner der zwölf besetzten Häuser kündigten an, daß die Barrikaden bestehen bleiben sollen. (Foto: dpa)

„Wie ein Bürgerkrieg": Besetzer und Sympathisanten lieferten sich mit der Polizei ein hartes Gefecht. (Foto: dpa)

„Alles oder nichts": Die Nacht in Berlin

Die alte Frau an der Boxhagener Ecke Mainzer Straße ist erschüttert: „Wie in Beirut. Das ist hier ja der reinste Bürgerkrieg." Ein paar Meter weiter, in der Mainzer Straße, steht ein französischer Radioreporter und spricht fassungslos seinen Bericht aufs Band. Rechts von ihm unterbricht ein metertiefer Graben die Straße, links, zur Frankfurter Allee hin, türmen sich Bauschutt, Eisenrohre und Sandberge zum unüberwindlichen Hindernis auf.

Seit Stunden versuchen Wasserwerfer und Panzerräumfahrzeuge der Polizei, die Barrikade zu überwinden — erfolglos, denn jeder Vorstoß ist begleitet von einem Steinhagel, von Salven von Leuchtspurmunition und Molotow-Cocktails.

Das gleiche Bild eine Parallelstraße weiter. Vorne, an der „Front", kämpfen rund 100 Vermummte gegen eine Polizeieinheit um jeden Zentimeter Gebietsgewinn. Hier entbrannten die Kämpfe gegen 22 Uhr, als Vermummte die Scheiben mehrerer Geschäfte einwarfen.

Inzwischen liegt ein roter Golf quer auf der Fahrbahn und wird als Deckung benutzt. Aus dem offenen Tank rinnt Benzin — für einige ein willkommener Anlaß, die Vorräte an „Mollies" aufzustocken: An dieser Ecke ist der Brandsatz-Verbrauch besonders hoch, und der Nachschub stockt.

Es sind vielleicht 500, vielleicht auch 1000 Besetzer und Symphatisanten, die im Gebiet rund um die Mainzer Straße „dabei" sind. Allerdings beteiligen sich längst nicht alle an den unmittelbaren Auseinandersetzungen. Da sind zum Beispiel die „autonomen" Sanitäter, die regelmäßig Verletzte aus den ersten Reihen nach hinten tragen. Häufigste Verletzung: Platzwunden am Kopf. Auch die Polizisten greifen inzwischen massiv mit Steinen an.

Eine Ecke weiter, in der Mainzer Straße, ist es etwas ruhiger. Die Barrikaden schirmen die besetzten Häuser ab, und an einem Lagerfeuer wärmen sich die jungen Leute zwischen den stundenlagen Straßenschlachten wieder auf. Bei heißer Rindsbouillon und Butterbroten aus der „Volxküche" machen Lageeinschätzungen die Runde. „Alles oder nichts — es gibt kein Zurück mehr", meint einer der Streetfighter, und gibt sich optimistisch: „Wenn wir die Straße bis morgen früh halten können, kriegen sie uns hier nicht mehr raus."

Seit dem Nachmittag wurde ununterbrochen an den Befestigungen gearbeitet, und eine Schaufel-Brigade vertieft weiter die Löcher. Während sich an der hinteren „Front" an der Boxhagener Straße alles beruhigt hat — hier erreichen die Krawalle gegen 21 Uhr ihren Höhepunkt —, gehen die Kämpfe an der Frankfurter Allee unverändert weiter. Mit Schubkarren und Eimern tragen Sympathisanten neue Pflastersteine nach vorne.

Über dem ganzen Häuserblock liegt eine Gasglocke, es sieht nach starkem Nebel aus. Plötzlich ein greller Blitz, dann zwei ohrenbetäubende Explosionen. Geschockt taumeln die Vermummten durch die Straße. Später wird die Polizei aufklären, daß es sich um Blendgranaten gehandelt hat, wie sie bisher nur in der Terroristen-Bekämpfung eingesetzt wurden. Doch das weiß zu diesem Zeitpunkt keiner, und die ganze Empörung entlädt sich in „Mörder, Mörder"-Rufen.

Gegen 2 Uhr 30 zieht sich die Polizei schließlich zurück. Es kehrt Ruhe ein in Friedrichshain. Zurück bleiben unsägliche Verwüstungen und diskutierende Kleingruppen. Die Stimmung ist gespalten. „Hätten wir doch bloß die SS wieder", ruft ein alter Mann. „Ist doch o.k., sich zu wehren, die Bullen haben doch durch die Räumungen wirklich provoziert", kontert ein anderer. Bei den meisten Anwohnern herrscht einfach nur Angst und Schrecken, und die Sündenböcke sind so klar nicht auszumachen. Die Besetzer jedenfalls sehen den Abend als Erfolg — so murmelte einer von ihnen erschöpft, aber zufrieden: „Eins zu null für uns." HOLGER STARK

Polizei holt sich Verstärkung Pätzold läßt Häuser räumen

Berlin (hm)

Schon heute sollen die zwölf besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Friedrichshain geräumt werden. Nach den schwersten Krawallen der vergangenen Jahre in der Nacht zu gestern kündigte Innensenator Pätzold Konsequenzen an.

Gestern nacht kamen zwei Polizeieinheiten aus Nordrhein-Westfalen mit 1200 Beamten als Verstärkung der Berliner Polizei in die Stadt. Durch die Räumung der Mainzer Straße erhofft sich Pätzold, derjenigen habhaft zu werden, die Straftaten begangen haben.

Offenbar sollen alle besetzten Häuser, für die keine Nutzungsverträge abgeschlossen werden können, in den nächsten Wochen geräumt werden. Im Ostteil der Stadt sind gegenwärtig 128 Häuser in verschiedenen Bezirken besetzt.

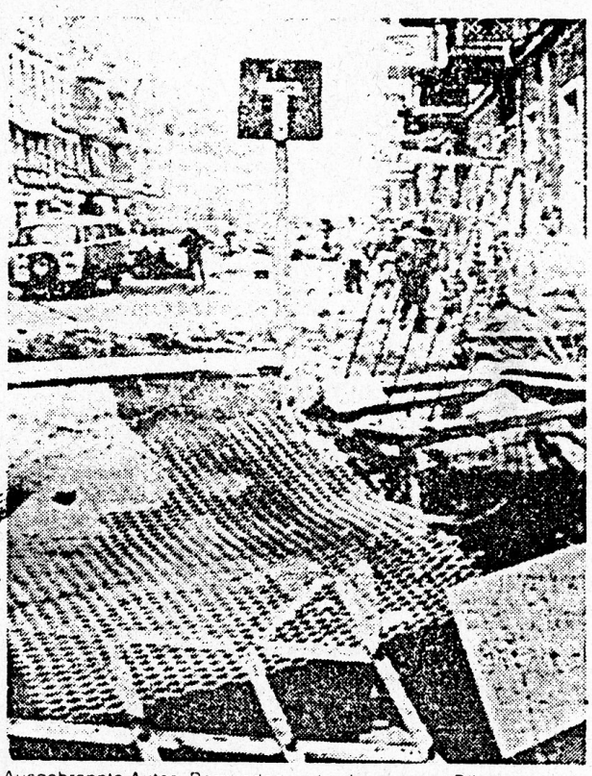
Pätzold kündigte gestern außerdem ein härteres Vorgehen gegen militante Besetzer an. Bei den bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten zwischen rund 500 jungen Leuten aus der autonomen Szene und 1500 Polizeibeamten sind 137 Polizisten verletzt worden, drei davon schwer.

20 Besetzer wurden vorübergehend festgenommen. Alle stammen aus dem Westteil der Stadt oder aus dem ehemaligen Bundesgebiet. Nach Angaben von Polizeipräsident Schertz sei im Laufe der Nacht eine so militante Situation entstanden, daß keine weiteren Festnahmen erfolgen konnten, wenn man die Polizeibeamten nicht in Lebensgefahr bringen wollte.

Die Besetzer werfen der Polizei „ungezügelte Gewalt" vor, weil sie Tränengas und sogenannte Blendschockgranaten eingesetzt habe, die man sonst nur bei der Terroristenbekämpfung benutze. Polizeipräsident Schertz allerdings sagte, daß seine Beamten mit Molotowcocktails und Gehwegplatten sowie Dachziegeln beworfen worden seien. Außerdem seien mit Hilfe gestohlener Bagger Straßenbarrikaden errichtet worden.

Heftige Kritik mußte der Innensenator unterdessen von CDU und FDP einstecken. CDU-Chef Diepgen warf ihm vor, der Gewalt in der Stadt hilflos zuzusehen. Es hätten sich in Friedrichshain Verhältnisse wie in der Hamburger Hafenstraße gebildet.

Berichte Seite 9
Kommentar Seite 4



Ausgebrannte Autos, Barrikaden und aufgerissenes Pflaster zeugen von den schweren Krawallen, die bis in die Morgenstunden Polizeieinheiten im Stadtteil Friedrichshain in Atem hielten (Foto: dpa)

Noch 130 Häuser besetzt

Länger als ein Jahr ist es jetzt her, seit es die erste Hausbesetzung im ehemaligen Ost-Berlin gab: Im August 1989 besetzten Jugendliche in der Schönhauser Allee 20/21 im Prenzlauer Berg ein Abrißhaus. Die damals spektakuläre Aktion wurde von den Anwohnerinnen und Anwohnern, der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) und dem Rat des Stadtbezirks verständnisvoll aufgenommen.

Die KWV sagte den Besetzerinnen und Besetzern politische Unterstützung zu und mit der Polizei wurde eine Sicherheitspartnerschaft abgeschlossen, da das Haus häufiger von Neonazis angegriffen wurde.

Anfang des Jahres ging es dann Schlag auf Schlag: Innerhalb von wenigen Monaten wurden erst im Prenzlauer Berg, dann in Mitte und schließlich im Friedrichshain massenhaft Häuser besetzt. Die meisten waren heruntergekommene Altbauten. Bis Mitte Juni waren beim Magistrat 85 besetzte Häuser registriert, momentan sind es knapp 130.

Ende April garantierte die Volkspolizei auf Druck des Runden Tisches, die Häuser nicht ohne rechtliche Grundlage zu räumen. Bereits Mitte Juni schlossen die Besetzer der ersten Häuser vereinzelt Verträge ab.

Um sich von den Magistratsvertretern nicht „einzeln über den Tisch ziehen zu lassen", bildeten 87 Häuser ein Vertragsgremium. Nur das war seitdem autorisiert, mit dem Magistrat über Nutzungsverträge zu verhandeln.

Am 24. Juli legten schließlich Magistrat und Senat gemeinsam fest, daß später besetzte Häuser gemäß der Berliner Linie geräumt werden sollen. Trotzdem gab es danach noch rund 40 neue Besetzungen. Das lag auch daran, daß die Landesregierung erst am 3. Oktober die Polizeihoheit im Ostteil der Stadt erhielt.

Mitte September bildeten Magistrat, Wohnungsbaugesellschaften und die Besetzerinnen und Besetzer einen Runden Tisch, um die Verhandlungen zu forcieren. Ziel des Vertragsgremiums war es, einen Vorvertrag mit politischen Willenserklärungen zu verabschieden.

Doch dazu kam es nicht mehr: Mitte Oktober erklärten sich die Magistratsunterhändler als inkompetent und verwiesen die Besetzerinnen und Besetzer auf Verhandlungen mit den Bezirksverwaltungen und privaten Eigentümern. Damit waren die Gespräche gescheitert, denn das lehnten die Besetzer ab und beharrten weiter auf Verträgen für alle, da die Einzelverträge ihrer Meinung nach unannehmbare Bedingungen enthielten. host

Besetzer: „Wir haben nichts zu verlieren"

Eine Nicht-Räumungs-Garantie vom Regierenden Bürgermeister Walter Momper verlangen die Hausbesetzer in der Ostberliner Mainzer Straße für alle besetzten Häuser.

In einer Pressekonferenz in einem der besetzten Häuser wiesen die Besetzer darauf hin, daß man von den bisherigen Verhandlungspartnern nur hingehalten wurde und sie nicht mehr für glaubwürdig halte. Bevor man eine solche Zusage nicht habe, blieben die Barrikaden in der Mainzer Straße stehen.

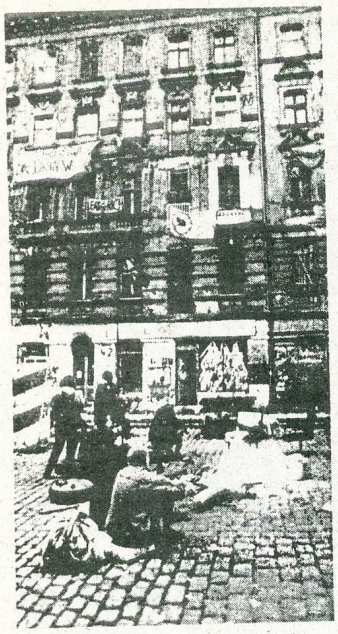
Den Polizeieinsatz der vorangegangenen Nacht bezeichneten einige Hausbesetzer als die Anwendung brutalster, ungezügelter Gewalt. Ergebnis seien drei Schwer- und sehr viele Leichtverletzte.

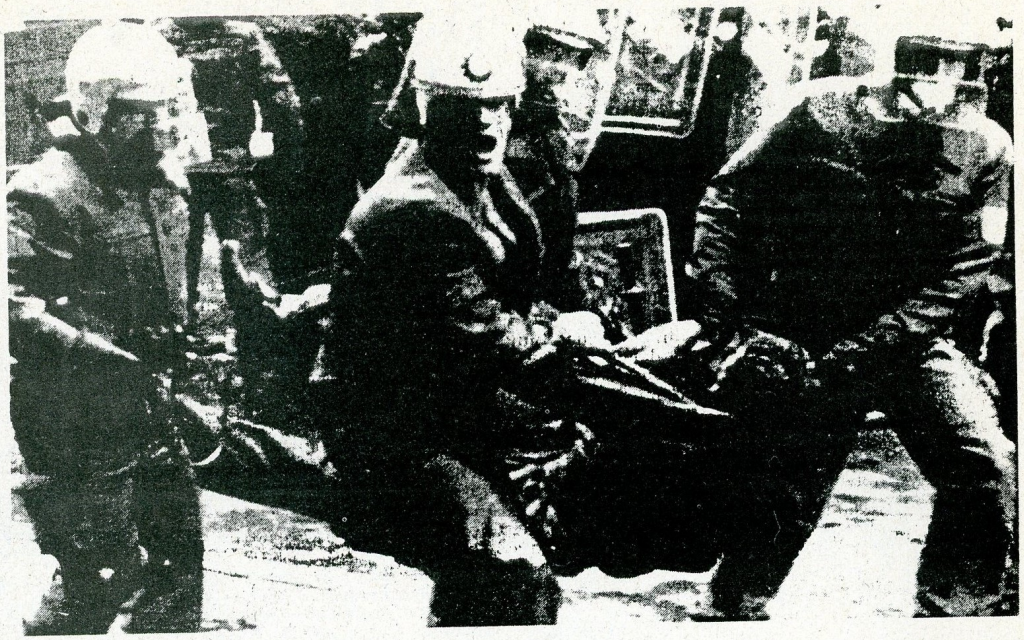
Die Hausbesetzer der Mainzer Straße genießen nach eigener Aussage die Unterstützung fast aller Abgeordneten des Stadtbezirkes Friedrichshain. Ihre und die Vermittlungsversuche weiterer Persönlichkeiten hätten aber gegen den Polizeiapparat keine Chance. Der Senat müsse endlich einsehen, daß es um ein politisches Problem geht.

Gegenwärtig befinde man sich in einem „Waffenstillstand", der in den frühen Morgenstunden unter Mitwirkung von Bärbel Bohley mit der Polizei ausgehandelt worden sei. Man unterhalte Kontakte auf verschiedenen Ebenen, um einer neuerlichen Eskalation der Auseinandersetzungen zu begegnen. Es müsse aber klar sein, erklärte ein Hausbesetzer, daß „wir nichts zu verlieren haben". host

Schlacht in Friedrichshain tobte bis tief in die Nacht

Polizei und Vermummte lieferten sich bürgerkriegsähnliche Gefechte / Am Morgen danach: Aufräumungsarbeiten und Diskussion





Beim Kampf um die Mainzer Straße hielten sich die Festnahmen (Bild rechts) in Grenzen, da sich die Jugendlichen regelrecht verschanzt hatten. Am Morgen nach der Schlacht war wieder Ruhe in die umkämpfte Straße eingezogen (Bild links). *Fotos: AP/BZ-Stark*

Umgestürzte Bauwagen, eingeworfene Schaufensterscheiben, Autowracks, Glassplitter, Pflastersteine — die Gegend um die Mainzer Straße in Friedrichshain glich gestern morgen einem Schlachtfeld. Von Montagmittag bis Dienstagnacht gegen halb drei tobte dort eine Straßenschlacht, wie sie der Ostteil Berlins noch nie erlebt hat.

Was am Montagmorgen mit einer zehnminütigen Blockade der Frankfurter Allee durch Hausbesetzer begann, eskalierte zunächst am Nachmittag und später in den Abendstunden desselben Tages. 1400 Polizisten und etwa 500 teils vermummte Besetzer lieferten sich bürgerkriegsähnliche Gefechte. Dabei war ein taktisches Konzept der Polizei nicht zu erkennen: Wollte man nun die Mainzer räumen oder nicht? Die Einsatzbeamten, überwiegend kampferprobte aus Westberlin, rückten mehrmals vor, um dann wieder abzuziehen. Pausenlos rochierten Einsatzfahrzeuge auf der Frankfurter Allee, aus allen Richtungen hagelte es Tränengas- und Blendgranaten in die Mainzer Festung, Wasserwerfer verspritzten hektoliterweise ihren Inhalt. Auf der anderen Seite der Barrikaden hielt man sich auch nicht zurück. Jede Bewegung des Gegners bedachte man mit einem Hagel von Pflastersteinen und Molotow-Cocktails.

Mit Brandsätzen den Polizeiangriff abgewehrt

Schon im Laufe des Nachmittags hatten sich die Mainzer, stündlich verstärkt von Sympathisanten aus anderen Berliner Stadtteilen, regelrecht verschanzt. Sie errichteten meterhohe Barrikaden aus Autos, Bauwagen und -materialien, die sie sich von einer Baustelle in der Scharnweberstraße holten. Mit einem Bagger gruben die Besetzer mehrere, an die zwei Meter tiefe „Schützengräben" quer über die Fahrbahn der umkämpften Straße. In der Boxhagener Straße brachten sie eine Straßenbahn zum Entgleisen, die auf diese Weise die südliche Zufahrt blockierte.

Am Abend flammten dann die Kämpfe mit der Polizei, die ihre ohnehin unangemessen starke Präsenz noch vergrößert hatte, erneut und heftiger als zuvor auf. Gegen 23.30 Uhr spitzte sich die Situation zu, als sich ein Räumpanzer der Polizei daran machte, die Barrikade an der Frankfurter Allee wegzuschieben. Mehrere Brandsätze flogen und zwangen das Fahrzeug unter frenetischem Jubel der Vermummten zum Rückzug.

Die Antwort der Polizei war ein eher blindes Bombardement mit Tränengasgranaten, die zum Teil auch die Fensterscheiben von Wohnungen Unbeteiligter durchschlugen. Als sich gegen zwei Uhr die Beamten zurückzogen, drangen einige Vermummte in Geschäfte ein und plünderten die Auslagen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit Besetzern, die das Treiben unterbinden wollten. Noch einmal mußte die Polizei mit Fahrzeugen anrücken. Gegen halb drei war dann endlich Ruhe in der Mainzer Straße.

Viele Anwohner haben jetzt die Nase voll

Am Morgen danach sind die meisten Straßen im Dreh noch nicht befahrbar. Lediglich die Frankfurter Allee hat man leergeräumt, um größere Staus zu vermeiden. Die meisten Besetzer schlafen noch, als Stadtreinigung, Bauarbeiter und Glaser mit den Aufräumungsarbeiten beginnen.

Die Mainzer Straße selbst ist trotz der „Bettruhe" alles andere als ausgestorben. Viel Presse, kleinere Diskussionsgruppen von Anwohnern und Besetzern, ganze Karawanen Neugieriger, die „Erinnerungsfotos" schießen. Ungläubig starren viele auf die Stacheldrahtverhaue und Schützengräben. Wie sehr diese Barrieren Sinnbild sind für die neue Situation, wird in den zahllosen Diskussionen deutlich. Hatte man die „illegalen Nachbarn" bislang mehr oder weniger geduldet, sind sich jetzt viele einig: „Wir haben die Nase voll. Es wird Zeit, daß diese Chaoten hier endlich verschwinden", macht Monika Holfeld aus der Kreutziger Straße ihrem Ärger Luft. „Bei uns gegenüber steht auch ein besetztes Haus. Wir haben immer wieder versucht, mit den Leuten darüber ins Gespräch zu kommen, wie wir zusammenleben können. Aber die sagen immer nur: Alles egal, wir wollen Anarchie." Auch für Günter Rohleder von der Bürgerinitiative Mainzer Straße ist jetzt [illegible] voll: [illegible] Bürgermeister Mendiburu ist heute früh in den Magistrat gegangen, weil er um neue Wohnungen für uns legale Mieter bittet. Ich will wie viele hier raus, damit ich nicht länger Geisel von diesen gewalttätigen Randalierern bin."

Dem Sturm der Entrüstung stellen sich in den Diskussionsgruppen aber nicht nur die Hausbesetzer entgegen. Man müsse differenzieren, nicht alle Besetzer seien Chaoten, versuchen sich einige Gehör zu verschaffen, darunter auch Anwohner aus der Gegend um die Mainzer. Zum Beispiel Uwe Urbain, Tapezierer, der um die Ecke in der Frankfurter wohnt und am Vorabend durch Tränengasschwaden nach Hause lief. „Bislang gab's doch mit denen in der Mainzer Straße kaum Probleme. Deshalb verstehe ich auch nicht, warum die Polizei gestern mit diesem Riesenaufgebot und dem Wasserwerferangriff am Mittag die Situation so anheizte und Gewalt provozierte."

Besetzer wollen vom Magistrat Verträge

„Die wollen uns ins Abseits drängen, Stimmung gegen uns machen", meint einer der Besetzer, der mir seinen Namen nicht nennen will. „Damals, vor dem 3. Oktober, ließ uns die Volkspolizei völlig in Ruhe, da gab's überhaupt keinen Zoff. Aber jetzt, wo die Westbullen das Sagen haben, geht's los. Die wollen Gewalt, nicht wir." Und eine Besetzerin ergänzt: „Es stimmt doch einfach nicht, wenn die Leute sagen, wir kümmern uns nicht um die Wohnungen. Selbstverständlich wollen wir Verträge für die Wohnungen haben, in denen wir jetzt drin sind. Aber diese Verträge sollen einheitlich sein und mit der Stadt abgeschlossen werden. Der Magistrat jedoch schaltet auf stur."

Es dürfte schwer werden für die Besetzer, diese und andere Forderungen durchzusetzen. Nicht nur, daß ihnen die Lobby im Parlament fehlt. Auch die Sympathie und stille Duldung vieler sind weg. Mit den Bildern geplünderter Geschäfte und Baustellen, brennender Autos und haßerfüllter Steinewerfer fällt es den politisch Verantwortlichen nicht schwer, den Polizeieinsatz im nachhinein zu rechtfertigen — auch wenn dieser Einsatz unangemessen war und eher provozierend denn deeskalierend wirkte. Seit der Nacht zum Dienstag ist es schwieriger geworden, miteinander zu reden und g e m e i n s a m nach einer Lösung für die Hausbesetzungen zu suchen. Um die Gräben, die jetzt die Mainzer Straße von der Umgebung trennen, wieder zuzuschütten, braucht es nun mehr als Schaufel und Spaten.

Andreas Förster

Berliner Zeitung 14.11.

Rund um die Mainzer tobte der Bürgerkrieg

Berliner Zeitung 14.11.

Straßenschlachten zwischen Polizei und Besetzern / Pätzold verteidigt Einsatz

Am Tag danach.

Foto: ADN

Berlin. BZ — Rainer Stephan

Die ganz große Randale ist ausgeblieben, schrieben wir gestern noch in der Berliner Zeitung über die Auseinandersetzungen nach der Räumung von besetzten Häusern. Das war voreilig. Denn was sich gestern in der Nacht rund um die Mainzer Straße abspielte, stellte selbst die Kreuzberger Straßenschlachten vergangener Jahre in den Schatten. Über Stunden duellierten sich 500 Hausbesetzer und 1400 Polizisten auf der Frankfurter Allee mit Tränengasgranaten und Molotow-Cocktails. Das ganze Stadtviertel war zeitweise in einen beißenden Tränengasnebel gehüllt. Ein Hagel von Pflastersteinen ergoß sich auf die Polizei, als sie versuchte, Straßensperren von der Frankfurter Allee zu räumen. Wasserwerfer waren die halbe Nacht im Einsatz. Während gestern noch Barrikaden aus umgestürzten Bauwagen und ausgebrannten Autowracks die Boxhagener, Mainzer, Gärtner- und Kreutziger Straße versperrten, zog Innensenator Pätzold (SPD) eine erste Bilanz der nächtlichen Krawalle. 137 verletzte Polizisten zählte er auf, einen Sachschaden, der sich noch gar nicht in Zahlen ermessen läßt. 20 Personen wurden festgenommen, im wesentlichen aus dem Westteil der Stadt. Pätzold, der von Vertretern mehrerer Parteien wegen der nächtlichen Ereignisse unter Beschuß genommen wurde, verteidigte den massiven Polizeieinsatz und die Räumung dreier besetzter Häuser. Und er kündigte ein noch härteres Vorgehen gegen Gewalttäter an. Die Polizei werde eine Fortsetzung der Gewalt in dieser Gegend nicht zulassen. Wie er dieses tun wolle, ließ er offen.

128 besetzte Häuser gebe es im Ostteil der Stadt, teilte Pätzold in der Pressekonferenz mit. Davon wolle man für „altbesetzte" eine politische Lösung, sprich Nutzungsverträge anstreben. Das allerdings kündigt sich erst für einen kleinen Teil an. Die Bemerkung von Wohnungsstadtrat Thurmann, daß Verhandlungen ohnehin schon dadurch erschwert wären, daß infolge Rückübertragungsanträgen der einstigen Besitzer die Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr Eigentümer, sondern nur „Verwalter ohne Auftrag" wären, bringt nicht eben Ruhe in die Besetzerszene. Pätzolds Parteikollege Thierse warnte davor, das Thema Hausbesetzungen für den Wahlkampf auszuschlachten. Man müsse politisch und nicht nur ordnungspolitisch auf diese Herausforderung reagieren und das Gespräch suchen.

Anwohner und Neugierige besichtigten gestern das Schlachtfeld.

1400 Polizisten rückten gegen Hausbesetzer in Friedrichshain vor

14.11.

Bis Dienstag morgen Straßenkämpfe

Berlin (ND-General). In regelrechte stundenlange Straßenschlachten, in die über 1400 ausschließlich Westberliner Polizisten und ein harter und politisch radikaler Kern von Hausbesetzern, ebenfalls fast ausschließlich mit Westberliner und einigen BRD-Wohnadressen, verwickelt waren, mündeten Montag abend bis hinein in die Morgenstunden des Dienstags die Auseinandersetzungen um die drei geräumten Häuser in Lichtenberg und Prenzlauer Berg.

Nur die Einsicht, daß ein Eindringen der mit Räumfahrzeugen, Wasserwerfern und Mannschaftswagen ausgerüsteten Polizisten in die Friedrichshainer Mainzer Straße mit ihren 12 besetzten Häusern eine unkontrollierte Eskalation der Gewalt befürchten ließ — Innensenator Pätzold (SPD) sprach am Dienstag auf einer Pressekonferenz im Schöneberger Rathaus bereits von „Aufruhr" —, hielt die Polizei davon ab. Nach etwa drei Stunden ebbten die schweren Straßenkämpfe ab. Die Mainzer Straße mit ihren Barrikaden und Gräben bot noch am Morgen das Bild eines Schlachtfeldes.

Damit war Ostberlin urplötzlich Schauplatz einer bisher ungekannten gewaltsamen politischen Auseinandersetzung. Ihre Bilanz: 20 Festnahmen unter den Besetzern, 137 verletzte Polizisten, von denen sechs stationär behandelt werden mußten und sich am Dienstag noch vier im Krankenhaus befanden. Der Sachschaden ist noch nicht zu übersehen, aber den Auseinandersetzungen fielen Autos, Fensterscheiben in der Frankfurter Allee und ein Straßenbahnwagen zum Opfer.

Die Polizei hatte kurz nach 22 Uhr ein starkes Aufgebot gegen mehrere gestaffelte Barrikaden eingesetzt, mit denen die Hausbesetzer am Ausgang der Mainzer Straße die Allee versperrt hatten. Wer sich Montag abend in der tränengasgeschwängerten Frankfurter Allee befand und den Zusammenprall zwischen Polizei und Besetzern erlebte, mußte um sein Leben fürchten: Steinhagel, Leuchtspurgeschosse aus Signalpistolen, Molotow-Cocktails und die ständig rotierenden Polizeifahrzeuge und Wasserwerfer zwangen zur Flucht in Häuser.

Während Senator Pätzold und Polizeipräsident Schertz den massiven Einsatz verteidigten, gab es von anderen Parteien geharnischte Kritik am Vorgehen der Polizei.

(Siehe auch Kommentar Seite 2 sowie Seite 7)

Betroffenheit nach den gewaltsamen Zusammenstößen

Wer baut die Barrikaden wieder ab?

Was in der Nacht zum Dienstag in der Frankfurter Allee an der Mündung der Mainzer Straße geschah, lag Stunden davor buchstäblich in der Luft: Als es geschah und Polizei und Hausbesetzer nach 22 Uhr an den Barrikaden, die die Frankfurter versperrten, gewaltsam unter Tränengasschwaden aufeinanderprallten, kam es dennoch überraschend.

Innensenator Pätzold (SPD) machte am Dienstag auf seiner Pressekonferenz in Schöneberg klar: „Recht und Gesetz werden auch in Ostberlin konsequent durchgesetzt werden", ohne daß er in eine falsche Law-and-order-Mentalität verfallen wolle. Die Hausbesetzer — sie rechneten im Grunde seit Wochen mit einer Räumung — mußten im plötzlichen Auftauchen von rund 300 Polizisten mit ihrer Technik am Montagmittag den Beginn einer solchen Aktion sehen und bauten ihre Barrikaden.

Im Grunde mußte dem tränenblinden Reporter nachts in der Frankfurter Allee im Hinblick der im Wikinger-Takt mit Stangen auf die Barrikadenteile schlagenden Hausbesetzer und der wohlausgerüstet und tiefgestaffelt anrückenden Polizei eines klarwerden: Beide Seiten der Barrikade suchten den Zusammenstoß. Aber die gewaltsam eskalierende Situation hinterließ neben den Wunden der verletzten Polizisten und Besetzer noch eine andere — die in der politischen Kultur dieser Stadt.

Ihrer tiefen Betroffenheit gaben am Dienstag die verschiedensten Parteien und Bewegungen Ausdruck. Die Alternative Liste, Koalitionspartnerin der SPD im Senat, meinte, die Räumungen und Randale erinnerten fatal an die Situation in Westberlin Anfang der achtziger Jahre, auch das Katz-und-Maus-Spiel zwischen Polizei und den Besetzern, mit denen jetzt sofort über eine Nutzung verhandelt werden müsse. Alle Beteiligten seien aufgefordert, die Lage nicht weiter eskalieren zu lassen. Die SPD-Fraktion der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung verurteilte die gewalttätigen Auseinandersetzungen, weil solche Aktionen die Probleme nicht lösen, sondern nur verschärfen. Für Donnerstag forderte die Fraktion eine Sondersitzung des Innenausschusses, auf der Innensenator, Polizeipräsident und Innenstadtrat informieren sollen. Der PDS-Landesvorsitzende Adolphi sagte am Dienstag vor der Presse, es sei der Eindruck einer willkürlichen Machtdemonstration der Polizei entstanden, zumal weder Verantwortliche im Magistrat noch Friedrichshains SPD-Bürgermeister Mendiburu von dem Einsatz wußten. Vertreter des Neuen Forum, des UFV, der SPD, PDS, der Vereinigten Linken und des AStA der FU forderten in einer ADN übergebenen Erklärung den Abzug der Polizei aus dem Gebiet und die Aufnahme von Verhandlungen.

Die Berliner FDP warf Pätzold schlecht vorbereitete Polizeieinsätze vor, während der Westberliner CDU-Vorsitzende Diepgen gleich die sofortige Räumung aller Häuser in der Mainzer forderte.

Die Besetzer forderten in einem offenen Brief an Innensenator Pätzold, daß die Einsatzleitung zur Verantwortung gezogen wird. Im übrigen wiesen sie jegliche Schuld ihrerseits zurück.

Wird nun verhandelt, und fallen die Barrikaden wieder in der Mainzer?

JOCHEN GENERAL

FR 14.11.

Eskalation der Gewalt, Basismodell West

Die Berliner Bambule schlug wieder zu, diesmal ohne Grenzen

Von Karl-Heinz-Baum und Otto Jörg Weis (Berlin)

„Nee, nee, Jungs, das habt Ihr nicht gut gemacht! Ich bin ja meist auf Eurer Seite, aber das war doch zuviel." Die gut siebzigjährige Frau, eine Einkaufstasche in der rechten Hand, schüttelt noch einmal den Kopf, so wie sie es in der vergangenen Nacht tat, als in der Mainzer Straße im Berliner Stadtteil Friedrichshain der Straßenkampf zwischen Hausbesetzern und Polizei tobte. In der Mainzer Straße, die bis zum 3. Oktober zu Ost-Berlin gehörte, ist sie aufgewachsen, kennt jeden Winkel ihres Kiezes. „Niemand hier hat die Eskalation gewollt", antwortet einer der Hausbesetzer, während um ihn herum noch immer ausgebrannte Autos rauchen, zu Barrikaden aufgetürmte Gerüste in den Himmel ragen und nur ein paar Meter hinter ihm eine zwei Meter breite und achtzig Zentimeter tiefe Furche jedes Einfahren in die Straße verhindert.

Für den jungen Hausbesetzer, der mit der alten Dame diskutiert, ist alles ein großes Mißverständnis. „Wir haben immer gesagt, wenn die Polizei hier nicht herkommt, dann passiert hier auch nichts." Er hofft, daß die Barrikaden noch im Laufe des Tages wieder abgebaut werden, daß er und seine Freunde die drei Gräben, die die Mainzer Straße durchziehen, wieder zuschütten und die Plastersteine, mit denen in der Nacht auf Polizisten geworfen wurde, wieder in die Fahrbahn einsetzen. „Wir haben einen Runden Tisch gebildet, der die Folgen untersuchen soll, einen Runden Tisch von unten, doch die „von oben fehlen". Die alte Frau aber weiß offenbar eine bessere Lösung: „Trennt Euch von denen, die nur Randale machen wollen, sonst geht es doch wieder los", fügt sie geradezu beschwörend hinzu. „Trennt Euch von denen, die nicht hierher gehören."

Wer damit gemeint ist, wissen die Umstehenden, die in Zirkeln diskutieren, genau. Ein paar Häuser weiter stehen sie, zum Teil vermummt, um Autos herum, die West-Berliner und zum größeren Teil westdeutsche Nummernschilder wie „OAL" (für Ostalbkreis) „BN" (Bonn) oder „E" (Essen) tragen. Sie unterscheiden sich auch durch Kleidung und Dialekt; sie kommen aus den westdeutschen Landesteilen. „Berliner sind hier doch gar nicht dabei; laßt die Berliner das doch machen!", schimpft ein Fünfzigjähriger. Sein Kumpel plädiert für schäferes polizeiliches Durchgreifen, das sich nach „gesundem Volksempfinden" schlimmster Sorte anhört. „Mit dem Maschinengewehr muß man auf dieses Gesocks halten." Dann läßt er durchblicken, wo in der alten DDR früher seine geistige Heimat war: „Als es noch die Stasi gab, war hier jedenfalls Ruhe."

Am Montagmorgen hatte die Berliner Polizei damit begonnen, neubesetzte Häuser in der Lichtenberger Pfarrstraße 110 und 112 und in der Cotheniusstraße 16 am Prenzlauer Berg zu räumen. „Ohne jede Vorwarnung", sagen die Hausbesetzer in der Mainzer Straße, in der die rechte Häuserzeile vom Haus Nr. 2 bis zum Haus Nr. 7 und dann wieder vom Haus Nr. 9 bis zur Ecke Bohagener Straße besetzt ist. Diese Häuser standen wie viele andere leer und sollten in der alten DDR abgerissen und durch Kästchen-Wohnblocks wie gegenüber ersetzt werden. Als die Mauer am 9. November vergangenen Jahres geöffnet wurde, zogen vor allem Hausbesetzer aus West-Berlin in den Ostteil der Stadt; die DDR-Regierung ließ sie gewähren. Jetzt fallen diese Objekte unter die „Berliner Linie", nach der nach dem 3. Oktober, dem Tag als die Stadt wieder eins wurde, bereits besetzte Häuser nicht geräumt werden sollen.

„Angesichts 25 000 leerstehender Wohnungen allein im Ostteil der Stadt bedeuten die Räumungen weiteren Leerstand und Verfall", heißt es in einem Flugblatt, das Hausbesetzer am Dienstag morgen an die Passanten verteilen. „20 000 leerstehende Wohnungen hier, das ist ein Verbrechen!", sagt eine der Flugblattverteilerinnen, auch sie aus dem deutschen Westen: „Wir wollen hier studieren und finden keine Wohnungen." Sie argumentiert, die Barrikaden seien nur „zur Gegenwehr" gegen die Polizei errichtet worden, die versprochen habe, keine Häuser in der Mainzer Straße zu räumen. Mehrfach seien Wasserwerfer in die Straße vorgedrungen, erzählt sie. Doch sie verschweigt, daß die Besetzer mit Pflastersteinen, Signalmunition und Molotow-Cocktails die Polizei attackierten: Am Ende brannten Autos und in der Boxhagner Straße gar eine Straßenbahn.

Wie eh und je hat es den Typ Bärbel Bohley vom Neuen Forum gegeben, der alle Schuld bei der Polizei gesehen hat, und einen Sprecher der Berliner Innenverwaltung wie Werner Thronicker, der die Täter nur auf der anderen Seite ausgemacht hat: Wenn überhaupt Fehler, dann allein Fehler aus einer Notwehr-Situation heraus angesichts der aus großer Höhe abgeworfenen, in ihrer Wirkung mörderischen Gehwegplatten, des brennenden Benzins auf Polizisten-Köpfe, der aus sicherer Deckung abgefeuerten Stahlkugeln — des versuchten Mordes also bei jedem „von denen", den man erwischen wollte und dann doch nicht erwischt hat: Zwanzig Festnahmen sind eine Bagatelle. Seit dem 1. Mai 1989 in Kreuzberg — so die Polizei — habe es eine Konfrontation dieses Ausmaßes nicht mehr gegeben. „Schlimmer als damals", sagen die Beamten (West) in die Mikrofone. Die aus dem Teil Ost bekennen sich insgeheim ohnehin zur Gänsehaut, hinter vorhaltener Hand. Versteht sich, bei den Gummi-Bestimmungen von „Bewährungsfrist im Dienst" ist das polizeiliche Handeln (Ost) von kleinlauter Elastizität geprägt.

Dabei sind es vielfach dieselben Beteiligten bei Polizei wie Gewalttätern wie eh und je, Ost und West, wie sich aus den Antworten von Anwohnern entnehmen läßt, drei Kilometer von Berlins Mitte. „Die meisten", sagt einer aus der Frankfurter Allee, „ham wir hier noch nie gesehen." Schüttelt den Kopf, kennt er/sie nicht. „Die meisten", sagt einer der Hausbesetzer hinter seinem Mummenschanz aus Leder und Gesichtsmaske zur allgemeinen Aufklärung der Umstehenden, „stammen von dort", und deutet mit dem Finger in Richtung Kreuzberg, nur noch einen Kilometer fußläufig vom Prenzlauer Berg entfernt, seit dem Fall der Mauer mit einem Menschensprung erreichbar für „Streetfigther" aller Couleur. Zwei Drittel seien „von drüben", hat denn auch seit Monaten die Faustregel im neuen Teil Berlins geheißen, ablesbar in der Tat an einer beklemmend kontinuierlichen Eskalation der Gewaltmethoden, Basismodell West. Schätzungsweise die Hälfte der etwa einhundert im Ostteil der Stadt kampierenden Hausbesetzer sind von der neuen Hauptstadt-Spekulation aus ihren Quartieren vertriebene „Wessies". Fühlen sich als Flüchtlinge. Aber: Straßenschlachten allein deswegen, das hätten sich die „Ossies" angesichts ihres verzögerten Lernprozesses von sich aus gewiß nicht getraut.

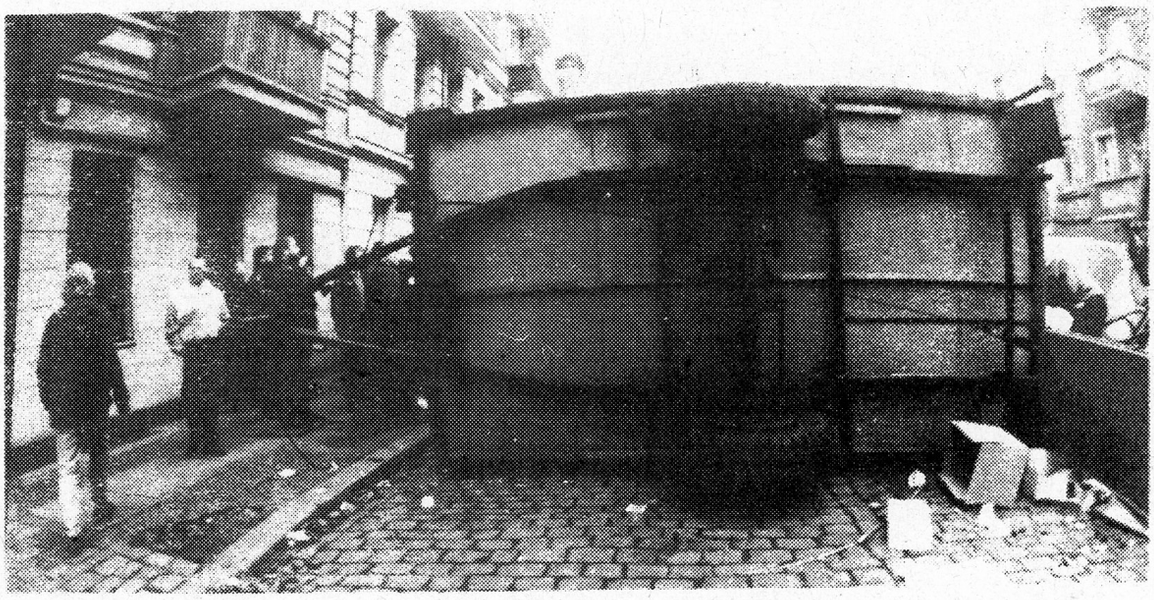
Doch ganz so einvernehmlich läßt sich die Rechnung auch wieder nicht aufmachen. Wo so viele Freaks aus dem deutschen Westen, aus den (west-)deutschen Provinzen in die Anonymität des großen Berlin geflohen und hier dann irgendwann „auffällig" geworden sind, hat sich auch die vom realen Sozialismus nach Strich und Faden beschissene junge Generation-Ost in die ehemalige „Hauptstadt der DDR" geflüchtet. Die Hooligans mit Glauben an nix und niemand sind vorwiegend Menschen aus dem anderen Teil des neuen Deutschland. Von den Schlägereien mit der Stasi im Herbst 1987 auf dem Alexanderplatz über die Schändungen jüdischer Gräber (damals beschwichtigend via SED: „Gedankliche Verwilderung") in den Jahren 1988/89: Die Pflugscharen eines verzweifelnden Teils der nachwachsenden Generation hätten sichtbar werden müssen, werden können, wären nicht alle Widerborstigkeit, alle Zweifel und alle leisen Hilferufe von Minderheiten wegdementiert worden, egal von welcher Partei. „Ihr seid die mehreren, wir die entschlosseneren", heißt es bei den Besetzern.

Am Dienstagmittag danach ist die Lage immer noch gespannt, trotz aller Vermittlungsversuche von allen Seiten. Als Bauarbeiter einen Wagen mit Gerüsten abladen, sind in Sekundenschnelle die Reifen zerstochen; die Bauarbeiter rufen die Polizei, die gleich mit mehreren Blaulichtwagen anrückt, aber nicht eingreift. „Wir warten auf Verstärkung, sagt der Einsatzleiter. Doch die kommt nicht. Die Polizei zieht wieder ab.

Unterdessen stapft der West-Berliner CDU-Abgeordnete Klaus Landowsky, dessen Partei im Berliner Wahlkampf von Plakatsäulen verspricht, dem „Straßenkampf" ein Ende zu bereiten, über die Trümmer der vergangenen Nacht, an aufgeschlitzten Matratzen und zu Barrikaden aufgetürmten Autos vorbei, während einige der Hausbesetzer aus der Mainzer Straße an der Ecke Scharnweberstraße aus Hölzern und Matratzen ein Feuerchen entzündet haben und darüber in einem großen Topf das Mittagessen bereiten. Ist diese anheimelnde Szene nur die Ruhe vor dem neuen Sturm, den nicht nur die Berliner Polizeigewerkschaft für die nächsten Tage erwartet?

Eine Antwort weiß am Dienstag niemand. Einige Anwohner freilich packen ihre Koffer und verlassen mit Kind und Kegel den heimischen Kiez. Achtlos gehen sie an einem Plakat vorbei, das da lautet: „Leben fängt da an, wo wir siegen." Während die Hausbesetzer Flugblätter verteilen, die zu einer Demonstration am Prenzlauer Berg am heutigen Mittwochabend aufrufen, wehen schwarz-rot-goldene Fahnen mit dem DDR-Emblem oder schwarzrote Anarchistenfahnen aus den Fenstern der Mainzer Straße.

„Det fängt erst an", sagt die Bambule-Frau vom „Prenzelberg". Ein kleiner Teil des Gesichts grinst fröhlich durch die Maskerade hindurch. Das Grinsen wirkt irgendwie gekünstelt. Vielleicht ist es gar nicht fröhlich.



Die Schlacht von Berlin

Momper: Es war reine Mordlust

Bild 15.11.

Eine Frau, die alles miterleben mußte

Nach dem nächtlichen Horror-Trip in der Mainzer Straße: Berliner riegeln ihre Wohnungen mit Brettern gegen Chaoten ab

Ich zittere immer noch!

60Pf **B.Z.**

Nr. 266/46 • 114. Jahr / Mittwoch, 14. November 1990 • A 2032 A

Dänemark dkr 3,- • Holland hfl 1,- • Polen Zl 2.490,- Österreich 65 7,- • Schweiz sfr 0,80 • Spanien pts 65,-

Die größte Zeitung Berlins

„Das war ja schlimmer als in Kreuzberg!"

Dach-Schornsteine auf die Polizei gekippt

Die Angst und die Wut in Friedrichshain

137 Polizeibeamte im Einsatz verletzt

Berlin, 14. November **BZ**

Ja, ich zittere immer noch am ganzen Körper. Die Angst vor einer neuen Chaos-Nacht steckt so tief in meinen Knochen. Ich kann mich überhaupt nicht beruhigen. So etwas wie diese brutale Krawall-Nacht habe ich noch nie erlebt!"

Es sind die Worte einer Frau aus der Mainzer Straße, in der Chaoten von den Dächern herunter Schornsteinbrocken, Dachplatten, Steine und Feuerwerks-Raketen auf Polizisten schleuderten.

137 Polizisten wurden bei dem nächtlichen Horror-Trip, den Hausbesetzer und deren autonome Chaoten-Freunde inszenierten, verletzt.

Fotos-Berichte auf den Seiten 24, 25, 26, 27, 28, 29

■ Deutschland hat schon viele gewalttätige Demonstrationen und Straßenschlachten erlebt. Aber als gestern in Berlin mehrere tausend Polizisten anrückten, um 13 besetzte Häuser in der Mainzer Straße (Friedrichshain) zu räumen, gab es einen beispiellos brutalen Häuserkampf. Gebäude für Gebäude mußte die Polizei freikämpfen. Von den Dächern schleuderten vermummte linksradikale Verbrecher Gehwegplatten, Brandbomben und Molotowcocktails. Detonationen erschütterten die Straße. Die Polizei setzte Blendgranaten, Tränengasbomben, Panzerwagen ein, gab scharfe Warnschüsse ab, um etwa 1000 Besetzer aus den Häusern zu vertreiben. 70 Beamte wurden verletzt – wie durch ein Wunder keiner schwer. 325 Personen wurden festgenommen, darunter zwei Abgeordnete der Alternativen Liste – sie ist in Berlin Koalitionspartner der SPD. Der regierende Bürgermeister Momper entsetzt zu BILD: „Was hier geschah, war reine Mordlust." In den Häusern fanden die Beamten sogar „Todesfallen" und eine Bombe – sie hätte Hunderte töten können. Chaoten-Krawalle auch nach einer Demo am Abend.

BZ 15.11.

Der blutige Häuser-Kampf in Berlin

Die Polizeikamera filmte jeden, der festgenommen und im vergitterten Polizeiwagen abtransportiert wurde.

Mann gegen Mann! Meter um Meter!

Und Stockwerk um Stockwerk

Berlin, 15. November ~~BZ~~

Die Menschen rund um die Mainzer Straße in Friedrichshain können endlich wieder in Ruhe und Frieden leben:

Berlin hat eines seiner blutigsten und brutalsten Kapitel aus der aggressiven Hausbesetzer-Szene endlich hinter sich.

3000 Polizisten haben die 12 Häuser in der Mainzer Straße von den Kellern bis zu den Dächern freigekämpft:

Mitunter kam es zu Kämpfen Mann gegen Mann, Meter um Meter, Stockwerk um Stockwerk, Wohnung um Wohnung.

Mehrere der festgenommenen Chaoten müssen möglicherweise mit einer Anklage wegen versuchten Mordes rechnen: Sie hatten gegen die Polizisten auch tödliche Elektro-Fallen ausgelegt.

Berichte auf 7 Seiten

Die Polizisten sollten auf den strom-geladenen Mord-Fallen der Chaoten in den Tod stürmen

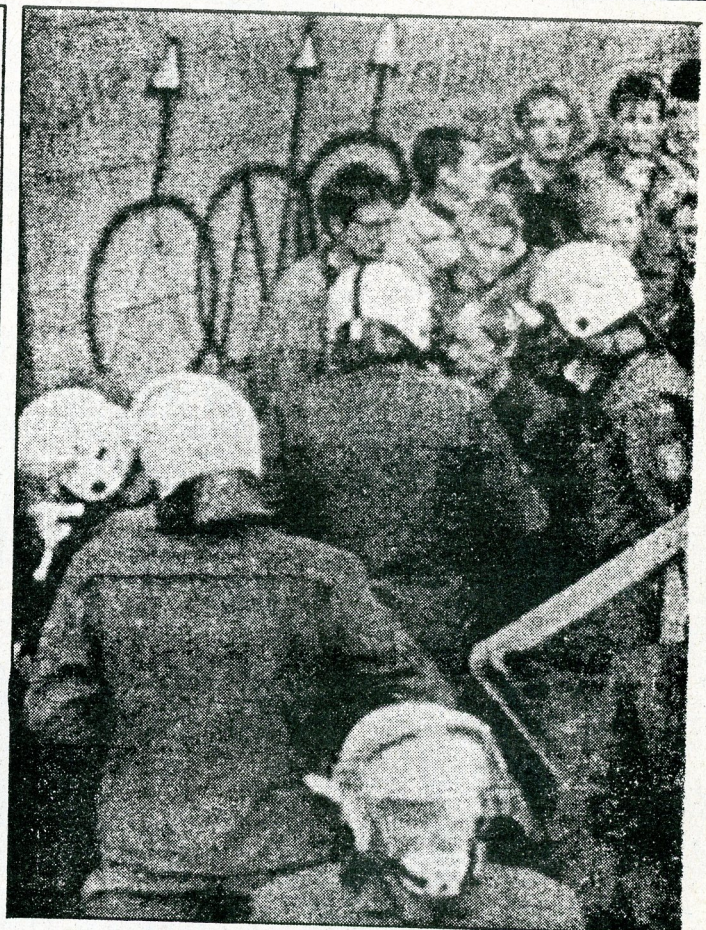
Einer nach dem anderen wird abgeführt – insgesamt 325 Frauen und Männer, Vermummte und Unvermummte.

Das ist Mordlust – sagt Momper

Mit Gehwegplatten, Pflastersteinen, Bordsteinkanten, Dachziegeln und Molotow-Cocktails bewerfen die Besetzer die Polizisten von Häuser-Dächern der Mainzer Straße in Friedrichshain

Chaoten warfen Feuerbomben von den Dächern und Ziegelsteine, die Polizisten schützten sich mit Stahlplatten vor den lebensbedrohenden Geschossen

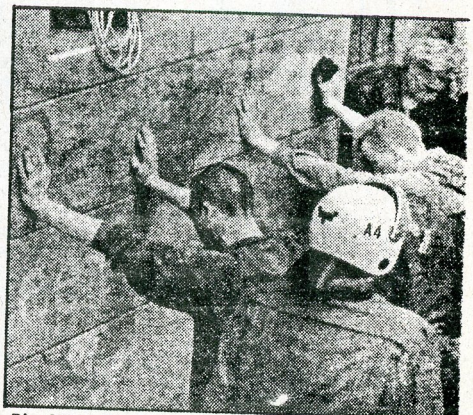
Mit Stahlplatten über den Köpfen schützen sich die Beamten vor den Gewaltausbrüchen der Chaoten. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper dazu: „Das ist die blanke Mordlust!"



Tränengas, Rettungstragen und: „Hände an die Wand!"

Bewaffnet mit einer Tränengaskanone feuert ein Polizeibeamter Patronen gegen die randalierenden Chaoten, die sich nur Meter um Meter zurückdrängen ließen, bevor die Beamten die besetzten Häuser stürmen konnten. Zeitweise sind in Friedrichshain bis zu 3000 Mann im Einsatz

Unter Polizeischutz tragen zwei Symphatisanten der Hausbesetzer einen verletzten Chaoten auf einer Krankentrage. Über die Person ist eine warme Decke gelegt. Die hintere Trägerin hat ein Rot-Kreuz-Latz übergestreift und über den linken Arm eine weiße Binde gezogen



Die Arme ausgestreckt an eine Hauswand gestützt, d Kopf gebeugt: So werden zwei Randalierer von Polizei-B amten auf Waffen und Wurfgeschosse durchsucht. Insg samt wurden 325 Männer und Frauen festgenommen, nac dem vor Ort die Personalien festgestellt wurden

32 15.11.

Alles in die Ecke – sagt die Polizei

„Alles sofort in die Ecke!" So lautet der Befehl der Polizei, die die Chaoten an einer Häuserecke umzingelten und anschließend festnahmen

B2 15.11.

Nach Demo: Vermummte greifen schon wieder an

Mit einer Straßenschlacht endete gestern abend eine Demo von Hausbesetzern und Sympathisanten. Mehrere hundert Chaoten griffen am Frankfurter Tor Polizisten an, bewarfen sie mit Pflastersteinen, schossen mit Leuchtspurmunition. Steine flogen auch in Schaufenster. Es kam auch zu Plünderungen, an denen sich sich 12 und 14jährige beteiligten.

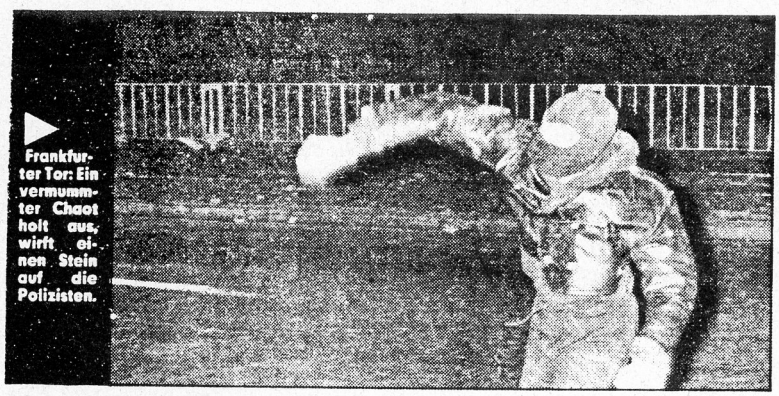
Gegen 17 Uhr hatte sich der Zug am Senefelder Platz (Prenzlauer Platz) in Bewegung gesetzt. Bereits zu Anfang wurden die Teilnehmer durch Parolen aus zwei Lautsprecherwagen eingeheizt: „Nicht vergessen, den Staat angreifen!" „Keinen Fußbreit den Imperialisten weichen!"

An der Spitze des Zuges marschierten Abgeordnete des Demokratischen Forums. Aber auch PDS-Gruppen mit DDR-Fahnen.

Wenig später vermummten sich mehrere hundert Autonome, zogen sich Strumpfmasken über und PLO-Tücher vors Gesicht.

Die Polizei begleitete nur teilweise direkt den Zug, der inzwischen rund 8000 Teilnehmer angewachsen war.

Nach der Abschlußkundgebung am Strausberger Platz (Friedrichshain) zog der harte Kern von rund 300 Chaoten, bewaffnet mit Eisenstangen, gegen das Verbot der Polizei Richtung Mainzer Straße. Etwa 500 Meter vor der Kiez-Straße riegelte die Polizei die Kreuzung Frankfurter Allee/ Warschauer Straße ab. Es kam zu einzelnen Auseinandersetzungen.



▶ Frankfurter Tor: Ein vermummter Chaot holt aus, wirft einen Stein auf die Polizisten.

Heiße Diskussionen: Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (links) spricht in der Mainzer Straße mit einem Polizisten.

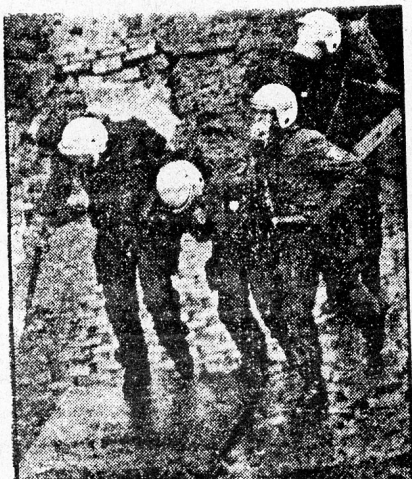
Polizisten trommelten auf ihre Schilde, wenn ein Kollege mit einem Chaoten an ihnen vorbeizog

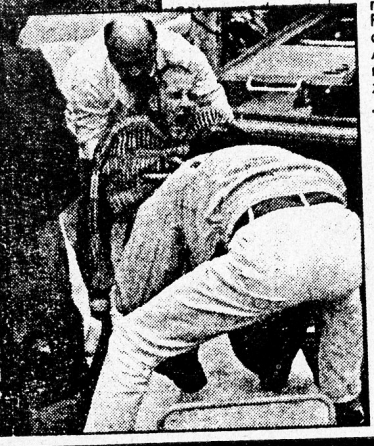
32 15.11.

Worum es geht

Die ersten kamen aus Not...

Noch unter Honecker wurden die ersten Wohnungen in Friedrichshain und am Prenzlauer Berg besetzt. Sie waren hoffnungslos verrottet, standen leer – so wie 30 000 andere Wohnungen im Osten. 1,8 Milliarden Mark wären nötig, um sie zu renovieren. Junge Familien, die Männer meist arbeitslos, zogen aus Not ein. Sie wollten verhandeln, wollten mit Mietvertrag wohnen bleiben. Aber dann kamen die Kriminellen – und gewannen durch Gewalt die Oberhand. Ihre Rechtsvorstellung: Was leer ist, gehört mir. Und wer anderer Meinung ist – der wird verprügelt.





▲ Nach der Schlacht: Zwei Polizisten stützen in der völlig verwüsteten Mainzer Straße einen verletzten Kollegen, bringen ihn zum Sanitäter.

◀ Die Vorhut: Im Morgengrauen biegen Wasserwerfer in die Mainzer Straße ein. Danach kommen die Polizisten zu Fuß. Der Kampf, Mann gegen Mann, begann.

Der Verletzte schreit vor Schmerz auf, als zwei Sanitäter ihn auf Trage heben. ▶

Polizeimeister Andreas W.

„Das schlimmste war der Haß"

Polizeimeister Andreas W. (26) war einer von 3000 Beamten, die die Terror-Nester an der Mainzer Straße räumen mußten. Er ist verheiratet, hat einen Sohn (3), verdient 2300 Mark im Monat. Er sagt: „Ich hielt gestern meinen Kopf hin."

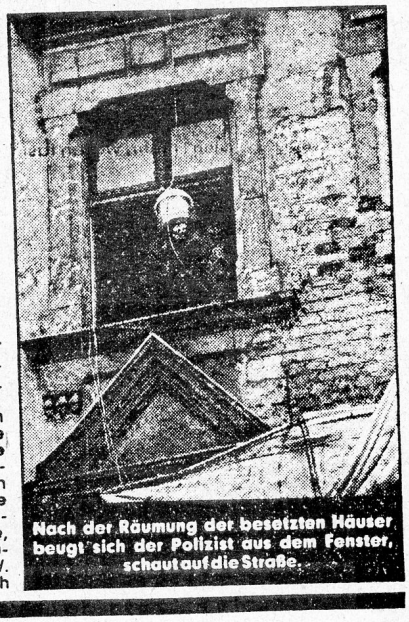
Für den Polizisten hatte der Einsatz morgens um vier in der Sammel-Unterkunft begonnen. Über Funk hörte er einen Lagebericht aus der Mainzer Straße: „Die Chaoten bereiten sich auf die Räumung vor, schleppen Steine auf die Dächer."

Mulmiges Gefühl, ein bißchen Angst. „Davon kann sich keiner frei machen", schildert der Beamte. Der Bereitschaftsführer munterte die Truppe auf: „Jungs, denkt dran: Ihr kämpft für Berlin." Mit Blaulicht und Sirene ging's nach Friedrichshain. Andreas W.s größte Angst: „Im Ernstfall muß ich die Waffe ziehen."

Eine junge Frau spuckte mich an

Die Räumung – auch für Andreas W. lebensgefährlich. Geschosse zischen durch die Luft, Steine prasseln auf die Schutzschilde. Andreas W. springt in Deckung. Ein Kollege bekommt einen Pflasterstein ans Knie, bricht schreiend zusammen. Andreas W. brüllt: „Das ist doch Wahnsinn!" Später mußte der Polizist Festgenommene zu den Gefangenenwagen führen. Einige ließen sich von ihm tragen. Der Beamte: „Das schlimmste war dieser Haß. Eine Frau hat mich angespuckt. Die war kaum jünger als ich. Was hab' ich ihr getan?"

Erst mittags konnte Andreas W. seine Frau anrufen. Sie fragte weinend: „Ist alles in Ordnung?"



Nach der Räumung der besetzten Häuser beugt sich der Polizist aus dem Fenster, schaut auf die Straße.

Immer wenn ein Chaote abgeführt wurde, klatschten die Menschen in der Straße Beifall. Die

Polizisten stürmten über Todesfallen in die Häuser. Sie mußten über Eisenplatten, die unter Strom standen

Ein Einkaufswagen voller Pflastersteine: Die Ladung mit der „Nachschub-Munition" für die Chaoten stand zum Abtransport bereit

Berlin, 15. November

Beim Sturm auf die besetzten Häuser in der Mainzer Straße warteten auf die Polizisten unzählige hinterhältige Todesfallen: Die Chaoten hatten die Häuser zu regelrechten Festungen ausgebaut.

In den verrotteten Räumen hatten sie Metallplatten ins Dielenholz eingelassen, die unter Strom gesetzt waren. Auf einem kleinen Zettel stand: Diese „Nirwana-Maschine" bringt jeden, der auf das Metall tritt, durch Elektroschocks ins Jenseits. Genau wie ein elektrischer Stuhl.

In den Treppenhäusern, verotteten Zimmern und auf den Dächern stolperten die Polizisten in ein regelrechtes Alarmsystem, das mit Sirenen und Hupen ausgestattet war.

In einem Treppenhaus hatten die Besetzer massive Sperren aus Holz und Stahl gebaut, die mit Steinen beschwert, über einen Flaschenzug bei Bedarf von oben herunterrasseln konnten. Die Seilwinde bestand aus der Felge eines Kinderwagens, die Sperre aus einem ehemaligen Material der deutsch-deutschen Grenzbefestigung.

Ausgeklügelte Falltüren in allen Etagen, teilweise mit Nägeln gespickt, fielen den hereinstürmenden Beamten vor der Nase zu, die Dächer waren mit Stacheldrahtverhauen gesichert und die Treppen mit Fußangeln versehen.

Türen waren teilweise nur von innen zu öffnen, an anderen waren die Griffe abgeschraubt.

Und überall an den Fenstern der oberen Geschosse, zwischen Matratzen und Lebensmittelvorräten, auf Balkons und in Geheimkammern, lagen noch immer noch riesige Vorräte an fußballgroßen Pflastersteinen, Zementsäcken und Stahlkugeln.

Auf mehreren Dachböden fanden die Beamten Zinkeimer, die mit heißem Teer gefüllt waren, und herausgerissene Toilettenbecken, in denen Berge von Pflastersteinen gesammelt wurden.

In einem Einkaufswagen, der verlassen auf der Straße stand, lagen viele Ziegelsteine, die die Chaoten als Nachschub-Munition gegen die stürmenden Polizisten gesammelt hatten.

Die Einsatzleitung der Polizei hatte die Aktion wie einen Schlachtplan ausgearbeitet, auch die kleinsten Schritte im voraus geplant.

Gegen 6.38 Uhr rollten Panzerwagen und Wasserwerfer an die Barrikaden. Dreimal versuchten Hundertschaften, sie zu stürmen.

Die Feuerbomben, Stahlkugeln, Pflastersteine, Gehwegplatten, Bordsteinkanten hagelten von den Dächern auf die Beamten nieder. Doch die Polizei setzte zum entscheidenden Sturm mit einer Sondereinheit des SEK an. Die Beamten waren wie Bergsteiger ausgerüstet, durchquerten den Innenhof eines Eckgebäudes an der Frankfurter Allee, brachen mit Streitäxten die Türen auf und arbeiteten sich teilweise im Einzelkampf auf das Dach hoch.

Von dort aus, von benachbarten Hinterhöfen und über einen Friedhof auf der Rückseite der Häuserzeile seilten sie sich ab und „eroberten" Wohnung für Wohnung in den besetzten Häusern.

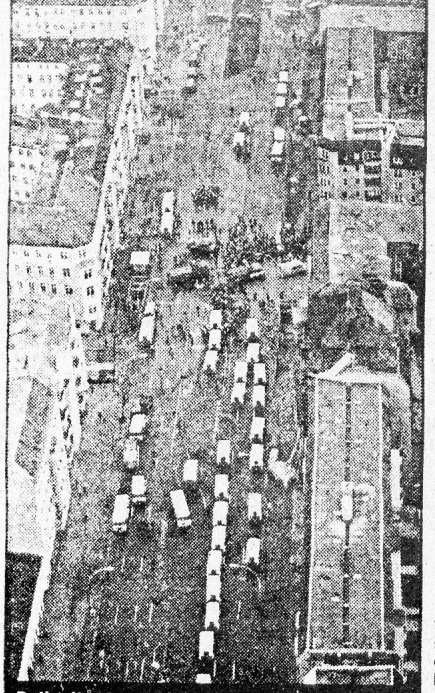
Ein Polizeisprecher: Die Randalierer sind gegen die Beamten mit unvorstellbarer Härte vorgegangen. Bis zu zehn Kilogramm schwere Granittrümmer wurden von den Dächern und aus den Fenstern der oberen Geschosse auf die Polizisten geschleudert.

Ein leitender Beamter: Das war versuchter Mord.

(Weiter auf Seite 8)

BZ 15.11.

— Von den wegen der jüngsten Straßen-Exzesse in Untersuchungshaft befindlich gewesenen Personen sind 25 in Haft behalten worden. Gegen diejenigen, denen Vernichtung von Sachen oder Gegenständen nachgewiesen wird, die Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben und diese vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Die anderen werden voraussichtlich im Laufe der Voruntersuchung ebenfalls aus dem Arrest entlassen, falls sie der Flucht nicht verdächtig sind.



Polizeikräfte riegeln die Umgebung der Mainzer Straße ab. Querstehende Einsatzfahrzeuge blockieren die Straße

Lummer: Pätzold muß zurücktreten

Heinrich Lummer, Ex-Innensenator, ist der Mann, der Berlin von besetzten Häusern befreite. BILD-Berlin sprach mit ihm über die Ereignisse in der Mainzer Straße.

BILD: In Berlin ist mal wieder Bürgerkrieg. Juckt es Ihnen als Ex-Innensenator in den Fingern?

Lummer: Zum zweitenmal in der jüngeren Geschichte Berlins ist es unter einem SPD-Senat zu über 100 besetzten Häusern gekommen. Ich hatte in meiner Amtszeit Berlin frei von besetzten Häusern gemacht, ohne, daß es zu großen Krawallen kam.

BILD: Wo sehen sie die Ursachen der neuerlichen Besetzungen?

Lummer: Dieser Senat hat den Grundsatz „Wehret den Anfängen" mißachtet.

BILD: Wen trifft dieser Vorwurf speziell?

Lummer: Innensenator Pätzold. Deshalb gibt es nur eins: Pätzold muß zurücktreten!

BILD: Was würden Sie jetzt tun?

Lummer: Die Häuser, aus denen Straftaten kommen, müssen gnadenlos durchsucht werden. Es darf keine gesetzlich geduldeten Freiräume für Straftaten geben.

BILD: Was sind das für Leute, diese Berliner Hausbesetzer?

Lummer: Es gibt drei Gruppen. 1. Junge Leute, die nur ein billiges Dach über dem Kopf haben wollen uns sich keine Wohnung leisten können. 2. Leute, die einen Abenteuerurlaub machen wollen, das sind Leute, die zum Teil in guten Positionen bürgerlicher Berufe sind. 3. Die wirklichen Chaoten, die den Staat aus den Angeln heben wollen nach der alten Marcuse-Theorie: erst einmal alles zu zerstören.

AL: 2 Abgeordnete festgenommen

In der umkämpften Mainzer Straße wurden auch zwei AL-Abgeordnete festgenommen: Hartwig Berger und Lena Schraut, außerdem AL-Sprecher Stephan Noe. Da sie als Mitglieder des Abgeordnetenhauses immun sind, kamen sie sofort wieder frei. „Sie waren von den Besetzern als Vermittler gerufen worden", erklärte AL-Senatssprecherin Ingvild Kiele deren Anwesenheit.

Wer steckt eigentlich hinter der Alternativen Liste (AL)? Es ist der Berliner Ableger der Grünen mit 3256 Parteimitgliedern, 141 000 Wählern (11,8 %) und 17 Fraktionsmitgliedern im Abgeordnetenhaus. Ihre Ziele: Ausländerwahlrecht; autofreie Stadt Berlin; und vor der Einheit Anerkennung der Zweistaatlichkeit.

32 15.11.

Der 90-Minuten-Kampf um die Dächer, die Super-Bombe in der Korbflasche, der in Brand gesetzte Polizist – und ein Hubschrauber, der abdrehte, weil die Chaoten versuchten, ihn abzuschießen

Ein verwundeter Polizeibeamter wird von seinem Kollegen verarztet. Der Mann ist einer von 70 verletzten Ordnungshütern.

Ein Munitionslager in einer Chaoten-Wohnung: Steine und Flaschen, die, mit Benzin gefüllt, als Molotow-Cocktails dienen

Eine Polizei-Einheit hat die Piraten-Flagge von einem besetzten Haus heruntergeholt und schwenkt sie triumphierend

Berlin, 15. November

Genau 90 Minuten dauerte auf den Dächern rund um die Mainzer Straße der Kampf zwischen Polizei und Hausbesetzern.

„Es war wie im Kampf Mann gegen Mann", beschrieb ein Beobachter die Szene. Viele Polizisten benahmen sich wie nach einer gewonnenen Schlacht, winkten anschließend freudig von den Dächern, einige schwenkten eine Piratenflagge, die sie den Besetzern abgenommen hatten.

Auf dem Dach fanden die Beamten einen „Super-Molli". Polizeipräsident Georg Schertz: Diese riesengroße Flasche hätte die Wirkung einer Bombe gehabt und die ganze Straße in Brand gesetzt.

Beim Sturm durch die Häuser entdeckten die SEK-Leute immer wieder neue Depots mit den gefährlichen Brandsätzen. Besonders mulmig wurde es den Beamten, als sie zwei Flitzebögen mit scharf angeschliffenen Pfeilen in Köcher fanden. Ein Beamter: „Wahnsinn."

Ein Hubschrauber, der über dem Gebiet der Mainzer Straße kreiste, wurde von den Chaoten mit Leuchtmunition beschossen. Sie versuchten ihn abzuschießen – er mußte abdrehen.

Ein Polizeibeamter wurde von einem Molotow-Cocktail getroffen. Seine Uniform ging sofort in Flammen auf. Kollegen eilten auf ihn zu und löschten das Feuer. Ein Beamter wurde von einem Pflasterstein getroffen, der plötzlich aus dem Tränengasnebel aufgetaucht war. Sofort war ein Sanitäter zur Stelle: „Nur eine Platzwunde." Ein Bereitschaftspolizist aus Unna: „Das ist Bürgerkrieg!"

Diese beiden Polizisten waren zwei von insgesamt 70 verletzten Beamten. Fünf davon wurden mit ernsthaften Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Während des ganzen Einsatzes wurden von Polizisten drei Warnschüsse abgegeben. Ein Besetzer wurde von einem Querschläger am Fuß getroffen.

Insgesamt wurden 325 Frauen und Männer festgenommen.

Unter den Festgenommenen war auch ein 20jähriger Hausbesetzer mit rot-grünem Irokesen-Schnitt, der einen Nato-Kampfanzug trug. Bei ihm fanden die Polizisten einige etwa zehn Zentimeter große Gewehrpatronen. Bei einem anderen waren die Taschen vollgestopft mit Kanonenschlägen.

Jedesmal, wenn die Polizisten einen Chaoten abführten, klatschten die Leute auf der Straße Beifall und die Kollegen trommelten gegen ihre Schutzschilder.

Nach der Festnahme der Chaoten sah es auf der Mainzer Straße gespenstisch aus: Die Randalierer waren verschwunden, die Polizei bewachte trotzdem die ganze Nacht die geräumten Häuser. Mit Baggern wurden die ausgehobenen Gräben wieder zugeschüttet. Die ausgebrannten Autowracks standen wie Skelette am Straßenrand.

In den Häusern lagen herausgerissene Dielen wie Mikadostäbe übereinander. In vielen Räumen war der Fußboden mit vergammelten Speiseresten und leeren Bierflaschen übersät. Fleckige und zerfetzte Matratzen lagen auf der Erde.

Berlins Polizeipräsident Georg Schertz, der persönlich den Einsatz der rund 3000 Beamten aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mitleitete: Das war die schwerste und kompliziertste Aufgabe in meiner gesamten Laufbahn.

Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper erklärte zu den Ausschreitungen: Das hatte mit sozialem oder politischem Protest nichts mehr zu tun. Das war schlichtweg Gewaltkriminalität der schlimmsten Art.

Momper: Es waren zum großen Teil Leute, die aus Kreuzberg „Randale-Export" betrieben haben.

Ein Anwohner der Mainzer Straße: Den Besetzern aus dem Ostteil der Stadt war es in der Mainzer Straße schon lange zu heiß geworden. In letzter Zeit haben sich da nur noch militante Jugendliche aus Westdeutschland eingerichtet.

Anzeige

Neu: Berlin–Mailand. Täglich, außer Sonntag.

12 neue Ziele in Europa: Barcelona, Basel, Brüssel, Helsinki, London, Madrid, Mailand, Moskau, Paris, Stockholm, Wien, Zürich.

Lufthansa

SEALM 322/90

Und dann flogen wieder die Steine

■ Rund 3000 Demonstranten protestierten am Abend gegen die Räumung der Mainzer Straße, zogen vom Senefelder Platz im Bezirk Prenzlauer Berg zum etwa 10 Kilometer entfernten Straußberger Platz.

Immer wieder kam es zu Steinwürfen.

Dabei gingen die Fenster einer Bank und eines Konsumgeschäftes zu Bruch.

Am späten Abend vermummten sich mehrere hundert Demonstranten, zogen vom Frankfurter Tor in Richtung Mainzer Straße.

Schwangere flüchtete über die Leiter

■ Kurz vor Beginn des Polizei-Einsatzes in der Mainzer Straße gelang es einer Anwohnerin, über eine Leiter vom Balkon ihrer Wohnung zu flüchten. Die hochschwangere Frau hielt sich ein nasses Handtuch vor das Gesicht, um sich vor Qualmschwaden, die aus einem Keller hochstiegen, zu schützen.

Was die einen wollen und die anderen

■ Die Hausbesetzer sind seit Monaten in zwei Lager gespalten. Die einen wollen eine Gesamtlösung, die anderen fordern Einzelmietverträge. Insgesamt sind 128 Häuser besetzt.

„Druck aus dem Kessel lassen"

■ Für eine politische Lösung in der Frage der Hausbesetzungen setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein. Klaus Steffenhagen, Bundesvorsitzender: Wohnungsbau und Instandsetzungsprojekte müssen rasch den größten Druck aus dem Kessel lassen, um Hausbesetzungen von vornherein zu verhindern. Die Polizei kann dieses Problem mit ihren Mitteln nicht lösen.

Auch Politiker festgenommen

■ Unter den Festgenommenen der Mainzer Straße sind auch Politiker der Grünen/Alternativen Liste und des Bündnis 90/Grüne.

Die meisten Häuser sind 70 Jahre alt

■ Die meisten der besetzten Häuser stammen aus der Zeit vor 1920. Es sind vorwiegend Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Friedrichshain hat etwa 110 000 Einwohner, ist mit 9,8 Quadratkilometern der kleinste Stadtbezirk.

Bild 15.11.

Sie seilten sich vom Dach ab, stürmten durch die Fenster

In Bergsteigerausrüstung mit Unterarm und -beinschützern seilten sich Beamte von Dächern und Gerüsten zu den darunterliegenden Fenstern ab. Andere Kollegen stürmten mit Grubenlampen, Äxten und Kettenscheren durch die Fenster im Erdgeschoß, um die letzten Verstecke der Besetzer auszuheben.

Sie rammten die Türen ein

Mit einer schweren Eisenstange rammt ein Polizist die Tür eines Hauses ein, die von den Chaoten zu regelrechten Festungen ausgebaut waren: Treppen mit Fußangeln, ausgeklügelte Falltüren in allen Etagen, teilweise mit Nägeln gespickt, fielen den eindringenden Beamten beim Betreten vor der Nase zu.

Sie kämpften um jedes Haus

Meter um Meter kämpfen sich die Polizisten zu den Häusern vor, die Chaoten weichen nur stückweise zurück. Ein Beamter spricht von einem „Kampf um jedes Haus". Plötzlich steht die Uniform eines Polizisten in Flammen – er ist von einem Molotow-Cocktail getroffen worden. Die Kollegen sind sofort bei ihm, löschen.

Chaoten warfen Feuerbomben und Gehwegplatten von den Dächern – Lesen Sie bitte die Berichte auf den nächsten Seiten

BZ 15.11.

Die Schlacht von Berlin

Das Protokoll der Räumung

Ziegelsteine und Molotow-Cocktails von oben

Der Angriff: Vermummte Gewalttäter, die sich Hausbesetzer nennen, werfen von einem Dach Ziegelsteine und Molotow-Cocktails auf die Polizisten.

Der braune Kachelofen in dem besetzten Haus in der Mainzer Straße war noch warm, als die Polizei das Gebäude stürmte. Auch der Tee in der Kanne war erst vor kurzem gebrüht worden. In der Ecke lag Friedrich Schillers „Die Räuber" – daneben die Pflastersteine. Ordentlich aufeinandergehäuft, griffbereit . . .

Das Stundenbuch der Räumung, die so erschreckend viele Verletzte forderte:

● 5 Uhr. Ein Vermummter schreit in die Nachtstille: „Freunde, bald kommen die Bullen!" Die Aktion der Polizei war schon verraten, bevor sie begann.

● 5.22 Uhr. Gewalttäter schleppen zehn Kilo schwere Granitsteine auf die Dächer der 15 besetzten Häuser. Die 1400 Polizisten gehen an beiden Seiten der Mainzer Straße in Stellung. Ein Polizeibeamter küßt seinen Rosenkranz. Aus den Häusern dröhnen Trommelschläge.

● 6.36 Uhr. Der Panzerwagen der Einsatzbereitschaft 44 rammt an der Ecke Frankfurter Straße die zwei Meter hohe Barrikade aus Autowracks, Müllcontainern, zehn Meter langen Monierreisen. An der Rückseite der Häuser: Polizei-Einzelkämpfer ziehen sich an Seilen mit Enterhaken hoch.

● 6.38 Uhr. Molotowcocktails fliegen auf den Panzerwagen. Er brennt. Ein Wasserwerfer löscht. Der Einsatzleiter ruft verzweifelt ins Funkmikro: „Wo bleibt der Hubschrauber?"

● 6.39 Uhr. Der Hubschrauber kreuzt im Tiefflug über die Besetzer-Häuser, schießt Tränengas.

● 7 Uhr. Endlich ist die Barrikade beseitigt. Polizisten mit Vorschlaghämmern, mit Äxten, mit Motorsägen brechen die Haustüren auf. Tränengasschützen geben Feuerschutz. Die Polizei feuert auch Blendgranaten ab. Eine explodiert in einer Wohnung, Flammen schlagen aus den Fenstern. Die Gewalttäter, viele mit Gasmasken, prügeln mit Eisenstangen los. Ein Polizist schreit: „Vorsicht, die Metallplatten im Boden stehen unter Strom!" Drei Schüsse fallen.

● 7.12 Uhr. Von den Dächern noch immer ein Hagel von Steinen. Ein Vermummter trifft einen jungen Polizisten. Der Polizist krümmt sich vor Schmerz, der Vermummte höhnt: „Hau ab, gleich kriegst du noch einen Bullenbonbon an den Schädel."

● 7.30 Uhr. Der Kampf in den Häusern tobt weiter – ein Kampf Mann gegen Mann.

● 7.52 Uhr. Viele der Gewalttäter ergeben sich jetzt. Beim Abtransport rufen sie weinerlich: „Hilfe, Mörder, wir sind Gefangene!"

● Um 8.30 Uhr sind alle Häuser geräumt. Ein Polizist um die 50, von einem Stein am den Kopf getroffen, lehnt benommen an einer Hauswand. Er sagt: „Die wollten uns umbringen. Das sind keine Menschen mehr."

Bild 15.11.

Polizeipräsident Schertz

Chaoten bauten Super-Bombe

„Ein begonnener Hubschraubereinsatz mußte abgebrochen werden, weil auf ihn mit Leuchtspurmunition geschossen wurde. Es bestand Gefahr, daß er in die Mainzer Straße abgestürzt wäre." So beschrieb Polizeipräsident Georg Schertz einen der dramatischen Höhepunkte.

Polizeipräsident Georg Schertz

Schertz berichtete weiter:

- „Der Leiter des SEK (Sondereinsatzkommandos) hat mir erklärt, das es sich um den schwierigsten Einsatz seiner Dienstzeit gehandelt hat."
- „Wäre ein von den Chaoten vorbereiteter Super-Molli auf die Straße geworfen worden, hätte das die Wirkung einer Bombe gehabt."
- „Die Chaoten haben neue Mollis mit einem höheren Anteil von Öl. Folge: Die Substanz haftet und brennt länger." Auf so einem Gemisch ist auch der verletzte Polizist, der mit einem Knochenbruch im Klinikum Steglitz liegt, ausgerutscht – Momper besuchte ihn gleich nach seiner Rückkehr aus Moskau.
- Im Haus Mainzer Straße 5 fand die Polizei die Zentrale der Chaoten, ausgerüstet u. a. mit etlichen Funkgeräten.

Pätzold

Der Senator, der aufräumt

Erich Pätzold (60, SPD) – wer ist eigentlich dieser Innensenator? Durch sein Eingreifen wurde die 107-Millionen-Schieberei der PDS aufgedeckt. Jetzt ist er dabei, die Hausbesetzungen im Ostteil von Berlin zu beenden.

Innensenator Erich Pätzold

Bevor er in den rot-grünen Momper-Senat ging, wollte er aus der Politik aussteigen, mit seinem Motorboot an der jugoslawischen Küste schippern. Nun hat er (verheiratet, zwei Kinder) einen 16-Stunden-Tag und steht im Mittelpunkt der Berliner Politik. Seit dem 3. Oktober muß er die Verwaltungen der ehemals geteilten Stadt zusammenführen: 100 000 Angestellte und Beamte West, 100 000 aus dem Ostteil, darunter 10 000 Mitarbeiter der ehemaligen Volkspolizei.

Ein Vorauskommando der Polizei stürmt durch ein Fenster in die besetzten Häuser der Mainzer Straße.

325 festgenommen

Sie grölten: Morgen gehört Berlin uns

Einige vermummte Kriminelle hatten sich nur Tücher um den Kopf geschlungen. Das waren die Harmlosen. Die anderen trugen schwarze Sturmhelme und Gasmasken, gepolsterte Lederjacken, Schienbeinschoner und Kampfstiefel.

Es waren die Berufs-Randalierer, die Profis im Häuserkampf. Angereist aus der Hamburger Hafenstraße, aus dem benachbarten Kreuzberg, darunter auch viele Ausländer. 325 Kriminelle nahm die Polizei fest. Ein Polizeisprecher am Abend: „Wir haben noch keinen genauen Überblick, aber es steht fest, daß der harte, militante Kern nicht aus Friedrichshain stammt."

Polizisten brachten die Festgenommenen in den Homo-, sexuellen-Treff „Gay Bar" in der Mainzer Straße 5. Einige grölten: „Wir wollen Krieg. Morgen gehört Berlin uns."

Hafenstraße

Natürlich waren auch die Hamburger Chaoten dabei

Chaoten aus der Hamburger Hafenstraße sind gestern zur Verstärkung der Häuserkämpfer nach Berlin gereist, bestätigten die Sicherheitsbehörden.

Innensenator Werner Hackmann (SPD) erwartet zwar auch in Hamburg Solidaritätsaktionen für die Besetzer, rechnet aber nicht mit einem Überschwappen der Krawalle: „In Berlin waren Häuser besetzt, die Bewohner der Hafenstraße haben Mietverträge. Das ist eine völlig andere Situation." Hackmann spricht seinem Berliner Kollegen und der Polizei Anerkennung für ihr entschiedenes Vorgehen aus: „Sie haben bewiesen, daß die Räumung besetzter Häuser nicht automatisch zu einem Bürgerkrieg führt. Das ist auch für Hamburgs Polizei hilfreich."

Wahnsinn Polizisten sollten in Stromfallen sterben

Mörderisch, wie sich die Kriminellen vor dem Polizeieinsatz „schützen" wollten: Sie hatten in mehreren Treppenhäusern der Mainzer Straße Metallplatten auf Stufen geschraubt und sie am Stromkabel (220 Volt) angeschlossen. Die Polizisten sollten durch Stromschläge sterben!

SEK-Polizisten, die als erste die Häuser stürmten, entdeckten die Todesfallen rechtzeitig, schalteten den Strom ab.

In allen Treppenhäusern hatten die Randalierer massive Sperren eingebaut. Über Seilzüge aus Fahrrad- und Kinderwagenfelgen konnten Stahlplatten und Holzbalken auf die Treppen gesenkt werden. Sie waren mit Pflastersteinen beschwert. Davor waren „Fallklappen". Unterirdische Geheimgänge führten zu den Nachbarhäusern. Ein Polizist: „Eine richtige Festung. Die müssen hier wochenlang geschuftet haben."

In den Wohnungen und auf den Dächern war ein Alarmsystem mit Hupen und „Luftalarm"-Sirenen installiert. Das meiste Material für die Sperranlagen (Stacheldraht, Me-

Mainzer Straße? Trümmerstraße! Vorbei an tiefen Erdgräben, ausgebrannten Tonnen und Autos rücken Polizisten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in der umkämpften Mainzer Straße vor.

Nach der Schlacht: Ein Polizist zwischen Benzinkanistern. In diesem Raum bastelten die Chaoten Molotow-Cocktails. Mit Benzin gefüllte Flaschen, Feuerwerkskörper und Katapult

Kiefernstraße

Seit zwei Jahren Ruhe

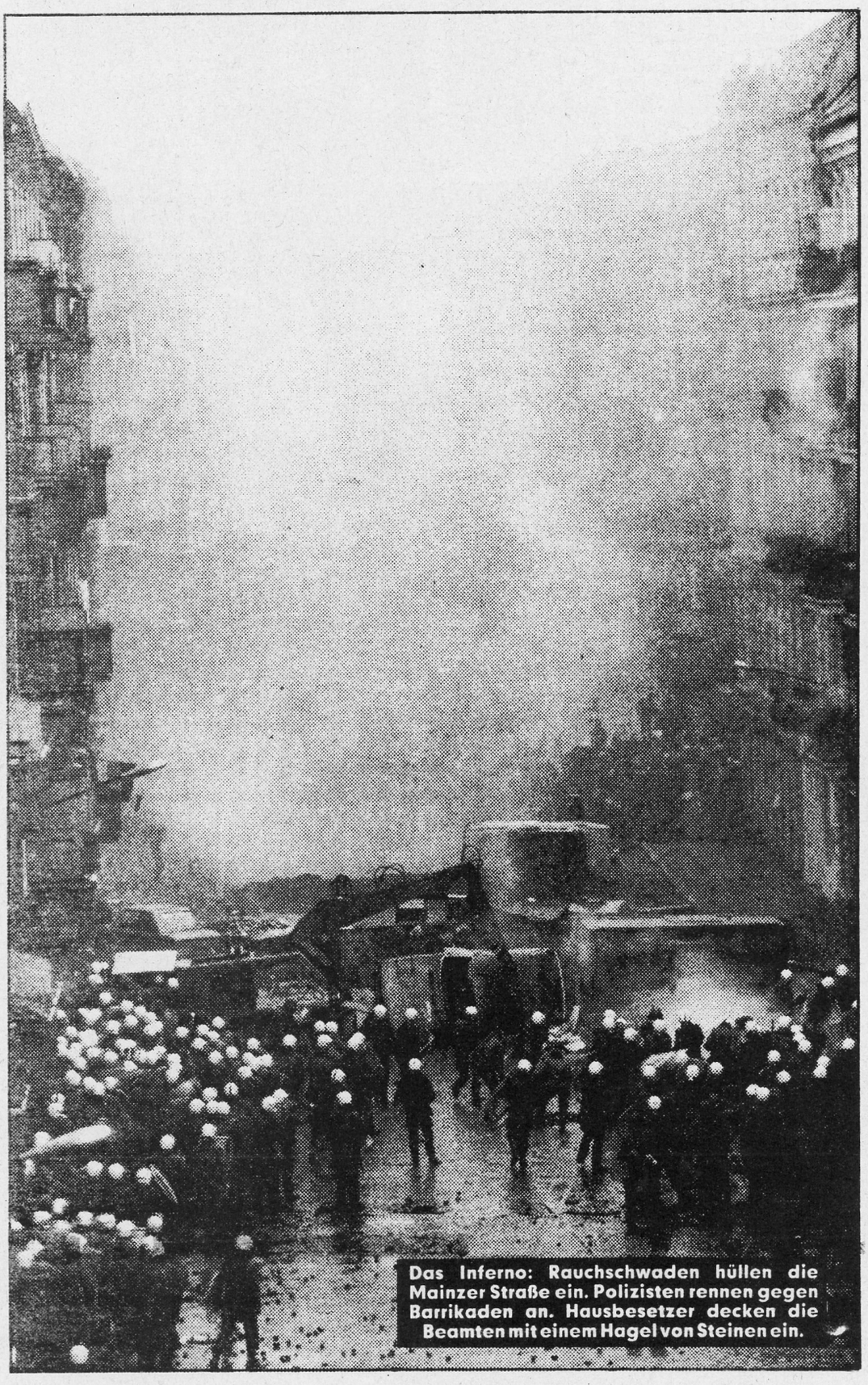
Auch in der Düsseldorfer Kiefernstraße gab es insgesamt elf besetzte Häuser, aber seit Februar 1988 keinen Polizeieinsatz mehr. Aus 100 „Besetzern" sind ehrbare Bürger mit Mietverträgen geworden. Sozialdezernent Paul Saatkamp (SPD): „Mieten, Strom und Wasser werden seitdem pünktlich gezahlt." Ein Ratsbeschluß garantiert, daß die Häuser bis 1999 nicht abgerissen werden. Inzwischen wurden sie für drei Millionen Mark saniert.

Der erstaunliche TV-Auftritt des Psychologen Maaz

Zuschauer waren empört, ZDF-Moderator Ruprecht Eser (47) irritiert. Im heute-Journal am Dienstagabend befragte Eser den Psychologen Hans-Joachim Maaz aus Halle.

Der Psychologe gab Haarsträubendes zum besten: „Ich sympathisiere mit den Hausbesetzern. Es ist sinnvoll, die Häuser zu besetzen und einen anderen Lebensstil zu versuchen. Uns werden neue Lebensweisen aufgedrängt. Ich glaube, das ist eine Art Unmut. Und die Szene dort drückt das vielleicht zuerst aus. Gewalt ist vielfältig. Aus unserer Sicht ist es so, daß sich Gewalt auch unter Fürsorge, Erziehung oder sogenannter Liebe verbergen kann . . ."

Moderator Eser danach: „Das Unglück war, daß Herr Maaz nur die Probleme der ehemaligen DDR-Bürger gesehen hat."



Das Inferno: Rauchschwaden hüllen die Mainzer Straße ein. Polizisten rennen gegen Barrikaden an. Hausbesetzer decken die Beamten mit einem Hagel von Steinen ein.

Bild 15.11.

Drei Granaten flogen durch unser Fenster: Ich hatte Todesangst

Die unschuldigen Opfer der Blutnacht sind die eigentlichen Bewohner von Friedrichshain: Klaus (41) und Ines P. (54) zum Beispiel wohnen mutterseelenallein im obersten Stock des Eckhauses Frankfurter Allee/Mainzer Straße. Das vierstöckige Haus, gerade renoviert, ist total verwüstet: Alle Fenster und Türen sind zerschlagen, die Fassade rußgeschwärzt.

Hier war die Kommandozentrale der Randalierer, von hier feuerten sie nachts fünf Stunden lang mit Brandbomben, Raketen und Stahlkugeln auf die Polizei. Ines P.: „Über uns auf dem Dach hatten sich Besetzer verschanzt, warfen Betonplatten und Molotow-Cocktails runter. Plötzlich sind drei Granaten durchs Fenster direkt in unsere Wohnung geknallt. Wir kriegten keine Luft mehr, wären fast erstickt. Ich hatte Todesangst."

Waltraud G. (59) aus der Scharnweberstraße: „Draußen krachten die Raketen, ich zitterte am ganzen Körper. Wir haben unsere Eingangstür mit Brettern zugenagelt." Michael J. (26) wohnt erst seit Mai in der Mainzer Straße: „Als ich von der Arbeit kam, war mein Küchenfenster zerschmettert. Wäre ich nur nie hier hergezogen."

Uwe Hol (29) aus der Mainzer Straße: „Wat is nur aus unserm schönen Berlin jeworden? Früher war der Kiez eine Idylle. Jetzt is allet Chaos. Ick hab de Schnauze jestrichn voll."

Hannes K. (38) aus der Colbestraße: „Ich hab' noch versucht, mit den Chaoten zu reden. Ist doch sinnlos. Die wollen nur Kampf, Krieg mit den Bullen."

Hannelore H. (63) kam vom Kaffeekränzchen, traute sich zwei Stunden nicht in ihr Ein-Zimmer-Appartement in der Boxhagener Straße: „Überall flogen Leuchtgranaten, von den Dächern hagelte es Schornstein-Teile. 100 Meter vor mir brannte ein Auto. Es war wie nach einem Bombenangriff."

Auch Passantin Gabriele W. bahnte sich den Weg durch die Trümmer, an der Hand ihre weinende Tochter: „Ich fühle Trauer, Ohnmacht. Und ich habe Angst."

Gestern mittag wagten sich die Anwohner zum erstenmal wieder auf die Straße. Eine Bäckerei verteilte Berliner Pfannkuchen an die Polizisten, Hausfrauen kamen mit Kaffeekannen auf die Straße. Aber noch ist die Angst da. Ein Nachbar: „Das ist noch nicht vorbei. Diese Verbrecher kommen wieder."

Die Scheiben zersplittert, der Hauseingang mit Brettern verbarrikadiert: Entsetzt steht Ehepaar P. vor dem frisch renovierten Haus. Ines P. zeigt die Hülse eines Feuerwerkskörpers.

Nach der Räumung eines Hauses: Zur Einrichtung der Besetzer gehörten Friseurstühle und Tische aus rasch zusammengenagelten Holzlatten

Autoreifen, Bierkästen, Möbel liegen auf der Fahrbahn verstreut. Flammen lodern auf dem Kopfsteinpflaster

„Seitdem diese Typen sich eingenistet haben: Überfälle und Autoaufbrüche"

Die Häuser in der Mainzer Straße – keine Fensterrahmen, statt Scheiben Dachpappe und Bretter. Meist sind es Ein- oder Zweizimmerwohnungen mit Gemeinschaftstoiletten im Treppenhaus. Heruntergekommene Altbauten, zu 80 Prozent vor 1920 gebaut.

Diese Wohnungen im Ostteil unterstanden zuvor der Kommunalen Wohnungs-Verwaltung. Kürzel: KWV – was der Volksmund sofort in „Kaputt, wüst, verrottet" ummünzte. Jetzt nach der Wiedervereinigung betreut die städtische Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain die Häuser.

Seit dem 3. Oktober hielten die Gewalttäter und ihr Anhang (insgesamt 500 Leute) die 13 Häuser besetzt. Die Mieter in umliegenden Straßenzügen schlugen als erste Alarm: „Seitdem diese Typen sich eingenistet haben, häufen sich bei uns Überfälle und Autoaufbrüche." Senatssprecher Werner Thronicker: „Hier war ein Herd krimineller Gewalt."

Polizisten versuchen, in ein besetztes Haus einzudringen. Auf der Straße sieht es wie nach einem Bombenangriff aus

Bild 15.11.

Festnahme: Zwei Polizisten halten einen Gewalttäter im Griff, schleppen ihn zum vergitterten Gefangenen-Transporter. Die Polizeibeamten waren mit Gasmasken ausgerüstet – zu Recht.

Bild 15.11.

Bild 15.11.

Große Mehrheit im Delegiertenrat AL läßt heute Rot-Grüne Koalition platzen

Die rot-grüne Koalition wackelt seit Monaten – heute, drei Wochen vor der Wahl, wird sie wohl platzen. Der Delegiertenrat der AL empfahl gestern abend Fraktion und Parteivorstand, wegen des Polizeieinsatzes gegen besetzte Häuser in Friedrichshain die rot-grüne Koalition sofort aufzukündigen.

AL-Sprecherin Jutta Maixner: Die Empfehlung des zweithöchsten Gremiums der AL zwischen den Mitglieder-Vollversammlungen fiel mit großer Mehrheit. Das wird ein „gewisses Gewicht" auf die Entscheidung der Fraktion haben. Sie trifft heute vormittag zu einer Sondersitzung zusammen.

AL fuhr schweres Geschütz auf

Stunden vorher hatten die Grünen in Bonn einen Ausstieg der AL aus der Berliner Koalition gefordert. Sprecher Christian Ströbele: „Das Vorgehen von Innenminister Pätzold entspricht nicht den in der Koalition getroffenen Vereinbarungen."

Während sich die SPD voll hinter Polizei und Innensenator Pätzold stellte, fuhr die AL schweres Geschütz auf und kritisierte die „völlig überzogenen Polizeieinsätze". Sie lamentierte: „Wir wurden nicht informiert. Die Räumungen waren ein großer politischer Fehler."

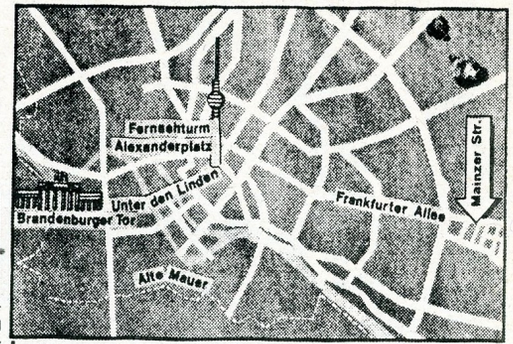
Bärbel Bohley vom Bündnis 90, das nach der Dezember-Wahl eine gemeinsame Fraktion mit der AL bilden will, forderte einen Rücktritt von Innensenator Pätzold.

Der Regierende Bürgermeister Momper: „Wer sich mit Gewalttätern solidarisiert, solidarisiert sich mit den falschen Leuten." Momper zum Verhalten der AL: „Es zeigt sich mal wieder: Wenn es schwierig wird, ist die AL nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen."

CDU: Momper muß Koalition beenden

CDU-Chef Diepgen: „Momper muß die Koalition mit der AL beenden. Sie ist eng mit den Sympathisanten der Hausbesetzer-Szene verbunden und solidarisiert sich mit ihren Abgeordneten zunehmend mit gewalttätigen Besetzern."

CDU-Generalsekretär Landowsky fordert die AL auf, ihre beiden kurzfristig festgenommenen Abgeordneten zur Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern.



Stadtteil Friedrichshain

Hier zeichnete Zille sein Berlin

Straßen ohne Bäume. Mietskasernen, die Hinterhöfe so grau wie die Fassaden: Der Ost-Berliner Stadtteil Friedrichshain (9,8 Quadratkilometer) grenzt nicht nur an Kreuzberg – er ist ein trister „Zwilling" dieses Problembezirkes.

Friedrichshain war immer ein traditioneller Arbeiterbezirk. Hier trieb Zille um 1900 seine Milieu-Studien, in den ehemaligen Concordia-Sälen tobten 1933 die Saalschlachten zwischen Nazis und Kommunisten.

Hier begann am Frankfurter Tor aber auch der Arbeiteraufstand gegen das DDR-Regime am 17. Juni 1953.

Benannt ist Friedrichshain nach dem gleichnamigen Volkspark (52 Hektar, Freilichtbühne, 20 km Spazierwege).

1840 wurde er zum 100jährigen Thron-Jubiläum Friedrichs des Großen als Gegenstück zum Tierpark angelegt.

· Das bekannteste Bauwerk: der „Märchenbrunnen" am Königstor (1913 gebaut), der an die Brüder Grimm erinnert und seit je Treffpunkt der Liebespaare ist.

Momper: Es waren sehr viele Chaoten aus Kreuzberg dabei

Interview mit Berlins Regierenden Walter Momper (SPD).

BILD: Warum die Räumungsaktion in der Mainzer Straße gerade jetzt?

Momper: Die Erfordernisse nach der Berliner Linie waren erfüllt. Es lag seit Dienstag früh ein Räumungsbegehren vor. Und die Besetzer wollten keine Verhandlungen. Außerdem war von den Häusern in der Mainzer Straße am Montagabend ein Ausbruch schlimmster Gewalt ausgegangen.

BILD: Was heißt schlimmster Gewalt?

Momper: Es war die reine Mordlust. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin tief bestürzt über das, was wir da in den Häusern gefunden haben: Gehwegplatten zum Hinunterwerfen von den Dächern, Molotow-Cocktails in rauhen Mengen und darunter ein mit 40 Litern Benzin aufgefüllter Super-Molotow-Cocktail. Der hätte die ganze Straße in Flammen setzen können.

BILD: Waren das nur Bewohner der Mainzer Straße, oder waren auch Gewalttäter aus Kreuzberg dabei?

Momper: Es waren auch sehr viele aus Kreuzberg dabei.

BILD: Festgenommen wurde auch der Pressesprecher der AL, Ihres Koalitionspartners ...

Der Regierende Walter Momper

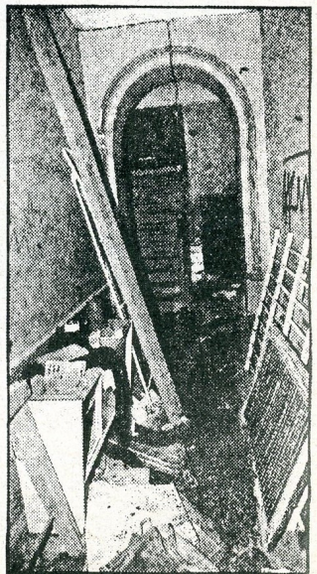
Momper: Ja, und auch ein paar AL-Abgeordnete waren in die Häuser gegangen. Ich kann nur sagen, daß sich in dieser Situation jeder seiner besonderen Verantwortung bewußt sein sollte.

BILD: Sehen Sie Fehler der Polizei?

Momper: Nein. Die Polizei hat das absolut richtig gemacht. Sie müssen sich das mal vorstellen: Es hat allein eineinhalb Stunden gedauert, bis sich die Polizei in den Häusern nach oben durchgekämpft hatte. Die Besetzer waren von unglaublicher Militanz.

BILD: Sie haben Ex-DDR-Innenminister Diestel eine Mitschuld gegeben, daß die Häuser überhaupt besetzt sind.

Momper: Na ja, das war eine Retourkutsche. Die CDU hat uns am 1. Oktober die Probleme übergeben und tut jetzt so, als habe sie nichts damit zu tun. Da wollen wir doch mal daran erinnern, was CDU-Diestel unternommen hat, als er zuständig war: Nichts! Ich sage ganz klar: Wir sind für die friedliche Lösung von Hausbesetzungen. Wir bemühen uns darum. Wenn es allerdings um kriminelle Gewalttäter geht, wird nicht verhandelt, sondern aufgeräumt.



Das Chaos: Im Flur eines besetzten Hauses sieht es aus wie auf einer Müllkippe – alte Möbel, Essenreste, Dreck.

Vermummte verwüsteten Häuser

Bild 15.11.

Blitzräumung bringt Hausbesetzer in Rage

TAZ 15.11.

Mainzer Straße: Pätzold (SPD) soll zurücktreten
Keine neuen Zwischenfälle bei Demonstration

Berlin (taz) — Ein großes Polizeiaufgebot hat am Mittwoch in den Morgenstunden den „Waffenstillstand" mit den Besetzern in der Ostberliner Mainzer Straße beendet. Als 1.500 mit schwerem Gerät ausgerüstete Polizisten gegen die Barrikaden anrückten, wurden von den Dächern Steine und Molotow-Cocktails geworfen. Nach zwei Stunden hatte die Polizei die Mainzer Straße besetzt und räumte die 13 Häuser. Drei Warnschüsse seien abgegeben worden, ein Querschläger soll einen Hausbesetzer am Fuß getroffen haben.

Die in West-Berlin mitregierende AL beurteilte die Polizeieinsätze als „völlig überzogen". Während des Einsatzes habe es keinerlei Absprachen gegeben. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (Neues Forum) forderte den Rücktritt von Innensenator Erich Pätzold (SPD). Er habe in der Krawallnacht zum Dienstag versagt und ihre Versuche, zwischen den Hausbesetzern und der Polizei zu vermitteln, ignoriert.

Bürgermeister Momper (SPD) erklärte, der Einsatz der Polizei sei im vollen Umfange berechtigt gewesen. Die Landesregierung werde keine Neubesetzungen zulassen, den bereits besetzten Häusern friedliche Lösungen anbieten.

An einer Demonstration, zu der unter anderem das Bündnis 90 aufgerufen hatte, beteiligten sich gestern abend zwischen 6.000 und 10.000 Menschen. Der Demonstrationszug und die Kundgebung nahe dem Roten Rathaus verliefen friedlich. Zwischenfälle wurden auch bis Redaktionsschluß gegen 21 Uhr nicht gemeldet.

TAGESTHEMA SEITE 3
SIEHE BERLIN-LOKALTEIL

Lange Nacht nach Tag der Räumung

Mehrere tausend Menschen demonstrierten wegen Räumung der Mainz Straße / Nach ruhigem Marsch Krawalle in Friedrichshain befürchtet

Berlin. Der Termin stand zwar schon vorher fest, doch nach der spektakulären Räumung am frühen Morgen bekam die für gestern abend angesetzte Demonstration eine besondere Brisanz. Im Laufe des späten Nachmittages wuchs die Menge derer, die sich mit den geräumten Besetzern solidarisieren und gegen die Politik des Senates protestieren wollten, auf mehrere tausend Menschen. Unter Begleitung eines großen Polizeiaufgebotes startete der Marsch am Senefelder Platz und endete ohne Zwischenfälle am Frankfurter Tor. In den dortigen Seitenstraßen prallten im Verlaufe des Abends jedoch einzelne, kleinere Demonstrantengruppen mit der Polizei zusammen. Nach Schüssen mit Leuchtspurmunition und Steinwürfen stürmten Polizeibeamte den Demonstranten nach und nahmen mehrere von ihnen fest. Schaufensterscheiben wurden eingeworfen, über dem Areal waberten Tränengasschwaden.

Gegen 20 Uhr war die Demonstration zwar offiziell beendet worden — mit der Aufforderung, den »Dialog mit den Bürgern« zu suchen —, die Menge zerstreute sich jedoch noch nicht. Schützenpanzer der Polizei hatten die Frankfurter Allee in Richtung Mainzer Straße auf allen Fahrspuren blockiert, Mannschaftswagen versperrten die Fußwege. Zwischen den Polizeiketten und dem Gros der Demonstranten setzten sich Ostberliner Bürgerrechtler, viele davon vom Neuen Forum, mit Teelichtern und anderen Kerzen. Mit dieser Sitzblockade sollte versucht werden, Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei zu verhindern. Die Appelle der Sitzblockierer nach Gewaltfreiheit wurden von Teilen der Demonstrantenmenge jedoch mit dem Ruf »Feuer und Flamme für diesen Staat« beantwortet.

Anfangs brannten lediglich abgerissene Wahlplakate, die von Demonstranten übereinandergeschichtet und angesteckt worden waren. Um 20.30 hatte die Mehrheit der Demonstranten den Frankfurter Platz verlassen, Bürgerrechtler und ein »harter Kern« der Autonomen blieben zurück.

Reiner Schult (Neues Forum) befürchtete zu diesem Zeitpunkt: »Lange können wir die Stellung nicht mehr halten.« Er und seine Mitstreiter befürchteten allerdings bereits, daß es im Verlaufe der Nacht in den Seitenstraßen rund um das Frankfurter Tor zu Auseinandersetzungen kommen könnte. Die Stimmung an diesem Friedrichshainer Verkehrsknotenpunkt war schon länger angespannt. Feuerwerkskörper wurden bereits gezündet, doch Steine flogen da noch nicht. **ok/maz/taz**

Angespannte Stimmung im Ostteil der Stadt— zumindest die Demo blieb ruhig. Christian Jungeblodt/Third Eye

Bärbel Bohley fordert Rücktritt Pätzolds

Tap. 15.11.

Berlin (dpa/AP). Unterdessen forderte die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (Neues Forum) den Rücktritt von Innensenator Pätzold. Er habe in der Nacht zum Dienstag versagt, sagte Frau Bohley, die der Stadtverordnetenversammlung angehört. Pätzold habe alle ihre Versuche, zwischen den Hausbesetzern und der Polizei zu vermitteln, ignoriert. Obwohl der Umgang mit den Hausbesetzern schwierig sei, habe die Möglichkeit eines Dialogs zwischen ihnen und den Behörden bestanden.

Es sei ein „Verbrechen, wenn die Hausbesetzer von Pätzold nur als Chaoten dargestellt werden". Unter ihnen befinden sich viele völlig desillusionierte junge Menschen, mit denen ein Gespräch gesucht werden müsse. Sie warf den West-Berliner Politikern vor, ihre Kollegen im Ostteil der Stadt „nicht ernstzunehmen". Frau Bohley forderte Pätzold auf, für alle besetzten Häuser Nutzungskonzepte auszuarbeiten.

Bärbel Bohley hatte sich gestern am frühen Morgen den Forderungen der Hausbesetzer in der Mainzer Straße angeschlossen, im Falle einer „sinnlosen Zuspitzung durch die politisch Verantwortlichen" die unbeteiligten Anwohner zu evakuieren.

Die Polizeiaktion stieß auch bei Politikern aus den Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg auf Kritik. Der stellvertretende Bürgermeister von Prenzlauer Berg, Siegfried Zölls, warf dem Magistrat vor, die Bemühungen der Bezirke, mit den Besetzern Nutzungsverträge auszuhandeln, nicht unterstützt zu haben.

Innenstadtrat Thomas Krüger betonte, daß mit allen verhandlungsbereiten Hausbesetzern weiter gesprochen werde. Gewalt ersetze keine notwendigen politischen Lösungen. Krüger verwies darauf, daß von den derzeit über 100 besetzten Häusern bereits zwölf legalisiert seien. Bei weiteren 39 Häusern stehe ein Vertragsabschluß kurz bevor.

Eine „Bürgerinitiative Mainzer Straße und Umgebung" hatte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Vermittlung aufgefordert. In einer vor Beginn der Räumung veröffentlichten Erklärung hieß es, jegliche gewaltsame Auseinandersetzung müsse im Bürgerinteresse vermieden werden. Dazu sollte sich auch die Polizei zurückhalten. Nach Angaben der Bürgerinitiative hatte sich auch Bischof Gottfried Forck für eine gewaltfreie Lösung des Konflikts eingesetzt. Der Initiative habe er telefonisch seine Bereitschaft zur Vermittlung im Falle einer Eskalation angeboten.

Der Bundesvorstand der Grünen in Bonn warf dem Berliner Senat vor, seine Politik fördere die gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Besetzer müßten Nutzungsverträge erhalten, die „staatlich geförderte Eskalation der Gewalt" müsse beendet werden. Auch der Vorstand der Grünen (Ost) nannte den Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz „völllig unverhältnismäßig". Die PDS forderte eine Sondersitzung des Stadtparlaments im Ostteil Berlins sowie die Bildung eines Gesamtberliner Bürgerkomitees, um eine gewaltfreie Lösung zu finden. In einer Stellungnahme des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie hieß es, die Eskalation der Ereignisse erfordere schnelles politisches Handeln. Die PDS setze sich für eine politische, gewaltfreie Lösung der entstandenen Lage ein.

TAZ 15.11.

TAZ 15.11.

KOMMENTAR

Nicht gewollt

Berlin stolpert über alte Verhaltensmuster

Walter Momper darf aufatmen. Nachdem die renitenten Besetzer der Mainzer Straße geräumt worden sind, wird Eberhard Diepgen es schwer haben, dem Bürgermeister Handlungsunfähigkeit beim Umgang mit Hausbesetzern vorzuwerfen. Vor diesem Hintergrund, dem Sachzwang »heiße Wahlkampfphase«, steht das Handeln Mompers und Pätzolds. War es zwingend notwendig, in der Pfarrstraße zu räumen? Hätten in Friedrichshain nicht alle Möglichkeiten ausgereizt werden müssen, das Vermittlungsangebot Ostberliner Bürgerrechtler zu nutzen, und so die die Situation zu deeskalieren?

Man hat es nicht gewollt. Nicht im Rathaus, nicht in der Mainzer Straße. Beide Seiten sind in Verhaltensmuster zurückgefallen, die längst überwunden schienen. Hier das überholte (weil erfolglose) Ritual des Straßenkampfes, dort die einfältige Reaktion von einst: Knüppel aus dem Sack. Wieder vergessen Regierende, daß mit der Räumung weder die Personen verschwunden sind, zu deren Lebensentwurf manchmal eben auch das Piesacken des übermächtig erscheinenden Staates gehört, noch die Wohnungsnot als Bodensatz für das Besetzen leerstehender Häuser.

Die SPD-Strategen haben dem befürchteten Druck der Stammtische nicht widerstanden. Dazu gehört auch der flegelhafte Umgang mit dem Koalitionspartner. Noch hat sich kein sozialdemokratischer Regierungschef ähnliche Alleingänge erlaubt, wenn er etwa mit der FDP in einem Boot saß. Als Regierungspartei mit 12 Prozent der Wählerstimmen im Rücken in einem solch gravierenden Fall nicht einmal informiert worden zu sein, läßt für die AL nur eine Antwort zu — die Koalition zu verlassen. Was hat sie schon zu verlieren. Momper pfeift auf eine Fortsetzung des rot-grünen Experimentes, und innerhalb grün-alternativer Kreise geht es schon unhöflich genug zu. Da brauchen sie den Lümmel mit dem roten Schal nicht auch noch.

Axel Kintzinger

Momper stellt sich in voller Größe vor Pätzold

Regierender sieht keine sozialen Ursachen hinter den Krawallen

Berlin. Die Gewalttaten während der Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser in der Mainzer Straße sollen »mit aller Schärfe geahndet« werden, so kündigte es der Regierende Bürgermeister Walter Momper gestern vor der Presse an. Momper ließ es sich nicht nehmen, in dieser Sache selbst vor die Öffentlichkeit zu gehen, und wollte die Bewertung der Sache nicht allein seinem Innensenator Erich Pätzold überlassen. Der Regierende bezeichnete das Verhalten der Hausbesetzer als eine der schwersten Herausforderungen für die Berliner Landesregierung und die Polizei. Die Ausschreitungen hätten nichts zu tun mit sozialen oder politischen Protesten, sondern es handele sich um »Gewaltkriminalität schlimmster Art«.

Momper wiederholte die Beteuerungen Pätzolds vom Vortag, es habe zu keiner Zeit Verhandlungsbereitschaft von seiten der Besetzer gegeben. Andere politische Gruppierungen haben dieser Darstellung widersprochen, wie die AL und das Bündnis 90 (siehe andere Berichte). Den Parteien CDU und FDP warf Momper vor, aus den Auseinandersetzungen wahlkampftaktisches Kapital zu schlagen. Eine von Mompers Hauptsorgen galt seinem Lieblingsprojekt, der Hauptstadtfrage: Er warnte davor, aus den Auseinandersetzungen zu schließen, Berlin sei als Regierungssitz ungeeignet.

Auch der Innensenator und sein Polizeipräsident blieben gestern bei der Verteidigung der Senatslinie. Pätzold erklärte, er übernehme die politische Verantwortung für die Räumungen; den Anwohnern in der Mainzer Straße seien weitere Gewalttaten nicht zuzumuten gewesen. Nach der Darstellung von Pätzold hat die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain Strafantrag gestern gegen alle 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße gestellt, auf dessen juristischer Grundlage die Räumungen erfolgt seien. Die Ausführungen Pätzolds blieben nicht ohne Widersprüche: So ist es immer noch unklar, wer die eigentlichen Besitzer der Häuser sind, denn in vielen Fällen ist damit zu rechnen, das räumte auch der Innensenator ein, daß die urspünglichen Besitzer erst noch bekannt werden. Außerdem sind offensichtlich den Verwaltern der Häuser, den Nachfolgern der KWVs, präventiv von der Polizei Strafantragsformulare zugeschickt worden, die im Ernstfall dann rasch ausgefüllt werden können. Wie viele Häuser noch geräumt werden sollen, verrieten die politisch Verantwortlichen nicht.

kd

Friedrichshain – Räumung der besetzten Häuser: Bestürzung über das Ausmaß der Gewalt

„Rechtsstaat kann Gewalt nicht mehr hinnehmen“

Die Räumung der besetzten Häuser in Friedrichshain hat bei Parteien, Gewerkschaften und Verbänden in Berlin und Bonn unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Sie reichen von ungeteilter Zustimmung bis zu Rücktrittsforderungen an Innensenator Pätzold.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diepgen, sprach allen Polizeibeamten, „die bei diesem an Brutalität kaum noch zu überbietenden Häuserkampf eingesetzt waren“, seinen Dank und seine Hochachtung aus. An den Regierenden Bürgermeister Walter Momper richtete Diepgen die Frage, wann er das Bündnis mit den Grünen beende und wie er zu einer Koalition stehe, „die sich mit ihren Abgeordneten und Funktionsträgern zunehmend mit den gewalttätigen Hausbesetzern solidarisiert“.

Nach den Worten eines Sprechers der Bundesregierung habe die „neue Welle der Gewalt ein Ausmaß angenommen, das der freiheitliche Rechtsstaat nicht hinnehmen“ könne. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach sich für eine „konsequente“ strafrechtliche Verfolgung der gewalttätigen Berliner Besetzer aus.

Die Gewerkschaften der Polizei, DPolG und GdP, haben die Räumung „mit Genugtuung“ zur Kenntnis genommen und zugleich darauf hingewiesen, daß das Wohnungsproblem in Berlin nicht „mit polizeilichen Mitteln“ zu lösen sei.

Die Nachfolgepartei der SED, PDS, forderderte den „sofortigen Stopp der polizeilichen Räumung der besetzten Häuser“.

Die AL kritisierte „die völlig überzogenen Polizeieinsätze der letzten Tage“ und beklagte, daß es vorher „keine politische Absprache“ mit ihr im Senat gegeben habe. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (Neues Forum) forderte „den sofortigen Rücktritt“ des Innensenators Erich Pätzold. *dpa/lpn*

Walter Momper: „Das war blanke Mordlust“

- **Auf Dach „Super-Molli“ gefunden**
- **Hubschrauber wurde beschossen**

Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD) hat sich gestern „tief besorgt über das Ausmaß der Gewalt, ja sogar der Tötungsbereitschaft“ geäußert, mit der kriminelle Hausbesetzer bei den jüngsten Auseinandersetzungen gegen die Polizei vorgegangen waren. „In noch nie dagewesenem Umfang“ seien Gehwegplatten und Molotowcocktails von den Dächern geworfen worden. „Hier ist eine Verrohung eingetreten, die wir in keiner Weise dulden werden und die wir mit aller Konsequenz strafrechtlich verfolgen werden“, sagte er vor der Presse.

Nach Meinung Mompers haben die Ausschreitungen mit sozialem oder politischem Protest nichts mehr zu tun. Hier sei „blanke Mordlust“ zutage getreten. Wer sich damit solidarisiere, tue dies mit den Falschen.

Der Regierende Bürgermeister betonte, daß der Senat bei seiner Linie bleibe, gesellschaftliche Konflikte, wo es irgendwie gehe, mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die Besetzer in der Mainzer Straße seien aber zu keinem Zeitpunkt zu Verhandlungen bereit gewesen.

Energisch warnte Momper davor, die Krawalle in der Diskussion um die Hauptstadtfrage als Argument gegen Berlin zu mißbrauchen. „Das wäre im höchsten Maße zynisch.“ Berlin spiegele die Konflikte ganz Deutschlands und die sozialen Probleme der Einheit wider. In Berlin versammele sich außerdem die unzufriedene Jugend aus westdeutschen Klein- und Mittelstädten. Der Regierende Bürgermeister: „Es ist nicht angebracht, in dieser Situation aus dem warmen Bonner Sessel mit dem Finger auf Berlin zu zeigen und so zu tun, als habe man mit den Problemen nichts zu tun.“

Innensenator Erich Pätzold (SPD) betonte, er habe die politische Verantwortung für die Räumung der Mainzer Straße übernommen, weil es der Stadt nicht länger zuzumuten gewesen sei, unter den Straftaten der Besetzer zu leiden. Er warnte aber vor „falschen Triumphgefühlen“.

Polizeipräsident Georg Schertz berichtete, auf einem der Dächer der besetzten Häuser sei eine mit Benzin gefüllte große Korbflasche für Wein, „eine Art Super-Molli“, gefunden worden. Wäre dieser eingesetzt worden, hätte er wie eine Bombe gewirkt und die ganze Straße in Brand gesetzt.

Ein zunächst vorgesehener Hubschrauber-Einsatz mußte nach Angaben von Schertz abgebrochen werden, weil der Helikopter mit Leuchtspurmunition beschossen wurde. Es habe die Gefahr bestanden, daß er in der Mainzer Straße abstürzte. *Jörg Meißner*

Eine Straße wurde zum Schlachtfeld

Ende der Hausbesetzungen in der Mainzer Straße: Polizisten nehmen einen Randalierer fest. Foto: BM

In der Mainzer Straße beginnt das Aufräumen

In der Mainzer Straße übernimmt jetzt der Friedrichshainer Stadtbezirksrat für Bauen und Wohnen, Gerd Hannemann, das Kommando. Heute solle mit den Aufbauarbeiten begonnen werden, sagte er gestern der Berliner Morgenpost. „Zuerst sind Straßenbauarbeiten dran. Wenn die Gräben, die an vielen Stellen ein bis zwei Meter tief sind, wieder mit Erde aufgefüllt sind, folgen die Räumarbeiten. Zur Zeit ist die Straße noch nicht befahrbar.“

Baubetriebe stehen auf Abruf bereit. Der Stadtbezirksrat: „Wir haben den Anwohnern das Angebot unterbreitet, entweder zeitweise oder für immer die Mainzer Straße zu verlassen. Bisher haben über 70 Familien den Wunsch geäußert, die eine oder die andere Möglichkeit zu nutzen.“.

In Stralau steht ab sofort ein ehemaliges Arbeiterwohnheim für die „Auswanderer“ aus der Mainzer Straße zur Verfügung. Diese Möglichkeit ist in erster Linie für Familien gedacht, die wieder in ihre alte Wohnung zurück möchten.

Wer die Gegend für immer verlassen will, dem bietet sich alles, was im Ost-Teil der Stadt an Neubauten übergeben wird. Hannemann: „Eine annähernd ähnliche Situation, allerdings unter ganz anderen Vorzeichen, hatten wir schon früher, wenn komplexe Rekonstruktionsarbeiten durchgeführt wurden.“ *Benno Fux*

MoPo 15.11.

Zweite blutige Straßenschlacht Momper: Besetzer bereit zum Töten

Räumung im Morgengrauen: Polizeibeamte reißen in der Mainzer Straße Barrikaden der Hausbesetzer nieder. Foto: BM

● Erfolgreiche Polizei-Aktion ● 4000 Beamte im Einsatz

BM Berlin, 15. Nov.

Nach erbittertem Häuserkampf haben starke Polizeikräfte gestern morgen 13 besetzte Gebäude im Bezirk Friedrichshain geräumt, aus denen bereits am Montagabend schwere Gewalttaten verübt wurden. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper äußerte sich tief besorgt über das Ausmaß der Gewalt und der „Tötungsbereitschaft" der militanten Hausbesetzter gegenüber der Polizei. Nach der zweiten schweren Straßenschlacht binnen zwei Tagen in Berlin kündigte Momper konsequente Strafverfolgung an.

Bis zum Abend meldete die Polizei 325 Festnahmen. Mehr als 70 Polizisten und zahlreiche Randalierer wurden verletzt; ein Beamter und 15 Besetzer mußten ins Krankenhaus. Ein Polizist gab unter noch ungeklärten Umständen drei Warnschüsse ab; ein Mann wurde offenbar durch einen Querschläger am Fuß verletzt.

Die Räumungsaktion begann um 6 Uhr 30 und dauerte fünf Stunden.

Kommentar und weitere ausführliche Berichte Seiten 2, 3 und 4

Nach Angaben von Innensenator Pätzold waren die Häuser so stark befestigt, daß Spezialkommandos anderthalb Stunden brauchten, um auf die Dächer vorzudringen, die von vermummten Gewalttätern mit Steinen, Brandflaschen und Leuchtraketen verteidigt wurden.

1500 Berliner Polizeibeamte waren beim Sturm auf die Häuser direkt eingesetzt. Insgesamt waren 4000 Beamte im Einsatz, darunter Verstärkung aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie vom Bundesgrenzschutz.

Bei der Aktion wurden mehrere Abgeordnete der AL und des Bündnis 90/Grüne vorübergehend festgenommen, die nach eigenen Angaben vermitteln wollten.

Die Bundesregierung kündigte an, die Länder angesichts der Welle von Gewalt bei der Aufrechterhaltung des inneren Friedens zu unterstützen. Die in den neuen Bundesländern gewonnene Freiheit dürfe nicht durch den Terror der Straße aufs Spiel gesetzt werden. Der Berliner CDU-Vorsitzende Eberhard Diepgen erklärte, die Räumung sei längst überfällig gewesen. Fünf Wochen früher hätte sie weniger Aufwand und weniger Verluste gefordert. Die AL-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Renate Künast, warf dem SPD-geführten Senat vor, durch seine „Gewaltstrategie" gegen die Hausbesetzer die Koalitionsvereinbarung knapp drei Wochen vor der Berliner Wahl gebrochen zu haben. Konsequenzen kündigte die AL aber bisher nicht an.

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen der Polizei protestierten gestern abend rund 6000 Demonstranten gegen die Räumung und verlangten die Freilassung alle Festgenommenen. Dabei kam es erneut zu Gewalttaten und Plünderungen.

Noch ungeklärt: Wem gehören die Häuser?

Die Eigentumsverhältnisse in der Mainzer Straße scheinen zur Zeit unter Verschluß zu liegen. „Wir möchten uns in der Öffentlichkeit noch nicht äußern", sagt der Geschäftsführer der Friedrichshainer Wohnungsbaugesellschaft, Walter Rotter. „Wir sind fast rund um die Uhr im Einsatz. Unsere Mitarbeiter beginnen um sechs Uhr ihren Dienst, um das Besetzerthema und die bevorstehenden Baumaßnahmen bestmöglich abzuarbeiten."

Beim Magistrat und beim Bezirksamt Friedrichshain sind die Schubladen nicht ganz so verschlossen. Man schätzt, daß etwa 70 Prozent der Wohnungen in der Mainzer Straße entweder Eigentum der Wohnungsbaugesellschaft sind oder von ihr verwaltet werden. Die restlichen 30 Prozent müßten sich in Privathand befinden, doch ist die Eigentümerfrage auch hier oft nicht in vollem Umfang geklärt oder noch in Arbeit. „Die in vielen Fällen ungeklärten Verhältnisse können sich jetzt bei der Instandsetzung der Straße behindernd auswirken", sagt Stadtbezirksrat Gerd Hannemann. Er will die Frage nach den Eigentümern schnell beantwortet wissen, um die eingeleiteten Baumaßnahmen zügig durchführen zu können.

Benno Fux

Hausbesetzungen folgten Schlag auf Schlag

Im Ost-Teil der Stadt wurde die Öffentlichkeit erstmals kurz vor der Wende mit dem Problem von Hausbesetzungen konfrontiert.

- **August 1989:** Die Hausbesetzerbewegung beginnt in dem zum Abriß vorgesehenen Haus Schönhauser Allee 20/21 in Prenzlauer Berg. Mit der Polizei wurde eine „Sicherheitspartnerschaft" geschlossen.
- **Anfang 1990:** Schlag auf Schlag folgen Hausbesetzungen: Betroffen waren die Bezirke Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Lichtenberg. Mitte Juni waren im Ost-Teil 85 besetzte Häuser offiziell beim Magistrat registiert. Derzeit sind 128 Häuser im Ost-Teil besetzt.
- **Mitte Juni:** Der Stadtrat für Stadtentwicklung, Dr. Clemens Thurmann, gibt bekannt, daß für einige Häuser in Prenzlauer Berg bereits Instandsetzungs- und Mietverträge existierten.
- **24. Juli:** In einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat und Senat wird die Berliner Linie bekräftigt.
- **Mitte September:** Ein Runder Tisch aus Besetzern, Vertretern von Magistrat und Wohnungsbaugesellschaften wird gebildet, um einen Vorvertrag auszuhandeln.
- **12. November:** Stundenlange Straßenschlachten nach Räumung dreier besetzter Häuser in Prenzlauer Berg.

BM/AP

MoPo 15.11.

-52-

4000 Polizisten hoben Verstecke der Chaoten aus

325 Randalierer festgenommen

Zwölf besetzte Häuser in der Mainzer Straße und ein Haus in der Scharnweberstraße sind geräumt. Gestern früh, kurz nach 9 Uhr, öffneten Polizisten mit Schneidbrennern die Barrikade aus Eisenstangen, Stacheldraht, Müllcontainern, Autos und Baugerüsten. 4000 Uniformierte – mit Kettenscheren, Äxten und Grubenlampen ausgerüstet – rückten an, um die letzten Verstecke der rund 400 Chaoten auszuheben. Um 10.30 Uhr war die Aktion beendet.

Die entscheidende Schlacht beginnt im Morgengrauen. Gegen 6.30 Uhr rücken Polizei-Einheiten aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – 1700 Mann – an. Um 7.30 Uhr erste Räumversuche durch ein Sondereinsatzkommando. Vermummte haben Dächer besetzt, schleudern Steine und Molotowcocktails auf die Beamten.

Gesprächsfetzen des Spezialeinsatzkommandos (SEK): „Dächer müssen genommen werden, sonst geht alles in die Hose." Die Beamten schlagen die Scheiben des Eckhauses ein, stürmen die Treppen hinauf, nehmen die Dächer.

Tränengasgranaten fliegen auf die Straße. Eine durchschlägt das Fenster einer nicht besetzten Wohnung. Ein SEK-Mann brüllt: „Wir stehen vor dem Haus Mainzer 12. Eindringen nicht möglich, sonst kommen wir hier lebend nicht raus." Rückzug. Neuformierung.

Dann Großangriff: Vier Wasserwerfer sprühen in die Straße. Hundertschaften stürmen die Absperrung. Viele Chaoten flüchten. Andere verbarrikadieren sich in den Häusern. Erste Festnahmen.

Die Häuser sind festungsmäßig ausgebaut. Mit Metallplatten, die teilweise unter Strom stehen. Mit massiven Sperren aus Holz und Stahl in den Treppenhäusern. Unter Treppen Nagelbretter, die durch einen Seilzug auf die nächste Stiege stürzen sollen. Die Spitzen sind lang wie bei einer Egge, „da hätte auch ein Helm nichts mehr genützt", sagt ein Polizist.

Ein SEK-Mann: „In Nummer 8 sollen noch welche sein." Eine schwere Metallplatte versperrt den Weg. Mit vereinten Kräften wird sie zur Seite gewuchtet. Im ersten Stock treten die SEK-Männer die Tür auf. Steine fliegen ihnen entgegen. 15 Festnahmen.

Die Wohnungen gleichen einem Müllplatz: Dreckige Matratzen. Ein Motorrad neben Schlafsäcken. Ein Klo mitten in der Küche. Es stinkt bestialisch.

Die Gay-Bar in der Mainzer Straße wird zum Hospital. Verletzte Besetzer werden medizinisch versorgt, kommen ins Krankenhaus.

Auf der Straße beginnt der Bundesgrenzschutz, die ausgehobenen Gräben zuzuschütten.

Am Abend meldet die Polizei: 325 Festnahmen. 74 Polizisten und zahlreiche Randalierer wurden verletzt, ein Polizist und 15 Besetzer mußten ins Krankenhaus.

Michael Behrendt/Marcus Hellwig

Beifall der „legalen" Anwohner: Endlich ist Ruhe

Nach der Räumung der Mainzer Straße gab es zwischen den „legalen" Bewohnern gestern nachmittag heftige Diskussionen: War die Vorgehensweise der Polizei gerechtfertigt oder hat es auch viele Falsche getroffen. Gabriele Wischmann (30, Nummer 20): „Ich wohne mit meiner sechsjährigen Tochter zusammen. Meine Scheiben sind zerstört, Tränengas hängt in der ganzen Wohnung." Jetzt muß sie vorübergehend zu Freunden ziehen. Ihrer Meinung nach ist die Polizei zu hart 'rangegangen. Das Problem hätte auf politischer Ebene gelöst werden müssen. Außerdem habe die Polizei die Falschen festgenommen – die eigentlichen Gewalttäter seinen die Chaoten aus Kreuzberg gewesen. Und die hätten schnell das Weite gesucht.

Kastina Hilpert (30), Fürsorgerin in Friedrichshain, kümmert sich um die älteren Menschen in der Mainzer Straße: „Sie hatten alle Angst. Besonders als sie sahen, wie die Besetzer sich verbarrikadierten. Jedoch wollte keiner seine Wohnung verlassen – sie leben schon zu lange hier."

Viele Bewohner sind froh über die Räumung. Noch während der Polizeiaktion klatschten viele von ihren Balkonen Beifall, als Besetzer von Beamten abgeführt wurden: „Endlich ist hier Ruhe." Mancher hatte aber auch gute Kontakte zu den „Mitbewohnern". Nicht alle fühlten sich durch laute Musik belästigt. Fazit jedoch: Alle fordern, daß die ehemals besetzten Häuser in der Mainzer Straße wieder voll bewohnbar gemacht werden.

M. Behrendt/M. Hellwig

Die 30jährige Anwohnerin Gabriele Wischmann. Foto: Hellwig

Stichwort: Berliner Linie

Der 1981 geprägte Ausdruck Berliner Linie ist ein politischer Grundsatz, der den Behörden gewisse Spielräume zur friedlichen Beendigung von Hausbesetzungen bieten soll. In engen Grenzen soll dabei Hausfriedensbruch zeitweise toleriert werden, wenn dadurch eine friedliche Lösung des Konflikts mit verhandlungsbereiten Hausbesetzern möglich erscheint.

So kann die Polizei von einer sofortigen Räumung absehen, wenn zum Beispiel ein Eigentümer sein Mietshaus leer stehen läßt und es dem Wohnungsmarkt absichtlich entzieht. Geräumt werden muß aber, wenn Sanierungs-, Modernisierungs- oder Abrißgenehmigungen vorliegen, wenn der Eigentümer einen Antrag auf Räumung gestellt hat, und wenn die sofortige Weiterverwendung des Gebäudes gesichert ist.

Erfinder des Begriffs war der sozialliberale Senat unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters Hans-Jochen Vogel.

BM/AP

Demonstranten zertrümmerten Schaufenster

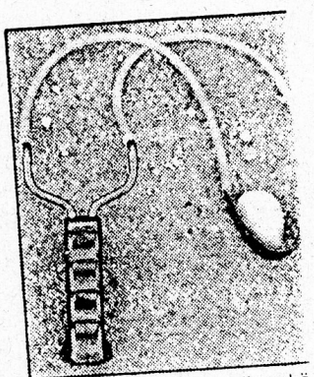
Nach einer zunächst friedlich verlaufenden Demonstration von – nach Polizeiangaben – 4000 Teilnehmern gegen die Räumung der besetzten Häuser im Ost-Teil Berlins, kam es gestern abend in verschiedenen Stadtteilen zu teilweise heftigen Ausschreitungen. Gegen 20 Uhr registrierte die Polizei zahlreiche Steinwürfe. Scheiben wurden eingeschlagen, Schaufenster zertrümmert und Wahlplakate zerstört. Vermummte Chaoten beschossen in der Umgebung des Frankfurter Tors die Beamten mit Leuchtspurmunition.

Ein massives Aufgebot von Sicherheitskräften hatte die Demonstranten auf der etwa zehn Kilometer langen Strecke von Prenzlauer Berg zum Strausberger Platz begleitet, wo die Veranstaltung gegen 19.20 Uhr offiziell beendet wurde. Danach zogen viele der Kundgebungsteilnehmer weiter über die Frankfurter Allee in Richtung Mainzer Straße. Dort wurden sie von starken Polizeikräften am Weitermarsch gehindert.

Vor dem Roten Rathaus hatten mehrere Sprecher bei einer Zwischen-Kundgebung eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie für die noch mehr als 100 besetzten Häuser im Ost-Teil der Stadt sowie eine Rückgabe der geräumten Gebäude gefordert.

Hausbesetzer bewaffneten sich mit Metallstangen. Gleichzeitig sammelten sich offenbar Angehörige der autonomen Szene in Kreuzberg, besonders am Kottbusser Tor. Rund 100 Vermummte plünderten am Bersarinplatz in Friedrichshain gegen 21.30 Uhr mehrere Geschäfte. Im Rathaus Friedrichshain, zu dessen Besetzung aufgefordert wurde, gingen mehrere Scheiben zu Bruch.

BM



Mordwerkzeug in Randaliererhä den: eine Zwille. Foto: Tollku

Tödliche Waffe: Die Zwille

Die von Chaoten benutzten Zw len haben mit den Schleudern w nig gemein, mit denen Kinder sp len. Die „Szene-Zwillen" dien nicht dazu, Papierkügelchen od Kieselsteine einige Meter weit schießen; sie sind tödliche Waffe mit denen ein geübter Schütze r großer Wucht Stahlkugeln od scharfkantige Eisenschrauben -m Meter weit genau gezielt schieß kann. Schwerste Verletzungen nes ungeschützten Menschen si die Folge. Auf kurze Distanz w ken die Geschosse wie Pistole Projektile: tödlich.

Fast jedes dritte leere Haus ist besetzt

Der im Osten Berlins gelegene Stadtbezirk Friedrichshain, ein traditioneller Arbeiterbezirk, ist der Stadtteil mit den meisten besetzten Häusern. Von etwa 125 leerstehenden Häusern sind 50 besetzt. Insgesamt sind im Ost-Teil Berlins nach jüngsten Angaben von Innensenator Erich Pätzold 128 Häuser besetzt.

Etwa 80 Prozent der Wohnhäuser in Friedrichshain stammen aus der Zeit vor 1920. Dazu gehören auch die Häuser in der Mainzer Straße. Über 70 Prozent aller Wohnungen sind Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Friedrichshain hat etwa 110 000 Einwohner und ist mit 9,8 Quadratkilometern der kleinste Berliner Stadtbezirk. Er grenzt im Norden an Prenzlauer Berg und im Süden an Kreuzberg.

Der Bezirk Friedrichshain entstand im 19. Jahrhundert im Zuge der Ausweitung der Stadt nach Osten. Namensgeber war der 1840 enstandene Park Friedrichshain, der anläßlich der Jahrhundertfeier der Thronbesteigung Friedrichs des Großen als Gegenstück zum Tiergarten angelegt worden war.

dpa/BM

Besetzer aus der Manetstraße 73 ausgezogen

Die sechs ersten Hausbesetzer in Hohenschönhausen räumten gestern freiwillig das Feld – für heute, 15 Uhr, war die polizeiliche Räumung angesetzt. Seit Ende September saßen sie in dem baufälligen Haus Manetstraße 73 und wollten dort ihre Vorstellungen von sozialem Wohnen in einer Gemeinschaft verwirklichen.

„Es gibt zu dem Haus aber schon einen Vertrag zwischen der alten Kommunalen Wohnungsverwaltung und der Firma Geoplanbau Dresden", so Bezirksbürgermeister Rudolf Buschko (SPD). In Abstimmung mit der Wohnungsbaugesellschaft hatte er den Besetzern deshalb zehn Wohnungen in einem Hausaufgang an der Deminer Straße angeboten. Reaktion negativ: „In den Neubauten können wir unser Projekt vergessen", sagt Besetzerin Marina O. „Dort sind die Wände viel zu dünn und Durchbrüche für Gemeinschaftsräume nicht möglich."

Das Bezirksamt sieht das anders. Buschko: „Die Ablehnung zeigt, daß bei den Besetzern der soziale Aspekt nicht im Vordergrund steht."

anna

MoPo 15.11.

STAATS
Berlin
MOSKAU
Berlin
02

Top 15.11.

Schwere Ausschreitungen bei Räumung besetzter Häuser

1500 Polizisten im Einsatz – 325 Festnahmen
Momper besorgt über das Ausmaß der Gewalt

Gestern früh in der Mainzer Straße. Mit gepanzerten Fahrzeugen versuchte die Polizei die Barrikaden zu überwinden. Deutlich zu sehen sind die Steine, die von den Besetzern von den Hausdächern auf die Beamten geschleudert wurden. Foto: Nowak

Gru. **Berlin.** Unter gewalttätigen Auseinandersetzungen hat die Polizei gestern die 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain geräumt und dabei nach Angaben vom Nachmittag 325 Personen festgenommen, gegen die wegen des Verdachts von Straftaten ermittelt wird. Mit der Räumung wurde auf die schweren Krawalle am Montag und in der Nacht zum Dienstag im Bereich Mainzer Straße reagiert. Seit Dienstag zwei Uhr nachts lagen dem Polizeipräsidenten Strafanträge und Räumungsbegehren der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain vor.

Momper und Innensenator Pätzold warnten davor, aus der Situation Wahlkampfkapital zu schlagen. Sie wiesen die Vorwürfe des CDU-Landesvorsitzenden Diepgen zurück, daß der Senat das Hausbesetzerproblem im Ostteil der Stadt zu verantworten habe. Momper verwies auf die frühere SED-Mißwirtschaft und den Wohnungsleerstand. Der frühere DDR-Innenminister Diestel (CDU) habe zudem das Problem anschwellen lassen und bis zum 3. Oktober nichts unternommen. In Diestels Amtszeit habe es 50 Hausbesetzungen gegeben. Außerdem zeigten die unbefriedigenden Regelungen des Einigungsvertrages zu Grundstücksfragen, daß Entscheidungen ohne vorherige Klärung der Eigentumsverhältnisse kaum getroffen werden könnten.

Unter den 325 Festgenommenen sind dem Vernehmen nach auch der AL-Sprecher Noe wegen des Verdachts des Hausfriedensbruchs und das frühere AL-Vorstandsmitglied Wolf, der der AL nicht mehr angehört und auf der PDS-Liste für das Abgeordnetenhaus kandidiert. Die zunächst ebenfalls festgenommenen AL-Abgeordneten Lena Schraut und Berger wurden sogleich wieder freigelassen. Sie hätten sich zur Zeit der Räumung zusammen mit Noe im Haus Mainzer Straße 4 aufgehalten, um von dort vermittelnd tätig zu werden, berichtete Berger.

Bei der Aktion wurden nach Angaben des Sprechers des Innensenators, Thronicker, 75 Polizisten verletzt, neun von ihnen mußten wegen ihrer Verletzungen „vom Dienst abtreten", einer liegt im Krankenhaus. Unter den Besetzern sollen 15 verletzt worden sein.

Am Abend protestierten mehrere tausend Hausbesetzer und Sympathisanten gegen die Räumung der besetzten Häuser.

Im Anschluß an die weitgehend friedlich verlaufene Demonstration in Friedrichshain kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und der Polizei. Am Frankfurter Tor wurden Steine und Raketen auf Polizeibeamte sowie -autos abgefeuert. Die Polizei setzte Tränengas ein. Mehrere Mitglie-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2

Polizei räumte 13 besetzte Häuser

Fortsetzung von Seite 1

der des Neuen Forums bildeten zwischen Polizei und Randalierern eine Menschenkette und riefen immer wieder „Aufhören, aufhören" und „Keine Gewalt, keine Gewalt".

Die Räumung, an der zirka 1500 Beamte, unter ihnen Kräfte aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und vom Bundesgrenzschutz beteiligt waren, begann gestern früh gegen sechs Uhr 30. Im gesamten Stadtgebiet waren wegen der Situation 4000 Polizisten im Einsatz. Die Polizisten rückten unter massivem Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern, gepanzerten Fahrzeugen und schwerem Räumgerät in der Mainzer Straße vor. Die Besetzer hatten sich hinter zum Teil meterhohen Barrikaden und auf den Dächern verschanzt. Sie beschossen die Polizei von den Dächern aus mit Ziegeln, Steinen, Molotowcocktails, Leuchtmunition und Zwillen. Nach Angaben von Polizeipräsident Schertz brauchten die Beamten anderthalb Stunden, um sich zu den Dächern vorzukämpfen und von dort in die Häuser einzudringen. Schertz sagte, ein Hubschraubereinsatz habe abgebrochen werden müssen, weil auch der Helikopter beschossen worden sei. Später sei auf dem Dach eine große mit Benzin und Öl gefüllte Korbflasche gefunden worden. Dieser „Super-Moli" hätte, wäre er eingesetzt worden, wie eine Bombe gewirkt und die gesamte Straße in Brand setzen können, meinte Schertz. Er berichtete ferner, daß ein Polizist in Notwehr drei Warnschüsse abgegeben habe. Der Schußwaffengebrauch wird von der Mordkommission untersucht.

Der Regierende Bürgermeister Momper äußerte sich erleichtert über die Räumung in einem „überaus gefährlichen Einsatz" und die Festnahme der an den Ausschreitungen Beteiligten. Zugleich äußerte er sich besorgt über das Ausmaß an Gewalt und auch „Tötungsbereitschaft" gegen die Polizei. Die Gewalttaten würden mit aller Konsequenz strafrechtlich verfolgt. Momper sprach von „blanker Mordlust" seitens militanter Hausbesetzer und bezeichnete deren Verhalten als eine der schwersten Herausforderungen für die Landesregierung und die Polizei.

Die Hausbesetzer in der Mainzer Straße seien zu keinem Zeitpunkt zu Verhandlungen über friedliche Lösungen durch Nutzungsverträge bereit gewesen. Es seien zum großen Teil Leute, die „Randale-Export" aus Kreuzberg betrieben, erklärte Momper. Zugleich betonte er, der Senat bleibe bei der „Berliner Linie" von Anfang der achtziger Jahre, wonach Neubesetzungen nicht zugelassen werden, bei bestehenden Besetzungen soweit wie möglich friedliche Lösungen durch Nutzungsverträge angestrebt werden. Geräumt werde pflichtgemäß auch bei Strafanträgen und Räumungsbegehren der Eigentümer. Für die Räumung der 13 Häuser in der Mainzer Straße hätten alle Voraussetzungen vorgelegen.

Diepgen erklärte, die Räumung sei längst überfällig und vor fünf Wochen mit geringerem Aufwand und weniger Verletzten möglich gewesen. Die CDU habe seit dem Sommer mehrfach auf die sich entwickelnden kriminellen Hochburgen hingewiesen. 115 Häuser im Ostteil der Stadt seien immer noch besetzt. Bei den Festnahmen in der Mainzer Straße habe sich im übrigen gezeigt, „wie eng die AL mit den Sympathisanten der Hausbesetzerszene verbunden ist". Er forderte Momper auf, die Koalition mit der AL zu beenden.

Die AL-Fraktionsvorsitzende Renate Künast und ihr Stellvertreter Köppl kritisierten die Polizeieinsätze der letzten Tage als „völlig überzogen". Frau Künast sprach von einer schweren Belastung der rot-grünen Senatskoalition. Hierüber soll heute in einer Fraktionssitzung beraten werden. Die martialische Vorgehensweise der Polizei, die sich als „militärischer Einsatz" darstelle, habe nichts anderes hervorgebracht als Gewalt und Gegengewalt. Polizei und Besetzer müßten „den eingeschlagenen Weg der militärischen Auseinandersetzung sofort beenden".

Frau Künast beklagte, daß es vor und während des Polizeieinsatzes keine politische Absprache mit der AL gegeben habe und warf der SPD-Seite im Senat vor, ohne Rücksicht auf die von der rot-grünen Koalition versprochene deeskalierende Polizeistrategie den gemeinsamen Weg verlassen zu haben. Schon die Räumung der drei besetzten Häuser in Lichtenberg und am Prenzlauer Berg am Montag sei „der erste Schritt in einen Scherbenhaufen" gewesen. Die wohnungspolitischen Probleme — bei 27 000 leerstehenden Häusern im Ostteil der Stadt — seien nicht mit Polizeieinsätzen oder Randale zu lösen.

AL-Delegiertenrat empfiehlt Ausstieg aus der Koalition

Berlin (Reuter). Der Delegiertenrat der Alternativen Liste (AL) hat gestern abend der Fraktion und dem Parteivorstand empfohlen, wegen des Großeinsatzes der Polizei gegen besetzte Häuser in Berlin-Friedrichshain die rot-grüne Koalition in der Stadt sofort aufzukündigen. AL-Sprecherin Jutta Maixner teilte mit, die Empfehlung des zweithöchsten Gremiums der AL zwischen den Mitglieder-Vollversammlungen sei mit großer Mehrheit gefallen. Das werde ein „gewisses Gewicht" auf die Entscheidung der Fraktion haben, die heute vormittag zusammentritt.

Die Welt
15.11

Momper: Das war blanke Mordlust. AL-Abgeordnete unter den Chaoten

13 Häuser in Berlin geräumt / Polizei entsetzt über Brutalität der Besetzer / Zerbricht rot-grüne Koalition?

lz. **Berlin**

Betroffen und „tief besorgt über das Ausmaß an Gewalt" auf seiten der Hausbesetzer äußerte sich Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD) gestern nach der Räumung von 13 besetzten Häusern in der Mainzer Straße im Ostteil der Stadt. „Das war blanke Mordlust", kommentierte er die Art des Widerstandes, der den 1500 Polizisten entgegengesetzt wurde. Erst nach eineinhalbstündigem Kampf war es den Beamten gelungen, die Dächer zu besetzen und in die Wohnungen einzudringen. Mehr als 70 Polizisten und zahlreiche Randalierer wurden verletzt; ein Beamter und 15 Besetzer mußten ins Krankenhaus. Weit mehr als 300 Personen wurden festgenommen, darunter auch mehrere Abgeordnete der Alternativen Liste (AL), dem Koalitionspartner der SPD im Berliner Senat. Aufgrund ihrer Immunität wurden die Parlamentarier wieder unverzüglich auf freien Fuß gesetzt.

Erfahrene Polizeibeamte äußerten sich entsetzt über die Welle von Haß und Gewalt, gegen die sie anzugehen hatten. Der Leiter des Sondereinsatzkommandos meinte anschließend, dies sei der schwerste Einsatz seiner Laufbahn gewesen. Nach Ansicht des Berliner Innensenators Erich Pätzold (SPD) haben die Hausbesetzer den möglichen Tod von Beamten in Kauf genommmen. Momper sprach von einer „Verrohung, die wir in keiner Weise dulden werden und die wir mit aller Konsequenz strafrechtlich verfolgen werden".

Die rund 400 Besetzer hatten die Barrikaden an den 13 verfallenen Häusern noch in den Stunden vor der Räumung verstärkt. Schwere Gehwegplatten wurden auf den Dächern ebenso deponiert wie eine große Anzahl von Molotowcocktails. Einigen war zum Benzin auch Öl beigemischt, was die brennenden Flaschengeschosse für die Beamten besonders gefährlich machte, wie Berlins Polizeipräsident Georg Schertz erklärte: „Einmal in Brand gesetztes Öl brennt lange." Die Ermittlungen der Kriminalpolizei konzentrieren sich auf eine große Korbflasche, die mit Benzin gefüllt auf einem Dach gefunden wurde. „Die Flasche", so der Polizeipräsident, „hätte die Wirkung einer Bombe gehabt. Sie hätte die ganze Mainzer Straße in Brand gesetzt." Kriminalisten hoffen jetzt, über Fingerabdrükke die Besetzer finden zu können, die an der Vorbereitung dieses „Super-Mollies" (Momper) beteiligt waren.

Der Regierende Bürgermeister kündigte auch weiterhin hartes Vorgehen an. Man werde bei der „Berliner Linie" bleiben, wonach keine Neubesetzung geduldet wird. Geräumt werde aber auch dort, wo eine Strafanzeige der Hausbesitzer vorliegt. Dies war bei den Häusern der Fall, deren Räumung am Montag der Anlaß zu den Krawallen in der Mainzer Straße waren. Nach diesen Ausschreitungen hat die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain Anzeige gegen die Besetzung dieser 13 Häuser gestellt. Momper: „Damit war für uns die Voraussetzung zur Räumung geschaffen."

Der Polizeieinsatz, der von den Anwohnern mehrheitlich begrüßt wird, verschlechterte das ohnehin gespannte Verhältnis in der Berliner Senatskoalition. Mompers Mahnung, wer sich mit diesen Gewalttätern solidarisiere, „der solidarisiert sich mit den Falschen", war in erster Linie an die Adresse des Koalitionspartners gerichtet. Doch die AL revanchierte sich unverzüglich und kritisierte „die völlig überzogenen Polizeieinsätze der letzten Tage". Einseitig gibt die grüne Alternative Liste den Sicherheitskräften die Schuld, indem sie meint, die „martialische Vorgehensweise der Polizei hat nichts hervorgebracht als eine neue Welle von Gewalt und Gegengewalt". In einer Pressemitteilung schreibt die AL sogar vom „militärischen Weg".

Trotz Bitten der CDU und der Polizeigewerkschaft, eine für gestern abend angekündigte Demonstration der Hausbesetzer zu verbieten, wurde der Zug – allerdings auf einer geänderten Route – genehmigt.

Wegen des Vorgehens der Polizei gegen die Hausbesetzer droht die rotgrüne Koalition in Berlin zu zerbrechen. Beim Bundesvorstand der Grünen wurde gestern damit gerechnet, daß die AL-Fraktion heute auf einer Sondersitzung den Austritt aus dem Regierungsbündnis mit der SPD beschließen wird.

Seite 3: **Grundproblem bleibt ungelöst**

Bei einer erneuten Straßenschlacht in Berlin wurden über 300 Chaoten festgenommen. FOTO: REUTER

Eine interessante Gerichtsverhandlung beschäftigte gestern die Berlin-Deputation des Stadtgerichts. Bekanntlich wurde auf polit. Friedrichshain errichteten Barraden niedergerissen und dadurch große Aufregung bei der Theil der dort versammelnden Menschenmenge hervorgerufen. Unter den Zuschauern befanden sich u. A. der zu Lassalle's Fahne schwörende Schlossergesell Bernhard Anton Leidiger und der von der Criminalpolizei als Vigilant benutzte frühere Brunnenmacher Stägemann. Letzterer gefiel sich nun in allerlei aufreizenden Reden, und animirte den mit sozialistischen Tönen vollgepropften Leidiger derart, daß dieser, ohne zu ahnen, daß er einen „agent provocateur" vor sich habe, manches Wort von sich gegeben haben mag, das nicht direct für Polizeikreise bestimmt war. Ging doch Staegemann so freundschaftlich auf die Auseinandersetzungen Leidigers ein, daß dieser annehmen mußte, er habe es mit einem Gesinnungs- und Leidensgenossen zu thun. Aber o Täuschung! Während Leidiger sich von seinem „Freunde" nach seiner Behausung begleiten ließ, eilte letzterer nach dem Bureau der Criminalpolizei, wo er den Leidiger beschuldigte, er habe, auf einer Bank stehend, der versammelten Menge eine mit social-demokratischen Phrasen gespickte Kapuzinade gehalten, die stark nach Petroleum und communistischen Tendenzen gerochen und mit der Aufforderung zum Aufbaumeln aller Kapitalisten und Beamten geschlossen habe. Leidiger wurde auf Grund dieser Denunciation verhaftet und wegen Störung des öffentlichen Friedens und Anreizung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt unter Anklage gestellt. Im gestrigen Audienztermin bekannte sich der Angeklagte als Socialist, wies jedoch die Denunciation als „infame Lüge" entschieden zurück, während Stägemann, der seine Eigenschaft als „bezahlter Polizei-Agent" zugeben mußte, ebenso entschieden bei derselben stehen blieb. Der Staatsanwalt beantragte eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe; da aber der Vertheidiger, ein Substitut des Rechtsanwalts Holthoff, die Werthlosigkeit des Zeugnisses eines Vigilanten mit aller Kraft betonte, so beschloß der Gerichtshof, eine Vervollständigung der Beweisaufnahme vorzunehmen, den Angeklagten aber bis zum Schlußtermin in Haft zu behalten.

Berliner Zeitung 15.11.

Meinungen

Die Leute wollen nur eine eigene Wohnung

Egon Ernst aus Friedrichshain: Warum ist denn keiner gekommen, der mit den jungen Leuten mal gesprochen hat? Wenn ich eine Wohnung suchen würde und sehe, das Haus steht zwei Wochen, drei Wochen leer, dann würde ich in der vierten Woche aber einziehen. Die jungen Leute wollten nur eine eigene Wohnung haben. So hätte das nicht eskalieren dürfen. Gewalt hat noch nie etwas eingebracht, auf keiner Seite. Man hätte mit den Besetzern sprechen müssen. Außerdem, was der Polizeieinsatz den Steuerzahler wieder gekostet hat, damit hätte man aus der Mainzer eine schmucke Straße machen können.

Das sind ja alles nur Chaoten

Fritz Fabian, Friedrichshain: Ich find' das gut, daß die Häuser geräumt wurden. Irgendwie muß ja die Ordnung wieder hergestellt werden. Bestimmt konnten die Anwohner die ganze Zeit nicht richtig schlafen. Gegen richtige Hausbesetzer wäre ja nichts einzuwenden, aber das sind ja alles Chaoten. Wenn die sich hier eingenistet hätten, dann würden hier auch bald Zustände wie in der Hamburger Hafenstraße herrschen. Im Endeffekt tut mir die Polizei leid, die hier den Einsatz durchführen mußte.

Dieser Polizeieinsatz ist beängstigend

Ein enttäuschtes Rentnerehepaar aus Lichtenberg, das uns seinen Namen nicht sagen wollte: Es ist nicht in Ordnung, wie die Polizei hier vorgegangen ist. Man hätte ruhig und sachlich mit den Leuten sprechen müssen, dann wäre es gar nicht erst soweit gekommen. Dieser Polizeieinsatz ist doch so beängstigend. Die Besetzer haben nur Wohnraum gebraucht. Und mit dem Polizeieinsatz ist das Problem doch nicht gelöst. Das ist kein polizeiliches, sondern ein politisches Problem. Für Momper und Schwierzina wäre das was gewesen. Die hätten hier sein müssen. Aber die Besetzer sind ja Linke. Überhaupt richtet sich die ganze Aktion gegen Linke. Das, was hier heute stattgefunden hat, das haben wir nicht gewollt.

LEXIKON

Angefangen hatten die Hausbesetzungen im Osten Berlins im August 1989 in dem zum Abriß vorgesehenen Haus Schönhauser Allee 20/21. Anfang des Jahres folgten dann Schlag auf Schlag Besetzungen in Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Lichtenberg. Insgesamt gibt es gegenwärtig 128 besetzte Häuser in Ostberlin.

Ende April erklärte sich die Volkspolizei auf Beschluß des Runden Tisches bereit, die ohne rechtliche Grundlage besetzten Gebäude nicht zu räumen. Dieser Beschluß sah auch spätere Nutzungsverträge zwischen Besetzern und KWV vor.

Ende Juni bildeten die Besetzer ein Vertragsgremium, um dem Magistrat in Verhandlungen geschlossen gegenüberzustehen. Der Magistrat wurde aufgefordert, seinen politischen Willen zur Unterzeichnung von Mietverträgen für alle betroffenen Häuser zu äußern und entsprechende Verhandlungen mit dem Vertragsgremium zu führen. Als Voraussetzung wurde die Zusicherung über eine Nicht-Räumung aller „nichtfaschistisch besetzten" Häuser gefordert. Damit distanzierten sich die Besetzer aus linken und autonomen Gruppierungen von denen der Weitlingstraße 122.

Am 24. Juli wurde in einer gemeinsamen Sitzung vom Magistrat und Senat die sogenannte Berliner Liste beschlossen. Dieser bis heute gültige Beschluß sieht die Räumung von Häusern vor, die nach diesem Datum besetzt wurden. Auch bei einem Nichtzustandekommen von Verträgen zwischen Besetzern und Vermietern wurde eine zwangsweise Entfernung der „Bewohner" festgelegt. Gleichzeitig sollte ein politisches Lösungskonzept für das Problem erarbeitet werden. Dafür wurde Mitte September ein Runder Tisch aus Besetzern, Vertretern von Magistrat und Wohnungsbaugesellschaften sowie Bauräten gebildet, der einen Vorvertrag aushandeln sollte. Mitte Oktober wurde dann jedoch auf Einzelverträge mit den Bezirksverwaltungen und Vermietern orientiert. Das Vertragsgremium lehnte diese Argumentation ab.

ADN/BZ

Berlin-Friedrichshain: Polizei und Bundesgrenzschutz sammeln sich in der verwüsteten Mainzer Straße zur Räumung der besetzten Häuser

FOTO: DPA

„Anfangs hatte ich viel Sympathie"

Die Welt 15.11.

Beunruhigende, angstmachende Szenen spielen sich seit Tagen in meiner unmittelbaren Wohnnachbarschaft ab. Krawalle, Gewalt, Zerstörung, gerichtet gegen Materielles und – was noch schlimmer ist – gegen Menschen.

Mein täglicher Weg führt mich seit Jahren an dieser Mainzer Straße vorbei. Noch vor wenigen Monaten war sie für mich ohne jede Bedeutung, eine von vielen, die dem langsamen Verfall preisgegeben war. Klein, dunkel, schmal, häßlich.

Von Bedeutung nur insofern, als daß Freunde wenige Straßen weiter eine Wohnung gefunden haben. Diesem Umstand „verdanke" ich, den Wandel in diesem Kietz miterlebt zu haben. Angefangen hat es mit ungewöhnlicher Geschäftigkeit meistens junger Menschen. Spruchbänder, grell und unkonventionell, kündeten von dem Willen, hier dem Laufe des Verfalls Einhalt zu gebieten. Ein Bemühen, dem – und das muß ich der Ehrlichkeit halber gestehen – anfangs meine Sympathie gehörte – konnte ich mich doch nur zu gut an das eigene verzweifelte Suchen nach einer größeren Wohnung für meine Familie erinnern, das uns letzten Ende in eine völlig heruntergewohnte Behausung ohne funktionierende elektrische Anlagen führte. Mit viel Mühe und Arbeit wurde sie zu einem Heim.

Deshalb ging ich mit Neugier und Hoffnung zu jenem Kietzfest der Hausbesetzer im vergangenen Sommer, fand auch tatsächlich in Gesprächen engagierte Menschen, die ihr Recht auf Wohnung in die eigenen Hände nehmen wollten. Friedlich! Aber auch jene waren schon da, die ihre Vorstellungen ohne den Respekt vor anderen Meinungen, ohne Akzeptanz einer notwendigen Ordnung im Zusammenleben der Bürger einer Stadt durchsetzen wollten. Mit Gewalt!

Seit dieser Zeit sind die Polizeiwagen auf den Straßen in unserem Stadtbezirk immer häufiger geworden. Fast kein Tag, kein Abend vergeht, ohne daß durchdringendes Heulen nicht auch in unsere kleine Friedrichshainer Straße dringt. Die Mainzer Straße beunruhigte in zunehmendem Maße die Vorüberkommenden. Die Sprüche an den Häuserwänden, auf den Plakaten wurden aggressiv. Die Fenster sind seit Wochen vernagelt, die Passanten wenig vertrauenerweckend.

Die Besuche bei unseren Freunden wurden seltener und hören wohl vorerst ganz auf. Die furchtbaren Ereignisse der vergangenen Tage und Nächte haben nicht nur mich um einige Illusionen ärmer gemacht, vor allem um die Hoffnung, diese Mainzer Straße in kurzer Zeit aufblühen zu sehen.

Das Chaos und die Zerstörung auf der Straße und in den Häusern hinterlassen ihre Spuren auch in den Köpfen. Vor allem in den Köpfen jener, die mit Vertrauen und Toleranz auf die Besetzer zugegangen waren. Was bleibt ist die Gewißheit: Gewalt erzeugt immer wieder Gewalt – und die sollte nicht zu unseren Begleitern auf dem Weg in eine neues Deutschland, in ein neues Berlin gehören!

LISA KRÜGER

Mainzer Straße in Ost-Berlin: 3000 Polizisten räumten die besetzten Häuser – das Grundproblem bleibt ungelöst

Die Welt
15.11.

Die friedliche Lösung war ohne Chance

Von FRANK MANGELSDORF

Wo alles anfing, endet es auch. Das Haus Nummer 4 in der Mainzer Straße im Ostberliner Bezirk Friedrichshain war vor Jahresfrist das erste, von dem Hausbesetzer Besitz ergriffen hatten. Jetzt ist es das letzte in dieser Straße, das von der Polizei geräumt wird.

Auf dem Hinterhof stehen sich zweierlei Uniformierte gegenüber: In einer Ecke der mit roten Schriftzügen besprühten Häuserwände sind dicht gedrängt 110 meist kurzhaarige und in schwarze Stoff- oder Lederkluft gekleidete Frauen und Männer – Teenager, aber auch 40jährige. Um sie herum, weißbehelmt, mit Klarsicht-Schutzschild, Gummiknüppel und in traditionellem Grün – die Ordnungshüter.

3000 Polizisten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, des BGS und natürlich aus Berlin sollen in der Mainzer Straße im Einsatz sein. Auch Sondereinsatzkommandos (SEK) der Polizei.

Nach der Pressekonferenz von Innensenator Erich Pätzold am Vortag hatte sich die rigorose Räumungsaktion angedeutet. Es war klar, daß die neuerliche Konfrontation nicht lange auf sich warten lassen würde. „Wir werden es nicht zulassen, daß sich die Gewalt in dieser Gegend fortsetzt", hatte Pätzold kompromißlos angekündigt. Zu schmählich und natürlich auch nicht gerade günstig für den laufenden Wahlkampf war der nach der nächtlichen Randale vom Dienstag mit den Besetzern ausgehandelte „Waffenstillstand", in dessen Konsequenz 1400 Ordnungskräfte ohne Erfolg hatten abziehen müssen.

In dichten Kolonnen zog deshalb über die Autobahnen in der Nacht zum Mittwoch Verstärkung aus Westdeutschland herbei.

Gestern morgen um 8.40 Uhr ist die Mainzer Straße auf ihrer ganzen Länge von Polizisten besetzt. Die meterhohen Barrikaden zur Frankfurter Allee und ins Hinterland sind durchlässig. Autowracks, Eisenstangen, Müllcontainer und Teerfässer verschwinden. Die Brände sind gelöscht. Es riecht noch nach Benzin. Auf den Dächern, von denen vor kuzem noch Brandsätze und Steine flogen sowie mit Zwillen geschossen wurde, stehen jetzt vermummte Beamte der SEKs.

Anwohner wagen sich wieder auf Balkons und an die Fenster, fassungslos, was sich in den letzten Stunden abgespielt hat. Ihnen bietet sich ein Bild der Zerstörung. Das Pflaster ist aufgerissen, überall Schutt- und Steinberge, umgekippte und ausgebrannte Autos sowie Kartuschen von Hunderten Tränengasgranaten.

Die Häusereingänge auf der Straßenseite gegenüber sind noch verbarrikadiert. DDR-Fahnen, auch Spruchbänder flattern dort an den Wänden. Von zwei großen Lautsprechern auf einem Balkon in der Nummer 4 schreit Musik die Straße entlang. „Der Traum ist aus, aber ich werde alles geben, daß er Wirklichkeit wird", lautet ein Textstück.

Mit Kettensägen und anderen Räumgeräten werden die Eingänge aufgebrochen. Die noch vorhandenen Besetzer ergeben sich widerstandslos. In bereits zuvor verlassenen Wohnungen finden Polizisten mit Pflastersteinen gefüllte Kisten und Körbe sowie zum Teil erst halbfertige Molotowcocktails. In einige Treppenstufen sind Metallplatten eingelassen, die über nichtisolierte Drähte mit Sicherungskästen verbunden sind. Ein Zettel an einem Sicherungskasten weist darauf hin, daß die Platten unter Strom gesetzt werden können.

Nach Augenzeugenberichten sollen die Häuser auch durch unterirdische Gänge miteinander verbunden sein.

Um 6.30 Uhr hatte die Räumung begonnen, und damit ein Schlagabtausch ähnlich wie in der Nacht zum Dienstag. Zu diesem Zeitpunkt versuchten noch Abgeordnete der Stadtbezirksversammlung Friedrichshain und der Stadtverordnetenversammlung Berlin mit der Einsatzleitung in Verhandlungen zu treten. Ihr Ziel: eine friedliche Lösung des Konflikts.

Vergebens: Der Befehl zur Räumung kam ihnen zuvor. Und die Besetzer? Die meisten friedlichen hatten wohl schon vorher das Feld geräumt, die aggressiven zeigten sich vorbereitet: Steine, Stahlkugeln, Molotowcocktails, Leuchtspurgeschosse und Dachziegel von den Häusern kontra Räumtechnik, Tränengas und Wasserwerfer.

Noch am Abend hatten Preßlufthämmer gedröhnt, und an verschiedenen Stellen war das Straßenpflaster aufgerissen. Neue Gräben wurden von den Randalierern ausgehoben. Der neuerliche Straßenkampf wurde von beiden Seiten mit großer Härte geführt, Polizisten wie Hausbesetzer trugen Verletzungen davon. „Es war wie ein Kampf Mann gegen Mann", beschrieb ein Beobachter die Szene.

Auch unbeteiligte Anwohner waren betroffen. Eine Tränengasgranate hat das Fenster einer Wohnung im zweiten Geschoß durchschlagen. Hier wohnt eine Familie mit zwei Kindern.

Helios Mendiburu, Friedrichshains Bezirksbürgermeister, wurde erst um 6.38 Uhr, also nach deren Beginn, über die Polizeiaktion unterrichtet. Er zeigt sich über die Eskalation der Gewalt enttäuscht: „Ich habe über Monate versucht, einen Konsens zu finden und vernünftige Lösungen herbeizuführen. Dabei traf ich viele gesprächsbereite Leute, aber leider auch einen harten militanten Kern." Über dieses in der Mainzer Straße angesiedelte Gewaltpotential und die Hemmungslosigkeit der Vorgehensweise gegen die Polizei ist er entsetzt. Zwar wollte, laut Mendiburu, ein Teil der Besetzer nur die zumeist Ein- und Zweizimmerwohnungen belegen und die Instandsetzung der über 70 Jahre alten Häuser in Angriff nehmen. „Doch den meisten Besetzern geht es wohl nur um Randale", meint er jetzt traurig. „Ich bin zutiefst enttäuscht, daß mein Konzept der Herbeiführung einer friedlichen Lösung über Verträge nicht gefruchtet hat. Die Räumung ist wahrscheinlich die einzige Alternative. Doch das hat der harte Kern der Besetzer sich selbst zuzuschreiben."

Friedrichshains Mainzer Straße schien in den letzten Monaten ein Schmelztiegel der Nationen zu sein. Sämtliche deutschen Dialekte, aber auch englische, holländische, türkische, selbst spanische Wortfetzen waren zu hören, als die neugierigen Schaulustigen im Sommer an den Straßencafés in der damals noch friedlichen Straße vorbeizogen. Doch Chaoten haben seitdem das Drehbuch neu geschrieben.

Die Ostberliner Hausbesetzerszene ist seit Monaten gespalten. Während nur eine Minderheit Einzelmietverträge anstrebt, plädiert die Mehrheit der Besetzer für eine Globallösung der Besetzungsfrage. Die Bewohner von 80 der insgesamt 128 besetzten Häuser haben sich in einem sogenannten Vertragsgremium zusammengeschlossen, das mit dem Magistrat einen Pauschalvertrag für alle besetzten Häuser abschließen will. Doch das Rote Rathaus lehnte bislang Verhandlungen ab. Fast alle Häuser sind derzeit in städtischer Verwaltung. Haupthindernis für eine generelle Lösung ist die ungeklärte Eigentumsfrage, die nach Angaben von Baustadtrat Clemens Thurmann (SPD) eine generelle Lösung nicht zulasse.

Die Stimmung auf dem Hof Mainzer Straße 4 ist gestern morgen um zehn Uhr kaum noch gereizt. Besetzer und Ordnungskräfte stehen sich abmessend gegenüber. Dieses Mal ist die Polizei als Sieger aus der dreistündigen Auseinandersetzung, die mit „großer Brutalität seitens der Besetzer" – so ein Beamter – geführt wurden, hervorgegangen. Die restlichen Hausbesetzer sind hier zusammengetrieben. Nach und nach werden aus der Gruppe der Umzingelten einzelne herausgeholt. Mit gespreizten Beinen und den Händen an der Häuserwand ertragen sie gelassen die Durchsuchung durch die Beamten. Unter den vorläufig Festgenommenen befindet sich auch der Pressesprecher der Grüne/AL-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus, Stephan Noe. Er wie auch andere Politiker der Grünen/Alternativen Liste und des Bündnis 90/Grüne wollten hier ursprünglich vermitteln. Doch der Lauf der Ereignisse hat ihre Versuche überrollt.

Zu hohe Mieten und viel zu wenig Wohnraum

Von ANDREAS MIDDEL

Die Szenarien des Gesamtberliner Wohnungsmarktes sind düster. Zu wenig Wohnraum, kaum Aussicht auf zusätzliche Bebauungsflächen, viel zu hohe Mieten. Dies sind nur einige der Hauptprobleme im Westteil. Nimmt man noch Ostberlin hinzu, wird die Lage fast katastrophal. Rund 30 Prozent der etwa 700 000 Wohnungen in Ostberlin sind kaum noch wiederherstellbar, schätzt der Landesverband Freier Wohnungsunternehmen Berlin e.V. (LFW), und greift dabei auf Zahlen des ehemaligen DDR-Regimes zurück.

Viele Wohnungen und Häuser befinden sich in einem unzumutbaren Zustand. Die Folge von jahrzehntelang zu niedrigen Mieten, fehlender staatlicher Fördermittel zur Modernisierung sowie des Mangels an Baumaterialien in der ehemaligen DDR. „An vielen Gebäuden, vor allem in Ostberliner Gebieten mit Altbaubestand, ist seit vierzig bis fünfzig Jahren nichts mehr gemacht worden", erklärt Eckehard Kraft (SPD), Stadtrat für Bauwesen in Berlin. Undichte Dächer, Schäden an den Fundamenten und Fassaden und mangelhafte Heizungen haben dazu geführt, daß viele Wohnungen bereits „leergezogen" oder kaum noch bewohnbar sind, stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kürzlich fest.

Stadtrat Kraft schätzt die Zahl der in Ostberlin leerstehenden Wohnungen auf rund 25 000. „Aber die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen", meint er. Zur Zeit arbeiten die Ostberliner Wohnungsbaugesellschaft und die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft daran, sich einen Überblick über den Leerstand zu verschaffen. Der Magistrat in Ostberlin läßt derzeit in 58 Wohnvierteln etwa 69 000 Wohnungen daraufhin untersuchen, ob sie zu Sanierungsgebieten erklärt und deshalb mit besonderen Fördermitteln bedacht werden können. Für solche Maßnahmen standen im zweiten Halbjahr 1990 rund 570 Millionen Mark zur Verfügung. „Viel zu wenig", meint Kraft. „Wir brauchen allein für Ostberlin jährlich zwei bis drei Milliarden Mark." Denn es seien nicht nur einzelne Straßenzüge sanierungsbedürftig, wie etwa jetzt in der Mainzer Straße. „Das betrifft fast alle elf Ostberliner Stadtbezirke", meint Kraft, „überall dort, wo es Altbaubestand gibt".

Doch nicht nur bei altem Wohnungsbestand hat Ostberlin erheblichen Sanierungsbedarf. Gleiches gilt für Mehrfamilienhäuser, die nach 1945 gebaut wurden. Auch hier sind starke Mängel an Dächern, Fassaden und Installationen festzustellen, heißt es in dem DIW-Bericht. Der Grund: Die eingesetzten Baumaterialien haben nur eine geringe Lebensdauer. Dachbeläge etwa haben im Osten eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 15 bis 20 Jahren, im Westen sind es mehr als dreißig Jahre. Gleiches gilt für Heizungen, Sanitärinstallationen oder Warmwasserleitungen. Das DIW schätzt, daß mehr als ein Zehntel dieser „Neubauwohnungen" auf Dauer nicht erhalten werden kann, da mit einem weiter zunehmenden Verschleiß zu rechnen sei.

Schnelle Hilfe aus dem Westen ist in diesem Fall nicht zu erwarten, darüber ist sich Kraft im Klaren. Das Haupthindernis: die ungeklärte Eigentumsfrage bei Grundstücken. Allein in Ostberlin wurden 150 000 Ansprüche auf Grundstücke angemeldet, erklärt Kraft. Erschwerend kommt hinzu, daß im Ostteil Berlins nur knapp vierundzwanzig Prozent der Wohnungen in Privateigentum befinden, der Durchschnitt in den neuen Bundesländern liegt bei mehr als einundvierzig Prozent. Diese Zahlen hat die Deutsche Bank ermittelt.

Das Zögern Westberliner Wohnungsunternehmen hat aber noch andere Ursachen. „Die Politik muß entscheiden, in welchen Stadtbezirken welche Bausubstanz erhalten bleibt," erklärt Gerhard Bubel, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes freier Wohnungsunternehmen. Außerdem warteten die dem Landesverband angehörenden Unternehmen auf klare Förderungsrichtlinien. Der Verband fordert von Bonn, die steuerlichen Präferenzen des Berlinförderungsgesetzes auf Ostberlin und die neuen Länder auszudehnen. Damit könne privates Investitionskapital angezogen werden, denn der Wohnungsbau könne nicht ausschließlich mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, heißt es beim LFW. Auf keinen Fall aber könne es bei einem Mietpreis von jetzt durchschnittlich 90 Pfennig pro Quadratmeter in Ostberlin bleiben.

Doch auch in Westberlin sieht die Lage auf dem Wohnungsmarkt wenig rosig aus. Rund 145 000 Wohnungen fehlen allein hier zur Zeit. Bis zum Jahre 1995 dürfte der Fehlbestand auf fast 272 000 Wohnungen angestiegen sein, schätzt der LFW. Abhilfe dieser Misere ist für den Verband nicht in Sicht. Die von Bausenator Wolfgang Nagel genannte Zahl von mehr als 15 000 neu entstehenden Wohnungen in Gesamtberlin pro Jahr (davon etwa 10 000 allein im Ostteil der Stadt) hält der LFW für wenig wahrscheinlich, obwohl genug Baufläche zur Verfügung stehe. Bisher sei noch keine der vielen Bauplanungen, etwa an der Oberhavel, in trockenen Tüchern. Der Grund aus Sicht des Verbandes: Die viel zu schleppenden Baugenehmigungsverfahren.

„Ausnahmezustand" in Friedrichshain / Steigt AL aus Senatskoalition aus?

Brutaler Häuserkampf: Polizei räumte Stockwerk für Stockwerk

Berlin (hm/Reuter/dpa) **Ausnahmezustand gestern morgen in Friedrichshain: Bei stundenlangen Krawallen zwischen militanten Hausbesetzern und 4000 Polizeibeamten, die unangekündigt 13 besetzte Gebäude in der Mainzer Straße räumten, wurden 300 Jugendliche festgenommen.**

Während der Räumaktion stellten die Polizeibeamten, die nach Aussagen von Polizeipräsident Schertz Stockwerk für Stockwerk „zurückerobern" mußten, auf dem Dach eines Hauses einen „Super-Molli" sicher. Das ist eine große mit Benzin und Öl gefüllte Weinkorbflasche, die nach ihrer Zündung „die Wirkung einer Bombe" gehabt hätte.

Rund 300 Jugendliche wurden von der Polizei festgenommen. (Foto: dpa)

Bei der Polizeiaktion sind mehr als 70 Beamte und 15 Besetzer verletzt worden. Ermittlungen hat auch die Mordkommission aufgenommen, weil ein Demonstrant offenbar von einem Querschläger getroffen worden ist, nachdem ein Polizeibeamter drei Warnschüsse abgegeben hatte.

Der massive Polizeieinsatz bringt den rot-grünen Senat wenige Wochen vor den Abgeordnetenhauswahlen in Turbulenzen.

Der Delegiertenrat der Alternativen Liste (AL) empfahl Fraktion und Parteivorstand gestern, die sofortige Aufkündigung der Koalition mit der SPD. Der Regierende Bürgermeister Momper (SPD) erklärte, ein Bruch der Koalition sei Entscheidung der AL.

Gestern abend kam es im Anschluß an eine weitgehend friedliche Demonstration von mehreren tausend Hausbesetzern und ihren Sympathisanten im Gebiet um das Frankfurter Tor erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Sicherheitskräfte gingen mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen Steine werfende und Leuchtraketen feuernde Gewalttäter vor. **Kommentar Seite 4**
Berichte Seite 13

Am frühen Morgen verschaffte sich die Polizei Zutritt zu den besetzten Häusern in der Mainzer Straße. (Foto: dpa)

„Mann gegen Mann" in der Mainzer Straße

Um kurz vor 9 Uhr war alles vorbei: nach zwei Stunden erbitterter Straßenschlacht war die Polizei wieder Herr der Lage in der Mainzer Straße in Friedrichshain. Mit Molotow-Cocktails, Zwillen und Steinwürfen hatten die Besetzerinnen und Besetzer bis zuletzt versucht, die Räumung abzuwenden — vergeblich. Selbst die teilweise meterhohen Barrikaden konnten die Räumpanzer und Wasserwerfer der Polizei nicht stoppen.

Ab 6.30 Uhr hatte die Polizei begonnen, die Mainzer Straße weiträumig abzusperren. Um 7 Uhr dann der erste Vorstoß: Mit Räumpanzer versuchen die Beamten, die über zwei Meter hohe Barrikade Mainzer Straße Ecke Frankfurter Allee niederzureißen. Zwei Wasserwerfer trieben zur Unterstützung die Vermummten zurück, die die Barrikade verteidigten. Gleichzeitig versucht ein Einsatzkommando über das Gerüst eines Eckhauses in die Straße zu gelangen — vergeblich, ein Steinhagel treibt sie zurück.

Gegen 8 Uhr dann der zweite Vorstoß: diesmal wird der gesamte Straßenzug systematisch mit Tränengas eingesprüht, bevor sich der Angriff wiederholt. Nach einigen Versuchen gab die Barrikade schließlich nach.

Mit Stahlplatten über den Köpfen dringen die ersten Beamten in „Schildkrötenformation" in die Straße ein. Gleichzeitig stürmen mit schußsicheren Westen geschützte Beamte der Sondereinsatzkommandos die Dächer: „Das war wie ein Kampf Mann gegen Mann."

Das Ergebnis dieses Vorstoßes: Der erste der Festgenommenen blutet aus dem Hinterkopf, das Gesicht ist durch

Die Polizei sperrte ab — und nahm dem VOLKSBLATT-Mitarbeiter einen seiner Filme ab. (Foto: Stark)

Eine Frau muß mit der Trage bewußtlos abtransportiert werden. Auch unter den Polizeibeamten gibt es zahlreiche Verletzte. In einem Treppenhaus haben die Besetzer Metallplatten ins Dielenholz eingelassen, die ans Stromnetz angeschlossen sind. Im gleichen Treppenhaus sind massive Sperren aus Holz und Stahl gebaut.

Vor dem Haus warten die Verhafteten inzwischen auf den Abtransport. Zwischen Pflastersteinen und Eisenstangen gehen die Diskussionen auf der Straße los. Während Innenstadtrat Thomas Krüger keine Stellungnahme abgeben will, ist Bärbel Bohley erschüttert. „Die Politik hat versagt", sagt sie, „so löst man doch keine Probleme in einer Demokratie."

Noch kurz vor der Räumung hatten Bohley und andere Bürgerrechtler des Bündnis '90 versucht, mit einer Menschenkette einen letzten Vermittlungsversuch zu starten. Doch die Polizei hätte das Angebot der Besetzer, die Barrikaden räumt werden, abgelehnt.

Etwas ratlos wirkt auch der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu, der von der Räumung überhaupt nicht informiert war. Sein Kommentar: „Das ist Sache des Landes."

Unterschiedliche Meinungen gibt es bei den Anwohnern. Noch gestern abend hatten sich spontan 80 mit den Besetzern solidarisch erklärt und sich gegen eine Räumung ausgesprochen. „Ich koche vor Wut", empörte sich eine Anwohnerin der Frankfurter Allee, „das sind doch unsere Kinder. Ein halbes Jahr lang war hier alles ruhig. Erst seit den Räumungen gibt es Zoff." Viele sind auch einfach erleichtert, und einige beklatschen jede Verhaftung.

Unter den Sympathisanten der Geräumten herrscht Wut und Trauer, und vor allem die Befürchtung, daß es in Berlin bald kein alternatives Leben mehr geben wird: „Im Polizeifunk hat die Polizei schon die nächsten Räumungen in der Rigaer Straße angekündigt."

Reaktionen

Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) betonte, daß mit allen verhandlungbereiten Hausbesetzern weiter gesprochen werde. Gewalt ersetze keine notwendigen politischen Lösungen.

Die AL-Fraktionsvorsitzende Renate Künast forderte, daß die Polizei und die Besetzer den eingeschlagenen Weg sofort beenden müßten. Beide Seiten müßten miteinander reden und tragfähige Verhandlungsergebnisse anstreben. Empört ist die AL-Politikerin, daß auf ihre Vermittlungsversuche vom Senat nicht eingegangen worden sei. Die Polizeieinsätze seien „völlig überzogen" gewesen.

Der stellvertretende Bürgermeister des Bezirks Prenzlauer Berg, Siegfried Zölls, warf dem Magistrat vor, die Bemühungen der Bezirke, mit den Besetzern Nutzungsverträge auszuhandeln, nicht unterstützt zu haben.

Der Vorstand der Grünen (Ost) nannte den Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz „völlig unverhältnismäßig".

Die Bundesregierung will die Länder angesichts der jüngsten „Welle der Gewalt" bei ihren Bemühungen zur Wahrung des inneren Friedens unterstützen. Die in den neuen Bundesländern gewonnene Freiheit dürfe „nicht durch den Terror der Straße aufs Spiel gesetzt" werden, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt.

Der innenpolitische Sprecher der Bonner Unionsfraktion, Johannes Gerster (CDU), meinte, mit der Räumung sei „endlich vernünftig gehandelt" worden.

Nach Ansicht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Diepgen war die Räumung der besetzten Häuser „längst überfällig". Sie hätte vor fünf Wochen noch mit geringerem Aufwand, weniger Verlusten und Verletzungen geschehen können. Diepgen forderte die Räumung weiterer Häuser.

Die FDP-Landesvorsitzende Carola von Braun bezeichnete die Ausschreitungen als Folge der verfehlten Politik der Berliner Landesregierung. Daß die CDU dem Senat und den Polizei-Aktionen Beifall spendet, sei nicht verwunderlich. Das sei offensichtlich bereits das Selbstverständnis als künftiger Partner in einer Großen Koalition.

SPD-Fraktionsvorsitzender Ditmar Staffelt stellte sich hinter die Polizei und den Innensenator. Pätzold genieße „unser volles Vertrauen" erklärte er. Die Polizei habe durch ihre Einsätze gezeigt, daß der demokratische Staat in der Lage sei, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen und gleichzeitig das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren.

CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky hat unterdessen die AL aufgefordert, ihre Abgeordneten Lena Schraut und Hartwig Berger aus allen Parlamentsausschüssen zurückzuziehen und sie zur Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern. Die beiden Parlamentarier sollen in einem besetzten Haus festgenommen worden sein.

Auch Politiker aus den Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg kritisierten die Räumung. Eine Bezirksverordnete berichtete, daß westdeutsche Einsatzkräfte, die am Vormittag an der Räumung beteiligt waren, nach eigenen Angaben bereits seit Sonntag in ihren Heimatdienststellen in Bereitschaft gestanden hätten.

Die Linke Liste/PDS fordert die Rückgabe der geräumten Häuser an die Besetzer und weitere Verhandlungen über Nutzungsverträge. Innensenator Pätzold warf man vor, Wahlkampf für die CDU zu betreiben. hm

Berliner Regierungskoalition droht an blutigen Krawallen zu zerbrechen

Hausbesetzer in Friedrichshain sorgen bei allen Parteien für Zündstoff und Wahlkampfmunition

Die blutigen Auseinandersetzungen um die von der Polizei geräumten Häuser in der Mainzer Straße in Friedrichshain entwickeln sich zunehmend zum Wahlkampfthema, und zwar nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der Senatskoalition. In der AL, bei der gestern abend der Delegiertenrat tagte, wird immer lauter der Ausstieg aus der Koalition gefordert. Empört ist man über das „martialische Vorgehen" der Polizei und der damit verbundenen Absetzbewegung der SPD von der AL.

Beim Bundesvorstand der Grünen in Bonn rechnet man schon damit, daß bei der heutigen Fraktionssitzung der AL der Austritt aus dem Regierungsbündnis beschlossen wird. Vorstandssprecher Christian Ströbele: „Das Vorgehen des Innensenators entspricht nicht den in der Koalition getroffenen Vereinbarungen."

Der Regierende Bürgermeister Walter Momper warf gestern der CDU und FDP „blanken Zynismus" vor, weil sie die schwere innenpolitische Herausforderung für ihren Wahlkampf auszunutzen versuchten. „Die wollen von ihren Schreibtischen aus mitmischen und aus den Krawallen politischen Profit schlagen", kritisierte der Regierende das Verhalten der anderen Parteien. Er warnte davor, die gewalttätigen Auseinandersetzungen als Argumente gegen „Berlin als Hauptstadt" zu mißbrauchen. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit seien ein gesellschaftspolitischer Sprengstoff, der überall ausbrechen könne.

Mehrere Stunden lang mußten sich die 4000 Polizeibeamten durch und über die Barrikaden kämpfen.

Momper versicherte, daß weiterhin die „Berliner Linie" verfolgt werde, nach der Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden müssen. „Das gilt für jedes einzelne besetzte Haus", kündigte er das weitere Vorgehen an. Wo verhandelt werde, werde nicht geräumt.

Insgesamt sind noch rund 130 Häuser im Ostteil Berlins besetzt. Bei 32 Objekten zeichnet sich eine Einigung zwischen Besetzern und Wohnungsgesellschaften ab, für zwölf Häuser gibt es schon Nutzungsverträge. Bei vielen anderen muß mit einer Räumung gerechnet werden, auch wenn Innensenator Erich Pätzold die „Weiterverfolgung einer liberalen Linie" versprach.

Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (Neues Forum) dagegen forderte den Rücktritt von Innensenator Pätzold (SPD). Er habe in der Krawallnacht versagt. Pätzold habe alle ihre Versuche, zwischen den Hausbesetzern und der Polizei zu vermitteln, ignoriert. Es sei ein „Verbrechen, wenn die Hausbesetzer von Pätzold nur als Chaoten dargestellt werden". Unter ihnen befinden sich viele völlig desillusionierte junge Menschen, mit denen ein Gespräch gesucht werden müsse. Sie warf den Politikern im Westteil der Stadt vor, die Kollegen im Ostteil der Stadt „nicht ernst zu nehmen".

HARTWIG MAACK

Kommentare

Berlin ist nicht Beirut

Wenn es jemandem, der unter dem unmittelbaren Eindruck der blutigen Krawalle im Berliner Bezirk Friedrichshain steht, in den Sinn kommt, sehr viel schlimmer als hier könne es in dem von jahrelangem Bürgerkrieg heimgesuchten Beirut wohl auch nicht zugehen, dann ist das ein in seiner Spontaneität nachvollziehbarer Gedanke. Und der darf selbstverständlich ausgesprochen werden, so unsinnig, weil unrealistisch, sich ein solcher Vergleich bei nüchterner Überlegung auch ausnimmt.

Etwas anderes ist es, wenn jetzt erfahrene Politiker vor die Mikrophone und Fernsehkameras treten. Von ihnen muß erwartet werden, daß sie in einer emotional ohnehin extrem angespannten Atmosphäre ihre Worte besonders sorgsam abwägen, daß sie nichts tun, was die Stimmung weiter anheizen könnte, aber alles, um die Gemüter wieder zu beruhigen. Denn die Eskalation findet immer erst in den Köpfen statt und dann auf den Straßen, also muß sich auch eine dringend erwünschte De-Eskalation auf diesem Wege vollziehen.

Doch kann leider keine Rede davon sein, daß die in Berlin Verantwortlichen — und in einer solchen Situation tragen nicht nur die Regierenden Verantwortung, sondern auch die Oppositionsparteien — solchen Erwartungen und Einsichten gerecht werden würden, eher im Gegenteil. Das ist in vielen Fällen keine Überraschung, beispielsweise war fest damit zu rechnen, daß aus den Reihen der CDU die Lage vorsätzlich dramatisiert wird und einer wie Klaus-Rüdiger Landowsky flugs die Erklärung findet, schuld an allem sei der Stellenabbau beim Verfassungsschutz. Fatalerweise bemühte gestern auch Walter Momper einen Superlativ nach dem anderen zur Beschreibung der Verhältnisse („Gewaltkriminalität der schlimmsten Art", „eine der schwersten Herausforderungen für die Landesregierung und die Polizei"), sprach auch von „blanker Mordlust" und schien überhaupt sehr darauf bedacht, die eigene Entschlossenheit und die des Senats zum harten polizeilichen Durchgreifen stets um einige Grade deutlicher zu betonen als seine Bereitschaft zum Dialog mit den Hausbesetzern und zur beschwerlichen politischen Lösung.

Damit haben die Parteien das Thema nun endgültig dort, wo sie es anscheinend nur allzu gerne haben wollten, nämlich im Zentrum des Wahlkampfes. Den Nutzen daraus werden freilich außer den Christdemokraten allenfalls Grüne und AL ziehen, gewiß nicht Walter Momper und die Sozialdemokraten.

MANFRED VOLKMAR

Gewalt nach Protestmarsch

10 000 Demonstranten gegen Häuserräumung

Nach Abschluß einer friedlichen Demonstration von 10 000 Hausbesetzern und Sympathisanten ist es gestern abend im Ostteil Berlins zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Viele Teilnehmer machten sich in Richtung Mainzer Straße auf, dem Zentrum blutiger Häuserschlachten nach Räumungen in den vergangenen Tagen. Am Frankfurter Tor trafen sie auf ein massives Polizeiaufgebot. Die Beamten gingen mit Schlagstöcken und Tränengas vor.

Nach Mitteilung der Polizei flogen Steine gegen eine Bank und ein Geschäft. Etliche Scheiben gingen zu Bruch. Die jungen Leute rissen Wahlplakate ab und bewaffneten sich teilweise mit Metallstangen, hieß es. Gleichzeitig sammelten sich offenbar Angehörige der autonomen Szene in Kreuzberg. Die Polizei sprach von mehreren vermummten Personen in der Nähe des Kottbusser Tores.

Unterdessen riegelten die Sicherheitskräfte die Kreuzung Frankfurter Allee/Warschauer Straße im Ostteil der Stadt mit Mannschaftswagen ab. Aus den Reihen der teilweise vermummten Demonstranten kamen Rufe wie: „Haut ab" oder „Die Mauer muß weg".

Vor dem Roten Rathaus am Alexanderplatz verlangten zuvor Sprecher bei einer Kundgebung eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie für die noch mehr als 100 besetzten Häuser im Ostteil der Stadt sowie eine Rückgabe der geräumten Gebäude. Ferner forderten die Demonstranten den Rücktritt von Innensenator Erich Pätzold (SPD).

Die ursprünglich geplante Route zur Mainzer Straße, dem Zentrum der blutigen Häuserschlachten, war von der Polizei verboten worden. Zu dem Protestmarsch hatten linke Gruppierungen unter dem Motto „Hände weg von unseren Häusern" aufgerufen.

An der Spitze der Demonstration marschierten Abgeordnete und Mitglieder des Demokratischen Forums, unter ihnen die Stadtverordneten Sebastian Pflugbeil und Christian Tietze. Viele trugen Stirnbänder mit der Aufschrift: „Keine Gewalt". Auch die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hatte zu Gewaltfreiheit aufgerufen.

lbn

Volksblatt 15.11.

Heerlager Berlin: 3000 Polizisten stürmten 13 Häuser und verhafteten 300 Besetzer

Massiver Widerstand mit Steinen und Molotow-Cocktails / Nach Demonstration weitere Randale

Berlin. BZ

In den gestrigen Morgenstunden haben rund 3000 Polizisten 13 Häuser in der Mainzer Straße in Friedrichshain gestürmt. Etwa 300 Besetzer wurden festgenommen, 13 Verletzte im Laufe des Tages in die Krankenhäuser eingeliefert, darunter fünf Polizisten. Bereits in der Nacht von Montag zu Dienstag waren bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen 137 Beamte verletzt worden.

Die Räumung begann um halb acht, als gepanzerte Räumfahrzeuge die Barrikaden beiseite schoben. Die Berliner Polizisten, unterstützt durch Einheiten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie vom Bundesgrenzschutz, sahen sich einem Bombardement von Molotow-Cocktails, Steinen, Leuchtspurgeschossen, selbst gußeisernen Gullydeckeln von den Dächern ausgesetzt. Metertiefe Gräben behinderten das Vordringen. Haus um Haus kämpften sich die Beamten durch die Mainzer Straße vorwärts. Tränengas nebelte das ganze Viertel ein. Der Rauch von lodernden Feuern tat ein übriges zur gespenstischen Szenerie an diesem Vormittag. Sondereinsatzkommandos stürmten Wohnung für Wohnung. Das Aufgebot überstieg selbst jenes in der großen Zeit der Kreuzberger Hausbesetzungen vor zehn Jahren, meinten Kenner der Szene.

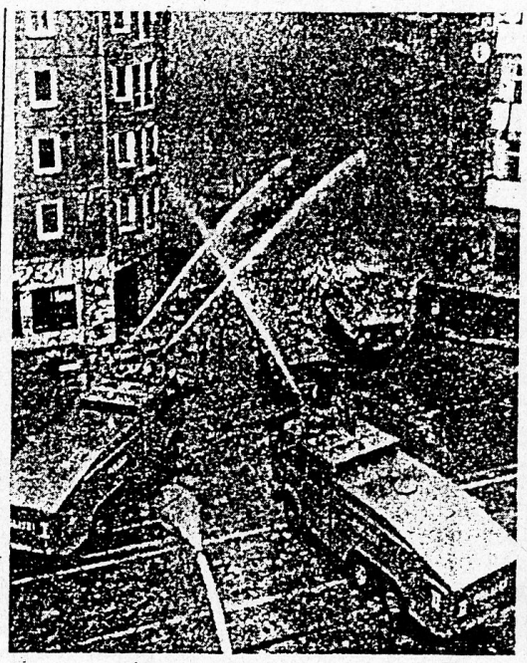
Die Polizei hatte das Areal im weiten Umkreis abgeriegelt. Frankfurter Allee, Boxhagener Straße, über Stunden auch die Grünberger Straße wurden gesperrt, was zeitweilig den Verkehr im ganzen Gebiet nahezu zum Erliegen brachte.

Am Nachmittag nahm der Regierende Bürgermeister Momper zu der ganzen Aktion Stellung. Er zeigte sich „tief besorgt über das Ausmaß von Gewalt, ja sogar der Tötungsbereitschaft", mit der die Besetzer gegen die Polizei vorgegangen seien. Der Senat werde aber bei seiner Linie bleiben, gesellschaftliche Konflikte, wo es irgend gehe, mit friedlichen Mitteln zu lösen, Gewalttätern aber mit Macht gegenüberzutreten. Dort, wo verhandelt werde, wird nicht geräumt, versicherte er.

Am Nachmittag hatten oppositionelle Gruppen zu einer Demonstration gegen die gewaltsamen Räumungen aufgerufen, an der sich schätzungsweise 5000 bis 10 000 Menschen, vorwiegend Jugendliche, beteiligten.

Nach dem Abschluß der friedlich verlaufenen offiziellen Kundgebung zog ein großer Teil der Demonstranten Richtung Mainzer Straße weiter. Am Frankfurter Tor riegelte ein massives Polizeiaufgebot den Weg der Demonstranten ab, von denen sich viele inzwischen mit Steinen und Eisenstangen bewaffnet hatten. Nachdem Vertreter des Neuen Forum vergeblich versucht hatten, eine Menschenkette zwischen den Fronten zu bilden, kam es zu erneuten gewaltsamen Auseinandersetzungen. Demonstranten warfen Steine und schossen mit Leuchtraketen auf die Polizei. Die Beamten räumten daraufhin den Platz mit Tränengas und drängten die Demonstranten Richtung Bersarinplatz ab. Schaufenster wurden eingeworfen. Autos gingen in Flammen auf.

(Siehe auch Seiten 2 und 3)



Szenen von der Räumung der Mainzer Straße. *Fotos: BZ-Olm, dpa-Altwein*

Berliner Zeitung 15.11.

Gespaltene Reaktionen auf Polizeieinsatz in Berlin

Senat und CDU contra AL, PDS und Bürgerbewegungen

Berlin. BZ

Die mit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verbundene Räumung der Häuser in der Mainzer Straße haben bei den Parteien, politischen Bewegungen und Organisationen unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während der SPD-geführte Senat die massive Polizeiaktion verteidigte, kam aus den Reihen der Al, der PDS und der Bürgerbewegungen heftige Kritik.

Walter Momper, Regierender Bürgermeister, zeigte sich gestern erleichtert, daß es gelungen sei, die Häuser zu räumen und viele an den Krawallen Beteiligte festzunehmen. Die Ausschreitungen hätten mit sozialem oder politischem Protest nichts mehr zu tun, sondern seien Gewaltkriminalität der schlimmsten Art. Er sei besorgt über das Ausmaß der Gewalt, mit der gegen die Polizei vorgegangen worden sei.

Erich Pätzold, der für die Polizeiaktion verantwortliche Innensenator, meinte, die Beamten seien wirkungsvoll und diszipliniert vorgegangen. Er habe nichts von Übergriffen gehört. Die Berliner Landesregierung werde sich auch weiterhin mit aller Kraft gegen Neubesetzungen wehren.

Renate Künast, Al-Fraktionsvorsitzende im Abgeordentenhaus, wertete indes den Polizeieinsatz als „eine Aufkündigung der Koalition seitens der SPD". Sie forderte „keine weitere Räumung – kein weiterer Barrikadenbau". Die Probleme der Stadt seien „nicht mit Polizeiknüppeln zu lösen".

Eberhard Diepgen, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU, verlangte die Räumung aller 115 derzeit noch besetzten Häuser. Momper müsse sich allerdings fragen lassen, wie er zu einer Koalition steht, „die sich mit ihren Abgeordneten und Funktionsträgern zunehmend mit den gewalttätigen Hausbesetzern solidarisiert".

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, kündigte eine stärkere Unterstützung der Bundesregierung bei den Bemühungen zur Wahrung des inneren Friedens in den Ländern an. Die Ereignisse in Berlin hätten gezeigt, daß die Gewalttäter „willkürlich Anlässe suchten, um mit menschenverachtender Brutalität Terror auszuüben". Die in den neuen Bundesländern gewonnene Freiheit dürfe „nicht durch den Terror der Straße aufs Spiel gesetzt werden".

Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte, bei der Räumung der Häuser sei „endlich vernünftig gehandelt" worden. Es müsse geprüft werden, inwieweit Politiker der Alternativen Liste und des Bündnisses 90 an „schwersten kriminellen Taten aktiv beteiligt waren".

André Brie, Vizeparteivorsitzender der PDS, verlangte eine Sondersitzung des Berliner Stadtparlaments sowie die Bildung eines Sonderausschusses zur Verhandlungsführung. Ein von allen politischen Kräften getragenes Gesamtberliner Bürgerkomitee sollte nach Möglichkeiten für dauerhafte politische und soziale Lösungen suchen.

Bärbel Bohley, Neues Forum, forderte den Rücktritt von Innensenator Pätzold. Dieser habe alle ihre Versuche, zwischen Besetzern und Polizei zu vermitteln, ignoriert. Es sei ein „Verbrechen, wenn die Hausbesetzer von Pätzold nur als Chaoten dargestellt werden".

Hans-Jürgen Fischbeck, Demokratie Jetzt, zeigte sich tief erschüttert über die gewaltsame Erstürmung der Mainzer Straße. „Noch vor einem Jahr hätte ich nicht gedacht, daß wir politischen Unfrieden gegen sozialen Unfrieden eintauschen würden."

Gottfried Forck, Bischof der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, kündigte ein eigenes Konzept der Kirche für eine friedliche Regelung des Besetzerproblems an. Das von ihm geäußerte Vermittlungsangebot sei vom Innenstadtrat des Magistrats, Thomas Krüger (SPD), mit der Begründung zurückgewiesen worden, man sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt „auf eine Verständigung nicht angewiesen".

Wilfried Penner, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßte ebenfalls die Räumaktion, „weil der Staat nicht hinnehmen kann". Versäumnisse in der Wohnungspolitik dürften aber nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden.

Renate Damus, Sprecherin im Bundesvorstand der Grünen, lehnte den Polizeieinsatz entschieden ab und forderte den Senat zu Nutzungsverträgen mit den Besetzern auf.

Bärendienst für die Stadt

Halten wir erst einmal fest: In der Mainzer Straße im Stadtbezirk Friedrichshain lebten bislang etwa 300 bis 500 Hausbesetzer – nicht viel mehr und nicht viel weniger. Es gab Verhandlungen der Besetzer mit Magistrat und Bezirksamt über Nutzungsverträge.

Und nun plötzlich bürgerkriegsähnliche Zustände. Die City ein Heerlager von Polizei und Bundesgrenzschutz. Berlin gleich Chaos? Berlin, die Hauptstadt — der Randale? So wird es sich nun in manchen Köpfen festsetzen. In Wirklichkeit waren etliche der ursprünglichen Hausbesetzer schon gestern aus der Mainzer Straße ausgezogen, weil sie keine Gewalt wollten. Dafür sammelten sich immer mehr Chaoten von außerhalb, angezogen eben von der Aussicht auf die sich anbahnende große Schlacht mit der aus dem ganzen Land verstärkten Polizei. Warum muß es aber erst soweit kommen? Daß Barrikadenbau in Berliner Straßen ungesetzlich ist — keine Frage, daß Gewalttätige zur Verantwortung gezogen werden müssen — ebenso. Darum geht es nicht. Es geht darum, ob die Hausbesetzerfrage vor allem mit polizeilichen Methoden gelöst werden soll oder friedlich.

Wer in Berlin unterwegs war, konnte den Eindruck gewinnen, daß ein Teil der Oberen der Stadt gegenwärtig auf die erste Variante hinaus und Entschlossenheit demonstrieren wollen. Warum mußte die Polizei — als in der Mainzer Straße gestern nachmittag wieder alles ruhig war — mit Sirenengeheul kreuz und quer durch die Stadt fahren, als wäre der Teufel los? Sollte so eine Massenpsychose in der Bevölkerung erzeugt werden?

Sicher: Innensenator Pätzold hat law and order auf seiner Seite. Mag sein, daß er auf diese Weise eine bestimmte Wählergruppe für die SPD gewinnen kann. Indem er aber das Seine dazu beitrug, aus einem lösbaren Problem ein geradezu nationales Ereignis zu machen, hat er Berlin einen Bärendienst erwiesen.

Bo Adam

Berliner Zeitung 15.11.

Gewalt gegen Gewalt — die Polizei blieb vorläufig Sie

Mit Äxten und Brechstangen Wohnungen in der Mainzer geräumt / Der befürchtete Nahkampf mit den Besetzern blieb a

Die Szenerie um 8.30 Uhr schien einem Film entlehnt. Polizisten hatten die Mainzer Straße gestürmt, schoben sich unter der Deckung ihrer Schilder an den Häuserwänden vorwärts. Weit und breit ist kein Besetzer zu sehen, die Türen und Fenster aller Häuser sind verrammelt. Von einem buntbemalten Balkon dröhnt Musik der Rockgruppe Ton, Steine, Scherben: „Der Traum ist aus . . ."

Zwei Stunden vorher hatte die Polizeiaktion begonnen. Weiträumig ist zu diesem Zeitpunkt das Gebiet um die Mainzer Straße abgeriegelt, was im morgendlichen Berufsverkehr zum Chaos führt. Noch aber ruht die Schlacht. Ein Sondereinsatzkommando der Berliner Polizei arbeitet sich über das Gerüst am Haus Frankfurter Allee 40 langsam aufwärts. Auf die Dächer der Mainzer Häuser will man vordringen, denn von hier droht die meiste Gefahr.

Blendgranate setzte Neubauwohnung in Brand

Attacken der Randalierer auf die Sondereinheit werden von der Straße mit Tränengas und Blendgranaten beantwortet. Aber nicht jeder Schuß sitzt. Eine Granate durchschlägt das Fenster einer Neubauwohnung im Eckhaus Mainzer Straße und setzt ein Zimmer in Brand. Als die Feuerwehr eine halbe Stunde später anrückt, haben die Bewohner längst zur Selbsthilfe gegriffen.

Während der ganzen Zeit steht eine kleine Menschenkette auf der Frankfurter, fordert von der Polizei Verhandlungen statt Gewalt. Als zwei Unterhändler zu dem Einsatzwagen kommen, schickt man sie nach hinten, „zum Chef". Kurze Zeit darauf, es ist 7.30 Uhr, kommt über Polizeifunk der Befehl zum Räumen.

Zwei Räumpanzer und zwei Wasserwerfer machen sich auf der Frankfurter Allee daran, die zwei Meter hohe und an die zehn Meter breite Barrikade am Eingang zur Mainzer Straße einzureißen. Ein Hagel von Steinen und Molotow-Cocktails ist die Antwort der Vermummten, die die Polizei zunächst zum Rückzug zwingen. Im zweiten Anlauf gehen die Einsatzkräfte dann aber richtig zur Sache. Gezielt werden die Steinewerfer auf den Dächern beschossen, ein Räumpanzer reißt ein Gerüst, auf dem sich Vermummte befinden, nieder. Zur gleichen Zeit wird das Tränengas-Bombardement der Mainzer Straße aus allen Richtungen verstärkt, so daß man dort kaum noch die Hand vor den ohnehin tränenden Augen sieht.

Die Mainzer: Häuser sind geräumt, Probleme bleiben.

Plötzlich kreist ein Hubschrauber über der Szene. Er wird von den Dächern aus mit Leuchtspurmunition und Feuerwerksraketen beschossen und dreht nach einigen Runden wieder ab.

Gegen acht Uhr ist es schließlich soweit, die Sondereinheit hat die Dächer erobert. Die Beamten finden ganze Batterien von Steinen, Dachplatten und Molotow-Cocktails. Darunter befindet sich auch ein „Super-Molli", ein mit Benzin und Öl gefüllter Weinballon, der — wäre er auf die Straße geflogen — einen wahren Feuersturm ausgelöst hätte.

Unten rücken inzwischen die Helm-und-Schild-Einheiten vor. Aber der befürchtete Nahkampf mit den Hausbesetzern bleibt aus, auch wenn am Nachmittag Polizeipräsident Schertz davon spricht, daß einer seiner Leute aus Notwehr drei Warnschüsse abgeben mußte. Später wird ein Besetzer mit einem Fußsteckschuß ins Krankenhaus abtransportiert — woher das Projektil stammt, ist noch ungeklärt.

Die Beamten waren im falschen Haus

Als die Polizei in die Straße vordringt, ziehen sich die Besetzer in ihre Häuser zurück. Türen werden verrammelt, Treppenhäuser verbarrikadiert. Mit Äxten und Brechstangen geht die Polizei daran, die Wohnungen auszuheben. Dabei geht der Eifer mit einigen durch. Als man in der Mainzer Straße 12 nach der dritten aufgebrochenen Wohnungstür immer noch keinen Besetzer findet, merken die Beamten, daß sie im falschen Haus sind.

In den übrigen Gebäuden dagegen werden sie fündig. 13 Häuser sind's insgesamt, die geräumt werden, mehr als 300 Besetzer nimmt die Polizei fest. Der harte Kern der Randalierer allerdings hat schon längst die Flucht über die Höfe ergriffen. Wen man jetzt noch bekommt, der läßt sich ohne Widerstand festnehmen.

Der Hinterhof des Hauses Mainzer Straße 4 ist der erste provisorische Zuführungspunkt. Hier stehen am Vormittag 110 Männer und Frauen, in eine Hofecke gedrängt, und werden mit dem Gesicht zur Wand von PolizistInnen gründlich durchsucht. Unter den Festgenommenen sind auch Abgeordnete vom Bündnis 90 und der AL, die aber bis zum Nachmittag wieder auf freiem Fuß sind. Sie hatten sich seit den frühen Morgenstunden bei den Hausbesetzern aufgehalten und sich um Deeskalation bemüht.

Jederzeit kalkuliert — Opfer der Schlacht

Die Straße bietet ein Bild der Verwüstung

Gegen Mittag werden dann die letzten der Besetzer aus den Häusern geführt. Schlange stehen heißt es vor den Zellenwagen. Der Abtransport ist eher schleppend, manche der Festgenommenen werden noch über Stunden — Ironie des Schicksals — in den von ihnen selbst vergitterten Läden im Erdgeschoß eingesperrt.

Noch immer hängt der Geruch von Tränengas und verbranntem Öl über den Häusern. Die Straße bietet ein Bild der Verwüstung. Überall ist das Pflaster aufgerissen, kaum eine Scheibe in den besetzten Häusern intakt. Mit Planierraupen werden die aufgerissenen Gräben notdürftig verfüllt. Schwere Räumfahrzeuge schieben die Reste der Barrikaden beiseite. Das Wrack eines VW-Käfers wird weggeschleppt, ebenso ein völlig zertrümmerter Bauwagen, Teil der Befestigung an der Boxhagener Straße.

Polizisten in Zivil holen noch Benzinkanister und Molotow-Cocktails aus den Häusern, warnen vor massiven, mit Eisenspitzen gespickten Holzplatten, die in den Treppenhäusern hängen.

Zur selben Zeit rücken die ersten Bauarbeiter an. Sie sollen die nun leeren Häuser sichern, die sofortige Wiederbesetzung verhindern. Mit zugemauerten Fensterhöhlen ist das Problem aber gewiß nicht zu lösen. Ob die von den Spuren der Auseinandersetzungen schwer gezeichneten Häuser überhaupt wiederhergestellt werden können, scheint angesichts der vielen Schäden mehr als fraglich. Die Sprengung aber wäre auch keine neue Idee, das wollte der Friedrichshainer Rat des Stadtbezirkes schon vor zwei Jahren.

Andreas Förster
Rainer Stephan

Nur ein vorübergehender Sieg

Fotos: BZ-Studre

Wasserwerfer und Tränengasgranaten gegen Hausbesetzer in Friedrichshain:

Mit Gewalt erzwingen, was Politik versäumt hat?

Westpolizei probte in Ostberlin den Bürgerkrieg

Von unseren Berichterstattern RENE HEILIG und JOCHEN GENERAL

Mit einem bis dahin nie dagewesenen Polizeiaufgebot aus Westberlin und den SPD-regierten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, verstärkt durch Spezialtruppen des Bundesgrenzschutzes, versuchte der Berliner Senat am Mittwoch, den Hausbesetzungen in der Mainzer Straße Herr zu werden. Schon in der Nacht waren Tausende Polizisten im Stadtbezirk Friedrichshain zusammengezogen worden. Jegliche Vermittlungsversuche von Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen und verschiedener Parteien blieben unbeachtet. So hatte beispielsweise Bärbel Bohley am Dienstag vier Stunden im Vorzimmer von Innensenator Pätzold (SPD) gesessen, ohne gehört zu werden.

In den Morgenstunden des Mittwochs begann dann der Sturmangriff von 3000 Polizisten mit Wasserwerfern, gepanzerten Fahrzeugen und Hubschraubern. Die Polizei, die mit Leuchtmunition, Steinen und Molotow-Cocktails empfangen wurde, drang unter Einsatz aller nur denkbaren Mittel Haus für Haus in die Wohnungen ein und durchsuchte sie. Über 300 Besetzer wurden festgenommen, abgeführt und in bereitstehende Polizeifahrzeuge verfrachtet.

Polizeipräsident Schertz zog am Nachmittag vor der Presse im Rathaus Schöneberg eine Bilanz des blutigen Vormittags: Fünf Polizisten und fünfzehn Hausbesetzer seien verletzt, wie viele darüber hinaus ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten, blieb unbekannt. Einer der Besetzer ist möglicherweise durch einen Schuß verletzt worden. Kurz nach seiner Verhaftung wurde ihm ein geschoßähnlicher Gegenstand (wahrscheinlich ein 9-mm-Projektil), aus einer Fußwunde entfernt. Ein Sprecher der Polizei mußte bestätigen, daß einer der Polizisten „in einer Notwehrsituation" drei Warnschüsse abgegeben habe.

Am Abend versammelten sich über 10 000 Demonstranten in der Berliner Schönhauser Allee. Sie solidarisierten sich mit den Zielen der Hausbesetzer und protestierten gegen den brutalen Polizeiterror, gegen den der VP-Einsatz vom 7./8. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR ein „Geländespiel" gewesen sei, wie der Pressedienst der Grünen Partei in einer Erklärung betonte.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, rechtfertigte am Nachmittag auf einer Pressekonferenz im Schöneberger Rathaus den massiven Polizeieinsatz; das Verhalten „der militanten Hausbesetzer" in der Mainzer Straße sei „eine der schwersten Herausforderungen für die Landesregierung und die Berliner Polizei" gewesen. Am gleichen Tage stellte sich die SPD-Fraktion voll hinter ihren Innensenator Pätzold, der auf der Pressekonferenz mit Momper die politische Verantwortung für die Aktion gegen die Mainzer Straße übernommen hatte.

CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Diepgen hat den Regierenden Bürgermeister zur Beendigung der Koalition mit der Alternativen Liste aufgefordert, weil diese eng mit Sympathisanten der Hausbesetzer verbunden sei.

Bis in den späten Abend des Mittwochs hinein heulten im Gebiet östlich des Alexanderplatzes Polizeisirenen. Die Stadt vermittelte den Eindruck eines Belagerungszustandes.

(Weitere Berichte auf den Seiten 2, 3 und 7)

ND 15.11.

STANDPUNKT

Pervers

Verglichen mit der Schlacht in Berlins Mainzer Straße, waren die sprichwörtlich gewordenen Kreuzberger Nächte urgemütlich. Die Orgie der Gewalt überstieg alles, was im Umgang mit Hausbesetzern dagewesen ist. Sprüche von Hausfriedensbruch murmelnd, dem man wehren müsse, sorgte Innensenator Pätzold dafür, daß der Friede in Deutschlands größter Stadt in die Brüche gehen könnte.

Mag man zu den Kontrahenten der Polizei stehen, wie man will — und manche verabscheuen sie ja so, daß sie nach Schießbefehlen rufen und gar in Mielke-Nostalgie verfallen —, klar ist: Ein Staat, der nicht fähig ist, bei Konflikten angemessen, kalkulierbar zu reagieren, der trägt Schuld. Und auf der Hand liegt es ja wohl, daß Tränengas und Knüppel nicht das Mittel sind, mit einem solch diffizilen Problem, wie es die Hausbesetzungen sind, fertigzuwerden.

Die Hausbesetzerszene ist wahrlich keine typische Folklore Ostberlins. Die kennt man in der Welt, der wir seit sechs Wochen angehören, schon lange. Geklärt aber ist diese Frage nirgends. Wie ist's? Denkt man gar, das zurückgebliebene Land der Ossis sei das geeignete Manöverfeld, wo man nun bedenkenlos Gewaltlösungen exerzieren könne?

Oder ist die Schlacht von Friedrichshain nichts anderes als eine Form des Kriegs um Wählerstimmen? Vermuten kann man schon, daß Momper, der pharisäerhaft von einem menschenverachtenden Vorgehen gegen die Polizei (!) gesprochen hat, der CDU, die sich als Gral von „law and order" anpreist, beweisen will, wer wirklich der beste aller Ordnungshüter ist.

Pervers war die Verwüstung einer Nebenstraße, doch mindestens ebenso makaber ist es, wenn aus niederen Wahlmotiven Bürgerkrieg geprobt wird.

FRANK WEHNER

ND
15.11.

Ohne Konzept in ein Hornissennest

Mein Gott, unsere Straße sieht aus, als ob Krieg gewesen wäre, sagte mir eine ältere Anwohnerin am Mittwochmittag, als sich die Rauchschwaden etwas verzogen hatten. Inmitten Berlins war der Bürgerkrieg geprobt worden.

Der begann, scheinbar ohne Zusammenhang mit dem Folgenden, gegen 3.30 Uhr in der Nacht. In einem der nichtbesetzten Häuser in der Mainzer Straße brach ein ominöser Brand in einem nicht zugänglichen Kellerverschlag aus. Das bestätigte auf Nachfrage Brandamtmann Biegel von der Friedrichshainer Feuerwache und zitierte aus dem Journal, daß es keinerlei Schwierigkeiten gegegeben hätte. Im Gegenteil, berichten Augenzeugen, denn „die Chaoten" halfen einer jungen Frau mit ihrem Kind vom 1. Stock in Sicherheit zu gelangen. Noch hoffte man auf politische Lösungen.

Dann lösten sich alle Hoffnungen auf in Rauch und Brutalität. Wenige Minuten nach 5 Uhr. Polizei war im Anmarsch...(Wer am Abend des Vortages über die Autobahn kam, konnte die Transportkolonnen aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen sowie die Sondertruppen des BGS zählen.) Trotz allem bemühten sich Vermittler, begannen ihre, wie sich zeigt, von der Polizei und ihrer politischen Führung ungewollten Aktivität; Bärbel Bohley und Reiner Schult vom Neuen Forum, Rainer Börner von der PDS, Vertreter des Unabhängigen Frauenverbandes und der V L hatten sich noch vor Beginn des Polizeieinsatzes zu den Besetzern begeben. Immerhin erreichte Frau Bohley, daß der Evakuierung von rund 30 unbeteiligten Zivilisten zugestimmt wurde. Rainer Börner, Mitglied des PDS-Parteivorstandes, berichtete: „Wir haben eine Menschenkette gebildet, damit die Polizei nicht unbesonnen handelt." Innenstadtrat Krüger, der für ND nur „kein Kommentar" übrig hatte, sagte zu Börner: In der Einsatzzentrale habe kein Politiker etwas zu suchen. Was nun kommt, sei Sache der Polizei. Der Bürgerkrieg war also beschlossen.

Berlin erwachte - und fast ein ganzer Stadtbezirk stand unter Belagerung. Überall Absperrungen, Umleitungen. Gegen 6 Uhr schoß die Polizei Tränengasgranaten in die verbarrikadierten Straßenzüge, in denen die besetzten Häuser stehen, aber längst nicht nur diese. Einige der Geschosse durchschlugen die Fensterscheiben von Wohnungen, die ganz bürgerlich, d.h. rechtskräftig vermietet sind. In der Frankfurter Allee schlug ein Geschoß in der Wohnung einer vierköpfigen Familie ein. Das jüngste der zwei Kinder ist gerade vier Monate alt.

6.30 Uhr. Die Polizei setzte mit ersten Trupps zum Sturm an. Der zuständige Bezirksbürgermeister erfuhr von der Aktion exakt acht Minuten später. Gegenüber ND sagte er am Ort des Geschehens: „Ich hoffe auf einen Abbau des Gewaltpotentials, damit die Bürger wieder wie Menschen leben können."

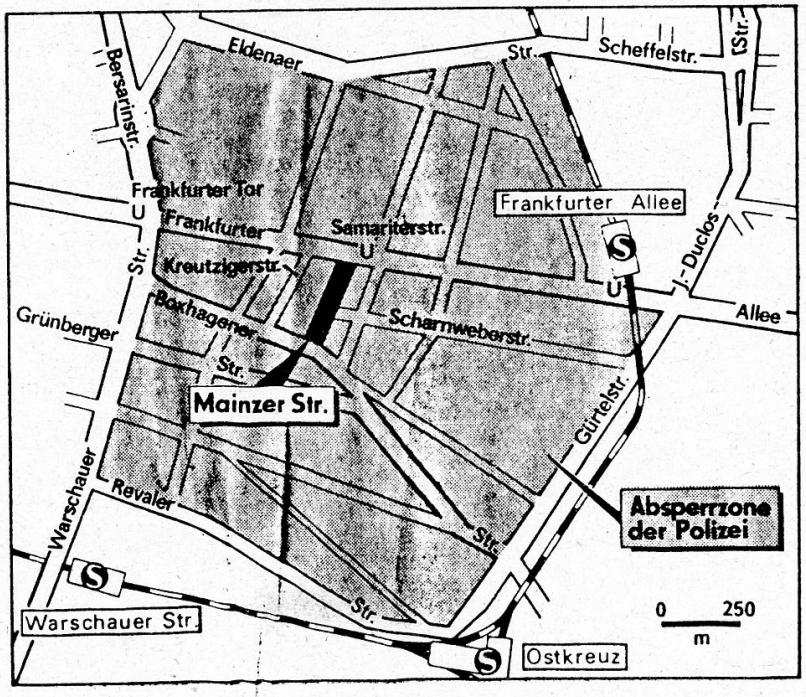
Eine Stunde später. Die Polizei, ausgerüstet mit Kampfanzügen, Schilden, Schlagstöcken war bei ihrem Angriff aus der Boxhagener Straße erst rund 20 Meter vorangekommen. Von der Frankfurter Allee aus versuchte die Polizei, sich mit Räumpanzer und Wasserwerfern den Zugang zur Mainzer Straße zu erzwingen. Die Besetzer antworteten mit Brandflaschen und Steinen. Mit Räumtechnik bahnte die Polizei sich an anderen Stellen ihren Weg. Radlader schoben Barrikaden beiseite.

Überall Brände, beißender Qualm. Gewalt feierte Orgien. Ein junger Passant: „Was machen die nur, das ist wie früher - nur daß diesmal der SPD-Senat die Knüppel schwingt." Ein Geschäftsmann widersprach: „Richtig so! Hätten sie doch die Häuser zugemauert." Wohnungen zumauern, in der Wohnungsnot Berlins...!?

„Schreiben Sie in Ihren Bericht, daß auch die Polizei mit Steinen wirft," sagte ein Nachbar. Während Tränengasschwaden das Atmen erschwerten, plädierte der junge Mann für Vernunft.

Ein älterer Mieter der Straße, dem man mehr politische Erfahrung zugestanden hätte, mischte sich ein. „Alle vergasen, ich begreife nicht, warum die Polizei nicht schießt. Ein Flammenwerfer sollte doch genügen..."

Eineinhalb Stunden nach dem Beginn des Häuserkampf-Spektakels. Ein Hubschrauber kreiste im Tiefflug. Die Fußtruppen der Polizei tasteten sich an den Häuserwänden voran. Ihre Taktik erinnert an die Schildkröten römischer Legionäre. Wasserwerfer hatten die ersten Hindernisse überwunden, hielten mit scharfem Strahl Vermummte von den Fenstern fern. Gedeckt in einem Hauseingang traf ich Stefan Lischewski. Er wohnt in der Kolbestraße. „Noch gestern habe ich mich nicht bedroht gefühlt." Man habe sogar Straßenfeste gemeinsam gefeiert und gegen Rechts gestanden. „Das ist wohl ab heute morgen anders. Wahlkampf kann doch nicht heißen, daß man ohne Konzept in ein Hornissennest stechen darf!" Ähnlich sieht das Thomas Herrmann, von dessen Balkon das weitere Vorgehen der Polizeisturmtruppen zu beobachten war. Auch in seiner Wohnung sind Scheiben zu Bruch gegangen, denn die Wasserwerfer nahmen nicht nur besetzte Häuser ins Visier. „So kann es keine Lösung geben. So schafft man nur noch mehr Gewalt", kommentierte der junge Mann, der gerade von der Nachtschicht gekommen war. Gegenüber ein durchnäßtes Plakat: Schaut nicht weg! Wehrt Euch, greift ein! Darunter in der „Gay-Bar" wurden Verwundete versorgt.



Gegenangriff der Autonomen. 8.40 Uhr. „Mollis", benzingefüllte Brandflaschen, flogen aus den oberen Stockwerken. Ein Polizist wurde getroffen, Kollegen retteten ihn.. Auf den Dächern bezogen Sondereinsatzkommandos Stellung. Über ihnen Hubschrauber - und bunte Luftballons.

Gegen 9 Uhr. Uniformierte führten die ersten Festgenommenen ab. Ihre Hände waren auf dem Rücken gefesselt, die Beamten nutzten geübt die Hebelgesetze. Die Räume, in denen die „Ruhestörer" gesammelt wurden, galten für die Presse als tabu.

Zehn Minuten später kam es nur noch zu vereinzelter Aktionen. Der harte Kern der Besetzer organisierte offensichtlich den Rückzug. Gleich neben dem ehemaligen Sportlerheim konnte man eine Losung sehen: Leben fängt da an, wo wir uns gegen ihre Macht durchsetzen (Nietzsche).

Kurz vor 9.30 Uhr setzte sich die übermächtige staatliche Macht durch. Mit Trennschleifern, Äxten, Drahtscheren, Brechstangen, ja sogar mit den Tragestangen einer Krankentrage verschaffte sich die Ordnungsmacht Zugang zu den Treppenaufgängen. Über allem tönte aus Lautsprechern Rockmusik: „Keine Macht für niemand" und „der Traum ist aus".

Wer das glaubt, befindet sich mit Sicherheit im Irrtum.

ND 15.11.

Entsetzen auf der einen, „Erleichterung" auf der anderen Seite / Erklärungen zur Räumung der Mainzer Straße

Arroganz der Macht gegenüber Menschen im Osten

Von KARIN NÖLTE und JOCHEN GENERAL

Zwei Pressekonferenzen zur gleichen Stunde zum Thema „Mainzer Straße" gestern nachmittag: Im Ostberliner Haus der Demokratie äußerten Neues Forum, PDS, Unabhängiger Frauenverband und Vereinigte Linke ihr Entsetzen über die Räumung, im Westberliner Rathaus Schöneberg stellten sich die Verantwortlichen hinter die Polizeiaktion.

Bärbel Bohley, Neues Forum, forderte den sofortigen Rücktritt von Innensenator Erich Pätzold. Die für den Gewalt-Einsatz verantwortlichen Politiker hätten versagt. Die Bürgerrechtlerin nannte es „ein Zeichen von Arroganz der gegenwärtigen Politiker, die ihre Macht ausüben und nicht bereit sind, mit den Menschen im Osten zu sprechen". Damit machte sie auf ihre wiederholten vergeblichen Versuche aufmerksam, im Auftrag der Besetzer Kontakt mit Pätzold herzustellen, der sich jedoch zu einem Gespräch mit ihr nicht bereitfand. Bärbel Bohley erinnerte an die friedliche Revolution vor einem Jahr. Die Erfahrung der Gewaltlosigkeit von damals sei durch die Ignoranz des Senats, durch polizeiliche Willkür kaputtgemacht.

Reiner Börner, PDS, warnte vor einer weiteren Eskalation der Gewalt. Auch wenn es eine Illusion sei, so sagte er, fordere er, daß die Polizeikräfte zurückgezogen werden und daß allen Häusern, die vor dem 25. Juli dieses Jahres besetzt wurden, die Nicht-Räumung garantiert werde.

Konzeptionslosigkeit wirft die **LINKE LISTE/PDS** in Berlin in einer Presseerklärung der SPD vor. „Politisch handlungsunfähig geworden durch das Zusammennageln der beiden deutschen Staaten, läßt sie die Polizei knüppeln, um den Eindruck ihrer Hilflosigkeit zu überdecken", heißt es in einer Erklärung. Die LINKE LISTE/PDS fordert „die Rückgabe der Häuser in der Mainzer Straße an die BesetzerInnen und Verhandlungen über Nutzungsverträge, damit der soziale Friede und der politische Umgang mit den sozialen Problemen in dieser Stadt noch eine Chance haben".

Der Unabhängige Frauenverband erklärte, mit der Polizeiaktion werde auf Kosten und mit der Angst der BürgerInnen Berlins Wahlkampf betrieben. „Zwei Fliegen sollen mit einer Klappe geschlagen werden: Formen von selbstbestimmtem Leben, von BürgerInneninitiativen sollen zerschlagen werden, und Pätzold will die SPD als eine Partei darstellen, die für Ruhe und Ordnung sorgen kann."

Walter Momper, Regierender Bürgermeister hat den massierten Polizeieinsatz in der Mainzer Straße ausdrücklich gutgeheißen, er sei „erleichtert" über die Räumung. Zugleich hat er es abgelehnt, von einer Stunde zu sprechen, „in der man Freude- oder Triumphgefühle haben könnte". Im Schöneberger Rathaus, das wegen einer Demonstration für die Hausbesetzer von Polizisten hinter metallenen Sperrgittern abgesichert war, hellte er den Hintergrund der Entscheidung mit den Worten auf: „Das Verhalten der militanten Hausbesetzer war eine der schwersten Herausforderungen für die Landesregierung und die Berliner Polizei." Momper beklagte die „Verrohung" und „Gewaltkriminalität" und warf den Hausbesetzern an einer Stelle sogar „blanke Mordlust" vor.

Gleichzeitig wandte er sich gegen Versuche der CDU und der FDP, diese schwere innenpolitische Herausforderung für den Wahlkampf auszuschlachten und die Auseinandersetzungen als Argument gegen Berlin in den Diskussionen um die deutsche Hauptstadt zu mißbrauchen.

Auf derselben Pressekonferenz übernahm **Innensenator Erich Pätzold** die volle politische Verantwortung für den Großeinsatz, weil die Stadt vor „Anschlußrandalen" geschützt werden müßte. Nur Westberliner Polizisten seien an dem Einsatz direkt in der Mainzer beteiligt gewesen, während die Kräfte aus Westdeutschland zur Außensicherung dienten. Auch der Senator wies den Gedanken an „falsche Triumphgefühle" zurück. Einzelheiten des Einsatzes der 3000 Polizisten schilderte **Polizeipräsident Georg Schertz** auf der Pressekonferenz, wobei er die pikante Einzelheit mitteilte, daß ein geplantes direktes Eingreifen eines Hubschraubers wegen der Gefahr des Absturzes nach dem Beschuß mit Signalpatronen unterblieb.

Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der AL, wiederholte anschließend auf einer getrennten Pressekonferenz die Kritik des Koalitionspartners der SPD an den „völlig überzogenen Polizeieinsätzen", weil der militärische Weg die demokratische Kultur zerstöre. Sie wies zugleich Mompers These zurück, die AL stehle sich aus der politischen Verantwortung. Die AL sei nicht nur in der Mainzer präsent gewesen, sondern habe Pätzold rechtzeitig Verhandlungsbereitschaft der Besetzer signalisiert. Die SPD und insbesondere Senator Pätzold müßten zu einer gemeinsamen rot-grünen Linie im Umgang mit den Hausbesetzern zurückkehren.

PDS-Erklärung zur Räumung

Berlin (ND). Der Polizeieinsatz gegen die Hausbesetzer und andere Protestierende in der Mainzer Straße erfolgte ohne Abstimmung mit den gewählten Vertretern der Bevölkerung dieses Stadtbezirkes, geht aus einer Erklärung der PDS-Fraktion der Stadtbezirksversammlung hervor. In Friedrichshain existieren 121 leerstehende Häuser, von denen 49 besetzt waren. Es wird erinnert, daß die Abgeordneten der Stadtbezirksversammlung aller Parteien von Anfang an um eine politische Lösung des Problems bemüht waren. Trotz aller Kompliziertheit sei die ruhige Situation am Montag erst durch das unverhältnismäßige Eingreifen von Herrn Pätzold gekippt, wird eingeschätzt.

Protestdemonstration gegen brutale Polizeiaktionen und Wohnungsnotstand

10 000 solidarisch mit den Hausbesetzern

ND-Foto: Joachim Fiegutl

Mit einem Marsch vom Senefelderzum Strausberger Platz protestierten gestern abend mehr als 10 000 Berliner gegen den brutalen Polizeieinsatz und Wohnungsnot in der Stadt. Mit Transparenten „Ab heute obdachlos – gebt uns Alternativen" oder „Wer nicht fühlen will, muß hören" und Sprechchören „Feuer und Flamme für diesen Staat" machten die vorwiegend jugendlichen Demonstranten ihre Ablehnung gegen Senat und Polizei deutlich.

Auch bei dieser Demonstration glich das abendliche Berlin einer belagerten Stadt. Ständig wurde der Zug von Hunderten bürgerkriegsmäßig ausgerüsteten Polizisten begleitet. Demonstranten mußten sich abtasten lassen, allgegenwärtig die Mannschaftsfahrzeuge und Panzerwagen, Hubschrauber kreisten über dem Zentrum.

Am Roten Rathaus wurde ein kurzer Zwischenstopp eingelegt. Hausbesetzer und SympathisantInnen verurteilten scharf den „militärischen Terror gegen alternative Lebensformen". Karin Dörre, PDS-Stadtverordnete, kritisierte, daß die Berliner Landesregierung kein Konzept zur friedlichen Lösung der Hausbesetzerprobleme hat. Sie wies nach, daß die Räumung der besetzten Wohnungen vom Magisenat von langer Hand vorbereitet war. Wer, fragte sie, bezahlt eigentlich den massiven Polizeieinsatz? Das Geld wäre besser für Neubau und Sanierung von Wohnungen zu verwenden. Der Aufruf an die Hausbesetzer, sich von der Polizei nicht provozieren zu lassen, ging allerdings in Pfiffen unter.

Den Rücktritt von Innensenator Erich „Rambo" Pätzold (wie auf einem Transparent zu lesen) forderte Gerd Poppe vom Bündnis 90/Grüne. Zuvor war schon verlangt worden, Innenstadtrat Krüger und Polizeipräsident Schertz abzulösen. An die AL gewandt, meinte Poppe, sie möge die Koalition mit der SPD überdenken.

Es sei beschämend, sagte ein weiterer Sprecher, daß man ein Jahr nach den Protesten gegen die damalige Führung in Ostberlin wieder auf die Straße gehen müsse, um sich gegen staatliches Unrecht zur Wehr zu setzen.

Gegen 19.15 Uhr erklärten die Organisatoren am Strausberger Platz die Hausbesetzer-Demonstration für beendet. Da die Seitenstraßen abgeriegelt waren, bewegte sich ein großer Teil des Zuges weiter in Richtung Mainzer Straße, wo am Vormittag die Polizei Hausbesetzern einen Häuserkampf geliefert hatte.

Einzelne Krawall-Macher, die in der Karl-Marx-Allee eine Scheibe einschlugen, wurden von Demonstranten zu Ordnung gerufen. Als diese am Frankfurter Tor von einem massiven Polizeiaufgebot gestoppt wurden, suchte ein „harter Kern" von 300 bis 400 Jugendlichen Auseinandersetzungen. Pflastersteine flogen. Scheiben gingen zu Bruch. Die Polizei setzte schließlich Tränengas ein und machte Jagd auf einzelne Angreifer.

Nachdem sich in den späten Abendstunden zunächst ein harter Kern der Demonstranten zusammengefunden hatte, kam es mit Bürgern zu Gesprächen. Später – gegen 22.30 Uhr – löste sich die Gruppe schließlich auf.

HELFRIED LIEBSCH
WOLFGANG HÜBNER

ND 15.11.

Großaufgebot der Polizei räumt Häuser in Berlin

300 Personen festgenommen / Warnschüsse abgefeuert

BERLIN, 14. November (Reuter/AP/FR). Nach weiteren Straßenschlachten hat am Mittwoch ein massives Polizeiaufgebot 13 besetzte Häuser im Osten Berlins geräumt. Mehr als 300 Menschen wurden festgenommen. Die Polizei hatte rund 3000 Beamte im Einsatz und setzte Wasserwerfer, gepanzerte Räumfahrzeuge und Tränengas ein. Bei den harten Auseinandersetzungen wurden der Polizei zufolge 70 Beamte und 15 Besetzer verletzt. Ein Polizist feuerte Warnschüsse ab. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) äußerte sich besorgt über das Ausmaß der Gewalt.

ENTSCHEIDUNGSKAMPF: Mit brachialer Gewalt eroberten Spezialeinheiten der Berliner Polizei 13 besetzte Häuser. (Bild: dpa)

Die durch Kräfte aus Westdeutschland verstärkten Polizeieinheiten rückten kurz vor sieben Uhr unter massivem Einsatz von Tränengas mit Wasserwerfern, gepanzerten Fahrzeugen und schwerem Räumgerät in die Mainzer Straße vor. Andere Polizisten drangen über Nachbarhäuser und Dächer in die besetzten Häuser ein. Die Besetzer, die sich hinter zum Teil meterhohen Barrikaden und auf Dächern verschanzt hatten, bewarfen von den Dächern aus die Polizisten mit Ziegeln, Steinen und Brandsätzen und schossen mit Leuchtspurmunition.

Während Hunderte von Beamten auf der Straße vorrückten, drangen Spezialeinheiten über die Dächer der angrenzenden Häuser vor. Nach kurzen Auseinandersetzungen gelang es Polizisten, die Dächer einzunehmen, sich abzuseilen und durch Fenster in die Häuser einzudringen. Zugleich umstellten starke Polizeikräfte die besetzten Häuser, schlugen die Eingangstüren mit Äxten auf und drangen in die Häuser ein. Wenig später wurden die ersten Besetzer abgeführt, einige waren blutüberströmt, andere an Kopf oder Hals verletzt.

Mehr als 70 Beamte und rund 15 Besetzer wurden nach Polizeiangaben verletzt. Ein Demonstrant wurde durch einen Schuß am Fuß verletzt. Es blieb zunächst ungeklärt, aus welcher Waffe der Schuß abgefeuert wurde. Der Polizei zufolge hatte ein Beamter drei Warnschüsse abgegeben. Die Mordkommission hat deshalb Ermittlungen aufgenommen.

Die von der Polizei nach und nach geräumten und durchkämmten Häuser waren zum Teil festungsmäßig ausgebaut. In den Treppenhäusern hatten die Besetzer massive Sperren aus Holz und Stahl installiert, die über Seilzüge von oben herabgelassen werden konnten. Treppenstufen waren Metallplatten bracht, die unter Strom standen.

Berlins Polizeipräsident Georg S sagte, ein Einsatz mit Hubschraube be abgebrochen werden müssen, w Besetzer auf die Helikopter gesch hätten. In einer Wohnung sei eine mit Benzin gefüllte Brandflasche den worden. Wäre dieser „Super- eingesetzt worden, hätte er wie Bombe gewirkt.

Momper nannte die Krawalle „ei schwersten Herausforderungen fü Landesregierung". Er sei „tief b über das Ausmaß der Gewalt" un von den Besetzern gezeigte Bereit zum Töten. Es sei eine Verrohung treten, die nicht geduldet und mit Konsequenz strafrechtlich verfolgt Momper sagte, die Stadt spiegele d sellschaftlichen Konflikte ganz Deu lands wider. Wohnungsnot, Arbeits keit und Zerfall seien ein gesellsch cher Sprengstoff, der überall zum bruch kommen könne.

Der Koalitionspartner der SPD, d ternative Liste, sprach von „völlig üb genen Polizeieinsätzen". In einer rung hieß es, die „martialische V hensweise der Polizei hat nichts an hervorgebracht als eine neue Welle Gewalt und Gegengewalt". Die Bo Grünen erwarten nach dem Polizeisatz den Bruch der rot-grünen Koal Das Vorgehen Pätzolds entspreche den Koalitionsvereinbarungen, sagte Vorstandsmitglied Christian Ströbele

Die Bundesregierung in Bonn forc es müsse mit „Härte und Entschlo heit" gegen Gewalt auf der Straße v gangen werden. Der Parlamentar Staatssekretär im Innenministe Horst Waffenschmidt, sagte, die Kra bei Fußballveranstaltungen und in Hausbesetzerszene hätten ein Aus erreicht, das nicht mehr hingenom werden könne. (Siehe auch Se

FR 15.11.

Mainzer Straße: Der harte Kern

Bier-Cocktail im Café „Pilatus" in der Mainzer Straße, dazu ein Anarcho-Small-Talk über das baldige Ende aller Republiken. Im Frühsommer 1990 herrscht Aufbaustimmung bei den Ostberliner Hausbesetzern. Man bastelt fleißig an den heruntergekommenen Wohnungen. Flugblätter und ein Info-Treff in der parallelen, ebenfalls besetzten Kreutziger Straße werben bei der regulären Anwohnerschaft nicht ohne Erfolg um Sympathie, auch der Kontakt zur Polizei ist gut.

Bei Überfällen Rechtsradikaler im April machen alle noch gemeinsame Sache: Die Autonomen verrammeln die Türen der besetzten Häuser und schmeißen Steine auf die aufmarschierten Bomberjacken, die Mieter von gegenüber kippen kochendes Wasser drauf. Schließlich kommt die Polizei und sammelt die Rechten ein.

Ostberlin wurde in den Abschiedsmonaten der DDR zum Besetzer-Eldorado, was auch interessierten Westberlinern nicht verborgen blieb. Die Folge war eine Fluchtbewegung in Richtung Osten. Und hier, im Stadtbezirk Friedrichshain, auf der anderen Spreeseite von Kreuzberg, haben sich die Autonomen ihr Hauptquartier eingerichtet.

Der Bezirk ist heruntergekommen, fast so schlimm wie der Prenzlauer Berg. Ganze Straßenzüge warteten jahrelang auf den fälligen Abriß. Auch wenn nie wirklich gezählt wurde: mindestens 20 000 Wohnungen standen bei Ende der Honecker-Regentschaft in Ostberlin leer, trotz des reich prämierten Bau-Auf-Bau-Auf der „FDJ-Initiative Berlin". So konnten denn Ende 1989 potentielle Besetzer ihr ganz persönliches Wohnungsproblem als „soziale Frage" bis 1990 doch noch lösen.

Schon vor den Tagen der „Wende" wurden vereinzelt leerstehende Wohnungen besetzt, danach ganze Häuser. Rund 120 sollen es bis heute sein. Die Wohnungsverwaltung war ohnehin mit der Instandhaltung als auch mit der bloßen Registrierung der Wohnungen überfordert. Die Auswirkungen kann, wer nicht betroffen ist, noch heute beschmunzeln: Gegenwärtig sind gerade alle Kräfte der wohnungsverwaltenden „GmbH in Gründung" (ehemals KWV) gebunden, um sämtliche seit Jahren vermieteten Wohnungen Ostberlins auszumessen, damit ab Januar auch ordentliche Mieten berechnet werden können. Bisher wurde die Quadratmeterzahl nach Intuition und recht großzügigen Schätzungen in die Mietverträge hineingeschrieben.

Im Bezirk Prenzlauer Berg gab der Bürgermeister Anfang 1990 sogar zehn Häuser als „geeignet" zur Besetzung frei. Rausgeschmissen wurde niemand, Nutzungsverträge kamen schnell zustande. Im Ostteil der Stadt wurde somit die „Berliner Linie" des West-Senats bei Hausbesetzungen nicht nur übernommen, sondern (großzügig oder hilflos?) lockerer praktiziert als dort.

Auch die Mainzer Straße schien für eine Besetzung überaus geeignet: Eine ganze Häuserzeile stand leer, in relativ gutem Zustand, bei zentraler Lage. Die verlotterte Seitenstraße mündet in die Frankfurter Allee, die seit den Tagen des Nationalen Aufbauwerkes der 50er Jahre als erste „sozialistische Magistrale" zu den Pflichtstraßen hoher Staatsgäste zählte.

Noch 1989 wurde die Mainzer Straße besetzt und mit dem Friedrichshainer Rathaus ein vorläufiges Abkommen geschlossen. Man brachte alternative Wohnlichkeit in die gespenstisch-verfallenen Häuser und spontane Kultur in die graue Gegend: Konzerte auf dem Hinterhof, Kinderfeste und nächtelange Feten, es waren im ganzen friedliche Zeiten.

Dabei verschob sich der Ost-West-Anteil zunehmend zu ungunsten der Ostberliner: „Siebzig Prozent hier kommen aus dem Westen", schätzte im Sommer ein Ostberliner Mitglied der „Antifa", der in der Kreutziger Straße einen ehemaligen Laden besetzt hielt. Von Anfang an hatten sich bunte und in ihren Zielen oftmals gegensätzliche Gruppen eingefunden. Da sei die „Autonome Antifa", die sich jeglicher herkömmlicher Organisationsform verweigere. Die „Antifa" habe da keine Berührungsängste: „Wir setzen uns schon mal zu den Alten vom Bund der Antifaschisten. Die kochen dann Kaffee, plaudern von den Straßenkämpfen mit SS und SA und rücken auch Kohle rüber." Die „Antifa" sei in der Mainzer Straße allerdings nur schwach vertreten. „Der Pilatus-Wirt ist aber dabei, da haben wir Öffentlichkeit." Abend für Abend setze er sich zu den Gästen, immer auf der Suche nach neuen „Kämpfern".

Schon damals, im Juni, sprach man über „Waffenlager", die Außenstehende allerdings nicht zu sehen bekamen. „Da liegt mehr drin als Knüppel und Steine", hieß es. Abends würden Patrouillen die verstreut liegenden besetzten Häuser kontrollieren, um gemeinsam Angriffe von Skins abzuwehren. Die Linken waren in der Defensive.

Doch als in der DDR Anfang 1990 Rechtsradikale den deutsch-deutschen Gleichschritt übten, fanden sich auch im linken Spektrum militante Gruppen zusammen. Da diese ihre „Aktionen" aber zielgerichtet auf Skins und Faschos beschränkten, standen sie einerseits nicht allzu sehr im Blickpunkt, andererseits genossen sie auch eine gewisse Sympathie: Nachdem sich die Polizei von den Straßen zurückzog, war man über jeden dankbar, der sich rechter Gewalt noch entgegenstellte. Sei es wieder mit Gewalt. Links und Rechts hielten sich gegenseitig in Schach, zunehmend brutaler. Die Polizei fuhr derweil im Streifenwagen spazieren.

Mittlerweile wurden die Beamten geschult, sie haben Schilde und Wasserwerfer. Die Ängstlichkeit und Verunsicherung der Ostberliner Polizei ist offensichtlich einer Entschlossenheit der Gesamtberliner gewischen, die heute auf ihre eigenen Versäumnisse der letzten Monate einprügelt. DIETMAR OSTERMANN

Gewalt und Gegengewalt

Ein Knäuel von Problemen: Spekulanten, die leerstehende Häuser verrotten lassen, um aus dem Abriß einen Millionenprofit zu machen. Junge Leute, die selbst die jämmerlichste Bleibe okkupieren, um bloß ein Dach überm Kopf zu haben. Dazwischen ein paar hundert Polizisten, oft jünger als die Besetzer, Hosen gestrichen voll. Kein Wunder, daß nach jeder Räumung — Berliner Linie hin, Berliner Linie her — babylonisches Sprachgewirr herrscht zwischen den Akteuren und ihren Zaungästen. In der Tat: Es gibt in diesem Konflikt keine reinen Wahrheiten, freilich Kriterien der Unterscheidung.

Ein Kriterium ist die Haltung zur Gewalt. Seit Ende der siebziger Jahre hat es immer wieder Besetzer gegeben, die sich mit großen Sprüchen und kleinen Barrikaden gewehrt haben gegen die uniformierte Staatsgewalt, mit entschiedener Sanftmut sozusagen. In einer von raschen Anpassungszwängen geprägten Welt ist dabei auch die Entladung von Aggressionsstaus wohl unvermeidlich gewesen, aber dies aus der Situation heraus und ohne Vorbedacht.

Aber es gibt dann doch noch andere Formen von Gewalt, die weniger zwangsläufig sind und weniger naiv: kalkuliert und vom Vernichtungswillen gegen andere geprägt, koste es, was es wolle. Erschreckend hat der am Mittwoch von einer Moskau-Reise zurückgekehrte Regierende Bürgermeister Walter Momper die „Tötungsbereitschaft" unter den Besetzern genannt. Gemeint waren jene „Streetfigther", die sich seit Woch fang in Berlin erbitterte Straßenkä mit ein paar hundert Polizisten gel haben. Da Räumungen vorhersehba ren, müssen die „Kampf-Methoden" ihrer Wirkung vorausberechnet g Brennendes Benzin von den Dä herab oder zentnerschwere Platte fenkundige Mordversuche also aus Reihen einer kleinen extremistis Minderheit der Besetzer. Es RAF-Methoden gewesen ihrem W nach, rücksichtslos in der Verfolgun vatistischer Ziele.

Die Grenzlinie zwischen ungebärd Bürgerprotest und zynischer Geg walt wird sichtbar. Die Anwohner in lin (Ost) haben ziemlich hilflos rea eher abwehrend und ablehnend. Im teil der Republik indes hat man hin lich Erfahrungen, daß derjenige, de Gewaltmonopol des Staates herau dert, diesem Gewaltmonopol letzlich terliegt. Eine Erfahrung, die system greifend ist. Was heißt: Die Staatsg wird weiter abräumen, die Rollen Siegern und Besiegten sind bereits teilt.

Das Stellen der Machtfrage ist al Es wird vermutlich bloß die sanften mer unter den Ost-Berliner Bese treffen. Die von den Besetzern der M zer Straße gewählte „Militanz" ersc die Schwachen. Die durch ihre „Haf pen" getarnten Täter machen sich dem Staube und waschen ihre Hän der selbstverliehenen Unschuld. ojw

FR 15.11.

Der kurze Weg von der Mainzer Straße „direkt in die Hölle“

Berlins Polizei räumte die besetzten Häuser, aber der Kampf scheint noch nicht zu Ende

Von Karl-Heinz Baum (Berlin)

Zum Schlachtfeld geworden: Berlins Mainzer Straße am Mittwochmorgen. (Bild: AP)

„Das war das Brutalste, was es je gegeben hat“, sagt der Sanitäter einer Polizeieinheit aus Nordrhein-Westfalen, als alles vorüber ist, als an die 2000 Polizisten aus Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und Bundesgrenzschutzbeamte zwölf seit mehreren Monaten besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Berliner Stadtteil Friedrichshain geräumt haben. „Warum nur“, fragt ein 50jähriger einen Polizeieinsatzleiter, „warum nur habt ihr meine Freunde regelrecht zusammengemanscht? Die waren ja gar nicht wiederzuerkennen, wie sie da auf den Bahren davongetragen wurden.“ Der Sanitäter von der Polizeieinsatzgruppe widerspricht: „Wer von Dächern mit Pflastersteinen auf Polizisten wirft, muß mit der harten Reaktion rechnen. Da war soviel Haß in den Gesichtern.“

Die Mainzer Straße, die die Richtung Osten führende Frankfurter Allee (benannt nach Frankfurt/Oder — bis 1961 in der frühen DDR hieß, sie Stalin-Allee) und die südlich gelegene Boxhagener Straße verbindet, gleicht einem Schlachtfeld. Die nach der Auseinandersetzung am Montag zwischen Hausbesetzern und Polizisten errichteten Barrikaden sind abgeräumt, die Straßengräben vom Vortag wieder zugeschüttet. Tieflader transportieren Container (mit schwarzer Farbe aufgesprühte Aufschrift: „Hoch lebe die Mainzer Straße. Besetzung verteidigen“) ab, die am Montag zu Barrikaden aufgetürmt waren. Am ausgebrannten roten Golf, der auch als Barrikade gedient hat und jetzt an einem Polizeikran hängt, stehen die englischen Worte: „Straight to hell“ (Direkt zur Hölle). Und es war so etwas wie Hölle, was sich an diesem Morgen im ehemaligen Ost-Berlin abgespielt hat.

Schon am Abend zuvor hatten sich an der Ecke Frankfurter Allee/Mainzer Straße immer mehr Menschen angesammelt; viele Sympathisanten der Hausbesetzer waren darunter, aber auch Passanten, die über die Auseinandersetzungen des vergangenen Tages diskutierten. Bedrohlich wurde die Lage am Dienstagabend aber nicht. Die meisten gingen in den späten Abend- und Nachtstunden nach Hause; die Hausbesetzer zogen sich in die Wohnungen zurück.

Am Morgen um vier Uhr bricht im Keller eines nicht besetzten Hauses plötzlich ein Feuer aus. Die Hausbesetzer eilen hinzu, wollen löschen, doch die schaffen es nicht. Die Feuerwehr wird gerufen, die Barrikaden werden teilweise beiseite geräumt, damit die Feuerwehr hindurch kann. „Das Feuer hat ein Dreigroschenjunge von der Polizei gelegt, damit es einen Grund zum Eingreifen gibt“, behauptet am Mittag einer, der beim Löschen dabei war. Aber das wird von der Polizei strikt bestritten.

Als das Feuer unter Kontrolle ist, riegeln über tausend Polizisten das Viertel um die Mainzer Straße ab. Um 7.20 Uhr versucht die Polizei, die zwei Meter hohe Barrikade aus Gerüsten, Müllcontainern und Bauwagen am Eingang der Mainzer Straße zu räumen. Zugleich werden Blend- und Schockgeschosse sowie Tränengasraketen in die Straße geschossen. Einer zeigt später eine leere Hülsemit der Aufschrift „40 MM x 46 RP 711 CN LOS DAG 01/90“.

Unter dem Schutz von Wasserwerfern und einer Tränengasrauch, mit Atemmasken und Schilden ausgerüstet, dringen die Polizisten in die Straße ein, während vermummte Besetzer mit Molotowcocktails antworten und Pflastersteine von den Dächern werfen. Das fünfstöckige Gerüst am Haus Nr. 1 beginnt zu wakkeln, ein Teil stürzt ein. Mit Schneidbrennern hantierend gehen die Polizisten gegen die Barrikaden vor. Sie bahnen sich mühsam ihren Weg durch Matratzen und ausgebrannte Autowracks, die noch aus der vorigen Nacht dort stehen. „Die Häuser denen, die hier wohnen“, heißt es auf einem Plakat.

Als die Polizisten auch die Dächer besetzen, ist der Kampf in wenigen Minuten entschieden. Da fand ein Kampf Mann gegen Mann statt, sagt später ein Polizeisprecher. Von oben und unten dringen sie in die verbarrikadierten Wohnungen vor — etwa in das Haus Mainzer Straße Nr. 6, wo ein Plüschbär aus dem Fenster der vierten Etage hängt und in dem jedes Stockwerk einzeln verbarrikadiert ist. Nicht wenige der Hausbesetzer entkommen über die verwinkelten Hinterhöfe, einige steigen auch über den Zaun des Friedhofs der Georgenkirchgemeinde zu Friedrichshain, der an die Rückfront der Mainzer Straße grenzt. Am Mittag ist auch der Friedhof gesperrt („geöffnet von 9—17 Uhr“), Polizisten patrouillieren auf dem Friedhofsgelände. Seit den frühen Morgenstunden ist das ganze Viertel abgeriegelt; durchgelassen werden nur Pressevertreter und Anwohner. Selbst die U-Bahn fährt am Bahnhof Samariterstraße den ganzen Tag über ohne Halt durch.

Von neun Uhr an werden Verletzte abtransportiert, oft blutüberströmt. Andere werden in Handschellen an die Polizeiwagen geführt und rufen ihre Namen. Es sind so viele, daß sich Schlangen bilden. Es folgt die Aufnahme der Personalien und der Abtransport in die nächste Polizeidienststelle. Im Haus Nr. 5 haben Polizisten eine größere Gruppe von Hausbesetzern in einen Raum im Parterre gedrängt, wo die Eingepferchten zu beginnen: „Wir sind nicht alle. Wir nur die Gefangenen.“ Erbost reag Anwohner, als Polizisten mit Schlagstöcken auf die Plastiksc schlagen und eine Art Trommelwirb zeugen. „Das ist doch die Höhe. D beln noch, während hier das größte erspiel abläuft.“

Erregt wird an allen Straßenecke kutiert — die einen sind für die Ha setzer angesichts 20 000 leerstehe Wohnungen, die anderen gegen si dritten gegen den Polizeieinsatz. hier abläuft, ist schlimmer als der Staat, den wir überwunden haben“, einer. Ihm widerspricht ein andere wohner, der behauptet, monatelan den Besetzern sympathisiert zu h „So ging es doch nicht weiter. Hie sich keiner mehr aus dem Haus ge Es sind doch nicht erst am Montag beschädigt worden. Die Kinder h Angst, nach der Schule nach Haus kommen.“ Er würde jetzt am liebste len Polizisten einen Orden verleihen bei habe er, wie er sagt, es begrüß die leergeräumten Häuser, denen i alten SED-DDR ein jahrelanger S rungsprozeß bevorgestanden hätte, fang des Jahres, nach der Wende, von jungen Leuten bezogen wu „Aber die sind ja längst wieder raus nen wurde es selbst zu mulmig, als hier plötzlich erfahrene Hausbes aus allen westlichen Teilen, auch West-Berlin, niederließen.

Jetzt sind hier doch bloß noch aus Kreuzberg, aus Stuttgart, Fran oder Hamburg, behauptet er. Vor seit der ersten Straßenschlacht vor Tagen habe sich die Zusammensetzu in den besetzten Häusern drastisch wandelt. „Ich habe doch keinen meh kannt“, sagt er. Und Peter Homuth, schlosser aus der Mainzer Straße, st ihm zu. Seit Tagen habe er mit dem gen nicht mehr vorfahren können. Kundschaft laufe ihm weg, das sei so nicht weitergegangen.

Ein anderer berichtet, daß vor e Dreivierteljahr die Anwohner den ju Leuten noch Kühlschränke, Möbel Fernseher geschenkt hätten. Waschmaschine habe ich selbst in fünften Stock getragen.“ Ihn unters eine Frau, auch sie Anwohnerin Mainzer Straße, die ebenso von verg nen Zeiten nach der Wende schw „Die neuen, die im Sommer kamen haben uns doch beschimpft, daß wi nicht auch eine Wohnung nehmen verrückt haben sie uns erklärt“, sch sie jetzt. Als über den Rundfunk zu ist, daß sich der Ost-Berliner Bi Gottfried Forck für Vermittlungsge che bereitgehalten hat und die Poliz satzleitung bat, ihn im Falle eines E zes zu informieren, er aber nicht miert worden sei, murren die, die Interview hören. Sie nicken zustim als Forck sagt: „Wir müssen w dahin kommen, daß bei uns alles g frei bleibt.“ Ob die jugendlichen Bes die inzwischen längst abtranspo sind, und der Berliner Innense Kurt Pätzold auch so denken, is große Frage.

„Der Kampf geht weiter“, vers einer einem Einsatzleiter aus Dort und er meint die Demonstration, d den gestrigen Abend auf dem Sene Platz angekündigt war und zur M Straße gehen soll — mit Halt am Rathaus. Schon am Nachmittag Dutzende von Polizeiwagen durc Berliner Innenstadt in Richtung Se der Platz, Prenzlauer Berg, dort, noch viel mehr besetzte Häuser (me 100) als in der Mainzer Straße gibt.

FR 15/11.

Polizeitaktik: Die Berliner Linie

„Was ist überhaupt normal hier?" brüllt der Vermummte ratlos aus seinem übervollen Herzen heraus. Es ist Mittag in Berlin-Friedrichshain, in der engen, „operativ außerordentlich schwierigen" Mainzer Straße. Die „heiße Phase" des Einsatzes ist seit fast zwei Stunden vorbei, die Dächer der umkämpften Häuser fest in Polizistenhand. Stahlplatten unter Strom, Barrikaden aus Teilen der ehemaligen Berliner Mauer — alles überwunden.

Helm ab, Gesicht verschwitzt, Augen müde, Schultern gesenkt: So entblättert sich Stück für Stück hinter der Front ein Hoheitshüter, dem Dialekt nach aus dem Westfälischen. Ein langsamer Brüter, bedächtig noch in der Hektik, ehe es endlich fast verlegen aus seinem stark geröteten Gesicht kommt: „Und das soll mein Job sein?"

Ein Stellvertreterkrieg hat stattgefunden in den Morgenstunden des Mittwochs anläßlich der Räumungen von drei Häusern in dieser Gasse im Berliner Bezirk Friedrichshain, von der tags zuvor „die schlimmste Kriminalität" (Senatssprecher) ausgegangen ist. Die Beamten sind zu einem erheblichen Teil aus dem alten Bundesgebiet eingeflogen worden, die Besetzer kamen gleichfalls fast alle aus dem goldenen Westen: Mit Bundespaß oder als behelfsmäßig auf West-Berlin umgemeldete Studenten, ein erheblicher Teil der am Mittwoch Festgenommenen sind „alte Bekannte" für die Polizei, waschechte „Ossies" kaum auf der Liste der Festgenommenen zu finden: Die trauen sich doch gar nicht, sind Anfänger in Sachen Häuserkampf.

Das Strickmuster des „Häuserkampfes" ist alt, mindestens zwölf Jahre alt. Nur daß alles ungleich brutaler geworden ist. Damals hat der Kurzzeit-Präsident der Technischen Universität in West-Berlin, Rolf Berger, an die Bauverwaltung geschrieben mit der Anfrage nach leerstehenden Häusern als Domizil für 100 000, überwiegend aus der Republik eingeflogenen Jungakademikern im Anfangsstadium. Antwort der Bürokratie: kein Leerstand. Antwort der Studenten: 178 Hausbesetzungen bis Ende des vorigen Jahrzehnts, ein Bruchteil von den fast ausschließlich wegen Spekulation leerstehenden Bruchbuden. Ein Skandal ist seinerzeit offengelegt worden in einer von Wohnungsnot gekennzeichneten Teilstadt. Selbst Professoren haben es damals schick gefunden, in solche Häuser feierlich und im Gewirr von Blitzlichtern Einzug zu halten.

Vermeintlich ist es „ihr gutes Recht" gewesen. Damals, bei über 20 000 aus reinen Profitgründen im Westen leerstehenden Häusern, hat sich vieles einer breiten Öffentlichkeit verständlich machen lassen. Die Politiker haben sich gewunden in ihrem schlechten Gewissen. Regierungen unterschiedlicher Couleur, ob unter Dietrich Stobbe oder Hans-Jochen Vogel (SPD) auf der einen Seite, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen (CDU) andererseits haben sich abgequält mit der von Vogel definierten „Berliner Linie", wonach nur abgeräumt wird, wenn der Eigner eines besetzten Hauses a) Strafantrag stellt und b) glaubhaft macht, daß er sich durch die unfreiwilligen Bewohner in einer sinnvollen Kapitalverwertung gehindert sehe.

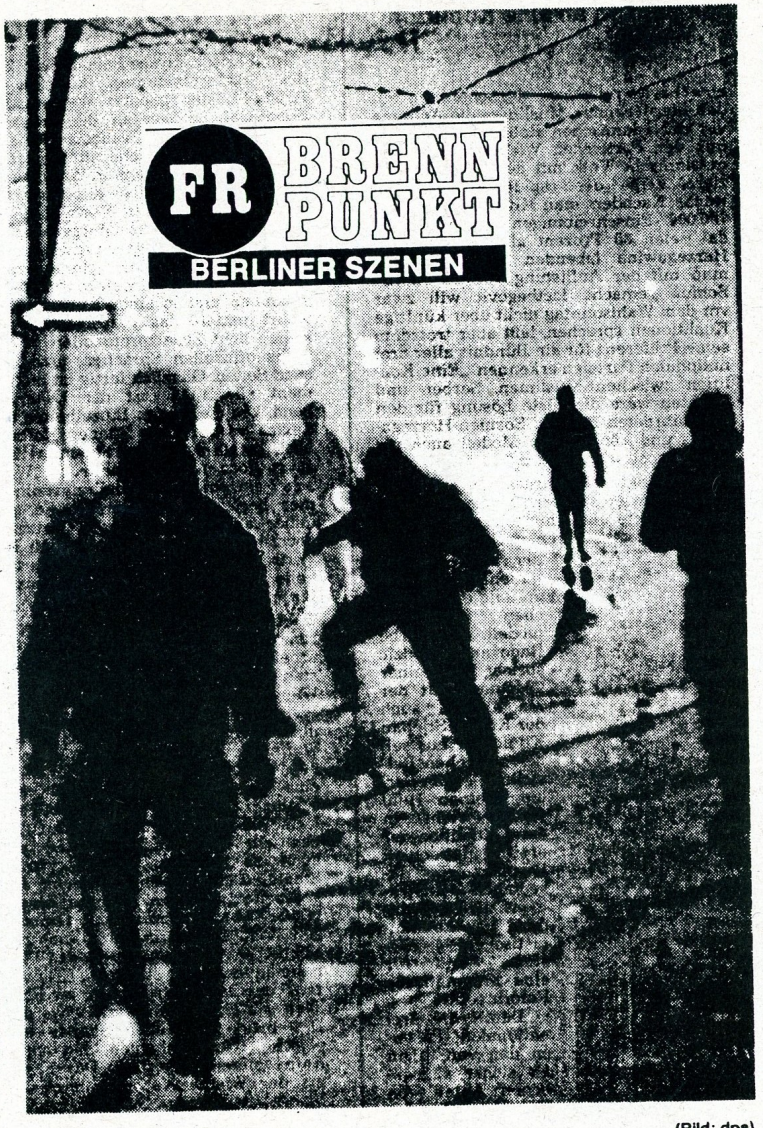
Also ist in Berlin (West) ein Jahrzehnt lang eher behutsam „abgeräumt" worden. Neue, offiziell geduldete Besetzungen hat es seit 1981 nicht mehr gegeben; ein Teil der „okkuppierten" Häuser ist zugunsten ihrer Bewohner legalisiert worden, fast ausnahmslos mit einem Gewinn für den sozialen Frieden in der Stadt: Praktische Vernunft anstelle von Prinzipienreiterei hat eine Reihe kleiner Siege errungen.

Bloß daß das „Störpotential" seit einem Jahr weggetaucht ist aus dem Westteil der Stadt in Richtung Osten: Die Kreuzberger Autonomen haben die ersten Besetzungen am Prenzlauer Berg inszeniert. So richtig aufmerksam geworden ist man in der Öffentlichkeit erst, als die Hooligans aus der ehemaligen DDR die neuen Gäste mit Gewalt aus den okkupierten Wohungen vertreiben wollten. Nun hockt in den knapp 180 besetzten Wohungen im Kietz-Ost (bei 20 000 leerstehenden Wohnungen „drüben") vielfach die alte Kietz-Garde aus dem Westen, herbeigelockt von dem zutreffenden, sich aber mittlerweile rasch verflüchtigenden Eindruck, daß die Volkspolizei aus dem ehemaligen Osten ein ziemlich hilfloser Haufen sei.

Die Kalkulation ist nicht aufgegangen. Es ist Wahlkampf in Berlin, schon deswegen ist viel Staat gefragt. Die rot-grüne Stadtregierung ist den Forderungen der konservativen Opposition entschlossen zuvorgekommen. Die Räumungen vom Mittwoch haben auch einen taktischen Hintergrund gehabt, dessen Wirksamkeit sich auch der CDU-Landesvorsitzende Eberhard Diepgen in seinen Erklärungen nicht zu entziehen vermag. Während sich am Mittwochvormittag die Schlacht um die Mainzer Straße bereits dem Ende nähert, die letzten Straßenkämpfer das Weite suchen, erklärt wenige Kilometer weiter Berlins Innensenator Erich Pätzold (SPD) anläßlich der Vereidigung junger Polizeibeamter: „Eine schlimme Erblast haben wir bei der Vereinigung Berlins mit einer großen Zahl besetzter Häuser übernehmen müssen, wie diese Tage in beängstigender Weise zeigen. Das SED-Zwangsregime hat unzählige Häuser verrotten lassen. Der letzte DDR-Innenminister hat tatenlos zugesehen, wie immer neue Häuser besetzt wurden. Unserem Drängen, die Polizeihoheit frühzeitig auf uns zu übertragen, auch damit wir dieser Entwicklung wehren können, ist man aber nicht gefolgt. Um so mehr muß nach diesen Versäumnissen klar sein, daß wir Recht und Gesetz nach der unter wechselnden Senaten bewährten „Berliner Linie" entschlossen durchsetzen... Ob geräumt wird oder nicht, ergibt sich allein aus dem Gesetz, nicht aus der subjektiven Sicht einzelner."

Schlechte Zeiten für Hausbesetzer.

OTTO JÖRG WEIS (Berlin)



Berlin Friedrichshain: Tage der Gewalt (Bild: dpa)

Bärbel Bohley: Das mahnende Wort

Der Vergleich liegt nah — und wer, wenn nicht Bärbel Bohley, wäre dazu mehr legitimiert, ihn zu ziehen: „Wir haben", sagt die Mitbegründerin des „Neuen Forums", die Mutter der Bürgerbewegungen in der DDR, „vor einem Jahr eine Diktatur gewaltfrei beseitigt." Heute reiche die Politik des Berliner Senats nicht einmal aus, die angespannte Situation um zehn besetzte Häuser gewaltfrei in den Griff zu bekommen.

Es ist ein triumphloses Plädoyer gegen eine „Politik von oben", in einer Stunde, in der sie, Exponentin einer „Politik von unten", die eigene Ohnmacht deutlich zu spüren bekommt: Bohley, Stadtverordnete des Bündnis 90, hatte im neuen Ost-Berliner Krawallbezirk Friedrichshain in der „brisanten Situation" im „Kampffeld Mainzer Straße" ihre neue Rolle schnell gefunden: Vermittlerin wollte sie sein, Vermittlerin zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Fronten von Politik und Polizei auf der einen und den Hausbesetzern aus Ost und West auf der anderen Seite.

Doch der Malerin, die vor einem Jahr noch zu den am meisten interviewten und beachteten Politikern im damals noch geteilten Deutschland gehörte, fehlte der Ansprechpartner. Erich Pätzold, Berlins SPD-Innensenator (West), sei Montag nacht, als in der Mainzer Straße der Häuserkampf tobte, nicht erreichbar gewesen. Entweder, so wertet Bohley dessen Abwesenheit, sei Pätzold „seiner eigenen Aufgabe nicht gerecht geworden oder er wollte gar nicht gefunden werden." Die Rücktrittsforderung an den Innensenator liegt da wie selbstverständlich in der Logik der Argumentationsführung.

Denn nach Auffassung der Bürgerrechtlerin entstand eine Situation, die man, wenn denn nur der Wille zum Dialog dagewesen wäre, hätte vermeiden können. Der Erfolg der Gewaltlosigkeit, an den man auf dem Boden der ehemaligen DDR so gewohnt gewesen sei, sei kaputt gemacht worden. Für die Bohley ein Beweis für die „Arroganz, mit der gegenwärtig Politiker die Macht ausüben." So etwas, aber auch die Art und Weise, mit der die Polizei vorgegangen ist, („Für mich, als jemand, der nicht selten mit Polizei zu tun hatte, sehr beeindruckend") berührt für sie auch Identitätsfragen der vom Westen vereinnahmten Ostler: „Es ist der Beweis, daß uns auch die w deutsche Polizei überlegen ist, so wie Westdeutschland auch in anderen Be chen überlegen ist", beschreibt die ü zeugte Anwältin für eine Zweistaatl keit Deutschlands ihre eigene Wahrn mung.

Kommentare von Polizisten, die in derster Front an der Mainzer Straße standen haben, bestärken sie in i Meinung. Die seien noch der Ansicht wesen, so Bohley, daß sie das Eigen von Hausbesitzern verteidigen wür In der ehemaligen DDR habe es auch eine Eigentumsform gegeben, sich Volkseigentum nenne. Der von ser Tatsache unbeleckte Polize satz sei auf diese Weise zu einer S geraten, „die unsere Vergangenheit giert".

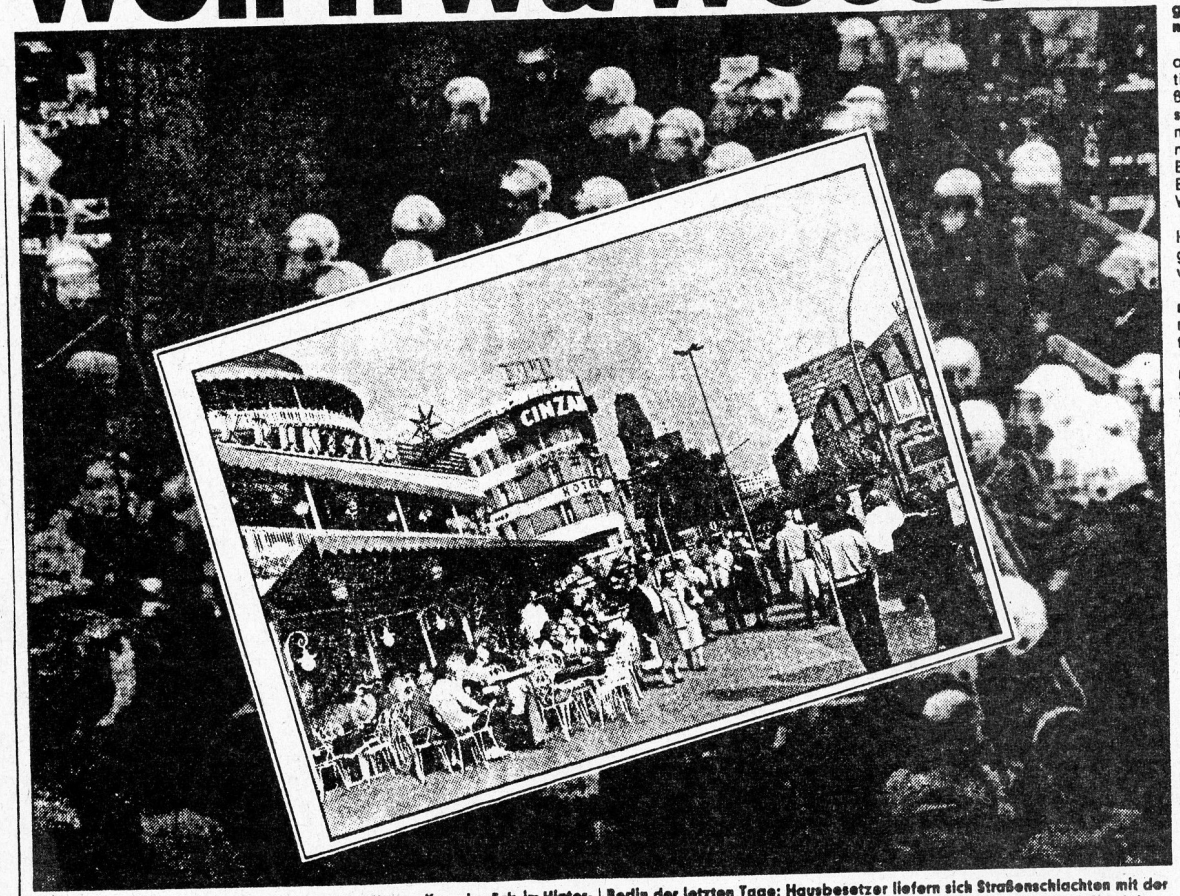
Die sogenannte „Berliner Linie", damaligen Regierenden Bürgerme und heutigem SPD-Vorsitzenden H Jochen Vogel entworfen, um mit Hausbesetzern über Nutzungsverträg verhandeln, neue Hausbesetzungen auf keinen Fall mehr zuzulassen, n Bohley, weil für westliche Bedürfn formuliert, demzufolge auch einen diergummi für dieses (Ost)-Problem" sei nicht geeignet für einen Teil Stadt, in dem es so viele leersteh Wohnungen gebe.

Aha-Erlebnisse der besonderen prophezeit Bärbel Bohley noch gan deren Menschen, als denen, die nur zuschnell als „Chaoten" in eine Ecke drängt werden, in der sie als nicht gesellschaftsfähig bezeichnet we können. Mit Reaktionen von Anwoh der Mainzer Straße untermauert die gerechtlerin ihre These. Zwar hab auf der einen Seite schon die geg die für den „Flammenwerfer" plä hätten — genauso wie auf der and Seite diejenigen, die sich auf „ein L mit den bunten Vögeln" einlassen den. Doch entscheidend seien Auss wie diese: „Was wir hier jetzt leben, passiert uns, wenn wir das nä Mal für unsere Rechte auf die Straß hen.

Für die Bürgerrechtlerin Bärbel B ist das die eigentliche Gefahr, gege es zu kämpfen gilt, in diesem Deutschland, das nicht das Ihre ist.

AXEL VORNBÄUMEN (B

Berlin bleibt 'ne Wucht – woll'n wa wetten?



Berliner Ansichten: Pulsierendes Leben am berühmten Kranzler-Eck, im Hintergrund die Gedächtniskirche. Das ist das Berlin, das wir lieben. Und dann das Berlin der letzten Tage: Hausbesetzer liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei. Doch eines ist sicher: Berlin wird auch diesen Chaoten-Spuk überleben.

3. Oktober 1990, Brandenburger Tor: Deutsche aus Ost und West liegen sich in den Armen. Überglücklich feiern sie den Tag der deutschen Einheit. Und jetzt: Hausbesetzungen, gewalttätige Demonstrationen, Chaoten, Krawalle. Neun wichtige Fragen zu Berlin.

1. Ist Berlin als Regierungssitz jetzt unmöglich?

Berlin ist schon mit anderen Dingen fertig geworden: Straßenschlachten zwischen Nazis und Kommunisten, Bombennächten, Hungerblockade, Mauer. Berlin bleibt 'ne Wucht. Und wird selbstverständlich Hauptstadt und Regierungssitz. Woll'n wa wetten?

2. Was geschieht mit den festgenommenen Gewalttätern?

Sie werden nach Überprüfung der Personalien – freigelassen. Es sei denn, die Staatsanwaltschaft beantragt bei Verdacht schwerer Straftaten beim Richter Haftbefehl.

3. Was geschieht mit Ausländern, die an Krawallen teilnehmen?

Mit Aufenthaltserlaubnis und ohne Vorstrafen werden sie behandelt wie Deutsche. Bei Vorstrafe droht Abschiebung.

4. Wie lautet bei Straßenschlachten die Anklage?

Landfriedensbruch (Gefängnis bis zu drei Jahren). Schwerer Landfriedensbruch liegt vor, wenn der Täter bewaffnet ist, jemanden schwer verletzt oder schwere Sachschäden anrichtet. Höchststrafe: zehn Jahre. Wurde bisher noch nicht ausgesprochen.

5. Wo bleiben die Besetzer nach Räumung der Häuser?

Sie gehen nach Hause. Denn zur Verblüffung der Polizei waren von 323 kontrollierten Chaoten nur elf ohne festen Wohnsitz.

6. Wo ist der verantwortliche Innensenator und Chef der Polizei bei solchen Einsätzen?

Bis zwei Uhr früh war Senator Pätzold im Lagezentrum seines Amtssitzes.

7. Bekommen die Polizeibeamten für die Einsätze Gefahrenzulage?

Nein. Überstunden werden abgebummelt. Einsätze zwischen 20 und sechs Uhr bringen zusätzlich 2,50 Mark die Stunde.

8. Bezahlen die Versicherungen Schäden an Autos und Häusern?

Nein. Bei Aufruhr und inneren Unruhen kein Ersatz. Ausnahme: Extraversicherung gegen Vandalismus bei Autos.

9. Wann rechnet man mit den nächsten Krawallen?

Die Chaoten beraten bundesweit. Und sie können jederzeit wieder losschlagen. Voraussichtlich am Wochenende in Göttingen.

120 Hausbesetzer: Hier sind Chaoten unerwünscht!

Zehn Häuser – die letzte Zuflucht der Besetzer – und niemand schmeißt Steine: Lichtenberg, Pfarrstraße. „Laßt die Bäume leben", steht in Kreideschrift am alten Restaurant. Davor verdorrt eine Kastanie. Verblichen, in Schnörkelschrift kann man lesen: „Bier- und Frühstückslocal, Fremdeniogis".

Vier Meter hohe Stuck-Portale, geschmückte Fassaden. Aber alles zerbröckelt, ist vielleicht schon für immer verloren. Die Häuser sind 95 bis 120 Jahre alt. Nebenan wohnte 16 Jahre lang Heinrich Zille, und hier war sein „Milljöh".

Die Pfarrstraße – Berlins einziges noch vorhandenes Gründerzeit-Viertel. Die SED-Verwaltung ließ Denkmalschutz-Schildchen ans verwitterte Gemäuer nageln. Mehr hat sie nicht getan, 40 Jahre lang.

„Hier sind Chaoten unerwünscht", sagt einer der 120 Besetzer. „Wir wollen diese Straße retten. Schmeißt uns doch nicht mit den Kreuzbergern in einen Topf."

Seit gestern droht ihnen Gefahr: Nummer 107 wurde in der Nacht besetzt, nach der „Berliner Linie" des Senats müßte es sofort geräumt werden.

Eine schweigende Verschwörung der Vernunft ist entstanden: Politik und Polizei nehmen Nummer 107 einfach nicht zur Kenntnis.

„Befehl von oben: Alle Polizeikräfte in die Heia", hat einer an die Wand gepinselt. In der Mainzer Straße hätte das „Tod den Bullen" geheißen.

Gegenüber werden Türen und Fenster mit weißen Kalksteinen vermauert, um weitere Besetzungen zu verhindern.

„Wie damals in der Bernauer", sagt traurig eine alte Frau. „Es wäre schade, wenn die jungen Leute hier rausgeworfen würden. Sie waren immer so freundlich zu uns. Wer will schon nur Ratten als Nachbarn haben. . ."

Häuser, Autos, Geschäfte – Millionenschaden bei Krawall

Die Polizei zog jetzt eine erste Schadensbilanz der Krawalle in Friedrichshain: Unzählige Scheiben sind zu Bruch gegangen, 20 Autos wurden demoliert oder brannten aus, 9 Geschäfte und ein Kaufhaus sind von den Gewalttätern geplündert worden.

Ein Polizist zeigt sichergestellte Waffen, Molotow-Cocktails, Benzinkanister.

Ein Wasserwerfer der Polizei (Wert: 500.000 Mark) ist durch Brandbomben stark demoliert worden. 15 Mannschaftswagen (Preis pro Wagen rund 150.000 Mark) erreichten nur im schrottreifen Zustand die Polizeiunterkünfte.

In der Frankfurter Straße 44 und in der Scharnweber Straße 35 (Friedrichshain) sind die Fassaden an den Wohnhäusern durch Brände stark beschädigt worden. 90 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt.

Über die Schadenshöhe kann die Polizei im Moment noch keine Angaben machen.

Bild 16.11.

Ein besonnener Polizist, 200 friedliche Demonstranten – alles blieb ruhig

„Sie haben meinen Respekt", sagte der bärtige Mann mit den zwei goldenen Sternen an der Kampfuniform in sein grünes Megaphon. „Keiner von uns will gewaltsam gegen Sie vorgehen, aber Sie können diese Blockade nicht fortsetzen. Bitte, helfen Sie mir!"

Mit diesen Sätzen wurde Polizeioberrat Jörg Kramer, Chef der Einsatz-Abteilung II, zum Helden einer brandgefährlichen Demo-Nacht.

Sechs Stunden lang waren 10 000 Frauen und Männer marschiert, hatten Chaoten eine Spur von Gewalt durch Ost-Berlin gezogen, mußten Polizisten gegen Schläger, Plünderer, Brandstifter anstürmen. Die Demo nach der Schlacht um die Mainzer Straße. . .

Gewalt liegt in der Luft. Sprecher von „Bündnis 90" und PDS mahnen zur Gewaltlosigkeit. Die lautstarke Reaktion: Pfiffe, Buh-Rufe, „Aufhörn, Aufhörn!"

Am Frankfurter Tor stoppt die Polizei den Zug, um eine neue Besetzung der Mainzer Straße zu verhindern. 300 Mann mit Helm und Schild. Panzerwagen. Wasserwerfer.

Was dann passiert, ist eine Sensation. Erstmals trennen sich 200 Ost-Demonstranten öffentlich von den Randalierern aus dem Westen. Sie zünden Kerzen an, setzen sich auf den Asphalt, rufen stundenlang: „Keine Gewalt!"

Rundum brennen Wahlplakat-Wände, splittert Glas, fliegen Steine und Raketen auf die Polizei. Aber die 200 nehmen sich an den Händen, singen: „We shall overcome".

Damit ist für Polizeioberrat Kramer klar, „daß wir gegen diese Leute keine Gewalt anwenden dürfen". Also bietet er ihnen an: „Wir ziehen uns einfach zurück, und Sie gehen nach Hause. Denn Sie wissen, daß ich Ihnen hier und heute kein Haus geben kann."

So geschieht es. Minuten später ist die Kreuzung frei.

Polizei entdeckte noch einen „Super-Molli“

Nach den dreitägigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und Polizei hat sich die Lage in Berlin gestern entspannt. Die Proteste gegen die Polizeieinsätze im Bezirk Friedrichshain hielten aber an. Mehrere Dutzend vorwiegend junge Leute drangen gestern mittag in das Verwaltungsgebäude des Stadtbezirks Mitte (Berolina-Haus) am Alexanderplatz ein und erklärten es für „besetzt“, verließen es jedoch nach 15 Minuten. Die Polizei wertete die Aktion nicht als „Besetzung im eigentlichen Sinn“. Die jungen Leute wollten lediglich mit Vertretern des Stadtbezirks diskutieren, hieß es.

Bei den Ermittlungen in den geräumten Häusern im Bereich der Mainzer Straße stieß die Polizei gestern vormittag auf einen zweiten „Super-Molli“. Die ebenfalls mit Benzin gefüllte große Korbflasche hätte bei Entzündung die Wirkung einer Brandbombe gehabt und für einen Großbrand in der Mainzer Straße sorgen können. *-eck*

Mainzer Straße: Zwei Polizisten nehmen einen vermummten Randalierer fest.

Schäden bei Demonstration erstattet der Berliner Senat

MoPo 16.11.

Der Senat erstattet Sachschäden, die im Zusammenhang mit der Hausbesetzer-Demonstration am Mittwoch abend entstanden sind. Das teilte Finanzsenator Norbert Meisner (SPD) gestern mit. Reguliert würden jedoch nur Sachbeschädigungen, die direkt bei der Demonstration „Hände weg von unseren Häusern“ zwischen 17.30 und 22.30 Uhr in den Bezirken Prenzlauer Berg und Friedrichshain verursacht wurden. Betroffene werden gebeten, formlose Anträge an die Senatsverwaltung für Finanzen, – IV A 32 – Nürnberger Straße 53, 1000 Berlin 30 zu richten. Die Behörde wird dann Fragebögen an die Geschädigten senden.

Für Schäden, die von Hausbesetzern bei Krawallen im Bereich der Mainzer Straße verursacht wurden, kann das Land Berlin keinen Ersatz leisten, sagte Meisner. dpa/BM

Häuser, Autos, Geschäfte – Millionenschaden bei Krawall

Die Polizei zog jetzt eine erste Schadensbilanz der Krawalle in Friedrichshain: Unzählige Scheiben sind zu Bruch gegangen, 20 Autos wurden demoliert oder brannten aus, 9 Geschäfte und ein Kaufhaus sind von den Gewalttätern geplündert worden.

Ein Wasserwerfer der Polizei (Wert: 500.000 Mark) ist durch Brandbomben stark demoliert worden. 15 Mannschaftswagen (Preis pro Wagen rund 150.000 Mark) erreichten nur im schrottreifen Zustand die Polizeiunterkünfte.

In der Frankfurter Straße 44 und in der Scharnweber Straße 35 (Friedrichshain) sind die Fassaden an den Wohnhäusern durch Brände stark beschädigt worden. 90 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt.

Über die Schadenshöhe kann die Polizei im Moment noch keine Angaben machen.

Bild 16.11.

Ein Polizist zeigt sichergestellte Waffen, Molotow-Cocktails, Benzinkanister.

120 Hausbesetzer: Hier sind Chaoten unerwünscht!

Zehn Häuser – die letzte Zuflucht der Besetzer – und niemand schmeißt Steine: Lichtenberg, Pfarrstraße.

„Laßt die Bäume leben“, steht in Kreideschrift am alten Restaurant. Davor verdorrt eine Kastanie. Verblichen, in Schnörkelschrift kann man lesen: „Bier- und Frühstückslocal, Fremdenlogis“.

Vier Meter hohe Stuck-Portale, geschmückte Fassaden. Aber alles zerbröckelt, ist vielleicht schon für immer verloren. Die Häuser sind 95 bis 120 Jahre alt. Nebenan wohnte 16 Jahre lang Heinrich Zille, und hier war sein „Milljöh“.

Die Pfarrstraße – Berlins einziges noch vorhandenes Gründerzeit-Viertel. Die SED-Verwaltung ließ Denkmalschutz-Schildchen ans verwitterte Gemäuer nageln. Mehr hat sie nicht getan, 40 Jahre lang.

„Hier sind Chaoten unerwünscht“, sagt einer der 120 Besetzer. „Wir wollen diese Straße retten. Schmeißt uns doch nicht mit den Kreuzbergern in einen Topf.“

Seit gestern droht ihnen Gefahr: Nummer 107 wurde in der Nacht besetzt, nach der „Berliner Linie“ des Senats müßte es sofort geräumt werden.

Eine schweigende Verschwörung der Vernunft ist entstanden: Politik und Polizei nehmen Nummer 107 einfach nicht zur Kenntnis.

„Befehl von oben: Alle Polizeikräfte in die Heia“, hat einer an die Wand gepinselt. In der Mainzer Straße hätte das „Tod den Bullen“ geheißen.

Gegenüber werden Türen und Fenster mit weißen Kalksteinen vermauert, um weitere Besetzungen zu verhindern.

„Wie damals in der Bernauer“, sagt traurig eine alte Frau. „Es wäre schade, wenn die jungen Leute hier rausgeworfen würden. Sie waren immer so freundlich zu uns. Wer will schon nur Ratten als Nachbarn haben. . .“

Erregte Debatte über Räumung

Schuldzuweisungen prägten die gestrige Sondersitzung des Innenausschusses im Ost-Teil. Das Bündnis 90 warf der Landesregierung vor, den Dialog mit den Hausbesetzern in der Mainzer Straße bewußt abgebrochen zu haben. Für SPD/CDU gab es nach den Angriffen auf die Polizei und dem Räumungsersuchen der Wohnungsbaugesellschaft keine Alternative. Zeitverzug warfen die Liberalen dem Magistrat vor. Die PDS lehnte generell Räumungen ab. Ein Parteivertreter sah die Polizeieinsätze sogar als Aufzeigen der Machtinstrumentarien an, um zu zeigen, wie „künftig mit Aufmüpfigen umgegangen wird". Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) betonte, Landesregierung und Wohnungsbaugesellschaften seien weiterhin gesprächsbereit und offen für Vertragsabschlüsse. Voraussetzung sei Gewaltlosigkeit. *MP*

MoPo 16.11.

Mainzer Straße war Ziel reisender Gewalttäter

Bilanz der Krawalle in Friedrichshain

Von den 347 Randalierern, die während der Krawalle in der Mainzer Straße festgenommen wurden, wurden elf dem Haftrichter wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung vorgeführt: Sechs kamen in Untersuchungshaft, einer erhielt Haftverschonung, die übrigen sind inzwischen wieder auf freiem Fuß. 77 der Festgenommenen seien, so der Sprecher des Innensenators, Werner Thronicker, der Polizei als „reisende Gewalttäter" bekannt. Über insgesamt 233 Personen hätte die Polizei bereits „Erkenntnisse" gehabt.

Rund zwei Drittel der festgenommenen Straftäter sind keine Berliner. Das ergab eine erste Auswertung der Polizei. Sie sind in anderen Bundesländern geboren. Gebürtige Berliner sind nur 66 Frauen und Männer, 16 weitere stammen aus dem Ausland. Anders sieht es bei den Wohnorten aus: 159 Gewalttäter sind in den westlichen Bezirken und 52 in den östlichen zu Hause. 78 kamen aus anderen Bundesländern, elf sind wohnungslos.

130 Polizisten wurden verletzt

Vom Montag bis zum Mittwoch abend wurden 130 Polizisten verletzt. Ein Beamter liegt noch im Krankenhaus, er wird aber in den nächsten Tagen entlassen.

Ein bei der Räumung durch ein Projektil verletzter Mann hat gestern Strafanzeige gegen die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Ein Polizist hatte, ße drei Warnschüsse abgegeben. Laut Kripo handele es sich bei dem Geschoß möglicherweise um einen Querschläger. Die Anwältin des Mannes betonte, daß ihr Mandant keiner der Besetzer gewesen sei.

Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) kostet allein der Einsatz der Polizeibeamten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen 2,5 Millionen Mark – etwa die Jahresgehälter von rund 400 Polizisten. Wie teuer der Einsatz insgesamt war, kann nur geschätzt werden. In Polizeikreisen hält man zehn Millionen DM nicht für ausgeschlossen.

13 prominente Persönlichkeiten aus dem Kulturleben Berlins haben gestern eine unabhängige Kommission gefordert, um die Ereignisse zu untersuchen.

Die Bürgermeister von Friedrichshain und Lichtenberg forderten auf einer Sitzung des Rates der Berliner Bürgermeister von Oberbürgermeister Tino Schiwerzina (SPD) „eine lückenlose Vorab-Unterrichtung über geplante Polizeieinsätze".

Nach Angaben des Stadtrats für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Clemens Thurmann (SPD), verhandeln die Wohnungsbaugesellschaften gegenwärtig über Miet- beziehungsweise Nutzungsverträge mit 35 Gruppen von Hausbesetzern, „die nicht zum gewalttätigen Potential der Szene gehören". Bisher seien zwölf Verträge abgeschlossen worden.

Ohne Zwischenfälle verlief gestern früh die erneute Räumung eines der ehemals besetzten Häuser in der Pfarrstraße. Vier Jugendliche wurden vorläufig festgenom-

Vertrag mit Hausbesetzern unterschrieben

Die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain will sowohl mit den Besetzern in der Kreuzigerstraße als auch mit denen in der Rigaer Straße Ausbauverträge abschließen. Das bekräftigte gestern Geschäftsführer Walter Rotter. In der Kreuzigerstraße betrifft das sieben Häuser, in der Rigaer Straße zehn. An Meldungen, die Wohnungsbaugesellschaft habe den Besetzern der Kreuzigerstraße ein Ultimatum gestellt, sei „überhaupt nichts dran", sagte Rotter.

„Bereits am Mittwoch konnte mit Vertretern der Kreuzigerstraße 23 ein Vertrag unterzeichnet werden", sagt der Friedrichshainer Bezirksrat für Bauen und Wohnen, Gerd Hannemann. Senat und Magistrat empfehlen, die Möglichkeiten der Verträge zu nutzen, da 25 Millionen DM bereitgestellt seien, um die Ausbauarbeiten so schnell wie möglich zu realisieren. Grundsätzlich könne jedermann Geld für Ausbauarbeiten beantragen. Voraussetzung seien Vorverträge oder Verträge mit den Wohnungsbaugesellschaften. *Fux*

Mit Sanierung der Häuser wird bald begonnen

In der Mainzer Straße in Friedrichshain herrscht wieder Ordnung. Bautrupps haben den Häuserblock zwischen der Frankfurter Allee und Boxhagener Straße unter Kontrolle. Das Inventar der Besetzer wird aus Fenstern geworfen, Bagger heben Tische, Matratzen, Kleider, Kisten voller Bücher auf Lkw. Ein Großteil der Räume in den 13 geräumten Häusern ist leer.

Die Straßengräben sind zugeschüttet, Barrikaden entfernt. Absperrungen der Polizei an den Zugängen zur Mainzer Straße verhindern erneute Besetzungen. In den Hauseingängen patrouillieren Beamte, verdächtige Personen werden überprüft. Ein Polizist: „Wir bleiben hier, bis alle Hauseingänge zugemauert sind." In zwei Tagen, so ein Arbeiter, „ist alles vorbei". Dann wird laut Baustadtrat Gerd Hannemann sofort mit der Sanierung an den Gebäuden und der Straße begonnen.

Über die Räumung der Mainzer Straße und die Unruhen der vergangenen Tage informierte gestern OB Tino Schwierzina den Rat der Berliner Bürgermeister. *mac/Niko*

Kommt nach der Räumung der Abriß?

Die Häuser in der Mainzer Straße werden systematisch zerstört / Mobiliar wird aus den Fenstern geworfen / Schwere Vorwürfe der Besetzer gegen die Polizei: Gummigeschosse eingesetzt, Festgenommene verprügelt und die Treppen heruntergeschubst

Friedrichshain/Kreuzberg. Trotz der Ankündigung von Innensenator Erich Pätzold und Bürgermeister Walter Momper (beide SPD), daß die 13 geräumten Häuser saniert werden und danach Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden sollen, haben Bauarbeiter und Polizei damit angefangen, mit Äxten Türen einzuschlagen, Klos und Öfen zu zertrümmern sowie Wasser- und elektrische Leitungen kaputtzumachen. Auf einer gestrigen Pressekonferenz im Kreuzberger Mehringhof befürchteten ehemalige Besetzer, daß alle Häuser abgerissen werden sollen. Sie beschwerten sich auch darüber, daß im Gegensatz zu dem Versprechen der Polizei, sie ihre Sachen nicht wiederbekommen würden, sondern Möbel, Hifi- und Haushaltsgeräte, Kleidungsstücke und Bücher »einfach aus den Fenstern geworfen werden«. Offenbar die einzigen, die gestern ihr Eigentum abholen konnten, waren die Mitarbeiter des Antiquariats.

Bei der Räumung am vergangenen Montag sollen Sondereinsatzkommandos der Polizei auf den Dächern mit Gummigeschoßen geballert haben. Von den Dächern soll mit der Distanzwaffe auch gezielt in die Fenster des besetzten Hauses in der benachbarten Kreutziger Straße 23 geschossen worden sein, berichte der Ermittlungsausschuß (Tel: 692 22 22). In den Häusern und später auf den Revieren hätten die Beamten Festgenommene verprügelt, mit Knüppeln geschlagen und Treppen heruntergeschubst.

Die meisten Verletzten habe es in der Polizeiwache am Augusta-Platz in Steglitz gegeben haben. Frauen sollen unter anderem von hinten an den Busen gefaßt worden sein. 15 bis 20 Hausbesetzer seien schwer verletzt worden. Es habe Nasenbeinbrüche, einen Milzriß, Rippenbrüche und eine Leber-Gallen-Stauchung gegeben. Eine abgeschossene Gaspatrone habe einem Besetzer den Kiefer gebrochen.

Die Ex-Besetzer der Mainzer Straße wollen Strafanzeige gegen »alle politisch Verantwortlichen«, insbesondere Pätzold und Momper stellen. Sie fordern Schadensersatz und Wiedergutmachung. Sie betonten, daß für die zwei zuerst geräumten Häuser in der Pfarrstraße von den Eigentümern keine Räumungsanträge vorgelegen hätten. Auch seien sie niemals aufgefordert worden, ihre 13 Häuser zu verlassen.

■ 417 Festnahmen

Nach Angaben von Innensenatssprecher Thronicker wurden bei der Straßenschlacht und Räumung der Mainzerstraße am Mittwoch morgen insgesamt 417 Personen festgenommen. 361 Festnahmen — 250 Frauen und 111 Männer — seien wegen des Verdachts eine Straftat begangen zu haben erfolgt. Davon werde gegen 114 Personen wegen Landfriedensbruchs ermittelt, gegen 21 wegen schweren Landfriedenbruchs und gegen 114 wegen Hausfriedensbruchs und anderer Delikte. 329 Personen seien entlassen worden. Acht Personen sollten dem Haftrichter vorgeführt werden. Demgegenüber sprach der polizeiliche Lagedienst gestern abend von 11 Vorführungen beim Haftrichter. Ferner wurden nach Angaben des Innensenatssprechers 56 Menschen nach dem Polizeigesetz ASOG abgeführt und erst am Donnerstag morgen gegen 2 Uhr entlassen. Thronicker führte weiter aus, daß von den Festgenommen insgesamt 154 Personen ihren Wohnsitz in West-Berlin hätten, 78 in anderen Altbundesländern und 52 in Ost-Berlin, 11 seien ohne festen Wohnsitz.

■ Bezirksamt Mitte besetzt

Rund 30 Vertreter aus besetzten Häusern der Stadt starteten gestern eine Aktion im Bezirksamt Mitte. Auf Transparenten protestierten sie gegen die Eskalation der Gewalt durch Senat und Polizei in der Auseinandersetzung um besetzte Häuser. »Dialog statt Bürgerkrieg« hieß es auf einem der Spruchbänder. Nachdem die Protestierenden der Aufforderung, die Plakate zu entfernen, nachkamen, erklärte sich der Bezirksrat für Soziales, Rainer Roepke (Demokratie Jetzt) bereit, in einen Dialog zu treten: »Wir sehen diese Aktion nicht als Besetzung an.« Die Besetzer äußerten nochmals ihre Anliegen: »Keine weiteren Räumungen« und »Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer vertraglichen Lösung für alle besetzten Häuser«.

Bei dem Gepräch, das Roepke mit den Besetzern führte, waren sich beide Seiten einig, daß jegliche Aktionen gewaltfrei vonstatten gehen müssen. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, bei dem zur Zeit an der HdK laufenden »Karl-Hofer-Symposium« eine Forum über die Probleme Wohnungsnot und Hausbesetzungen durchzuführen, zu dem neben Momper, Schwierzina und Pätzold auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker eingeladen werden soll. Als Roepke nach über einer Stunde Dialog den Saal verließ, rief er den Besetzern zu: »Wir müssen solidarisch sein!«

diak/plu/ok

siehe auch Seite 22 und 28

TAZ 16.11.

Gewaltfreie zwischen den Fronten

Nach der Räumung der Mainzer Straße protestierten 10.000 in der Berliner Innenstadt / Am Ende der Demonstration Ausschreitungen / Bürgerrechtler stellten sich zwischen Steinewerfer und Polizei

Berlin (taz) —Gegen die Räumung der besezten Häuser in der Mainzer Straße protestierten am Mittwoch Abend in Berlin rund 10.000 DemonstrantInnen in Ostberlin. Der Zug, der vom Senefelder Platz über das Rote Rathaus zum Frankfurter Tor führte, verlief ohne Zwischenfälle. Zu Ausschreitungen kam es im Anschluß, als die meisten TeilnehmerInnen den Platz bereits wieder verlassen hatten. Mitglieder des Bündnis 90 gingen zwischen Polizei und militante Demonstranten und verhinderten eine regelrechte Straßenschlacht.

Während der Demonstration warfen die RednerInnen dem Berliner Senat eine „polizeistaatliche Lösung der Wohnungspolitik" vor. Die „Eskalation der letzten drei Tage" sei vom SPD/AL-Senat „systematisch vorangetrieben" worden. Sie erneuerten ihre Forderung nach einem Räumungsverzicht, einer Rahmenvereinbarung für die besetzten Häuser und der Rückgabe der geräumten Häuser an die BesetzerInnen.

Der Demonstrationszug endete am Frankfurter Tor in Ostberlin, wo mehrere Hundertschaften der Polizei aus Nordrhein-Westfalen den weiteren Weg in die nahegelegene Mainzer Straße abriegelten. Nach etwa einer Stunde kam es dort gegen 20 Uhr 30 zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und etwa 200 steinewerfenden Demonstranten. Die Polizei setzte im Verlauf der zweistündigen Randale Wasserwerfer und Tränengas ein.

Mitglieder des Bündnis 90, überwiegend aus der Bürgerrechtsbewegung Neues Forum, gingen dabei immer wieder mit den Rufen „Aufhören", „Keine Gewalt" und „Kein Wahlkampf für die SPD" zwischen die Fronten. Als einige Vermummte in der anliegenden Bersarinstraße die Scheiben eines Konsum-Geschäftes einwarfen und die Umstehenden aufforderten, „holt euch die Sachen, die ihr euch nicht leisten könnt", verhinderten sie auch die Plünderung des Ladens. Gewaltfreie und Vermummte lieferten sich hitzige Wortgefechte, vereinzelt kam es zu Rangeleien.

Die BürgerrechtlerInnen versuchten aber auch, die Polizei bei ihren Ausfällen zu stoppen. Sie stellten sich einem Polizei-Konvoi in den Weg und mit einer Sitzblockade hinderten sie einen Wasserwerfer am Einsatz. Ebenso wie die Vermummten waren die Bereitschaftspolizisten aus Nordrhein-Westfalen vom Eingreifen der Gewaltfreien sichtlich irritiert. Während die Militanten den Leuten vom Neuen Forum ein „Verpißt euch" entgegen schrien, konnten die Polizisten nicht zwischen gewaltfreien und militanten Demonstarnten unterscheiden. Mit Schlagstöcken schlugen sie auf beide Gruppen ein. Laut Polizei-Pressestelle wurden nach der Demonstration 33 Personen festgenommen.

„Auch wenn es vielleicht etwas naiv und hilflos gewirkt hat, es hat die große Eskalation verhindert", resümierte gestern Tina Krone vom Neuen Forum. Nachdem es anfangs so ausgesehen habe, als habe das Eingreifen der Bürgerrechtler keinen Erfolg, seien viele frühere DDR-Oppostionelle besonders wütend geworden.

Sie wollten nicht mitansehen, wie „West-Polizisten und harte West-Autonome ihre Kämpfe bei uns austragen". **Wolfgang Gast**

Polizei ohne Grenzen bei Berliner Demos

Warnschuß in den Fuß, Einsatz von Blendschockgranaten und angeblich auch von Gummigeschossen

Berlin (taz) — Bei den schweren Straßenschlachten hat nicht nur die Gewalt von Hausbesetzern eine neue Qualität erreicht — auch die Polizei hat offenbar alle Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit fallengelassen.

Höhepunkt der gewalttätigen Auseinandersetzungen waren drei Warnschüsse eines Berliner Polizeibeamten, die am Dienstag bei der Räumung der 13 Häuser in der Mainzer Straße abgegefeuert wurden. Merkwürdigerweise traf eine der Kugeln einen Symphatisanten der Hausbesetzer in den Fuß. Das herausoperierte Projektil soll schwer verformt sein — ein Hinweis für einen Querschläger. Die Mordkommission ermittelt. Am Montag abend, als Hausbesetzer die Barrikaden vor ihren Häusern im Bezirk Friedrichshain bauten, schoß die Polizei nicht nur Unmengen von chemischen Kampfgasen in die verbarrikadierte und andere Straßen, sondern setzte auch mehrere Blendschockgranaten ein. Der grelle Blitz dieser Granaten flackerte in den Tränengasschwaden bis in die Höhe von Hausdächern.

Am Montag wie auch während der Auseinandersetzungen nach der Demo in der Nacht auf den Donnerstag schmissen Beamte auch mit Steinen; selbst ein ungeschützer Pressepulk wurde zur Zielscheibe. Nach Augenzeugenberichten soll die Polizei nach der Demonstration auch Gummigeschoße eingesetzt haben. Auf der Ostberliner Kreuzung Frankfurter Tor hörte eine Zeugin dumpfe, schallgedämpfte Schüsse. Ein anderer Zeuge berichtete der taz, daß ein Demonstrant »von irgendetwas« in den Hintern getroffen worden sei, hinfiel und aufgrund des starken Schmerzes nicht wieder aufstehen konnte.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) ließ erklären, daß Gummigeschoße nach dem Berliner Polizeigesetz nicht erlaubt seien. Die Berliner Polizei verfüge auch nicht über solche Geschosse. Es werde geprüft, ob die Niedersächsiche Polizei oder der Bundesgrenzschutz solche Waffen mitgebracht habe. Die Steinwürfe von Beamte verurteilte der Senator, und er riet: Betroffene und Augenzeugen sollen Anzeige erstatten. Die Vorfälle würden untersucht werden. **Dirk Wildt**

INTERVIEW

»Eine Aufnahme der Verhandlungen wäre noch möglich gewesen«

Der Bürgermeister von Friedrichshain, Helios Mendiburu (SPD), zur Straßenschlacht am Montag und zur Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße

taz: *Der Regierende, Momper, behauptet, die Besetzer der Mainzer Straße seien zu keinem Zeitpunkt zu Verhandlungen bereit gewesen.*

Helios Mendiburu: Sicherlich ist Herr Momper nicht ausreichend informiert worden. Es hat Verhandlungen mit dem Vertragsgremium — dem Interessenvertreter der meisten besetzten Häuser, nicht nur von Friedrichhain — gegeben. Im Zusammenhang mit Beschwerden von Anwohnern der Mainzer Straße haben wir von der Stadtverordnetenversammlung am 27.9. unseren Standpunkt erklärt, daß die Probleme auf politischem Wege, durch Verhandlungen gelöst werden sollen. Wir haben die Besetzer aufgefordert, bis zum 15.10 Uhr definitiv zu erklären, ob sie Verhandlungen durchführen wollen. Dazu hat sich die Mainerstraße nicht mehr geäußert, obwohl wir das überall durchgesteckt haben.

Was sagen Sie zu den Ereignissen der letzten Tage und der Räumung?

Eine Gewaltlösung kann niemals im Sinne eines Politikers sein, der diesen Demokratisierungsprozeß in der DDR mitgemacht hat.

Sie haben Montagnacht versucht zu vermitteln.

Als ich sah, wie die Polizisten mit Steinen beworfen wurden, und die jungen Leute auf dem Dach von Wasserwerfern hinweggefegt zu werden drohten, bin ich nach Rücksprache mit dem Polizeiführer zu den Besetzern gegangen. Es ist gelungen, zwei Stunden Ruhe zu schaffen. In der Zeit wurden dann die Straße aufgerissen und Steine eingesammelt. Ich habe gesagt, macht das nicht, aber da war nicht mehr mit irgend jemandem Vernünftigen zu reden. Es gab in der Mainzer Straße Besetzer, die das kommen gesehen haben, aber Angst vor den anderen hatten.

Werden die Häuser nicht mehr an die Besetzer zurückgegeben?

Das ist zu bedauern. Weil ich weiß, daß in der Mainzer Straße eine Differenzierung notwendig ist. Aber dann hätten sich diejenigen, denen es nicht um Gewalt sondern um Wohnprojekte ging, von den Gewaltbereiten absetzten müssen.

War wirklich aller Verhandlungsspielraum ausgereizt?

Sicherlich nicht. Bevor eine derartige Konfrontation zustande kommt, sollte man wesentlich mehr versuchen. Meine Schlußfolgerung ist, daß sich solche bürgerkriegsähnlichen Zustände wie in der Mainzer Straße in den letzen Tagen, nicht wiederholen dürfen. In den besetzten Häusern Rigaer Straße und Kreutzigerstraße muß so schnell wie möglich im Rahmen der Möglichkeiten verhandelt werden, das heißt: Einzelmietverträge mit den gleichen Rechten und Pflichten, die jeder andere Mieter hat.

Keine Nutzungsverträge für das gesamte Haus?

Das geht nicht wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Ich habe aber angeregt, den Jugendlichen eine Option auf die Häuser zu geben, wenn sich die Besitzer nicht melden. Bis dahin muß aber in Form von einzelnen Mietverträgen legalisiert werden. Die brauchen doch für diese schlechten Häuser kaum Miete zu bezahlen. Außerdem begehen sie ständig strafbare Handlungen, weil die Strom und Wasser entnehmen und den Müll auf die Straße schmeißen.

Sie kommen gerade vom Rat der Bürgermeister. Worum ging es auf der Sitzung?

Ich habe gegenüber dem Staatssekretär des Innensenators, Borrmann, kritisch angemerkt, daß die Vorbereitung und Durchführung der Räumung an den Verantwortlichen der Stadbezirksverordnetenversammlung vorbei vorbereitet und durchgeführt wurde; daß wir darüber nicht frühzeitig informiert worden sind; daß ich am Morgen der Räumung nochmals versucht habe, mit der Vorsteherin der Stadtverordnetenversammlung und den Abgeordneten vom Bündnis 90 dort reinzugehen. Während der Räumung — ich bin ja erst davon informiert worden, als sie schon 38 Minuten lief — habe ich Herrn Krüger angerufen. Wir hatten uns für acht Uhr hier unten verabredet. Wir haben an der Ecke auf ihn gewartet, aber er kam erst um halb neun. Ich wollte, daß die Polizei eine Pause bei der Räumung einlegt, um in die Mainzer Straße hineinzugehen und die Besetzer aufzufordern aufzugeben. Ich wollte die auffordern, jegliche Handlungen einzustellen und die Abgeordneten und Anwohner raushohlen. Krüger hat geäußert, daß die Möglichkeit besteht, daß ich als Geisel genommen werde. Ich habe gesagt, ich habe keine Angst davor, die Besetzer werden nicht soweit gehen. Dann mußten wir uns bis zum Einsatzleiter durchfragen. Es verging wieder eine halbe bis dreiviertel Stunde, Die Räumung und Festnahmen waren schon voll im Gange: Es war alles zu spät. Wenn ich das früher gewußt hätte, hätte ich den gleichen Vorschlag gemacht oder den Leuten zumindest gesagt, ihr schafft es nicht, verlaßt erst mal die Häuser, beziehungsweise fangt an aufzuräumen. Vielleicht wäre die Räumung dann nicht erfolgt. Zumindest hätte es dann nicht diese Ausschreitungen gegeben und die Aufnahme von Verhandlungen wäre noch einmal möglich gewesen.

Wie geht es jetzt weiter?

Ich habe mich auf den Rat der Bürgermeister persönlich an Herrn Schwierzina gewandt und gesagt, daß jegliche Aktivitäten, die zu weiteren Konfronationen führen, unterbleiben sollen. Er möchte bitte auf die Wohnungsbaugesellschaften einwirken, daß die Häuser in der Rigaer und Kreutzigerstraße so lange nicht geräumt werden, bis wir mit den Besetzern gesprochen haben. Mit einigen Häusern wird gegenwärtig ja verhandelt. In der Kreuzigerstraße laufen ja Verhandlungen. Das ist mir von Herrn Schwierzina sofort zugesagt worden. Ich habe auch beobachten können, daß sein Bürochef das weitergeleitet hat. Bei einigen Politikern bestehen natürlich Bedenken, daß die Gewaltbereiten nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis versuchen werden, von anderen besetzten Häusern Besitz ergreifen. Daß ist ja schon mal der alternativen DDR-Künstlergruppe »Achbach« in der Ecke Scharnweber widerfahren, die kurz vor Vertragsunterzeichung war. Sie wurden von gewaltbereiten Besetzern der Mainzer Straße rausgeschmissen.

Wo sollen die Ex-Besetzer aus der Mainzer Straße denn hin?

Sie sollen herkommen und Wohnberechtigungscheine mitbringen, dann bekommen sie hier Einzelwohnungen.

Teilen sie die Auffassung, daß Innensenator Pätzold mit der Räumung Wahlkampf gemacht hat?

Der Geruch ist da.

Interview: plu

Berlin (taz) — Das rot-grüne Bündnis im Schöneberger Rathaus ist gestern nach 600 Tagen Dauerstreß knapp vor den Wahlen geplatzt. Die Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus und der geschäftsführende Ausschuß beschlossen, die Konsequenz aus den massiven Polizeieinsätzen der vergangenen Tage gegen HausbesetzerInnen zu ziehen. Zwölf der 16 anwesenden Fraktionsmitglieder stimmten für den Ausstieg der AL aus der Koalition, drei stimmten dagegen. Die drei von der AL gestellten Senatorinnen werden am Montag zurücktreten. Die AL will eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses beantragen und einen Mißtrauensantrag gegen den Regierenden Momper stellen. Die Fraktionssprecherin der AL, Künast, warf Momper „unerträgliche Stimmungsmache" vor, wenn er die BesetzerInnen Mörder nenne. Auch ihr Stellvertreter Bernd Köppel, der gegen den Austritt der AL gestimmt hatte, machte den SPD-Regierungschef verantwortlich für den Bruch der Koalition. Walter Momper tönte tagsüber noch, er würde den Austritt der AL bedauern. Innensenator Pätzold sagte gar, ihm sei ein rot-grünes Bündnis noch immer lieber als ein rot-schwarzes. In einer ersten Reaktion klagte auch die CDU den Rücktritt Mompers und des Senats ein.

INTERVIEW

»Eine Überreaktion«

SPD-Fraktionschef Ditmar Staffelt kann die AL nicht verstehen / Kaum noch Chance für Rot-Grün nach 2.12.

taz: *Wie bewerten Sie den Entschluß der AL, aus der Koalition auszutreten?*

Dietmar Staffelt: Ich halte diesen Schritt für falsch. Die Räumungen in der Mainzer Straße waren aus Gründen der Wahrung des Rechtsstaates bei diesem Gewaltpotential notwendig. Wir haben festgehalten und werden festhalten an der »Berliner Linie«. Insofern ist das eine Überreaktion, die im übrigen dadurch garniert wird, daß die AL offensichtlich die Absicht hat, Momper mit einem Mißtrauensvotum zu belegen.

Was sagen Sie zu dem AL-Vorwurf, daß sie vorher überhaupt nicht informiert worden sei, daß Anfang der Woche drei Häuser geräumt werden sollten?

Wir haben schon im Sommer eine Diskussion über die Frage geführt: Wie gehen wir mit neuen Hausbesetzungen um? Es hat jeweils in Senats- und Magistratssitzungen Aufklärung über den Stand der Dinge gegeben, besonders bezüglich der Abschlüsse von Verträgen mit Hausbesetzern. Die Räumungen, die am Montag erfolgten, lagen voll auf dem Kurs der »Berliner Linie«. Niemand hat damit rechnen können, daß sie zu einem derartigen Ausbruch von Gewalt in der Mainzer Straße führen würden. Ich meine, daß es bei dieser Gewaltorgie keine andere Möglichkeit gegeben hat, als die Räumung der Häuser vorzunehmen. Ich verstehe auch nicht — da die AL sich in den Koalitionsvereinbarungen zum Gewaltmonopol des Staates bekannte —, daß sie in dieser Situation die Notwendigkeit polizeilichen Handelns nicht eingesehen hat.

Was heißt das für die Zukunft: Wird es nach dem 2. Dezember eine rot-grüne Koalition geben?

Rot-Grün hat einen ganz schweren Schlag hinnehmen müssen. Nun müssen noch mehr Menschen in der Stadt bezweifeln, daß die AL tatsächlich regierungswillig, vielleicht auch regierungsfähig ist. Wir müssen die Wahlen abwarten, aber die Chancen von Rot-Grün sind damit erheblich gemindert.

Wird damit die große Koalition, die ja schon länger beschworen wird, möglich?

Wir müssen abwarten, welches Wahlergebnis uns beschert wird.

Interview: kd

DIE WELT GUCKT AUF BERLIN

Viel Kritik an Polizeieinsatz

Bischoff Forck spricht von »Armutszeugnis« / SPD-Vogel räumt soziale Ursachen ein und / AdK-Präsident (Ost), Heiner Müller, fordert »zivile Formen«

Berlin. In Bezug auf das Vorgehen des Senats und die Entscheidung von Innensenator Erich Pätzold (SPD) sprach der Spitzenkandidat von Bündnis 90/Grüne, Gerd Poppe, von »Unsensibilität der Westseite gegenüber dem Osten«. Deutlich sei Arroganz im politischen Umgang zu spüren. Die »unglaubliche Präsenz der Polizisten« nannte er dabei einen Auslöser von Reaktionen, die dann zu Gewalt führten. Auch der Bischof von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, hat die Räumung der besetzten Häuser in Friedrichshain kritisiert. Forck: »Ich denke, wenn man in dem Sinne einfach Verhandlungen abbricht und dann durch Gewalt ersetzt, dann ist das ein Armutszeugnis.« Nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Vogel spielten bei den Ausschreitungen im Ostteil Berlins auch soziale Probleme eine Rolle. Zugleich sicherte er dem Berliner Senat »volle Unterstützung« bei der Herstellung von Recht, Sicherheit und sozialem Frieden zu. Der Staat, so bekräftigte er, müsse sein Gewaltmonopol bewahren. Der FDP-Innenpolitiker Burkhard Hirsch warnte die Parteien davor, eine »scheinbare Wahlkampfmöglichkeit« auszunutzen. Die Berliner Mietergemeinschaft e.V. kritisierte unter anderem, daß der Senat die Häuser in der Mainzer Straße entgegen der sogenannten »Berliner Linie« hat räumen lassen — seien die Gebäude dort doch vor dem ominösen Stichtag, 24. Juli, besetzt worden. Die Bürgermeister der Bezirke Friedrichshain und Lichtenberg forderten auf einer Sitzung des Rates der Berliner Bürgermeister vom Oberbürgermeister Tino Schwierzina (SPD) »eine lückenlose Vorab-Unterrichtung« über künftige Polizeieinsätze. Auch die Präsidenten der Akademie der Künste im Ostteil der Stadt und der Hochschule der Künste im Westen Berlins, Heiner Müller und Ulrich Roloff-Momin, haben gegen den Polizeieinsatz protestiert und Innensenator Erich Pätzold (SPD) aufgefordert, »zu zivilen und dialogischen Formen der Auseinandersetzung zurückzukehren«. Die Grünen im Niedersächsischen Landtag haben die Entsendung niedersächsischer Polizisten nach Berlin — die ohne politische Diskussion darüber vonstatten gegangen sein soll — scharf kritisiert. »In Niedersachsen«, so die Grünen in Hannover, »muß es statt der einseitigen Polizeistrategie auf jeden Fall eine politische Lösung geben.«

ok

DOKUMENTATION

Abgeordnete fordern Gewaltverzicht

Friedrichshainer Kommunalpolitiker kritisieren Räumungspolitik des Senats

Nach dem erfolglosen Bemühen Friedrichshainer Kommunalpolitiker, den Hausbesetzungen mit friedlichen Mitteln zu begegnen, verabschiedeten Mitglieder der BVV folgenden Aufruf:

Mit Betroffenheit haben wir die Entwicklung um die Mainzer Straße in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen müssen.

Seit Beginn der Legislaturperiode haben die Abgeordneten der BVV und der Bürgermeister Helios Mendiburu eine gewaltfreie politische Lösung angestrebt. Dieses Konzept ist für die Mainzer Straße durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen gescheitert.

Wir bedauern auch im Sinne der Friedrichshainer Bürger außerordentlich, daß es zu keiner friedlichen Lösung gekommen ist. Die Polizeiaktion erfolgte ohne vorherige Information des Bürgermeisters. Selbst die noch während der Polizeiaktion erfolgten Vermittlungsversuche von Herrn Mendiburu und Abgeordneten mußten scheitern, da sie ignoriert wurden.

Trotz dieser Ereignisse vertreten wir weiter das Konzept einer politischen Lösung. Für alle besetzten Häuser, von denen keine Gewalt ausgeht, streben wir Ausbauverträge an. Dazu ist eine klare Absteckung des Entscheidungsspielraums zwischen Senatsverantwortlichen einerseits und Bezirksamtsverantwortlichen andererseits notwendig. Wir fordern von der Landesregierung ein tragfähiges Konzept zur Lösung aller mit diesen Problemen zusammenhängenden Fragen.

Im Namen der Fraktionen: Marianne Tietze, Vorsteherin der BVV; Bernd Schömann, Fraktionsvorsitzender der SPD; André Nowak, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS; Hans-Werner Bürkner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU; Stefan Kranz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne; Fraktion KPD/DFD/VS

TAZ 16.11.

Auch neun Hamburger an der Mainzer Straße festgenommen

Mehrzahl der Hausbesetzer stammte aus West-Berlin — Viele waren der Polizei bekannt — Elf Haftbefehle beantragt

Während der gewalttätigen Auseinandersetzungen die sich am Mittwoch abend im Anschluß an eine friedlich verlaufende Demonstration gegen den Polizeieinsatz in der Mainzer Straße entwickelt hatten, wurden nach Polizeiangaben 33 Personen festgenommen. Einschließlich der am Vormittag auf der Mainzer Straße festgenommenen Hausbesetzer befanden sich gestern 417 Personen in Polizeigewahrsam.

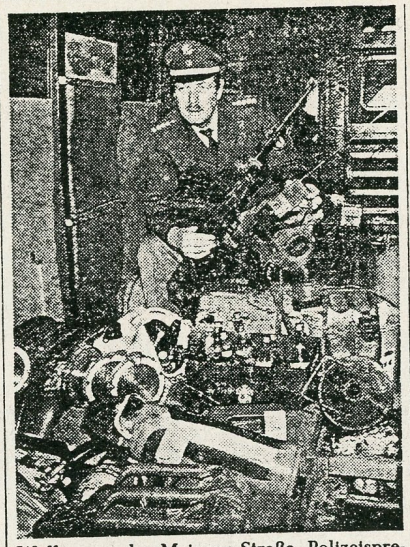
361 Personen waren wegen begangener Straftaten und 56 nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) festgenommen worden, teilte die Polizei mit. Letztere wurden alle bis gestern um 2 Uhr wieder auf freien Fuß gesetzt.

Unter den 361 wegen Straftaten festgenommenen Personen befanden sich nach Polizeiangaben 111 Frauen. 77 der Festgenommenen sind nach Auskunft des Sprechers der Innenverwaltung, Thronicker, sogenannte „reisende" Gewalttäter. Weitere 70 Personen seien wegen verschiedener Delikte, wie beispielsweise Diebstahl polizeibekannt. Elf der Festgenommenen waren ohne festen Wohnsitz. 159 stammen aus West-Berliner Bezirken, 52 aus Ost-Berlin und 78 aus anderen Bundesländern.

Acht Personen aus der Hafenstraße

Acht der Festgenommenen sind in der Hamburger Hafenstraße gemeldet, einer stammt aus deren Umgebung, teilte Thronicker mit. 350 Personen sind gestern entlassen worden, elf wurden dem Haftrichter vorgeführt. Ihnen wird Landfriedensbruch vorgeworfen, zweien wird außerdem gefährliche Körperverletzung und drei weiteren zusätzlich unbefugter Waffenbesitz (Brandflaschen) zur Last gelegt. Gegen sieben erließ der Richter Haftbefehl, eine Person erhielt Haftverschonung und vier wurden entlassen.

Gegen die Entlassenen werde weiter ermittelt, teilte die Polizeipressestelle mit. Vorgeworfen wird ihnen ebenfalls Landfriedens- und Hausfriedensbruch. Derzeit werden noch von der Polizei aufgenommene Videoaufzeichnungen und die Fingerabdrücke der Festgenommenen ausgewertet.



Waffen aus der Mainzer Straße. Polizeisprecher Jörg Müller präsentierte gestern Waffen und Brandsätze, die in den geräumten Häusern gefunden worden waren, darunter zahlreiche Molotow-Cocktails, Gasflaschen, literweise Benzin, ein Luftdruckgewehr und Sprechfunkgeräte. Foto: Nowak

Die Gesamtkosten des Polizeieinsatzes vom Mittwoch können bisher nicht einmal annähernd geschätzt werden. Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) allerdings werden sich die Kosten allein für die aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nach Berlin geholten Polizisten bis zu deren Heimfahrt am Wochenende auf mindestens 2,5 Millionen DM belaufen.

Proteste gegen Polizeieinsatz

Gestern kam es zu Protesten gegen die Räumung der Mainzer Straße. Unter anderem entrollten etwa 20 Personen im „Berolina-Haus" am Alexanderplatz, in dem sich auch die Verwaltung für den Bezirk Mitte befindet, Transparente, auf denen gegen die „Eskalation der Gewalt" protestiert wurde. Sie erklärten das „Berolina-Haus" für besetzt. Sie forderten „keine weiteren Räumungen und Ultimaten" und eine „schriftliche Nichträumungsgarantie des Senats". Kurzfristig seien Transparente auch an der Hausfassade angebracht worden, teilte die Polizei mit. Die „Besetzer" hätten das Gebäude allerdings nach kurzer Zeit freiwillig wieder verlassen.

In der Nacht zu Donnerstag hatten mehrere Personen versucht, eines der am Montag geräumten Häuser an der Pfarrstraße in Lichtenberg erneut zu besetzen. Die Besetzer wurden von der Polizei aus dem Gebäude geholt und nach Feststellung ihrer Personalien wieder aus dem Gewahrsam entlassen.

Senat kommt für Schäden auf

Für Sachbeschädigungen, die im Anschluß an die Demonstration am Mittwoch abend verursacht wurden, komme das Land Berlin auf, teilte Finanzsenator Meisner gestern mit. Ausgeschlossen seien Schäden, die bei den Ausschreitungen im Bereich der Mainzer Straße entstanden sind. Betroffene können ihre Ansprüche formlos an die Senatsverwaltung für Finanzen, Abt. IV A 31, Nürnberger Straße 53, 1000 Berlin 30, richten. **weso**

Unbekannte setzten Gasag-Auto in Zehlendorf in Brand

Ein Kleinbus der Gasag ist in der Nacht zu gestern an der Löbleinstraße in Zehlendorf von Unbekannten in Brand gesetzt worden. Nach Auskunft der Polizei wurden an weiteren dort abgestellten Gasag-Fahrzeugen die Reifen zerstochen. Aus einem Kanister wurde Benzin unter die Autos gegossen. Nach Aussagen von Zeugen seien mehrere Personen weggelaufen und in Richtung des angrenzenden Parkes gerannt. In der Umgebung fand die Polizei später weitere Benzinkanister, die bereitgestellt worden waren. (Tsp)

Königs Kritik an Momper

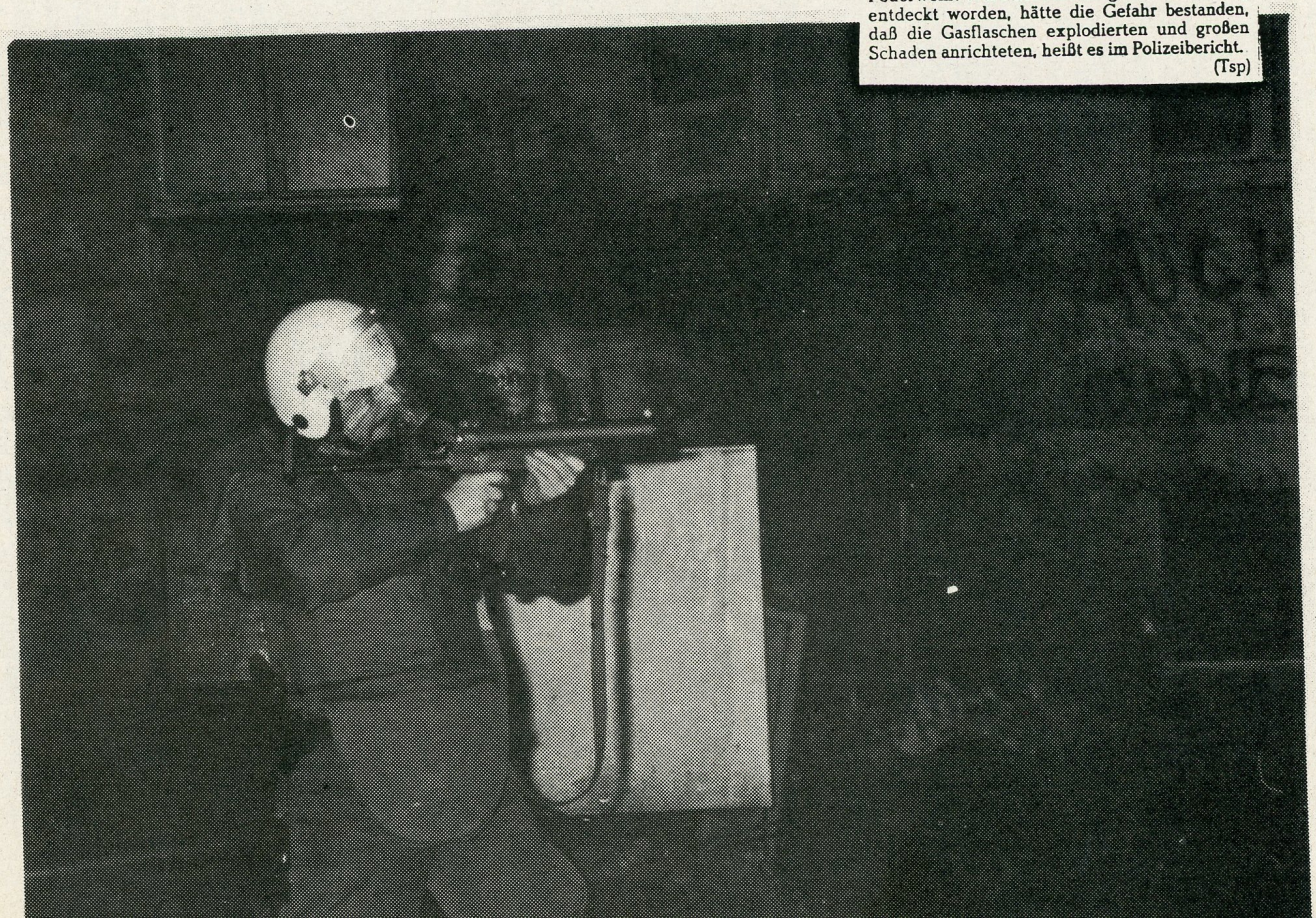
Der Kreuzberger Bezirksbürgermeister König (SPD) hat in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Momper mit „allem Ernst" gegen dessen angebliche Bemerkung „protestiert", die Randalierer der Mainzer Straße seien Leute, die „aus Kreuzberg Gewalt und Randale exportierten". Es müsse Schluß damit gemacht werden, meint König, „einen ganzen Bezirk und alle seine Menschen und vor allem die dort Arbeitenden derart abzuqualifizieren. Mit trotzdem freundlichen Grüßen Ihr König." (Tsp)

Tsp 16.11.

Brandanschlag auf Lagerraum von Baufirma in Sanierungshaus

Ein Brandanschlag auf den Lagerraum einer Baufirma ist in der Nacht zu gestern in einem Sanierungshaus an der Bevernstraße in Kreuzberg verübt worden. Nach Auskunft der Polizei waren im Hausflur die Ventile von zwei Gasflaschen geöffnet und das ausströmende Gas einer Azethylenflasche entzündet worden. Die Flamme war gegen die Tür des Lagerraumes gerichtet, die bereits zu brennen begonnen hatte.

Ein Anwohner, der Rauch bemerkt hatte, schloß das Ventil der zweiten Flasche, in der sich Sauerstoff befand, und alarmierte die Feuerwehr. Wäre der Anschlag nicht rechtzeitig entdeckt worden, hätte die Gefahr bestanden, daß die Gasflaschen explodierten und großen Schaden anrichteten, heißt es im Polizeibericht. (Tsp)



Angeschossener erstattete Anzeige gegen unbekannten Polizisten

Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung hat der junge Mann erstattet, der während des Polizeieinsatzes an der Mainzer Straße in Friedrichshain am Mittwoch vermutlich durch einen Schuß verletzt worden ist. Seine Rechtsanwältin, Margarete von Galen, teilte gestern mit, nach Auskunft ihres Mandanten habe ein Polizeibeamter seine Dienstwaffe auf eine Gruppe von Demonstranten auf der Mainzer Straße gerichtet und abgedrückt. Der Verletzte, er sei Anfang 20 und keineswegs ein Hausbesetzer, wurde von „autonomen Sanitätern" versorgt und später im Krankenhaus operiert. Der Knochen wurde durch das Projektil verletzt. Der Mann befindet sich noch im Krankenhaus.

Nach Angaben der Polizei seien die Ermittlungen, die wegen der Abgabe von drei Warnschüssen eines Beamten eingeleitet worden sind, noch im Gange. Die Untersuchung des Projektils, das aus dem Bein des Verletzten operiert wurde, seien noch nicht abgeschlossen. Nach vorliegenden Informationen wurde mit der Untersuchung des Geschosses, das als „ziemlich deformiert" beschrieben worden ist, noch nicht einmal begonnen. Man rechnet für Anfang der Woche damit.

Von den bei den Auseinandersetzungen an der Mainzer Straße am Mittwoch verletzten Beamten befinden sich noch zwei in Krankenhäusern. Einer leide an einem „Gehörtrauma" und werde sich noch mindestens zehn Tage in der Klinik aufhalten, der zweite klage über Schmerzen im Bauch- und Milzbereich. Dieser werde weiterhin im Krankenhaus beobachtet. Ein dritter Beamter, der bei den Krawallen am Montag und in der Nacht zu Dienstag einen offenen Naseneinbruch erlitt, befindet sich ebenfalls noch in einem Krankenhaus.

Gegenstand polizeiinterner Untersuchungen werden Beobachtungen von Berichterstattern, wonach einzelne Polizeibeamte an der Mainzer Straße Steine angeblich auf Anweisung eines Einsatzleiters geworfen haben. Nach Auskunft eines Polizeisprechers sei gerichtlich festgestellt worden, daß in „extremen Notsituationen" Polizeibeamte Steine werfen dürfen. Nun sei es Aufgabe dieser Untersuchungen, ob tatsächlich eine derartige Situation vorgelegen habe. Auf keinen Fall aber kann das Werfen von Steinen von einem Einsatzleiter angeordnet werden, ebensowenig wie dieser den Schußwaffengebrauch anordnen kann. Dies sei der individuellen Bewertung durch den betroffenen Beamten zu überlassen.

weso

Noch schwebt Tränengas in den Räumen

Nächtlicher Rundgang durch die geräumten Häuser — Alles „ganz normal anders"

Nach den schweren Auseinandersetzungen der Hausbesetzer mit der Polizei in den vergangenen Tagen zeigt sich in der Nacht zu gestern an der geräumten Mainzer Straße zum ersten Mal auch ein anderes Bild. Hunderte Menschen, unter ihnen auch viele ältere, stehen diskutierend auf der Straße, unterhalten sich mit den Polizisten, versuchen Ursachen zu beschreiben. Die Stimmung ist locker, die Spannung gelöst. Viele halten brennende Kerzen in der Händen. Erinnerungen an die Oktober- und Novembertage des vergangenen Jahres werden wach. Einige tragen auch die Schärpen mit der Aufschrift „Keine Gewalt — Neues Forum".

In einem Gespräch mit zwei Polizisten aus Unna erfahren wir, daß viele Beamte während der abendlichen Demonstration verunsichert waren. Immer wieder waren Vertreter der Bürgerbewegungen zwischen die Chaoten und die Polizei gegangen, versuchten somit, die Eskalation der Gewalt zu bremsen, Übergriffe zu verhindern.

Während die Gespräche weitergehen, erhalten wir die Möglichkeit, die geräumten Häuser zu besichtigen. Die Straße ist noch immer abgesperrt. Das gleißende Licht der Scheinwerfer wirft Schatten von den Steinen, Eisenstangen, Müllcontainern — gespenstisch. In den Häusern sind Polizisten dabei, die Zimmer leerzuräumen. Selbst zu schon so später Stunde (es ist etwa 1 Uhr) werden noch Steine und Betonplatten herausgetragen. Die Keller sind teilweise durch die Besetzer miteinander verbunden worden, wohl aus taktischen Gründen. In den Hausfluren fehlen größtenteils die Treppengeländer. Riesige Klapptüren, die von oben heruntergesenkt werden können, um den Zugang zu den oberen Geschossen zu versperren, sind von den Beamten demontiert worden.

In den Wohnungen natürlich überall die Spuren des morgendlichen Kampfes. Wasser in den Zimmern. Auch jetzt noch schwebt der Geruch des Tränengases leicht in den Räumen. In einem Zimmer, das voller Matratzen liegt, hängen politische Losungen an den Wänden, die sich mit der „verfehlten Wohnraumpolitik der Parteibonzen und Spekulanten" befassen. Die Fenster sind mit Drahtgeflecht von außen vernagelt. Balkontüren werden mit Federböden geschützt.

Möbel irgendwelcher Art entdecken wir kaum. Obstkisten dienten als Tische und Stühle gleichermaßen. Hier und da steht eine alte Couch, die Bettdecken liegen noch drauf. In einer anderen Wohnung bietet sich ein anderes Bild. Das Balkonzimmer wurde offensichtlich von den Auseinandersetzungen verschont. Zahlreiche Grünpflanzen stehen auf der Erde, die Wände sind frisch tapeziert. In anderen Zimmern finden wir zahllose Bücher, vor allem Lehrliteratur, und auch Schreibmaschinen.

Der Zustand der Wohnungen insgesamt ist miserabel. Die Dielen sind teilweise verfault oder fehlen. Die Wände sind in ihrer Mehrzahl nicht neu tapeziert. Sehr oft findet sich alte, vergilbte Blümchentapete, die verschiedenste Sprüche ziert. Von den seit Monaten angefahrenen Baumaterialien und den auf Pressekonferenzen immer wieder bestätigten Sanierungsarbeiten ist in den Häusern, die wir sehen, nichts zu bemerken. Die Berichte verschiedenster Agenturen, nach denen in den Gemeinschaftsküchen kiloweise verfaultes und verschimmeltes Obst und Gemüse sowie Essensreste gefunden worden seien, können wir nicht bestätigen. Auch trafen wir nicht, wie anderswo behauptet, auf „unerträglichen Gestank".

Alles ist eigentlich „ganz normal anders". Wenn da nicht die Steine und Eisenstangen und Klapptüren und Barrikaden wären, die schaudern lassen.

Wieder auf der Straße bleibt ein beklemmendes Gefühl und der Wunsch nach Fähigkeit aller beteiligten Seiten zum Dialog. Ein kleiner Anfang wurde gestern am Nachmittag bereits gemacht. Besetzer anderer Häuser in Friedrichshain trafen sich mit Vertretern der Wohnungsbaugesellschaft. Als Ergebnis steht eine Willenserklärung beider Parteien zur Verhandlungsbereitschaft. Vorverträge sollen geschlossen werden, ein nächster Termin für Gespräche ist vereinbart. Die Presse soll außen vor bleiben, erst einmal. Und das ist auch gut so, erst einmal.

fritz

Top 16.11.

Polizei.

— Vorgestern war an den Litfaßsäulen eine polizeiliche Bekanntmachung angeheftet:

„Die Blumenstraße und Umgebung sind seit vorgestern der Schauplatz ernstlicher Ruhestörungen, welche die Schutzmannschaft bereits wiederholt zum Gebrauch der Waffe genöthigt haben. Das Polizeipräsidium warnt hierdurch eindringlich vor der Wiederholung, da alle Vorbereitungen getroffen sind, jeden Exceß energisch zu unterdrücken. Gleichzeitig ergeht an alle Einwohner das Ersuchen, ihre Kinder, Angehörige, Lehrlinge u. s. w. von der betreffenden Stadtgegend möglichst fern zu halten, da, abgesehen von den im § 116 des deutschen Strafgesetzbuches angedrohten Strafen im Augenblick eines bewaffneten Einschreitens eine Unterscheidung zwischen Excedenten und Neugierigen unmöglich ist. Die Hausbesitzer werden im eigenen Interesse aufgefordert, im Falle eines Tumultes vor ihren Häusern, diese und die darin befindlichen Läden und Verkaufskeller sofort zu schließen. Berlin, 27. Juli 1872.

Königliches Polizei-Präsidium.
J. V.:
Freiherr von Hertzberg."

Ueber die Vorgänge, welche zu dieser Bekanntmachung Veranlassung gaben, erfahren wir Folgendes: Ein zum Verlassen seiner Wohnung genöthigter Miether und ein Möbelfuhrmann, der die Mobilien desselben fortschaffen sollte, konnten sich über den Preis nicht einigen, worauf der Fuhrmann die Sachen auf die Straße ablud. Der bei solcher Gelegenheit in Berlin mit wunderbarer Schnelligkeit sich ansammelnde Pöbel mischte sich, natürlich ohne über die Angelegenheit auch nur entfernt unterrichtet zu sein, hinein, schrie, lärmte, tobte und behauptete einfach, die auf der Straße lagernden Mobilien gehörten dem Hauswirth, habe die letzteren gewaltsam aus der Wohnung eines Miethers entfernt. Der bloße Ausruf des Wortes „Exmittirung" zündete, der Exceß stand in Blüthe. Donnerstag während vier Nachmittags- und Abendstunden war die Blumenstraße und die angrenzenden Stadttheile der Schauplatz grober Unruhen, in welche Hunderte von Schutzleuten aufgeboten werden mußten. Am Freitag Abend wiederholten sich diese Excesse in verstärktem Maße. — Es hatte sich eine solche Menge nach Unfug begierigen Gesindels zusammengefunden, daß es bei der sehr hindernden großen Zahl der Neugierigen der Polizei erst gegen 3 Uhr Morgens gelungen ist, die Straßen vollkommen zu säubern. Bekanntlich wohnt in jenen Stadttheilen eine Menge der Zuhalter von liederlichen Dirnen, welche zu einer moralischen Pest für die Hauptstadt geworden sind. Das Gesindel bombardirte mit aufgehäuften Bau- und Pflastersteinen gegen die Schutzmannschaft und, wie wir hören, ist ein Polizei-Lieutenant im Gesicht verwundet, einem Schutzmann der Arm gebrochen worden. Fast sämmtliche öffentliche Laternen in der Gegend des Andreasplatzes sind zertrümmert. Auch noch am Sonnabend war die Gegend von zahlreichen Gruppen behrohlich gefüllt und es sind ernste Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um die Ruhe wiederherzustellen.

VOLKSBLATT

Kommentare

Das war's

Das Ausmaß der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bei der Räumung einiger besetzter Häuser hat alle überrascht und dafür gesorgt, daß das Berliner rot-grüne Modell zwei Wochen vor den Landtagswahlen geplatzt ist. Die Umstände der Räumung haben die schon länger vorhandenen Konflikte zwischen AL und Teilen der SPD endgültig eskalieren lassen. Die tiefen Risse dürften selbst bei einer möglichen rechnerischen Mehrheit für Rot-Grün nach der Wahl kaum noch zu kitten sein. Auch wenn die AL nur ein Zeichen setzen will, daß sie nicht für alles zu haben sei, und sich mit diesem Schritt nicht von der politischen Perspektive verabschieden will — das aber ist die logische Schlußfolgerung. Das bundesweit längste rot-grüne Bündnis gehört mittelfristig der Vergangenheit an. Auch wenn die SPD mit ihrer Vorgehensweise den ersten Fehler gemacht haben sollte, der zweite von der AL zu verantwortende ist schwerwiegender. Statt in der Koalition zu kämpfen, zog man den Rückzug vor.

Die gewalttätigen Hausbesetzer in der Mainzer Straße haben nicht nur die aus sozialer Not handelnden oder an wirklicher Stadterneuerung interessierten Besetzer diskreditiert, sie dürfen sich auch für die Konsequenzen auf die Schulter klopfen: Berlin steht nach dieser dramatischen Entwicklung eine große Koalition ins Haus.

Das wird ein böses Erwachen geben. Alle diejenigen in der SPD, die jetzt glauben, die schwierigen Probleme der nächsten Zukunft werden gemeinsam mit der CDU leichter zu lösen sein, lügen sich in die eigene Tasche. Momper und Diepgen an einem Kabinettstisch sind kaum vorstellbar, die Konflikte programmiert. Nicht nur mit der „Berliner Linie" bei Hausbesetzungen dürfte es dann endgültig vorbei sein. Das ist zumindest den Äußerungen des CDU-Chefs Diepgen zu entnehmen.

Möglicherweise sprechen einige gute Gründe für eine große Koalition. Schwergewichtiger sind aber die Gegenargumente. Die Oppositionsarbeit wird neben der AL nur schwachen Parteien — sollten sie überhaupt ins Rathaus einziehen — überlassen. Die PDS als Hüterin der Demokratie — nach den Skandalen keine beruhigende Vorstellung. Unwohlsein stellt sich auch bei dem Gedanken ein, daß die beiden großen Parteien das filzige Terrain nach eigenem Gutdünken unter sich aufteilen können. Die Radikalisierung der politischen Ränder und damit eine weitere Polarisierung wird nicht lange auf sich warten lassen. Dem Berliner Bären stehen weiterhin schwierige Zeiten ins Haus.

HARTWIG MAACK

Das aktuelle Interview

„Wir wollen weiterhin selbstbestimmt leben"

Die Besetzer aus der Mainzer Straße sitzen jetzt auf der Straße

Ein halbes Jahr hat Gustav in der Mainzer Straße gewohnt, durch die Räumung ist er jetzt wieder wohnungslos. Die brutalen Auseinandersetzungen in den letzten Nächten haben den 19jährigen sichtlich geschockt, doch an seinen Vorstellungen von einem „selbstbestimmten und solidarischen" Leben hat sich nichts geändert. Über die Räumung, die Vorgeschichte und die Perspektiven sprach mit ihm VOLKSBLATT-Mitarbeiter Holger Stark.

VOLKSBLATT: Ihr habt Euch bis zuletzt militant gegen die Räumung gewehrt. Die Auseinandersetzungen haben dabei eine völlig neue Dimension erreicht. Wie kam es zu dieser Eskalation?

Gustav: Wir waren selbst völlig überrascht von diesem Ausmaß. Am Montag morgen hatten ein paar Leute aus Protest gegen die Räumung der Häuser in der Pfarrstraße die Frankfurter Allee blokkiert. Die Bullen sind dann gleich mit Wasserwerfern angerückt und haben die Leute in die Mainzer getrieben und mit drei Hundertschaften nachgesetzt. Dabei haben sie übrigens gezielt Fenster und Autos der Anwohner kaputtgemacht. Wir haben gedacht, die wollen in einem Abwasch hier alles räumen, und sie mit Steinen zurückgetrieben.

VOLKSBLATT: Aber die Krawalle gingen ja bis in die Nacht weiter . . .

Gustav: Wir mußten dann die Straße mit Barrikaden sichern, um ein Druckmittel für eine Nicht-Räumungsgarantie des Senats zu haben. Es ging uns nicht darum, im Kiez zu randalieren, aber diese Heftigkeit war einfach notwendig, um die Straße zu halten. Es haben sich übrigens auch unheimlich viele Leute aus der Umgebung an den Krawallen beteiligt. Das Ganze hatte eine gewisse Eigendynamik.

VOLKSBLATT: Warum habt ihr nicht versucht, zu verhandeln?

Gustav: Haben wir ja. Es gab einmal den Versuch von Bärbel Bohley und anderen, zu schlichten. Dann sind aber schon am frühen Montagabend Leute aus der Straße zu den Bullen hingegangen und haben gesagt: So kann diese Gewalt nicht weitergehen. Die Antwort der Polizeiführung war eindeutig: Es wird nur eine militärische, keine politische Lösung geben.

VOLKSBLATT: Es waren ja viele Leute aus Kreuzberg dabei, die auch mit Steinen und Molotow-Cocktails gegen die Polizei vorgegangen sind . . .

Gustav: Ist doch klar: Die Mainzer Straße stand dafür, sich zu wehren, stand für Kollektivismus. Es ist was anderes, ob zwölf Häuser in einer Straße besetzt sind oder nur eines. Und das wußten auch die Bullen. Es war eine reine Kraftprobe: Wer setzt sich durch? Und da bin ich für die Solidarität aus Kreuzberg dankbar.

VOLKSBLATT: Walter Momper hat euch als „verhandlungsunwillige Chaoten" bezeichnet. Warum ist es zu keinen Vertragsabschlüssen gekommen?

Gustav: Momper lügt. Es gab seit langem das Vertragsgremium, das über 90 Häuser mit dem Magistrat verhandelt hat. Wir sind ständig verarscht worden, niemand war angeblich für uns zuständig. Im Oktober hat der Magistrat die Verhandlungen einfach abgebrochen. Wir haben immer gesagt: Wir wollen in den Häusern wohnen — und da sind Verträge der einzige Weg für dauerhafte Lösungen.

VOLKSBLATT: Für eine dauerhafte Lösung hätte es aber auch ein vernünftiges Verhältnis zu den Anwohnerinnen und Anwohnern geben müssen.

Gustav: Wir hatten zu vielen Anwohnern ein wirklich gutes Verhältnis. Die haben uns zum Beispiel mit Kühlschränken und Sachen im Wert von mehreren tausend Mark unterstützt. Als die Kämpfe begannen, ist die Sympathie gekippt. Das haben die meisten nicht mehr verstanden.

VOLKSBLATT: Wie geht es für euch jetzt weiter?

Gustav: Wir halten an dem Ziel fest, mit vielen Leuten zusammen selbstbestimmt und kollektiv zu leben. Durch die Räumung gehen unheimlich viel persönliche Bindungen kaputt, die sich in den Gruppen im letzten halben Jahr entwickelt haben. Das tut total weh. Jetzt müssen wir wieder in Einzelwohnungen ziehen — wenn man überhaupt welche findet. Die Mainzer Straße war einfach mein Zuhause.

Volksblatt 16.11.

„Reisende Randalierer" unter Festgenommenen

Unter den 347 „im unmittelbaren Zusammenhang mit der Räumung" 13 besetzter Häuser im Berliner Bezirk Friedrichshain Festgenommenen befinden sich 77 Personen, die schon früher an Krawallen beteiligt waren.

Ganz überwiegend habe es sich bei den Festgenommenen um Erwachsene gehandelt, sagte gestern der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Werner Thronicker. Nur 61 seien Jugendliche oder Heranwachsende gewesen. Damit sei die Behauptung von Kritikern widerlegt, daß es sich bei den Hausbesetzungen um ein Jugendproblem handele.

Inzwischen ist nach Angaben von Justizsprecherin Jutta Burghart gegen zwei Männer Haftbefehl erlassen worden. Einer sei jedoch von der Haft verschont und damit auf freien Fuß gesetzt worden. Bei einem weiteren mutmaßlichen Straftäter habe die Staatsanwaltschaft darauf verzichtet, Haftbefehl zu beantragen. Die übrigen acht der insgesamt elf von der Polizei in Gewahrsam Genommenen würden am Abend dem Haftrichter vorgeführt.

Nach Erkenntnissen der Polizei haben lediglich 13 der in der Mainzer Straße Festgenommenen keinen festen Wohnsitz, sagte Thronicker. 278 kämen aus Berlin, davon 80 Prozent aus dem Westteil der Stadt. Zehn wohnten in der Hamburger Hafenstraße und Umgebung. 244 der Festgenommenen seien Männer, 103 Frauen. 21 Personen wirft die Polizei besonders schweren Landfriedensbruch, 141 Landfriedensbruch, 171 Hausfriedensbruch, zwölf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und zwei Diebstahl vor. lbn

Berliner Zeitung 16.11.

In der Hausbesetzerszene brodelt es weiter

Gestern Aufregung im Berolinahaus / Krawalle in der Nacht zuvor

Gestern, 13 Uhr: Rund 30 junge Leute dringen in das Berolinahaus am Alexanderplatz ein und erklären es für besetzt. Am Gemäuer werden Transparente befestigt. „Dialog statt Bürgerkrieg", steht's auf einem schwarz auf rot. Im Nu versammelt sich vor dem Gebäude eine schaulustige Menge. Im Haus selbst trifft die Plakataktion auf wenig Gegenliebe – die Stadtbezirksräte Uwe Dähn und Rainer Röpke bitten die Hausbesetzer, ihre Spruchbänder zu entfernen. Dann könne auch verhandelt werden.

Indessen macht ein Flugblatt die Runde. „Mit der Besetzung des Berolinahauses protestieren wir gegen die Eskalation der Gewalt des Berliner Senats und der Polizei. Wir sehen keine andere Möglichkeit, den Lügen von Momper und Pätzold in der Öffentlichkeit entgegenzutreten." Offensichtlich ist: Diesen Leuten – sie kommen alle aus der Hausbesetzerszene in Mitte – geht es nicht um Gewalt. Offen distanzieren sie sich von „Chaoten". Und packen den Stadtbezirksräten ihre Probleme auf den Tisch. Zum Beispiel: Kommt es nach der Wahl am 2. Dezember zu weiteren Verhandlungen oder zur Lösung des Problems durch die Polizei? Momentan wird die Verantwortung zwischen Magistrat, Bezirksämtern und Wohungsbaugesellschaften hin und her geschoben. „Es kommt vor, daß einigen Häusern Verträge angeboten wurden. In diesen fehlte aber komplett die finanzielle Absicherung der Sanierungsarbeiten und der reale Kündigungsschutz", so einer der Besetzer.

Beide Bezirksräte äußern sich verständnisvoll, machen aber klar, daß für die Erfüllung der Besetzer-Ultimaten (Rückgabe aller bereits geräumten Häuser, Freilassung der Gefangenen) andere zuständig sind. „Wir würden uns gerne in einer Vermittlerrolle sehen", erklärt Uwe Dähn, „kennen wir doch die Probleme hier in Mitte besser als die Leute im Senat. Aber auch wir werden ignoriert und fragen uns eigentlich, was wir noch bewirken können."

Trennte man sich dann gegen 15.30 Uhr ausgesprochen friedlich, so war es am Abend zuvor nach Abschluß einer Protestdemonstration wieder zu gewaltätigen Auseinandersetzungen gekommen.

Etwa 5 000 Demonstranten hatten sich am Mittwochabend versammelt, um vom Senefelder Platz ausgehend auf einem Protestmarsch ihre „Wut und Empörung über die Räumung der Mainzer Straße und den dabei erfolgten brutalen Polizeieinsatz auf die Straße zu tragen". Veranstalter des Marsches waren Vertreter der Linken Liste/PDS, der Hausbesetzerszene und des Bündnis 90. Eindeutig war der Inhalt des verlesenen Besetzerprotestes, der einen umfangreichen Forderungskatalog enthielt, in dem aber vom Gewaltverzicht keinesfalls die Rede war. „Die Barrikaden werden erst abgebaut, wenn vom Regierenden Bürgermeister eine schriftliche Nichträumungsgarantie vorliegt", hieß es darin. Das verdeutlichte die verhärteten Fronten.

Obwohl die Polizei die Demonstrationsroute nur bis zum Roten Rathaus genehmigt hatte, sollte der Marsch bis in den Friedrichshainer Kiez gehen. Das Ende der Demonstration am Strausberger Platz ignorierten etwa 3 000 Demonstranten und zogen weiter in Richtung Mainzer Straße. Jetzt begannen diejenigen, die solch einen Tag erst nach einer Polizeischlacht als beendet ansehen, sich mit Steinen zu bewaffnen. Der verzweifelte Versuch, eine „lebende Kette" zwischen den Fronten zu bilden, konnte Steinwürfe und den Einsatz von Tränengas nicht verhindern.

Solcherart Demonstrationsende nutzt eigentlich nur denen, die Räumung und Polizeieinsatz bejubelten und sich am Mittwochabend wieder einmal bestätigt sahen. Steinwürfe und vermummte Schläger sind nicht Beweis genug dafür, daß Unvernunft den Demonstrationszug bestimmte.

Mathias Frankenstein
Stefan Ruwoldt

Der Schock sitzt tief

Helios Mendiburu: Ich setze auf Dialog

Trotz aller Kompromißschwierigkeiten — der Dialog ist für mich nach wie vor die einzige Alternative. Der Schock sitzt nun um so tiefer. Mag mich mancher für zu gutgläubig gehalten haben, als ich am Wochenende als Vermittler zwischen Polizei und Besetzern auftrat. Ich hatte wirklich daran geglaubt, die Szenerie länger als zwei Stunden beruhigen zu können. Jedoch war wohl die Meinung der für den Stadtbezirk Verantwortlichen nicht mehr gefragt. Wie läßt es sich sonst erklären, daß ich auch von der Räumung am Mittwoch erst eine halbe Stunde nach Beginn erfuhr? Noch in den frühen Morgenstunden hatte ich beim Magistrat und Senat vergeblich versucht, friedliche Vorschläge zu unterbreiten. Die Besetzer zur Aufgabe zu bewegen, dann wenigstens die unbeteiligten Bürger rauszulassen.

Gestern war eine Beratung aller Berliner Bürgermeister im Roten Rathaus. Dabei habe ich darauf hingewiesen, daß es nie wieder passieren darf, daß wir als Rat unserer Vorsorgepflicht gegenüber den Bürgern nicht mehr nachkommen können. Die Lehren, die wir aus den Krawallen ziehen müssen: Hausbesetzer, Wohnungsbaugesellschaft und Rat müssen wieder an einen Tisch. Alle Leute, die noch Häuser in Friedrichshain besetzen, kann ich nur bitten, keine Gewalt anzuwenden. Es sind keine weiteren Räumungen vorgesehen.

Randale und kein Ende?

Carola von Braun: Gewaltfreie Lösungen nötig

Die Stadtregierung muß sich die kritische Frage gefallen lassen, inwieweit sie für die Härte der Konfrontation mitverantwortlich ist. Es ist unverständlich, daß tausendfach kommunaler Wohnraum leersteht und gleichzeitig sehr viele junge Leute in dieser Stadt buchstäblich auf der Straße sitzen. Viele von ihnen hätten sich mit Sicherheit gern an einer friedlichen „Instandbesetzung" beteiligt.

Statt dessen hat aber der „Magi-Senat" völlig entscheidungsunfähig wochen- und monatelang tatenlos zugesehen, wie sich die gewaltbereite, für ihre Militanz berüchtigte, überwiegend westdeutsche und Kreuzberger autonome Szene in der Mainzer Straße ansiedelte, die Bewohner des Viertels einschüchterte und terrorisierte.

Die Gewalt mußte fast wie vorprogrammiert eskalieren, als die ersten Häuser geräumt wurden. Dabei sind die Opfer wieder die normalen, ihre Miete zahlenden Anwohner und die eingesetzten Polizeibeamten.

Rechtzeitiges Handeln hätte es den Anwohnern und der Polizei erspart, die massiven Einsätze durchführen bzw. ertragen zu müssen. Die Frage bleibt, ob im Vorfeld der Polizeiaktion hinreichend nach politischen Lösungen gesucht wurde. Oberstes Prinzip sollte immer die Suche nach gewaltfreien Lösungen sein, was aber nicht heißen darf, sich erpresserischen Gewaltdrohungen zu beugen.

Es war der richtige Schritt

Eberhard Diepgen: Ich sehe keine andere Alternative

Man kann vorübergehende Nutzungen von besetzten Häusern dulden und dieses auch vertraglich absichern. Allerdings kommt es auf die konkreten Umstände an. In der Vergangenheit haben auch CDU-geführte Senate so reagiert. Grundsätzlich sind aber die vom Innensenator Pätzold aktuell getroffenen Entscheidungen richtig. Die Prinzipien, die Anwendung gefunden haben, erinnerten mich sehr an die Phase der Bereinigung der Hausbesetzerszene im Westteil der Stadt. Damals hat bekanntlich meine Partei in Verbindung mit der FDP regiert.

Auch die Anwohner aus Friedrichshain bestätigen mich in dieser Auffassung. Sie haben doch dringend das Eingreifen des Staates erwartet und den Anspruch auf Schutz festgestellt. Die besondere Ausrüstung der Polizei, die zunächst Erschrecken hervorruft, hängt nach meiner Meinung mit dem kriminellen Vorgehen der Mehrzahl der Besetzer ursächlich zusammen. Ich sehe wirklich keine andere Alternative angesichts der Situation in der Mainzer Straße. Vielmehr fördere ich Maßnahmen zur Isolierung des gewalttätigen Potentials und entsprechende polizeiliche Vorbereitungen.

Grundsätzlich geht es schon um die Instandsetzung und Modernisierung der leerstehenden Häuser. Im übrigen eine Hinterlassenschaft des sogenannten real existierenden Sozialismus. Nur braucht man dafür keine Besetzungen, sondern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Es wäre wünschenswert, dafür einen besonderen Fonds einzurichten. Angesichts der verheerenden Wohnungsnot ist der Leerstand von ganzen Häusern ein Mißstand, der umgehend beseitigt werden muß.

Riß durch die Gesellschaft

Bärbel Bohley: Prozeß der Vernunft brach ab

Die Eskalation der Gewalt auf den Straßen zeigt für mich ein grundsätzliches Problem. Als wir vor einem Jahr antraten, die Gesellschaft zu verändern, gab es bereits sehr unterschiedliche Ziele. Wir versuchten, an den Runden Tischen gemeinsame Lösungen zu finden, unter anderem auch für die Hausbesetzerszene, die es ja schon länger gibt. Wir beschlossen, die Leute zu unterstützen, die sich in eigener Initiative eine Wohnung suchten. Wir setzten uns ein für Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, des Selbst-etwas-Tuns, der Mitbestimmung. Der Riß, der meiner Meinung nach heute durch unsere Gesellschaft geht und die Hemmschwelle zur Gewalt stark herabsetzt, resultiert wohl wesentlich aus den Widersprüchen, die mit der völligen und kritiklosen Unterwerfung unter das westliche System entstehen. Die Frage ist, wie man Konflikte löst. Wer sich mit dem Begriff des Rechtsstaates vor allem auf die restriktive Macht beruft, der läßt die Macht der Vernunft außer acht. Ich habe nach vielen Diskussionen mit den Besetzern versucht, Kontakte zu suchen und zu finden. Darauf gingen weder Herr Krüger noch Herr Pätzold ein. Ich werfe den Politikern vor, den Prozeß der Suche nach vernünftigen Lösungen einfach abgebrochen zu haben. Das halte ich für sehr unklug angesichts der Probleme, die noch auf uns zukommen.

Erneute Besetzungen in der Pfarrstraße verhindert

SPD-Vorsitzender Vogel wies auf soziale Ursachen hin

Berlin. BZ — M. Frankenstein

Zur zeitweiligen Besetzung des Berolinahauses am Alexanderplatz kam es gestern in den frühen Nachmittagsstunden. Bereits am Morgen hatte die Polizei eine Neubesetzung von Häusern in der Lichtenberger Pfarrstraße verhindert. Dabei gab es vier Verhaftungen.

Rund 30 überwiegend junge Leute forderten im Berolinahaus eine „schriftliche Nichträumungsgarantie" und die „Rückgabe aller besetzten Häuser". Nach zweistündigen Gesprächen mit Bezirksräten aus Berlin-Mitte zogen sich die Besetzer zurück.

Im Umkreis der verwüsteten Mainzer Straße standen auch gestern weiter Polizeikräfte in Bereitschaft. Lediglich Anwohner und Journalisten durften passieren. In der Nacht zum Donnerstag hatte es nach einer Demonstration erneut Krawalle gegeben, bei denen 13 Personen verletzt wurden. Seit Beginn der Unruhen am Wochenanfang sind nach Angaben der Polizei über 500 Personen festgenommen worden. Elf von ihnen wurden gestern dem Haftrichter vorgeführt.

Auf „soziale Ursachen für das Verhalten der Ostberliner Hausbesetzerszene" hat SPD-Vorsitzender Hans-Jochen Vogel hingewiesen. Er forderte den Staat aber auch auf, sein Gewaltmonopol zu wahren. Die Berliner SPD plädiert für Gespräche mit verhandlungsbereiten Besetzern und für rasche Vertragsabschlüsse.

Mit denen kann und muß man verhandeln

Bischof Forck bietet im Konflikt um Hausbesetzer — Politiker — Polizei erneut die Vermittlung der Kirche an

Über Chancen, nach den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Berliner Hausbesetzern und vom SPD-Senat eingesetzter Polizei zu politischen Lösungen zu gelangen, sprach die Berliner Zeitung mit Gottfried Forck, Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, und veröffentlicht weitere Stellungnahmen auf dieser Seite.

BZ: *Ihr Vermittlungsangebot wurde ebensowenig von Senat oder Magistrat angenommen wie das von Frau Bohley und anderen Bürgerrechtlern. Innenstadtrat Krüger meinte, daß man nicht darauf angewiesen sei. Hat Vermittlung überhaupt eine Chance?*

G. Forck: Mittwoch ist mir diese Auskunft gegeben worden, die Sie zitiert haben, im Hinblick darauf, daß das Polizeiaufgebot ja schon die Räumnung von 6.30 Uhr an durchgeführt hatte. Stadtrat Krüger hatte mir gesagt, weil die Polizeiaktion schon rollte, sei auf dem Verhandlungswege nichts mehr zu machen. Aber in anderen Zusammenhängen sei man durchaus willens, auf mein Angebot zurückzukommen, ohne jedoch jetzt konkret sagen zu können, ob und wann es unmittelbar soweit sein könnte.

BZ: *Die Kirche also wie vor Jahresfrist wieder in einer Vermittlerrolle. Wären nicht auch die Runden Tische eine Möglichkeit, daß sich die in verhärteten Fronten gegenüberstehenden Parteien zu Gesprächen über eine politische Lösung zusammenfinden?*

G. Forck: Das müßte man probieren. Es hat wahrscheinlich die Schwierigkeit, daß gerade die Besetzer sich durch einzelne nicht so sehr vertreten fühlen. Sie haben alle sehr unterschiedliche Positionen. Es ist also die Frage, ob es möglich wäre, sie so zu sammeln, daß dann wirklich alle verschiedenen Gruppen berücksichtigt werden.

BZ: *In der Mainzer Straße haben sich in den letzten Tagen offenbar Gruppen zusammengefunden, die die militante Linie des „politischen Häuserkampfes" vertreten. Glauben Sie, mit diesen Menschen auch ins Gespräch kommen zu können?*

G. Forck: Weil es Menschen sind, muß man auch mit ihnen verhandeln können. Aber ich muß gleich hinzusagen, daß ich auf diesen harten Kern in meinen Gesprächen so noch nicht gestoßen bin. Diejenigen, mit denen ich Kontakt hatte, waren alle gesprächsbereit. Und bei denen habe ich sehr klar den Eindruck gewonnen, mit denen kann man verhandeln und müßte man verhandeln. Und vielleicht lange verhandeln, weil man nicht so schnell auf einen Nenner kommt. Aber gerade dieses Verhandeln würde sich dann auch lohnen.

BZ: *Der massive Polizeieinsatz ist von den Verantwortlichen aber mit der Gewalt-, sogar Mordbereitschaft einiger Besetzer begründet worden.*

G. Forck: Herr Momper hat abends in den Tagesthemen ausgedrückt, daß auch friedliche Hausbesetzer mit dabeigewesen seien. Aber die seien scharfgemacht worden durch die Randalierer. Ich bin in der Tat der Meinung, man muß sehr stark differenzieren. Die, die ich kennengelernt habe, würde ich nicht als Radikale bezeichnen. Mir scheint, mit denen wäre zu reden gewesen. Man hätte die Zeit besser nutzen müssen, diese Gespräche auch wirklich zu führen.

BZ: *Diese Zeit ist offensichtlich von Magistrat und Senat vertan worden, nach politischen Lösungen wurde nicht intensiv gesucht, obwohl gerade politische Lösungen und nicht polizeiliche anstehen.*

G. Forck: Für die Zukunft würde ich unbedingt sagen, daß politische Lösungen anstehen. Und ich hätte mir gewünscht, es seien bisher nur politische Lösungen als die einzig fruchtbaren und guten durchgeführt worden. Was Sie über das Hinhalten sagen, kann ich nicht genügend beurteilen. Ich bin faktisch erst in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch von Einwohnern aus Friedrichshain, die mit den Besetzern nur das zu tun haben, daß sie in derselben Gegend wohnen, gebeten worden, vermittelnd einzugreifen.

BZ: *Sie sprachen vorgestern von einem Konzept der Kirche für eine friedliche Lösung des Hausbesetzerproblems.*

G. Forck: Direkt ein Konzept liegt noch nicht vor. Aber die Kirche selber tritt natürlich dafür ein, was wir schon im vergangenen Herbst erlebt haben, daß alles ohne Gewalt laufen muß. Es wird möglich sein, daß es weiter Besetzer gibt, es wird möglich sein, daß Besitzer Anspruch auf ihre Häuser anmelden. Aber man wird sich vor aller Gewalt hüten müssen. Deshalb hat es Mittwoch an drei Stellen in Friedrichshain — an der Samariterkirche, an der Pfingstkirche und an Galiläa — Mahnwachen gegeben für Gewaltlosigkeit in Friedrichshain. Und ich denke, daß das ein Anliegen der Kirche sein muß. Es muß laufen.

BZ: *Das Problem der Gewalt hat viel mit ungelösten sozialen, ökonomischen und psychologischen Fragen zu tun, die gerade in Berlin wie in einem Brennglas erscheinen. Kann die Kirche da überhaupt Hilfsangebote und Orientierung geben?*

Bischof Forck *Foto: ADN-Altwein*

G. Forck: Das hoffe ich schon sehr. Aber da ist natürlich eine Schwierigkeit: Diese jungen Leute, die Hausbesetzer, kommen im Regelfall gar nicht in den Bereich der Kirche, so daß man sie kaum richtig ansprechen kann. Jetzt wird sich unter Umständen durch die Vermittlungstätigkeit ein solcher Kontakt ergeben. Und wir werden natürlich versuchen, in entsprechender Richtung einzuwirken. Aber es wird schwierig sein, gerade den harten Kern einzubeziehen.

BZ: *Hausbesetzungen wird es solange geben, wie es leerstehende Häuser und Wohnungen gibt. Hier wiederholen sich in rasantem Tempo nur jene Prozesse, die in Westeuropa schon in den 60er Jahren begonnen hatten. Nach diesen Erfahrungen gibt es Chancen für eine politische Lösung ...*

G. Forck: Es kann nur eine politische Regelung dieser Angelegenheit geben. In dieser Hinsicht hat mich der Innensenator wissen lassen, daß er schon auf eine solche Lösung achten wolle. Und zum anderen wird man dem wehren, daß wieder andere Häuser besetzt werden. Da wird die Polizei sehr wachsam sein, und das ist gut so. An dieser Stelle, denke ich, muß man konsequent sein. Es besteht die Möglichkeit, sich als Instandbesetzer an die entsprechenden Stellen zu wenden und entsprechende Verträge abzuschließen. Diese Möglichkeit ist eingeräumt und soll weiter eingeräumt werden.

BZ: *Also sind Sie ein Befürworter der sogenannten Berliner Linie?*

G. Forck: Die Berliner Linie soll konsequent durchgeführt werden, mit all ihren positiven Ansätzen — gerade auch für die Besetzer.

Das Gespräch führte Bettina Urbanski

Berliner Zeitung 16.11.

Die Welt
16.11.

Alles läuft auf der „Berliner Linie“ weiter

FRANK MANGELSDORF, Berlin

Nach den schweren Krawallen vom Wochenanfang scheint sich die Lage in Berlin beruhigt zu haben. Doch nach wie vor halten sich im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Randalierern Einsatzkräfte auf, die die Situation beobachten.

Während der Räumung der Mainzer Straße und Anschlußaktionen, verlautete aus der Polizeipressestelle, seien insgesamt 417 Personen festgenommen worden. Eine erste Auswertung der Daten von 300 Frauen und Männern ergab, daß über die Hälfte der Festgenommenen (158) einen festen Wohnsitz im ehemaligen West-Berlin hat und damit wohl kaum drängenden Wohnbedarf besitzt. Nur etwa ein Achtel der Besetzer und Randalierer stamme aus dem früheren Ost-Berlin.

Politiker und Polizisten hatten sich nach der Aktion in der Mainzer Straße von der menschenverachtenden Brutalität der Chaoten betroffen gezeigt. Diese hatten mit Molotowcocktails, Leuchtspurgeschossen und Pflastersteinen Jagd auf Polizisten gemacht.

Die Ordnungskräfte stellten nach der Räumungsaktion unterschiedlichste Tatwerkzeuge fest: auf den Dächern gehortete Bordsteinkanten und Gehwegplatten, gedacht als Wurfgeschosse, Flitzebögen mit scharf angeschliffenen Pfeilen im Köcher, ein an die Unterseite einer Treppe gehängtes Nagelbrett mit langen Spitzen wie bei einer Egge, das durch Seilzug auf die nächste Stiege stürzen sollte, und ganze Depots von Brandsätzen. Darunter einer in einem Weinballon, der nach Angaben des Berliner Polizeipräsidenten Georg Schertz „die ganze Straße wie eine Bombe“ in Flammen gesetzt hätte.

Auf Anfrage der WELT bestätigte gestern der Sprecher der Innenbehörder, Werner Thronicker, daß die Räumung weiterer besetzter Häuser momentan nicht beabsichtigt sei. Es werde weiter nach der „Berliner Linie“ verfahren. Diese läßt Neubesetzungen nicht zu, sucht aber für „Altfälle“ nach einer friedlichen Lösung.

In der geräumten Mainzer Straße läuft seit gestern das Sanierungsprogramm. Baubetriebe aus beiden Teilen der Stadt haben mit den Arbeiten begonnen, wie Werner Raffeld mitteilte. Der Einsatzleiter für die Mainzer Straße der Friedrichshainer Wohnungsbaugesellschaft rechnet damit, daß Ende 1992 Mieter in die modernisierten Häusern einziehen.

Laut Raffeld hat die Gesellschaft derzeit keine weiteren Räumungsklagen gestellt, sondern ist bereit, mit Hausbesetzern zu verhandeln.

Göttinger Sorge vor Gewalt aus Berlin

erl. Hannover

Nach den Gewalttaten in Berlin wird in der Universitätsstadt Göttingen befürchtet, daß eine für Samstag angekündigte Großdemonstration aus Anlaß des ersten Todestages der Studentin Cornelia Wessmann zu gewalttätigen Ausschreitungen führen wird. Zu der Demonstration, die heute abend mit einer Mahnwache beginnen soll, sind in Göttingen massive Polizeikräfte zusammengezogen worden. Die Behörden rechnen mit 5000 Teilnehmern, von denen ein Großteil als „gewaltbereit“ angesehen wird.

Befürchtet wird vor allem, daß die Gewaltszene die Demonstration zur „Rache für Berlin umfunktionieren“ will. Die Behörden sollen inzwischen Kenntnis über entsprechende Mobilisierungen unter autonomen Gruppen verfügen. Polizeieinheiten aus Niedersachsen hatten die Berliner Polizei bei der Räumung der besetzten Häuser unterstützt. Die Opposition verlangte vom Innenministerium im Vorfeld zu prüfen, ob Berliner Gewalttäter einreisen würden.

Die Göttinger CDU-Abgeordnete und Bundestagspräsidentin, Rita Süssmuth, hat an die Göttinger Bevölkerung appelliert, die Demonstration zu meiden und sich von Gewalttätern zu distanzieren. Frau Süssmuth mahnte eindringlich, Trauer rechtfertige keine Gewalt und dürfe nicht für Gewalt mißbraucht werden.

Mit einer Strategie sowohl „konfliktmildernder“ als auch gezielter polizeitaktischer Maßnamen wollen die Behörden Ausschreitungen vorbeugen. Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) erklärte gestern, die Polizei werde alles tun, um eine Eskalation zu verhindern, werde aber gegen Straftäter einschreiten. In der engen Göttinger Innenstadt soll der Demonstrationszug dicht von Polizeikräften begleitet werden.

Zu, wie die Behörden in Hannover vermuten, „Solidaritätsrandalen für Berlin“, kam es in der Nacht auf Donnerstag in Bremen und auch in Hannover, wo vermummte Randalierer Scheiben einschlugen, darunter auch die der Geschäftsstelle der Grünen.

Die grünen Koalitionspartner der SPD in Hannover verlangten gestern weiter von der Polizei eine „politische Lösung für Göttingen“ und „deeskalierende“ Maßnamen, wie den Verzicht auf Vorfeldkontrollen und dem Abbau bereits installierter Kameras.

Berliner Lektion

Von Enno v. Loewenstern

Es gehört zum deutschen Ritual, zu Beginn einer rotgrünen Regierung vor Vorurteilen zu warnen und am Ende zu sagen: Natürlich, das hätte man sich ja gleich denken können. Holger Börner hat sich von den Grünen kaputtmachen lassen, Volker Hauff wird in Frankfurt vorgeführt, in Hamburg tanzte Klaus von Dohnanyi nach der alternativen Pfeife in den Ruhestand, und nun ist Momper dran. In demselben Berlin, das schon unter der SPD-Regierung Vogel durch Hausbesetzer an den Rand der Katastrophe getrieben wurde. Was Momper nicht hinderte, mit deren Paten einen neuen Koalitionsvertrag zu schließen.

Was zukünftige rotgrüne Koalitionen nicht verhindern wird, wo immer der Wähler sie rechnerisch möglich macht, mit derselben Begeisterung zum Auftakt, mit derselben Entrüstung zum Ausklang. Dahinter steht die unselige SPD-Sehnsucht nach der „Einheit der Linken“ (statt, endlich, nach der Einheit der Pragmatisch-Vernünftigen), die schon zu Weimarer Zeiten immer wieder neue Avancen gegenüber der KPD herbeiführte, während diese verachtungsvoll von den „Sozialfaschisten“ sprach. Sie hat später immer wieder „Volksfront“-Kontakte ergeben; sie hat nach dem Krieg in die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) geführt, trotz der Appelle Kurt Schumachers; sie ließ Jusos die Zusammenarbeit mit dem MSB Spartakus suchen, sie führte zu dem gemeinsamen Papier von 1987 mit der SED samt Attest: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas“. Die Grünen wiederum waren zu Beginn wohl als „konservative“ Bewegung gemeint im Sinne des Konservierens der Natur, aber sie wurden alsbald vom Sozialistischen Büro Offenbach, der „Gruppe Z“ und ähnlichen Kräften unterwandert, die damit ihre schon in den siebziger Jahren gepflegten Träume von einer „Vierten Partei links von der SPD“, der sie zunächst selber nur zweiprozentige Chancen einräumten, dank des irreführenden Etiketts verwirklichen konnten.

In der Praxis waren sich die alten Hasen von Börner bis Momper durchaus darüber klar, was sie sich einhandelten. Aber sie wollten die Hoffnungen ihrer „Basis“ verwirklichen, jener Ideologen im Staatsdienst oder im Gewerkschafts-Mittelbau, für die Staat und Wohlstand von selber funktionieren (wenn nicht, dann streikt man oder klagt beim Arbeitsgericht). Zudem rechneten sie sich aus, mit den unerfahrenen ChaotenInnen Schlitten fahren zu können. Man wird erinnert, so verpönt Vergleiche dieser Art auch sein mögen, an die Herren vom Herrenclub vor sechs Jahrzehnten, die auch glaubten, einen gewissen Chaoten „einrahmen“ und „an die Wand spielen“ zu können, weil Außenseiter doch allemal an der Aktenlage scheitern.

Dann aber stellen diese Optimisten immer wieder staunend fest, daß solche Außenseiter zwar in der Tat selten konstruktiv sind, wohl aber wissen, wie man die Biedermänner vorführt. Der einfachste Trick ist, seine Schlägerhorden zu animieren und dann Ach und Weh und Repression zu rufen, wenn der Innenminister (den zu stellen die SPD sich notgedrungen vorbehält) schließlich handeln muß. Dieser nun handelt jedesmal sehr spät, da er den Aufbau des Schlägerpotentials durch Hausbesetzungen dulden muß; außerdem behindert ihn die übliche Begleitmusik zum Lobe der jungen Menschen und deren sympathischer alternativer Lebensformen und deren allemal berechtigten Protests gegen den korrupten Staat, der entweder Parteispenden oder Mietenprobleme oder sonstige Anlässe zur Verzweiflung gibt.

Als man noch Anlaß zum Strahlen hatte: Momper, AL-Partner beim Unterzeichnen des Koalitionsvertrags

FOTO: DARCHINGER

Am Ende fließt Blut, weil man den Anfängen nicht gewehrt hatte; Hunderte von Polizeibeamten sind verletzt, Hunderte von Jungalternativen sind verstört, weil ihre Freunde von gestern in den Medien donnern: „Es sind RAF-Methoden ihrem Wesen nach, rücksichtslos in der Verfolgung privatistischer Interessen.“ Und der gestern noch so nette Momper wirft ihnen heute „blanke Mordlust“ vor. Die „Sanften“ unter ihnen, das heißt, diejenigen, denen man eingeredet hatte, das alles sei erlaubt und gut für die Gesellschaft, sind desorientiert, die anderen schmeißen die Dachziegel, wie sie es ohnehin im Sinn gehabt hatten; die Drahtzieher aber zögern zwischen ihrer Lust zum dramatischen Auszug und jenem Instinkt, den August Bebel so treffend mit den Worten beschrieb: „Die Funktionäre bleiben bei der Kasse.“

Nun verhöhnen viele den armen Momper, weil er einst gesagt hatte, für eine rotgrüne Ehe gebe es keine gesellschaftliche Mehrheit in Berlin, sie dann doch schloß und damit auf die Nase gefallen ist. Ja, es ist derselbe Momper, der vor einem Jahr verkündete, dies sei die Stunde des Wiedersehens und nicht der Wiedervereinigung, und der nun verzweifelt daran arbeitet, Bürgermeister der Haupt- und Regierungsstadt des wiedervereinigten Deutschland zu sein, während ihm aus der Provinz das vernichtende Spottwort von der „Hauptstadt Kreuzberg“ entgegenschallt. Seine Geschichte ist paradigmatisch für die Geschichte der SPD, ein Ablauf immer neuer Ausflüge in die Utopie samt kostspieliger Rückkehr in die Wirklichkeit. Aber das Experiment Börners und die Hamburger Hafenstraße waren Auswüchse der Wohlstandsgesellschaft mit ihrer Leistungsverteufelung und Aussteigerverehrung. Heute ist wieder Leistung gefragt, aus offensichtlichem Anlaß; nicht nur, aber vor allem im Ostteil Berlins sieht man in Gewalttätern und Hausbesetzern die Verhöhnung all dessen, was man sich vom vereinten Deutschland versprochen hat. Also kehren die Funktionäre zu dem zurück, was politisch Kasse macht. Bis zum nächsten Mal.

Polizei hat Verhandlungen gesprengt

Von ISA MERTE, die seit Jahren in der Mainzer Straße wohnt

26 Häuser zählt die Mainzer Straße — zumeist aus der Gründerzeit. 1988 noch eine fast tote, unbedeutende Straße zwischen Frankfurter Allee und Boxhagener. Denn 14 Gebäude standen mittlerweile leer. Und das zum Teil schon seit Jahren. Zwei sollten saniert, die anderen abgerissen und durch neue ersetzt werden, so hieß es bis Herbst 1989.

Die Rekonstruktion erfolgte eher schüchtern als zügig. Der Abriß wurde durch Bürgerinitiative vor einem Jahr gestoppt. Zwölf Häuser standen weiterhin ungenutzt. Frei zugänglich für jedermann ... Bis im Frühjahr 1990 junge Leute begannen, Müll und Gerümpel der Vormieter auszuräumen. Schuttberge säumten die Straßenzeile.

Diese jungen Leute, die aus dem Westen der Stadt und dieses Landes kamen, hatten nämlich ein Problem — sie wollten ein Dach über dem Kopf. Ihre Wohnungsanträge wurden in Westberlin mit Beginn der zahllosen Ausreisen aus dem Osten zurückgestellt. Denn, so die Politik, den Armen von dort mußte zuerst geholfen werden. Sie hingegen griffen jetzt zur Selbsthilfe und suchten sich eben dort Wohnraum, wo er ungenutzt, wenn auch nicht menschenwürdig war.

Ein Standpunkt, über den man geteilter Meinung sein kann. Einige Häuser wurden somit nach und nach „instand besetzt", wie sie es nannten — eigenwillig, exotisch und ungewohnt. Aus nah und fern kamen Besucher. Begafften uns wie Affen im Zoo.

Wir legalen Bewohner, mit ordentlichem Mietvertrag, billigten oder mißbilligten das Treiben. Gegenseitiges Verständnis und Kontakte wurden gesucht. Erste Krawalle begannen, als Vermummte anderer Gegenden die Besetzer attackierten. Nun wurde es ungemütlich.

Wir wollten klare Verhältnisse, ebenso die Besetzer. Verhandlungen mit der Wohnungsverwaltung, den inzwischen legitimierten Stadtverordneten von Friedrichshain und dem Magistrat wurden geführt, Hilfeersuchen an die Polizei gegen die auswärtigen Randalierer gerichtet — alles blieb in der Schwebe.

Mittlerweise verging der Sommer. Ein Antiquariat, ein Infocafé, eine „Volxküche" — für drei DM konnte man dort warmes Essen bekommen — wurden eingerichtet, Kinderfeste gefeiert und ein Spielplatz aufgebaut. Es tat sich was. Und nicht zum Schaden der Alteingesessenen, wenn man Exotisches tolerieren konnte. Allerdings war auch nicht zu überhören, daß die Meinung über die „neuen" Anwohner immer stärker auseinandergingen. Aber man wollte sich gedulden, bis die Verhandlungen abgeschlossen sind.

Am Montag, dem 12. 11. 1990, wurden sie „abgeschlossen" — mit Hilfe der Polizei, mit roher Gewalt und rücksichtslos gegenüber den legitimen Bewohnern.

Ohne Warnung an die Bevölkerung wurden Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt. Nachts kam die Polizei wieder. Diesmal mit 1500 Mann. Wir wurden wieder eingenebelt, denn um den richtigen Schußwinkel für Tränengas in die besetzten Häuser zu erreichen, mußten die Hauswände der unbesetzten Häuser herhalten.

Dienstag abend waren Barrikaden errichtet, so, daß die Bewohner nur mühsam in die Häuser kamen.

Mittwoch früh gegen 5 Uhr morgens rollten schwere Räumtechnik, ungezählte Mannschaftswagen herbei. Dann begann die Räumung — eingeleitet mit Wasserwerfern, Tränengas. Als die Schwaden sich verzogen hatten, wurde das Baugerüst gerammt, so daß es ins Schwanken geriet. Wir hatten nicht den Eindruck, daß es irgend jemand kümmerte, ob es auf gegenüberliegende Häuser stürzen könnte, in denen die Jagd der Polizei begann, in Häusern, die legitim bewohnt sind und deren Mieter auf den Weg zur Arbeit wollten.

Aber nicht nur die Bewohner der Mainzer Straße sind von dieser Aktion betroffen.

Seitdem stehen wir nun unter Polizeischutz.

Was hat die Aktion gebracht? Man fragt sich, weshalb eine im Antiterrorismus so erfahrene Polizei mit 3000 Mann ein fast Quadratkilometer großes Gebiet sperren muß und Tausende Bewohner in ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit einschränkt, verschreckt, einnebelt, nur um etwa drei- bis vierhundert Hausbesetzer zu vertreiben, die noch verhandeln wollten?

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Gewalt gesucht wurde und Macht demonstriert werden sollte.

Ergebnis: Wir wohnen — von der Polizei bewacht — wie in einem Ghetto. Wie lange? Das Wohnungsproblem ist nicht gelöst. Geblieben sind verschreckte und erzürnte Menschen. Wollte da etwa jemand Punkte für seine Wahl sammeln? Was werden uns jetzt manche Politiker noch weismachen wollen, Herr Momper?

ND 16.11.

AL ließ die Koalition mit der SPD platzen

Berlin (ND-Weber). Was zu erwarten war, ist gestern abend eingetreten: Die Fraktion der Alternativen Liste (AL) im Berliner Abgeordnetenhaus hat die Koalition, die 20 Monate währte, mit der SPD aufgekündigt. Nach stundenlangen Aussprachen der Fraktion und des geschäftsführenden Ausschusses im Rathaus Schöneberg war man dem Vorschlag des Delegiertenrates gefolgt, der am Vorabend den Austritt verlangt hat; die SPD habe mit den massiven Polizeieinsätzen gegen die Hausbesetzer in der Mainzer Straße die rot-grüne Linie endgültig verlassen.

Wie die AL-Fraktionsvorsitzende Renate Künast auf einer Pressekonferenz mitteilte, fordere die Fraktion die drei AL-Senatorinnen auf, von ihren Ämtern zurückzutreten. Auch im Namen ihrer beiden Kolleginnen erklärte Senatorin Sybille Volkholz, daß sie diesem Beschluß folgen.

Überraschung löste die Mitteilung von Renate Künast aus, daß die Fraktion im Abgeordnetenhaus einen Mißtrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister Walter Momper stellen wird. Ihm wirft die AL vor, die polizeiliche Lösung bei den Hausbesetzungen vor eine politische gesetzt zu haben. Die Fraktionsvorsitzende sprach von „unverantwortlicher Stimmungsmache", von „Brandmarken", mit denen die Hausbesetzer gezeichnet würden.

Momper behauptete am Abend, die AL wäre nicht fähig, „einen ausgewogenen und liberalen Kurs mitzutragen". Das Verlassen der Koalition habe die Ausgangsposition für die Wahl verändert. Anlaß zum Rücktritt sehe er nicht.

Weitere Räumungen „ohne Zwischenfälle"

Berlin (ND-General). Während ein 100köpfiges Einsatzkommando der Polizei am Donnerstagmorgen in der Lichtenberger Pfarrstraße weitere besetzte Häuser „ohne Zwischenfälle", aber bei vier vorläufigen Festnahmen räumte und eine Gruppe von 30 jungen Leuten das Berolina-Haus am Alex kurzfristig besetzt hielt, herrschte in der Mainzer Straße einen Tag nach dem Großeinsatz relative Ruhe.

Die enge Straße ist an den drei Zugängen durch hohe Metallzäune und Polizeiposten abgesperrt, während ein langer Zaun längs der Mainzer die Zeile der gewaltsam geräumten 13 Häuser ghettoartig abteilt. Hier waren Bauleute dabei, Hausrat und Papier aus den Fenstern zu werfen, „besenrein" zu machen.

Der einsatzleitende Polizeirat verneinte die Frage, ob denn der Besitz der Besetzer unterschiedslos im hohen Bogen auf die Straße fliegt: „Gegenstände, die der Erhaltung wert sind, werden verbracht und ihren Eigentümern gegen Nachweis zurückgegeben."

Wo die über 300 am Mittwoch festgenommenen Besetzer sind, vermochte am Donnerstag niemand zu sagen, wie auch das Schicksal der etwa 250 ungewiß ist, die bei dem Einsatz fliehen konnten, nun aber obdachlos sind.

Lösungsangebote für sie gab es am Donnerstag von keinem der politisch Verantwortlichen. Der Einsatzleiter in der Mainzer bestätigte nur, daß die Straße bewacht wird, um eine neuerliche Besetzung zu verhindern.

Faustdicke Lügen auf der Senatspressekonferenz zum Thema Polizeieinsatz in der Mainzer Straße

Fakten, die Momper einfach unterschlagen hat

Mindestens zwei Behauptungen des Regierenden Bürgermeisters, Walter Momper, aufgestellt auf der Senatspressekonferenz am Mittwoch, müssen noch widerlegt werden:

1. „Wo verhandelt wird, wird nicht geräumt. Die Berliner Linie bleibt die Grundlage unserer Politik."

2. „Die Besetzer in der Mainzer Straße waren zu keinem Zeitpunkt zu Verhandlungen bereit."

Die Berliner Linie — laut Magistratsbeschluß 96/90 Räumung, wenn nach dem 24. 7. 1990 besetzt und keine Verhandlungen laufen — wurde in der Mainzer eindeutig gebrochen.

— Auf einer offiziellen Liste des Friedrichshainer Bezirksamtes ist festgehalten: Die Mainzer Häuser 2 bis 12 a, 22 und 24 waren vor dem 24. Juli besetzt. Schon bald nach der Wende kamen die ersten Wohnungsuchenden in die abrißbereiten Gebäude.

— Verhandlungen liefen buchstäblich bis zur letzten Minute. Das Mainzer Vertragsgremium, gebildet am 22. Juni, verhandelte mehrfach mit den Magistratsherren Holzinger und Martini.

— Vor dem Friedrichshainer Parlament sagte Bürgermeister Helios Mendiburu am 27. August, in der Mainzer gibt es „Jugendliche, die wirklich gewillt sind, an der Instandsetzung zu arbeiten, die klare Konzepte haben, die konsensfähig sind, mit denen wir reden können".

— Seit dem 1. Oktober beraten BesetzerInnen, Vertreter von Bürgerkomitees, Abgeordnete von Bündnis 90, PDS und SPD am Runden Tisch.

— Am 8. Oktober erklärte Herr Martini, der Magistrat habe kein Interesse an einer Vorvereinbarung, obwohl ein fast unterschriftsreifer Rahmenvertrag vorliegt. Der Grund: Seit dem 3. 10. sitzen die politisch Verantwortlichen im Senat.

— Das Vertragsgremium erneuert am 15. Oktober seine Verhandlungsbereitschaft.

— Die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain verweigert am Montagnachmittag dieser Woche ihre Unterschrift unter ein Räumungsbegehren. Am Dienstagnachmittag steht die Unterschrift — des Westberliner Geschäftsführers.

— Ab Montag mittag bemühen sich Abgeordnete von Bündnis 90, PDS, AL, Neues Forum und SPD, unter ihnen Rainer Börner, Bärbel Bohley, Jutta Brabandt, Harald Wolf, Reiner Schult, Wolfgang Kempe, Kontakte zwischen BesetzerInnen und politisch Verantwortlichen herzustellen. Innenstadtrat Krüger ist taub, Innensenator Pätzold unauffindbar.

— Bärbel Bohley (Neues Forum), von den Mainzern um Vermittlung gebeten, scheitert in Pätzolds Vorzimmer. Sie hatte in zwei Gesprächen mit den Einsatzleitern die Zusage erhalten, die Polizei sei zum Rückzug bereit, wenn die politisch Verantwortlichen zustimmen.

— Bischof Forck bietet sich als Vermittler an — kein Echo.

— In letzter Minute bilden Abgeordnete, unter ihnen Rainer Börner und Bärbel Bohley, unvermummt, mit erhobenen Händen, eine Menschenkette. „Keine Gewalt!" rufen sie.

— Bärbel Bohley ruft 6.30 Uhr durchs Megaphon, sie wolle vermitteln. Wasserwerfer fegen sie hinweg.

Auch Mompers Satz: „Die Räumungen sind auf die Mainzer Straße beschränkt" wird kaum zwölf Stunden später widerlegt. In der Pfarrstraße wird geräumt.

Mompers allerletzte Erkenntnis: „... das Hausbesetzerproblem ... ist eine Folge der Mißwirtschaft des SED-Staates" sollte man eigentlich nur mit Hohnlachen quittieren. Heruntergewirtschaftete Wohnungen im Osten, unbezahlbare Mieten im Westen — da liegt doch der Kern. Dem alten Kreuzberger dürfte das Thema geläufiger sein als uns Friedrichshainern, die wir erst nach der Wende mit Hausbesetzern aller Couleur Bekanntschaft machten.

Man kann Walter Momper gewiß nicht der Dummheit bezichtigen. Also bleibt: Er lügt!

KARIN NÖLTE

ND 16.11.

KOMMENTIERT

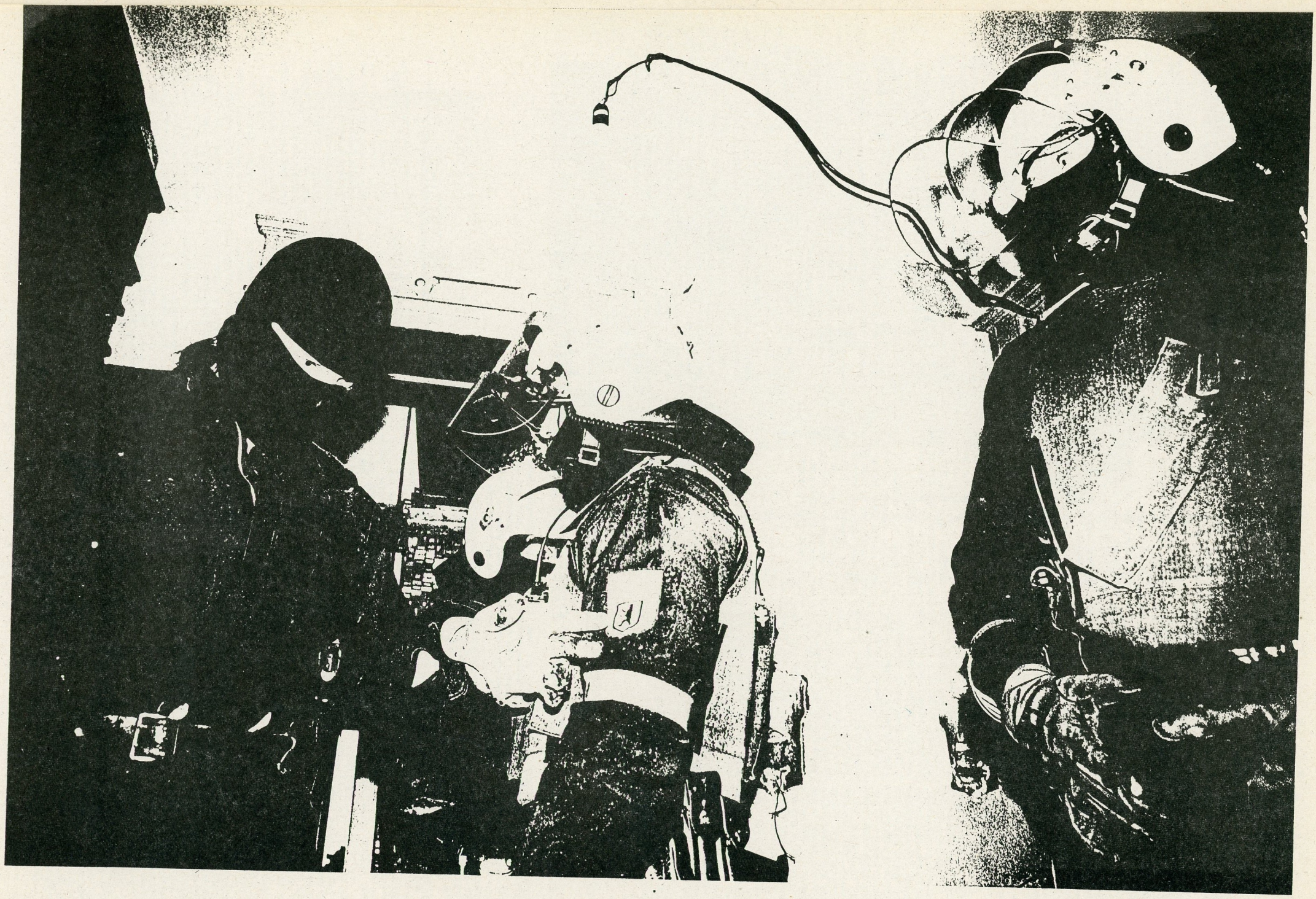
Untersuchung angesagt

Mußten die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Ostberliner Straßen sein, die die halbe Stadt in Mitleidenschaft zogen? Warum wurde keine friedliche Lösung gefunden? *Einfach zur Tagesordnung* übergehen kann man nicht. Es besteht Aufklärungsbedarf.

Befriedigende Antworten darf man aus dem Schöneberger Rathaus nach dem bisher Gehörten und dem absehbaren, provozierten Rückzug der AL nicht erwarten. Deshalb sollte möglichst bald ein unabhängiger Untersuchungsausschuß gebildet werden, und zwar aus engagierten Bürgern, denen ein „Das war richtig — und damit basta!" einfach zu wenig ist. Erfahrungen in diesen Dingen gibt es ja, zumindestens im Ostteil Berlins, wo Bürger nach den Übergriffen von Polizei und Staatssicherheit im Oktober 1989 eine Untersuchung durchsetzten, die damals als ein schwer errungenes Stück Demokratie begriffen wurde. Warum sollte das nun nicht möglich sein?

Wer diesen Vergleich nicht mag, kann übrigens noch viel weiter in die Geschichte zurückblicken, auf ein Beispiel, dessen Konsequenzen uns unbedingt erspart bleiben müssen. Am 1. Mai 1929 gab es 30 Tote, als der SPD-Polizeipräsident von Berlin Zörgiebel in eine nicht genehmigte, von der KPD initiierte Demonstration schießen ließ. Kurz danach konstituierte sich ein öffentlich tagender Untersuchungsausschuß, in dem auch Carl von Ossietzky mitarbeitete. Er stellte damals konsequent die Frage nach der politischen Verantwortung, als er schrieb: „Schuldig ist nicht der einzelne erregte und überanstrengte Polizeiwachtmeister, sondern der Herr Polizeipräsident, der in eine friedliche Stadt die Apparatur des Bürgerkriegs getragen hat ... nur damit eine Staatsautorität gerettet werden konnte, die durch nichts gefährdet war als durch die Unfähigkeit ihres Inhabers."

HOLGER BECKER



„Was sind Mollis gegen Knarren?"

Ost-Berlins Oberbürgermeister Schwierzina und Ex-Besetzer der Mainzer Straße stellten sich nach der Räumung am Mittwoch der Presse / Schwere Verletzungen bei den Ex-Besetzern

Berlin (taz) — Zwei Tage nach der Räumung der Mainzer Straße traten gestern der Ostberliner Oberbürgermeister Tino Schwierzina (SPD) und der Stadtrat für Regionalplanung Thurmann (SPD) zum ersten Mal vor die Presse. „Wir haben alle erforderlichen Schritte getan, um den Sorgen der Bürger in der Mainzer Straße vor einer zweiten Hafenstraße zu begegnen", erklärte der kleine Oberbürgermeister, hochrot im Gesicht, und tat damit so, als hätte ihn der Berliner Innensenator Pätzold vor der Räumung gefragt. Ob dem wirklich so war, blieb unklar. Schwierzina ließ aber keinen Zweifel daran, daß er die Entscheidung für richtig hält: In der Mainzer Straße habe „ein unberechenbares Gewaltpotential gelebt, das das Faustrecht einführen wollte".

Clemens Thurmann bezeichnete die Wohnungslosigkeit der Hausbesetzer als „Legende". Er wartete mit einer Liste auf, die Aufschluß über die Herkunft der festgenommenen Hausbesetzer geben sollte: Demnach kamen von den 354 bei der Räumung festgenommenen Personen 192 aus West-Berlin oder dem Altbundesgebiet, 52 aus Ost-Berlin. Nur elf hatten keine Meldeanschrift. Thurmanns kühner Schluß: Wer eine Meldeanschrift hat, kann nicht wohnungslos sein.

Nach Angaben von Thurmann schreiten die Verhandlungen über die übrigen 113 besetzten Häusern seit der Räumung der Mainzer Straße zügig voran. Für 13 Häuser seien bereits Verträge abgeschlossen, 53 weitere in Vorbereitung. Schwierzina beteuerte den Willen zur friedlichen Lösung, wenn die Besetzung vor dem 24. Juli erfolgt sei. Auch für die bis zum 3. Oktober besetzten Häuser gäbe es noch einen kleinen Verhandlungsspielraum.

Wenige Stunden zuvor hatten sich einige der geräumten Besetzer von der Mainzer Straße der Presse gestellt. Ein blonder, strubbelhaariger junger Mann, der sich als Vertreter des Straßenplenums vorstellte, betonte, der Polizeieinsatz und die Festnahmen seien „ultrabrutal" abgelaufen. Die schlimmsten Verletzungen: zwei Schußverletzungen, Nasenbeinbrüche, Milzriß und Rippenbrüche. Die Besetzer seien am Montag erst von sich aus „aktiv" geworden, als „die Bullen mit Tränengas und Wasserwerfern voll in die Mainzer Straße hieingeballert haben".

Die Entscheidung, sich bei der Räumung zur Wehr zu setzten, begründet der junge Mann damit: „Wir wollten, daß sie sich so lange wie möglich hinzieht." Mompers Vorwurf, sie seien zur Tötung von Menschen bereit, gab eine junge Frau an die Poizei weiter: „Was sind denn Mollies gegen scharfe Munition, Blendgrantanen und Gummigeschosse!" Ein anderer Ex-Besetzer nickte zustimmend: „Nicht wir haben provoziert, sondern die Polizei."

Plutonia Plarre

TAZ 17.11.

„Gewaltlose Ansätze sind nun kaputt"

Ines Koenen, Bezirksverordnete des UFV in Friedrichshain, war bei der Räumung der Mainzer Straße dabei

Berlin (taz) — „Unsere Räumung war nicht so brutal wie in den anderen Häusern. Das ist aber nur der Tatsache geschuldet, daß bei uns Leute von der Alternativen Liste dabeiwaren und bei der Polizei vermittelten."

Ines Koenen, Bezirksverordnete im Stadtparlament von Berlin-Friedrichshain, hat die Räumungen der Mainzer Straße am eigenen Leib miterlebt: In den frühen Morgenstunden des vergangenen Dienstags, als die Wasserwerfer auf die Barrikaden zurollten und die Straße kurze Zeit später „zugegast" war, flüchtete sie in die Mainzer Straße 4. Dort wurde sie mit den anderen geräumt, „erkennungsdienstlich" behandelt und stundenlang zunächst auf dem Hof, später auf der Wache festgehalten.

Ines Koenen lebt seit Jahren im Kiez um die Mainzer Straße. Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen und der Hetze in den Medien hat sich die Stimmung in der Nachbarschaft gegen die BesetzerInnen erheblich verschärft. „Die Lauten können sich Gehör verschaffen und die Stimmung machen." Einhellig ist die Ablehnung aber nicht. Es gibt auch AnwohnerInnen, die sich spontan mit den BesetzerInnen solidarisiert hätten und versucht hätten, den „Gewalteinsatz zu verhindern".

In den vergangenen Wochen und Monaten hatte es verschiedene Initiativen gegeben, zwischen Bezirksverwaltung, BesetzerInnen und NachbarInnenschaft zu vermitteln. Zunächst war es dem lokalen runden Tisch gelungen, die geplante Sprengung der Mainzer Straße zu verhindern. Nach der Wahl der Stadtbezirksversammlung wurden mehrere Räumungsanträge der CDU abgeschmettert. Es fand sich eine Projektgruppe aus Abgeordneten, Stadtbaurat, BesetzerInnen und der Wohnungsbaugesellschaft zusammen. Eine Gruppe arbeitete zum Thema Wohnen im Kiez allgemein, um auch „die Toleranzbereitschaft der Bevölkerung" zu wecken. Diese Ansätze seien „jetzt natürlich kaputt".

Ines Koenen ist es wichtig, daß die Verhandlungsbereitschaft wiederhergestellt wird, obwohl sie die Chancen dafür im Moment als sehr gering einschätzt. Unter den BesetzerInnen gebe es zwar durchaus einen Teil, der dazu bereit sei, „aber der Schock über den bürgerkriegsähnlichen Zustand hält noch an".

Ines Koenen gibt zu, daß sie mit bestimmten Formen der Militanz Probleme hat, sie nicht tolerieren kann. „Ich möchte aber nicht weiter nachfragen, wo die Grenzen sind zwischen Hausbesetzung und autonomen Lebensformen. Wichtig ist, daß die Forderungen der Leute in der Mainzer Straße nach Sanierungskonzepten und eigenen, gemeinschaftlichen Lebensformen in der Bevölkerung und bei den PolitikerInnen auf Bereitschaft stoßen." Und sie „kann unter Umständen verstehen, daß in einer Situation der Ohnmacht, der Angst und des Sichwehrenmüssens zu äußersten Mitteln gegriffen wird".

Ulrike Helwerth

Besetzer-Besitz weg — Polizei weiß nix

In der Mainzer Straße gehen Verwüstungen weiter / Acht Haftbefehle / Pätzold: »Ich war zu sprechen« / AL will Räumungsstop / Schadenersatz nach Demo-Randale / Nachts bei Momper

Friedrichshain. Auch gestern warfen Bauarbeiter ungehindert das Eigentum der ehemaligen Besetzer aus den geräumten Häuser in der Mainzer Straße. »Sortiert wird nichts«, erklärte einer der über 100 Bauarbeiter der taz. Ein Polizist versichert dagegen, Sachen, die **nach den Wertmaßstäben unserer Gesellschaft** erhaltenswert seien, würden sichergestellt. Die Türen und Fenster im Erdgeschoß und der ersten Etage wurden zugemauert. Wo die wenigen Sachen der Besetzer abgeblieben sind, die die Polizei abtransportiert hat, war gestern nicht zu erfahren. Ein Polizeisprecher gab an, daß für die Dinge die Polizeiwache Friedrichshain zuständig sei, doch dort wußte man von nichts. Zuverlässiger arbeitet das Amtsgericht Tiergarten: Gegen sieben Personen wurde Haftbefehl erlassen. Sechs sitzen in **Untersuchungshaft**, einer wurde von der U-Haft verschont.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) wehrte sich gegen die Vorwürfe von Bischoff Forck, die dieser gestern in unserem Artikel »Innensenator Pätzold war für mich nicht zu sprechen« erhoben hatte. Pätzold erklärte, er wäre für den Bischof **sofort zu sprechen** gewesen. Forck hätte sich erstmals vorgestern bei ihm gemeldet.

Die Rechtsanwältin Margarete von Galen erstattete wegen gefährlicher Körperverletzung gegen einen unbekannten Polizeibeamten **Anzeige**. Ihrem Mandanten war bei der Räumung in den Fuß geschossen worden. Die Anwältin erklärte, daß sich für sie die Frage aufdränge (ohne beide Anlässe miteinander vergleichen zu wollen), ob nach den Schüssen in Leipzig Schußwaffen besonders locker sitzen würden.

Die AL hat gestern ein **Räumungsmoratorium** gefordert. Auch wenn Räumungsbegehren vorlägen, dürften keine weiteren Räumungen angedroht werden. Für Verhandlungen mit den Hausbesetzern müsse eine Vermittlergruppe eingeschaltet werden. Die Ex-Koalitionäre warfen Bürgermeister Walter Momper (SPD) eine **unverantwortliche Stimmungsmache** vor, wenn er jugendliche Instandbesetzer »pauschal als Mörder, Kriminelle und Asoziale brandmarkt«. Auch eine Gruppe von 200 unbekannt gebliebenen Personen scheint mit dem Regierungschef unzufrieden zu sein. In der Nacht auf Donnerstag sollen sie vor Mompers Wohnhaus in Kreuzberg eine Stunde auf Autodächern herumgetrommelt und mit **Trillerpfeifen** gelärmt haben, berichtete Senatssprecher Werner Kohlhoff.

Finanzsenator Norbert Meißner (SPD) hat angekündigt, daß es für Geschädigte im Zusammenhang mit der Demo »Hände weg von unseren Häusern« **Schadenersatz** geben soll. Allerdings nur für Sachschäden in Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Dies gilt nicht für die unmittelbare Umgebung der Mainzer Straße. Betroffene sollen formlos an die *Senatsverwaltung für Finanzen, Abteilung IV A 31, Nürnberger Straße 53, 1 Berlin 30* schreiben. Ihnen wird ein Fragebogen zugesandt werden.

rochus/diak/plu

»Mit kochender Wut«

Zahlreiche Proteste gegen Räumung der »Mainzer«

Berlin. Während in der Mainzer Straße Bauarbeiter vollauf damit beschäftigt sind, das Mobiliar der BesetzerInnen aus den Häusern zu kehren, machen immer mehr Prominente und Nicht-Prominente ihrer **Empörung über die polizeilichen Räumungsaktionen** Luft. Dreizehn Persönlichkeiten aus dem Kulturleben Berlins forderten gestern eine unabhängige Kommission, die die Ereignisse um die Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße untersuchen soll. Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören die Präsidenten der Akademie der Künste West und Ost, **Walter Jens und Heiner Müller**, die Regisseure **Alfred Kirchner** und **Alexander Lang** von den Staatlichen Schauspielbühnen sowie die Intendanten des Deutschen Theaters, der Schaubühne am Lehniner Platz und der Freien Volksbühne, **Dieter Mann, Jürgen Schitthelm und Hermann Treusch.** Die Kommission soll außerdem Wege zur Überwindung der Konfrontation suchen.

Weitaus drastischere Worte fanden die **BewohnerInnen von über 30 inzwischen legalisierten Häusern in Westberlin.** »Mit kochender Wut haben wir die unglaublichen Aktionen der Polizeibrigaden gegen die Hausbesetzer Ostberlins verfolgt«, heißt es in einem offenen Brief an den Berliner Senat. Die Ex-BesetzerInnen aus Westberlin fordern die Rückgabe der geräumten Häuser, die Legalisiereung aller besetzten Häuser bis zur Wahl am 2. Dezember, einen sofortigen Räumungsstop und die Freilassung aller Inhaftierten. Andernfalls, so die UnterzeichnerInnen, könnte die Wahl gestört werden, »denn auch der Gutgläubigste kann keinen Unterschied zwischen einem Pätzold und einem Lummer feststellen«.

Massive Kritik an der Räumungspolitik von Innensenator Erich Pätzold kam gestern auch aus den sozialdemokratischen Nachwuchsreihen. Der **Landesvorstand der Jusos** verurteilte »die Unverhältnismäßigkeit der Polizeiaktionen im Rahmen der Häuserräumungen« und bescheinigte dem Senat »fehlenden politischen Willen für eine friedliche Lösung«. Die Gewalt von Teilen der autonomen Szene, so der Landesvorstand, sei »unakzeptabel und menschenverachtend«, allerdings könne man nicht nachvollziehen, »warum jeder Versuch von Verhandlungen zwischen den Hausbesetzern und der Polizei bzw. den politisch Verantwortlichen abgeblockt wurde«.

Empört zeigte sich auch die **Berliner Mietergemeinschaft.** Die Räumung sei Ausdruck einer verfehlten Wohnungspolitik nicht nur der SED, sondern auch des Berliner Senats.

Offene Protestbriefe an den Regierenden Bürgermeister Walter Momper richteten unter anderem auch die **Schülerschaft und das Lehrerkollegium des Pestalozzi-Fröbel-Hauses** sowie die teilnehmerInnen des **Seminars für Waldorfpädagogik** in Berlin.

anb/dpa

TSP 17.11.

80 000 Wohnungssuchende „sicher ohne Verständnis für 500 Chaoten“

In der Mainzer Straße arbeiten jetzt 50 Bauarbeiter — Häuser werden saniert

Die Berliner Landesregierung will das Wohnungsproblem politisch und nicht mit polizeilichen Mitteln lösen, sagte gestern Ost-Berlins Oberbürgermeister Tino Schwierzina vor der Presse. Die Räumung der in der Mainzer Straße besetzten Häuser sei nicht geplant gewesen, sondern erst nötig geworden, als ein unberechenbares Gewaltpotential seitens der Besetzer eingesetzt worden wäre.

Baustadtrat Clemens Thurman ergänzte, es sei eine Legende, daß die Besetzerszene im Ostteil der Stadt ein Ausdruck der Wohnungsnot sei. Von den 354 in der Mainzer Straße festgestellten Personen seien lediglich elf ohne festen Wohnsitz. Zur Frage der Verhandlungsbereitschaft sagte Thurmann, daß zwischen dem 5. Juni und dem 4. Oktober 1990 insgesamt sieben Gesprächsrunden bei den zuständigen Sachbearbeitern des Magistrats stattfanden. Dabei wäre es darum gegangen, den instandsetzungswilligen Teil der Besetzerszene die Rechtslage zu verdeutlichen.

Neben der in Ost und West gültigen Aussage, daß auch die politisch Verantwortlichen rechtlich keine Entscheidung gegen den erklärten Willen eines Hauseigentümers durchsetzen können, käme im Ostteil hinzu, daß durch die zahlreichen ungeklärten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden zusätzlich juristische Probleme entstünden. Die Wohnungsgesellschaften könnten im Zweifelsfall nur Mietverträge für einzelne Wohnungen, nicht aber Nutzungsverträge mit langjährigen Bindungen eingehen. 200 000 Anträge auf Rückführung früheren Eigentums lägen inzwischen vor.

Sicher aus der Einsicht, ‚besser ein Spatz in der Hand, als eine Taube auf dem Dach‘ sei es einigen Besetzern klargeworden, daß ein kurzfristiger Mietvertrag besser ist, als angestrebte langfristige Nutzungsverträge, zu denen die Gesellschaften nicht berechtigt seien bis die Eigentumsverhältnisse geklärt sind.

Die Wohnungsbaugesellschaften im Ostteil haben jetzt für alle leerstehenden Häuser Räumungsklage gestellt, eine Neubesetzung wäre also nicht möglich, kündigte der Stadtrat gestern an. Es gäbe zur Stunde noch 113 besetzte Häuser, mit 13 wären inzwischen Verträge abgeschlossen und mit 53 Häusern würden Verhandlungen laufen. TSP hema

— Nachdem die meisten der Einwohner der in den letzten Tagen beunruhigten Districte dem Gebahren des Pöbels gegenüber Front gemacht und mit der Sicherheitsbehörde Hand in Hand gehen, die Lust der Fortsetzung dieser Pöl-elexcesse im Keime zu ersticken, wurden Montag Abend in der 10. Stunde in dieser Gegend 9—10 Knaben, die sich dem Vergnügen des Einwerfens der Straßenlaternen hingeben, durch die dortige Bürgerschaft der Polizeibehörde zugeführt. Es stellte sich heraus, daß die meisten dieser Bengel aus ganz anderen Stadtgegenden aus reiner Sucht Unfug zu üben, dort erschienen waren. Dieselben sehen ihrer Bestrafung durch den Richter entgegen.

MoBo 18.11.

Berliner Polizei in Sorge um wachsende Gewalt-Bereitschaft

BM Berlin, 18. Nov.

Die Polizei in Berlin rechnet damit, daß die Hemmschwelle für Gewalttaten bei Hausbesetzern und Randalierern in der Stadt nach den jüngsten Ausschreitungen massiv gesunken ist und schließt scharfe Schüsse aus der Gewalt-Szene nicht mehr aus.

Trotz der schweren Krawalle im Zusammenhang mit Häuserräumungen im Bezirk Friedrichshain riet der Leiter des Berliner Sondereinsatzkommandos am Sonnabend vor Journalisten aber davon ab, Gummigeschosse gegen Randalierer einzusetzen. „Wenn morgen mit Gummiwuchtmunition geschossen wird, dann wird übermorgen scharf geschossen", warnte er.

Innerhalb der Polizei gebe es allerdings großen Druck, solche Gummigeschosse einzusetzen. 90 Prozent seiner Einheit forderten diese sogenannten Distanzwaffen, sagte der Beamte, der nach einem Anschlag aus Sicherheitsgründen seinen Namen nicht nannte.

Bei den Kämpfen mit Hausbesetzern um die Räumung der Mainzer Straße ist die Polizei nach eigenen Angaben auch mit Pistolen beschossen worden. Der Einsatzleiter der Direktion 5: „Ich habe deutlich in der Hand eines Besetzers eine Pistole gesehen, mit der er auf Beamte zielte." Genau habe er die Waffe nicht identifizieren können. Wahrscheinlich habe es sich um eine Waffe mit Signalmunition gehandelt. Diese Munition besteht aus brennendem Magnesium, das 3000 Grad Hitze entwickelt.

Innensenator Erich Pätzold zog auf derselben Pressekonferenz eine Bilanz der Krawalle bei den Hausbesetzungen in der vergangenen Woche. Er wies in dem Zusammenhang jegliche Kritik an dem Polizeieinsatz und angeblichen „Prügelorgien" der Beamten zurück. Ihm lägen keinerlei Berichte über polizeiliche Übergriffe vor. „Wir werden aber unbestechlich nachprüfen, wenn Derartiges vorgekommen sein sollte."

Der Senat halte unbeirrt daran fest, friedliche Lösungen für die besetzten Häuser zu finden, so Pätzold weiter. Ohne Gewaltausbrüche hätte es keinen Grund gegeben, die Häuser zu räumen. „Bestimmte Gruppen, insbesondere junge Leute, schrecken nicht davor zurück, brutale Gewalt anzuwenden und dabei auch schwerste Verletzungen und sogar den Tod von Menschen bewußt in Kauf zu nehmen", so der Senator.

Den Gewalttätern war nach den Berichten von Beamten und einem aus einem Einsatzwagen gedrehten Film offenbar jedes Mittel recht. Mit Dachziegeln, zentnerschweren Fertigsteinen und Gehwegplatten bombadierten sie die Polizei. Pflastersteine hagelten von den Dächern. **(Fortsetzung Seite 2)**

Mordlust und menschenverachtender Haß

(Fortsetzung von Seite 1)

Toilettenbecken sausten nieder. Hunderte von Molotow-Cocktails wurden gezündet, Leuchtraketen durchschnitten die Luft.

In der Mainzer Straße 7 hatten die Besetzer an die Wand gesprüht: „Toter Bulle – guter Bulle". Der Inspektionsleiter des Sonder-Einsatz-Kommandos faßte die Erlebnisse der Beamten zusammen: „Hier ging es nicht darum, Wohnraum zu beschaffen, sondern darum, einzelne Beamte zu töten. Mit Heimtücke und Hinterlist."

In den besetzten Häusern seien Fallen von höchster Professionalität angelegt worden. Der jeweils einzige Zugang zu den Dächern der besetzten Häuser war so verengt worden, daß die Beamten sie nur einzeln passieren konnten. Auf der etwa drei Quadratmeter großen Dachplattform eines Hauses lauerten die Besetzer den einzeln hinaustretenden Beamten hinter selbstgebauten Sichtfenstern „cool und ruhig" auf. „Als der Polizist nah genug dran war, schleuderten sie ihm einen Molotow-Cocktail entgegen", berichtet der Einsatzleiter. „Der Beamte brannte lichterloh. Der nachfolgende Kollege, der einen Feuerlöscher bei sich trug, versuchte, die Flammen zu löschen. Der erste Polizist drehte sich um, wollte fliehen, da traf ihn ein Pflasterstein mit voller Wucht am Hinterkopf. Er taumelte, drohte von der schmalen Plattform zu stürzen. In letzter Sekunde gelang es dem Kollegen, ihn aufzufangen."

Die Beamten seien vom dem Grad der Gewalt tief betroffen gewesen. Einer sagte: „Hier sind Leute, die haben es darauf angelegt, mich persönlich vom Leben in den Tod zu befördern." Der Leiter des Sonderkommandos: „Ich war 1975 an der Festnahme von Terroristen der ‚Bewegung 2. Juni' beteiligt. Aber so viel menschenverachtender Haß ist uns damals nicht entgegengebracht worden."

Insgesamt seien 253 Polizisten verletzt worden, sagte Pätzold. Drei sind noch im Krankenhaus. Die Polizisten erlitten Verbrennungen, Gehirnerschütterungen, Augen- und Schnittverletzungen, hinzu kommen ein Nasenbeinbruch, ein Beinbruch und ein Gehörtrauma. Von den festgenommenen 347 Hausbesetzern wohnen 278 im West- und 58 im Ost-Teil Berlins. 51 kamen aus anderen Bundesländern, fünf aus dem Ausland, nur 13 waren ohne festen Wohnsitz. Für Sonntag haben die Hausbesetzer eine neue Demonstration angekündigt.

Kirsten Lehmkuhl

Wurfgeschosse ungewöhnlicher Art entdeckten Polizisten auf den Dächern der geräumten Häuser in der Mainzer Straße im Bezirk Friedrichshain. Dazu gehörten diese zwei aus Wohnungen herausgebrochenen Toilettenbecken. Das rechte war zur Beschwerung noch mit Zement ausgegossen. Foto: BM

Mittel gegen Terroristen?

Generalbundesanwalt in einer Diskussion über den Paragraphen 129 a

Berlin, 17. November

Das Haus der Kirche in der Goethestraße erlebte am Freitag abend ein besonders eindrucksvolles Aufgebot: sieben Mannschaftswagen der Polizei drängten sich in den Hof, zahlreiche Kripobeamte und Verfassungsschützer harrten im Auditorium aus, kugelwestengesicherte Ordnungshüter verfolgten jede Bewegung, und sei es das Laden eines Tonbandgerätes. Eine Diskussion eines seit eineinhalb Dekaden bereits umstrittenen Gesetzesparagraphen, der in der letzten Zeit für einige wieder aktuell zu werden scheint, hatte die Vereinigung Berliner Strafverteidiger aufs Programm gesetzt: die „lex RAF", der Paragraph 129 a Strafgesetzbuch. Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, die Berliner Senatorin für Justiz, Jutta Limbach (SPD), Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der AL, die Anwälte Matthias Zieger und Klaus Finkelnburg (CDU), der als möglicher Justizsenator einer großen Koalition in Berlin gehandelt wird, diskutierten, besser: tauschten ihre Ansichten aus.

Die Konstellation war keine, die erfolgreiche Überzeugungsarbeit versprechen durfte: der Generalbundesanwalt „kann mit dem Paragraphen 129 a leben", wie er eher leidenschaftslos bis desengagiert formulierte, und die angesichts der alten Argumentationsgegner auch nach dem Koalitionsbruch an einem Strang argumentierenden Limbach (SPD) und Künast waren sich einig, daß es sich bei diesem Anti-Terrorismus-Paragraphen um einen „Gesinnungsparagraphen" handele, der es dem Staat erlaube, auch „Meinungen zu bestrafen" (Künast). Die Ritualisierung der Gegnerschaft blieb auf dem Podium intakt. Jener Paragraph, der zu über 4300 Ermittlungsverfahren, zumeist wegen Unterstützung oder Werbens für eine terroristische Vereinigung verhalf, indes nur vier Prozent Verurteilungen zeitigte, war in jener bleiernen Zeit des virulenten Terrorismus, 1976, von SPD und FDP in gemeinsamer Anstrengung aus der Taufe gehoben worden.

Vor wenigen Tagen noch hatte der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) Zachert bei der BKA-Herbsttagung in Wiesbaden Hausbesetzer in Hamburg und Kreuzberg pauschal als eine im kriminologischen Sinne „Höchstform der organisierten Kriminalität" bezeichnet und unter großem Beifall der Zuhörer meist juristische „Generalklauseln" für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität gefordert. Er ließ dabei an der Interpretation solcher weit gefaßter rechtlicher Vorschriften auch keinerlei Zweifel. Diese sollten „für" die Polizei weit gefaßt sein, da die allgemeine „Verrechtlichung" wie auch die „Perfektionierung" des Rechtes bei den Polizisten vor Ort „eine Aversion gegen das Recht" provozierten.

Solcherlei Forderungen nach weit gefaßten Vorschriften, die sich in mehreren Gesetzesvorhaben der Länder wiederfinden und im weiteren Zusammenhang mit dem 129 a stehen, waren am Freitag abend, der doch unter der Überschrift „Paragraph 129 a — wirksames Mittel gegen organisierte Kriminalität oder Gefahr für den Rechtsstaat?" stand, ebensowenig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit wie jene Pauschalkriminalisierung der Hafenstraße und jetzt der Mainzer Straße. Zur politischen Auseinandersetzung reichte es am Freitag abend nicht.

Jutta Limbach fand klare Worte insbesondere zu einer Sentenz des Generalbundesanwaltes, die zum einen das Selbstverständnis von Stahls offenbahrte und zum anderen die rund 150 Zuhörer nun doch baß erstaunte. Der oberste Ankläger der Nation hatte auf die Vorwürfe von Zieger, der 129 a diene der „Einschüchterung einer Szene, der unterstellt wird, Sympathien zu haben" mit Terroristen — durchaus unpolemisch gemeint —, gefragt: „Wozu ist Strafrecht eigentlich sonst da als zu disziplinieren?" Limbach, die allgemeinem Verständnis entsprechend den Sinn des Strafrechts im Rechtsgüterschutz und in der Stärkung des Rechtsbewußtseins sieht: „Das Strafrecht darf nicht dazu dienen, Leuten, die unkonventionell leben, Angst einzujagen." Genau diese Einschüchterungsfunktion schreiben die Kritiker diesem Paragraphen zu, der zu Inhaftierungen ohne Haftgründe, zu Razzien, zur Schleppnetzfahndung, Telefonüberwachungen bereits dann geführt hat, wenn sogenannte Vorbereitungshandlungen, die nicht unbedingt zu konkreten Taten führen mußten, unter Strafe gestellt wurden.

Den Vorwurf, der 129 a werde als Ausforschungsparagraph funktionalisiert und ebenso zur Gesinnungsschnüffelei herangezogen, suchte von Stahl zu entkräften, indem er angab, nicht „linke Gesinnung" werde bestraft, sondern „Mörder und Straftäter mit linker Gesinnung". Der Rechtsterrorismus sei „bereits vor einigen Jahren aufgelöst" worden.

Während die einen also, von Stahl und Finkelnburg, mit dem Paragraphen 129 a eher distanziert „leben können", finden die anderen ihn überflüssig, da die Straftatbestände des Mordes, Totschlages etc. anderweitig geregelt seien. In Zeiten, da bei den Aufräumarbeiten im Osten des Landes der Vorwurf der politischen Justiz laut erschallt, sollte man sich, so Limbach, davor hüten, in den Verdacht zu geraten, Gleiches anzustellen.

Die Chancen allerdings, daß der Paragraph 129a fällt, tendieren gegen Null: außer der nun nicht mehr existierenden SPD/AL-Koalition hat kein einziges Bundesland laut darüber nachgedacht, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu ergreifen, auch jüngst nicht, als die konservativ regierten Länder in der Minderheit waren. Aufmerksam registriert wurden allerdings Finkelnburgs Äußerungen, „Ausuferungen" bei der Anwendung des 129 a müßten überdacht werden. Man wird ihn daran erinnern. Das besondere Aufgebot im Hause der Kirche hatte übrigens keinen Anlaß zum Eingreifen.

Rüdiger Scheidges

Taz 18.11.

Momper war vorher über Räumung der Mainzer Straße nicht informiert

Polizei: Besetzer bauten „Fallen von höchster Professionalität"

Der Regierende Bürgermeister Momper war nicht über die bevorstehende Räumung der Mainzer Straße am Mittwoch informiert worden. Jedoch hatte man ihn über die Schwere der Ausschreitungen und die hohen Sachschäden informiert, die bei den Krawallen am Montag und in der Nacht zu Dienstag entstanden waren. Auch der Koalitionspartner AL war über den geplanten Polizeieinsatz nicht informiert worden, teilte Innensenator Pätzold gestern vor Journalisten im Rathaus Schöneberg mit.

Ohne die Gewalt, die von den Besetzern der Mainzer Straße ausgegangen war, nachdem zwei Häuser an der Pfarrstraße in Lichtenberg und eines an der Cotheniusstraße in Prenzlauer Berg am Montag geräumt worden waren, „hätte es keinen Grund zur Räumung der Mainzer Straße gegeben", sagte Pätzold.

Er verwies auf die „absolute Disziplniertheit" der am Mittwoch eingesetzten Polizeibeamten und sagte zu, daß allen Verfehlungen nachgegangen werde: „Wir haben keinen Grund, etwas gesundzubeten." Betroffene sollten sich melden und Anzeige erstatten. Wie berichtet, hatten die Besetzer am Freitag der Polizei vorgeworfen, in den Häusern der Mainzer Straße wahre „Prügelorgien gefeiert" zu haben.

Unter den 347 an der Mainzer Straße festgenommenen Personen stammen 278 aus Berlin; 58 wohnen im Ostteil, 51 haben ihren

Zweckentfremdete Gebrauchskeramik. Sogar Toilettenbecken hatten die Gewalttäter an der Mainzer Straße demontiert und auf die Dächer geschleppt. Die schweren Becken kamen dann aber nicht mehr zum „Einsatz".

Foto: Polizei

Wohnsitz in den alten und neuen Bundesländern, fünf wohnen im Ausland und lediglich 13 sind ohne festen Wohnsitz. Es befanden sich 244 Männer und 103 Frauen unter den festgenommenen Hausbesetzern, zehn waren 14 bis 18 Jahre alt, 18 bis 21 Jahre alt waren 51 Personen und 286 waren über 21 Jahre alt. Polizeibekannt wiederum waren 99 Personen, darunter 77, die, wie berichtet, als „reisende Gewalttäter" in einer Kartei der Polizei bereits erfaßt waren.

Der Leiter des Berliner Spezialeinsatzkommandos (SEK), das von der Frankfurter Allee aus am Mittwoch morgen auf die Dächer der besetzten Häuser vorgedrungen war, berichtete von „Fallen von höchster Professionalität", die die Gewalttäter beispielsweise auf einem Gerüst angelegt hatten. Es seien bestimmte Wege präpariert gewesen, die immer nur ein Beamter beschreiten konnte. In „aller Ruhe" warteten die Gewalttäter ab, bis die Beamten oben waren und warfen dann aus kürzester Entfernung Brandflaschen. Ein Beamter, dessen Uniform kurz zuvor noch gebrannt hatte, habe noch einen Pflasterstein, einen sogenannten „Katzenkopf", von hinten an den Helm geworfen bekommen.

Die Besetzer zogen sich schließlich vom Dach zurück und flüchteten über die Hinterhöfe: „Die richtigen Gewalttäter und Führungspersonen haben wir auch diesmal nicht erwischt", mußte der Beamte einräumen. Er schätzt die Zahl der eigentlichen Gewalttäter auf etwa 50 Personen.

Schornsteine demontiert

Auf den Dächern wurden schließlich zentnerschwere Fertigteile von demontierten Schornsteinen, aus den Häusern ausgebaute Toilettenbecken und zwei „Super-Mollies" entdeckt. Eine dieser großen Ballonflaschen mit einem Fassungsvermögen von 30 bis 40 Liter sei bereits mit einer Lunte versehen gewesen. Möglicherweise wurde sie jedoch durch ein Tränengasgeschoß getroffen und zerstört, bevor sie eingesetzt werden konnte. Neben den Scherben sei eine Tränengaskartusche gefunden worden, sagte der Beamte.

Wäsche verbarg Nagelkreuz

Alle Zugänge ins Haus seien verbarrikadiert, lediglich eine kleine Luke offen gewesen. Darunter lagen Wäschestücke, die, wie sich später herausstellte, ein Holzkreuz verbargen, in das eine Vielzahl Zimmermannsnägel geschlagen waren. Die nach oben ragenden Spitzen hätten bei einem unüberlegten Sprung auf den zweieinhalb Meter tiefer befindlichen Dachboden schwere Verletzungen verursacht.

Die Beinverletzung eines jungen Hausbesetzers ist offenbar doch auf ein Geschoß aus einer Polizeiwaffe zurückzuführen. Untersuchungen des deformierten Projektils ergaben, daß es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um ein bei der Polizei benutztes 9-Millimeter-Geschoß, um einen Querschläger handelt. Wie berichtet, hatte ein Beamter drei Warnschüsse abgefeuert.

Bei dem Beamten handelt es sich um einen Polizeihauptmeister der Einsatzbereitschaft 52, die von der Scharnweberstraße her in die Mainzer Straße eingedrungen und dort von etwa 200 Personen mit Steinen, Brandflaschen und Signalmunition angegriffen worden war, sagte Polizeipräsident Schertz. Er halte die Warnschüsse in dieser Situation für gerechtfertigt, äußerte er.

Ein Polizeiführer berichtete, er habe beobachtet, wie ein Hausbesetzer von einem Dach mit einer Handfeuerwaffe auf die Polizisten unten auf der Straße gezielt habe. Zweimal habe er den Hahn klicken hören, ohne daß sich jedoch ein Schuß gelöst habe. Es habe sich um eine Schreckschuß- oder Signalpistole, genausogut jedoch auch um eine scharfe Waffe handeln können, sagte der Beamte.

Als „Wortbruch" bezeichnete der Polizeibeauftragte des Magistrats, Ibrahim **Böhme**, am Donnerstag abend während einer Diskussionsveranstaltung in der Gethsemanekirche in Prenzlauer Berg die Räumung. Polizei und Politiker hätten sich wie „Okkupanten" benommen. Böhme forderte nach Agenturmeldungen, die zuständigen Politiker zur Verantwortung zu ziehen.

weso

Pätzold: Polizist sah eine Pistole auf sich gerichtet

Kritik an der Räumungsaktion zurückgewiesen / „Neue Kultur der Gewaltlosigkeit" angestrebt

Bei den schweren Krawallen mit Hausbesetzern in Berlin ist die Polizei nach eigenen Angaben auch mit Pistolen beschossen worden. Wahrscheinlich habe es sich dabei um Waffen für Signalmunition gehandelt, sagte gestern ein Einsatzleiter der Polizei. Es könne aber auch eine scharfe Waffe gewesen sein.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) wies die Kritik an dem Polizeieinsatz zur Räumung der Mainzer Straße erneut energisch zurück. Gewaltausbrüche wie Anfang der Woche dürften sich nicht wiederholen.

Zugleich sprach sich Pätzold für einen Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen aus, um „zu einer neuen Kultur der Gewaltlosigkeit" zu kommen. Nach seinen Worten verhielt sich die Polizei „absolut diszipliniert". Sollten Polizisten aber Straftaten begangen haben, würden sie verfolgt, sagte er.

Der leitende Polizeibeamte berichtete, daß er genau beobachten konnte, wie ein Gewalttäter eine Pistole auf ihn gerichtet und abgedrückt habe. Die Waffe sei aber nicht losgegangen. Bei den Auseinandersetzungen hätten die Gewalttäter mehrfach Waffen mit Signalmunition verwandt. Die Munition bestehe aus brennendem Magnesium mit einer Temperatur von bis zu 3000 Grad.

Ein weiterer Beamter meinte, daß es den Gewalttätern bei der Räumung am Mittwoch „ganz klar darum gegangen ist, einzelne Beamte zu töten". Die Polizei befürchte, daß sie die „wahren Führungsköpfe der Randalierer" nicht verhaften konnte.

Pätzold nannte Vorwürfe von Teilen der Alternativen Liste (AL), Bürgerrechtlern wie Bärbel Bohley und dem ebenfalls um Vermittlung bemühten Bischof Gottfried Forck angesichts „der Gewaltausbrüche der Besetzer" unberechtigt. Es sei nicht richtig, daß er für Bischof Forck nicht zu sprechen gewesen sei. Der Senat werde friedlichen Hausbesetzern die Möglichkeit geben, Mietverträge abzuschließen.

Pätzold sagte, daß der Regierende Bürgermeister Walter Momper unmittelbar vor der Räumung nicht informiert war, weil er sich noch in Moskau beziehungsweise auf dem Rückweg von dort befunden habe. Jeder Senator sei aber für seinen Amtsbereich selbst verantwortlich.

Polizeipräsident Georg Schertz sagte, daß die Schußverletzung einer Person, die sich am Mittwoch in der Mainzer Straße zur Zeit der Räumung befunden habe, wahrscheinlich nach einem Warnschuß von einem Querschläger aus einer Polizeiwaffe stamme. Das Projektil sei aber zu stark deformiert, so daß eine endgültige Klärung nicht möglich sei. lbn

„Grundsätzliche" Verhandlungsbereitschaft: Geschäftsfront in der Mainzer Straße. (Foto: Peter)

Besetzer fordern Rückgabe

Polizeikräfte sollen vor neuen Verhandlungen mit dem Senat abziehen

Die Hausbesetzer forderten gestern Abend als Vorbedingung für weitere Vertragsverhandlungen den Abzug der Polizei aus der Mainzer Straße und der Ostberliner Innenstadt. „Grundsätzlich" sei man verhandlungsbereit, hieß es in einer Erklärung des Besetzer-Plenums.

Die Besetzer forderten erneut die Rückgabe der geräumten Häuser am Prenzlauer Berg und in Friedrichshain sowie die Entschädigung aller von den Polizeieinsätzen Betroffenen und eine Nichträumungsgarantie für besetzte Häuser.

Bei der Räumung am vergangenen Mittwoch in der Mainzer Straße hätten Polizisten Hausbewohner verletzt, hieß es. Eine Frau liege mit einem Milzriß noch im Krankenhaus, außerdem seien „zwei Menschen durch gezielte Schüsse" verletzt worden.

Das Mobiliar und Eigentum der Bewohner sei zerstört worden. Die „meisten Verhafteten" hätten vor ihrer Vernehmung nicht mit einem Anwalt telefonieren dürfen.

Die Besetzer haben zu einer weiteren Demonstration für heute um 15 Uhr auf dem Breitscheidplatz aufgerufen.

Senatssprecher Werner Kolhoff bezeichnete die Forderungen der Hausbesetzer als „absurd". Nach dem „Gewaltausbruch" vom vergangenen Montag und Dienstag sollten die Besetzer allmählich leisere Töne anschlagen. Die Häuser in der Mainzer Straße würden instand gesetzt und an Wohnungssuchende vermietet.

Der Senat sei weiterhin zu Verhandlungen über alle Häuser bereit, die vor dem 24. Juli besetzt worden seien. Neue Besetzungen würden jedoch nicht geduldet. Es sei bedauerlich, daß die Besetzer sich immer noch nicht von den Gewalttaten aus ihren Reihen distanziert hätten, meinte Kolhoff ferner.

Endlich „für Ordnung sorgen"

Unterschiedliche Reaktionen auf den Mißtrauensantrag

Der Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) hat das angekündigte Mißtrauensvotum der AL als „vollkommen unverständlich" eingestuft. Daß die AL, die am Donnerstag nach rund 20 Monaten den Austritt aus der Koalition beschlossen hatte, ihn nun mit CDU und rechtsradikalen Republikanern abwählen wolle, sei eine „Politik der verbrannten Erde. Mir tut das richtig weh".

Die Vertrauensabstimmung bezeichnete Momper als „spannend", denn sie zeige, „ob der Kurs des Senats gegenüber den Gewalttätern in der Mainzer Straße mitgetragen wird oder nicht". Zur weiteren Perspektive für Rot-Grün in Berlin meinte Momper gestern in einem Interview der „tageszeitung": „Die Frage, ob die AL koalitionsfähig ist, hat sie selbst mit ihrer Entscheidung beantwortet — die brauche ich nicht zu beantworten."

Mit ihrem Verhalten solidarisiere sich die AL nun „natürlich mit Gewalttätern schlimmster Sorte". Einen Rücktritt, wie er von der CDU gefordert wird, lehnte Momper erneut ab.

Grünen-Sprecher Christian Ströbele meinte dazu, das „Grün-Rote ist nicht aufgebraucht" und wäre auch in Berlin weiterhin „sinnvoll und möglich". In der Koalition sei aber nach der gewaltsamen Häuserräumung ein Punkt erreicht gewesen, „wo es nicht mehr weiterging". Wenn es eine „rechnerische Möglichkeit gibt", wolle man aber nach dem 2. Dezember „mit der SPD reden". Er glaube, daß die Verhandlungsposition der AL gestärkt sei.

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herta Däubler-Gmelin, warf der CDU gestern in Bonn „unverantwortliches Verhalten in der jetzigen Krise vor". Sie forderte den CDU-Bundesvorstand auf, „beim Berliner Landesverband für Ordnung zu sorgen". Es gebe eine gemeinsame Verantwortung aller Demokraten und nicht nur Wahltaktik. Es sei „enttäuschend, daß die Berliner CDU den Senat in der jetzigen Auseinandersetzung um die Gewalt in der Mainzer Straße im Stich" lasse, erklärte sie weiter.

Mit ihrer Zustimmung zum Mißtrauensantrag gegen Momper gebe die Berliner CDU den Kritikern des Polizeieinsatzes im nachhinein noch recht.

CDU-Landesvorsitzender Eberhard Diepgen erklärte gestern auf dem Parteitag der brandenburgischen CDU, die „Volksabstimmung über Rot-Grün findet am 2. Dezember statt". AL und SPD hätten „kühl und berechnend inszeniert", ihre Koalition unterbrochen, um sich für 14 Tage als eigenständige Parteien zu präsentieren. Nach den Wahlen soll das rot-grüne Bündnis dann, wenn irgendmöglich, fortgesetzt werden. dpa

„Pistoleros" unter den Besetzern?

Berlin (dpa)

Bei den schweren Krawallen mit Hausbesetzern in der vergangenen Woche in Berlin ist die Polizei nach eigenen Angaben auch mit Pistolen beschossen worden.

Wahrscheinlich habe es sich dabei um Waffen für Signalmunition gehandelt, sagte ein Einsatzleiter der Polizei gestern vor Journalisten in Berlin. Es könne aber auch eine scharfe Waffe gewesen sein. Der leitende Polizeibeamte berichtete, daß er genau beobachten konnte, wie ein Gewalttäter eine Pistole auf ihn gerichtet und abgedrückt habe. Die Waffe sei aber nicht losgegangen.

Die Hausbesetzer forderten gestern als Vorbedingung für weitere Vertragsverhandlungen den Abzug der Polizei aus der Mainzer Straße und der Ostberliner Innenstadt. „Grundsätzlich" sei man verhandlungsbereit, hieß es in einer Erklärung des Besetzer-Plenums.

Bericht Seite 15

ALS „WORTBRUCH" bezeichnete der Polizeibeauftragte des Berliner Magistrats, Ibrahim Böhme, die Räumung der Mainzer Straße. Die Politiker müßten zur Verantwortung gezogen werden, forderte Böhme am Freitag abend auf einer Diskussionsveranstaltung in der Gethsemanekirche im Bezirk Prenzlauer Berg. Polizei und Politiker hätten sich wie „Okkupanten" benommen.

Volksblatt 18.11.

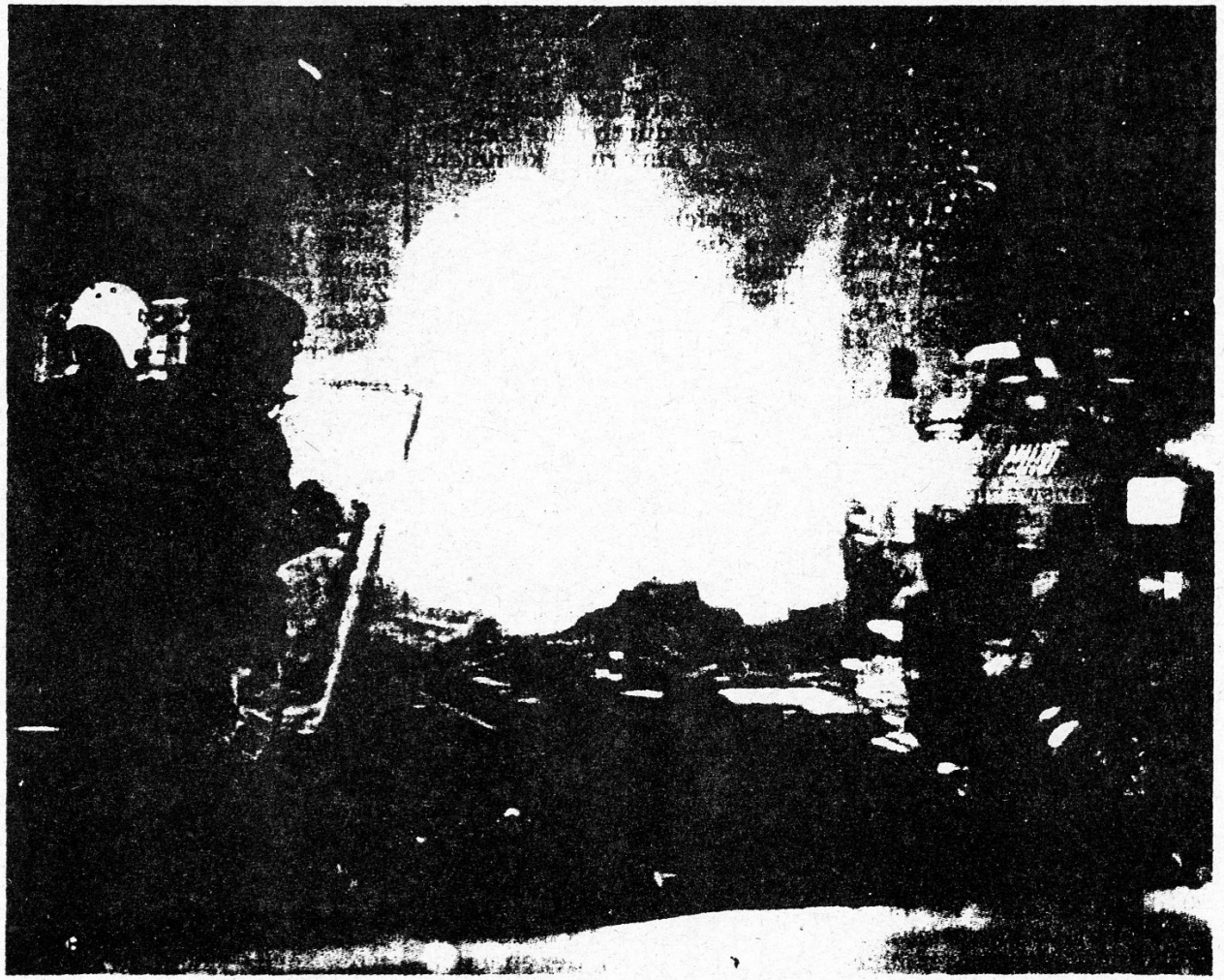
Warum kam der Einsatzbefehl so spät? – Die Berliner Straßenkämpfe

Welt 18.11.

Chaoten profitierten von

zwischen Hausbesetzern und Polizei von beispielloser Härte haben eine Ursache im Versagen der politisch Verantwortlichen

folgenschweren Fehlern des SPD-Innensenators



Eine Szene von den schweren Ausschreitungen in Berlin. Chaoten haben im Ost-Bezirk Friedrichshain Barrikaden in Brand gesteckt. Auch ein Straßenbahnwagen wurde angezündet

Polizei rechnet mit scharfen Schüssen von Chaoten in Berlin

dpa/AP **Berlin**

Die Polizei in Berlin rechnet damit, daß die Gewaltschwelle bei Randalierern in der Stadt nach den Ausschreitungen dieser Woche massiv gesunken ist. „Ich befürchte, daß hier bald scharf geschossen wird", sagte gestern der Leiter des Berliner Sondereinsatzkommandos vor Journalisten.

Der Beamte erklärte, daß innerhalb der Polizei großer Druck bestehe, Gummigeschosse einzusetzen. 90 Prozent seiner Einheit, die 94 Personen umfasse, forderten diese sogenannten Distanzwaffen. Er selbst rate davon ab.

Bei den schweren Krawallen mit Chaoten in Berlin ist die Polizei in dieser Woche mit Pistolen beschossen worden, teilte ein Einsatzleiter der Polizei mit. Der leitende Polizeibeamte berichtete, daß er genau beobachten konnte, wie ein Gewalttäter eine Pistole auf ihn gerichtet und abgedrückt habe. Wahrscheinlich habe es sich um eine Waffe für Signalmunition gehandelt. Der Schuß habe sich nicht gelöst.

Ein weiterer Polizeibeamter erklärte, daß es den Chaoten „ganz klar darum gegangen ist, einzelne Beamte zu töten".

Der Berliner SPD-Innensenator Erich Pätzold und seine Einsatzleiter räumten ein, daß die Polizei trotz der über 400 Festnahmen die wahren Köpfe der Gewalttäter auch diesmal nicht festsetzen konnte.

Pätzold sprach sich für einen Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen aus, um „zu einer neuen Kultur der Gewaltlosigkeit" zu kommen. Der Senat werde friedlichen Hausbesetzern die Möglichkeit geben, Mietverträge abzuschließen.

Der Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) erklärte gestern, das angekündigte Mißtrauensvotum der Alternativen Liste (AL) gegen ihn sei „vollkommen unverständlich".

Seite 4 und 5: Die Unruhen

Von JOCHEN KUMMER

Berlin

Seit 14 Jahren hat der Beizer und Polierer Rolf A. Zurek (Jahrgang 1939) seine Werkstatt in der Mainzer Straße Nummer 1 im Ost-Berliner Stadtteil Friedrichshain. Friedrichshain ist ein dichtbesiedeltes Arbeiterviertel mit Häusern, die zu achtzig Prozent vor 1920 gebaut worden sind.

Zurek restauriert alte Möbel. Neuerdings muß man bei ihm anklopfen. Der Handwerksmeister hält die Eingangstür tagsüber verschlossen. „Ich habe mit den schönen alten unersetzlichen Barockschränken und Kommoden, Nähtischen und Stühlen nur überlebt, weil ich Gott sei Dank Metalljalousien habe", sagt er. „Während der schweren Krawalle habe ich sie heruntergelassen und mit Holz dahinter zusätzlich verbarrikadiert."

Die Mainzer Straße ist die Stätte, in der in dieser Woche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen um 13 besetzte Häuser ausgetragen wurden. Die Mainzer Straße wurde zum Schicksal für den rot-grünen Senat von Berlin – der Stadt, die sich anschickt, Hauptstadt und Regierungssitz des wiedervereinigten Deutschlands zu werden. Die Alternative Liste (AL) kündigte am vorigen Donnerstag nach rund 600 Tagen die Koalition mit der SPD auf.

Die Kämpfe von bisher nicht dagewesener Härte beleuchten das Versagen der für den Einsatz politisch Verantwortlichen im Berliner Senat.

Am Montag waren Polizeieinheiten im Bereich der Mainzer Straße aufgefahren. Ein Polizeibeamter vor Ort berichtete später der WELT am SONNTAG: „Aufklärer der Polizei (Zivilbeamte im Nahbereich des Geschehens) meldeten uns, daß Störer (Chaoten) Steine und Molotowcocktails in die besetzten Häuser schleppten. Trotzdem durften wir nicht eingreifen. Dann stahlen Störer einen Bagger und hoben am hellichten Tag im Kopfsteinpflaster Verteidigungsgräben aus: vier Gräben von je eineinhalb Meter Tiefe. Unsere Aufklärer meldeten der Einsatzleitung: ‚Unter der Straße befinden sich Gasrohre. Explosionsgefahr!' Doch wieder wurde kein Einsatzbefehl gegeben. In aller Ruhe durften an der Mainzer Straße / Frankfurter Allee mächtige Barrikaden errichtet werden. Über Polizeifunk drängten unsere Kollegen: ‚Warum tun wir nichts?' und ‚Wo bleibt der Rechtsstaat?'. Die Antwort war stets die gleiche: Es wurde an die Funkdisziplin erinnert."

Mit fast weinerlicher Stimme, so berichten Ohren- und Augenzeugen, wurde den Chaoten über Lautsprecher der Einsatzfahrzeuge Nachsicht versprochen: „Bitte, ziehen Sie sich zurück. Unterlassen Sie weitere Aktionen. Wir versprechen Ihnen, daß nichts passiert."

Der Polizeibeamte vor Ort berichtete der WELT am SONNTAG weiter: „Wir durften erst eingreifen, als die Chaoten eine Straßenbahn gekapert und damit die Mainzer Straße blokkiert hatten."

Am Montag abend gegen 23 Uhr entlud sich dann zum erstenmal die Gewalt der Straße. Etwa 500 Hausbesetzer lieferten sich mit Polizisten eine fünfstündige Schlacht; offiziell waren etwa 1400 Beamte im Einsatz, doch nur ein Teil vor Ort. Als sich die Polizei zurückzog, waren die Häuser noch immer besetzt. Die Bilanz: mindestens 137 Polizisten verletzt. Zwanzig Gewalttäter wurden festgenommen.

Rund 24 Stunden danach, am Mittwoch morgen gegen 6.30 Uhr, marschierte die Polizei zum zweitenmal auf – diesmal mit Verstärkung aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. 4000 Polizisten wurden aufgeboten, davon etwa 1500 in Friedrichshain. Das Bemerkenswerte daran war: In den Mannschaftswagen aus Nordrhein-Westfalen saßen Männer des Sondereinsatz-Kommandos (SEK), eigentlich im Anti-Terroristenkampf gedrillt, nun aber als Verstärkung der rund 50 Berliner SEK-Männer für Häuserräumungen eingeteilt.

Ein SEK-Mann schrie: „Dächer müssen genommen werden, sonst geht alles in die Hose." In Bergsteigerausrüstung stürmten SEK-Männer die Dächer. Ein Häuserkampf Mann gegen Mann entwickelte sich. Ein Polizist in Bedrängnis gab drei Warnschüsse ab. Was die Polizisten erlebten, war ein Horrorstück: Stahlplatten waren mit Elektrokabeln unter tödlichen Strom gesetzt. Die Beamten stießen auf ein ausgeklügeltes System von Nagel-Fallen. Feuerbomben wurden geworfen. Eine große mit Benzin gefüllte Korbflasche, die auf einem Dach entdeckt wurde, hätte nach Einschätzung des parteilosen Berliner Polizeipräsidenten Georg Schertz „die Wirkung einer Bombe gehabt". Er sagte: „Sie hätte die ganze Mainzer Straße in Brand gesetzt."

Der Straßenkampf endete gegen zehn Uhr morgens. Mehr als 70 Polizisten und zahlreiche Chaoten wurden verletzt. Von 347 Festgenommenen sind nach Angaben des Berliner Innensenators Erich Pätzold 220 im Westteil Berlins und lediglich 58 im Ostteil polizeilich gemeldet; 77 seien polizeibekannte „reisende Täter" und 13 ohne Wohnsitz. Zwei der Festgenommenen entpuppten sich als politisch brisanter Fang: Es waren die Berliner AL-Abgeordneten Lena Schraut und Hartwig Berger. Sie genießen als Parlamentarier Immunität und wurden sogleich wieder freigelassen.

Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD) zeigte sich „tiefbesorgt über das Ausmaß an Gewalt" und sagte: „Das war blanke Mordlust."

Diese Worte sind das Eingeständnis eines Scheiterns. Denn die bisher vom rot-grünen Senat propagierte Taktik gegenüber der Anarcho-Szene wollte eine „Deeskalation" erreichen. Verfechter dieser Politik sind neben Momper und den AL-Abgeordneten der SPD-Innensenator Erich Pätzold, der in der rot-grünen Koalition als „Klammer" zwischen SPD und AL gilt.

Hauptsächlich Momper und Pätzold hatten im Februar und März vorigen Jahres mit den Alternativen eine Koalitionsvereinbarung ausgehandelt. Die Vereinbarung hat die innere Sicherheit Berlins offensichtlich geschwächt. Unter Punkt „Innere Sicherheit" wurde beschlossen: „Überprüfung der Führungsstrukturen und der Strukturen der Einsatzabteilung; keine Sondereinheiten . . .; neue, flexible Einsatzstrategien bei Demonstrationen . . ."

Momper und Pätzold stoppten den Aufbau einer „zentralen Landeseinheit der Schutzpolizei". Diese Einheit sollte bei plötzlich auftretenden Störungen der öffentlichen Sicherheit Berlin-weit eingesetzt werden. Die Freiwillige Polizeireserve wird aufgelöst. „In der Führungsstruktur" wurde unter anderem der höchste Exekutivbeamte der Berliner Polizei, Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus (SPD), geopfert; er wurde kaltgestellt.

Ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte bestand im rot-grünen Senat darin, daß auch Nicht-Parlamentarier der AL über „Facharbeitskreise" die politische Umgestaltung Berlins vorantreiben und Senatoren unter Druck setzen konnten.

Nach Feststellungen von Sicherheitsexperten beschnitt Pätzold die Aufgaben des Berliner Verfassungsschutzes und legte die Aufklärung über militante Chaoten und Terroristen im West-Berliner Bezirk Kreuzberg, dem Nest mit 400 Gewalttätern, zum großen Teil lahm. Er ließ auch hilfreiche Daten vernichten. Vor wenigen Tagen, am 25. Oktober 1990, teilte er in einem Brief unter dem Geschäftszeichen III B 22-0335/452 mit:

„In der Sitzung des Ausschusses am 7. Dezember 1989 ist unter Punkt 2 der Tagesordnung auch die Arbeitsdatei „Politisch motivierte Straßengewalt (APMS)" kurz erörtert worden. Im Anschluß an diese Erörterung teilen wir Ihnen mit, daß wir den Polizeipräsidenten in Berlin nunmehr gebeten haben, die Dateiführung zu beenden und die Löschung des Datenbestandes zu veranlassen."

Noch am 12. November 1990, wenige Stunden vor den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in der Mainzer Straße, rühmte Pätzold gegenüber der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Berlin den Erfolg seines Konzeptes. Er erklärte schriftlich: „Militante Straßengewalt wird seltener, die Berliner Polizei wird vorbildlich damit fertig, weil sie bewußt auf konfliktmindernde und gewaltdämpfende Aufgabenbewältigung setzt, aber da, wo nötig, entschlossen eingreift. Sie leistet damit den ihr möglichen Beitrag, um den Nährboden der Gewalt auszutrocknen."

Die Schlachten dieser Woche hätten den Senat – nach der Kommandoübernahme am 1. Oktober 1990 im Ostteil Berlins – nicht überraschen dürfen. Im Laufe vieler Wochen sind Chaoten aus dem benachbarten Kreuzberg (SO 36) und aus Westdeutschland in die Mainzer Straße umgezogen. Bürgerkomitees und Anwohner wiesen darauf hin. In der einschlägigen Szene kursierte ein Flugblatt vom 6. September 1990. Darin wurde detailliert mit Zeit und Ort aufgelistet, was die Chaoten planten. In dem Flugblatt steht unter der Überschrift „Was tun damiz brennt?" wörtlich:

„Es mehren sich die Zeichen dafür, daß in absehbarer Zeit die ersten Häuser geräumt werden. Was den Magistrat (Ost-Berlins; Anm. d. Red.) bisher vom Räumen abgehalten hat, läßt sich einfach zusammenfassen. Ein Teil der Regierenden hat schlicht Angst vor uns und vor dem, was wir im Falle einer Räumung anstellen könnten.

Die ersten Räumungen werden Testfälle sein: Wie hoch ist der politische Preis einer Häuserräumung? Ist er gering genug, wird die große Abräume folgen.

ALSO DEN PREIS ERHÖHEN? Wir halten es zwar für richtig, daß das betroffene Haus direkt gegen die Räumung verteidigt wird, gehen aber davon aus, daß eine erfolgreiche militärische Verteidigung unmöglich ist. Daher muß nach einem Bullenangriff etwas passieren – als Reaktion auf die erfolgte Aggression und gleichzeitig als Warnung vor weiteren Untaten.

AM SELBEN TAG:

Wenn in Friedrichshain geräumt wurde: Boxhagener Platz

Wenn in Mitte geräumt wurde: Koppenplatz

Wenn in Prenzlberg geräumt wurde: Kollwitzplatz

Wenn in Lichtenberg geräumt wurde: S-Bhf. Frankf. Allee

IN DER NACHT:

Dezentrale Aktionen mit möglichst hohem Sachschaden – Glasbruch. Schlösser verkleben, Barrikaden. . .

AM NÄCHSTEN TAG:

15.00 Uhr (unleserlich; Anm. d. Red.): Treffen vor dem geräumten Haus

Den ganzen Tag möglich: Buttersäure in Verwaltungsgebäude.

Aktionen in oder vor Ämtern. . .

‚Stop-The-City'-Aktionen:

Wenn Ihr uns räumt läuft garnix mehr – Verkehrschaos, Ampeln auf Rot stellen, Straßenbarrikaden auf den Hauptverkehrsadern, Notbremsen in U- und S-Bahnen, Feuerwehr beschäftigen durch Müllcontainerbrände. . .

WERDET KREATIV UND BÖSE!

DER UNTAT FOLGT DIE STRAFE AUF DEM FUß!

EINE MILLION SACHSCHADEN PRO RÄUMUNG!"

Die Chaoten hielten Wort. Sie steckten Autos in Brand, schlugen Schaufenster zu Bruch und stürmten plündernd Geschäfte.

WamS 18.11.

Bewohner, Besetzer, Festgenommene – Augenzeugen berichten, was sie am Mittwoch bei der Polizeiaktion erlebten

‚Total aggressiv, sadistisch — unbeschreiblich'

Frau A. B., Frau S. B. und Peter – sie wollen aus verständlichen Gründen anonym bleiben – sind Augenzeugen, Betroffene der Polizeiaktion am Mittwoch in der Mainzer Straße.

Frau A. B., 19, obdachlos:

„Die Bullen waren total aggressiv. Als sie vor der Tür standen, war es nicht mehr möglich, die zu öffnen, sie wurde eingeschlagen. Bewußt laut, damit wir es hören, haben die Bullen sich unterhalten: ‚Abschaum der Menschheit', ‚die brauchen Elektroschocks', ‚ein Glück, daß wir ein Rechtsstaat sind', haben sie gesagt."

A. B., Besetzerin, hat Räumung, Festnahme, Zelle erlebt. „Eindreiviertel Stunden hat es gedauert, bis wir ‚behandelt', die Personalien festgestellt wurden. Wir wurden durchsucht, an die Wand gestellt, abgetastet. In den Einzelzellen im Transportwagen waren wir zu zweit eingepfercht, sind lange umgefahren, weil die Sammelstellen überfüllt waren. Dann sind wir in Ruhleben, einer Polizeikaserne, in drei mal zwei Meter große Zellen gekommen. 18 Frauen waren da drin, zwei Sitzbänke, sonst nichts, total überheizt, etwa 40 Grad. Nach drei Stunden haben wir was zu trinken gekriegt – 3 Becher Wasser für alle. Immer wieder haben wir verlangt, telefonieren zu dürfen. Erst nach drei Stunden konnten wir Anwälte informieren."

Was hat sie in der Zelle erlebt, gesehen, gehört? A. B.: „Ich habe gesehen, wie eine Frau geschlagen, in unsere Zelle gestoßen wurde. Sie war verletzt, aufgebracht. Die Bullen drohten: ‚Mit dir werden wir auch noch fertig', Sie wollten die Frau rausholen, sieben Bullen drangen in die Zelle ein, wir wehrten uns, die griffen sich wahllos eine andere Frau raus, schafften sie in eine Einzelzelle.

Einer war von der Treppe gestürzt, am Fuß verletzt. Ihn brachten sie in eine Einzelzelle, schlugen ihn zusammen. Andere sahen später in der Zelle Haarbüschel von ihm auf dem Boden.

Bei den Männern waren in der winzigen Zelle 19 inhaftiert, darunter zwei 13- und 14jährige.

Gegen 22 Uhr wurde ich entlassen. Jetzt bin ich obdachlos, krieche bei Freunden unter."

Frau S. B., 40, Colbestraße:

„Mittwoch früh habe ich aus meinem Küchenfenster gesehen, wie im Torbogen Kinder, die zum Hort oder zur Schule wollten, und auch der Postbote mit Gasgranaten beschossen wurden. Die Polizei hat im Dunkeln auf alles geschossen, was sich bewegte – im Hof, im Hausflur, wo legale Mieter wohnen.

Als es schon hell war, habe ich beobachtet, wie ein Anwohner, der sich weigerte, den Ausweis zu zeigen, von zwei Polizeibeamten zusammengeschlagen wurde.

Peter, 30, obdachlos:

„Ich habe noch nie gesehen, daß so sadistisch Spielzeug und Kindermöbel zerstört, linke Literatur zerfetzt, Geschirr zerkloppt, alles aus den Küchenschränken auf der Erde zertrampelt wurde." Peter, bis Mittwoch Besetzer, hat sich nach dem Gewaltmarsch der Polizei durch die Mainzer Straße dort noch einmal alles angesehen. „Es ist unbeschreiblich. Bücher in Müllcontainern, im Dreck." Peter, Westberliner, arbeitslos, hat die 5. Räumung hinter sich. „Der Senat behauptet, wir seien nicht obdachlos. Aber weil wir politisch arbeiten, müssen wir Adressen haben – also sind vier oder fünf Leute für einen Raum gemeldet. Jetzt ‚wohne' ich nirgends, suche jeden Abend einen neuen Platz."

Welche Lösung sieht er? „Unter der SPD/AL wurden in Westberlin 50 Häuser geräumt. Es gab nie Verhandlungen, nur bei einem Projekt Pseudoverhandlungen. Bei dem Leerstand und der Obdachlosigkeit in Ost- und Westberlin gibt es überhaupt keine Bestrebungen vom Senat, eine Lösung zu suchen. Die Mainzer ist unsere Straße!"

Abends auf der Demo hat er an der Ecke Frankfurter Allee/Colbestraße einen Polizisten gehört: „So, jetzt fehlt mir nur noch der Gysi." Dabei schlug der mit dem Gummiknüppel im Takt in die Hand.

KARIN NÖLTE

ND 17./18.11.

Bundesgrenzschutz am Alex postiert

(ADN/ND). Mehrere Panzerwagen sowie etwa 20 weitere Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes (BGS) waren am Freitagnachmittag am und um den Berliner Alexanderplatz postiert. Laut Einsatzleitung des BGS handelt es sich um eine „präventive Maßnahme". Wegen der „allgemeinen Sicherheitslage" und der Unruhen der vergangenen Tage im Zusammenhang mit Hausbesetzern sei man interessiert, daß es zu keinerlei Ausschreitungen auf dem Alexanderplatz komme. Aktuelle Anzeichen von Krawallen gebe es nicht.

Werner Thronicker, Pressesprecher der Innenverwaltung des Senats, erklärte auf Anfrage von ADN, die BGS-Einheiten seien zum „Raumschutz" eingesetzt und befänden sich auf Bitte von Innensenator Pätzold in der Stadt.

Erneut Hausbesetzung in Ostberlin

Berlin (ND-Oertel). Zu einer neuen Hausbesetzung kam es gestern abend in der Marienstraße 19 in Berlin-Oberschöneweide. 29 Obdachlose aus dem Ost- und Westteil der Stadt, die sich aus einer vom Diakonischen Werk betreuten Wärmestube in Charlottenburg kennen, wollen mit dieser Aktion auf die Not der Obdachlosen und den Mißstand Tausender leerstehender Wohnungen hinweisen und ihre Forderung nach menschenwürdigen Unterkünften bekräftigen. Mehrere Schreiben der Selbsthilfegruppe an Magistrat und Senat mit der Bitte um Hilfe blieben unbeantwortet.

„Von unserer Gruppe wird keinerlei Gewalt ausgeübt werden, auch nicht für den Fall, daß unsere Bemühungen um eine vertragliche Lösung scheitern sollten", erklärte Hans-Jürgen Otto, der selbst seit neun Monaten ohne Dach überm Kopf ist. Polizeibeamter Langhans, der kurze Zeit nach der Besetzung die Obdachlosen auf ihr gesetzwidriges Verhalten hinwies und für den späten Abend den Besuch seines Wachleiters ankündigte, wußte nicht zu sagen, ob die Wohnung danach geräumt werden muß.

Die Hausbesetzer der Mainzer Straße haben gestern vormittag die Polizei für die Eskalation der Gewalt verantwortlich gemacht und eine Strafanzeige gegen die Polizei sowie eine neue Protestdemonstration angekündigt. Auf einer Pressekonferenz berichtete ein Sprecher des Straßenplenums, daß sie sich bis unmittelbar vor der Räumung für eine friedliche Lösung eingesetzt hätten, aber alle Vermittlungsversuche erfolglos geblieben seien, da Innensenator Pätzold und der Einsatzleiter der Polizei sich verleugnen ließen. Die Sprecherin des Westberliner Ermittlungsausschusses verwies auf brutale Übergriffe der Polizei bei der Räumung, auf Prügel und sexuelle Belästigung von Frauen. Fast alle Festgenommenen seien verletzt.

Ines Koenen, Friedrichshainer Stadtbezirksabgeordnete des UFV, kritisierte, daß die parlamentarische Ebene bei der Räumungsentscheidung völlig übergangen worden wäre. Sie selbst sei bei Vermittlungsversuchen und dem Ruf „Keine Gewalt" mit einem Wasserwerfer angegriffen worden.

Auf Antrag der PDS wurde für Montag eine Sondersitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Polizeiaktion in der Mainzer Straße einberufen.

(Siehe Seite 7)

Fazit des OB zu den Häuserräumungen:

„Schuld ist nur die SED"

Spät meldete sich Ostberlins Oberbürgermeister Schwierzina zu den Vorgängen in „seiner" Stadthälfte öffentlich zu Wort. Den Anfang der Auseinandersetzungen um die Mainzer Straße habe er nur aus Meldungen erfahren, während seines Moskauaufenthalts. Gestern nun wollte er vor der Presse klarstellen: Der Gesprächsfaden zu den Hausbesetzern sei nicht zerrissen. Und, ausdrücklich „zu Ohren der PDS": Nicht Momper, Pätzold oder er, Schwierzina, seien für die katastrophale Wohnungsnot und die daraus resultierenden Besetzungen schuld, sondern die SED.

Stadtrat Dr. Thurmann legte auf dieser Pressekonferenz ein Papier vor, aus dem deutlich werden soll, wie oft man wann mit Besetzern gesprochen hat, wieviel Verträge insgesamt abgeschlossen wurden (55 nach dem neuesten Stand). Das möchte man noch als gegeben hinnehmen, nachprüfen läßt sich die Anzahl und der Inhalt der Gespräche wohl nur schwer. Aber es ist unverfroren, eine erhöhte Gesprächsbereitschaft von Hausbesetzern nach den Überfällen auf die Mainzer Straße zu konstatieren; nach dem Motto gewissermaßen: Macht die eine Seite den Knüppel locker, verhandelt die andere leichter.

Auch der OB wurde noch einmal überdeutlich: „Wir lassen uns nicht von 500 Chaoten wie ein Bär mit dem Ring durch die Nase durch die Stadt führen", charakterisierte Schwierzina seine Auffassung von den Straßenkämpfen.

KLAUS WEBER

Unterstützungsaufruf für BesetzerInnen

Durchsichtige SPD-Motive

(ND). In einem Unterstützungsaufruf für die BesetzerInnen der Mainzer Straße heißt es, die vorliegenden Fakten machten es unmöglich, im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz von Verhältnismäßigkeit auch nur zu sprechen. „Die Motive der Berliner SPD-Regierung zu dieser Großaktion sind nur allzu durchsichtig: In der ‚heißen' Wahlkampfphase will sich Bürgermeister Momper vor der CDU mit ihrem offen rassistischen Wahlkampf als der bessere deutsche Saubermann profilieren. Es ist der SPD mit diesem Polizeieinsatz tatsächlich gelungen, das Monopol der Lummers und Kewenigs auf die äußersten Erscheinungsformen des nackten Polizeistaates endgültig zu brechen. Sie hat die Wahlkampfmunition der CDU im allerwörtlichsten Sinne gegen die HausbesetzerInnen und ihren politischen Kampf gegen Wohnungsleerstand, -verfall und Spekulation eingesetzt."

Politischen Problemen wurde staatlicherseits wie so oft mit massiver Repression begegnet, heißt es in dem Aufruf weiter. „Dieser Polizeieinsatz zeigt nur, daß die politischen Machthaber das ‚freiheitlich-rechtsstaatliche' Image dieser Republik heute offenbar auch vor der internationalen Öffentlichkeit nicht mehr aufrechtzuerhalten brauchen."

Die Forderungen der Aufrufer sind: Keine Kriminalisierung des Häuserkampfes, sofortige politische Antworten auf Wohnungsnot und -leerstand, keine weiteren Räumungen besetzter Häuser, vertragliche Anerkennung und Rückgabe der geräumten Häuser an die BesetzerInnen, öffentliche Untersuchung des Polizei- und BGS-Einsatzes, Einstellung der Straf- und Ermittlungsverfahren.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören Rainer Börner, PDS, Grünen-Sprecherin Renate Damus, Karl Heinz Roth, Hamburg, zahlreiche Mieterinitiativen, Rechtsanwälte und Künstler.

ND 17./18.11.

Besetzer in der Lichtenberger Pfarrstraße:

Nicht provozieren lassen

Improvisierte Pressekonferenz gestern abend in der Lichtenberger Pfarrstraße, einem der beiden Räum-Übungsfelder der Westberliner Polizei. Was friedliche Hausbesetzer, aber auch Bewohner mit ordentlichen Mietverträgen von Vorkommnissen der letzten Tage berichteten, mutet gespenstisch an. Bei der Räumung der Häuser blieben den Besetzern nicht einmal vier Minuten Zeit, ihre Sachen zu packen Polizisten ergingen sich in rassistischen und sexistischen Anpöbelungen, Schläge fielen, Möbel und Hausrat wurden auf der Straße dem Regen ausgesetzt. „Die verhielten sich wie Amokläufer", gibt einer seinen Eindruck wieder.

„Wir lassen uns nicht provozieren", ist die Grundhaltung, und selbst den Besetzern nicht gerade nahestehende Nachbarn bestätigen: Von der Pfarrstraße ging keine Gewalt aus. Anlaß für die Räumung war ein Strafantrag des Justitiars der Lichtenberger Wohnungsbaugesellschaft, der alle besetzten Häuser geräumt sehen möchte. Die Besetzer legten der Presse Erklärungen von Hauseigentümern bzw. Erbengemeinschaften vor, nach denen der Polizei Räumungen untersagt werden.

Die Besetzer sind viele Wege gegangen, um Öffentlichkeit zu finden, ihre Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Wenige Tage vor dem Räumungs-Überfall waren Abgeordnete der Lichtenberger Bezirksversammlung in der Pfarrstraße und konnten sich mit den weit gediehenen Plänen bekannt machen, die Pfarrstraße zu sanieren. Die öffentliche Konzeption für den Straßenzug dagegen – so die Besetzer – sei „schwammig". So soll ein Asylantenheim eingerichtet werden – in unmittelbarer Nachbarschaft mit einem Haus, das „rechtslastigen" Jugendlichen als Begegnungsstätte dienen soll. So eine Planung muß man makaber nennen.

KLAUS WEBER

»Eine Art Waschzwang hat sich durchgesetzt«

Der AL-Abgeordnete Bernd Köppl über den Ausstieg aus der Koalition und das Mißtrauensvotum gegen Bürgermeister Momper / »Wir hätten mit Pätzold über eine veränderte Polizeistrategie verhandeln müssen«

taz: ***Betreibt die AL mit ihrem Mißtrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister nicht eine Politik der »verbrannten Erde«, wie Momper das nennt?***

Bernd Köppl: Nein, das ist mehr die Sehnsucht nach der Radikalität, die die AL wieder einmal befallen hat. Wenn sie die Koalition jetzt schon verlassen, dann wollen sie sie auch ordentlich zertrümmern. Wir wollen nicht nur als Geprügelte aus der Koalition rausgehen, sondern wenn schon, dann mit richtig Ramba-Zamba. Für die Mehrheit in der Fraktion ist der Mißtrauensantrag der Politikersatz.

Ist damit auch die Perspektive, eventuell mit einer geläuterten SPD wieder einmal zusammenzuarbeiten, zerstört?

Das habe ich meine Fraktion auch gefragt. Ich glaube, daß der Bruch der Koalition aber auch das Mißtrauensvotum gegen Momper alle Möglichkeiten für eine Fortführung der rot-grünen Koalition sehr stark verschlechtern. Die Mehrheit der AL interessiert das nicht mehr. Im Kern sind beide Beschlüsse unpolitisch. In der AL haben viele das Gefühl, sich die Hände in der Koalition zu sehr schmutzig gemacht zu haben. Jetzt hat quasi eine Art der kollektiven Selbstreinigung stattgefunden. So eine Art Waschzwang hat sich durchgesetzt. Jetzt hoffen sie, daß sie mit aufrechtem Gang aus dieser Koalition herausgehen können. Ich empfinde das als eine Katastrophe für die AL. Alle Gegner einer sozialen und ökologischen Politik können sich freuen. Die aufwendige und immer gegen Rot-Grün eingestellte Kampagne »Bürger für Berlin« kann beendet und das Geld versoffen werden. Aber vielleicht gelingt es ihnen ja noch, den Stroeble zu einer Exklusivanzeige zu bewegen, der liegt ja voll auf ihrer Linie. Auch der CDU wurde ein wunderbares Wahlgeschenk gemacht. Etwas besseres ist für sie gar nicht möglich. Nur die Leute müssen sehr traurig und deprimiert sein, die aktiv für eine ökologische und soziale Reformpolitik gekämpft haben. Aber sie haben leider in der AL-Fraktion nicht mehr die Mehrheit.

Steckt denn eine taktische Überlegung bei der AL dahinter, diesen Mißtrauensantrag zu stellen? Irgendein geplanter Deal mit den Sozis?

Nein. Denn dieser Beschluß ist im Kern etwas unpolitisches. Es gibt keinerlei strategische Überlegungen. Und die Debatte, wie es nun weitergehen soll, hat in der Fraktion auch zu abenteuerlichen und lächerlichen Vorschlägen geführt. Der einzige Vorschlag, wie man wirklich auf die Situation reagieren soll, kam von mir. Ich habe vorgeschlagen, ein Räumungsmoratorium zu stellen und einen Vermittler zu fordern, der für die großen Probleme, die da anstehen vermittelnd eingreifen kann. Und die AL soll ein Konzept vorlegen, wie dieser gigantische Wohnungsleerstand von 25.000 Wohnungen in Ost-Berlin abgebaut werden kann. Wie Wohnungen für Leute zur Verfügung gestellt werden können, die bereit sind, Wohnungen auf niedrigen Standard instand zusetzen. Diese Vorschläge sind auch akzeptiert worden. Aber ich habe gesagt, dies muß in der Regierung durchgesetzt werden.

Dazu sah die Fraktion offenbar keine Chance mehr.

Ich habe zu Beginn der Fraktionsdebatte gesagt, es gibt bei Pätzold Verhandlungsbereitschaft, laßt ihn uns einladen, laßt uns mit der SPD-Fraktion darüber reden. Staffelt hatte ebenfalls erklärt, er möchte mit uns reden. Und dann hätten wir versuchen müssen, in Verhandlungen diese veränderte Polizeistrategie durchzusetzen. Was ich aber noch schärfer kritisiere, ist, daß die Mehrheit der Fraktion nich einmal die Mitglieder der AL in diese Entscheidung miteinbezogen hat. Ich habe gesagt, daß wir für diese Entscheidung eine Mitgliedervollversammlung brauchen, weil die Vollversammlung sowohl die Koalition beschlossen hat, als auch die Senatorinnen bestimmt hat. Aber auch das wurde von der Mehrheit abgelehnt, weil sie das Gefühl hatte, daß sie dann vielleicht in eine politische Auseinandersetzung treten muß, daß dann auch die Gesamtleistung der rot-grünen Koalition angesprochen wird und daß es dann nicht die gleichen Mehrheiten gegeben hätte wie in der Fraktion. Die Basisdemokratie ist bei der Entscheidung total auf der Strecke geblieben. Die Funktionäre haben sozusagen die Macht wieder zurückerobert. Die Mehrheit der Fraktion wollte hier unwiderrufliche Fakten setzen wie zum Beispiel den Rücktritt der Senatorinnen, so daß die Mitgliedervollversammlung nichts mehr zu sagen hat.

Interview: CC Malzahn

TAZ 19.11.

ANZEIGE

UNTERSTÜTZUNGSAUFRUF

In den frühen Morgenstunden des 14. November 1990 wurden im Ostberliner Bezirk Friedrichshain die 12 besetzten Häuser in der Mainzer Straße geräumt. Ein erster versuch starker Polizeikräfte, die Häuser bereits am 12.11. zu räumen, war am massiven Widerstand der BewohnerInnen und ihrer UnterstützerInnen gescheitert. Darum waren in der Nacht zum 14.11. aus dem gesamten Bundesgebiet weitere Kräfte der Polizei, Sondereinheiten und Bundesgrenzschutz zusammengezogen worden.

Die Räumung erfolgte unter Einsatz eines regelrechten Bürgerkriegsarsenals: 4000 PolizistInnen und Bundesgrenzschutz, schweres Räumgerät, mehrere Hubschrauber und Wasserwerfer, massiver Reizgas- und Tränengasbeschuß, Blendgranaten, Gummigeschosse und auch die Schußwaffe. Bei den HausbesetzerInnen und ihren UnterstützerInnen gab es eine hohe, abschließend noch nicht bekannte Anzahl zum Teil erheblich und schwer Verletzter, unter anderem mindestens eine Schußverletzung. (Eine weitere, lebensgefährliche Schußverletzung konnte bisher nicht definitiv geklärt werden.) Über dreihundert BesetzerInnen/UnterstützterInnen wurden gefangengenommen. Gegen fast alle wurden Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs und/oder Hausfriedensbruchs eingeleitet. Walter Momper kündigt "härteste Verfolgung" der Gefangenen an. Eine erhebliche Anzahl sollte dem Haftrichter vorgeführt werden, dies scheint allerdings nur in wenigen Fällen tatsächlich geschehen zu sein.

Diese Fakten machen es unmöglich, im Zusammenhang mit diesem Polizeieinsatz von Verhältnismäßigkeit auch nur zu sprechen. Polizeiliche "Lösungen" in dieser Dimension werden "notwendig", wenn die politisch Verantwortlichen politische Lösungen nicht wollen und deshalb systematisch hintertreiben. Bärbel Bohley hat neben anderen im offiziellen Auftrag der BesetzerInnen vom Mittag des 12.11. an bis nach Beginn der Räumung kontinuierlich versucht, Kontakt zu den politisch Verantwortlichen aufzunehmen, um die Wiederaufnahme der vom Magistrat einseitig abgebrochenen Rahmenvertragsverhandlungen zu ermöglichen. Sie ist bei ihren Versuchen arrogant abgefertigt, gar nicht erst vorgelassen oder einfach belogen worden.

Die Motive der Berliner SPD-Regierung zu dieser Großaktion sind nur allzu durchsichtig: in der "heißen" Wahlkampfphase will sich Bürgermeister Momper vor der CDU mit ihrem offen rassistischen Wahlkampf als der bessere deutsche Saubermann profilieren. Es ist der SPD mit diesem Polizeieinsatz tatsächlich gelungen, das Monopol der Lummers und Kewenigs auf die äußersten Erscheinungsformen des nackten Polizeistaats endgültig zu brechen. Sie hat die Wahlkampfmunition der CDU im allerwörtlichsten Sinne gegen die HausbesetzerInnen und ihren politischen Kampf gegen Wohnungsleerstand, -verfall und Spekulation eingesetzt.

Wie so oft wird politischen Problemen staatlicherseits mit massiver Repression begegnet - dieser Polizeieinsatz zeigt nur, daß die politischen Machthaber das "freiheitlich-rechtsstaatliche" Image dieser Republik heute offenbar auch vor der internationalen Öffentlichkeit nicht mehr aufrechtzuerhalten brauchen.

Wir fordern:

- **Keine Kriminalisierung des Häuserkampfes in Berlin und anderswo**
- **Sofortige politische Antworten auf Wohnungsnot und Wohnungsleerstand**
- **Keine weiteren Räumungen besetzter Häuser, sondern deren vertragliche Anerkennung und die Rückgabe der bereits geräumten Häuser an die BesetzerInnen**
- **Öffentliche Untersuchung des Polizei- und BGS-Einsatzes am 12. und 14.11. in der Mainzer Straße**
- **Einstellung der gegen HausbesetzerInnen eingeleiteten Straf- und Ermittlungsverfahren durch entsprechende politische Vorgaben.**

Erstunterzeichner Innen: Thomas Ebermann, Ex-MdB, Hamburg; Rainer Trampert, Hamburg; Rainer Börner, PDS-Präsidium, Berlin; AG Radikale Linke in der PDS, Berlin; DKP Hamburg; Oliver Tolmein, Redakteur, Hamburg; Hermann L. Gremliza, Konkret-Herausgeber, Hamburg; Dorothee Gremliza, Verlegerin Konkret Literatur Verlag, Hamburg; Margit Czenki, Filmemacherin, Hamburg; Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburg; Mieter helfen Mieter e.V., Hamburg; Marie Luise Schmidt, MdB, Bonn; Karl Heinz Roth, Arzt, Hamburg; Ludger Weß, Biologe, Hamburg; Vereinigte Linke Berlin; Andrea Lederer PDS Linke Liste; Angelika Beer,MdB Bonn; Theresia Degener,Juristin, Frankfurt; Renate Damus,Sprecherin d. Bundesvorstandes der Grünen;Manon Tudefeld,Bundesvorstand Die Grünen,Jutta Ditfurth,Frankfurt; Manfred Zierer,Frankfurt; Susi Boxberg, Die Grünen, Bonn; Sibylla Drews, Die Grünen, Bonn; Gerhard Lippe, Die Grünen, Bonn; Anne Nilges, die Grünen, Bonn; Rita Werkmeisterin, Die Grünen, Bonn; Ewald Zimmer, Die Grünen, Bonn; Eberhard Walde, Bundesgeschäftsführer der Grünen, Bonn; AStA Freie Universität, Berlin; AStA Technische Universität, Berlin; AStA kirchliche Hochschule, Berlin; Justus Wertmüller, Berlin; Stephan Koepp, Berlin; Max Böhnel, Berlin; Thomas Sielemann, Berlin; Brigitte Apel, Ex-MdA, Berlin; Roman Moos, Berlin; Miriam Lang, Berlin; Jürgen reents, Hamburg; Jens Jannsen, Rechtsanwalt Freiburg; Michael Moos, Rechtanwalt, Freiburg; Michael Schubert, Rechtsanwalt Freiburg; Regina Schulze, Rechtsanwältin, Freiburg; Heike Held, PDS Linke Liste; Sabine Michels, PDS Linke Liste; Arndt Meckseper, Bauingenieur, Hamburg; Anke Brennecke-Eggers, Hamburg; Hilke Böttcher, Hamburg; Ruthanna Böttner, Hamburg; Johannes Santenen, Hamburg; Jenny Jensen, Hamburg; Ute Krabbenhöft, Hamburg; Inge Lindemann, Mitarbeiterin Die Grünen, Bundestag; Christine Muscheller-Frohne, MdL Baden Württemberg; Michaela Tzankoff, Hamburg; Carlo Masala, PDS Linke Liste; Jürgen Bruck, PDS Linke Liste; Uli Senk, PDS Linke Liste; Anja Krüger, PDS Linke Liste; Detlev Pracht, PDS Linke Liste; Gabriela Heinicke, Rechtsanwältin, Hamburg; Karin Mücher, Rechtsanwältin Hamburg; Sigrid Töpfer, Rechtsanwältin, Hamburg; Thomas Mammitzsch, Rechtsanwalt, Hamburg; Ulrich Wittmann, Rechtsanwalt, Hamburg; Jörg Zahn, Rechtsanwalt, Hamburg; AStA Linke Liste, Frankfurt; El Salvador Komitee, Frankfurt; Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Frankfurt; Zentrum, Frankfurt; Susanne Wilkening, Berlin; Thomas Herzog, Rechtsanwalt, Berlin; Heinrich Eckhoff, Hamburg; Roswitha Steinbrenner, Berlin; Berliner Mietergemeinschaft e.V.; Michael Pickardt, Berlin; Armin Rudloff, VL, Berlin; Peggy Höfeg, VL, Berlin; Uwe Christian, VL, Berlin; Plenum der Hafenstraße, Hamburg; Juristinnenkreis der Hafenstraße, Hamburg; Harry Hoppe, Betriebsrat, Hamburg; Olaf Harms, Gesamtbetriebsrat, Hamburg; Marily Stroux, Pressefotografin, Hamburg; Arne Timmermann, Hamburg; Oliver Gorewitz, Hamburg; Rote Flora, Hamburg; Bündnistreffen zum Erhalt der Hafenstraße, Hamburg; Michael Thiel, Hamburg Hannelore Heinrichs, Hamburg; Rosita Timm, Hamburg; Martina Bick, Hamburg; Hendrikje Roesky, Hamburg; Inka Dammerau, Hamburg; Ilse Frens, Hamburg; Carsten Stemhagen, Hamburg; Jane zum Beel, Hamburg; Petra Vollmer, Hamburg; Ulla Jelpke, Hamburg; Maria Baader, Berlin; Ellen Olms, Ex-MdB, Berlin; FAF - Film Archiv Frauen, Hamburg; Jens Wassmann, Rechtsanwalt, Hamburg; Die Goldenen Zitronen, Musiker, Hamburg; Initiativkreis Hafenstraße, Hamburg; Christian Arndt, Pastor, Hamburg; Dachverband Hamburger Mieterinitiativen; Thomas Fruth, Rechtsanwalt, Berlin.

Spendenkonto: Sonderkonto "Häuser", Sparkasse der Stadt Berlin (w) BLZ 100 500 00, Kontonummer 0670006346

V. i. S. P.: M. Lang, Anzengruberstr. 9, 1/44

7.000 Demonstranten meinen: Mainz bleibt meins

Friedliche Demonstration gegen Häuserräumungen und Verhaftungen / Vom Breitscheidplatz zum Weihnachtsmarkt / Am Alexanderplatz wurden die TeilnehmerInnen von einem dichten Polizeispalier begleitet / Frauenblock war tonangebend

Mitte. Rund 7.000 Demonstranten haben am Sonntag nachmittag bei einem Protestzug durch Berlin die Freilassung aller festgenommenen Hausbesetzer und die Rückgabe der geräumten Häuser im Ostteil der Stadt gefordert. Die Demonstration begann am frühen Nachmittag am Breitscheidplatz und endete am frühen Abend am Lustgarten.

Tonangebend während der Demonstration war der große geschlossene Frauen und Lesbenblock. Immer wieder skandierten sie »Räumt den Senat- und nicht die Häuser», »Stoppt den Polizeiterror« und »Häuser besetzen — jetzt erst recht«. Unter den rund 1.000 jungen Frauen waren gut 200 vermummt. Auch im Antifa-Block trugen viele Haßkappen oder riesige Sonnenbrillen. Recht anachronistisch in diesem Aufzug mutete der kleine Block der Spartakisten an. Sie trugen ein riesiges Transparent mit der Weisheit »Momper — Pätzold, Bluthunde der Deutschen Bank« und »Stoppt den Polizeiterror durch Arbeitermobilisation«. Die Angesprochenen waren allerdings nicht zu sehen. Auch sonst gab es kaum Zaungäste, die Demonstration wirkte zeitweilig wie ein großes Familientreffen.

Von Anfang an, wurde der Zug von dichten Polizeiketten begleitet. Schon lange vor der Demonstration waren die U-Bahnausgänge von Polizisten bewacht, »verdächtig« aussehende Demonstraten wurden mehrmals hintereinander gefilzt. Bei diesen Kontrollen wurden zwei Personen festgenommen. Während des rund 6,5 km langen Fußmarsches kam es nicht zu größeren Zwischenfällen.

Einige Käufhäuser im Westteil der Stadt hatten aus Furcht vor Steinen die Scheiben mit Holzbrettern vernagelt. Lediglich im Ostteil, an der Ecke Friedrichstraße/Leipzigerstraße wurden aber tatsächlich mehrere Glasscheiben der Dresdner Bank eingeschmissen. Einige Querschläger trafen eine Parfümerie und Modegeschäft.

Im Unterschied zu der Demonstration am vergangenen Mittwoch fehlten gestern an der Spitze des Zuges Vertreter der Bürgerrechtsbewegungen. Statt Demonstranten mit Stirnbändern »keine Gewalt« waren T-Shirts mit Sympathieparolen »wir sind auch Mainzer« augenfällig. Die Gewaltfreiheit, während dieser Demonstration und entgegen aller Erwartungen auch praktiziert, stand im heftigsten Gegensatz zu der lautstarken Agitation während des Zuges. So wurde in einer Zwischenkundgebung über die »europaweiten Soliaktionen mit den Hausbesetzern» berichtet. Im Wortlaut hörte sich das so an: »Jede Menge kaputte Scheiben in Hamburg, Glasbruch in Dortmund, Mollies auf die Deutsche Botschaft in Kopenhagen, Scherben in Mailand, ein besetztes Haus in Münster: Leute es geht voran mit dem Häuserkampf«. Jede neue »Soliaktion« wurde wild bejubelt und laut einig war man sich — »Häuser besetzen, jetzt erst recht«.

Die Schlußkundgebung auf dem Alexanderplatz hatte die Polizei, mit Hinweis auf den Weihnachtsmarkt verboten. Weil die Polizei am Endpunkt der Demo am Lustgarten in dichten Fünferreihen jegliche Zugänge zum Alex und Unter den Linden versperrt hielten, verteilten sich die Demonstranten Richtung Spandauer und Breite Straße. Sehr viele völlig durchgefrorene Streetfighter wärmten sich später auf dem Weihnachtsmarkt mit Glühwein erst mal auf. Die Gerüchte, daß einige Hundert Demonstranten sich am frühen Abend in der Mainzer Straße treffen wollten, führten zu der prophylaktischen Maßnahme, daß die BVB vier U-Bahnhöfe zwischen Alexanderplatz und Hönow sperrten. **aku.**

Rund 5.000 WehrpflichtgegnerInnen demonstrierten am Samstag gegen Zwangsdienste und Militär. Auch am Sonntag wurde demonstriert; und zwar gegen das Heldengedenken in Tempelhof (s. S. 4 und 28). Foto: Rolf Zöllner

TAZ 19.11.

Plötzlich wird in Berlin verhandelt

Im einem Bezirk Angebote an HausbesetzerInnen / Mehrheit will zuerst die Häuser in der Mainzer Straße zurückhaben / Erneut Demonstration gegen die Räumungen

Berlin (taz) - Man möge ihm ja Zynismus vorwerfen, erklärte am Wochenende ein Ostberliner Bezirkspolitiker nach einer Pressekonferenz in einem besetzten Haus, „aber vielleicht führen die Ereignisse in der Mainzer Straße dazu, daß jetzt schneller verhandelt wird." Erste Verhandlungserfolge zwischen Wohnungsbaugesellschaft und BesetzerInnen im Prenzlauer Berg scheinen dem Mann recht zu geben — selbst der „Runde Tisch" wurde wieder eingeführt.

Zwar erklärte am Freitag das Plenum von Vertretern etwa 80 besetzter Häuser, man fühle sich zu Verhandlungen nicht in der Lage, solange die geräumten Häuser in der Mainzer Straße nicht zurückgegeben, die Polizei abgezogen und die Verhafteten freigelassen seien. Gestern aber präsentierte Siegfried Zoels, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Gesprächsleiter, das Verhandlungsresultat: den BesetzerInnen der über 30 Häuser im Stadtteil hat die zuständige Wohnungsbaugesellschaft zunächst zugesichert, „ihren Aufenthalt in den Häusern zu dulden", die Häuser also nicht räumen zu lassen. Von Seiten der Wohnungsbaugesellschaft wurde zudem der Entwurf eines Vorvertrages mit den Instandbestetzer Innen vorgelegt. Die nächste Verhandlungsrunde soll in vier Tagen stattfinden.

Mit Parolen wie „Räumt den Senat und nicht die Häuser" begann am Sonntag Nachmittag erneut eine Demonstration gegen Räumungen und für Verhandlungen. Die über 4000 DemonstrantInnen trafen in der Berliner City auf ein massives Polizeiaufgebot, das unter anderem Wasserwerfer auffuhr, sowie auf Einheiten des Bundesgrenzschutzes. Bei Vorkontrollen wurde zwei Demonstranten festgenommen.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) unterstrich am vergangenen Wochenende den Willen zu einer friedlichen Lösung des Hausbesetzer-Konflikts: „Wir werden auf alle Eigentümer einwirken, keine Räumungsanträge zu stellen". Im Schöneberger Rathaus verteidigte er erneut den Polizeieinsatz als „diszipliniert, rechtsstaatlich und verhältnismäßig". Zu den Vorwürfen der ehemaligen Bewohner der geräumten Häuser in der Mainzer Straße, die Polizei hätte in den Häusern Prügelorgien gefeiert, erklärte Pätzold, er selbst habe von Polizeiübergriffen bisher nichts gehört. Pätzold forderte alle Betroffenen auf, Strafanzeige zu erstatten — er werde Anzeigen konsequent nachgehen. Auch den behaupteten Einsatz von Gummigeschossen dementierte der Senator. Weder die Berliner Polizei noch die Einsatzkräfte aus den alten Bundesländern und der Bundesgrenzschutz seien mit diesen Waffen ausgerüstet. Bisher wurden nirgendwo Hartgummiprojektile aufgefunden. **Anb/diak**

Gethsemanekirche: Dialogversuch gescheitert Foto: R. Schulten/Octopus

Verhandeln oder nicht verhandeln?

Während das BesetzerInnenplenum weitere Verhandlungen vom Abzug der Polizei abhängig macht, scheint man sich in Prenzlauer Berg an eine Vertragslösung heranzutasten / Wohnungsbaugesellschaft gibt »Nichträumungserklärung« ab

Sergej Glanze/ Pankow Press

Demo gegen Räumung besetzter Häuser

Rund 7.000 Menschen haben gestern in Berlin gegen die Räumung besetzter Häuser, gegen die Verhaftungen und die Wohnungsnot protestiert. Es waren viele vermummt. Allerdings gab es mehr Polizisten als Demonstranten. Am frühen abend löste sich der 6,5 Kilometer lange Zug ohne größere Zwischenfälle am Lustgarten auf. Die Demonstranten mischten sich friedlich unter die Besucher des Weihnachtsmarktes. **SEITE 21**

Berlin. Die Augen haben sich mittlerweile an Polizeikonvois, Straßensperren und das notorische Blaulicht in und um die Mainzer Straße gewöhnt, nicht aber die Nerven. Was nach Auffassung der Polizeibeamten »notwendige Präsenz« ist, empfinden BesetzerInnen als pure Provokation. »Die wollen doch nur, daß ein Stein fliegt«, erklärt ein Besetzer dem Friedrichshainer Baustadtrat Hannemann vor dem Info-Café in der Kreutziger Straße. »Dann können sie die anderen Häuser auch noch alle machen.« Abwechselnd machen Räumungsgerüchte und Schilderungen über brutale Polizeieinsätze die Runde. Der eher zaghafte Einwurf Hannemanns, er habe auch Molotowcocktails gesehen, wird barsch weggebügelt. »Wir haben uns bloß verteidigt.«

Vertreter aus besetzten Häusern hatten zuvor auf einer Pressekonferenz erklärt, man sei zwar grundsätzlich verhandlungsbereit, angesichts »massiver Polizeipräsenz und akutem Räumungsdruck seien Verhandlungen nicht möglich.« Weiter verhandeln will man erst, wenn die Polizei von den Straßen abgezogen ist. Gefordert wird zudem die Rückgabe der geräumten Häuser in der Pfarrstraße, Cotheniusstraße und der Mainzer Straße, eine schriftliche »Nichträumungsgarantie« für alle besetzten Häuser, die Freilassung aller Festgenommenen sowie eine Entschädigung für »alle Betroffenen des Polizeieinsatzes«. Eine entsprechende Erklärung übergaben BesetzerInnen nach eigenen Angaben am Samstag auf einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Hellersdorf dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper.

Betont wurde erneut, daß entgegen den Behauptungen Mompers auch die BesetzerInnen aus der Mainzer Straße verhandlungsbereit gewesen seien. Letztere hätten zu dem Vertragsgremium gehört, das mit Magistratsvertretern bis zum 8. Oktober über einen Rahmenvertrag für alle besetzten Häuser verhandelte. An diesem Tag wurden von seiten des Magistrats die Verhandlungen abgebrochen. Wie der Unterhändler des Magistrats, Martini, seinerzeit der taz erklärte, sei ein Vertrag mit dem Besetzerrat seitens der Ostberliner Stadtregierung »politisch nicht gewollt« gewesen.

Unterdessen scheint der Schock nach den Ereignissen in der Mainzer Straße zumindest in Prenzlauer Berg zu einer Beschleunigung des Verhandlunsgtempos beizutragen. Vertreter der dortigen Wohnungsbaugesellschaft (WIP) sicherten den BesetzerInnen am Freitag in der zweiten Sitzung des »Runden Tisches Instandbesetzung« eine »Nichträumungserklärung« zu. »Wir sind bereit«, heißt es wörtlich, »mit allen hier aufgeführten Häusern Vertragsverhandlungen zu führen, und wir dulden den Aufenthalt der BesetzerInnen in diesen Häusern.« Auf der WIP-Liste aufgeführt sind 36 Häuser, darunter solche, die bereits vertragliche Nutzungsregelungen ausgehandelt haben. Andere stünden kurz vor Vertragsabschluß, fünf weitere Häuser hätten ihre Bereitschaft »zum Abschluß von Mietverträgen und zu darauf aufbauenden Verträgen (Vorvertrag, Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag)« signalisiert.

Unklar ist noch, ob die Verhandlunsrunde bei ihrem nächsten Treffen in vier Tagen einen entscheidenden Streitpunkt wird klären können: Während die WIP mit »jeder Gruppe und jedem Verein« Einzelverhandlungen führen will, fordern die TeilnehmerInnen des »Runden Tisches Instandbesetzung« einhellig, daß zuvor die »allgemeinen Vertragsinhalte« mit bevollmächtigten VertreterInnen des Besetzerrates Prenzlauer Berg ausgehandelt werden. Außerdem wollen die BesetzerInnen bei den Vertragsverhandlungen auch das geräumte Haus in der Cotheniusstraße 5 sowie die Dunckerstraße 16 miteinbezogen wissen. Daß das letztere besetzt ist, war der WIP noch gar nicht bekannt. »Wir sitzen zur Zeit auf einem Pulverfaß«, erklärte Wolfram Kempe, Vertreter des Neuen Forums am Runden Tisch, »es muß zumindest festgeschrieben werden, daß es nicht zu Räumungen kommt, und daß die Verantwortlichen auch hier nach einer Ersatzlösung suchen.«

Andrea Böhm/Olaf Kampmann

Kommunetisch vor der Polizei gerettet

Polizei machte Wohnungseinrichtung der Mainzer Straße zu Müll / taz holte sich Redaktionstisch zurück

Berlin. Der große, knapp sechs Meter lange Tisch der Kommune 1, der der taz zehn Jahre lang als Redaktionstisch gedient hat, konnte vor der sinnlosen Zerstörungswut der Polizei gerettet werden und steht jetzt wieder in der Kantine der Zeitung. Am 26. August war er dort weggeholt worden, offensichtlich von Besetzern der Mainzer Straße.

Dort bot sich am Donnerstag früh ein trostloses Bild. Einzelne der Bewohner und Nutzer der besetzten Häuser hatten ihre Habe herausgeholt, in den meisten der bewohnten Zimmer lag allerdings noch die Matratze, herumgeworfene Bücher und Papiere auf dem Boden, Möbel, Kassettenrecorder neben den Schlafmatten. Zu einzelnen Zimmern waren die Türen offenbar aufgebrochen, Blutspuren zeugten von der Art der polizeilichen Räumung, Barrikaden in den Hausfluren, vor den Fenstern und jede Menge Gasmasken, Steine und Flaschen von den Widerstandsvorbereitungen der Besetzer. Bauarbeiter waren dabei, die Wohnungseinrichtungen aus den Fenstern zu werfen, unten schob ein Bagger alles zu »Müll« zusammen. Man sei nicht das Sozialamt, erklärte der verantwortliche Polizeimann vor Ort, wer sein Eigentum abholen wolle, der müsse sich beeilen.

Zwar etwas verdreckt, aber unbeschädigt stand in der Nummer 5 der taz-Redaktionstisch, der offenbar den Besetzern zur Beratung gedient hatte. Für die taz besorgt hatte den Tisch 1979 das Anwalts-Duo Klaus Eschen und Christian Ströbele. »Ich finde es gut, wenn ihr Euch darum bemüht. Dann gehört er natürlich Euch«, meinte Eschen. Und Ströbele, als Bundessprecher der Grünen auf ordentlicher Distanz zu einer unabhängigen Zeitung: »Der Tisch ist besser bei Euch aufgehoben, als wenn er irgendwo im Regen stehen würde.«

Und so konnten die taz-MitarbeiterInnen gestern wieder am großen Tisch beraten und streiten. [Eine wahrhaft rührende Geschichte! d. säzza] **K.W.**

Ein unfriedlicher Dialogversuch

Berlin (taz) — So voll war es in den letzten anderthalb Jahren schon öfter in der Gethsemane-Kirche im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg, aber noch nie so laut und aggressiv. Darüber, wie in Zukunft mit Hausbesetzungen in Ostberlin umgegangen werden soll, wollte man am Freitag abend auf Einladung der taz reden, und darüber, wie die zerstörte Gesprächsbereitschaft zwischen BesetzerInnen und den politischen Verantwortlichen wiederherzustellen wäre.

Doch stattdessen flogen die Fetzen — wenn auch nur verbal. Die aufs Podium geladenen Besetzer aus der Mainzer Straße beließen es beim Verlesen einer Erklärung, in der sie die Rückgabe der geräumten Häuser forderten, und zogen dann ab. Der eigentliche Initiator der Räumungsaktion, Westberlins Innensenator Erich Pätzold (SPD), schlug die Einladung aus und überließ es seinem Ostberliner Kollegen, Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD), sich der aufgestauten Wut von BesetzerInnen, AnwohnerInnen und VermittlerInnen zu stellen.

Zu einer Diskussion oder gar einem Dialog kam es nicht. Stattdessen attacktierte man aus dem Publikum heraus vehement die Vertreter der SPD auf dem Podium — neben Krüger auch Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Thierse, der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu und der Ostberliner Polizeibeauftragte Ibrahim Böhme. Vor allem Krüger mußte sich immer wieder vorwerfen lassen, untätig geblieben zu sein, und konnte oder wollte nicht sagen, was jeder im Raum wußte: daß der gesamte Ostberliner Magistrat bei diesem Polizeieinsatz überhaupt nichts zu sagen hatte.

Als schließlich Krüger aus dem Publikum mit einer dummen Bemerkung mit Ex-Stasi-Chef Mielke in Verbindung gebracht wurde, zogen — bis auf ihn — die SPD-Vertreter aus der Kirche aus. Vor dem Portal bildeten sich kleine Grüppchen, die hitzig weiterdebattierten. Dort wagten dann HausbesetzerInnen, ihr Unwohlsein über die Militanz *auch* auf Seiten der HäuserkämpferInnen zu äußern. Da empörte sich auch Helios Mendiburu, SPD-Bezirksbürgermeister in Friedrichshain, der während der Räumung vergeblich versucht hatte, zu vermitteln, über die Selbstdarstellung der BesetzerInnen. „Die sollen doch nicht so tun, als hätten sie alle nur Gänseblümchen gepflückt." In der Kirche dagegen hatte sich nur eine, die AL-Abgeordnete Lena Schraut, getraut, die rosige Präsentation vom Zusammenleben in der Mainzer Straße in Frage zu stellen.

Andrea Böhm

TAZ 19.11.

„In der Mainzer Straße ging es darum, Polizisten zu töten“

Gezielt auf Beamte geschossen / Wohnungsnot bestritten / Innensenator zieht Bilanz

ANDREAS MIDDEL, **Berlin**

Bei den schweren Krawallen im Zusammenhang mit der Räumung der besetzten Häuser in der Ostberliner Mainzer Straße ist die Polizei mit Pistolen beschossen worden. Dies erklärte am Samstag ein Einsatzleiter der Polizei in Berlin. Mit welcher Munition dabei „gezielt“ auf Beamte geschossen worden sei, könne er nicht sagen, wahrscheinlich habe es sich um Signalmunition gehandelt. Trotz der „menschenverachtenden Gewalt“ von Seiten der Randalierer lehnt es die Berliner Polizeiführung ab, gegen sie Gummigeschosse einzusetzen. „Wenn mit Gummiwuchtmunition geschossen wird, dann wird übermorgen scharf geschossen“, warnte ein leitender Beamter des Spezialeinsatzkommandos (SEK), das an der Räumung wesentlich beteiligt war.

Die Erklärung der Beamten untermauert die Bilanz von Innensenator Erich Pätzold (SPD), der einer bestimmten Gruppe der Besetzer vorwarf, „brutale Gewalt anzuwenden und den Tod von Menschen bewußt in Kauf“ zunehmen. Wer den Polizeieinsatz kritisiere, „setzt am falschen Punkt an, verwechselt Ursache und Wirkung“, erklärte Pätzold. Die von ihm angeordnete Räumung der 15 Häuser sei „rechtlich geboten“ gewesen, da Vermittlungsmöglichkeiten angesichts der „brutalen und jederzeit neu drohenden Gewaltausbrüche“ nicht mehr bestanden hätten.

Die Bilanz des 14. Novembers aus der Sicht des Innensenators: Insgesamt wurden 347 Personen (darunter 103 Frauen) festgenommen. Allein 220 stammten aus Westberlin, 58 aus dem Ostteil der Stadt. Nur 13 der Festgenommenen hätten keinen festen Wohnsitz, erklärte Pätzold. „Wenn behauptet wird, die Häuser in der Mainzer Straße seien aus Wohnungsnot besetzt worden, trifft das wohl kaum zu.“

Ein Beamter des SEK: In der Mainzer Straße ging es „nicht um Verteidigung des Wohnraums, sondern darum, Polizisten zu töten.“ Belege dazu lieferten Ausschnitte eines Polizeifilms. Mit zentnerschweren Steinen, teilweise aus Kaminen herausgebrochen, mit Dachziegeln, Pflastersteinen und Toilettenbecken wurden Beamten und Fahrzeuge bombardiert. Hunderte von Molotow-Cocktails prasselten von Balkonen und Dächern auf die Straße. In den Häusern wurden später Pflastersteine, Molotow-Cocktails und Stahlkugeln sichergestellt.

Über 99 Demonstranten hätten der Polizei schon vor dem 14. November „Erkenntnisse“ vorgelegen, 77 Festgenommene sind der Polizei als „reisende Täter“ bekannt, meinte Pätzold. Pätzold und die Polizeileitung gaben zu, daß die Aktivisten und Anführer trotz der vielen Verhaftungen wohl nicht festgesetzt werden konnten. Insgesamt sind 278 Beamte verletzt worden. Von den 25 Polizisten, die wegen ihrer zum Teil schweren Verletzungen den Dienst abbrechen mußten, liegen noch drei im Krankenhaus.

Berlins Regierender Bürgermeister Momper strebt nun eine absolute Mehrheit der SPD an. Über die Alternativen sagte er der „taz“, sie hätten sich „mit Gewalttätern schlimmster Sorte“ solidarisiert.

(...)

GERHARD BOEDEN
Bundesamt für Verfassungsschutz, Präsident, im Interview über Stasi-Auflösung

BKA-Chef für Räumung der Hafenstraße

DW. **Berlin/München**

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, hat sich für die Räumung der besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße ausgesprochen. In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ vertritt Zachert die Auffassung, daß die Hafenstraße eine „terroristische Gefahr“ berge. Außerdem würde von einer Räumung der besetzten Häuser „ein Signal an die Szene ausgehen“. Gleichzeitig äußerte der BKA-Chef die Befürchtung, daß vor der Bundestagswahl am 2. Dezember mit Anschlägen der Terrororganisation Rote-Armee-Fraktion gerechnet werden müsse.

Nach den umstrittenen Räumaktionen im Ostteil Berlins haben sich die Fronten zwischen Senat und Hausbesetzern verhärtet. Während Innensenator Erich Pätzold (SPD) Belege für die Gewaltbereitschaft von Besetzern in der Mainzer Straße vorlegte, demonstrierten in der Berliner Innenstadt erneut mehrere tausend Hausbesetzer und Sympathisanten gegen die Räumungen.

Seite 4: **Mainzer Straße**

Die jüngsten Krawalle in Berlin-Friedrichshain seien die „gewalttätigsten“, die man bisher erlebt habe. „Wir hatten das in der Kiefernstraße, in der Hafenstraße, es ist hier auch nicht anders. Es gibt in solchen rechtsfreien Räumen immer unterschiedliche Gruppierungen. Auch in der Hafenstraße gab es Leute, die nicht mit Gewalt etwas verändern wollten. Doch dann kam der andere gewaltbereite Teil hinzu, und die haben die Macht an sich gerissen.“ So wie es jetzt aussehe, stamme der überwiegende Teil der Festgenommenen aus dem Westen: auch aus Kreuzberg und der Hafenstraße über die sogenannten Infoläden zusammengetrommelte Autonome.

Welche Erkenntnisse über die RAF konnte der Verfassungsschutz durch die zehn Festnahmen in der damaligen DDR gewinnen? „Ich hatte immer gesagt, daß es auch bei diesen kleinen Gruppen von 20 bis 25 Mann immer wieder Leute gibt, die diesen Zustand nicht ertragen. Und die dadurch zur Belastung werden“, erklärt Boeden. „Das hat sich bewahrheitet. Darauf hatte ich auch mein Aussteigerprogramm gegründet, was in der Öffentlichkeit schwer mißverstanden worden ist, genauso wie die Überlegungen zum Hungerstreik.“

Hat das MfS bei Terrorakten der RAF die Hände im Spiel gehabt? „Von den Aktiven der RAF hat man dort gewußt, wann sie dort durchreisten, und darauf geachtet, daß sie auch wieder ausreisten.“ Auch viele Palästinenser seien über Schönefeld in die Bundesrepublik gelangt.

Bei der heutigen RAF, so warnt Boeden, herrsche „Wut, nicht nur über die deutsche Vereinigung, sondern auch über den allgemeinen Niedergang des Kommunismus. Da steckt eine Menge Dampf drin, und es gibt für mich keinen Zweifel, daß der sich irgendwann artikulieren wird.“

Und warum gelangt der Verfassungsschutz nicht in die Zirkel der heutigen RAF? „Wir müssen uns dort plazieren“, erklärt Boeden. „Das habe ich schon 1977 gesagt.“ Doch V-Leute dürfen keine Straftaten begehen, das sagt natürlich auch der Verfassungsschutz. Boeden: „Aber Mutproben müssen sie schon machen.“ Doch schon allein der Tatbestand der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung sei strafbar: „In bestimmten Kreisen unterscheidet man nicht zwischen objektivem und subjektivem Tatbestand. Auf der anderen Seite beschwert man sich, wenn wir keine Erfolge haben. Tja, wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß.“

> ***„Auch in der Hafenstraße gab es Leute, die nicht mit Gewalt etwas verändern wollten. Doch dann kam der andere, gewaltbereite Teil, und die haben die Macht an sich gerissen.“***

Das Verhalten der RAF habe sich auch deutlich verändert. „Die Terroristen legen heute keinen Wert mehr darauf, ein Zeichen zu hinterlassen wie Christian Klar mit seinem Fingerabdruck im Fall Schleyer“, erklärt Boeden. Sie seien vorsichtiger geworden. „Das ist das große Problem, wir können nicht mehr personalisieren. Deswegen war ich auch für die Kronzeugenregelung.“ Bei dem Hungerstreik der inhaftierten RAF-Mitglieder habe der Verfassungsschutz sehr gute „Einblicke“ gehabt, sagt Boeden. „Wir wußten, daß sie mit Teilergebnissen zufrieden gewesen wären.“ Die RAF, so erklärt er, rekrutiert sich zu über 90 Prozent durch ständige Häftlingsbesuche: „Dabei haben wir festgestellt, daß es im Prinzip keine Zusammenarbeit zwischen Autonomen, Revolutionären Zellen und der RAF gab, die RAF war denen zu elitär. Aber in der Häftlingsfrage halten sie Verbindung und waren sich einig.“

Diese Frage wollte Boeden lösen. Ein entsprechendes Papier des Bundesamtes wurde jedoch an die Presse gegeben. „Und bevor ich das mit der Justiz besprechen konnte, hat die Justiz das in einem Magazin gelesen. Da war der Teufel los. Man hat überhaupt nicht inhaltlich diskutiert.“ Die Häftlingsszene ist heute stabilisiert. Wer den Hungerstreik abgebrochen und gehofft hatte, dann bewege sich was, und das geschah nicht, war enttäuscht, und RAF-Hardliner wie Pohl gewannen wieder die Oberhand.“

Von der heutigen Terrorgruppe gibt Boeden bekannt: Sie sei wie bisher etwa 15 Mann stark, aber weniger auf Führungsfiguren fixiert wie früher, sondern mehr als Kollektiv organisiert. Bei der internationalen Zusammenarbeit habe die RAF ein Problem nicht lösen können. Es habe zwar Kontakte auch zur IRA, Eta und zu Palästinensern gegeben, aber „die haben nie recht verstanden, wofür die Deutschen eigentlich kämpfen.“

In der rechten Szene gebe es konspirative Strukturen bisher nur als Versuch. Es sei den Rechtsextremisten nie gelungen, zu einer größeren, einheitlichen Struktur zu kommen. „Es ist relativ leicht, was sich in rechtsextremistischen Zirkeln bewegt zu erfahren“, sagt Boeden. Eine Wehrsportgruppe wie die von Hoffmann sei „zur Zeit“ nicht zu sehen.

Die Welt 19.11.

10 000 demonstrierten gegen Räumung

Keine gewaltsamen Ausschreitungen / Erneut massives Polizeiaufgebot in Berlin

Berlin. BZ — A. Reich, S. Ruwoldt

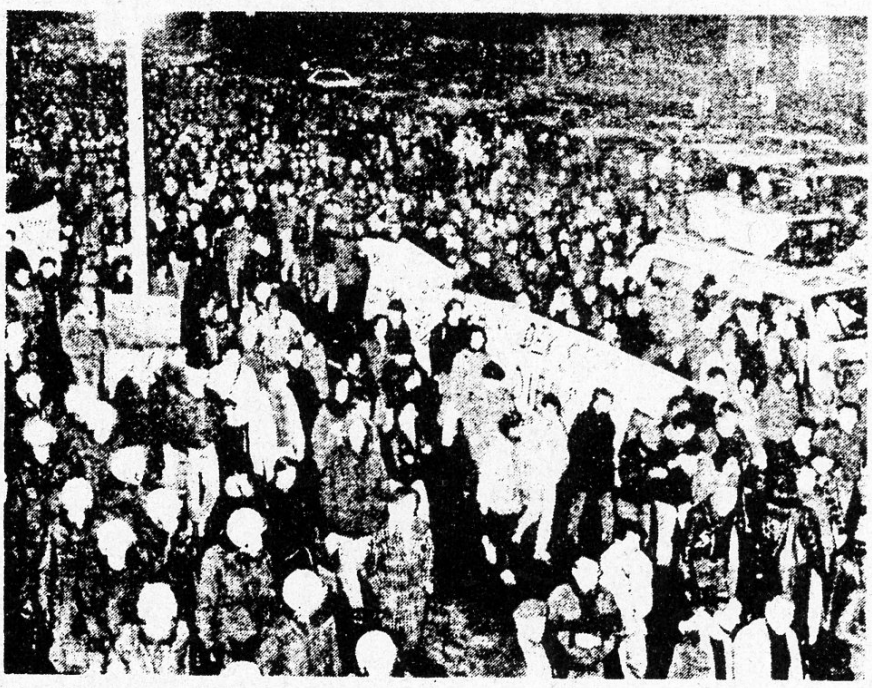
Gegen die Häuserräumungen der Polizei und gegen Wohnungsnotstand demonstrierten gestern nachmittag etwa 10 000 Menschen. Damit wollten sie auf die 20 000 leerstehenden Wohnungen im Ostteil der Stadt aufmerksam machen und ihre Forderungen nach der Rückgabe der geräumten Häuser zum Ausdruck bringen.

Außerdem verlangten sie, daß die Polizei sich von der Mainzer Straße zurückziehen solle. Innensenator Erich Pätzold hatte am Sonnabend auf einer Pressekonferenz versichert, von weiteren Räumungen werde vorerst abgesehen. Das Polizeiaufgebot könne er aber erst zurücknehmen, wenn wieder Ruhe eingekehrt sei.

Zu gewalttätigen Ausschreitungen kam es bei der gestrigen Demonstration nicht. Die Polizei hatte mit einem massiven Aufgebot die Route vom Breitscheidplatz bis zum Alexanderplatz abgesichert. Rund 50 Einsatzwagen waren allein um den Breitscheidplatz präsent. Zu Beginn der Demo wurden einzelne Personen festgenommen und Ausweiskontrollen durchgeführt.

Aus Sicherheitsgründen war das Ostberliner Stadtzentrum gesperrt und die geplante Kundgebung vor dem Roten Rathaus nicht genehmigt worden. Einzelne U-Bahnhöfe wurden geschlossen. Hunderte Polizisten mit Schildern, Helmen und Schlagstöcken versperrten den Hausbesetzern und Sympathisanten den Zugang. Diese sammelten sich vor dem Palast der Republik und verkündeten lautstark: „Haut ab!", „BRD-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt." Auf Transparenten war zu lesen: „Verträge und Recht statt Räumung und Gewalt!" sowie „Räumt den Senat statt Häuser!"

Im Ergebnis der Polizeiaktionen der letzten Woche in der Mainzer Straße, von denen, wie der Innensenator am Wochenende nochmals versicherte, Walter Momper nichts gewußt hätte, kündigten die drei AL-Senatorinnen für heute ihren Rücktritt an. *(Siehe Seite 16)*



Der Demonstrationszug Unter den Linden. *Foto: BZ-Olm*

Schuld haben nur die anderen

Senat, Polizei und Hausbesetzer reden derzeit aneinander vorbei

Es blieb ruhig am Wochenende in der Mainzer Straße. Polizeieinheiten riegelten die Zugänge ab. Anwohner mußten sich ausweisen, bevor die Absperrgitter geöffnet wurden. Vor dem benachbarten Friedhofseingang – selbst der war abgesperrt – diskutierten frösteInde Polizisten mit erregten Bürgern und Hausbesetzern. Der einzige Dialog zwischen den verhärteten Fronten.

Ansonsten nutzten Senat und Hausbesetzer das Wochenende gleichermaßen, um jeweils dem anderen die Schuld für die Gewalttätigkeiten in der Mainzer Straße zuzuschieben.

Zunächst lud Innensenator Erich Pätzold zur Pressekonferenz, um nochmals zu bekräftigen, eine Räumung in der Mainzer sei eigentlich nie geplant gewesen. Erst nach dem Andauern schwerer Straftaten habe man die Verbände in die Mainzer gerufen.

Von der Polizei ausgehende „Prügelorgien" habe es nicht gegeben, meinte der Innensenator und veranschaulichte dies mit einem 20minütigen Videofilm. Gewalt sei vielmehr von den Besetzern ausgegangen. Auch hier hatte er das nötige Anschauungsmaterial mitgebracht: Gas- und Leuchtmunitionspistolen, Schlagstöcke, Baseballschläger, Zwillen, Knallkörper und eine Gasmaske. Die „Mollies" fehlten. Man hatte sie gleich auf Lastwagen zum Sprengplatz gefahren. „Wegen der Explosionsgefahr."

„Es ging darum, einzelne Beamte zu töten", sagte der Einsatzleiter des Spezialeinsatzkommandos (SEK). Solche Brutalität habe er in seiner 18jährigen Laufbahn noch nicht erlebt.

Die Hausbesetzer sehen das alles etwas anders. Auf ihrer Pressekonferenz im Info-Café Kreutziger Straße behaupteten sie sogar, die westdeutsche Polizei sei bereits am Wochenende vor dem Einsatz in Alarmbereitschaft gesetzt worden. Der massive Polizeieinsatz war deshalb, so die Besetzer, keine Reaktion sondern eine gezielte Provokation. Man war gezwungen, „Abwehrmaßnahmen zu ergreifen". Sie berichteten von Leuten, die nach ihrer Verhaftung zusammengeschlagen worden seien. Von Festgenommenen, denen man das Recht auf einen Anwalt und Nahrung verweigert habe.

Die Äußerung des Innensenators, die Besetzer hätten monatelang keinerlei akzeptable Verhandlungsbereitschaft gezeigt, bezeichneten sie als „glatte Lüge". „Wir waren und sind immer an Verhandlungen und einer friedlichen Lösung interessiert." Ihre Bedingung, um nun ins Gespräch zu kommen: der Abzug der Polizei. „Unter akutem Räumungsdruck können wir nicht verhandeln." Weiterhin fordern sie die Freilassung aller Festgenommenen, die Einstellung der Strafverfahren, Entschädigung für alle Betroffenen, „für ihre physischen, psychischen und materiellen Schäden". Außerdem wollen sie „ihre" Häuser wiederhaben.

Dieser Wunsch wird wohl Illusion bleiben. Innensenator Pätzold: „Die geräumten Häuser werden so schnell wie möglich saniert und vermietet." Bauunternehmen seien bereits beauftragt. Bezirksbaustadtrat Hannemann, mit Vertretern der Wohnungsbaugesellschaft mbH Friedrichshain zur Pressekonferenz ins Info-Café geladen, wußte davon allerdings nichts.

Die Hausbesetzer wollen indes nicht untätig bleiben und haben für morgen ein Gespräch mit Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu vereinbart. Ansonsten gibt man sich geschlossen und unnachgiebig: „Gemeinsam sind wir stark. Der Kampf geht weiter", verkündet eine Sprecherin unter lautem Applaus. Wie? „Kein Kommentar."

Anja Reich
Johann von der Borch

Berliner Zeitung
MO 19.11.

Märkische Allgemeine
19.11.

6000 gegen Räumungen

Berlin (dpa). Rund 6000 Menschen haben gestern in Berlin erneut gegen Räumung besetzter Häuser und Wohnungsnot demonstriert. Starke Polizeikräfte hatten die Innenstadt um den Alexanderplatz weiträumig abgeriegelt und Spreebrücken abgesperrt. Angesichts des massiven Aufgebots zerstreuten sich die Demonstranten. Die Polizei hatte die Schlußkundgebung am Alexanderplatz mit Hinweis auf den Weihnachtsmarkt verboten. Während der Demo vom Ku'damm zum Marx-Engels-Platz kam es nur zu kleinen Zwischenfällen. In der Friedrichstraße seien Fenster einer Bank zertrümmert worden.

Pätzold weist Kritik zurück

Berlin (ADN). Von den 347 am Mittwoch in der Mainzer Straße festgenommenen Hausbesetzern waren 220 West-Berliner und nur 58 aus dem Ostteil der Stadt. Weitere 51 kamen aus anderen Bundesländern, fünf aus dem Ausland. Lediglich 13 hatten keinen festen Wohnsitz. Diese Zahlen nannte Berlins Innensenator Pätzold (SPD). 253 Polizisten wurden bei dem Einsatz verletzt. Pätzold wies die Kritik an dem Polizeieinsatz energisch zurück. Vorwürfe, u.a. von Teilen der Alternativen, seien angesichts „der Gewaltausbrüche der Besetzer" unberechtigt. **(Siehe auch S. 5)**

Polizeibeauftragter Böhme spricht von „Wortbruch"

An Ost-Berlin vorbei entschieden

Berlin. Deutliche Kritik am polizeilichen Vorgehen in der vergangenen gegen Hausbesetzer im Ostteil Berlins haben zwei prominente SPD-Mitglieder geäußert. Die Räumung der Mainzer Straße im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain sei „Wortbruch" gewesen, erklärte am Freitag abend der frühere Vorsitzende der Ost-SPD und Polizeibeauftragte des Ost-Berliner Magistrats, Ibrahim Böhme. Bei einer Veranstaltung in der Ost-Berliner Gethsemanekirche verwies Böhme darauf, daß der Magistrat den Hausbesetzern zugesichert habe, daß die vor dem 24. Juli besetzten Häuser nicht geräumt werden.

Jene Politiker, die „wie Okkupanten" eigenmächtig den Polizeieinsatz im ehemaligen Ostteil der Stadt angeordnet hätten, müßten zur Rechenschaft gezogen werden, forderte der Polizeibeauftragte, der zu den Gründern der Ost-SPD wie auch der Initiative Frieden und Menschenrechte in der ehemaligen DDR gehört. Wie Böhme kritisierten auch andere Teilnehmer der Veranstaltung, daß die Entscheidung des Polizeieinsatzes an den politisch Verantwortlichen in Ost-Berlin vorbei getroffen worden sei.

Betroffen über die Polizeieinsätze äußerte sich auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse. Er forderte eine „faire Untersuchung der Ereignisse". Die Probleme dürften allerdings nicht der Polizei angelastet werden, sondern müßten „politisch und sozial" gelöst werden, erklärte Thierse bei der Podiumsdiskussion in der Gethsemanekirche.

Die unterschiedlichen Standpunkte zwischen der ehemals ostdeutschen und westdeutschen SPD, sagte die Berliner Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, sollten offen dargelegt und diskutiert werden. Deutlich werden müsse, daß die SPD im Osten nicht hinter der im Westen getroffenen Entscheidung stehe.

Aufräumungsarbeiten in der Mainzer Straße in Berlin. Zur vorübergehenden Sicherung werden die Eingänge der ehemals besetzten Häuser teilweise zugemauert.
Foto: dpa/Peter Hammer

Berliner Synode: Auch Protest gegen Wohnungsnot

Berlin. Die Synode der West-Berliner evangelischen Kirche hat sich zum Abschluß ihrer Herbsttagung am Samstag mit der unzulänglichen Wohnraumversorgung in Berlin und mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Räumungen befaßt. In einem Beschluß betonte die Synode, sie begreife die Hausbesetzungen auch als Protest gegen die Wohnungsnot in Berlin. Sie sehe in Hausbesetzungen jedoch kein geeignetes Mittel, Wohnungsprobleme zu lösen.

Zu den Auseinandersetzungen selbst erklärte die Synode, sie sei tief besorgt über die dabei erlebten „Bürgerkriegsszenarien". Die am Konflikt Beteiligten ermahnte die Synode, „geduldig gewaltlose Wege der Schlichtung und Regelung zu suchen, insbesondere aber die Unverletzlichkeit und Würde der Person zu wahren".

Forck: Nicht alle Chancen genutzt

Köln. Bestürzt hat sich der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, über die Eskalation der Gewalt bei den jüngsten Häuserräumungen im Ostberliner Stadtbezirk Friedrichshain geäußert. Gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeige" meinte Forck, daß nicht alle Chancen für eine friedliche Lösung genutzt worden seien. Die Behörden hätten auch von seinem Angebot, als Vermittler tätig zu sein, keinen Gebrauch gemacht. Der Bischof bemängelte außerdem die Zusammensetzung der polizeilichen Einsatzkräfte. Fast ausschließlich wären Polizisten aus West-Berlin und Westdeutschland zum Einsatz gekommen, während „unsere Leute fast total ausgeblendet waren".

Modrow: Gewaltfreie Lösung wäre möglich gewesen

Berlin. Durch „zielstrebiges, geduldiges Bemühen um Dialog mit den Hausbesetzern" wären nach Auffassung von Hans Modrow (PDS) die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Berliner Mainzer Straße vermieden worden." Modrow verwies auf die Erstürmung der Stasi-Zentrale im Januar, wo er zusammen mit Pfarrer Rainer Eppelmann, Ibrahim Böhme und Konrad Weiß hingefahren sei. Damals habe man gesprochen und nicht Hundertschaften von Polizei eingesetzt.

Wie er in einem Beitrag für das „Neue Deutschland" in der Sonnabendausgabe schreibt, scheine ihm, daß gute politische Erfahrungen aus der ehemaligen DDR, zu denen er Dialog, Toleranz, Vertrauen und Verantwortung zähle, heute nicht mehr gelten sollen.

Vertretern von im vorigen Jahr an der Regierung beteiligten Parteien warf Modrow vor, den damals erzielten breiten Konsens nicht mehr wahrhaben zu wollen. Vor allem paßt ihnen und ihren Bonner Altparteien nicht mehr das breite Demokratieverständnis, zu dem wir uns bekannt hatten, so Modrow.

(ADN/epd/MAZ)

ND 19.11.

Protestdemonstration gegen Polizeigewalt und Wohnungsnotstand

Rückgabe geräumter Häuser gefordert

ND 19.

Berlin (ADN). Gegen den Wohnungsnotstand in der Stadt und das brutale Vorgehen der Polizei gegen Hausbesetzer demonstrierten am Sonntag in Berlin mehr als 7000 Jugendliche. Während des friedlichen Marsches, der am Nachmittag vom Breitscheidplatz im Westteil Berlins zum Lustgarten führte, forderten sie die Rückgabe geräumter Häuser in Prenzlauer Berg und Lichtenberg und verurteilten die Erstürmung der Mainzer Straße in Friedrichshain durch die Polizei. Angesichts von mehr als 20 000 leerstehenden Wohnungen im Ostteil der Stadt, seien Hausbesetzungen zu rechtfertigen, so die Teilnehmer.

Auf Transparenten war zu lesen „Verträge und Recht statt Räumung und Gewalt", „Momper und Pätzold – Bluthunde der Deutschen Bank – Stoppt den Polizeiterror" und „Räumt den Senat statt Häuser". Außerdem trugen die jungen Leute rote Fahnen und auf Plakaten spartakistische Losungen wie „Für Arbeiterwiderstand – Gegen das Vierte Reich" mit sich. In dem Zug befanden sich auch einige Vermummte.

Zugleich bezeichneten die Demonstranten das Auftreten von Einsatzkräften aus den West-Bundesländern in Berlin als Konsequenz einer militärischen Lösung des Hausbesetzungsproblems, für die sich der Senat entschieden habe. Außerdem wurde die Befürchtung geäußert, die Gebäude in der „Mainzer" könnten am Montag gesprengt werden.

Schon lange vor Beginn der Aktion war Polizei mit etwa 50 Mannschaftswagen rund um den Breitscheidplatz präsent. Nach Personenkontrollen wurden einzelne Personen abgeführt. Hunderte Polizisten mit Schildern, Helmen und Schlagstöcken begleiteten die Marschierer. Immer wieder wurden sie von den Massen aufgefordert: „Haut ab!"

Eskalation war vorbereitet / PolitikerInnen verurteilen Gewalt

Hausbesetzer: Wir wollten verhandeln

Berlin (ADN/ND). „Die Aussage, die Besetzer der Mainzer Straße seien nicht verhandlungsbereit gewesen, ist eine glatte Lüge", sagten **Besetzervertreter** am Sonnabend in Berlin-Friedrichshain vor die Presse. Seit Ende Juni habe ein Vertragsgremium auch für die Mainzer Straße versucht, Rahmenverträge auszuhandeln. Der Magistrat habe am 8. Oktober die Gespräche abgebrochen. Ein daraufhin von Besetzern vorgelegter Vorvertrag wurde nicht akzeptiert. Der Magistrat war an keiner Lösung des Problems interessiert und die Kriminalisierung der Mainzer Straße von langer Hand vorbereitet, so die Besetzer. Eskalation sei bewußt provoziert worden.

In einem auf einer Kiezversammlung verabschiedeten offenen Brief der **Bürgerversammlung** Schreinerstraße 18 fordern BesetzerInnen und BürgerInnen unter anderem Rückgabe der besetzten Häuser, die nicht kurzfristig rekonstruiert werden, Maßnahmen oder Mittel zur Winterfestmachung, Entschädigung aller Betroffenen. Zur politischen Lösung der Probleme wird die Einberufung eines Runden Tisches unter Leitung von Bischof Forck vorgeschlagen.

Daß nicht alle Chancen für eine friedliche Lösung genutzt worden seien, äußerte auch **Gottfried Forck** gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger". Die Behörden hätten von seinem Angebot, als Vermittler tätig zu sein, keinen Gebrauch gemacht. Forck widersprach außerdem der Ansicht des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper, soziale Motive würden für die Hausbesetzer keine Rolle spielen. Vielmehr müßten die Besetzungen auch im Zusammenhang mit der steigenden Wohnungsnot in Gesamtberlin gesehen werden.

Der Landesvorstand der **Berliner Jusos** verurteilte die SPD-Entscheidung zur erzwungenen Räumung der besetzten Häuser und forderte den Rücktritt des Innensenators Pätzold. Auch hinsichtlich der Person Momper sei über personelle Konsequenzen nachzudenken. Es sei bezeichnend, daß der Senat wie üblich ohne jede Konsultation des Koalitionspartners AL vorgegangen ist. Der Bruch der rot-grünen Koalition sei Endpunkt einer Strategie, um die Weichen für eine große Koalition zu stellen.

Die unterschiedlichen Standpunkte der ehemals ostdeutschen und westdeutschen SPD in Sachen Zwangsräumung sollten offen dargelegt und diskutiert werden, sagte **Bärbel Bohley.** Deutlich werden müsse, daß die SPD im Osten nicht hinter der im Westen getroffenen Entscheidung stehe.

Das Räumungsbegehren kam erst, als die Polizeiaktion schon lief

Beschluß des Runden Tisches „plattgemacht"

Von GERD PROKOT

Die Gethsemane-Kirche, unweit der Schönhauser Allee war vor einem Jahr Zufluchtstätte Verfolgter und Bedrängter. Ungezählte Menschen fanden hier in den Tagen zwischen dem 6. und 10. Oktober 89 Zuspruch und Kraft zum Widerstand gegen Staatswillkür. Unter dem Dach der Kirche übte sich die Toleranz, die später unter dem Motto „Keine Gewalt!" zur Losung der Straße wurde. Von der Toleranz von einst war auf der Podiumsdiskussion am Freitagabend, zu der die „Tageszeitung" Hausbesetzer, Sympathisanten und Politiker in die Gethsemane-Kirche eingeladen hatte, kaum noch etwas zu spüren. Das Thema - die Polizeiaktion gegen die Hausbesetzer in der Mainzer Straße - ließ die Emotionen hochschlagen. Anliegen der Veranstalter war es, „ins Gespräch zu kommen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen", wie es Pfarrer Albany formulierte. Ersteres gelang bestenfalls ansatzweise, letzteres schlug völlig fehl. Dennoch vermittelte die Debatte interessante Aufschlüsse über den politischen Hintergrund der Notstandsübung im Ostteil der Stadt und das Demokratieverständnis der staatstragenden Parteien.

Erstens. Entmündigung von Runder Tisch und Parlament: Die Polizeiaktion im Stadtbezirk Friedrichshain erfolgte ohne Wissen und ohne Billigung durch die Stadtverordneten. Mehr noch: Während sich Beauftragte seit Wochen mit wechselndem Erfolg um eine politische Lösung bemühten, wurden sie durch Momper, Pätzold und Co. praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt. „Wir sind völlig überrannt worden", beklagte sich eine Abgeordnete. Bärbel Bohley vom Neuen Forum erinnerte daran, daß der Runde Tisch auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter beschlossen habe, daß die Besetzer leerstehende Häuser zum Wohnen und Instandsetzen bekommen sollten. Im übrigen habe es auch schon in der alten DDR Hausbesetzungen gegeben, die vom Staat mehr oder weniger toleriert wurden. Das Neue sei, daß im Zuge der Wiedervereinigung „auf die Hausbesetzer die Hausbesitzer zukommen".

Zweitens. Die neuen Besitzer rücken schon an: Noch am Montagabend hatte der SPD-Bezirksbürgermeister von Friedrichshain gegenüber den Besetzern in der Mainzer Straße versichert, es werde keine Räumung geben. Zu der Zeit lag auch kein Räumungsbegehren vor, alle Optionen auf eine einvernehmliche Regelung waren offen. Stunden später fiel im Schöneberger Rathaus die Entscheidung, Polizei aus West- und Norddeutschland anzufordern und mit Gewalt vorzugehen. Um der Aktion den Anschein von Legalität zu verleihen, wurde erst d a n a c h ein Räumungsbegehren der Wohnungsbaugesellschaft angefordert. Es war nur noch eine Formalität, denn Investoren hatten schon ihr Interesse an der beräumten Mainzer Straße erkennen lassen. Dazu soll auch eine Installationsfirma aus dem Berliner Norden gehören, der man zugesichert habe, daß sie „ab Donnerstag Baufreiheit hat".

Drittens. Die Berliner Linie wird in Bonn gemacht: Die Räumungsaktion steht im Zusammenhang mit dem Bestreben des Senats, Berlin als eine politisch ruhiggestellte Hauptstadt zu präsentieren. Da Hausbesetzungen das Bild stören, sollen die Besetzer auseinanderdividiert werden. Mit den Gutwilligen ist man bereit zu verhandeln, die Aufsässigen bekommen den Polizeiknüppel zu spüren. Bei der Durchsetzung der „Berliner Linie" funktioniert die Verständigung zwischen Bonn und dem Senat perfekt - Anruf genügt. Aus Furcht, daß im Zuge der Einsparungen die Berlin-Hilfe reduziert werden könnte, setzte der Senat die Rollkommandos in Aktion. „Westberlin nimmt sich Ostberlin als Kolonie, so wie sich Westdeutschland die DDR genommen hat", brachte es eine Forum- Teilnehmerin auf den Punkt.

Viertens. Die Schamschwelle der SPD: Es verdient Respekt, daß sich Vertreter der SPD aus dem Ostteil überhaupt der Diskussion stellten. Daß sie sich nicht gerade wohl fühlten, merkte man ihnen an, denn es waren ja ihre Parteifreunde, die die politische Verantwortung für den Polizeieinsatz tragen. Ibrahim Böhme, Polizeibeauftragter des Magistrats, beklagte denn auch den Wortbruch von Politikern, die sich wie Okkupanten aufgeführt hätten, ohne allerdings Namen zu nennen. Der stellvertretende SPD- Vorsitzende Thierse ersparte sich Rechtfertigungsversuche und plädierte für eine „faire Untersuchung". Innenstadtrat Krüger flüchtete sich auf konkrete Fragen in Allgemeinplätze. Nicht nur Bärbel Bohley wollte wissen, warum sich Thierse und Böhme nicht in aller Öffentlichkeit von dem Vorgehen des Senats distanzieren. Die Antwort kann man nur erraten. Denn provoziert durch eine Zwischenfrage („Herr Krüger, lieben Sie uns auch alle?") verließ die SPD-Prominenz demonstrativ das Podium. „Der Weggang", meinte einer der Jugendlichen, „sagt mehr als alle Worte".

Muß die »Berliner Linie« modifiziert werden?

taz-Forum »Hausbesetzung — was nun?« vom Wochenende mit rund 400 Leuten in der Gethsemanekirche schlägt weiter Wellen / Gespräch mit Wolfgang Thierse (SPD-Bundesvorstand), der das Diskussionspodium unter Protest verlassen hatte

Prenzlauer Berg. *Nicht wie an einem »Runden Tisch«, sondern wie auf einem »Tribunal« seien sie sich vorgekommen, begründeten die SPD-Politiker Wolfgang Thierse und Helios Mendiburu in einer gemeinsamen Erklärung ihren Auszug am Freitag abend aus der Gethsemanekirche. Die taz sprach mit dem SPD-Bundesvorständler Wolfgang Thierse.*

taz: ***Sie haben zusammen mit Bezirksbürgermeister Mendiburu und dem Polizeibeauftragten Böhme das taz-Forum unter Protest verlassen, nachdem ein Zuhörer Innenstadtrat Krüger mit einem Zwischenruf in die Nähe von Erich Mielke gerückt hatte. Die Geschmacklosigkeit von Zwischenrufen bei öffentlichen Diskussionen ist die eine Sache. Müssen Sie als Politiker so etwas nicht wegstecken können?***

Thierse: Vielleicht liegt es daran, daß ich immer noch nicht die Elefantenhaut eines Profipolitikers habe und daß es mich besonders trifft, wenn da jemand unter frenetischem Beifall der Anwesenden einen Vergleich zwischen Krüger und dem größten Stasi-Verbrecher anstellt. Aber der ganze Ablauf dieser Veranstaltung war nicht der Versuch, zu einem Gespräch zu kommen, sondern unter Führung von Bärbel Bohley ein Tribunal zu veranstalten. Mir ist diese Art von Parteilichkeit unerträglich, die nur die Gewalt auf der einen Seite sieht — also die Gewalttätigkeit der Polizisten — und nicht bereit ist, auch nur einen Nebensatz über die Gewalttätigkeit auf seiten der Hausbesetzer zu verlieren.

Nun hat Bärbel Bohley vor allem kritisiert: erstens, daß die Verhandlungsmöglichkeiten von den politisch Verantwortlichen nicht wahrgenommen oder zumindest nicht voll ausgeschöpft worden sind; zweitens, daß mit der Berliner Linie eine für Ost-Berlin völlig ungeeignete Handlungsvorgabe übergestülpt worden ist…

Es gab in den Wochen und Monaten zuvor Verhandlungen. Die Räumung der ersten drei Häuser am Montag ist auf Basis der Berliner Linie erfolgt, die die ausdrückliche Zustimmung auch der AL gefunden hatte. Ich kann nicht im einzelnen beurteilen, an welcher Stelle im weiteren Fehler begangen worden sind. Im Prinzip bin ich der Meinung, daß in zugespitzten Situationen immer wieder der Versuch zu neuen Gesprächen unternommen werden sollte. Mich macht betroffen, daß das wichtigste Gut des Herbstes 89, unsere entschlossene Friedfertigkeit, verlorengegangen ist. Zu der müssen wir zurückkehren, weil sie die Basis für eine breite Zustimmung in der Bevölkerung zu Experimenten ist, die erst einmal nicht mehrheitsfähig sind. Was die Berliner Linie betrifft, so ist es nach einer Phase der Beruhigung sinnvoll, darüber zu diskutieren, inwiefern die Berliner Linie für Ost-Berlin modifiziert werden muß — angesichts einer anderen Wohnungssituation und der Folgen einer verfehlten Wohnungspolitik der letzten 40 Jahre. Da muß man anders reagieren als auf eine Wohnungssituation, die Ergebnis privatkapitalistischer Spekulationen ist.

In der Gethsemanekirche ist bislang nicht gepfiffen und gebrüllt worden, und für viele Anwesende waren solch aggressive Umgangsformen ganz offensichtlich ein Schock. Aber vor einem Jahr hat auch deshalb niemand gepfiffen, weil die Gegenseite nie da war…

Ich betrachte mich immer noch nicht als Teil der Gegenseite. Vielleicht habe ich auch deshalb so empfindlich auf die unerträgliche Atmosphäre in der Kirche reagiert.

Gespräch: Andrea Böhm

TAZ 20.11.

Scheinbar seßhaft, trotzdem wohnungslos

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht, Hans-Joachim Heinze, über angeblich wohnungslose HausbesetzerInnen

taz: *Senator Pätzold hat den Bewohnern der Mainzerstraße das Recht abgesprochen, Häuser zu besetzen. Er begründete das damit, daß 244 festgenommene Besetzer eine Meldeanschrift haben. Stimmt das?*

Heinze: Meine jahrelange Berufserfahrung zeigt, daß es auch Scheinanmeldungen gibt. Daß falsche Meldeanschriften angegeben werden, merken wir täglich, wenn Ladungen mit dem Vermerk »unbekannt verzogen« zurückkommen.

Leute, die Häuser besetzen, weil sie obdachlos sind, sind doch gezwungen, sich eine Meldeanschrift zuzulegen, weil sie sonst Gefahr laufen, bei einer Räumung von der Polizei einkassiert zu werden.

Daß Hausbesetzer verhaftet werden, weil sie keine Wohnanschrift haben, ist mir nicht bekannt. Es ist aber ganz sicher richtig, daß die Gefahr, verhaftet zu werden, eher besteht, wenn jemand ein schweres Delikt begangen hat und keine Wohnanschrift hat.

Wie ist es beim Delikt Steinwurf?

Landfriedensbruch ist ja ein relativ schweres Delikt. Da würde ich schon sagen, daß das Nichtvorliegen einer Wohnanschrift den Ausschlag für eine Verhaftung geben kann, wobei natürlich immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten ist.

Glauben Sie, daß Pätzold überprüft hat, wer eine Scheinanschrift oder eine Wohnung hat?

Dazu kann ich nichts sagen. Ich halte es aber angesichts der großen Zahl der Verfahren für äußerst unwahrscheinlich, daß in allen Fällen festgestellt worden ist, ob die Leute dort, wo sie polizeilich gemeldet sind, auch tatsächlich wohnen.

Interview: plu

CDU und Reps für Gummigeschosse

Parteien im Innenausschuß zur Räumung der Mainzer Straße: Nur die AL wollte Ursachen klären / Christdemokraten und Republikaner wollen Wiedereinführung des Landfriedensbruch-Paragraphen

Rathaus Schöneberg. Die »Krawalle in der Mainzer Straße« waren gestern auf Antrag der CDU-Fraktion Thema im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses. Zu Beginn der Sitzung wurden Videoaufnahmen der Polizei über die Räumungsaktion am vergangenen Mittwoch morgen vorgeführt, womit die Angriffe der Hausbesetzer auf die Polizei dokumentiert werden sollten.

In der anschließenden Aussprache jedoch wurde stellenweise mehr Wahlkampf betrieben, als daß nach Ursachen für die Eskalation der Gewalt gesucht wurde. So beklagte der SPD-Abgeordnete Hans-Georg Lorenz das angekündigte Mißtrauensvotum gegen den Regierenden Momper als überzogen, lediglich gegen Innensenator Pätzold hätte eine solche Reaktion vielleicht noch Sinn gemacht. Wie die CDU forderten auch die Reps als »Lehren« aus der Mainzer Straße endlich wieder den Landfriedensbruch-Paragraphen in das Strafgesetzbuch aufzunehmen sowie sogenannte »Distanzwaffen« wie Gummigeschosse für den Polizeieinsatz zuzulassen.

Einzig die Innenpolitische Sprecherin der AL-Fraktion, Lena Schraut, versuchte sich an einer Analyse. »Schon während am Montag mittag die Gewalt in der Mainzer Straße zum Ausbruch kam«, so die Vertreterin der Alternativen Liste zum Innensenator, »haben sich zwei Züge mit einer Geschwindigkeit in Bewegung gesetzt, die sich nicht mehr bremsen ließen.« Sie beanstandete, daß nicht alle Möglichkeiten der Diskussion mit den Hausbesetzern ausgeschöpft wurden, und warf die Frage auf, ob sich die sogenannte Berliner Linie, die vor zehn Jahren für den Westteil der Stadt ausgearbeitet wurde, einfach auf den Ostteil übertragen ließe.

Lena Schraut, die sich während der Räumung in einem der besetzten Häuser befand, bestätigte, daß sich die Polizisten in ihrer Gegenwart im großen und ganzen korrekt verhalten hätten, beklagte jedoch, daß es in anderen Häusern zu Übergriffen gekommen sei.

Innensenator Pätzold äußerte sich im Laufe der Veranstaltung auch zu den Vorwürfen, die Polizei hätte das Eigentum der Besetzer aus den Fenstern der geräumten Wohnungen geworfen. Pätzold: »Das waren keine Polizeibeamten, sondern Bauarbeiter gewesen, die sich in solcher Weise — rechtswidrig — an dem Eigentum der Besetzer vergriffen haben.« Nach dem ihm der Umstand bekannt geworden sei, hätte er dies sofort unterbunden. Die Besetzer könnten ihr sichergestelltes Eigentum von der Polizeiwache Friedrichshain zurückholen. **ok**

Walter soufflliert Tino

Bundesgrenzschutz schon am 9. November alarmiert / Mißtrauensanträge gegen Schwierzina und Magistrat

Ost-Berlin. Ein zusammengestükkeltes Gewebe aus alten Fäden nennt sich Flickenteppich. Selbst wenn er nach neuen Mustern gewoben wird, haftet ihm immer etwas Ausgelatschtes an. So war es auch mit der gestrigen Regierungserklärung des Oberbürgermeisters Tino Schwierzina, die obendrein noch nicht einmal mit neuen Mustern aufwarten konnte: Erneut verteidigte er die Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße mit dem Umstand, daß nur so die »Grundlagen des Rechtsstaates in unserer Stadt« hätten gesichert werden können. 25.000 Wohnungen gegenüber 45.000 Wohnungssuchenden provozierten zwar Besetzungen, auf die Dauer aber sei es für die vielen tausend Wohnungssuchenden »nicht zumutbar«, daß sich einige »an der Schlange der Wartenden vorbeimogeln«, erklärte der OB à la Momper. Es sei jedoch eine Legende, daß die Räumung der drei besetzten Häuser am 12. November erste Schritte einer geplanten Eskalation gewesen seien. Hier aber schlich sich ein neuer Diskussionsfaden ein: Auf Anfrage eines PDS-Abgeordneten bestätigte Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD), daß bereits am 9. November aufgrund eines Amtshilfeantrages Truppen des Bundesgrenzschutzes nach Berlin unterwegs gewesen seien. Warum die Wohnungsbaugesellschaften jetzt angeblich der Polizei die Lagepläne der besetzten Häuser »zuarbeiten« sollen, konnte Krüger nicht beantworten.

In der anschließenden Debatte verlangte die Fraktion Bündnis 90 einen Mißtrauensantrag gegen den gesamten CDU-SPD-Magistrat. Die PDS forderte dazu auf, Schwierzina das Vertrauen zu entziehen. Beide Anträge sollen vermutlich am kommenden Donnerstag behandelt werden. **maz**

Ein Runder Tisch über die Ereignisse in der Mainzer Straße findet heute abend ab 19 Uhr unter Leitung von Bischof Forck in der Ostberliner Jessnerstraße 24 statt.

Opposition will dem Magistrat das Mißtrauen aussprechen

Mißtrauensanträge gegen Oberbürgermeister Tino Schwierzina und den gesamten SPD/CDU-Magistrat setzten den Schlußpunkt der gestrigen Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung. Die PDS machte Schwierzina für den „mißbräuchlichen Einsatz der Polizei" gegen Besetzer und „die Herbeiführung bürgerkriegsähnlicher Zustände" verantwortlich.

Das Bündnis 90/Grüne/UFV beschuldigte den gesamten Magistrat, den Interessenkonflikt zwischen Hausbesetzern, -besitzern und Anwohnern nicht gewaltlos gelöst zu haben. Das Bündnis bezeichnete die Polizeiaktionen als „politischen Skandal" und „kaltblütig geplantes Wahlmanöver der SPD".

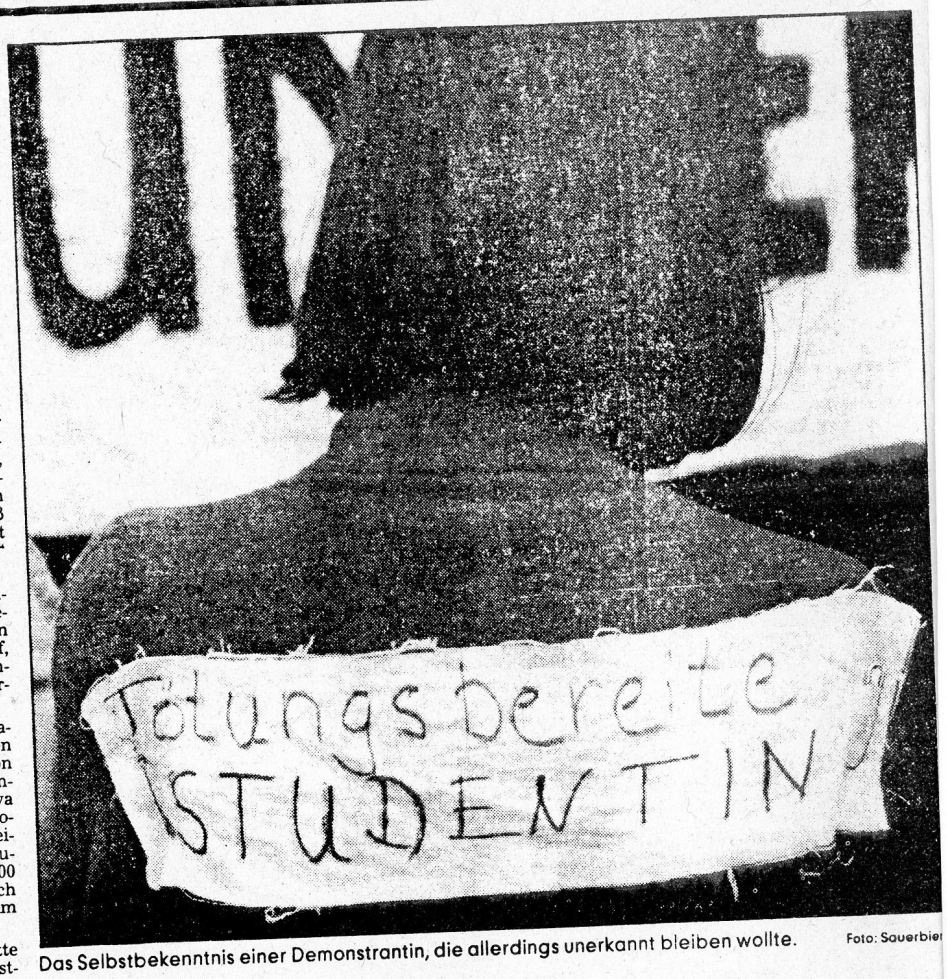
Über die Mißtrauensanträge muß in einer weiteren Sondersitzung entschieden werden, da zwischen Debatte und Abstimmung eine Frist von 48 Stunden vorgeschrieben ist. Absehbar ist aber, daß die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit für die Anträge nicht zustande kommen wird. Die CDU monierte zwar, daß mit ihr die Polizeieinsätze nicht abgesprochen wurden, doch bekenne sie sich zur Koalition.

In einer Regierungserklärung über den inneren Frieden in der Stadt und die Hausbesetzungen hatte Oberbürgermeister Tino Schwierzina zuvor betont, daß der Magistrat in den vergangenen Monaten beständig den Kontakt mit friedfertigen Hausbesetzern gesucht habe. Doch „die Militanz der Mainzer Straße in der letzten Woche war eine Herausforderung", denn „die Einführung des Faustrechts" durfte nicht zugelassen werden. Er betonte abermals, daß vorher keine Räumung geplant war. Nach der „brutalen Gewalt" gab es keine Alternative.

Trotz der Ereignisse sei die Landesregierung aber weiter zu Gesprächen bereit – mit friedfertigen Besetzern. Er forderte diese auf, mit den Wohnungsbaugenossenschaften in „konkrete Vertragsverhandlungen zu treten".

Nach Schwierzinas Angaben habe sich seit Amtsantritt des neuen Magistrats die „SED-Erblast" von ehemals 25 000 leerstehenden Wohnungen um 7000 verringert. In etwa 4900 leeren Wohnungen laufen momentan Baumaßnahmen. Für weitere 3900 wurden Um- und Ausbauverträge geschlossen. Etwa 3000 befinden sich in einem solch schlechten Zustand, daß sie kaum noch zu retten sind.

Bereits gestern vormittag hatte der Polizeibeauftragte für den Ost-Teil, Ibrahim Böhme (SPD), seinen Rücktritt angedroht, falls in den nächsten Tagen die Ereignisse um die Mainzer Straße nicht „aufgehellt" würden. Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) zeigte sich über Böhmes Reaktion „verwundert", denn er habe den Polizeibeauftragten über das Geschehen genau aufgeklärt. *Michael Posch*



Das Selbstbekenntnis einer Demonstrantin, die allerdings unerkannt bleiben wollte. Foto: Sauerbier

MoPo 20.11.

Sympathisanten „besetzen" FU-Institut für Soziologie

Aus Protest gegen die Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße (Friedrichshain) haben gestern früh zwei Dutzend junge Leute die Eingänge zum Gebäude Babelsberger Straße 46 Ecke Waghäuseler Straße im Bezirk Wilmersdorf versperrt und das FU-Institut für Soziologie besetzt. Den Institutsangehörigen wurde der Zutritt verwehrt. Nach Intervention der Universitätsleitung ließen die Besetzer später wenigstens die in dem Haus wohnenden privaten Mieter durch.

Da sich die Demonstranten friedlich verhielten, schaltete das Präsidialamt der Freien Universität vorerst nicht die Polizei ein. Wenn die Besetzer jedoch nicht – wie sie ankündigten – heute freiwillig abziehen, müsse darüber neu nachgedacht werden, erklärte FU-Präsident Prof. Dieter Heckelmann. Aufs schärfste verurteilte Heckelmann die von den Sympathisanten der Hausbesetzer-Szene getragenen Plakate mit der Aufschrift „Ich bin ein mordwilliger Bürger" und „Tötungsbereiter Student".

Die FU-Studentenvertretung kündigte einen „Staffetten-Streik" in weiteren Universitäts-Instituten an. Nach Feststellung der FU-Leitung gibt es dafür bisher keine konkreten Hinweise.

Ein am Sonntag für „besetzt" erklärtes Haus in der Kadiner Straße (Friedrichshain) wurde inzwischen freiwillig verlassen. *B. Winkler*

Baugesellschaft will mit Besetzern verhandeln

Verhandlungsbereitschaft und Duldung der Besetzer in den Häusern signalisierte in einem Schreiben an den Besetzerrat die Prenzlauer Wohnungsbaugesellschaft (WIP) auf die Ereignisse an der Mainzer Straße in Friedrichshain.

In der zweiten Sitzung des „Runden Tisches Instandbesetzung" präsentierte die Geschäftsführung der WIP den Bewohnern von 36 besetzten Häusern eine „Nichträumungserklärung": „Wir wollen die Lage stabilisieren und Krawallen vorbeugen", erläuterte Kerstin Riekehr von der WIP.

Für drei Häuser, dies geht aus dem Schreiben hervor, bestehen bereits Mietverträge. Nutzungsverträge gibt es für acht Häuser. Kurz vor dem Abschluß stehen Vertragsverhandlungen mit sechs Häusern, die Bewohner von weiteren fünf Häusern haben ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt. In 15 Häusern liegen entweder noch keine Entscheidungen vor, oder es bestehen Probleme mit der Bauaufsicht.

Schwierig sei die Verhandlungslage nicht nur durch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse der Häuser. Die Besetzer fordern eine bezirksübergreifende Lösung für alle Objekte. Die Wohnungsbaugesellschaft bestehe jedoch auf Einzelverträgen, um zumindest ein Nutzungsrecht für die Bewohner zu erreichen. *Birthe Arff*

Nach Demo Steine gegen Schaufenster

Etwa 20 junge Leute wurden am Sonntag abend bei einer Demonstration von rund 6000 Hausbesetzern und Sympathisanten festgenommen, befanden sich aber gestern wieder auf freiem Fuß.

Nach Abschluß der zunächst friedlichen Veranstaltung gab es erneut Zwischenfälle. Etwa 300 Randalierer zogen über Friedrichstraße und Oranienburger Straße zum Alexanderplatz und warfen mit Steinen Schaufenster ein. Etwa 25 Vermummte zerstörten eine Vielzahl von Schaufenstern in der Passage am Kaiser-Wilhelm-Platz (Schöneberg) und in angrenzenden Geschäften.

„Räumt den Senat – Nicht die Häuser" und „Verträge statt Polizeigewalt" hatten die Demonstranten auf Transparenten gefordert. Die Polizei hatte starke Kräfte zusammengezogen und zeitweilig mehrere Zufahrten zum Alexanderplatz und zum Roten Rathaus, außerdem die U-Bahnhöfe Frankfurter Tor, Samariterstraße, Frankfurter Allee und Magdalenenstraße gesperrt. In der Hafenstraße in Hamburg protestierten gestern abend etwa 600 Demonstranten gegen die Räumung besetzter Häuser in Berlin.

In der Mainzer Straße in Friedrichshain, vergangene Woche Zentrum blutiger Straßenschlachten, zog gestern eine „Mahnwache" von Hausbesetzern auf. *dpa/BM*

Lorenz (SPD): AL koaliert lieber mit den Besetzern

Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit den Räumungen besetzter Häuser mußte sich gestern Innensenator Erich Pätzold im Innenausschuß gefallen lassen. Die AL-Abgeordnete Helene Schraut sprach von einem „übereilten Einsatz" in der Mainzer Straße, der zur Gefährdung von Polizisten und Anwohnern geführt habe. Weiter forderte sie, daß ein Teil der Wohnungen und Häuser jetzt den Besetzern überlassen werde. Sie seien in der Lage, die Häuser zu sanieren. Zur Berliner Linie meinte sie, diese trüge zur Eskalation bei. Militante Mittel wie Molotow-Cocktails billige ihre Partei nicht.

Klaus Landowsky (CDU) sprach der Polizei „Respekt und Anerkennung" aus. Nur seien zuwenig Haftbefehle erlassen worden. Nach seinen Informationen entgingen rund 335 der Besetzer jeglicher Strafe. Das empfinde er als „zutiefst demotivierend". Auch glaube er – genau wie die FDP-Vorsitzende Carola von Braun – daß der Polizeieinsatz von langer Hand vorbereitet war. Pätzold bezeichnete das als „Unsinn". Er habe sich in der Nacht von Montag auf Dienstag zur Räumung entschlossen, sagte er im Ausschuß.

Die SPD sei von der Total-Opposition überrascht, sagte Hans-Georg Lorenz. Den Alternativen warf er vor, sie zögen eine Koalition mit der Mainzer Straße einer Koalition mit der SPD vor. *Jan Draeger*

auf Polizisten in Mitte

Im Anschluß an eine friedlich verlaufene Demonstration gegen die Räumung der Mainzer Straße und anderer besetzter Häuser kam es am Sonntag nachmittag zu vereinzelten Steinwürfen gegen Polizeibeamte. Es wurden 20 Personen festgenommen.

Nach Auskunft der Polizei hatten etwa 6000 Personen an der Demonstration, die vom Breitscheidplatz in Charlottenburg zur Freifläche des Lustgartens in Mitte führte, teilgenommen. Unter den Teilnehmern seien auch etwa „500 bis 800 störbereite, teils vermummte Personen" gewesen. Vereinzelt wurden während der Demonstration Knallkörper geworfen.

Nach dem Ende der Demonstration versammelten sich am späten Sonntag nachmittag etwa 300 Personen vor dem Roten Rathaus und protestierten dort friedlich gegen die Häuser-

Anzeige

Kunstausstellung der SPD in den Straßen von Tiergarten:

Plakate von Klaus Staeck

SPD

räumungen der vergangenen Woche. Gleichzeitig sei eine weitere Gruppe von ebenfalls 300 Personen über die Friedrichstraße und die Oranienstraße zum Alexanderplatz gezogen. Während des Zuges wurden Steine auf Polizeibeamte geworfen. Zwei Beamte wurden verletzt. (Tsp)

Mißtrauensanträge gegen Schwierzina und den Magistrat gestellt

PDS und Bündnis '90/Grüne begründen Vorgehen mit den Häuserräumungen

ily. **Berlin.** Gegen den Ost-Berliner Magistrat und Oberbürgermeister Schwierzina sind gestern auf einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung im Roten Rathaus zwei getrennte Mißtrauensanträge eingebracht worden. Die beiden Fraktionen PDS sowie Bündnis '90/Grüne begründeten ihre Anträge mit dem Verhalten des Magistrats bei den Häuserräumungen in der Mainzer Straße. Der Magistrat hätte den Konflikt mit friedlichen Mitteln lösen müssen, hieß es.

Die CDU, die mit der SPD die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bildet, will den Antrag gegen Schwierzina nicht unterstützen. CDU-Fraktionschef Jacobs kritisierte zwar „dzwiespältiges Verhalten" der SPD-Mitglieder des Magistrats gegenüber den Hausbesetzern, will deshalb jedoch nicht „eine ansonsten erfolgreiche Koalition aufs Spiel setzen".

Auch die Fraktion von FDP/DSU will den Mißtrauensantrag nicht unterstützen, weil er so kurz vor der Wahl keinen Sinn mache, sagte der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Röhl. Er forderte jedoch Schwierzina auf, von sich aus zurückzutreten.

Zuvor hatte Schwierzina in einer Regierungserklärung die Häuserräumungen in der Mainzer Straße verteidigt. Gleichzeitig erklärte er die Bereitschaft des Magistrats, mit verhandlungsbereiten Hausbesetzern zu friedlichen Lösungen zu kommen. Der Magistrat könne jedoch von sich aus keine Verträge mit den Besetzern abschließen, dies könnten nur die Eigentümer der Häuser oder die Wohnungsbaugesellschaften in den Bezirken.

Nach Angaben von Schwierzina sind zur Zeit noch 113 Häuser im Ostteil der Stadtbesetzt. Davon hätten 13 bisher einen Vertrag erhalten, mit 53 stehe man in Verhandlungen und mit 40 seien erste Kontakte geknüpft. Lediglich mit 16 Häusern sei bisher kein Gespräch möglich gewesen.

Schwierzina bezeichnete die Hausbesetzungen als Erblast der verfehlten Wohnungspolitik der SED sowie der Regierung de Maizière. Deren Innenminister Diestel sei nicht bereit gewesen, die bis zum Oktober ihm unterstellte Polizei für Räumungen einzusetzen.

Scharfe Kritik übte Schwierzina an den „Randale-Importen" aus dem Westen, woher 80 Prozent der Festgenommenen stammten.

Tsp 20.11.

Volksblatt 21.11.

Räumung rechtswidrig?

Die Räumung der Pfarrstraße 102 am Montag vergangener Woche war rechtswidrig — so sieht es jedenfalls der offizielle Mieter des Hauses, der sich jetzt über seinen Rechtsanwalt zu Wort gemeldet hat.

In einem Schreiben an die Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg heißt es: „Meinem Mandanten ist es bekannt geworden, daß Sie für das Grundstück Pfarrstraße 102 Räumungsantrag gestellt haben. Dies trifft auf sein äußerstes Unverständnis." Auf diesen Räumungsantrag der Wohnungsbaugesellschaft hatte sich die Polizei bei den Räumungen berufen. Innensenator Pätzold damals: „Wir waren aufgrund des Antrags zur Räumung gezwungen."

Die Besetzerinnen und Besetzer der übrigen Häuser in der Pfarrstraße interpretieren das Verhalten der Wohnungsbaugesellschaft als gezielten Versuch, gegen besetzte Häuser vorzugehen. host

ND - DI 20.11.

Erklärung des Präsidiums des PDS-Vorstandes zur jüngsten Eskalation staatlicher Gewalt

Wi(e)der die Arroganz der Macht

Seit dem Herbst 1989 waren viele politische Bewegungen und Parteien der ehemaligen DDR, darunter die PDS, darum bemüht, eine politische Kultur des Zusammenlebens zu erreichen, die durch Gewaltlosigkeit, Toleranz, gegenseitigen Respekt der sozialen und religiösen Gruppen, der Geschlechter, Generationen und Nationalitäten, die durch Dialog und konstruktiven Meinungsstreit, Friedensliebe, Humanismus, Antifaschismus, Völkerfreundschaft und Achtung anderer Kulturen geprägt ist.

Eine solche politische Kultur war bei weitem noch nicht gesellschaftliche Wirklichkeit, doch zeigte das gemeinsame Bemühen gesellschaftlicher Kräfte realistische Lösungswege für soziale und politische Konflikte auf.

Diese Ansätze einer politischen Kultur werden durch den Export westdeutscher machtpolitischer Lösungsmethoden – wie am 3. 10. 1990 in der Mainzer Straße – gezielt zerstört. Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in der vergangenen Woche, provoziert durch die militärischen Aktionen des Westberliner Senats, lassen erahnen, wie die Herrschenden dieses zusammengezimmerten Deutschlands zukünftig mit den sozialen und politischen Konflikten umzugehen gedenken. Daß es ausgerechnet sozialdemokratische Politiker waren, die dieses Vorgehen zu verantworten haben, verweist nur darauf, wie wenig einige von ihnen aus ihrer eigenen Geschichte gelernt haben.

Wir wissen, daß die heutigen sozialen Probleme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihren Ausgangspunkt in der verfehlten Gesellschaftspolitik der früher hier Mächtigen haben. Ihre jetzige Brisanz und Zuspitzung erhalten sie jedoch durch die rücksichtslose Anschlußpolitik, mit der nicht nur gewachsene wirtschaftliche, soziale und rechtliche Strukturen ohne jede Prüfung überrollt werden, sondern zugleich auch die ursächlich in der bürgerlichen Gesellschaft entstandenen Konfliktpotentiale übertragen werden.

Die jetzt Regierenden verschärfen durch ihre unsoziale Politik Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, ignorieren und zerstören demokratische Lösungsansätze. Soziale und nationale Ausbeutung und Unterdrückung, das ungerechte System der Weltwirtschaft, das Medien- und Ideologiemonopol sowie die auf formaler Gleichheit beruhende Rechtlosigkeit eines großen Teils der Weltbevölkerung, auch in den entwickelten Ländern, stellen Formen der Gewalt dar, die ihrerseits unterschiedliche Formen der Gewalt herausfordern.

Erfahrungen der sozialen Ungerechtigkeit, des Nichtfunktionierens der Demokratie und der Rechtlosigkeit, wie sie auch durch die überstürzte Anschlußpolitik für BürgerInnen der ehemaligen DDR spürbar wurden, sind Auslöser von Radikalisierungen im Denken und Handeln. Sie werden durch Rufe nach „Ruhe und Ordnung", nach einer „starken Hand" nicht beseitigt, sondern verstärkt.

Wie gehen die Regierenden in Berlin und Bonn mit sozialen Konflikten um?

1. Die Polizeieinsätze am 3. 10. 1990, bei Fußballspielen und in der Mainzer Straße beweisen die Unfähigkeit und vor allem den fehlenden Willen, politische Lösungen für soziale Konflikte zu finden. Bemühungen und Ansätze, wie sie an der Basis von Politikern verschiedener Parteien eingebracht wurden, sind mit einer erschreckenden Arroganz der Macht, ebenso wie die vielfältigen Vermittlungsversuche ignoriert und übergangen worden.

Politische Verantwortung wird an die Polizei übergeben. So äußerte Innenstadtrat Thomas Krüger: „In der Polizeieinsatzzentrale haben Politiker nichts zu suchen." Sind CDU und SPD auf dem Wege zu einer neuen Polizeistaatlichkeit? Dies ist um so bedenklicher, da in den neuen Bundesländern die Beschlußfassung über die Landespolizeigesetze unmittelbar bevorsteht. Damit kann nicht ausgeschlossen werden, daß vor dem Hintergrund der jüngsten Polizeieinsätze und deren Widerspiegelung in der Öffentlichkeit diese Gesetzgebungen undemokratische Einschränkungen erfahren.

2. Die deutlich gewordene Ausschaltung Ostberliner Legislativen und die Mißachtung der Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain sind Ausdruck für das zentralistische Demokratieverständnis und das Kolonialmachtgehabe des Westberliner Senats, das BürgerInnen und VolksvertreterInnen gleichermaßen das Gefühl der Ohnmacht vermittelt. Ehemalige DDR-Bürger werden nicht nur zu Bürgern zweiter Klasse, sondern auch Volksvertreter zu solchen zweiter Klasse gemacht. Einige Vertreter ostdeutscher Parlamente wie Schwierzina und Krüger machen sich allerdings selbst zu willfährigen Dienern neuer Herren statt zu Interessenvertretern ihrer (Ostberliner) Wähler.

3. Am gleichen Tage, an dem mit militärischen Mitteln die Mainzer Straße geräumt wurde, debattierte der Bundestag über den Einsatz deutscher Truppen am Persischen Golf. Wie kann vor der Weltöffentlichkeit glaubhaft eine deutsche Aggressivität nach außen ausgeschlossen werden, wenn die Aggressivität des Staates im Inneren eskaliert? Innere und äußere Gewaltlosigkeit bedingen einander. Jedoch paßt es in das Konzept einer neuen Weltmacht Deutschland, für „Ruhe und Ordnung" nach dem Muster Mainzer Straße zu sorgen, wie in Deutschland also auch auf Erden.

Für uns in der PDS ist es eine der wichtigsten Erfahrungen gerade unserer jüngsten Geschichte, daß politische und soziale Konflikte nicht durch staatliche Gewalt zu lösen sind, sondern auch nur durch politische und soziale Mittel bewältigt werden können:

– durch Ausbau der Demokratie statt ihrer Ausschaltung;

– durch das Recht auf bezahlbaren Wohnraum an Stelle von Räumungen;

– das Recht auf Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit.

Wider die Arragonz der Macht.

PR-Maschinerie der Hausbesetzer läuft

Räumung liegt im Trend / Wohnungsbaugesellschaft will jetzt gegen Besetzer vorgesehen

„An die unrechtmäßigen Nutzer der Wohnungen Rigaer Straße 101" – so leitet die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain das allerneueste Räumungsverfahren ein. Sie fordert jetzt eben diese Besetzer auf, besagtes Haus „sofort (jedoch spätestens bis zum 21. 11. 1990 – 14 Uhr) zu räumen". Spätestens war gestern.

Den Besetzern indes ging dieses Ultimatum nicht allzu nahe: „Wir haben das Haus erst vor etwa drei Wochen besetzt, also laut ‚Berliner Linie' keine Chance. Dennoch bleiben wir. Leerstand ist für uns in erster Linie ein Politikum, auf das wir mit unserer Besetzung aufmerksam machen wollen." Das interessiert wiederum die Wohnungsverwalter wenig. Sie drohen mit „Schritten zur gerichtlichen Räumung".

Glaubt man einer Presseerklärung des OB, dann liegt Räumung derzeit voll im Trend. Tino Schwierzina hat nämlich Post bekommen, von 22 Anwohnern der Mainzer Straße, die den Polizeieinsatz freudig als „Befreiung aus der Willkür der Besetzer" empfanden: „Wir sind voller Sorge um unsere und die Zukunft unserer Kinder, denn auch sind die Besetzer und deren Sympathisanten aktiv..." Schwierzina schließt von diesen seinen 22 Unterstützern auf „die breite Zustimmung, die die entschlossene Haltung der Polizei und der Landesregierung in der Bevölkerung findet".

Die Public-Relations-Maschinerie der Hausbesetzer ist aber auch nicht ohne. Viele Berliner fanden gestern eine „Presseerklärung der besetzten und ehemals besetzten Häuser" im Briefkasten. Hierin wird erklärt, jederzeit verhandlungsbereit gewesen und es auch jetzt noch zu sein. Wie die CDU (nur eben ganz anders) meinen auch die Besetzer, daß die Aktion in der Mainzer „von langer Hand" vorbereitet worden sei: „Wie wir aus Aussagen von Polizeibeamten wissen, wurden die Polizeiverbände schon am Samstag bzw. Sonntag in Bereitschaft gerufen...". Innensenator Pätzold versichert dagegen, erst am Dienstag 0.00 Uhr die Räumung der Mainzer Straße beschlossen zu haben".

Ob mit „breiter Zustimmung", „von langer Hand" oder nicht, juristisch ist die Polizeiaktion unbedingt anfechtbar. So klagt die Eigentümerin der zuerst geräumten Pfarrstraße 112 gegen die Räumung. Und die Besetzer aus der Mainzer Straße wollen über eine schriftliche Erklärung der ehemaligen KWV Friedrichshain verfügen, die ihnen „ein zeitweiliges Verbleiben" zusicherte. Mit einer Widerrufsfrist von vier Wochen. Der Räumungsantrag der jetzigen Wohnungsbaugesellschaft wurde wenige Stunden vor der Räumung gestellt ...

Gerichtsrelevant wäre auch, wie mit der Habe von Exmittierten verfahren wurde. Bei einer Begehung des Schlachtfeldes am 15. November durch Abgeordnete von Bündnis 90/UFV/Grüne stellten diese fest, daß Bauarbeiter Eigentum von Ex-Besetzern aus den Fenstern warfen. Aus dem Begehungsprotokoll: „Der Bauleiter sah sich nicht in der Lage, dies zu unterbrechen, da er die Weisung der Polizei habe, die Gebäude zu beräumen. Dabei entscheide die Polizeieinsatzleitung vor Ort, was wertvoll sei und was nicht". Wertlos waren demnach Geschirr, Fernseher, Bücher und Möbel.

Selbst verurteilte Straftäter behalten das Recht auf Eigentum. Aber Hausbesetzer haben ja offenbar nur ein Recht auf Strafe.

Stefan Ruwoldt/André Mielke

Berliner Zeitung 23.11.

taz 22.11.90

»Vertrauen« geräumt

KWV hat der »Mainzer Straße« ein Bleiberecht bestätigt, die Räumung war deshalb Vertrauensbruch / Rechtsanwalt Wieland: Chancen vor Gericht

Friedrichshain. Die Räumung und polizeiliche Absperrung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße war rechtswidrig. Diese Auffassung vertritt der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Wieland nach Einsicht in Dokumente, die der taz vorliegen.

In einer Erklärung, datiert am 21. Mai 1990, erlaubt die KWV Friedrichshain den Besetzern ein »zeitweiliges Verbleiben« in den Häusern. Gleichzeitig bietet die KWV »Ersatzobjekte« an und verspricht, »4 Wochen vor dem Termin, an dem Baufreiheit herzustellen ist, die Hausbesetzer zu informieren« und bis zu diesem Termin weder »gerichtliche noch außergerichtliche Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Räumung der Häuser Mainzer Straße gegen den Willen der Hausbesetzer gerichtet sind«. Diese Erklärung, die die Unterschrift des damaligen Geschäftsführers der KWV Friedrichshain, Seifarth, und des ehemaligen Baudirektors des Stadtbezirks trägt, ist nie widerrufen worden und damit auch für die Rechtsnachfolgerin der KWV, die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF), rechtsverbindlich.

Damit wäre der »in der Nacht vor der Räumung gestellte Räumungsantrag« (Senatssprecher Kolhoff) ein Vertrauensbruch gegenüber den BesetzerInnen. Die Polizei, so Wieland, hätte dementsprechend nur das Recht gehabt, wegen Gefahr im Verzuge die Barrikaden zu entfernen und Straftäter, allerdings auch bis in die Häuser hinein, zu verfolgen. Hinfällig könnten damit auch sämtliche Anzeigen wegen Hausfriedensbruch sein.

Nach der Feststellung des Polizeibeauftragten Ibrahim Böhme, die Räumung sei ein Wortbruch gewesen, nun auch noch ein Vertrauensbruch? Dem Friedrichshainer Bürgermeister Helios Mendiburu war das Schreiben bislang unbekannt. Nach Einsicht in das Papier schloß er sich Wielands Einschätzung an. Der wiederum empfiehlt den Besetzern den Gang zum Amtsgericht: »Die haben gute Chancen.«

Der neue Geschäftsführer der WBF, Nachfolgerin der KWV, Rotter, war auch nach mehrmaligem Nachfragen nicht zu einer Stellungnahme zu bewegen. Mit »fehlender Verhandlungsbereitschaft« (Regierender Bürgermeister Momper) von seiten der BesetzerInnen kann er sich aber nicht herausreden: Der taz liegen weitere Dokumente vor, die die Verhandlungsbereitschaft der »Mainzer Straße« bestätigen. Auch die »unannehmbaren Bedingungen« (Innensenator Pätzold) erscheinen im Licht dieser Papiere mehr als fragwürdig. Wie sonst könnte es Vereinbarungsentwürfe geben, die von Magistrat und Besetzern gemeinsam erarbeitet wurden? Noch am Tag nach der ersten Randale erklärten sich BesetzerInnen der Mainzer Straße 4 verhandlungsbereit. Einzige Bedingung: die Zusicherung Mompers, es werde nicht geräumt. Zu diesem Zeitpunkt saß Bärbel Bohley bereits als Vermittlerin in Pätzolds Büro. Empfangen hat er sie freilich nicht. Dirk Ludigs

UBC 23.11.90

Räumung umstritten

Das Haus Pfarrstraße 102 ist nicht, wie gemeldet, am Montag vergangener Woche geräumt worden. Der Sprecher der Innenverwaltung, Werner Thronicker, wies darauf hin, daß das Haus weder geräumt noch durchsucht wurde und es auch kein Räumungsbegehren der Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg gebe.

Dies hatte zuvor der Rechtsanwalt des Mieters des Hauses behauptet und darüber „sein äußerstes Unverständnis" geäußert. Auch die Besetzerinnen und Besetzer hatten diese Information bestätigt. Außerdem hatte der Mieter sowohl die Polizei als auch die Wohnungsbaugesellschaft über seinen Anwalt gewarnt, „weiterhin in das (. . .) Gebäude einzudringen oder gegen dort befindliche dritte Personen vorzugehen".

Thronicker sagte, die Polizei sei nie im Haus gewesen. Auch werde nicht geplant, das Haus zu räumen.

Weder vom Rechtsanwalt des Mieters noch von der Wohnungsbaugesellschaft war dazu eine Stellungnahme zu erhalten. host

Räumung der Mainzer Straße ungesetzlich

Bleiberecht war garantiert

Berlin (ADN). Die Räumung und polizeiliche Absperrung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße war rechtswidrig. Diese Auffassung vertritt der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Wieland nach Einsicht in Dokumente.

In einer Erklärung, datiert am 21. Mai 1990, erlaubt die KWV Friedrichshain den Besetzern ein „zeitweiliges Verbleiben" in den Häusern. Gleichzeitig bietet sie „Ersatzobjekte" an und verspricht, „4 Wochen vor dem Termin, an dem Baufreiheit herzustellen ist, die Hausbesetzer zu informieren" und bis zu diesem Termin weder „gerichtliche noch außergerichtliche Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Räumung der Häuser Mainzer Straße gegen den Willen der Hausbesetzer gerichtet sind". Diese Erklärung ist nie widerrufen worden und damit auch für die Rechtsnachfolgerin der KWV, die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain, rechtsverbindlich. 22.11.90

ND 23.11.

Mainzer Straße

„Geld hätte für Sanierung ausgereicht"

Die besetzten Häuser in der Mainzer Straße hätten mit dem Geld, das für den Polizeieinsatz zur Räumung der Häuser ausgegeben wurde, komplett saniert werden können. Diese Ansicht vertraten gestern im Stadtbezirk Friedrichshain Vertreter des „Initiativkreises Besetzte Häuser", dem rund 50 Personen aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen angehören. Sie schätzten die Kosten für den Einsatz auf einige Millionen Mark.

Eine von den Besetzern an der Mainzer Straße eingerichtete Mahnwache, berichteten deren Teilnehmer, sei bei der Bevölkerung auf großen Anklang gestoßen. Die für heute angekündigte Menschenkette um die Mainzer Straße solle symbolisieren, daß das Besetzungsproblem anders als durch polizeiliche Abriegelung gelöst werden müsse.

Roger Schaumberg von der Vereinigten Linken sagte, eine Eskalation sei durch niemanden zu verhindern, solange Machtpolitiker nicht den Weg der Gewalt verließen. Iba

„Welche Rechte haben wir eigentlich noch?"

Sondersitzung der BVV Friedrichshain

Es war allen die Betroffenheit anzumerken, und nur die wenigsten machten Wahlkampf. Die Friedrichshainer Bezirksverordneten, die zu einer Sondersitzung „Hausbesetzungen in Friedrichshain" zusammengekommen waren, unterschieden sich deutlich von den meisten Politikern, die sich bisher zu den Räumungen in der Mainzer Straße geäußert hatten.

„Man muß zwischen verhandlungswilligen Besetzern auf der einen und vermummten Militanten auf der anderen Seite differenzieren", resümiert Bezirksbürgermeister Helios Mendiburo (SPD) seine Erlebnisse von den Auseinandersetzungen am Montag abend vor der Räumung — herzhaftes Lachen bei den rund zwanzig Besetzerinnen und Besetzern im Zuschauerraum. „Der typische Spaltungsversuch", murmelte einer. Kurz nach Beginn der Sitzung im Bezirksamt Prenzlauer Berg — in Friedrichshain gibt es keinen eigenen Raum, der groß genug ist — hatte die SPD-Fraktion einen erfolglosen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt, und damit boshafte Bemerkungen bei den Besetzerinnen und Besetzern geerntet.

Quer durch die meisten Fraktionen zog sich die Befürchtung, auch in Zukunft unbehelligt zu bleiben, wenn es um brisante Räumungen geht. „Welche Rechte haben wir denn eigentlich noch?" brachte Ines Koenen vom Unabhängigen Frauenverband die Stimmung vieler Abgeordneter auf den Punkt. Zwar wiederholte Mendiburo immer wieder, es sei nicht Pflicht der Polizei, die Stadtbezirksversammlung zu informieren, aber er mußte schließlich doch einräumen, über die Ereignisse das erstemal offiziell am Mittwoch um 6.38 Uhr — also erst während der Räumung — informiert worden zu sein. „Ich weiß nicht, welcher der politisch Verantwortlichen es war, aber sie sind doch bewußt in Gefahr gebracht worden", sagte Kai Schirmer vom Bündnis 90, nachdem Mendiburo über seine ergebnislosen Vermittlungsversuche berichtet hatte, bei denen er und mehrere Abgeordnete voll in einen Gaseinsatz der Polizei gerieten.

Ein Runder Tisch müsse her, so die Forderung des Bündnis 90, um die verhärteten Fronten aufzubrechen und den Dialog in Gang zu bringen. Große Erfolgschancen für ihren Vorschlag sehen aber selbst die Bürgerrechtler nicht, und die meisten Besetzerinnen und Besetzer waren zu dem Zeitpunkt schon lange nicht mehr da, denn, so einer: „Das Affentheater hat doch sowieso nichts zu sagen."

Host

Volksblatt 25.11.

SPIEGEL Nr. 47

„Der mittelenglische Umgang"

Wie Berliner Hausbesetzer Walter Mompers rot-grünes Senatsbündnis sprengten

Im Amtszimmer des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper, 45, im ersten Stock des Schöneberger Rathauses tagte eine Krisenrunde der Sozialdemokraten. Der Anlaß war fast schon Routine: Die Alternative Liste (AL) hatte wieder mal mit dem Ausstieg aus dem Regierungsbündnis gedroht.

Einige Genossen feixten, die „Alis" würden ihre Entscheidung sicher auf einen Termin verschieben, an dem sie völlig bedeutungslos wäre – auf den 2. Dezember, an dem in Berlin ohnehin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird. Doch da täuschten sich die Sozis.

Denn im Parterre rangen sich, am Donnerstag vergangener Woche, Fraktion und Vorstand der AL in siebenstündiger Beratung zum Absprung durch – zum drittenmal in einem Bundesland, nach Hessen und Hamburg, platzte eine ökosoziale Koalition. Um 17.38 Uhr überbrachte Fraktionschefin Renate Künast, 34, ihrem SPD-Kollegen Ditmar Staffelt, 41, die Kündigung.

Nach 20 Monaten strapaziöser Kooperation war die rot-grüne Koalition am Ende – 17 Tage vor der ersten Gesamt-Berliner Wahl seit 1946. Die drei von der AL gestellten Senatorinnen kündigten an, am Montag dieser Woche ihren Rücktritt einzureichen; ein Mißtrauensantrag gegen Momper soll folgen.

Anlaß zum Bruch des Bündnisses, das AL-Vorständler Hans-Christian Ströbele beim Start im März vorigen Jahres als „Jahrhundertchance" bejubelt hatte, war die Räumung von 16 besetzten Häusern in den Ost-Berliner Stadtbezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg und Friedrichshain, die am Wochenbeginn schwere Krawalle auslöste.

Beobachter fühlten sich von den bürgerkriegsähnlichen Szenen erinnert an die „No-go-areas" in Nordirland *(Süddeutsche Zeitung)*; Momper attestierte den Randalierern „blanke Mordlust"; in mehreren deutschen Städten zertrümmerten Vermummte nachts Schaufensterscheiben, um sich mit den Hausbesetzern in den Berliner „Haßburgen" (Szene-Jargon) zu solidarisieren.

Die AL wirft der SPD vor, sie habe die neue Welle der Gewalt ohne Not provoziert. „Schon die Räumungen am Montag früh", behauptete Renate Künast, seien „ein großer politischer Fehler" und „der erste Schritt in einen Scherbenhaufen" gewesen.

Von dieser Kritik wiederum zeigten sich SPD-Politiker befremdet. Denn die Immobilien Pfarrstraße 110 und 112 sowie Cotheniusstraße 16 waren erst nach der Vereinigung der Stadt am 3. Oktober okkupiert worden. Nach einem am 24. Juli gefaßten Beschluß von Senat und Magistrat, Neubesetzungen fortan nicht mehr hinzunehmen, entsprach die Räumung also der „Berliner Linie", die auch die AL zuvor akzeptiert hatte.

Dieses Befriedungskonzept, 1981 vom damaligen Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) entwickelt und von seinen CDU-Nachfolgern Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen übernommen, sieht vor, länger zurückliegende Hausbesetzungen zu tolerieren, solange die Eigentümer keinen Räumungsantrag stellen und kein Nutzungskonzept vorlegen. Lediglich frische Besetzungen fallen nicht unter den Kompromiß.

Die prompte Räumung, die mithin angesagt war, führte zu den bisher schwersten Berliner Ausschreitungen seit dem 1. Mai letzten Jahres. Kulisse des Aufruhrs war das Gebiet um die Mainzer Straße in Friedrichshain, wo einst Heinrich Zille sein Milljöh strichelte und wo seit mehr als einem halben Jahr in baufälligen Gemäuern Hunderte von Besetzern campieren. Offenbar in der Erwartung, als nächste dran zu sein, errichteten sie Barrikaden auf der Frankfurter Allee, einer der Haupt-Magistralen Ost-Berlins.

Was nach dem Eindruck von Bärbel Bohley, der um Vermittlung bemühten einstigen DDR-Bürgerrechtlerin, lediglich in „einer Mischung aus Trotz und Angst" begonnen hatte, eskalierte noch in derselben Nacht zur „Chaoten-Schlacht" *(Bild)*.

Auf dem Kiez beleuchteten flackerndes Blaulicht und brennende Barrikaden Szenen blinder Zerstörung: Gewalttäter mit Schlitzmützen schleuderten Stahlkugeln und warfen Brandsätze auf Beamte, Autos und Straßenbahnwaggons gingen in Flammen auf. Allein in der ersten Krawallnacht zählte die Polizei 137 Verletzte in den eigenen Reihen.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) orderte Verstärkung durch Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. insgesamt 2100 Mann. Die Einsatzkräfte mußten, wie der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Burkhard von Walsleben, erkannte, „eine in unserer Stadt noch nie erkennbare menschenverachtende Brutalität gegenüber Polizisten" verkraften. „Boxhagener Str. / Mainzer Str. wird durch vermummte Person Straßenbahn angehalten und beschmiert, Waggons werden als Hindernis verwendet", meldete am Mittwoch um 6.12 Uhr der polizeiliche Verlaufsbericht. Danach ging es Schlag auf Schlag:

> ab 06.30 einsatzkräfte werden in den bereichen mainzer str./frankfurter allee und mainzer str./boxhagener str. von den dächern massiv mit brandflaschen, steinplatten, brettern und anderen gegenständen beworfen und mit leuchtmunition beschossen . . . störer über cb-funk geführt. intensiver einsatz der wasserwerfer.
>
> 06.57 weiterhin äußerste gewaltanwendung gegen vorgehende einsatzkräfte, insbesondere durch werfen von brandflaschen, so daß einnahme der dächer durch sek-kräfte über baugerüste nicht möglich ist.
>
> 07.40 mainzer str. (südbereich) werden durch einen polizeibeamten warnschüsse abgegeben, nachdem gezielter angriff mit sprengmitteln, brandflaschen, signalmunition und gefechtsdarstellungsmitteln erfolgt ist. beamte verletzt ins krankenhaus.
>
> 07.54 mainzer str. (südbereich) werden auf den dächern schornsteine abgerissen und das material auf einsatzkräfte geworfen.
>
> 08.07 sek-kräfte besetzen das dach mainzer str. 12a . . . die gewaltanwendung der straftäter gegen die einsatzkräfte erreichte ein bisher unbekanntes maß an härte und menschenverachtung.

Als die Besetzer Barrikaden bauten, eine gekaperte Straßenbahn in Brand setzten und, so Momper, „mit Baggern Gräben aufrissen, haarscharf am Gasrohr vorbei", rückte die Polizei gegen die Anarchos vor.

Die grüne Fraktionschefin Künast beklagt, daß die AL von dem Vorgehen der Polizei vorab „weder informiert noch konsultiert" worden sei und daß Innensenator Pätzold „Vermittlungsversuche" von AL-Abgeordneten „unbeantwortet" gelassen habe. Gerade mit den vermummten Militanten hätten die SPD-Verantwortlichen „den mittelenglischen Umgang pflegen" müssen, um weitere Eskalation zu vermeiden.

Friedrichshainer Bezirkspolitiker fühlten sich an ein „okkupiertes Land" erinnert. Ähnlich einschlägige Erfahrungen machten auch die Räumkommandos: Die meisten Ost-Besetzer waren West-Besatzer.

Unter den 347 vorläufig Sistierten aus der Mainzer Straße stammten mehr als drei Viertel aus dem Westen. 77 Festgenommene hatten es bereits zuvor zu einem Eintrag im Computer des Bundeskriminalamts gebracht – Rubrik „reisende" Gewalttäter.

In der Mainzer Straße, folgert Innensenator Pätzold aus solchen Daten, habe es sich „weder um Jugendprobleme, geschweige denn die von Ost-Jugendlichen, gehandelt noch um Fragen der Wohnungsnot". Die mit diversen Funkanlagen ausgestattete Einsatzzentrale der Besetzer in der Mainzer Straße 5 sowie ein Teil der vorgefundenen Tatwerkzeuge ließen zudem darauf schließen, daß versierte Häuserkampf-Strategen am Werk waren.

Sichergestellt wurden beispielsweise Flitzebogen mit scharf angeschliffenen Pfeilen, ein an die Unterseite einer Treppe gehängtes Nagelbrett mit scharfen Spitzen und Seilzug-Auslösung sowie zwei Ballonflaschen, Volumen 40 Liter, gefüllt mit Benzin und Motorenschmieröl. Wären die beiden Super-Mollies geworfen worden, hätten sie „die Wirkung einer Bombe gehabt und die ganze Straße in Flammen gesetzt", sagt der Berliner Polizeipräsident Georg Schertz.

Ähnlich wie Napalm hätte die Ölbeimischung im Brandsatz gewirkt: Die klebrige Flüssigkeit haftet an den Schutzanzügen, so daß sie sich, wenn die Beamten mit Feuer in Berührung gekommen wären, immer wieder aufs neue entzündet hätten.

Wer sich mit Gewalttätern dieses Schlages solidarisiere, hielt Momper der AL vor, „verbündet sich mit der falschen Seite". Renate Künast weist den Vorwurf zurück: Die AL habe sich „zu keinem Zeitpunkt mit Gewalt solidarisiert", sondern „beide Seiten zur Gewaltlosigkeit aufgefordert".

Die AL-Fraktionschefin meint, es sei überflüssig gewesen, die Besetzer zu vertreiben: „In Ost-Berlin stehen 27 000 Wohnungen leer." Momper hält dagegen, daß im Ost-Teil Berlins 45 000 Menschen Wohnungen suchen, die vorhandenen jedoch weitgehend unbewohnbar sind: „Es kann nicht angehen, daß sich manche an der Schlange der Wohnungssuchenden, die ja in Ost-Berlin besonders groß ist, vorbeimogeln und sich selbst das nehmen, was sie an Wohnraum gebrauchen können."

Zwar hatte der am 6. Mai gewählte Ost-Berliner Magistrat seit Monaten versucht, Hausbesetzungen zu legalisieren. Den Bewohnern wurden Mietverträge für einzelne Wohnungen angeboten.

Aber nur eine Minderheit hat sich bislang darauf eingelassen. Ein Ende Juni von Besetzern gebildetes „Vertragsgremium", das angibt, für 77 Häuser zu sprechen, lehnt individuelle Vereinbarungen ab und fordert Globalverträge. Diese Kontrakte sollen, so Besetzer-Forderungen, nach Belieben mit Pseudonymen oder Spitznamen unterschrieben werden können, so daß im Konfliktfall kein Vertragspartner zu identifizieren ist.

Allerdings konnte der Magistrat bis zum Tag der Einheit auch keine Zwangsmaßnahmen gegen die widerborstigen Bewohner ergreifen. Denn die Polizei unterstand bis zum 3. Oktober dem letzten DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel (CDU) – und der weigerte sich beharrlich, die Beamten zur Räumung besetzter Häuser einzusetzen.

Als Wahlkampfgetöse erweist sich denn auch der Vorwurf des christdemokratischen Oppositionsführers Eberhard Diepgen, 49, Senat und Magistrat hätten das Hausbesetzer-Problem verschleppt. Seit dem Zerfall der SPD/AL-Koalition wirkt Diepgen irritiert: Seiner Partei, die ihre Wahlkampfenergie vollständig auf Rot-Grün fokussiert hatte, ist unversehens das Feindbild abhanden gekommen.

Säuerlich äußerte Diepgen letzte Woche den „Verdacht", daß es sich beim Bündnisbruch um ein „wahltaktisches Manöver" der AL handle, die den Pakt mit der SPD „nur unterbrechen und nach dem 2. Dezember fortsetzen" wolle. Immerhin sieht Renate Künast „nicht das grundsätzliche Ende einer rot-grünen Perspektive", obschon die AL „nicht zu allen Bedingungen zu einer Neuauflage der Koalition bereit" sei.

Die Berliner Senatspartner, die 610 Tage miteinander ausgehalten haben und mithin das dienstälteste rot-grüne Regierungsbündnis in Deutschland waren, hatten sich schon seit Monaten nur noch mühsam über die Runden geschleppt. Mögliche Bruchstellen, die immer wieder gekittet wurden, hatte es in Fülle gegeben.

Ob bei der Daimler-Benz-Ansiedlung in der neuen Stadtmitte am Potsdamer Platz, ob beim Bau einer Stromtrasse durch den Spandauer Forst, ob beim Konflikt um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 in Berlin – stets sah sich die AL von „Regiermeister" Momper und seinen Sozialdemokraten in die Knie gezwungen.

Eine neue Machtprobe stand ohnehin bereits für diese Woche wieder an: Mit einem neuen Gutachten wollten Mompers Leute nachweisen, daß die AL-Umweltsenatorin Michaele Schreyer die bislang verweigerte Genehmigung für einen Forschungsreaktor am Hahn-Meitner-Institut erteilen müsse.

Daß die AL gerade jetzt und wegen der Hausbesetzer-Randale den Ausstieg suchte, kann der sozialdemokratische Bausenator Wolfgang Nagel nicht verstehen. Seit Amtsantritt des rot-grünen Senats habe es mehr als 40 Räumungen im Westen der Stadt gegeben, „die hat die AL entsprechend der Koalitionsvereinbarung immer mitgetragen", obwohl sie auch in diesen Fällen „nie konsultiert" worden sei.

Am selben Tag, als die Koalition zerbrach, wurde in Kreuzberg erneut ein besetztes Haus geräumt. Nagel: „Da hat die AL nicht protestiert, und es gab auch keinen Trouble."

„Die Besetzer sprechen Schwäbisch“

SPIEGEL-Interview mit Berlins Bürgermeister Walter Momper über Koalitionsbruch und Wahlaussichten

SPIEGEL: Herr Momper, Ihre bisherige Partnerin, die AL, hat Ihnen die Koalition auf- und ein Mißtrauensvotum angekündigt. Was empfinden Sie?

MOMPER: Ich bedauere das, zumal es zwei Wochen vor dem Wahltermin passiert. Und es schmerzt mich, weil der Mißtrauensantrag geeignet ist, die ganzen 20 Monate rot-grünen Senats im nachhinein für null und nichtig zu erklären.

SPIEGEL: Haben Sie den Bruch provoziert?

MOMPER: Nein. Die rot-grüne Koalition hat besser funktioniert, als viele meinen. Die Konflikte, die es gegeben hat, waren ja alles auch gesellschaftliche Konflikte, ob das der Streit um die Kernenergie im Zusammenhang mit dem Forschungsreaktor im Hahn-Meitner-Institut war, ob es die sehr wichtige Frage der Bebauung des Potsdamer Platzes war, ob das die Frage der Olympiade war. Um all diese Themen waren die Konflikte schon die öffentliche Auseinandersetzung wert, die darum geführt worden ist.

SPIEGEL: Die Zustimmung einer Mehrheit der Bürger haben Sie mit Ihrer Politik offenbar nicht erringen können. Nach einer Meinungsumfrage des Senats votieren derzeit nur ein Viertel der Wähler für Rot-Grün.

MOMPER: Nach derselben Meinungsumfrage liegt der Zuspruch beispielsweise zu einer Großen Koalition noch unvergleichlich niedriger. Die Leute sind nicht für Koalitionen, sondern für Parteien. Ich freue mich darüber, daß die Masse der sozialdemokratischen Wähler eine Alleinregierung der SPD wünscht, und das deckt sich mit meinem Wunsch.

SPIEGEL: Um allein regieren zu können, müßte die SPD zu den 37 Prozentpunkten der letzten Wahl gewaltig zulegen. Übernehmen Sie sich da nicht?

MOMPER: Das hat es in der Geschichte alles schon gegeben. Jetzt geht es um klare Verhältnisse in Berlin.

SPIEGEL: Die AL begründet ihren Ausstieg mit der vom SPD-Innensenator verfügten Räumung besetzter Häuser und der daraus entstandenen Eskalation der Gewalt ...

MOMPER: ... die Gewalt ist nicht durch die erste Räumung in ganz anderen Stadtbezirken ausgelöst worden, sondern dadurch, daß die militanten Autonomen aus der Mainzer Straße nicht nur im dortigen Umfeld Barrikaden gebaut, sondern auch die Frankfurter Allee, eine der Hauptverkehrsstraßen, abgesperrt haben. Dabei hat es einen unglaublichen Ausbruch von Gewalt gegeben. Das hat dann überhaupt erst die Räumungsaktion vom Dienstag ausgelöst. Um den Bewohnern mit normalen Mietverträgen in der Mainzer Straße wieder ein normales Leben zu ermöglichen, mußte die Straße geräumt werden.

SPIEGEL: War die Gewaltexplosion nicht vorhersehbar?

MOMPER: Kalkulierbar war, daß es – wie immer nach Räumungen – Demonstrationen und Anschlußauseinandersetzungen geben würde. Aber überhaupt nicht kalkulierbar war diese Intensität der Gewalt, bei der der Tod von Polizeibeamten billigend in Kauf genommen wurde. Die neue Qualität ist doch, daß in großer Zahl Gehwegplatten von den Häusern geworfen wurden, daß es einen Hagel von Molotowcocktails gegen die Beamten gab, Signalmunition gezielt verschossen wurde – alles Anschläge, die geeignet sind, Menschen zu töten.

SPIEGEL: Wieso ist die Hemmschwelle derart tief gesunken?

MOMPER: Das ist ein allgemeines Phänomen, das auch in den Fußballkrawallen deutlich wird. Die Intensität der Gewalt wird von der Gesellschaft zunehmend akzeptiert. Es regen sich hierzulande nur noch wenige darüber auf, wenn todbringende Geschosse von den Dächern fliegen.

SPIEGEL: Woher kommt diese Verrohung?

MOMPER: Wenn man Rambo im Fernsehen oder im Kino zeigt, darf man sich nicht wundern, wenn Menschen bereit sind, das in der Realität umzusetzen.

SPIEGEL: Gehört nicht auch der seit der Vereinigung gestiegene soziale Problemdruck zu den Ursachen?

MOMPER: Das glaube ich nicht. Die Herkunft der Festgenommenen nach den Krawallen dieser Tage hat gezeigt, daß es sich eindeutig um einen Randale-Export von West nach Ost gehandelt hat. Die Sprache der Besetzer ist bekanntlich Schwäbisch. In Kreuzberg etwa dominieren jene Kinder der süddeutschen Kleinstädte, die sich hier austoben und die verpaßten Indianerspiele ihrer Jugend nachholen – womit ich die Intensität der Gewalt nicht verharmlosen will.

SPIEGEL: Wird durch die Krawalle die Entscheidung, ob Berlin Regierungssitz wird, beeinträchtigt? Vor einer „Hauptstadt Kreuzberg“ haben Unionspolitiker ja schon gewarnt.

MOMPER: Es ist klar, daß sich einige in Bonn oder in Bayern die Hände reiben. Aber dies ist unser aller Jugend, auch die Jugend der Westdeutschen. In Berlin kündigen sich solche gesellschaftlichen Entwicklungen, wie sie der SPIEGEL gerade in der vorigen Nummer in seiner Titelgeschichte über Jugendbanden dargestellt und analysiert hat, nur früher an.

SPIEGEL: Werden Sie der Empfehlung Ihres CDU-Vorgängers Eberhard Diepgen folgen und schon vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag zurücktreten?

MOMPER: Dazu habe ich keinen Anlaß. Ob die Räumung in der Mainzer Straße richtig war oder nicht – nur darum geht es bei diesem Mißtrauensvotum.

SPIEGEL: In diesem Punkt müßte Ihnen die CDU eigentlich das Vertrauen aussprechen.

MOMPER: Ich sehe der namentlichen Abstimmung mit Spannung entgegen. Denn das wird schon pikant, wenn die Alternative Liste mit den Republikanern und mit der CDU einen Regierenden Bürgermeister abwählen will, der 20 Monate lang das Flaggschiff der Koalition gewesen ist, die auch nach Auffassung der AL eine Fülle von vorzeigbaren Ergebnissen gebracht hat.

Michael Jäger

Verlogene »Berliner Linie«

Um die verbrannte Erde der Mainzer Straße geht es dabei am allerwenigsten, eher um die Brennbarkeit von Senatsstühlen.

Nachdem vergangene Woche in der Mainzer Straße alles zu Bruch gegangen ist: Häuser, Köpfe, Anfänge von Vertrauen, von Demokratie, die rot-grüne Koalition, reden jetzt beide Parteien über das Porzellan, das nicht zerbrochen werden dürfe. Die SPD drohte, bei einem Mißtrauensantrag der AL gegen Momper werde es keine Neuauflage der Koalition geben. Umweltsenatorin Schreyer, AL, aber hofft: »Vielleicht ist es ja doch nur eine Unterbrechung meiner Amtszeit...« Der Berliner CDU-Vorsitzende Diepgen wiederum unterstellt, daß uns SPD und AL nur ein Wahlkampfspektakel vorführen, um bei getrennter Marschordnung ihre Wählerreservoirs besser ausschöpfen zu können. Nach der Wahl würden sie sich wieder zusammentun.

Die Lage ist wohl etwas komplizierter. Die SPD hat tatsächlich seit Monaten versucht, die AL aus der Koalition zu treiben, um bei der Wahl vor rechten Wählern ordentlicher dazustehn. Die AL begreift das, wollte es verhindern, ließ sich deshalb immer wieder von der SPD düpieren und schluckte »Kröten«. *Ihre* Absicht war es niemals, die Koalition zu verlassen. Das begreift wiederum die SPD und macht es sich zunutze. Jedem Tritt, den sie der AL gibt, das nette Wort beifügend, ein Koalitionsende würde sie »schmerzlich« berühren, macht sie die AL immer unschädlicher, indem sie den innern Zwiespalt dieser Partei, ob sie nun bleiben oder gehen solle, auf die Spitze treibt. »Double bind« würden Psychologen es nennen. Außerdem kann bei solcher Taktik die SPD ihren eigenen Zwiespalt am besten meistern. Denn so viel Bedeutung hat die AL immerhin gewonnen, daß die AL-freundliche SPD-Basis ihren Weggang nicht mehr aushielte. Diese Basis könnte nicht länger sozialdemokratisch bleiben, wenn sie wieder allein dastünde mit Mompers Politik, die sich von CDU-Politik nicht mehr nennenswert unterscheidet. Die Gruppe um Momper wiederum weiß, sie muß dem Willen der Basis Rechnung tragen.

Daher also das Schauspiel, daß Momper die AL an die Wand drückt, während andere Sozialdemokraten ihr verzweifelt zurufen, sie dürfe beim Weggehen keine »verbrannte Erde zurücklassen«. Es ist klar, die AL wird sich dem Aufschrei fügen. Nichts deutet auf ein rasches Ende der sozialdemokratischen Hegemonie über diese Partei hin.

Um die verbrannte Erde der Mainzer Straße geht es dabei am allerwenigsten, eher um die Brennbarkeit von Senatsstühlen. Das ist eigentlich das Bedauerliche. Daß die AL sich schwertut, beim Spiel Mompers mitzuhalten, ist verständlich, denn sie ist eine immer noch junge Partei mit nur zehnjähriger Parlamentserfahrung. Aber traurig stimmt, daß sie auch die Vorteile ihrer Jugendlichkeit bisher nicht nutzt. Nicht zuletzt, weil Westberlin schon 1981 von Instandbesetzung und Räumung leerstehender Häuser politisch erschüttert wurde, schaffte ja damals die AL den Sprung ins Abgeordnetenhaus. Gerade von ihr erwartet man heute, daß sie sich und andere über die politische Struktur von »Häuserräumung« aufklären kann; durch Erinnerung an damals, durch Vergleich, durch den etwas weiteren Blick.

Aufklären zum Beispiel über die »Berliner Linie«. Was ist davon zu halten, wenn Momper seinen Räumungsschlag mit ihr rechtfertigt? Sie ist die geniale Erfindung des jetzigen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, der Anfang 1981 für ein paar Wochen Westberlins Regierender Bürgermeister war. Sie besagt, daß ein besetztes Haus nur geräumt wird, wenn die Räumungsklage des Hauseigentümers vorliegt und wenn dieser nachweisen kann, daß er gleich nach der Räumung endlich – jeweils nach langem Leerstand, der zur Besetzung führte – mit den Sanierungsarbeiten beginnen wird. Genial ist die Formel, weil sie als Politik verkauft, was nur Wiedergabe des Gesetzbuchs ist, § 123 StGB. Vogel schafft es, Momper schafft es heute wieder, so zu tun, als ob der Senat ein Räumungsrecht habe, von dem er aus politischer Gnade nur bei Eintritt eines von ihm definierten Ereignisses, nämlich der Eigentümer-Klage, Gebrauch mache; vorher teste er die »Verhandlungswilligkeit« der Besetzer aus, danach könne er, wenn sie nicht groß genug war, um so strafender durchgreifen.

In der Mainzer Straße lagen bis zur Räumung nicht einmal Anzeigen vor.

Nichts davon stimmt. Daß die Polizei erst nach Vorliegen der Klage einschreitet, wird von jenem Paragraphen vorgeschrieben und rührt daher, daß das Delikt so geringfügig ist, um das es hier geht – Hausfriedensbruch. Mehr kann Leuten nämlich nicht vorgeworfen werden, die ein Haus beziehen, das andernfalls brachliegen würde. Selbst »Hausfriedensbruch« ist an den Haaren herbeigezogen, denn wessen »Friede« wird bei Besetzung von Brachland denn gebrochen? Ein Buhrufer, der unbemerkt, obwohl ihm Hausverbot erteilt wurde, eine Opernvorstellung besucht, stört den Hausfrieden mehr. Wie sehr hat Hans-Jochen Vogel das auf den Kopf gestellt: dahin, daß die Staatsmacht immer schon lauernd bereitsteht und Dank dafür entgegennimmt, nicht längst schon zugeschlagen zu haben, auch ohne Rechtsgrundlage, vor der Anzeige des privaten Eigentümers. Mehr noch. Indem Vogel die Rechtstatsachen verwischte, setzte er sich dem phantastischen und völlig absurden Vorwurf der CDU aus, er dulde, da er nicht jederzeit zuschlage, den »rechtsfreien Raum«. Hierauf konnte Vogel nicht antworten, und so kam es, daß er 1981 die Wahl verlor. Momper aber will dem CDU-Vorwurf zuvorkommen.

Daß Momper die Plötzlichkeit seines Polizeieinsatzes als Strafe gleichsam für das ungenutzte Ablaufen eines Ultimatums hinstellt – die Besetzer hätten lange genug Zeit gehabt zu verhandeln –, ist beschämende, erschreckende Vermischung eines Rechtstitels mit einem Stück Kriegslogik, die auch jedem Polizeistaat zu Gesicht stünde; denn rechtsstaatlich gesehen sind die Besetzer nicht im mindesten verpflichtet, mit ihm in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, solange keine Anzeige des Eigentümers gegen sie vorliegt. Im Fall der Mainzer Straße war nicht einmal

Fortsetzung auf Seite 2

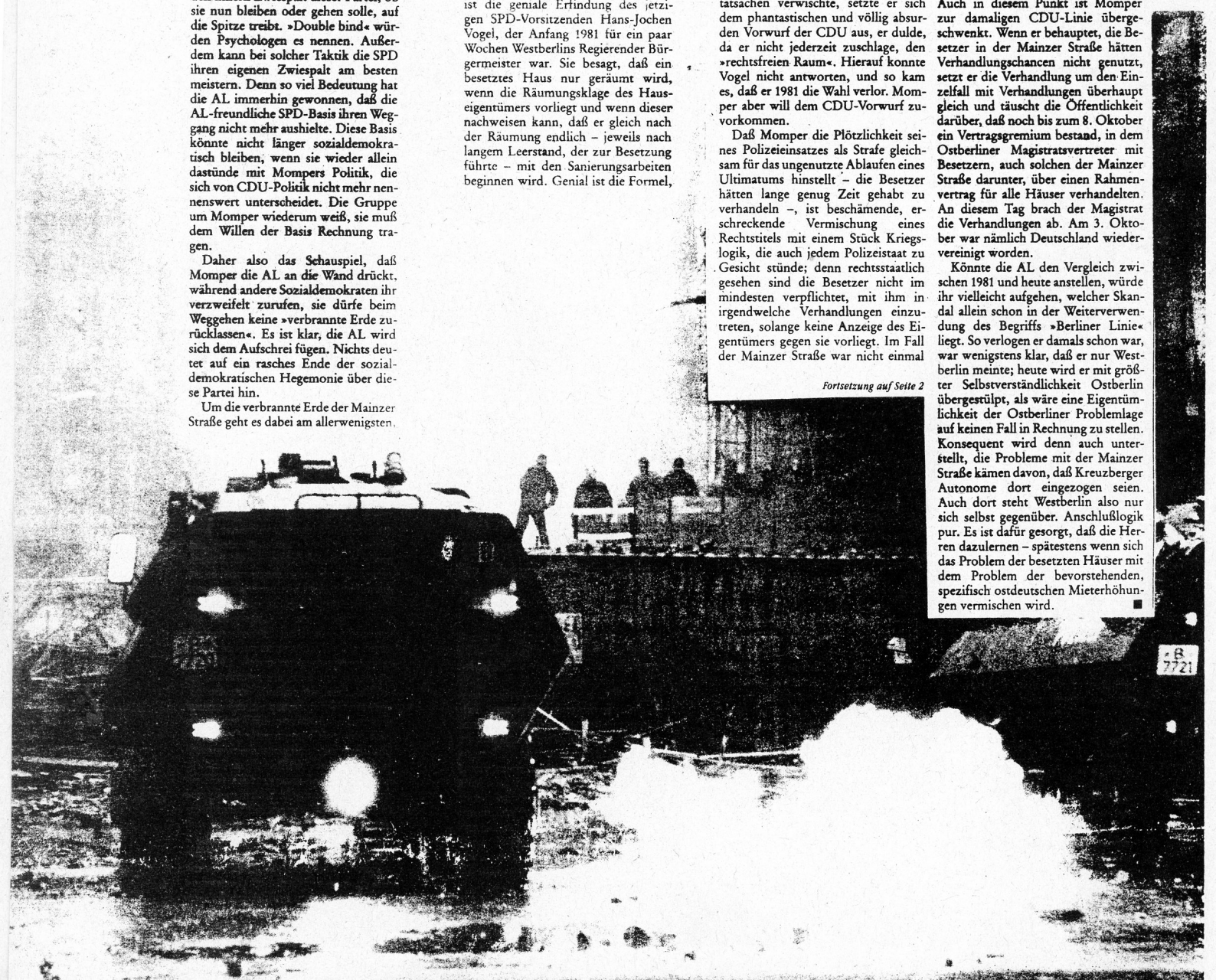
Fortsetzung von Seite 1

klar, ob zum Räumungszeitpunkt Anzeigen vorlagen.

Auch vorhegende Anzeigen aber würden keine Räumungsautomatik rechtfertigen. Politischen Spielraum für Verhandlungslösungen gäbe es auch dann noch übergenug, das Berliner Oberverwaltungsgericht hat nämlich schon am 29.4.81 rechtsverbindlich festgestellt, daß es »nicht ermessensfehlerhaft« sei, »wenn der Senator zunächst abwartet, ob die vom Senat von Berlin beabsichtigte Gesamtlösung des Problems zur Beendigung der rechtswidrigen Besetzung auch des Grundstücks der Antragsteilerin führt«. Diesem Standpunkt wird nicht Momper gerecht, sondern die AL mit ihrer »Deeskalationsstrategie«. 1981 hatte jenes Gerichtsurteil der SPD recht gegeben, die damals trotz Anzeige mit Besetzern weiterverhandeln wollte; heute führt Momper nicht diese Tradition weiter, sondern knüpft an die Politik der CDU an. Als nämlich die CDU 1981 die Wahl gewonnen hatte, ging sie gleich daran, den »rechtsfreien Raum« zu beseitigen – wobei der Besetzer Klaus-Jürgen Rattay starb –; sie behauptete, das sei die wohlverstandene »Berliner Linie«.

Man beachte auch den Ausdruck »Gesamtlösung« in der Feststellung des Gerichts. Er nimmt darauf Bezug, daß die SPD 1981 noch gewillt war, eine Rahmenvereinbarung über die Gesamtheit der Häuser auszuhandeln, während die CDU damals lediglich Einzelfall-Lösungen anbot nach dem Modell des individuellen Bittgängers, der sich zur Behörde traut und dort, wenn er Glück hat, auf Gnade stößt. Auch in diesem Punkt ist Momper zur damaligen CDU-Linie übergeschwenkt. Wenn er behauptet, die Besetzer in der Mainzer Straße hätten Verhandlungschancen nicht genutzt, setzt er die Verhandlung um den Einzelfall mit Verhandlungen überhaupt gleich und täuscht die Öffentlichkeit darüber, daß noch bis zum 8. Oktober ein Vertragsgremium bestand, in dem Ostberliner Magistratsvertreter mit Besetzern, auch solchen der Mainzer Straße darunter, über einen Rahmenvertrag für alle Häuser verhandelten. An diesem Tag brach der Magistrat die Verhandlungen ab. Am 3. Oktober war nämlich Deutschland wiedervereinigt worden.

Könnte die AL den Vergleich zwischen 1981 und heute anstellen, würde ihr vielleicht aufgehen, welcher Skandal allein schon in der Weiterverwendung des Begriffs »Berliner Linie« liegt. So verlogen er damals schon war, war wenigstens klar, daß er nur Westberlin meinte; heute wird er mit größter Selbstverständlichkeit Ostberlin übergestülpt, als wäre eine Eigentümlichkeit der Ostberliner Problemlage auf keinen Fall in Rechnung zu stellen. Konsequent wird denn auch unterstellt, die Probleme mit der Mainzer Straße kämen davon, daß Kreuzberger Autonome dort eingezogen seien. Auch dort steht Westberlin also nur sich selbst gegenüber. Anschlußlogik pur. Es ist dafür gesorgt, daß die Herren dazulernen – spätestens wenn sich das Problem der besetzten Häuser mit dem Problem der bevorstehenden, spezifisch ostdeutschen Mieterhöhungen vermischen wird. ■



ZWEI TAGE NACH DER »RÄUMUNGSSCHLACHT«

Überlegungen von Ute Frings

Freitag, 23. November 1990, Nr. 48

Mensch Püppi, jetzt mußt Du auch noch durch den 3. Weltkrieg.« Den jungen Vater, der einen Kinderwagen durch die aufgerissene Mainzer Straße bugsiert, über tiefe Löcher hinweg, vorbei an aufgeschichteten Pflastersteinen und Resten von Barrikaden, kann das offensichtlich nicht aus der Ruhe bringen. Seine kleine Tochter beschwert sich allerdings lauthals quäkend über das ungewohnt heftige Holpern; selbst für DDR-Verhältnisse. Es ist Freitagnachmittag, zwei Tage nach der »Räumungsschlacht« in der Mainzer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain. Wasserwerfer und der seit Tagen anhaltende Dauerregen haben die Erde in knöcheltiefen Schlamm aufgeweicht. Entlang der zwölf ehemals besetzten Häuser wurde ein Zaun aufgestellt. Dahinter türmt sich das Inventar aus den Häusern: Sessel, Badewannen, Tische, Lampen, Hifi-Anlagen, unter Plastikplanen der Bestand des DDR-Antiquariats: braune Lenin-Bände, das »Volkstaschenbuch für warme Länder«, Dietz-Geschichtskalender. In der Volksküche im Haus Nr. 22 gabs am 7. 11. Gyros und Tzaziki, ist auf einem Plakat zu lesen. Aus den Fenstern schaufeln Bauarbeiter die Essensreste der Besetzer auf das Inventar.

Was noch zu gebrauchen war, sollen sie sackweise nach Hause geschleppt haben, der Alkoholbestand der Besetzerkneipe soll ihren Einsatz gestärkt haben – Kriegsbeute.

Außer den Bewohnern der unbesetzten Häuser, Journalisten und Politikern darf keiner die Straße betreten. Zufahrtsstraßen, Hofverbindungen, jeder Durchschlupf wird von kleineren Gruppen der Polizei bewacht. Breite Schultern, steife Oberkörper und ausgebeulte Knie, die Füße in hochgeschnürten Stiefeln, die Männer und vereinzelt auch Frauen in den grünen Uniformen sind für den Kampf gerüstet. Zwei junge Frauen in schwarzen Jeans, schwarzen Stiefeln, schwarzen Lederjacken nähern sich von der Frankfurter Allee her. In Höhe der Absperrung an der Ecke Mainzer Straße werden sie von zwei Polizisten aufgehalten. Kontrolle! »Faß' mich nicht an!« schreien sie auf. Schaulustige Passanten bleiben stehen. Die jungen Beamten werden nervös. Mit einem Walkie-Talkie rufen sie zwei Kolleginnen herbei. »Feuer und Flamme fürs Patriarchat«, skandiert eine der Frauen. Die Neugierigen schütteln verständnislos den Kopf. Mit gespreizten Beinen, die Hände an eine Hauswand gelehnt, werden die Besetzerinnen von den Polizistinnen nach Waffen abgetastet. Langsam, akribisch genau suchen sie unter den Achseln, zwischen den Beinen, in den Taschen. Sie finden nichts, die Frauen können passieren.

Die Parallelstraße zur Mainzer heißt Kreutziger Straße. Auch hier besetzte und »normale« Häuser. »Miethaie zu Fischstäbchen«, hat jemand auf eine der abgeblätterten Fassaden gesprüht. Ein West-Import, der mangels Privateigentum (noch) nicht zutrifft, gleichwohl ein Zeichen der Einheit. »Die sollen doch drüben bleiben, in Kreuzberg«, ärgert sich ein Trabantbesitzer, der sein hellblaues Gefährt blitzblank wienert. Gegenüber vor dem Info-Café hält ein Passat mit West-Berliner Kennzeichen. »Will noch jemand mit rüber in die Muskauer?« Der Wagen ist schnell vollbesetzt und düst ab gen Westen. Das Gerücht, daß »kampferprobte« Westler aus Kreuzberg und der Hafenstraße, vor allem hier in Friedrichshain die Szene beherrschen sollen, finden wir an diesem Tag nicht bestätigt, vielleicht auch nur, weil der Kampf erst einmal vorbei ist. Zum Glück, denn so bleiben uns dumpfe Pöbeleien und Platitüden wie »Kampf dem Schweinesystem« erspart.

Die besetzten Häuser der Kreutzigerstraße trennt der Friedhof der evangelischen Verheißungsgemeinde von der Rückfront der geräumten Mainzer Straße. »Haben Sie Angehörige hier«, fragen die Polizisten mit dem Emblem Nordrhein-Westfalens auf dem Ärmel Friedhofsbesucher am Eingang. Ihre Kollegen bewachen das Arreal aus einem Auto zwischen den Gräbern. Auf der Mauer zur Mainzer Straße windet sich neuer Natostacheldraht, Glasscherben spicken frischen Beton.

Auf der anderen Seite trennt ein Maschendrahtzaun den Friedhof vom Garten eines der besetzten Häuser. Eine dunkelbraune Ziege meckert unermüdlich vor sich, Besetzer weisen Journalisten auf den »Belagerungszustand« hin und zeigen, als Beweis für die Verwendung von Plastikgeschossen, silbergraue Metallhülsen vor, die sie im Garten gefunden haben.

»Das westdeutsche Imperium hält Ostberlin besetzt«, erklärt Kipper, der sich mit uns im Info-Café zusammensetzt. Er vergleicht den »Krieg, was sonst« mit der allgemeinen Aggressivität, mit der der Westen den Osten angleiche. Der Student der Ethnologie bemüht Belfast als Vergleich, benutzt Worte wie Bürgerkrieg, Waffenstillstand, Panzer und Verteidigung. Dabei wirkt er gar nicht wie jemand, der »Riesen-Mollis« schmeißt oder Stahlkugeln mit einer Schleuder abschießt. Er ist sanft, klug, einer der hier nur »herrschaftsfrei« mit Leuten leben will, die er mag. Kipper kommt aus Weimar, wo er zweimal ein halbes Jahr im Knast saß, wegen Wehrdienstverweigerung, dann ausreiste, fünf Jahre in Westberlin lebte und am 18. April zurück ging, um mit Freunden aus Ost und West dieses Haus zu besetzen. Probleme zwischen Ostlern und Westlern? »Eigentlich nicht«, antwortet er, allerdings gebe es unterschiedliche Erfahrungen und die Wessis hätten die lauteren Sprüche drauf. Die Stadtguerilla-Taktik, erfahren wir später, haben die erprobten Kämpfer aus dem Westen nach Ostdeutschland importiert, wie man Molotow-Cocktails bastelt und gegen die »Bullen« kämpft. Doch für die Ostler, so Kipper, wäre es ein leichtes gewesen ein paar Kalaschnikows von den Russen zu besorgen, die jetzt leicht zu haben seien. Doch darauf habe man verzichtet. Damit sei auch die »Mordlust«, die Momper ständig zitiert, nicht vorhanden gewesen. Das zweifelsohne gefährliche Spiel, Ziegel von den Dächern zu werfen, hält er für eine psychologisch verständliche Reaktion von in die Enge Getriebenen. Die Räumung der Mainzer wird von Hans, ebenfalls ein aus dem Westen zurückgekehrter Ostler, als wahltaktisches Manöver interpretiert. Gleichzeitig als Schwächung der Bewegung, die jetzt gespalten sei in diejenigen, die ängstlich Einzelverträge mit der Wohnungsbaugesellschaft unterschrieben und die, die wenigstens noch ein paar Wochen damit warten wollen, um nicht lächerlich zu erscheinen.

Mit Hans fahren wir in die Pfarrstraße im Bezirk Lichtenberg, wo für vier Uhr eine Pressekonferenz angesetzt ist. Im südlichen Teil der Straße, früher eine beliebte Defa-Kulisse, wirken die frischrenovierten Stuckfassaden wie Fremdkörper in dem heruntergekommenen Bezirk. Die besetzte nördliche Hälfte zeigt wieder das gewohnte Bild ruinierter Gründerzeitbauten. Mit der Räumung von zwei Häusern hier und und in der Cotheniusstraße in Prenzlauer Berg hatte am 12. November alles begonnen. In der Pfarrstraße herrscht Angst vor Räumung. Mit der Pressekonferenz soll öffentlich Verhandlungsbereitschaft bekundet werden, um »Mißverständnissen« wie in der Mainzer Straße vorzubeugen. Bärbel Bohley vom Neuen Forum und Michael Schreyer, bis zum Koalitionsbruch Umweltsenatorin im rot-grünen Senat, werden als Vermittlerinnen vorgeschlagen. Ständig patrouillieren die Mannschaftswagen der Polizei durch die Straße, »psychologische Kriegführung« wird dies genannt. »Denen braucht nur ein bißchen Stuck aufs Dach zu rieseln, dann haben sie einen Vorwand, um uns zu räumen.« Doch damit nicht genug, fühlen sich die Besetzer auch noch von Skinheads und Mitgliedern der rechtsradikalen »Nationalen Alternativen« bedroht, die sich in Lichtenberg konzentrieren. Einen gemeinsamen Kampf gegen die Polizei, den die Neonazis den Besetzern vorgeschlagen haben, haben sie abgelehnt und sich damit das Versprechen eingeheimst, von den rechten Schlägertrupps »fertiggemacht zu werden«.

»Dialog statt Bürgerkrieg« steht auf einem Transparent, das an einem der besetzten Häuser in der Tucholskystraße in Berlin Mitte hängt. Das schwere Schloß ist unverschlossen. Im Eingang stapeln sich Fahrräder, im Hinterhof Müll. Der erste Stock ist unbewohnt. Zwei Treppen höher kehrt eine junge Frau die Treppe. Zum unangemeldeten Journalistengespräch bei Kaffee, Tee und Kakao finden sich Kaspar, Ole und Effi ein. Der Dreck kann auch später noch weggekehrt werden. Es ist kalt in dem Gemeinschaftsraum, die nächste Kohlenlieferung kommt erst in zwei Wochen. Von der Decke baumelt eine ausgestopfte Puppe in grüner Militärkleidung, eine Gasmaske als Unterhose umgebunden. Vor einer halben Stunde [illegible] junger Polizist von einem [illegible] übungszimmer berichtet, [illegible] Mainzer Straße gefunden [illegible] ausgestopften Puppen. Viell[illegible] auch das nur Kunst, wie hier, [illegible] dings nur diejenigen wohnen, [illegible] meinhin als die »guten« Besetzer [illegible] mieren. Zum größten Teil Studen[illegible] aus Westberlin, aus gutbürgerlich[illegible] Hause, zu denen sich nach und nach ein paar Ostler gesellt haben. Effi kommt aus Dresden, im August letzten Jahres ist sie über Ungarn in den Westen geflohen. Im Mai kam sie zurück, im Sommer ist sie hier eingezogen.

Kaspar und Ole sind stolz darauf, daß bei ihnen die Mauer im Kopf schneller gefallen sei als bei den Politikern, die immer davon redeten. »Wir sind die ersten, die wirklich einen Ost-West-Kontakt hergestellt haben.« Wenn auch Ole einräumt, daß sie vielleicht am Anfang den Kolonialismus der Großen im Kleinen vollzogen hätten, indem sie sich hier eingenistet haben. Aber die Hausbesetzung ist für die beiden nur mehr eine spielerische Erfahrung, deren Scheitern keine weitreichenden Konsequenzen nach sich ziehen würde. Im Gegensatz zu Effi, die sich mit Arbeitslosengeld-Ost begnügen muß und im Falle einer Räumung auf der Straße sitzen wird.

Auf dem Weg zum Besetzer-Forum in der Gethsemane-Kirche machen wir noch einmal Halt in der Scharnweberstraße in Friedrichshain. Der Zugang zur Straße, die auf die Mainzer führt, ist ebenfalls von Polizisten abgeriegelt. Ausweiskontrolle. Für Unbefugte Betreten verboten. Die Erdgeschosse der besetzten Häuser sind zugemauert. Auf dem Dach eines Eckhauses weht eine rote Fahne. Die Bewohner der besetzten Häuser sollen, so hatte man uns vorher berichtet, ausgehungert werden. Sie dürften weder rein noch raus. Eine unberechtigte Hysterie, wie sich auf Nachfrage bei dem Einsatzleiter herausstellt. Als man uns die gut verschlossene Eingangstür in einem der Häuser einen Spalt breit öffnet, wird die Auskunft bestätigt. Pressegespräche seien allerdings jetzt nicht möglich, man verhandle gerade mit der Wohnungsbaugesellschaft.

»I wanna go home«, tönt es etwas schräg aus einem der grün-weißen VW-Busse. Ein anderer Polizist, die zerstörte Fassade des »Tuntenhauses Forellenhof« in der Mainzer Straße im Blick, wünscht sich nichts sehnlicher, als die Beine vor dem Fernseher auszustrecken und endlich in Ruhe ein Bier zu trinken, im heimatlichen, rheinischen 2000-Seelen-Dorf. »Berlin interessiert mich einen Dreck.«

Das Forum in der Gethsemane-Kirche spiegelt das Motto der Veranstaltung wider. »Besetzt-entsetzt.« Konzepte für die Zukunft, die sich die vielen Besetzer und Sympathisanten von den Geladenen, unter anderem Thomas Krüger (Innenstadtrat – SPD), Wolfgang Thierse (Baustadtrat – SPD), Ibrahim Böhme (Polizeibeauftragter – SPD), Helios Mendiburu (Bezirksbürgermeister von Friedrichshain – SPD) und Bärbel Bohley (Neues Forum) erhofften, blieben aus. Die Herren von der SPD waren betroffen, Böhme sprach von Wortbruch. Der Schock, unverblümt von den westlichen Politikern beiseite geschoben und übergangen worden zu sein, saß tief. Für eine klare Distanzierung von dem Vorgehen der neuen Herren aus dem Senat fehlten allerdings Wille und Mut. Wie hatte es Kipper formuliert? »Das westdeutsche Imperium hält Ostberlin besetzt.« ■

1400 Polizisten rückten gegen Hausbesetzer in Friedrich

Kein Frieden im neuen Land

Der Rechtsstaat darf sich der Gewalt von Hausbesetzern und Chaoten nicht beugen

Wer hätte sich dies träumen lassen in der Jubelnacht vom November 1989, in der die Menschen zu Tausenden durch das Brandenburger Tor strömten, mit Freudentränen in den Augen, und Wildfremde einander umarmten und küßten? Fast auf die Woche genau ein Jahr nach der Öffnung der Berliner Mauer und ein wenig mehr als einen Monat nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten hat das geeinte Deutschland sein erstes politisches Erdbeben erlebt. Das Beben hat allen mit harten Stößen zu Bewußtsein gebracht, daß die neue Bundesrepublik nicht einfach die Fortsetzung der alten in einem größeren geographischen Raum und mit einer um sechzehn Millionen Menschen vermehrten Bevölkerung sein wird.

Das Epizentrum lag, auch dies nicht von ungefähr, im Osten der noch immer von einem Provisorium aus Westberliner Senat und Ostberliner Magistrat verwalteten Hauptstadt. Dort, wo bis vor kurzem die Mauer das Bild der Zerrissenheit eindrucksvoller prägte als der Todeszaun auf dem flachen Lande, sind auch die Verwerfungen an der Oberfläche und im Untergrund deutlicher zu erkennen als anderswo.

Wohnungsnot herrscht im westlichen wie im östlichen Teil der Stadt, aber ihre Ursachen und ihre Auswirkungen lassen sich kaum miteinander vergleichen. Im Westen haben Bodenspekulation und eine an den Gesetzen der Marktwirtschaft orientierte Baupolitik den Mangel erzeugt. Im Osten hat ihn ein sogenannter Sozialismus hervorgebracht, der dem Volk alles versprach und dem einzelnen nichts zu bieten vermochte. Hüben fehlen nach jüngsten Schätzungen 145 000 Wohnungen, drüben stehen 25 000 leer; die meisten davon haben freilich nur noch Abbruchwert.

Dies war die Ausgangslage für regelrechte Straßenschlachten, die an zwei Tagen der vergangenen Woche im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain zwischen Hausbesetzern und einer aus Ost- und Westeinheiten gemischten und am Ende von Grenzschutz-Bereitschaften aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unterstützten Polizei tobten. Beim ersten Räumungsangriff der Ordnungsmacht obsiegte die Straße über die Polizei; erst am übernächsten Morgen konnte das um ein Mehrfaches verstärkte Aufgebot die Besetzer in stundenlangem Kampf überwältigen. Die Auseinandersetzung nahm bürgerkriegsähnliche Züge an, wenngleich Hoheitsträger gegen Straftäter kämpften: Barrikaden mußten niedergewalzt, ein Dutzend Häuser eines nach dem anderen erstürmt werden. Von den Dächern fielen schwere Gehwegplatten; vermummte Chaoten warfen bis dahin unbekannte, mit einem tückischen Gemisch aus Benzin und Altöl gefüllte Molotowcocktails auf die Beamten.

Der erste Ausbruch kollektiver Gewalt in der Ostberliner Hausbesetzer-Szene hat alles übertroffen, was wir seit vielen Jahren in der Bundesrepublik gewohnt sind. Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, selbst nicht Zeuge des Geschehens, weil er sich mit seinem Ostberliner Magistratskollegen gerade in Moskau aufhielt, umschrieb die Fakten und die sich daraus ergebende Schlußfolgerung dennoch zutreffend: Der harte Kern der Hausbesetzer war bereit, um seines angemaßten Besitzrechts willen Polizeibeamte zu töten. „Damit läßt sich kein liberaler Rechtsstaat machen."

Damit läßt sich überhaupt kein Rechtsstaat machen. Aber der Rechtsstaat war in einer Senatskoalition, deren einer Partner ohnehin ein gebrochenes Verhältnis zum Recht und ein vielfach schillerndes zur Gewalt hat, von vornherein angefochten. Es erscheint jetzt in einem freilich makabren Sinne beinahe logisch, daß erstmals ein Regierungsbündnis von Sozialdemokraten und Grün-Alternativen an der Gewaltfrage gescheitert ist. Am Ende der rot-grünen Koalition in Hessen unter Holger Börner war es „nur" um die Genehmigung einer Nuklear-Anlage gegangen.

Es steht zu befürchten, daß die Krawalle in der Mainzer Straße zur Initialzündung für einen Flächenbrand der Gewalttätigkeit werden könnten, von dem nächst Berlin alle größeren Städte der ehemaligen DDR bedroht sind. Die neuartige Mischung von Benzin und Altöl in den Molotowcocktails vom Typ Ost wirkt symbolisch: Drei Viertel der vorige Woche im Ostteil der Stadt Festgenommenen stammten aus dem Westen; ein erheblicher Teil von ihnen ist beim Bundeskriminalamt unter der Rubrik „reisende Gewalttäter" registriert.

Die Vorstellung, daß rücksichtslose Chaoten und Rabauken westlichen Zuschnitts Jugendliche im ehemaligen Honecker-Staat leicht infizieren könnten, erscheint auf den ersten Blick wenig einleuchtend. Schließlich hat die DDR-Jugend den Unrechtsstaat am eigenen Leibe erfahren, seine brachiale Gewalt gegen Andersdenkende, seinen Zwang zur Uniform und Uniformität, zu Heuchelei und unbedingtem Gehorsam. Müßten ihr da nicht Freiheit und Demokratie, die sie nun mit eigenen Händen greifen kann, wie ein wahr gewordener Traum erscheinen – viel mehr noch als den jungen Menschen im Westen, die damit aufgewachsen sind wie mit einem selbstverständlichen Besitztum?

Offenbar trifft diese Vermutung nur bedingt zu, und um so weniger, je bedrückender die tatsächlichen Umstände und die Umwelt sind, mit denen und in der die Jugend im Osten vorerst weiterleben muß: ärmer als in der Altrepublik, noch mehr bedroht von Arbeitslosigkeit, in einer zerstörten Landschaft mit Wohnruinen in den Städten. Hinzu kommt als neue Erfahrung ein latentes Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Westlern, die doch offensichtlich alles besser können und alles reichlicher haben. Vom einstigen sozialistischen Selbstbewußtsein ist nichts übriggeblieben. Im menschlichen Umgang wird das Gefühl geringen Eigenwerts oft von dem Wunsch kompensiert, es nun denen zu zeigen, die nach eigener Einschätzung noch eine Stufe niedriger stehen als man selbst. Dies erklärt zum Teil den vor allem unter Jugendlichen in der früheren DDR um sich greifenden Ausländerhaß.

Tatsächlich hatten sich ja die neuen *street gangs* in Ostberlin und einigen anderen DDR-Großstädten mit der brutalen Jagd auf Türken und ander Angehörige ausländischer Minderheiten scho hervorgetan, noch ehe der Häuserkampf in Fried richshain begann. Die von der Bundesregierun beauftragte Sachverständigen-Kommission zu Untersuchung von Gewalt und von Mitteln zu ih rer Verhinderung hat in ihrem vor einem Jahr vor gelegten Abschlußbericht zwei bemerkenswert Feststellungen getroffen – noch ohne jeden Blic auf die Verhältnisse in der damaligen DDR. Zur einen: Offenbar spiele „das Empfinden allgemei ner Unordnung und Verwahrlosung im öffentli chen Raum (für die wachsende Bereitschaft zu Gewalt) eine Rolle". Zum anderen: „Bereits ver wahrloste Gebäude sind besonders anfällig, we sie sich nicht als erhaltenswerte Gegenstände dar stellen und als Modelle und Anreize für vandali stisches Verhalten wirken."

Das sind mittlerweile fast prophetische Worte gemünzt auf die Slums in der alten Bundesrepu blik, zutreffend für die innere Ordnungsstruktu und den größten Teil der Bausubstanz in der ehe maligen DDR – heute und vermutlich noch fü eine Reihe von Jahren. Die Ordnung in Ost deutschland wird noch immer vertreten von eine bis gestern korrupten, gnadenlosen Justiz und Po lizei, die nur zuzuschlagen gelernt hat und nur bar jeder Anerkennung und Autorität in der Be völkerung, furchtsam und ratlos beiseite tritt ode eben, weil sie es nicht besser kann, gelegentlic blindlings schießt.

Den Hausbesetzern bleiben in Ostberlin noc immer 25 000 leerstehende Wohnungen zu bese zen, sei es, weil sie dort wirklich wohnen, sei e nur, weil sie Randale machen wollen. Was kan dagegen ein Senatsmodell namens „Berliner Linie ausrichten, das sich vorgenommen hat, alle „Al besetzer" bleiben zu lassen und alle neuen hinaus zuwerfen?

Es ist wirklich zum Verzweifeln. Hannah Arend hat dazu in ihrem 1970 erschienenen Buch übe „Macht und Gewalt" einen Satz von schier zwin gender Einsicht geschrieben: „Von Leuten, d nicht die leiseste Ahnung haben, was ein Gemein wesen ist, zu erwarten, sie sollten, wenn es um il persönliches Interesse geht, gewaltlos reagiere und vernünftig argumentieren, ist weder realistisc noch vernünftig."

Landfrieden ist ein schönes Wort in der deu schen Sprache. Es hat den Beiklang von Eintrac und guter Nachbarschaft. Doch wer immer es b uns gebraucht, zitiert dabei seit langem nur noc aus dem Strafgesetzbuch. Das wird sich so ba nicht ändern.

Die Zeit
23.11.

Weitere Infos vom Ermittlungsausschuß (EA)

"Es ist ein Wunder, daß es keinen Toten gab..."

Festnahmen: über 400, genaue Anzahl unbekannt, davon auf der Demo 30.

Haftbefehle: 7, davon 5 bekannt. 4 Festnahmen auf Demo vom 14.11.

Bisher zwei Freilassungen.

Anklagen: Hauptsächlich "Hausfriedensbruch" und "Landfriedensbruch", bei einigen auch "Schwerer Landfriedensbruch". In einem Fall behauptet die Polizei, der Festgenommene habe einen Molli in der Hosentasche gehabt; der Betreffende betont energisch, er sei ihm auf der Wache zugeschoben worden. Neu ist, daß die Anklage wegen "Schweren Landfriedensbruchs" auch gegen SanitäterInnen erhoben wird.

Zum Schußwaffeneinsatz: Abgegeben wurden drei Schüsse, davon trafen zwei. Im einen Fall handelt es sich um einen Querschläger. Dieser Schuß war jedoch kein Warnschuß, der nach oben abgegeben wurde, sonst hätte es keinen Querschläger gegeben. Der Angeschossene erlitt einen Steckschuß und mußte operiert werden. Er wurde im Sanitätsraum in der Mainzer Str. verhaftet. Dabei verbot die hereinstürmende Polizei den Ärzten die Verabreichung von Schmerzmitteln. Sie verhinderte jegliche ärztliche Versorgung, auch die von Leuten, die unter Schock standen. Der zweite Angeschossene erlitt einen glatten Armdurchschuß und konnte das Krankenhaus glücklicherweise bereits wieder verlassen. Im Funkverkehr der Polizei fielen Sätze wie: "Sie schaffen es nicht - Schußwaffengebrauch!"

Blendschockgranaten: Der Einsatz dieser schon in Mogadischu angewandten Waffe, die für Augenblicke taub und blind macht, ist in Berlin verboten. Sie wurde von SEK-Einheiten eingesetzt. Nur mit Riesenglück entging jemand, der mit dem Fuß auf eine Granate trat, schwersten Verletzungen.

CN- und CS-Gas: Diese von der Genfer Konvention geächteten Gase wurden in extremer Konzentration eingesetzt. In der abgeriegelten Mainzer Str. kam es dabei zu einer besonders gefährlichen Situation, vergleichbar der in einem geschlossenen Raum. Durch Panik entstehendes schnelles Atmen kann lebensgefährlich werden, vor allem für Menschen mit reizbaren Luftwegen. Allein 1988/89 starben durch den Einsatz von CS-Gas durch die israelischen Besetzer in Palästina 40 Menschen. 1985/86 starben nach CS-Gas-Beschuß zwei Menschen in Wackersdorf.

Tränengas: Anwesende Ärzte bezeichneten es ferner als MORDVERSUCH, daß die Polizei Tränengas in die Gefangenentransporter schoß und sie dann verschloß.

Sondereinsatzkommandos (SEK): Diese bildeten die brutale Vorhut bei den Angriffen. Nur ein Beispiel: In einer Wohnung benutzten sie die Brechstange, mit der sie gerade die Tür aufgebrochen hatten, um auf die Leute einzuschlagen.

Insgesamt, so kann ohne Übertreibung festgestellt werden, ist es ein Wunder, daß es keine Toten gab. Die Polizeistrategie wird immer konfrontativer und aggressiver, wie auch die Angriffe auf die Demos am 3.10. und 3.11. zeigen.

▼ Editorial ▼

▼ "Jetzt Klarheit für Berlin!" - noch nie waren die Sozis so ehrlich wie heute. In der Auseinandersetzung Staat gegen die "Mainzers" hat ersterer gewonnen, die Häuser wurden erbarmungslos geräumt. Das Hauptstadtprojekt von Momper hat Flagge gezeigt: "Mit uns gelingts". Das rot/grüne Bündnis ist darüber auseinandergebrochen - zwei Wochen vor der Wahl. Nicht die Räumung der Häuser an sich war für die AL das Problem, sondern, daß sie nicht von der SPD in den Planungsstäben berücksichtigt wurde!

Wählen oder sich nicht quälen - der 2. Dezember steht vor der Tür. Neu in dieser Saison ist lediglich die PDS im linken Spektrum. "Demokratie braucht OpPDSition", "Links ist lebendig" etc. lauten ihre Originalslogans. Redlich haben sich die AktivistInnen bemüht, "ihre" "Politikangebote" (wenn schon Marktwirtschaft, dann fehlt nur noch die Politiknachfrage) für die linken Menschen auf den Markt zu bringen. Ob die Partei in Zukunft eine Chance hat - wir versuchten eine Kaffeesatzleserei beim Stamm-Tisch (S. 8 + 9).

Akkumulation statt Stagnation - oder: wie sich ein Arzt gesund stoßen will. Dies könnte die Überschrift eines Bestsellers sein. Konkret: unser Vermieter, ein Orthopäde, steht mit beiden Beinen auf festem Boden. Und der wird nun teuer. Wir befinden uns nämlich neuerdings in der City: Kreuzberg als Südhang des Zentrums. Mietsteigerung auf 400% sollte uns das schon wert sein - ab 1991. Wie wir das sehen, sagt Euch unsere letzte Seite.

Mit dieser Ausgabe verabschieden wir uns offiziell in diesem Jahr und kommen am 11. Januar wieder: es sei denn, die Begeisterung bricht sich Bahn und alle, ALLE wollen von ProWo wissen, wie es denn nun mit dem Widerstand in Germany weitergehen soll. Dann lassen wir uns natürlich nicht lumpen und hauen euch eine Sonderausgabe raus. Ansonsten tauchen wir erstmal unter.

OptimistInnen innerhalb unserer Redaktion träumen derweil ja schon wieder von einer Konzeptdiskussion ("was ist und zu welchem Ende betreiben wir die Zeitung?"), die andere wiederum halbherzig ignorieren wollen. Was wir relativ klar sagen können, ist, daß wir faktisch eine Monatszeitung machen können (mehr schlecht als recht, wir wissen es), mehr ist nicht drin. Die Zeichen der Zeit stehen eher auf Pluralisierung denn auf Vereinheitlichung, was ökonomisch die Faszination des Lemmings vorm Abgrund ausmacht. Wir werden daher, mit Ausnahme der ersten Nummer 1991, regelmäßig den ersten Freitag im Monat erscheinen. Zum gleichen Preis und Umfang.

Ob wir unsere Etage halten werden, untertauchen müssen, eine Filiale im Osten aufbauen, oder einfach nur zum Bund gehen, weil wir immer noch jung sind, keine 32, erfahrt ihr dann.

Eure ProWos ▲

PROWO Nr. 8

Bloß keine Gewalt ?

Der Rechtsstaat schon wieder in Aktion / Aspekte zur Wiedergewinnung der geräumten Häuser und zur Verteidigung der anderen

▼ In der vergangenen Woche sind mehrere besetzte Häuser in Berlin geräumt worden. Die ohnehin marode West-Berliner SPD/AL-Koalition, die in Groß-Berlin unter Assistenz der Ost-Berliner CDU/SPD-Koalition regiert, ist darüber zerbrochen. Die Tatsache, daß die AL vorher nicht von den Polizeieinsätzen informiert wurde sowie die Martialität der Durchführung deuten darauf hin, daß es der SPD von Anfang an u.a. darum ging, die AL so zu brüskieren, daß sie den Senat verläßt und der SPD den Weg in die Große Koalition frei macht.

Die Senatslinie der verzögerten (Nicht-)Verhandlungen mit den Häusern wird daher sicherlich fortgesetzt werden. Bestenfalls wird der Senat - großzügig wie immer - die Alternative normale Einzelmietverträge pro Wohnung oder Räumung aufrechterhalten - eine Alternative, die nicht anzunehmen ist, da es *nicht nur* um individuelle Wohnraumbeschaffung geht, sondern darum, den Skandal der kapitalistischen sowie staatlichen Wohnungs- und Stadtentwicklung als solchen zu benennen und nach Möglichkeit aufzuheben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie können wir die geräumten Häuser wiedergewinnen und die anderen halten?

Autonome Lageeinschätzung

Auf einer VV am Donnerstag, den 15.11.1990, dominierten im wesentlichen Beiträge mit folgender Stoßrichtung:

* Die Bewegung befinde sich jetzt in einer Position: Die Häuser hätten in der Ablehnung des Bullen-Angriffes eine vorher nicht vorhandene Einheit gewonnen, endlich werde in den Medien über die Häuser berichtet, BürgerInnen zeigten wegen der Polizei Brutalitäten Solidarität mit den BesetzerInnen, die Demonstration am Mittwochabend von ca. 10.000 Menschen habe die eigene Mobilisierungsfähigkeit gezeigt.

* Das heiße, daß Bündnisse mit Organisationen nicht nötig seien. Auf der VV am Donnerstagabend wurde zahlreich Beifall geklatscht, als jemandE sagte, die Solidarität der AL werde auch gar nicht gewollt. Bündnisse kämen allenfalls "mit der Basis von PDS und AL" in Betracht. In erster Linie käme es aber auf die einfachen BürgerInnen an, beispielsweise(!!!) Straßengangs.

Entsprechend dieser Kraftmeierei wurden schon am Vorabend auf der Demo die RednerInnen von PDS und GRÜNE/Bündnis '90 ausgepfiffen.

Die Haltung der reformistischen Linken

Kritik ist an der reformistischen Linken durchaus erforderlich - aber nicht in der Pose der moralischen Empörung und jedesmaligen Überraschung. Der Schwerpunkt ihrer Kritik richtet sich nicht gegen den Polizeieinsatz als solchen, sondern gegen seine konkrete Ausgestaltung und die konkreten Umstände. Sie sorgt sich um den "inneren Frieden" und distanziert sich von anderen Linken.

Diese Haltung ist falsch, denn die unfriedlichen Zustände in dieser Gesellschaft haben keinen Frieden, sondern Widerstand verdient! Der Klassenkampf von oben am Arbeitsplatz, durch den/die VermieterIn, durch den Staat verlangt nicht konsensorientierte Mitgestaltung, sondern Klassenkampf von unten. Das gilt entsprechend für den Kampf gegen Patriarchat und Rassismus.

Die Demonstrationsrednerin von der PDS am Mittwochabend warnte "Euch", also uns, davor, uns von der Polizei oder von "Unbedachten" in den "eigenen Reihen" provozieren zu lassen. Diese Äußerung ist leider selber etwas "unbedacht":

Zunächst: was soll das "Euch"? Wollen wir nicht zusammen die Häuser wiedergewinnen bzw. verteidigen?

Und zum zweiten: Die Warnung vor unbedachten Aktionen ist natürlich immer richtig. Werden aber die damit verbundenen konkreten strategischen und taktischen Vorstellungen nicht ausgedrückt, dann ist die Formel der PDS-Genossin nur die Auslieferung eines Teils der Bewegung an den bürgerlichen Staat.

Und zum dritten ist zu fragen, ob die unbedingt notwendige Diskussion über eine sinnvolle Strategie und Taktik im Häuserkampf sinnvoll in Demo-Redebeiträgen geführt werden kann.

weiter →

PROWO Nr 8

Fortsetzung von Seite 1

Noch weniger begeistert sind wir allerdings, wenn im ND vom 14.11.90 die Verteidigung der Mainzer Straße als Schlacht zwischen West-Polizei und West-Chaoten dargestellt wird: Daß die Linke jetzt gesamt-deutsch handeln muß, gilt nicht nur für die PDS. Andere ND-Artikel beteiligten sich dagegen nicht an der Hetze gegen die BesetzerInnen und lieferten teilweise wichtige Informationen, um Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Den Vogel schießt allerdings die AL ab: Sie hat zwar die Koalition jetzt verlassen, ist aber in erster Linie sauer, weil sie nicht um Zustimmung zu den Räumungen gebeten worden ist. Für den Fall des Scheiterns von Verhandlungen schließt sie weiterhin Räumungen nicht aus. Die Minderheit der AL-Fraktion, die gegen die Beendigung der Koalition war, hat gar erklärt: Die AL mache mit ihrer Entscheidung Diepgen ein Wahlgeschenk, und es werde der Eindruck erweckt, die AL solidarisiere sich mit "kriminellen Betonplatten- und Molotowcocktailwerfern" (TSP, 17.11.). Daß die Koalition mit der SPD nach den Wahlen wieder aufgenommen werden soll, ist in der AL ohnehin weitgehend unumstritten: Christian Ströbele, Bundesvorstandssprecher der GRÜNEN, erklärte bspw., "daß Rot-Grün auch zukünftig in Berlin sinnvoll und richtig sei" (TSP, 18.11.).

Wieso haben wir am Abend des 14.11. demonstriert?

Wir fanden die Pfiffe auf der Demonstration am Mittwochabend trotzdem falsch.

Haben wir demonstriert, weil wir gerade erfolgreich die Häuser in der Mainzer Straße verteidigt hatten? Weil wir unsere eigene radikale Ablehnung der herrschenden Verhältnisse zeigen wollten? Weil wir es in unserem revolutionären Kampf sowie nicht nötig haben, mit irgendjemandeM zusammenzuarbeiten? Weil die Bourgeoi sie schon aus dem letzten Loch pfeift?

Oder haben wir demonstriert, weil wir uns gerade eine militärische Niederlage gegen den Polizeiapparat eingehandelt hatten? Weil wir alleine die Häuser nicht verteidigen, geschweige denn wiederbekommen können? Weil wir in einer nun partout nicht revolutionären Situation gerade darauf angewiesen sind, daß unsere Forderungen punktuell von Menschen unterstützt werden, die *gerade reformistisch orientiert* sind?

Ein positives Beipiel einer solchen breiten Bündnisarbeit ist der Initiativkreis Hafenstraße. In Hamburg war es u.a. aufgrund dieser Mobilisierung möglich, die Barrikaden abzubauen und die Häuser durch die Anwesenheit zahlreicher Hamburger BürgerInnen zu schützen.

In dem Zusammenhang noch einmal zur Frage, "Bündnisse mit Organisationen - Ja oder Nein?":

Sicherlich ist es unbedingt notwendig, größere Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen. Weil diese nun aber nicht in erster Linie aus Straßen-Gangs besteht, werden wir sie kaum mit der politischen Null-Parole "Wir haben Euch was mitgebracht: Haß, Haß, Haß!" erreichen. Wer/welche sich auch nur ein bißchen Zugang zu den realen gesellschaftlichen Verhältnissen in der imperialistischen Metropole BRD bewahrt hat, wird wissen, daß das kurzfristig erreichbare Potential von Menschen kaum diejenigen sind, deren Organisiertheit sich allenfalls auf den Kegelverein beschränkt. Das sind vielmehr die Menschen, die bei der MieterInnengemeinschaft, beim MieterInnenverein, bei der PDS, beim DGB, ja auch bei der AL und den JuSos organisiert sind. Und das werden auch die Mitglieder von BürgerInnenrechtsgruppen sein. Erreichen werden wir diese Menschen u.a. über Organisationen, aber jedenfalls nicht dadurch, daß wir sie als *politische Subjekte nicht ernstnehmen*: sagen, "Ihr seid schon in Ordnung, aber Eure korrupte Gewerkschaft..., Eure sozialdemokratische PDS...". Und wer/welche sich ein bißchen in der AL auskennt, wird wissen, daß die These vom "Verrat durch den Apparat" ein Mythos ist, (nicht die Fraktionen) und die AktivistInnen in der Partei und nicht die einfachen Basismitglieder sind, die sich für linke radikalere Anliegen gewinnen lassen.

Wir handeln aus einer Situation der Schwäche

Wenn wir überlegen, wie wir den Häuserkampf weiterführen, müssen wir uns also darüber im Klaren sein, daß wir aus einer Situation der Schwäche handeln: Der SPD/AL-Senat wird wahrscheinlich durch eine große Koalition ersetzt; das würde noch einmal einen Rechtsrutsch bedeuten. Unsere Einheit in der Ablehnung des polizeilichen Angriffes ist keine Einheit, die unsere inhaltlichen und strategischen Differenzen aufhebt, sondern nur zudeckt. Obwohl der martialische Polizeieinsatz einen Aufschrei der liberalen Öffentlichkeit hätte produzieren müssen, waren wir auf der Demo am Mittwochabend weniger als am 3.10. unter dem Motto "Deutschland halt's Maul". Und die Sympathie vieler BürgerInnen wird bald aufhören, wenn ihr Alltag dauerhaft gestört wird. Auch die jetzt noch Sympathisierenden werden dann ihre Ruhe haben wollen - ganzjährige Straßenschlachten sind nicht durchzuhalten.

Schließlich besteht das Problem der Verhandlungsbereitschaft. Wie oben bereits geschrieben, gibt es für die Besetzungen eine doppelte Motivation: 1. selbst Wohnraum haben zu wollen; 2. auf eine grundsätzliche Änderungen der Mietenpolitik hinwirken zu wollen. Erstere Motivation beinhaltet zwangsläufig eine Tendenz in Richtung Verhandlungen, in Richtung Unterzeichnung auch schlechter Verträge. Und diese Tendenz ist nicht durch abstrakten Revolutionarismus aufzuheben. Deshalb kann die - auch *und gerade* nach der Räumung der Mainer Straße weiter bestehende - reale Gespaltenheit der Bewegung nicht dadurch aufgehoben werden, daß ein Genosse, der über Verhandlungen reden will, - wie am Donnerstagnachmittag auf der VV geschehen - niedergeschrieen wird.

Wie weiter

In dieser Situation kommt es darauf an, eine *integrale* Strategie von genau bestimmter Militanz und politischer Mobilisierung zu finden. Das beinhaltet die gegenseitige Akzeptanz der unterschiedlichen Aktionsformen. Die Wiederbesetzungs-Überlegungen "Was tun bei einer Räumung in Ostberlin?" von einem "xbeliebigen Friedrichshainer Haus" in der neuen interim (Nr. 123 v. 15.11.1990, 6 ff.) enthält dazu einige brauchbare Anregungen:

1. Militanz ist kein Selbstzweck. Das heißt, Militanz ist *soweit* gerechtfertigt, wie sie *tatsächlich* ein *Mittel* ist, um das *gemeinsame Ziel zu erreichen*. Das ist nicht gegeben, wenn Militante sich selbst in aussichtslosen Kämpfen verheizen oder unbeteiligte Dritte gefährdet werden. Außerdem müssen die jeweiligen Auswirkungen auf die öffentliche Meinungsbildung berücksichtigt werden. Es kommt also in einer *Gesamtwürdigung* nicht nur auf den militanten Erfolg, sondern auf den *politischen Nutzen* an.

Die Höhe des Sachschadens macht die Qualität des Widerstandes nicht *allein* aus. Glasbruch am Ku'damm oder am Alex ist deshalb besser als im Kiez. Die einzelnen Objekte müssen genau ausgewählt werden, also bspw. keine kleinen Läden im

Foto: Bildarchiv Umbruch

2. Herstellen von Gegenöffentlichkeit, die in Form und Sprache nicht nur die Szene ansprechen darf. "Wir entwickeln nur dann die nötige power dranzubleiben, wenn wir das Gefühl" (wir schreiben lieber: die politische Sicherheit) "haben, daß ALLE hinter der ganzen Bandbreite der Aktivitäten stehen, daß das Flugblattverteilen nicht gegen einen Brandanschlag steht und das Besetzen öffentlicher Gebäude nicht gegen möglichst hohen Sachschaden."

3. Bürobesetzungen, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

4. Demonstrationen mit informativen Charakter.

Kurz:

"Die Aktivitäten zur Wiederbesetzung können und sollen, nicht nur an den ersten beiden Tagen (nach einer Räumung, PROWO), ***viele Gesichter haben:*** Flugis zur Information, Sachschaden als Drohung und Rache, Großdemos als Mobilisierung für viele (...) Theater, Musik, Winterkiezküchen, Besuch von Opern, Theater usw. Was (...) eine Wiederbesetzungskampagne angeht, so finden wir ***massenmilitante Aktionen*** (...) absolut notwendig. Wir müssen Wege finden, Treffpunkte bekannt zu machen, an denen sich die ganze Nacht über immer wieder Leute sammeln und ihre Wut" (besser: Wiederstand ausdrücken) "an Luxusgeschäften, Luxuskarossen, Luxushotels und öffentlichen Gebäuden auslassen."

Langfristig muß es jedoch darum gehen, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz politisch eingesetzter Militanz zu schaffen, damit ihre gesellschaftliche Isolierung aufgebrochen und eine Verbreiterung in ihrer zielgerichteten Anwendung erreicht wird.

Das ganze muß verbunden sein mit einer offenen, breiten Bündnispolitik zu Gruppen und Leuten, die zumindest einen Teil unserer Ziele unterstützen - auch und gerade, wenn sie das *nicht* mit unseren Argumenten machen! Das heißt: Bündnisse mit MieterInnenverein und MieterInnengemeinschaft, Betriebs-Linke sowie BürgerInnenrechtsorganisationen und auch - soweit diese dazu bereit sind - mit

* die JuSos haben bspw. den Rücktritt von Pätzold gefordert.

* Aus dem Spektrum v.a. der DDR-BürgerInnenbewegung hat sich ein Initiativkreis gebildet, wobei das Problem darin besteht, daß Teile der dort Anweisenden Gewaltfreiheitsbekenntnisse haben wollen, bevor sie sich mit den BesetzerInnen solidarisieren. Erfolgreich kann aber nur eine Herangehensweise sein, die akzeptiert, daß unterschiedliche Aktionsformen sowie unterschiedliche Antworten auf die Militanzfrage gibt. Die jeweils eigene Antwort kann der anderen Seite nicht aufgedrückt werden. Und das gilt in beide Richtungen!

* AL-, Bündnis '90- und PDS-PolitikerInnen waren während der Räumung in verschiedenen Häusern und haben dadurch vermutlich einige Polizeiekzesse verhindert.

* Die PDS hat eine Kiezpalaver in Friedrichshain organisiert und verschiedene andere Formen der Unterstützung gefunden. Von der PDS müßte aber noch mehr möglich sein: Sie hatte immerhin 60.000 Mitglieder allein in Berlin. Wir fänden es richtig, wenn PDS-Basisorgansationen Patenschaften für einzelne Häuser übernehmen würden und die PDS zu Demonstrationen vor den Häusern aufruft, wenn akut weitere Räumungen drohen. Und wenn die PDS schon ihr Vermögen verschenken will, soll sie es lieber den BesetzerInnen als der Treuhandanstalt schenken.

* Bei Teilen der DDR-BürgerInnenbewegung beginnt aufgrund des staatlichen Vorgehens (bspw. Bärbel Bohley vier Stunden ergebnislos in Pätzolds Vorzimmer warten zu lassen) ein Nachdenkprozeß, der ihre Friedlichkeits-, Dialog- und Demokratieillusionen in Frage stellt.

All dies sind Punkte, an die wir mit unserer weiteren Arbeit anknüpfen müssen.

Schließlich müssen wir (reformistische!!!, denn Revo ist zur Zeit ja nicht drin) Forderungen zur Wohnungspolitik haben, die deutlich machen, daß es uns nicht nur darum geht, unser eigenes Schrebergärtlein, die Häuser, ins Trockene zu bringen, sondern es uns um eine Verbesserung der Lage aller MieterInnen geht.

Für eine realistische Zielbestimmung

Unsere Forderungen, für die wir mobilisieren, sind klar:
1. Rückgabe der geräumten Häuser
2. Legalisierung aller Häuser im Rahmen einer Gesamtlösung
3. Einstellung aller Strafverfahren.
Dabei muß uns schon jetzt klar sein, daß es ein politischer Erfolg sein wird, wenn wir auch nur einen Teil

Die "Tötungsbereiten" kommen zu Wort

PROWO Nr. 8

"Ein ganz normaler Montag hätte es werden sollen.

Frühstück im Gemeinschaftsraum, da kommt die Nachricht: Pfarrstraße wird geräumt.

Na gut, alle Tagespläne in den Hintergrund und Straßenplenum.

Spontandemo!

Kurzer Zug über die Frankfurter Allee. Als wir von der anderen Seite wieder in die Mainzer kommen, ist plötzlich Alles voll Bullen.

Was ist denn los?

Wollen die uns auch räumen? Oben aus dem Fenster sieht man besser, man sieht überall nur Bullen.

Unglaubliche viele Bullen.

Wo kommen die plötzlich alle her? Was wollen die ?

Die sollen bloß abhauen! Haut ab! Haut ab!

Panik. Räumung? Drei Müllcontainer auf die Straße, damit sie nicht durchkommen. Rufe: Alle in die Häuser!

Als ich oben aus dem Fenster gucke, sehe ich plötzlich Rauchschwaden an der Ecke, aus denen ein Räumfahrzeug auftaucht und mühelos die Container wegschiebt.

Direkt danach ein Wasserwerfer, der durch die Straße fährt.

Hilfe! Jetzt ist alles aus, sie wollen uns räumen!

All mein Zeug ist bereits bei dieser ersten grundlosen Durchfahrt total verwüstet worden. Glasscherben, die Tapete runter, alles naß. Und Tränengas. Was haben wir denn getan? Wir stehen alle wütend , fassungslos, hilflos an den Fenstern, Räumung! Die Schweine, die Schweine, und wir können nichts machen, die werden alles abräumen, alles, die Kneipen, die Volxküche, den Kinderspielplatz, das Antiquariat, was soll das nur? Das Tränengas brennt, ich brülle ihr Schweine, ich schreie, immer lauter, diese Maschinen da unten, gut gepanzert, riesige Monster, erreicht das nicht, die wälzen alles platt, halt, hört auf, hört auf, ein Stein, noch ein Stein, sie kommen näher, ein Feuer - das würde sie aufhalten...

Am nächsten Tag höre ich von allen Seiten, wir wären kriminelle Chaoten. Ich kann es nicht fassen. Wir WIR? DIE haben doch angefangen, DIE sind doch grundlos mit ihrem Gewaltapparaten hier aufgefahren, und wir sollen Gewalttäter sein? Die Straße sieht aus wie im Krieg, ja, das stimmt, doch wer hat denn den Krieg begonnen? Ich konnte doch nicht zulassen, daß die hier alles platt machen, was hier in monatelanger Arbeit entstanden ist. Nein, ich laß die hier nicht rein. Angst hab ich, daß die wiederkommen, echt Angst im Bauch, der Spaten fühlt sich gut an in meiner Hand, ich schaufel gegen meine Angst an, schaufel Löcher in die Straße, in der ich mit vielen Menschen bunt und anders leben wollte, warum laßt ihr uns nicht einfach?

Räumung. Keine Räumung. Räumung. Unerträgliche Angespanntheit. Radio 100 berichtet von Polizeikolonnen auf der Autobahn, immer mehr. Dann nach stundenlanger Zerreißprobe für die Nerven die Nachricht: Sie kommen! Angst! Angst im Bauch vor Monstern hinter Panzer, kompromißlos und brutal, sie werden uns platt machen, ich habe Angst, ich will weg! Nein, ich will nicht weg! Ich lebe hier! Das ist unser Haus, sind unsere Sachen, unsere Läden, nein, ich geh hier nicht weg und laß euch auch nicht ran...

Sie knüppeln auf mir rum, sie verweigern mir den Arzt, sie sperren uns zu fünft in enge Zellen.

Später kann ich zusehen, wie alle meine persönlichen Sachen aus dem Fenster fliegen, Nichtmals die Scherben darf ich aufheben

Im Fernsehen höre ich am Abend, wir wären brutale Mörder"

NICHT DIE GERINGSTE CHANCE

"Die Mainzer Straße -

Unterkunft für Horden von Terroristen, mordlüsterne Banden, die nur darauf warten, harmlosen Streifpolizisten den Schädel einzuschlagen - dieses Bild versuchen ranghöchgste Politiker der BesetzerInnenbewegung aufzudrücken.

Doch offensichtlich flogen ja tatsächlich Mollis und Steine; jeder sah die Bilder.

Jedoch - die Hintergründe oder Ursachen interessieren scheinbar niemanden.

Keine Presse hinterfragt, warum eine nach BürgerInnenberichten "friedliche Straße", bewohnt " von "liebenswerten Jugendlichen", zum Schlachtfeld wurde.

Und, niemals vorher, wurde *mir* mit solcher Deutlichkeit bewußt, daß der Mensch in der Politik einzig Instrument ist, gnadenlos benutzt wird, für den Machtkampf der Regierungen, Werkzeug für brutale Machthaber (und politischen Widerstand gibt es nicht?!, d. S.)

Wen interessiert dabei schon meine Gefühle, meine Trauer, meine Ohnmacht, meine Wut.

Wer kann beschreiben, was in einem Menschen vorgeht, der seine gesamte Existenz wie Arbeitsplatz, Studium, Ausbildungsplatz, Freundeskreis etc. aufgab, um ALLES in ein Projekt zu stecken, das eine große Aufgabe zu sein schien, in dem neue Formen des Zusammenlebens möglich wurden.

Ein Projekt, auf das sich mehr und mehr alle meine Wünsche und Hoffnungen konzentrierten, ein Projekt, in dem sich ungeahnte Möglichkeiten konstruktiven Miteinanders untereinander und mit der Bevölkerung, auftaten.

Doch ich paßte nicht in ihre Vorstellungen von Hauptstadt und Regierungssitz!

Sie kamen - mit einem Räumpanzer und einigen Mannschaftstransportern - um mir ALLES zu nehmen!

Und sie zerstörten ein halbes Jahr meine Lebens, zerstörten alle Hoffnungen, zertraten meine Arbeit, verlachten meine SELBST!

Was sollte ich tun, als ich sah, daß sie mir keine Chance geben wollten - nicht die geringste Chance?

Sollte alles zu Ende sein - ohne den geringsten Laut?

Verdammt noch einmal - ich schrie!!!

Und die Kraft meiner Verzweifelung, ja, zur Verzweifelung hatte ihr mich getrieben, ließ die Steine weit fliegen, ließ meine Mörder noch ein wenig bluten!

Was ich tat, war menschlich - was ihr getan habt, war geplant, grausam, viehisch!"

ein "mainzer

Erklärung des BesetzerInnenrates

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin

Hiermit überreichen wir Ihnen eine Erklärung zu Ihrem und Herrn Pätzolds Verhalten.

1. Ihre Aussage, daß die BesetzerInnen der Mainzer Straße nicht verhandlungsbereit gewesen seien, ist eine glatte Lüge.Am 25.9.90 stand das Vertragsgremium der besetzten Häuser Ostberlins kurz vor dem Abschluß einer schriftlichen Vereinbarung für jedes einzelne im Vertragsgremium organisierte Haus mit Herrn Martiny, dem Beauftragrten des Magistrats zur Lösung des Hausbesetzerproblems:

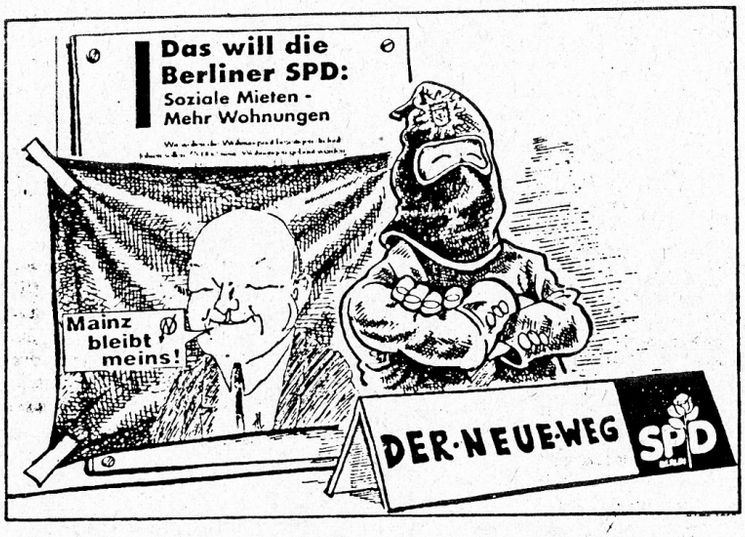
"... wird mit dem Ziel der Förderung von Initiativen bei der Wiedernutzbarmachung leerstehender Wohngebäude ... folgende auf eine friedliche Lösung von Problemen gerichtete Vereinbarung abgeschlossen."

Diese Vereinbarung sollte allen Häusern außer der Mainzer Straße zur Unterschrift vorgelegt werden, obwohl die BesetzerInnen der Mainzer Straße die Verträge mit unterzeichnet hätten.

Daraus wird klar ersichtlich, daß die (BesetzerInnen der, Red.) Mainzer Straße zu Verhandlungen bereit und darüber hinaus an einer friedlichen Lösung interessiert waren und sind.

Klar wurde bzw. wird, daß die Vertreter des Magistrats die Verhandlungen mit den BesetzerInnen der Mainzer Straße abgebrochen haben.

Der Magistrat hat danach generell die Verhandlungen mit dem Vertragsgremium abgelehnt.



2. Wir unterstellen Ihnen und Ihrem Innensenator, daß die Kriminalisierung der Mainzer Straße von langer Hand vorbereitet wurde.

Mit der Räumung der Cotheniusstraße und den Räumungen in der Pfarrstraße, die juristisch nicht gerechtfertigt gewesen sind, haben Sie bewußt eine Eskalation provoziert.

— Bei der Pfarrstraße 110 hat die Eigentümerin gegen Ihr Vorgehen bereits Klage eingereicht.

— Die Kirche und auch die Sozialarbeiter, die in der Pfarrstraße 112 ein Projekt mit rechtsgerichteten Jugendlichen installieren wollten, haben sich von der Räumung distanziert.

Die infolge der Räumung entstandene Spotandemonstration wurde zielgerichtet erst an der Ecke Mainzer Straße / Frankfurter Allee von der Polizei angegriffen, was mit Videoaufnahmen belegt werden kann.

Die BesetzerInnen mußten aufgrund des bereits im Vorfeld zusammengezogenen Polizeiaufgebotes und des massiven Vorgehens der Beamten eine Räumung ihrer Häuser befürchten und waren gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Dies war von Ihnen und Ihrem Innensenator so geplant, damit Sie die BesetzerInnen kriminalisieren können.

Wie wir aus Aussagen von Polizeibeamten aus Westdeutschland wissen, wurden die Polizeiverbände schon am Samstag bzw. Sonntag in Bereitschaft berufen; d.h., die Verstärkung wurde angefordert, noch bevor es überhaupt zu einer Auseinandersetzung gekommen war.

3. Wir fordern:

— den sofortigen Abzug der Polizeikräfte— die Rückgabe der geräumten Häuser— die Rücknahme der Strafanträge— eine Nichträumungsgarantie— eine Entschädigung für physische und psyschische Verletzungen an Personen sowie für den entstandenen Sachschaden.

4. Wir erklären hiermit: Trotz Ihrer Lügen und Hinterhältigkeiten sind wir zu einem Dialog bereit und nach wie vor an einer friedlichen Lösung interessiert.

Sie als Regierender Bürgermeister von Berlin tragen die volle politische und moralische Verantwortung für die bisherigen Ereignisse und darüber hinaus für die zukünftige Entwicklung im Umgang mit allen HausbesetzerInnen und der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung in dieser Stadt!

PRAWO Nr 8

Anleitung zur Herstellung eines Super-Mollis

Mensch nehme 15 kg Birnen. Nach der Entkernung des Obstes werden die einzelnen Früchte mit einem Mixgerät zu Flüssigkeit verarbeitet. Der übrig gebliebene Abfall wird auf dem Komposthaufen biodynamisch entsorgt. Nun benötigt mensch ein ca. 50 cm hohes dickbäuchiges Gärungsgefäß aus Glas, einen Gummistopfen und eine geregelte Lufteinlaßvorrichtung. Das vorher abgekochte Apfel/Birnen-Gemisch wird nun in dieses so präparierte Gärungsgefäß vorsichtig eingefüllt. Es muß noch reichlich Zucker hinzugefügt werden, um die Gärung in Gang zu setzen und so die Wirkungskraft zu erhöhen. Danach wird der Gummistopfen mitsamt der geregelten Lufteinlaßvorrichtung auf den Flaschenhals aufgesetzt. Das Ganze wird in wohltemperierter Atmophäre mehrere Wochen gelagert - und fertig ist die hoch-brisante Mischung.

PS.: Dieser unser Obstwein wird in vielen Medien als hochexplosive Bombe ("Super-Molli"), mit der die ganze Straße in Brand gesetzt werden kann, bezeichnet.

Berlin squatter colony stormed

From ANNE MCELVOY
IN BERLIN

A SECOND night of rioting in the east Berlin district of Friedrichshain ended yesterday in 134 arrests after a dawn operation by commando police units to clear 12 occupied tenements.

Three thousand police stormed key apartments occupied by anarchist youths calling themselves the *Militante Autonomen*. Fierce fighting broke out with the squatters showering police with petrol bombs, and bars and tiles from the rooftops. Random shots were also fired.

The fighting lasted two hours with the squatters foiling a first assault. Commando units finally entered the building after scaling ropes and engaging in hand-to-hand fighting on the rooftops. Ten policemen were injured and several rioters with head wounds were carried from the scene on stretchers.

The riots marked the peak of a spiral of violence in former East Germany and are being described by city officials as the worst in ten years and more vicious than the notorious outbreaks in the Kreuzberg area of the city throughout the 1980s.

An attempt to mediate between the authorities and the squatters by Bärbel Bohley of the New Forum citizens' group, which led the campaign against the communist regime a year ago, failed.

Erich Pätzold, Berlin's interior senator, said he favoured a peaceful solution to the widespread problem of squatting in Berlin but the brutality of those occupying the run-down buildings in Friedrichshain had made dialogue impossible. Most of those arrested were west Berliners who have moved over to the east since the opening of the border.

● BONN: The German government means to slash DM35 billion (£12 billion) from public spending next year in an effort to find the money to fund the cost of unification without resorting to unpopular tax increases (Ian Murray writes).

A sizeable amount of the saving will come from the defence budget, but other cuts, including subsidies for Berlin and the old inner German border regions, will be far less popular. Bonn is also to call on the *Länder* to contribute a higher amount to the cost of unification, Theo Waigel, the finance minister said.

15.11.

TIMES

German match off as violence grows

From ANNE MCELVOY IN BERLIN

THE last football match between East and West Germany, due to be held in Leipzig later this month, has been cancelled amid fears of crowd violence and inadequate safety provisions.

Officials in the city said that conditions at the football ground combined with an "atmosphere of violence" has led them to call off the match. "This is not a capitulation before hooliganism," a spokesman for the club FC Leipzig said, "It is simply an inevitable result of an unusual security situation."

14.11.

The decision comes after an escalation in soccer rioting in eastern Germany. At a match last month in Leipzig, police shot dead a supporter, aged 18, as fans rampaged through the city and attacked police.

Officials from the office of Helmut Kohl, the chancellor, are meeting football officials this week to discuss Germany's worsening soccer violence and new policing methods.

In the eastern Berlin districts of Friedrichshain and Lichtenberg, police battled with squatters on Monday night after an attempt to evict them from tenement buildings they had occupied. Squatters hurled petrol bombs, bricks and bars from behind barricades and police used water cannons and tear gas. Four policeman were "seriously wounded" and are in hospital and 133 others were injured.

The squatters, mainly from western Berlin and former West Germany, were ordered to leave again yesterday by policemen carrying megaphones. They had earlier said that an entire street had been booby trapped. Erich Patzold, Berlin's interior senator, said that police would employ "a tougher line" if the squatters refused to move out

Senate sources yesterday admitted to concern that the city's growing reputation for violence could prevent it from becoming the seat of government. The Social Democrats' honorary president, Willy Brandt, a former mayor of Berlin, said yesterday that the decision on whether to move the government from Bonn to Berlin should be taken by the all-German parliament by the middle of next year.

Times 16.11.

Squatter violence brings down ruling coalition in Berlin

From ANNE MCELVOY IN BERLIN AND IAN MURRAY IN BONN

BERLIN'S left-wing red-green coalition collapsed last night after the police raid on occupied tenements in the east of the city on Wednesday, which led to two days of rioting in Berlin and other German cities.

The 17 MPs of the Alternative List who formed the goverment in Berlin together with the Social Democrats, held several hours of talks on whether to quit the coalition. A meeting of the Alternative List's branches on Wednesday night had recommended that the movement should withdraw immediately in protest at the senate's decision to order police to storm the squats and forcibly evict the inhabitants.

Its leader, Renate Künast, said the SPD had failed to keep its promise to consult its coalition partner on big police actions before it decided to clear the 12 occupied tenements by force. Frau Künast said the move had provoked violence from the squatters which resulted in two days of rioting, 200 arrests and serious injuries to four policemen and several of the protesters.

Two Alternative List MPs were later discovered by police in the occupied tenements but were released in accordance with parliamentary immunity regulations. The Alternative List, a more radical version of the Green party, has over 11 per cent of the votes in Berlin. Its policies had made it a difficult and unpredictable coalition partner.

A breach less than three weeks before the all-German elections makes a grand coalition of Social and Christian Democrats more likely in Berlin than another red-green co-operation.

Several thousand demonstrators marched through the city on Wednesday night in support of the evicted squatters. They carried banners accusing the police of "state violence" and chanted, "no return to the violent thirties".

The violence in Berlin spilled over into cities in North Rhine-Westphalia and Lower Saxony. Masked supporters of the squatters took to the streets causing thousands of marks of damage. Their raids were similar and all took place over the same short period of time. Police believe that they could well have been co-ordinated centrally by anarchist groups.

One of the worst incidents was in Hanover early yesterday when a group went on the rampage in the centre, smashing 28 shop windows in just five minutes. A police spokesman said the city had never experienced such a "concentrated operation of chaos". In Cologne at midnight about 50 masked youths tore through the city centre, smashing 26 windows in a luxury shopping area. Police arrested three people, all squatters, who said that the attack had been mounted in support of those battling with the authorities in Berlin.

Walter Momper, Berlin's mayor, yesterday reiterated his support for the police action and said that a decision by the Alternative List to quit was "the coward's solution of stealing away from responsibility when times get tough". He said that the squatters had employed the tactics of civil war. "The brutality was unbelievable," he said, "it was sheer bloodlust".

But the Eastern German New Forum Citizen's Group and the Roman Catholic Bishop of Brandenburg Gottfried Forck, criticised the Berlin government for not pursuing a more patient negotiating strategy with the demonstrators.

"Violence of this sort once begun soon becomes endemic," Bishop Forck said. Germany's task in the coming months was to show true unity, not deepen existing social divisions, he said.

Negli scontri sono rimasti feriti 137 agenti

Battaglia a Berlino fra autonomi e polizia

BERLINO – Alba di violenza ieri a Berlino. Cinquecento «squatters», gli autonomi senza casa che occupano alcuni palazzi nell'ex parte orientale della città tedesca, si sono scontrati per diverse ore con 1500 poliziotti. Il bilancio della battaglia è di 137 agenti feriti, sei in maniera grave, e di 20 persone arrestate. Il ministro regionale degli Interni, il socialdemocratico Erich Paetzold, ha dichiarato che i poliziotti hanno cercato di penetrare nel quartiere di Friedrichshain, ma si sono trovati di fronte a barricate alte due metri formate con auto rovesciate e i contenitori della spazzatura. Dopo lo sgombero forzato di tre edifici occupati da qualche settimana nella parte orientale di Berlino i senza casa che da molti mesi occupano alcuni stabili nel quartiere avevano innalzato le barricate per difendersi da un'eventuale azione della polizia.

Secondo il portavoce, le forze dell'ordine hanno tentato di demolire le barricate con le ruspe, facendo anche uso di lacrimogeni contro i manifestanti. Gli squatters, molti dei quali avevano il volto coperto, hanno reagito con il lancio di bottiglie incendiarie, cubetti di porfido e distruggendo le vetrine della zona. Il portavoce della polizia ha precisato durante una conferenza stampa che il compito della polizia era solo quello di sgombrare la strada dalle barricate e che le autorità non hanno «intenzione di sgombrare quegli immobili». Le due municipalità di Berlino est (dove le occupazioni si sono moltiplicate dalla caduta del regime comunista) e Berlino ovest hanno deciso infatti, nel luglio scorso, di tollerare le occupazioni già in atto a quella data, ma di proibirne altre.

15.11. REPUBBLICA

THE GUARDIAN
Thursday November 15 1990

Anarchists and neo-Nazis blamed after police move in to evict squatters

Berlin 'youth battleground' as extremism grows

Anna Tomforde in Bonn

CLASHES between police and youths in Berlin for two nights running have heightened fears that the re-united city could become Germany's new centre of youth unrest as extremism on right and left grows.

Last night, police surrounded about 1,000 people after they protested about an earlier clash over the eviction of squatters from 13 tenements in the eastern half of the city. At the Frankfurt Gate, the protesters exchanged rocks and flares for police tear gas.

At dawn yesterday, 3,000 police backed by tear gas and water cannon moved against the squatters in Mainzer Strasse, in the traditional working-class district of Friedrichshain. The devastation and injuries have cast a shadow on the social stability of Berlin, with anarchists and neo-Nazi extremists transferring their activities to the socially more fragile eastern half of the city.

Last night, police managed to surround the protesters but only after they again hurled stones at them and smashed shop windows.

The violence comes at an awkward time for Walter Momper, the Social Democrat mayor of West Berlin.

He hopes to be elected Berlin's head of government on December 2 and is also campaigning for the city to become the seat of government of the united Germany.

Yesterday Mr Momper, presiding over a shaky administration criticised for being "soft" on anarchists and fringe groups, promised to combat "criminal violence with all available means".

He added: "Housing shortages, unemployment and decay are a social time bomb which can explode anywhere."

During yesterday morning's six-hour police operation, more than a dozen officers and 70 squatters were injured, some seriously, while 300 arrests were made. In street battles on Monday night, 137 policemen were injured, six seriously.

But some arrested squatters said the trouble was sparked by the police clearing three blocks.

The authorities had earlier rejected offers of mediation from civil rights leaders and the Protestant Bishop of Berlin, Gottfried Forck.

The anarchists are operating in a lawless vacuum with property rights in the former East Germany still to be defined.

At the other end of the political spectrum, skinheads and neo-Nazis — often in violent clashes with the squatters — have dropped their inhibitions with increasing financial and ideological support from the West. The extraordinary level of violence that sociologists believe they detect in both camps has taken politicians by surprise.

But experts believe the readiness for violence after years of political and social oppression in the East should be seen as a warning that conventional means will no longer be enough to deal with a restless, disoriented section of the young generation.

"Usually no one listens to their problems, but when they use violence, the interest grows," said one sociologist.

● Hundreds of workers occupied an office of east Germany's Treuhand privatisation agency yesterday, highlighting growing anger at savage job cuts in the former communist state.

Treuhand, overseeing the transition to a market economy, said last week it would shut 40 inefficient firms with the loss of 40,000 jobs. — Reuter.

Le Monde 13.11.

ALLEMAGNE : violents affrontements

La police a fait évacuer des immeubles occupés à Berlin

D'importantes forces de police ont procédé, mercredi 14 novembre à Berlin, au petit matin, à l'évacuation d'une dizaine d'immeubles occupés par des squatters dans le quartier de Lichtenberg. Cette action est la conséquence des violents affrontements qui avaient mis aux prises, dans la nuit du 12 au 13 novembre, un millier de policiers et environ cinq cents squatters, originaires pour la plupart de la partie occidentale de Berlin et d'autre villes d'Allemagne de l'Ouest. Cent trente-sept membres des forces de l'ordre ont été blessés dont six grièvement.

BONN

de notre correspondant

La Mainzer Strasse, où plus d'une dizaine d'immeubles sont occupés par des jeunes et moins jeunes se réclamant de la mouvance autonome, donnait l'image d'un champ de bataille : barricades de pavés, carcasses d'automobiles brûlées. Le sénateur (ministre régional) à l'intérieur du gouvernement de Berlin, M. Erich Patzold (SPD), indiquait que cent trente-sept policiers avaient été blessés, et qu'une vingtaine de squatters avaient été interpellés. Cette affaire, que les commentateurs allemands ne manquent pas de mettre en parallèle avec les violences des casseurs parisiens, rappelle le mouvement de contestation des années 70 à Berlin-Ouest et dans d'autres grandes villes de RFA.

Dans la foulée de ce mouvement, de nombreux immeubles vides du centre des villes avaient été occu-

de l'extrême gauche, qui se retrouvait partager les responsabilités de la gestion locale, comme à Berlin-Ouest, avait contribué à l'apaisement. A Berlin, la « ligne » définie par le Sénat de la ville au début des annnées 80 avait été un succès : on légalisait, par des contrats de location en bonne et due forme, les occupations anciennes, mais on n'en tolérait plus de nouvelles.

La manière forte

L'écroulement du régime communiste en RDA et le vide administratif qui en résulta ont donné un nouveau champ d'action à des groupes de marginaux, qui se voyaient peu à peu chassés de leurs terroirs traditionnels, comme celui de Kreuzberg, en passe de devenir un quartier à la mode pour yuppies berlinois. Une centaine d'immeubles dégradés de Berlin-Est, dans les quartiers de Prenzlauer-Berg, Lichtenberg et Friedrichshain étaient occupés dans la période située entre la chute du mur et la réunification. L'administration municipale, qui gérait l'ensemble du parc immobilier de Berlin-Est, et la police populaire se révélaient impuissantes à juguler ce phénomène auquel elles n'étaient pas habituées.

Le Sénat de Berlin, dirigé par une coalition du SPD et des Alternatifs, a décidé d'utiliser la manière forte pour mettre un terme à un phénomène qui risquait de s'étendre. Deux raisons motivent cette ligne « dure », qui risque de créer des tensions au sein de la coalition. Les élections pour le Sénat du Grand-Berlin auront lieu le 2 décembre, et l'opposition de droite a fait de l'insécurité, qui régnerait dans la ville du fait de ces occupations et du laxisme du Sénat l'un de ses chevaux de bataille.

Berlin veut aussi donner l'image d'une ville d'ordre au moment où elle veut absolument devenir plus qu'une capitale symbolique de l'Allemagne unie et accueillir le plus vite possible les organes gouvernementaux.

La montée de la violence à Berlin et dans l'ex-RDA est un sujet de préoccupation pour le gouvernement. On apprenait mardi qu'un match de football entre l'équipe nationale allemande et une sélection de joueurs de l'Est, prévu pour le 21 novembre à Leipzig, avait été annulé. Le ministre de l'intérieur de Saxe ne se sent pas en mesure d'éviter des affrontements entre supporters. Le 3 novembre, des bagarres à la sortie d'un match à Leipzig avaient causé la mort d'un jeune supporter tué par la police. Autonomes à Berlin, skinheads néo-nazis de la province est-allemande, hooligans de stades, traduisent le malaise d'une jeunesse est-allemande passée brusquement d'un régime de contrainte absolue à une société qui les laisse face à eux-mêmes.

LUC ROSENZWEIG

□ **Un soldat soviétique assassiné près de Potsdam.** – La police judiciaire de Potsdam a annoncé, mardi 13 novembre, l'ouverture d'une enquête pour meurtre sur la personne d'un lieutenant de l'armée rouge stationné en Allemagne orientale. Selon les premières expertises médicales, le sous-officier, âgé de vingt et un ans, a été battu à mort. Il avait été retrouvé inconscient et grièvement blessé le 7 novembre, non loin de Potsdam, où est installé le quartier général des forces soviétiques dans l'ex-RDA. Il est mort le lendemain. Le médecin légiste soviétique a conclu à un meurtre. – *(AFP.)*

THE JAPAN TIMES, 15.11.

Berlin police storm street to evict radical squatters

BERLIN (AP) Riot police stormed a barricaded Berlin street Wednesday and drove hundreds of leftist radicals from a dozen occupied buildings.

About 3,000 police, many of them reinforcements from other cities, fired tear gas and water cannons as they burst onto the narrow lane of run-down tenements in former East Berlin.

Police and a special paramilitary unit used armored personnel carriers and bulldozers to batter through street barricades erected by the demonstrators.

Hundreds of squatters living on the street responded with firebombs and rocks. ZDF television said several police officers were injured, although there was no immediate word on injuries among the squatters.

ZDF said 135 people were arrested.

Police raided the street and adjoining blocks at 7 a.m. and battled for control for about five hours before driving the squatters from the ramshackle tenements splashed with slogans and signs, including "Eat the rich."

Berlin Interior Minister Erich Paetzold said the clash was marked by "unbelievable brutality" from the radicals.

It was the second such clash on Mainzer Street this week. Leftists battled with police for nearly 10 hours late Monday night and Tuesday morning. About 137 police were injured and 20 people were arrested.

Monday's clash broke out after police began evicting radicals from houses in other parts of the city earlier in the day. The radicals say they have a right to the abandoned homes and have mobilized their supporters to resist any police action.

Police spokesman Werner Thronicker /said Mainzer Street is headquarters for people responsible for "serious criminal acts."

Members of former West Berlin's veteran anarchist scene have taken over about 12 tenement buildings on the block in recent months and several houses elsewhere in eastern Berlin.

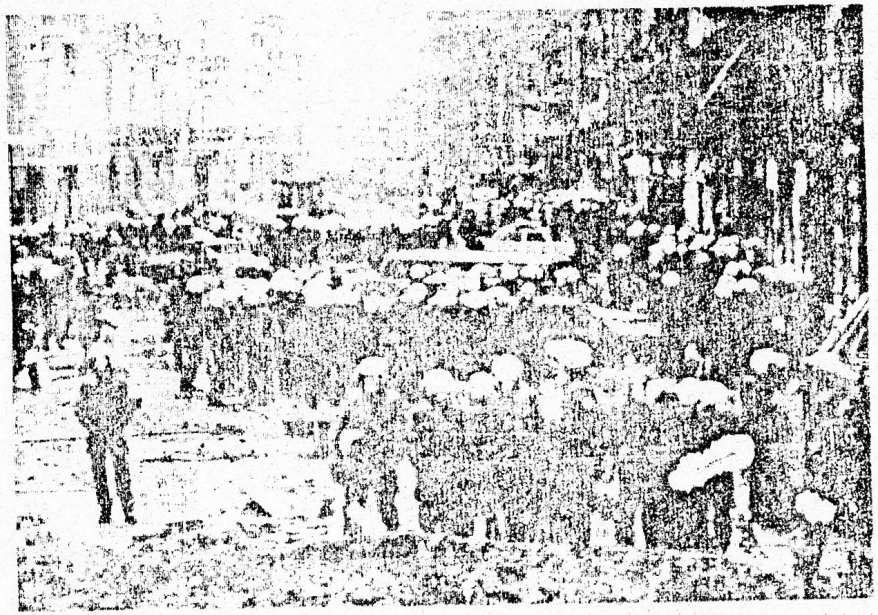
While East Germany's short-lived democratic government did little to evict squatters previously, Berlin officials have begun cracking down on the radicals since German unification on Oct. 3.

The clashes have drawn new attention to the shortage of affordable housing in Berlin and other German cities.

The crisis is expected to become particularly acute in eastern Berlin, where residents still are paying relatively minuscule rents. Under the former communist system, rents were heavily subsidized by the government. However, they are due to begin rising in January.

In Hamburg, another city with a large population of squatters, about 100 people demonstrated in support of the Berlin squatters. The protesters damaged three police wagons, police said.

The protesters hurled rocks at police, who responded with tear gas. One officer was slightly injured, police said.



THOUSANDS OF RIOT POLICE reclaim a street in eastern Berlin Wednesday after a violent battle with militant squatters

El País 14.11.

Violentos choques en Berlín entre ocupantes ilegales de viviendas y la policía

J. M. MARTÍ FONT, Bonn

La violencia de grupos marginales en lo que fuera el antiguo territorio de Alemania Oriental, y más concretamente en Berlín, se hizo presente de nuevo durante la noche del lunes al martes. Más de un millar de *squatters* —ocupantes ilegales de viviendas— y miembros de grupos anarquistas se enfrentaron a la policía en el barrio de Prenzlauerberg, en la parte oriental de Berlín.

Los manifestantes, que organizaron barricadas y lanzaron numerosas bombas incendiarias contra las fuerzas antidisturbios, protestaban por el desalojo efectuado por la policía de tres de las viviendas ocupadas por estos grupos.

La imágenes que pudieron verse ayer por la televisión eran una muestra de la extrema violencia desatada. Numerosos coches y varios tranvías resultaron incendiados. La policía se vió obligada primero a retirarse al ser superada por los manifestantes, para volver después con cargas de gases lacrimógenos y cañones de agua contra las barricadas formadas con automóviles y material de construcción. 14 agentes resultaron heridos y al final se contabilizaron 12 arrestos.

Desde que hace un año cayera el muro de Berlín, los *squatters*, que hasta entonces estaban localizados en el barrio de Kreutzberg, en el oeste, se trasladaron a Prenzlauerberg donde, según cálculos del ayuntamiento berlinés, ocupan ahora un centenar de viviendas. En el antiguo Berlín oriental, a partir del primero de enero, los viejos alquileres subvencionados subirán considerablemente, medida contra la que también protestan estos grupos radicales.

Sin embargo, los tradicionales vecinos del barrio, uno de los más populares de la antigua capital prusiana, no parecen deseosos de ser defendidos por los recién llegados. Varias comisiones de vecinos, concretamente los de la calle Friedrichshain, en donde se halla el centro de la agitación, han denunciado las amenazas que sufren de parte de los *squatters* y la situación de temor generalizado en la que viven. Por otra parte, también durante la noche del lunes al martes, la policía invadió la sede del partido de Los Verdes en Bonn.

El País 15.11.

3.000 agentes desalojan a los 'squatters' en Berlín

JOSÉ M. MARTÍ FONT, Berlín

Más de un centenar de personas fueron detenidas ayer en Berlín por la policía después de que 3.000 agentes, muchos de ellos llegados de otras partes de Alemania, desalojaran a los ocupantes ilegales de 10 edificios de la calle de Maguncia, en el barrio de Friedrichshain, en la parte oriental de la ciudad. Las autoridades berlinesas se tomaban así cumplida venganza por la violencia desatada por miembros de grupos anarquistas y de extrema izquierda.

Los citados grupos impidieron el lunes por la noche a las fuerzas del orden la entrada en la calle de Maguncia levantando barricadas y lanzando bombas incendiarias y adoquines.

Fuentes policiales dieron la cifra de 137 policías heridos durante los enfrentamientos del lunes, algunos de ellos en estado grave y con quemaduras. Por la mañana, el alcalde de Berlín, el socialdemócrata Walter Momper, acompañado por el jefe de la policía, Georg Schertz, y por el polémico concejal del Interior, Erich Paetzld, ofrecieron una conferencia de prensa que puso en evidencia hasta qué punto el incidente de los *squatters* de la calle de Maguncia y de otros barrios de Berlín Oriental ha sido envenenado y magnificado por la campaña electoral.

La antigua capital prusiana es el único Estado federado que todavía no ha realizado elecciones, y en teoría, aunque no en la práctica, sigue gobernada por dos administraciones, ambas controladas por la socialdemocracia. Las elecciones para el nuevo Senado, esta vez unificado, se celebrarán el mismo día que los comicios generales, esto es, el próximo 2 de diciembre.

Lo sucedido ayer por la mañana en la calle de Maguncia, una pequeña calle que desemboca en la Franckfurter Alle, contiene todos los elementos de la actual escena política berlinesa. Tras los incidentes del lunes, en los que las fuerzas de la policía fueron prácticamente derrotadas por los manifestantes, que a su vez no eran originarios de la parte oriental, sino que procedían del famoso barrio alternativo occidental de Kreutzberg, Momper no podía dejar que su rival electoral, la CDU del canciller Kohl, utilizara el argumento de presentarse como garante del orden ante los votantes.

Al igual que el día de la unidad alemana, fuerzas especiales procedentes de los *länder* de la Baja Sajonia y de Renania del Norte-Westfalia, así como la famosa Guardia de Fronteras, una fuerza de élite especializada en guerrilla urbana, desembarcaron en la vieja capital del Reich.

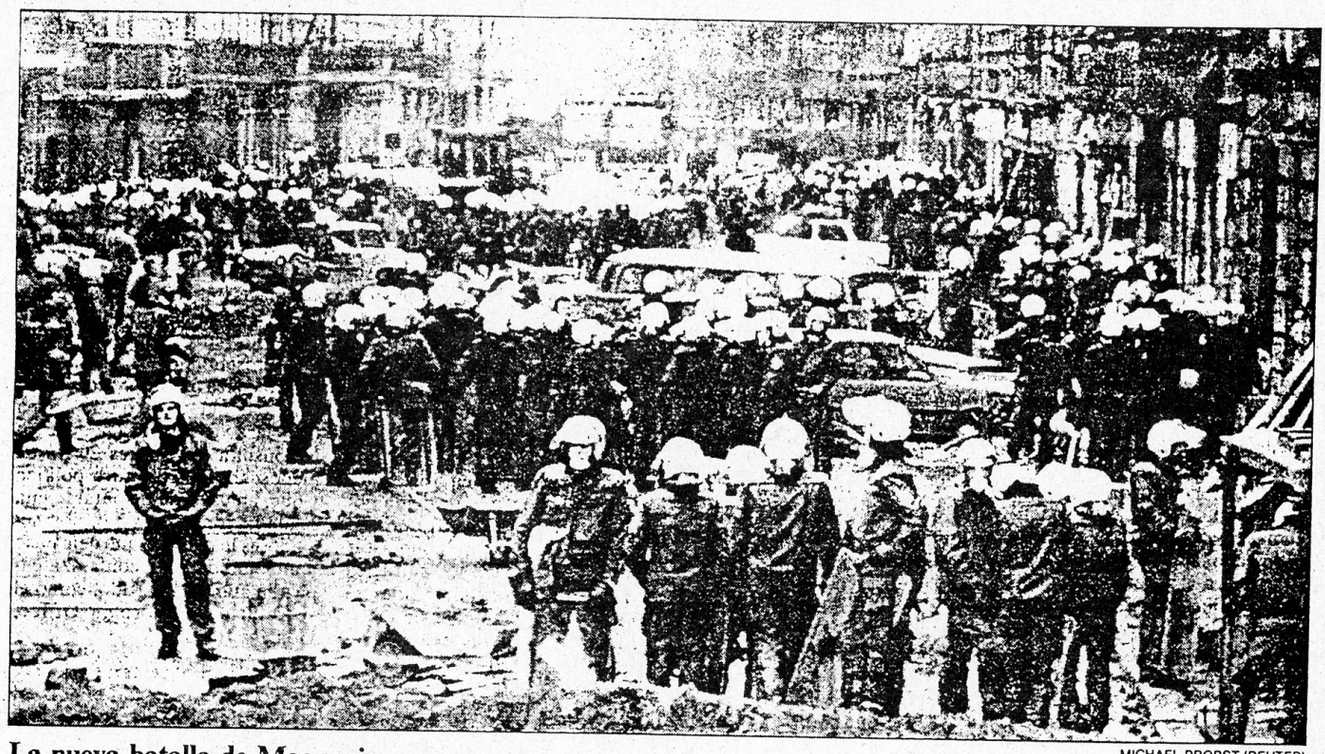
A las diez empezaba el desalojo. La policía tuvo primero que ocupar las barricadas construidas con adoquines levantados de la calle, para lo que utilizó excavadoras; luego, apoyada con cañones de agua y tanquetas, entró casa por casa hasta desalojarlas todas.

Varios miembros de la Lista Alternativa y del grupo Alianza 90, que, paradójicamente, gobiernan en Berlín en coalición con el SPD, fueron detenidos. Según su portavoz, se hallaban allí para intentar una salida negociada al conflicto. Incluso una de las heroínas de la revolución pacífica que derrocó al régimen comunista, la pintora Barbel Bohley, fue detenida.

REUTER

Un *squatter* es detenido en Berlín por dos agentes de la policía antidisturbios.

El País 16.11.



MICHAEL PROBST (REUTER)

La nueva batalla de Maguncia

Casa por casa, apoyados por cañones de agua y tanquetas, 3.000 policías alemanes desalojan a los ocupantes ilegales de 10 edificios de la calle de Maguncia, en el barrio berlinés de Friedrichshain. La nueva *batalla de Maguncia* no es contra los ocupantes franceses, como ocurrió en 1689, sino contra grupos anarquistas y de extrema izquierda que tienen declarada la guerra a las autoridades de Berlín. El lunes, las fuerzas de orden, incluidas unidades especializadas en guerrilla urbana, fueron prácticamente derrotadas por los manifestantes. Varios miembros de la Lista Alternativa y del grupo Alianza 90, que paradójicamente gobiernan en Berlín en coalición con los socialdemócratas, fueron detenidos. Las batallas campales tienen como fondo las elecciones del 2 de diciembre.

Página 8

La actitud del alcalde socialdemócrata Momper acelera el conflicto con la Lista Alternativa

Los enfrentamientos entre 'squatters' y policías provocan la ruptura de la coalición rojiverde en Berlín

JOSÉ M. MARTÍ FONT, Bonn

La coalición rojiverde (socialdemócratas y alternativos) que gobernaba en Berlín desde hacía dos años se rompió finalmente ayer por la tarde a causa de los incidentes de los *squatters* de la calle de Maguncia. La actitud inflexible del alcalde, Walter Momper (socialdemócrata), propiciando una a todas luces desmesurada acción policial ha entrado abiertamente en conflicto con la postura negociadora de la Lista Alternativa —el equivalente de los Verdes en Berlín—, algunos de los cuales, que se habían ofrecido como mediadores, fueron detenidos cuando la policía desalojó las viviendas ocupadas.

La jefa de la Lista Alternativa en el Senado berlinés, Renate Künast, aseguró: "Para nosotros, la coalición ha terminado". Y denunció "la brutalidad de las fuerzas del orden", después de afirmar que los socialdemócratas habían violado los acuerdos de la coalición y buscaban atraer al electorado conservador.

En Berlín se mantienen aún dos administraciones separadas en el este y el oeste, ya que las elecciones para el Senado de la ciudad unificada no se celebrarán hasta el día 2 de diciembre, la misma fecha de los comicios generales en Alemania. Sin embargo, a todos los efectos, es el Ayuntamiento del oeste el que gobierna la ciudad por medio de la citada coalición rojiverde.

En el este, el alcalde Tino Schwerzina es también socialdemócrata y su partido forma coalición con la Alianza 90, el conglomerado de grupos surgidos de la revolución del otoño pasado; aunque, como se ha puesto ahora en evidencia, su papel en la gestión pública depende totalmente de lo que decide Momper.

ASSOCIATED PRESS

Un manifestante herido en Berlín se protege de la acción de un policía.

Desmarcarse de la izquierda

La presencia de los comunistas renovados (PDS), que podrían hacerse con un 10% de los votos, además de los que consigan los verdes, reduce el espacio de los grandes partidos. En este contexto, los socialdemócratas podrían haber optado por desmarcarse de la izquierda buscando más apoyos en el elector de centro. La Unión Cristiana Democrática (CDU), por ejemplo, ha basado su campaña electoral en Berlín en el lema *Ley y orden*. Todo parece indicar que los resultados de las elecciones obligarán al Partido Socialdemócrata Alemán (SPD) a formar una *gran coalición* con la CDU, dejando al margen a los pequeños partidos.

El último brote de violencia, durante la noche del miércoles al jueves, se produjo cuando una parte de los participantes en la manifestación que había sido convocada para protestar contra la acción de la policía intentó dirigirse hacia la calle de Maguncia, donde les esperaban centenares de policías.

Los manifestantes lanzaron de nuevo adoquines y bombas incendiarias contra la policía y ésta cargó de nuevo, con el resultado de un número indeterminado de heridos, así como numerosas detenciones.

Grupos de extrema izquierda en solidaridad con sus correligionarios berlineses se manifestaron en las ciudades de Colonia, Francfort, Wuppertal y Münster; los jóvenes rompieron escapartates y se enfrentaron con los agentes de la policía.

FÄNGT DA AN WO WIR UNS
GEGEN IHRE MACHT DURCHSETZEN
ZUSAMMEN
ZUSAMMEN
VERAN
Mainz bleibt
DEMO

Zeitschriften räumen ganze Seiten für die Frontberichterstattung. Fette Schlagzeilen mit den Bildern des Schreckens springen uns ins Auge.Das Fernsehn überträgt,sauber geschnitten,die aktuellen Ereignisse vom Bürgerkrieg um die Ecke.Bevor überhaupt irgendjemand zum Nachdenken kommt,hat uns die Medienstaffel schon mit Stellungnahmen und Erklärungen bombardiert.Die Spezialisten der Meinungsbildung kommentieren,interpretieren und illustrieren es fix und fertig ins Hirn.Die Suggestion läuft auf vollen Touren.Das altbewährte Vokabular von den randalierenden Chaoten,den gewaltbereiten Krawallspezialisten,den vermummten Steinewerfern...usw. wird unaufhörlich gegen die BesetzerInnen angewendet und auf sie assoziiert.
Die Stimmung war bereits mit Lügen und Hetze,erwähnt sei der Vergleich mit der Hafenstraße,vorpräpariert.Die Truppen der Berichterstatter harrten schon in den Startlöchern,bis sie endlich ihr Kamerageschütz auf die Mainzerstraße richten konnten Ebenso wie das Heer von über 4000 Bullen und BGS`lern,waren sie schon auf ihren Einsatz vorbereitet und gerüstet,längst bevor die ersten Barrikaden gegen das massiv aufgefahrene Kriegsgerät der Polizeieinheiten errichtet wurden.So konnte noch ehe die ersten Tränengasschwaden verzogen waren,der Medienkrieg gegen uns beginnen.
Schnell ist ein ganzer Kriesenstab vonPolitikern,Sachverständigen und Journalisten auf den Beinen.Sozialwissenschaftler Gewaltforscher und Psychologen äußern sich über Hintergründe und Ursachen.Tiefbetroffene Gesichter bekunden ernsthafte Besorgnis. Scharfmacher fordern unnachgiebige Härte.Vermittler beschwören den Dialog.Alle möglichen Spezialisten lassen sich öffentlich darüber aus wie wir wieder zur`Vernunft`gebracht werden können. Es ist viel von friedlichen Lösungen,von Verhandeln und Verträgen und vom Dialog die Rede.Mit den Gesprächsbereiten sollen,sofern sie sich entsolidarisieren,Konzepte in Form von Einzelmietverträgen erarbeitet werden...

Es ist der gewalttätige Zynismus der Mächtigen,der durch die Herrn Momper und Pätzold spricht,wenn sie heuchlerisch weiter Verhandlungsbereitschaft signalisieren.Nach einem gnadenlosen Gewaltakt,bei dem nichts unterlassen wurde um sich an den geräumten zu rächen.Nach endlosen Lügen,Diffamierungen und Hetztiraden sollen wir ihnen das glauben!?Sie,die mit der Berliner Linie weiterhin die Kriegserklärung gegen alle besetzten Häuser ausgesprochen haben.Die damit das Konzept zur polizeilichen Brachiallösung in den Händen halten,erwarten nun den demütigen Kniefall.

Die Berliner Linie,die nichts anderes ist als ein Räumungskatalog und Spaltungsinstrument,wurde 1981 im Wahlkampf vom damaligen Übergangsbürgermeister Vogel konzipiert.Nach der Wahl im April begriff der mit der CDU an die Macht gekommene Innensenator Lummer sehr schnell die unbegrenzten Möglichkeiten dieses Mach(t)werks.Sogleich machte er sich daran ein Wahlkampfversprechen in die Tat umzusetzen.Nämlich mit dem sog. Hausbesetzerproblem kurzen Prozeß zu machen.Nach einigen Räumungsprobeläufen fühlte er sich stark genug gleich 10 Häusern gleichzeitig die Räumung zu erklären.Die Springerpresse,SFB-Abendschau und RIAS allen voran,unterstützten ihn und bereiteten die Stimmung vor.Am 22.09.81 war es dann soweit. Im Morgengrauen wurde aufgefahren was der Bullenapparat hergab.Das erklärte Ziel Lummers war es,zu beweisen,daß es nicht die geringste Chance geben würde.So zeigte er sich in einem gerade geräumten Haus mit feldherrlicher Posse der Presse.
Keine 100 Meter weiter wurde Klaus Jürgen Rattay von den Bullen vor einen Bus gehetzt und starb sofort.Wenige Tage später bemerkte der von der Springerpresse bestätigte Innensenator genüsslich,es bedürfe nur noch 2-3 Räumungen desgleichen Stils und die Szene wäre ausreichend frustriert.Und in der Tat.Nach diesen 10 Räumungen gelang es ihm getreu der Berliner Linie von den knapp 180 Häusern weit über 100 leerzufegen.Vor Verhandlerhäusern wurde nicht haltgemacht.Und der Spruch : Verhandeln schützt vor Räumung nicht-kursierte nicht grundlos. Etwa 60 Häuser erhielten Verträge.Die straff einzuhaltenden Vertragskonzepte sorgten zumeist dafür,daß die Bewohner politisch nicht mehr über ihre eigene Haustüre hinauskamen,viel zu viel mit ihren eigenen Problemen beschäftigt waren und sich zurückzogen.Die letzten Räumungen nach dem Herbst 83 wurden nur noch bedauernd zur Kenntnis genommen.

Dies nur als Vorgeschmack dessen was wir jetzt von der Berliner Linie zu erwarten haben.Wie sich zeigte konnte das,was am 22.09.81 Lummer recht war,den Herrn Momper und Pätzold am 14.11.90 billig sein.Damals wie heute wurde vorexerziert,daß sie eher eine ganze Armee gegen uns einsetzen,als nur einen Millimeter von ihren Schreibtischplänen abzurücken.Und wieder ist die polizeiliche `Endlösung`damit vorgegeben.Was jetzt als Verhandlung angeboten wird,ist nichts weiter als eiskalte Erpressung,die Entsolidarisierung,Spaltung und bedingungslose Unterwerfung fordert.
Die Berliner Linie der Gewalt und Spaltung,dieser Räum-und Erpressungskatalog muß weg!

Einleitungstext in der Continente-Sendung vom 03.12.90 im Radio 100

Flugis

Am Mittwoch, den 14.11.90 hat ihre Polizei mit Unterstützung des Bundesgrenzschutzes 12 Häuser in der Mainzer Straße geräumt. Viele Menschen wurden dabei zum Teil schwer verletzt, Hunderte verhaftet. Zu den mehreren zehntausend Obdachlosen im Stadtgebiet kommen nun nochmals 250 dazu. Projekte von BesetzerInnen und AnwohnerInnen wurden zerstört, wie z.B. das Antiquariat, das Infocafé, die Volxküche, das Projekt Kinderspielplatz und Kinderkino, die Räume der antifaschistischen Fußballfaninitiative Berlin, das Hofkino, 4 Kneipen und vieles mehr. In der Volxküche, wo DDR-RentnerInnen und Kinder umsonst essen konnten, wurden große Teile des Inventars zertrümmert. Im Kinderkino wurden Kinderbilder zerfetzt, Spielzeug zertreten und von AnwohnerInnen leihweise überlassene Kinderstuhle zerstört. Die mit Bischof Forck ausgehandelte Zusage, daß die BesetzerInnen ihr Hab und Gut ausgehändigt bekommen, hat sich als weitere Lüge ihrerseits herausgestellt, auch wenn der Polizeisprecher der Presse etwas anderes erzählt. Sämtliche Sachen wurden aus den Fenstern geworfen und in Müllcontainer "entsorgt". Beobachtungen von AnwohnerInnen, daß es zu Plünderungen durch die Bauarbeiter kam, werden wir nachgehen. Das geziehlt linke und antifaschistische Literatur zerstört wurde, erinnert uns an vergangen geglaubte Zeiten und wirft große Schatten auf ihr sog. "Demokratieverständnis"...Doch nicht nur die Besetzerinnen der Mainzer- und der Scharnweberstraße waren/sind von ihrem völlig überzogenen Polizeieinsatz betroffen. So wurde Mittwoch Morgen z.B. eine Gruppe Kinder, die auf dem Weg zum Hort oder zur Schule waren, im Hinterhof Mainzer-/Kolpestr. mit Tränengasgranaten angegriffen. Für MieterInnen der Kolpestr. herrschte Mittwoch Ausgangssperre und Einkaufsverbot. AnwohnerInnen, die die zwanghafte Personalienkontrolle verweigerten wurden schikaniert und in mindestens zwei Fällen verprügelt. Der Ausnahmezustand hält heute, Samstag, immer noch an. Regelrechte Gesichtskontrollen werden durchgeführt. Jede/r die/der nicht ins Weltbild ihrer Beamten paßt wird kontrolliert.Teilweise müßen AnwohnerInnen ihren Besuch im Beisein der Polizei "indentifizieren". In mindestens zwei Wohnungen gab es Brände durch Gasgranaten. Unsere Kinder die mit den HausbesetzerInnen begannen einen Spielplatz zu bauen und täglich im Hinterhof spielten, müssen jetzt in ihren Zimmern spielen. Die psychischen und physischen Schäden sind noch nicht zu überschauen. Kein Wort des Bedauerns und der Entschuldigung von ihnen. Aber das können wir ja wohl kaum erwarten. Geht es ihnen neben Wahlkampf nicht auch darum den BürgerInnen der ehemaligen DDR zu zeigen, daß so etwas wie der 9. November bei ihnen kein zweites Wahl möglich ist. Was wird den jetzt aus den 250 BewohnerInnen der Mainzer Straße ? Interessiert sie das überhaupt ? Der BVV-Abgeordnete Hannemann (CDU) wurde von BürgerInnen auf einer Kiezversammlung danach befragt. Er "notierte" sich dies. Als man seinen Zettel einsah, befanden sich lediglich Striche darauf !!!

Der Referent des westberliner Bausenators Nagel, Günter Fuderholz, erklärte in der TAZ vom 15.11.90, daß es für die BesetzerInnen der Mainzer Straße (und sippenhaftmäßig auch für die geräumten Leute der Pfarr- und Cotheniusstr.) niemals, egal in welchem Haus in Ost-Berlin Verträge geben wird. "Die haben ihre Chance verwirkt". Das ist nur noch menschenverachtend und zynisch. Sie lügen also weiter Herr Mendiburu, Herr Hannemann!!! Herr Momper, Sie erklären in den Tagesthemen und im Heute Journal vom 14.11.90, daß die Mainzer nie verhandeln wollte und ein halbes Jahr nicht verhandelt hat. Gut sie haben die Medien für sich, wir aber wissen das sie LÜGEN!!!

Sie sagen "Wo verhandelt wird, wird nicht geräumt"... Die Mainzer Str. war von Anfang im Vertragsgremium vertreten. Die Verhandlungen, die es immer von unserer Seite gab, wurden am 8. Oktober von Herrn Martini im Namen des Magistrates abgebrochen.Um sich Ihre "Wahrheit hinzubiegen", müssen sie sogar ihre Parteigenossen Harms Riediger und Helios Mendiburu der Lüge bezichtigen. Sie waren Montag in der Mainzer anwesend, Herr Mendiburu wurde von ihren Wasserwerfern attackiert. Verhandlungs- und vermittlungsbereite Leute, wie Bärbel Bohley und Reiner Börner versuchen sie nun als Radikale und PDS-Unterwanderer fertig zu machen.

Ist auch Bischof Forck ein Lügner für sie ??? Jutta Brabandt,Harald Wolf,Reiner Schult, Wolfgang Kempe Lügner? Informieren sie sich mal bei ihren GenossInnen in der Mainzer Str.(SPD-BÜRO).

Einen Runden Tisch von vielen Parteien, Einzelpersonen und BesetzerInnen, den es in Friedrichshain gibt, negieren sie. Sie waren es doch, die immer die Wichtigkeit solcher Runden Tische in der Ex-DDR nach dem 9.11.90 propagiert haben!?!

Fr. Detering (Stadtverordnete Friedrichshain) und Bärbel Bohley wollten mit Herrn Pätzold verhandeln. KEIN INTERESSE !!

All diese Menschen lügen oder sind unsere Marionetten?

HIER IN FRIEDRICHSHAIN HAT BIS AUF WENIGE NIEMAND INTERESSE AN IHREM "DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS" UND IHREN "LÖSUNGEN" VON SOZIALEN PROBLEMEN !!!

Geben sie die Häuser zurück und beenden sie den Belagerungszustand !!!

Momper, Herr Mendiburu!
Warum lügen sie uns
Bürgerinnen und Bürger an ???

-(25)-

DER POLIZEISTAAT SCHLÄGT ZU

Nachdem schon am Montag, den 12.11.90 drei besetzte Häuser gewaltsam geräumt wurden, schlug die Polizei nun am Mittwoch noch brutaler zu und zerstörte weitere Lebensräume von Menschen

Kurz der Reihe nach: Ohne Vorwarnung wurden am Montag drei besetzte Häuser in Ost-Berlin geräumt. Nachdem die darauf folgenden kurzen Demonstrationen und Straßenblockaden bereits beendet waren und der Verkehr auf der Frankfurter Allee längst wieder ungehindert fließen konnte, erfolgte ohne jede Ankündigung geschweige denn Begründung ein Einfall der Polizeikräfte in die Mainzer Straße, in der bis Mittwoch zwölf besetzte Häuser waren. Dabei wurden Räumpanzer, Wasserwerfer und Unmengen von Tränengas eingesetzt. Es wurden wahllos besetzte und nicht besetzte Wohnungen unter Beschuß genommen.

Angesichts dieser Entwicklung fanden sich mehrere hundert UnterstützerInnen der HausbesetzerInnen in der Straße ein. Zum Schutz wurden Barrikaden errichtet.

Gegen 14h kam es zu einer erneuten Eskalation durch den Versuch der Polizei, in das ebenfalls besetzte Haus Scharnweberstraße 29 einzudringen. Zuvor hatte Bezirksbürgermeister Mendiburu den BesetzerInnen sein Wort darauf gegeben, daß sämtliche Polizeikräfte abgezogen würden. Kurze Zeit später geriet er dann selbst in den Strahl eines Wasserwerfers.

Die HausbesetzerInnen konnten weitere Räumungen verhindern. Sie bauten zur Verteidigung der Häuser die Barrikaden aus und hoben in der Straße Gräben aus. In der Nacht zum Mittwoch wurden aus der ganzen Bundesrepublik Räumpanzer, Wasserwerfer und hunderte von PolizistInnen zusammengezogen. Innensenator Pätzold war sogar bereit, Militär zu Räumungen einzusetzen.

Am Mittwochmorgen begann die Räumung der Mainzer Straße mit martialischem Aufgebot: Das ganze Gebiet wurde weiträumig abgesperrt. Unter ständigem Beschuß (sogar mit Hilfe von Hubschraubern) mit Tränengas, Knallkörpern und Wasser schlugen sich die PolizistInnen Wege zu den Häusern frei. Trotz Gegenwehr der BesetzerInnen drangen sie brutal in die Straße ein, knüppelten Menschen nieder, auch wenn diese schon hilflos am Boden lagen. Währenddessen und auch danach kam es zur Festnahme von mindestens 325 Menschen.

Dieser massive und äußerst brutale Polizeieinsatz ist durch nichts zu rechtfertigen. Menschen besetzen Häuser die verfielen, um Wohnraum zu retten und zu schaffen und um sich ihr Leben selbst nach eigenen Vorstellungen zu organisieren. Mit viel Mühe, Arbeit, Zeit und Geld schufen sie sich eine Lebensgrundlage, die ihnen jetzt gewaltsam entrissen wurde. Sie nahmen niemandem Wohnungen weg, denn die Häuser standen leer und Gelder zur Renovierung waren und sind nicht vorhanden. Seit Monaten bemühen sich die HausbesetzerInnen um Verhandlungen und wurden immer nur mit leeren Versprechungen hingehalten oder mit absolut miserablen Angeboten abgetan. Offensichtlich geht es den Verantwortlichen nicht um echte Verhandlungen und Lösungen für Wohnungsnot und Leerstand. Allein die Kosten der bisherigen Polizeieinsätze hätten für die Sanierung etlicher Häuser gereicht.

Die Räumungen sind gegen die HausbesetzerInnen gerichtet und gegen alle, die hier für ein anderes, selbstbestimmtes Leben kämpfen, gegen alle, die sich dem rücksichtslosen Einmarsch der BRD in die ehemalige DDR nicht widerstandslos beugen.

Das heißt, die Polizeiaktionen richteten sich nicht, wie in den Medien oft behauptet wird, gegen Randalierer und Chaoten, sondern sind Teil eines höchst brisanten politischen und sozialen Kampfes gegen Menschen, die sich gegen die unmenschliche Politik zur Wehr setzen, die nun auch hier den Menschen übergestülpt werden soll.

Während wir dies schreiben ist die ganze Stadt in einem Belagerungszustand. Es sind mindestens 4000 PolizistInnen im Einsatz, Tendenz steigend. Weitere Räumungen wurden angedroht. Die kurzfristig angesetzte Demonstration am Mittwoch um 17h brachte immerhin 10.000 Menschen auf die Straße. Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist aufgebracht und entsetzt über diese Vorgehensweise und arrogante Machtdemonstration der Westpolitiker und -polizei.

Wir fordern alle Menschen auf, sich gegen die unmenschliche Politik der Verantwortlichen zu wehren, auf die Straße zu gehen, zu reden, in Wahlen und Aktionen Stellung zu beziehen!

Jetzt ist die Zeit, gegen die Polizeigewalt und für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen!

PRESSEERKLÄRUNG VOM 14.11.

Die Mainzerstraße ist geräumt.

Mit einem Blitzkrieg gegen den mutmaßlichen Hauptfeind hat der Senat ein Exempel statuiert, wie es aggressiver und brutaler nicht hätte sein können. Eine ganze Straße wurde mit tätiger Beihilfe eines Großteils der Presse als Zentrum der Gewalt hochstilisiert, um die Rechtfertigung für das heutige Vorgehen zu schaffen.
Es begann am Montag mit dem völlig überraschenden und willkürlichem Angriff per Panzer und Wasserwerfer, - der mit CS-Gas-Fontänen die Fenster zerschoss und Knüppelorgien auf der Straße.
Vorausgegangen war die Räumung dreier besetzter Häuser, die jedoch keine Gegenwehr ezeugte. Schon seit einiger Zeit stand fest, diese Situation, die Räumung der Pfarrstraße, mit einem ersten "Testangriff" in der Mainzer Straße zu verbinden, ~~die~~ dem je nach Stärke der Gegenwehr weitere zu folgen hätten. Mit dem konsequenten Selbstschutz der Be- und AnwohnerInnen durch Barrikaden und Gräben konfrontiert, scheiterte jedoch der zweite schon massivere Polizeiangriff am Abend; vielleicht auch nur, um die Rechtfertigung zu schaffen, endlich richtig schweres Geschütz aufzufahren.
Mit der Anforderung zusätzlicher Polizeikräfte aus Westdeutschland begann der Kriegszustand, der bis jetzt anhält. Jegliche Vermittlungsvorschläge zur Gewaltverhinderung von Prominenten oder AnwohnerInneninitiativen wurden in den Wind geschlagen, ein Stadtteil in den Morgenstunden abgeriegelt, um schließlich einen Teil seiner BewohnerInnen mit brutalsten Methoden ihres Lebensraumes zu berauben, sie fertig zu machen und zu kriminalisieren.
Dabei wurde keine Rücksicht auf Verluste genommen: PassantInnen, Schaulustige und andere Unbeteiligte wurden ebenfalls behindert oder gar angegriffen, im Anschluß an die Räumung die Häuser zur Zerstörung durch die Polizei freigegeben. Das halbjährige Werk der BewohnerInnen liegt jetzt in Trümmern bzw. wird hemmungslos und unter Gelächter weiterverwüstet.
Derweil herrscht weiterhin Ausnahmezustand im Kiez (z.B. war der U-Bahnhof Samariterstrasse gesperrt), es wird keinerlei Bewegungsfreiheit für die AnwohnerInnen gewährt, eine politische Absicht sowie Gesprächsbereitschaft ist nicht zu erkennen, ein Verbleib der über dreihundert Gefangen nicht zu erfahren.

Ausnahmezustand, Massenverhaftungen und Zerstörungsorgien
- typische Maßnahmen dieses Staates gegen mutmaßliche Gegner!

Wir wollen in den Häusern bleiben! Verträge für Alle!

PRESSEERKLÄRUNG der besetzten und ehemals besetzten Häuser

Die Aussage, daß die BesetzerInnen der Mainzer Str. nicht verhandlungsbereit gewesen seien, ist eine glatte Lüge.

Im folgenden werden wir darstellen, daß die Räumung der Mainzer Str. und die massiven Polizeieinsätze keinesfalls eine Reaktion auf die Ereignisse am 12.11 war, sondern schon lange von den angeblich verhandlungswilligen Verantwortlichen geplant war.

Schon am 22.06 bildete sich das Vertragsgremium, in dem sich die weitaus meisten besetzten Häuser, so auch - im Gegensatz zu den von Herrn Momper verbreiteten Lügen - die Häuser der Mainzer Str., zu einem Häuserbündnis zusammengeschlossen haben. Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, Rahmen-Verträge für a l l e Häuser als politische Grundlage für Nutzungsverträge auszuhandeln. Die offizielle Linie des Magistrats lautete, mit allen ''friedlichen'' Häusern ernsthaft zu verhandeln! Verhandlungen in diesem Sinne haben nie stattgefunden.

Offensichtlich dienten diese sogenannten Verhandlungen, die unter anderem mit den Herren Holzinger und Martini geführt wurden, nur dazu, die Häuser hinzuhalten, bis der 3.Oktober vorüber war und die West-SEK's in Gesamt-Berlin einsetzbar würden. Prompt wurden am 8.Okt. die Verhandlungen mit dem Vertragsgremium vom Magistrat abgebrochen. Kurz vorher noch hatte der Magistrat den Häusern einen Vorvertrag angeboten.

Diese Vereinbarung sollte allen Häusern außer denen in der Mainzer Str. zur Unterschrift vorgelegt werden, obwohl die BesetzerInnen in der Mainzer Str. diese Verträge mitunterzeichnet hätten. Daraufhin wurde dem Magistrat ein unterschriftsreifer Vorvertrag vorgelegt - der Magistrat erklärte, daß er an jenem Vorvertrag nicht interessiert wäre.

Daraus wird klar ersichtlich, daß die Mainzer Str. zu Verhandlungen bereit und darüber hinaus an einer friedlichen Lösung interessiert war und ist.
Klar wurde bzw. ist, daß die Vertreter des Magistrats die Verhandlungen mit den BesetzerInnen der Mainzer Str. abgebrochen haben!
Der Magistrat hat danach generell die Verhandlungen mit dem Vertagsgremium abgelehnt.

Damit wird klar, daß die Kriminalisierung der Mainzer Str. von langer Hand vorbereitet wurde.
Wie wir aus Aussagen von Polizeibeamten aus Westdeutschland wissen, wurden die Polizeiverbände schon am Samstag bzw. Sonntag in Bereitschaft berufen, d.h. die Verstärkung wurde angefordert, noch bevor es überhaupt zu einer Auseinandersetzung gekommen war.

Mit der Räumung der Cotheniusstr. und den Räumungen in der Pfarrstr., die juristisch nicht gerechtfertigt gewesen sind, haben die Verantwortlichen bewußt eine Eskalation provoziert.
Bei der Pfarrstr. 112 hat die Eigentümerin gegen die Räumung bereits Klage eingereicht.

Die infolge der Räumung entstandene Spontandemonstration wurde gezielt erst an der Ecke Mainzer Str./Frankfurter Allee von der Polizei angegriffen, was mit Video-Aufnahmen belegt werden kann.

Die BesetzerInnen mußten auf Grund des bereits im Vorfeld zusammengezogenen Polizeiaufgebotes und des massiven Vorgehens der Beamten eine Räumung ihrer Häuser befürchten.
Sie waren gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Dies war von den politisch Verantwortlichen und dem Innensenator so geplant, damit die BesetzerInnen kriminalisiert werden konnten und die Räumung durchgeführt werden konnte. Dabei wurde besonders brutal vorgegangen:

- In einen Gefangenentransporter wurde Tränengas geschossen
- Viele Leute, die unverletzt in die Häuser flüchteten, wurden vor und nach der Verhaftung von der Polizei zusammengeschlagen, eine Frau liegt mit einem Milzriß immer noch im Krankenhaus.
- Das Mobiliar der Häuser wurde zerstört, das Eigentum der BewohnerInnen wurde zerschlagen und achtlos weggeschmissen.
- Den meisten Verhafteten wurde das Recht, vor der Vernehmung mit einem Anwalt zu telefonieren, verwehrt. Sie erhielten während ihrer meist 10-12 stündigen Haft weder zu essen noch zu trinken.

Wir fordern:

- Die Rückgabe und Wiederherstellung der am 12.11 und am 14.11.90 geräumten Häuser in der Pfarrstr., Cotheniusstr. und der Mainzer Straße.
- Die Freilassung aller in diesem Zusammenhang Festgenommenen und die Einstellung sämtlicher Strafverfahren.
- Den sofortigen Abzug aller Polizeieinheiten.
- Eine Entschädigung für alle Betroffenen des Polizeieinsatzes, für ihre physischen, psychischen und materiellen Schäden.
- Eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie a l l e r besetzten Häuser.

Erklärung des Plenums der besetzten Häuser:

Unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen von massiver Polizeipräsenz und akutem Räumungsdruck sind Verhandlungen nicht möglich. Der Abzug der Polizei ist daher unabdingbare Vorraussetzung, um langfristige Nutzungsverträge gemäß den Zusagen der politisch Verantwortlichen aushandeln zu können.

Die NutzerInnen der besetzten Häuser erklären sich grundsätzlich verhandlungsbereit, da sie die Notwendigkeit sehen, auf politischer Ebene Rahmenbedingungen für die Legalisierung der bereits bestehenden Nutzung a l l e r besetzten und auch der jetzt geräumten Häuser zu schaffen.

Das Plenum stellt fest, daß diese Erklärung, die bereits seit Beginn der Besetzungen geäußerte Verhandlungsabsicht aller, auch der jetzt geräumten Häuser, erneut bekräftigt.

MENSCHENKETTE IM MAINZER KIEZ

12

Am Mittwoch letzter Woche, 14.11.90 haben westberliner-, westdeutsche Polizei, Sondereinsatzkommandos und Bundesgrenzschutz 12 Häuser in der Mainzerstraße geräumt. Viele Menschen wurden dabei verletzt, hunderte verhaftet. Zu den zig zehntausenden Obdachlosen kommen jetzt nochmal 400 aus den geräumten Häusern Cothenius-, Pfarrstr. und der Mainzer hinzu. Laut Statement von Herrn Puderholz, Referent des westberliner Bausenators, sollen sie auch obdachlos bleiben. "Die haben ihre Chance verwirkt", keine Mietverträge, nirgends in Berlin/Ost!!! Für den Polizeisenator Pätzold sind das alles keine Obdachlosen. So zynisch und einfach geht es halt, wenn man die Einheitspresse hinter sich weiß. Herr Hannemann verspricht sich darum zu kümmern, notiert es sich dann auch auf Intervention von BürgerInnen. Als mensch seinen Zettel einsah: NICHTS ALS STRICHE DARAUF!!!
Keine Hilfe zu erwarten!!!
Die Häuser in der Mainzerstraße werden inzwischen systematisch zerstört. Das Antiquariat für DDR Literatur, das Infocafe, Volxküche, Kinderkino, Kinderspielplatz, Kneipen, Versammlungsräume wurden zerstört. Das Eigentum von BesetzerInnen und AnwohnerInnen zerstört und in Müllcontainer verfrachtet.
Nach der Zerstörung werden die Räume der Presse vorgeführt. So lebt "der Abschaum".
Linke, antifaschistische Literatur wird gezielt, wie in längst vergangen geglaubten Zeiten zerrissen und zerfetzt.
Seit nun einer Woche ist der Kiez um die Mainzer faktisch, militärisch besetzt. In den ersten Tagen herrschte faktisches Ausgeh- und Besuchsverbot für AnwohnerInnen. Kinder und AnwohnerInnen und ihre Wohnhäuser unterlagen massivem Gasbeschuß. Massive Ausweiskontrollen werden durchgeführt, alles abgefilmt und registriert. Freilaufende Polizeihunde verunmöglichen Kindern das Spielen auf Hof und Straße.
ES HERRSCHT BELAGERUNGSZUSTAND WEIT ÜBER DIE MAINZERSTRASSE HINAUS (BGS-Panzer auf dem Alex, massives Polizeiaufgebot vor anderen besetzten Häusern, Hausdurchsuchungen....)
UND DER SENAT SPEKULIERT ÜBER WEITERE RÄUMUNGEN!!!
darum

• KUNDGEBUNG UND MENSCHENKETTE: SONNTAG, 25.11.90 17°° WISMAR-PLATZ

- Rückgabe der ehemals besetzten Häuser
- Weiterführung der Verhandlungen, Nichträumungsgarantie
- Sofortige Übergabe des Eigentums der früheren BewohnerInnen und Entschädigung für die zerstörten Sachen, Entschädigung aller bei der Räumung betroffenen BürgerInnen.

v.i.S.d.p. H. Weiß, Dimitroffstr. 12, Berlin

Mit uns gelingt's nicht

Taxikorso der Taxistas

Gegen Räumung besetzter Häuser
Wohnraum fur alle und selbstbestimmtes Leben

Nicht erst die Ereignisse in der Mainzerstr. zeigen, welche Politik der Senat verfolgt. Besetzte Hauser, wie in der Pfarr/Cotheniusstr. werden polizeilich geraumt, andere Häuser, deren BewohnerInnen Widerstand leisten, werden militarisch erobert und zerstort. Danach das übliche pressewirksame Geblubbere von gescheiterten friedlichen Lösungsversuchen: eine glatte Lüge, da Sondereinheiten der Polizei wie Bundesgrenzschutz schon Tage vorher angefordert worden waren.

Ob Berliner Linie oder nicht,
wenn der Senat räumt
wird Widerstand zur Pflicht.

Über kurz oder lang sind wir alle von dieser "Politik" betroffen, unabhangig davon, wer am 2.Dezember das (Wahl-)Rennen machen wird. In der neuen Hauptstadt haben sich schon heute die Mieten verzigfacht, haben Spekulanten und Makler Hochkonjunktur.

In dieser Situation (25.000 leerstehende Wohnungen, 100.000 Wohnungssuchende) ist die Besetzung von leerstehenden Häusern und ihre Verteidigung ein Akt der Selbsthilfe. Denn einen Vergleich der Mietpreise mit anderen europaischen Großstädten, wie Munchen, Paris, Madrid braucht Berlin nicht zu scheuen. 1000 DM für eine 2-Zi-Whg sind bereits heute keine Seltenheit mehr.

Das bedeutet für uns: Noch mehr auf'm Bock sitzen, noch mehr Schichten, noch mehr ein vom Geld abhängiges Leben. Erkämpfte Freiräume werden immer mehr eingeengt, Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Darum solidarisieren wir uns mit HausbesetzerInnen, EGAL WO !
Besetzt leerstehende Häuser !

- **Rückgabe der geräumten Häuser**
- **Keine Kriminalisierung - Freiheit für die Gefangenen**
- **Einstellung aller Ermittlungsverfahren**
- **Kein Profit mit Wohnraum - Wohnraum für alle**

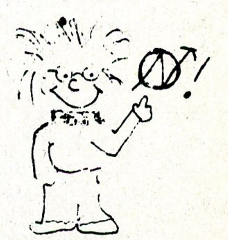
Sa. 1.Dezember 1990 - 13.00 h
(pünktlich !)
Start und Treffen: Hasenheide/Neue Welt

Schmückt eure Taxen !!!

Berlinweite FahrerInnen-Versammlung
am Dienstag, den 18.12.1990 um 20.00 h
in der Vorckstr 59 HH 2 Stock rechts
zu Arbeitsbedingungen im Taxi-Gewerbe

Vorläufige Themen: Veränderung der Arbeitsbedingungen durch neues Tarifgebiet seit 3 Oktober, angekündigte Lohnkürzung durch Streichung der Berlinzulage, mehr Lohn durch Anhebung der Umsatzprovision für Fest- und AushilfsfahrerInnen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen

Hausbesetzer im Roten Rathaus fordern die Rückgabe der geräumten Häuser



BERLINER LINIE - SCHEISSPOLITIK
MIETEN RUNTER UND HÄUSER ZURÜCK !
Wir haben heute das Rote Rathaus besetzt!
Die Mainzer Straße lebt!!!!

Der "neue" deutsche Staat hat 3 Tage gegen uns Krieg geführt; wir haben uns gewehrt. Seine Büttel konnten uns aus unseren Häusern prügeln, aber ihre Knüppel können unseren Zusammenhalt nicht zerschlagen, so wie ihr Giftgas unsere Träume nicht zersetzen wird.
Sie haben das Monopol über Zeitungen, Fernsehen, Radio. Sie verbreiten die unglaublichsten Lügen über uns:

- unser Widerstand gegen die Räumung sei Mordlust gewesen - aber *sie* haben mit Toten kalkuliert und von vorneherein geplant, unsere Lebenszusammenhänge um jeden Preis militarisch zu zerschlagen.

- wir seien nicht verhandlungsbereit - dabei haben wir vom ersten Moment an an den Verhandlungen der GesamtbesetzerInnen mit dem Magistrat teilgenommen, eine gemeinsame Vereinbarung mit dem Magistrat ausgehandelt - bis der "neue" Magisenat direkt nach Amtsantritt die Verhandlungen einseitig abbrach.

- wir seien gar nicht wohnungslos - nur weil viele von uns eine Meldeadresse in der Zweiraumwohnung bei Mama und Papa oder bei FreundInnen haben.

- wir hätten die Räumung provoziert - dabei war der Überfall von langer Hand geplant, die eingesetzten Einheiten schon Tage zuvor in Alarmbereitschaft.

Unser selbstbestimmtes Leben paßt ihnen nicht.
Wir MainzerInnen leben in 12 besetzten Häusern. Eines davon ist ein Haus, wo Frauen und Lesben wohnen, eines ein Tuntenhaus, und auch von den gemischten Häusern hat jedes sein eigenes Gesicht. Die Straße ist für uns ein gemeinschaftlicher Lebensbereich, in dem wir unser Leben praktisch selbst organisieren, und den wir mit allen NachbarInnen teilen wollen. Eine Volksküche, in der ein Essen 3 Mark kostet, ein Spielplatz, zusammen mit AnwohnerInnen gebaut, ein Info-Cafe für alle an uns Interessierten, das Antiquariat für DDR-Literatur, ein Theater-Cafe, in dem Kultur und Kaffeeklatsch zusammenkommen, eine Food-Coop, in der der Lebensmitteleinkauf aus ökologischer Erzeugung direkt organisiert wird, um die Kosten für alle niedrig zu halten, das Ausarbeiten von Plänen zur Verkehrsberuhigung der Straße zusammen mit den Menschen, die dort schon lange wohnen - all das und mehr ist die Mainzer Straße.

In diesem Leben verbinden sich Arbeit, Wohnen, Kultur und die gewachsene Struktur des Kiezes. Wir reden viel mit AnwohnerInnen, unter anderem bei regelmäßigen BürgerInnen-Tischen, wir haben guten Kontakt zu älteren Menschen, für die wir einkaufen, wir diskutieren mit Schulklassen aus dem Bezirk, stellen Info-Tafeln auf, feiern zusammen Feste auf der Straße und in den Höfen, organisieren Gesprächsrunden mit Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand und wehren uns gemeinsam gegen den gegenwärtigen neonazistischen Straßenterror.
Diese Lebensform, die sich nicht Macht- und Profitinteressen unterordnet, versuchen auch die neuen Herrschenden aus dem Westen zu bekämpfen. Die Mainzer ist ein Versuch, einen herrschaftsfreien Raum aufzubauen und dieses Ziel erfordert zum ersten die Unterstützung aller, die sich darin mit uns verbunden fühlen, zum zweiten solidarische Kritik von außen, zum dritten ein ständiges gemeinsames Überdenken unseres Handelns. So sind auch die meisten Projekte aus dem Zusammenleben zwischen den alteingesessenen KiezbewohnerInnen und uns entstanden.
Der Angriff des Staates richtet sich nicht nur gegen die BesetzerInnen der Mainzer Straße. Er ist viel umfassender und betrifft *alle* anders denkenden und handelnden Männer und Frauen. Es ist ein Angriff gegen alle besetzten Hauser und Zentren, denen damit gezeigt wird, was in diesem Staate geduldet wird und was nicht. Dort die Stillen, die ja nur wohnen wollen und natürlich Verträge bekommen, hier die, die es wagen, Häuser/Räume politisch zu begreifen und zu nutzen, die die Zweifel an diesem Staat/System haben und es auch praktisch in Frage stellen und/oder bekämpfen. Und so stehen jetzt viele BesetzerInnen vor diesem Erpressungsversuch - entweder Maul halten/kuschen, um so vielleicht in den Häusern bleiben zu können - oder weiterkämpfen; weiterhin politisch arbeiten und sich damit der Repression und Verfolgung aussetzen. Konkreter: mit hoher Wahrscheinlichkeit geräumt zu werden.
Dieser Schlag richtet sich gegen alle:

- gegen Frauen und Lesben
Frauen und Lesben wurden gezielt angegriffen und am brutalsten behandelt, weil sie es "wagen", gegen die Männerherrschaft aufzubegehren. Rohe Gewalt, vor allem in Form von sexistischen Übergriffen, soll Frauen und Lesben in die Rollen zurückzwingen, die das Patriarchat ihnen zuweist. Der Bullenterror ist dabei nur krassester Ausdruck alltäglicher Männergewalt.

- gegen MigrantInnen
Bei uns leben viele Menschen verschiedener Nationalitäten. Menschen ohne deutschen Paß mußten vor dem Bullenterror flüchten (Ausweisungsgefahr). Das Ausländergesetz und die Wahlhetze zeigt, daß sie besonderem Maß Repressionen ausgesetzt sind.

- gegen Schwule
Mit dem Angriff auf das Tuntenhaus soll das Zusammenleben von Schwulen in großen Gruppen unmöglich gemacht werden. Der Angriff heißt auch: Zurück dorthin wo ihr hingehört: in die kommerzielle Subkultur.

- gegen MieterInnen
Das reibungslose Zusammenspiel zwischen Wohnbaugesellschaft und Polizei schafft ideale Voraussetzungen für das künftige Mietendiktat; die Räumung ist also auch ein Präventivschlag gegen MieterInnenWiderstand.

- gegen schwache Menschen
Solidarität in der Mainzer Straße bedeutet u.a. Kinderspielplatz, Kinderkino, billiges Essen, Einkaufshilfe - die Zerschlagung dieses Zusammenhalts ist der Versuch, die "Schwachen" in ihre Vereinzelung zurückzutreiben.

- gegen die Bevölkerung in den eroberten Gebieten
Der Angriff auf die Mainzer Straße soll den hier lebenden Frauen und Männern zeigen, was Aufmüpfigkeit einbringt. Mit dem Zuckerbrot allein (DM & Videorecorder) kann der Anspruch auf absolute Beherrschung der Menschen nicht durchgesetzt werden, also läßt der Staat die Maske fallen und holt die Peitsche heraus. Beispielhaft wurde an der Mainzer Straße vorgeführt, wie Polizei & Politik mit anstehenden sozialen Konflikten in der Ex-DDR umzugehen denken: Jede Form von Widerstand soll niedergeknüppelt werden: Die ökonomische Annexion der DDR wird durch die Militärische ergänzt. Die Invasoren sind auf die Konflikte bestens vorbereitet - z.B.: "Der BGS trainiert die Streikbekämpfung." (FR vom 30. 5. 84)

- gegen die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der DDR-Kultur
Die Bücherschändung im Antiquariat für DDR-Literatur im Forellenhof beweist die Ignoranz und Brutalität der Bullen gegen eine Kultur, die sie durch Gehirnwäsche, berufliche Repression und Diffamierung einfach auslöschen wollen.

- gegen alle Ansätze grundsätzlicher Kritik
Das Wegspülen der Menschenkette durch Wasserwerfer am 12. 11. und der Versuch, unsere politische Lebensform zu zerstören, fügen sich zusammen - alles, was der Macht entgegentritt, soll zermalmt werden; jede Opposition wird diffamiert und kriminalisiert. Wir, die wir unsere Freiräume gegen Staatsterror verteidigt haben, werden als gewalttätige Chaoten beschimpft!

Dieses Vorgehen hat Methode:
Die Notstandsgesetzgebung in der BRD Ende der 60er Jahre ist der Ausgangspunkt für eine neue Repressionswelle. Die Entwicklung der Isolationsfolter gegen politische Gefangene in deutschen Knästen, Berufsverbote gegen kritische Menschen in den 70er Jahren sowie die Angriffe auf die Anti-AKW-Massenbewegung und die Morde an den politischen Gefangenen in Stammheim sind Indizien für die neue Qualität der Repression. Dennoch hat sich der politische Widerstand nicht zerschlagen lassen.
Im vereinigten Großdeutschland sind politische Zentren ein Angriffsziel. Die Razzia in der Hafenstraße in Hamburg im Mai und die militärische "Lösung" in der Mainzer Straße mit je über 3.000 Bullen haben die gleiche Stoßrichtung: In Hamburg sollen vorhandene Strukturen mit einer breiten Basis durch Diffamierung zerstört werden; in Friedrichshain sollen solche störenden Strukturen von vorneherein verhindert werden. Zur Umsetzung ihrer Großdeutschland- und Europapläne muß jede Opposition zerschlagen werden. Zur Durchsetzung ihres "Auftrages" haben Politiker und Polizei lebensgefährliche Verletzungen, gesundheitliche und seelische Schaden, vor allem auch an Kindern, alten und vorgeschädigten Menschen verursacht.

Wir besetzen heute das Rote Rathaus: Hier sitzen Mitverantwortliche für den Krieg gegen den Friedrichshainer Kiez. Anstatt die Interessen der Menschen in Ostberlin zu vertreten, lobt der Magistrat den Überfall aus dem Westen. Anstatt die von den BürgerInnen der DDR vor einem Jahr entwickelte politische Kultur zu erhalten, wedelt er zu jedem Befehl aus dem Westen mit dem Schwanz.
Das ist nicht, was wir unter Demokratie verstehen können!

Wir fordern hier und jetzt von Schwierzina:

- Rückgabe der geräumten Häuser, Nichträumungsgarantie und Weiterführung der Verhandlungen zwischen Stadtregierung und dem Vertragsgremium

- Einstellung der Strafverfahren, Freilassung der Gefangenen
- Mietpreisbindung für ganz Berlin
- Wohnraumrekonstruktion ohne Mietsteigerung
- Erweiterung des Kündigumgsschutzes, u.a. keine Eigenbedarfskündigungen mehr
- Mitentscheidungsrecht für MieterInnen-Bündnisse und AnwohnerInnenInitiativen bei allen Entscheidungen über Mieterhöhung, Rekonstruktion.....
- Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zu den Ereignissen in der Mainzer Straße
- Materielle Wiedergutmachung und Entschädigung für alle, die unter dem Bullenterror zu leiden hatten/haben.

Fluggi!

Jetzt erst recht !!!

In der Presse erschienen die letzten Tage wie Bürgerkrieg, immer wieder fürchterliche Fotos und die Lügen von „tötungsbereiten Chaoten". Aber die Wirklichkeit war anders und es ist wichtig, die zu wiederholen. Zehntausende von Obdachlosen in dieser Stadt, Zigtausende, die eine Wohnung suchen, unendliche Schlangen bei den Wohnungsbesichtungen und gleichzeitig Millionenprofite für die Spekulanten mit dem Leerstand und Verfall von 25.000 Wohnungen allein in Ostberlin. Das ist die Realität in Berlin. Die Bonzen reden von sozialer Gerechtigkeit, während sie in ihren Palästen und Luxusappartements hocken, gut bezahlt für wenig Arbeit, und wir schauen dürfen, wo wir bleiben.

Aus diesem Grund und deswegen, weil unzählige die Schnauze voll haben, vereinzelt in einem Wohnklo mit Munddusche zu wohnen, weil viele etwas Neues mit Vielen ausprobieren wollen, weil wir uns ein anderes solidarisches Leben vorstellen und auch dafür kämpfen, wurden&werden in Berlin Häuser besetzt. Einige im Westen, mehr als 130 im Ostteil. Sie sind für uns ein Stück weit eine andere Gesellschaft, ein Schritt hin zu einem besseren Leben, wo die Menschen selber bestimmen, wie sie leben, wo sie teilen, sich austauschen und Gefühle haben dürfen. Anders als in dem Dreck von Vereinzelung, Zwangsmaloche und Glotze, in dem uns die Bonzen haben wollen.
Genau das ist es, was den Herren Momper, Diepgen&CO stinkt; das ist es, was sie „rechtsfreien Raum" nennen. „Rechtsfrei" ist für sie da, wo die Leute selber über ihr Leben entscheiden und deswegen ist für uns „rechtsfreier Raum" die einzige Sache, für die es sich lohnt, zu kämpfen.

Der Senat hat angegriffen

Am 12.11. begann der Senat in Ostberlin Häuser räumen zu lassen; zwei in Lichtenberg, eines am Prenzlauer Berg. Es gab sofort berlinweit Unterstützung für die BesetzerInnen. Unter anderem wurde für eine Viertelstunde in Friedrichshain die Frankfurter Allee in der Nähe der Mainzerstr. blockiert. Die Bullen nahmen dies zum Anlaß, um mit Wasserwerfern und Räumgeräten die zu diesem Zeitpunkt völlig ruhige Mainzerstr. zu überfallen. Mit Wasserstrahl wurden die Fenster in besetzten und normal bewohnten Wohnungen eingeschossen, unter Wasser gesetzt und mit dem Kriegsgas CS eingenebelt. Erst jetzt begann das sogenannte „Chaos".

Würden Sie sich nicht wehren, wenn bei Ihnen die Polizei die Wohnung mit Tränengas vollschießt?

Die Menschen in der Mainzerstr begannen sich zu wehren. Die Bullen wurden hinausgedrängt und ab Montagnachmittag begannen BesetzerInnen und UnterstützerInnen damit, die Straße zu sichern. Barrikaden wurden aufgebaut, damit die Polizei nicht noch einmal auf derartige Art und Weise einfallen konnte. Die NachbarInnen waren zum Teil ratlos, andere genervt über die Unruhe, und manche halfen sogar beim Aufbau der Verteidigungsanlagen. Allen gemeinsam war das Entsetzen über die Brutalität der Bullen.
In der Nacht schließlich kehrten diese massiv verstärkt zurück und versuchten die Mainzerstr. erneut zu räumen. Es ging ihnen um einen Beweis der Stärke. Vermittlungsangebote von Friedrichshainer Stadtverordneten wurden vom Innensenat und den Bullen zurückgewiesen. Sie wollten einen militärischen Sieg.
Aber Montagnacht haben sich die Leute verteidigt. 1000 Menschen halfen Gräben auszuheben, damit die Räumpanzer nicht durchbrechen könnten, schichteten Baumaterial zu Barrikaden, warfen die Gasgranaten der Polizei wieder zurück, und wehrten sich auch mit Steinen und Molotov-Cocktails. Nie ging es dabei darum, die Polizei zu besiegen oder Polizisten zu töten wie Momper und Springer behaupten, sondern darum, die vom Senat angestrebte Räumung zu verhindern. Die Mainzer wollte nie Zoff, sie bemühte sich seitdem es sie gibt um Verhandlungen, die erst der Magistrat, dann der Senat immer wieder verweigert hatte (und nicht andersrum, wie Momper lügt!). Die Barrikaden waren nichts als ein Schutz gegen den Terrorismus der Polizei.

Der Senat probt den Bürgerkrieg

Weil es die Bullen also Montagnacht nicht schafften, ließen Momper-&Co Dienstag aus Westdeutschland 1600 Polizisten und Bundesgrenzschutz mit schwerem Kriegsgerät anfahren. Die BesetzerInnen suchten erneut, zu einer politischen Lösung zu kommen, Menschen vom Bündnis 90 versuchten den ganzen Tag, Innensenator Pätzold zu erreichen, aber der wollte sich nicht erreichen lassen. Pätzold und Momper wollten nur eins: eine Bürgerkriegsübung.
Mittwoch morgen um 6 war dann Friedrichshain militärisch abgeriegelt. Von nirgendwo konnte man sehen, was in der Mainzerstr. passierte. Leute, die von anderen Dächern das Geschehen mitverfolgen wollten, wurden verhaftet, Passanten nicht durchgelassen, Leute in der Umgebung von Bullen grundlos angegriffen. Gleichzeitig kreisten die Hubschrauber, tarnten militärische Sonderkommandos auf den Dächern herum, bestimmten Räumpanzer das Bild. Das war nicht mehr ein klein bißchen faschistoid, das war faschistisch. Das war genau der Staat des Terrors, bei dem die Macht von der politischen auf die militärische Ebene übergegangen ist. Die MainzerInnen wehrten sich noch 3 Stunden, dann sammelten sie sich in 2 Häusern und warteten auf die Bullen.
Die führten sich auf, wie sich Terroristen eben aufführen. Siegergebärden und Sprüche wie „reiß ihm die Eier auf", „ihr gehört doch an die Wand", so gingen diese Polizisten vor, glücklich darüber, daß es keine politische Lösung gegeben hatte. Sie traten und schlugen die BesetzerInnen. unzählige wurden schwer verletzt. Erst jetzt als alles „vorbei" war, kam es zu schweren Verletzungen, bis dahin war es trotz oder wegen der Barrikaden glimpflich gewesen- auf beiden Seiten.

Die Lügen Mompers

Die Lügen von Momper, Springer, Diepgen und Co am Tag danach schlagen dem Faß den Boden aus: die BesetzerInnen hätten sich nicht um Verhandlungen bemüht, aber gemeinsam mit anderen 130 Häusern suchen die seit Monaten Verhandlungen, die der Magisenat und nicht die BesetzerInnen abgebrochen hat.
Dann sagt Momper, die BesetzerInnen seien „tötungsbereit" gewesen, aber tötungsbereit waren nur er und seine Schergen: zweieinhalb Tage wahllos Giftgas gegen die BewohnerInnen der Mainzerstr., mehrere scharfe Schüsse, zwei durch scharfe Munition Schwerverletzte, der Einsatz von Gummigeschossen und neuartigen 2000 Grad heißen Schockgranaten, das ist die „Gewaltfreiheit" von SPD/CDU/AL-Senat. Und darüberhinaus der versuchte Mord eines Räumpanzerfahrers gegen mehrere Menschen, die sich auf einem Baugerüst befanden, das von dem Panzer zusammengefahren wurde.
Überhaupt bleibt die Frage, warum Momper&Pätzold einen ganzen Stadtteil abriegeln ließen, wenn nicht, um vor den Augen der Öffentlichkeit das terroristische Auftreten der eigenen Polizei zu vertuschen. Wenn Mielke wegen den Schlagstöckeinsätzen der Stasi ein „Verbrecher" ist, dann sind Diepgen, Momper und Pätzold Mörder.

Aber wir leben und kämpfen

Und trotzdem kann uns auch der widerlichste Polizeieinsatz in Berlin seit Jahren nicht mehr nehmen, was wir uns in diesen Tagen erkämpft haben. Die Entschlossenheit so vieler Menschen, nicht alles zu schlukken, was uns die da oben sagen; die Solidarität untereinander in den Tagen der Barrikaden; die Diskussionen mit den NachbarInnen; die 15.000 auf der Demo gegen die Räumung. All das hat uns gezeigt, daß die Ohnmacht gegenüber dem Staat und den Chefs, den Spekulanten und Bonzen überwunden werden kann, wenn wir zusammenkommen und uns wehren- so oder so, auf einer Demo, beim Reden miteinander oder hinter den Barrikaden. ***Trotz der Räumung der Mainzerstr. ist die eigentliche Message vom 12.-14.November die, daß wir unendlich stark sind.***

Wir nehmen uns unsere Lebensräume zurück.

Einige von all denen, die jetzt erst recht anfangen zu kämpfen

---

Stellungnahme des Informations- und Pressebüro 'Mainzer Str. und andere besetzte Häuser' zur Nichtteilnahme von Magistratsvertretern am Runden Tisch.

Die den BesetzerInnen des Roten Rathauses am Freitagabend gemachte Zusage einer Teilnahme der Stadträte Thurmann, Krüger und Vertretern der Rathausfraktionen an einen Runden Tisch für Montag den 26.11.90, 15 00 Uhr, ist von Oberbürgermeister Schierzina zurückgenommen worden. Offensichtlich diente die Zusage der Teilnahme nur dafür, die RathausbesetzterInnen schnellstmöglichst wieder loszuwerden.
Die Begründung der Absage damit, daß ihm, dem Oberbürgermeister während der Besetzung seines Amtszimmers Bürobedarf, wie etwa goldene Kugelschreiber sowie Bargeld entwendet worden sei, halten wir für lächerlich und entlarvend. Lächerlich deshalb, weil wir BesetzerInnen der Mainzer Str. trotz der nahezu vollständigen Zerstörung unserer persönlichen Habe und der Vernichtung unserer Wohn-, Lebens- und Arbeitsgrundlagen durch Polizei und Bauarbeiter, an der Gesprächsbereitschaft mit den dafür Verantwortlichen festhalten und uns nun anhören müssen, daß Schwierzinas Wortbruch allein in der den RathausbesetzerInnen unterstellten Bagatelldelikte begründet liegt.
Entlarvend deshalb, weil dieses vorgeschobene Argument der Nichtteilnahme des Magistrats am Runden Tisch genau in die Linie passt, mit der konkrete Verhandlungen mit den HausbesetzerInnen, vertreten durch das Vertragsbündnis seit Monaten blockiert, hingehalten und schließlich am 8.10.90 einseitig vom Magistrat abgebrochen wurden.
Der erneute Wortbruch vom Magistrat zeigt auf, daß der von vielen Personen des öffentlichen Lebens - vom Rektor der Humboldt-Universität bis zum Bischof - eingeforderte Dialog allein am politischen Unwillen des Magistrats und Senats scheitert.

Samstag, den 24.11.90

Zelle, 2x3m, 1 Holzbank, 3 Menschen, Neondauerlicht, es ist kalt, nach Stunden verschwimmt das Zeitgefühl...
Ich würde gerne mal mit meinem Anwalt telefonieren!"
"..."
"Hallo, ich will meinen Anwalt sprechen!"
"Halt die Fresse, du Arschloch, sonst nehmen wir dich mal vor!"

...Schritte auf kahlen Gängen, Türschläge hallen, ab und zu Schreie und Geräusche, nachher erfährst du was von Leuten, die sich gegen die ED-Mißhandlung gewehrt hätten, sie wurden zusammengetreten...
"Ich hab'Hunger, seit bald 24 Stunden hab' ich nichts mehr gegessen..."
"Lutsch doch am Daumen, Dreckschwein!"

Als Reaktion auf die Räumung haben Autonome in der Nacht zum Donnerstag in mehreren westdeutschen Städten Schaufensterscheiben eingeworfen und in Wandparolen ihre Solidarität mit den Hausbesetzern und Randalierern in Berlin bekundet. Unterdessen nahm der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Hermann Lutz, den Senat in Schutz und warnte davor, die einzelne Parteien für die Krawalle verantwortlich zu machen. Im Bundestag unterstützten FDP und SPD ebenfalls den Senat.

In Hannover und in nordrhein-westfälischen Städten warfen Sympathisanten der Hausbesetzerszene Dutzende Schaufensterscheiben ein und verursachten rund 100 000 Mark Schaden. In der Innenstadt von Hannover zertrümmerten Unbekannte am frühen Morgen in fünf Minuten die Scheiben von 28 Läden. Ein Kölner Polizeisprecher berichtete, etwa fünfzig Vermummte hätten gegen 23 Uhr am Mittwoch in einer Blitzaktion die Schaufenster von 26 Läden in einer exklusiven Einkaufsstraße der Domstadt zerstört. Eine 19jährige Frau und zwei Männer von 17 und 30 Jahren, die zur Hausbesetzerszene gehörten, seien festgenommen worden. In Wuppertal zertrümmerten wenig später zehn vermummte Randalierer 25 Scheiben vor allem von Banken. In Wandparolen forderten sie: „Finger weg von allen besetzten Häusern" und „Keine Räumung der Mainzer Straße". In Münster und Düsseldorf gingen die Scheiben eines Hotels und einer Bank in Scherben.

Soli-Aktion in Bremen:

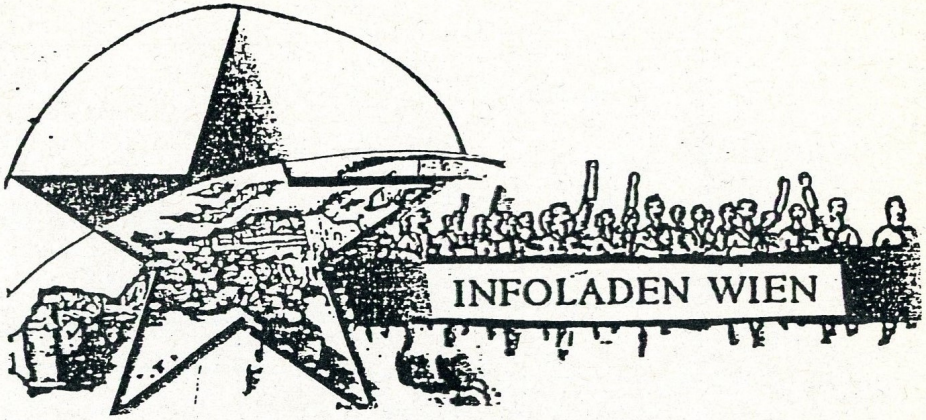
Übrigens...
Wir haben in der Nacht vom 14. zum 15.11.90 das Innensenatsgebäude entglast, um dem Bullenterror in Ostberlin, ausgehend vom rot-grünen Senat, mit denselben Mitteln hier zu antworten. Der extrem brutale Bullen-einsatz bei der Räumung der Mainer zeigt wieder einmal die Linie der reaktionären Schweine, jeden radikalen Widerstand im Keim ersticken und den Menschen die notwendigsten Lebensräume zu zerstören.
Feuer, Flamme und Glasbruch der Sozialdemokratie, allen Herrschenden in Bremen, Berlin und überall !!!
Wohnungsnot ist Konzept der Kapitalisten
Besetzungen verteidigen, Schluß mit den Räumungen!
Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen!
Solidarität aus allen Städten!

Einige von vielen bunten Smarties

Erklärung zu den Solidaritätsaktionen am 15.11.90 in Heidelberg

Solidarität mit den besetzten und geräumten Häusern in Ost-Berlin und anderswo !!
Für jedes Haus, das geräumt wird, werden 2 neue besetzt. Deshalb haben wir heute am 15.11.90 in Heidelberg mit den Häusern im Burgweg 1 und in der Ziegelhäuser Landstraße 17 ein Zeichen gesetzt. Aber auch, um auf unsere nochn immer katastrophale eigene Wohnungssituation aufmerksam zu machen und unserer schon so oft formulierten Forderung nach bezahlbarem um menschenwürdigem Wohnraum für alle Nachdruck zu verleihen.
Wir lassen uns nicht unterkriegen !!
Wenn sie 10 Häuser räumen, werden wir 100 besetzen !!
Finger weg von allen besetzten Häusern !!

11



AN DIE KÄMPFENDEN GENOSSINNEN IN GANZ BERLIN!

Wir sehen den Kampf um die Häuser als Teil der neuen revolutionären Bewegungen in Europa und den Entschluß, die Häuser zu verteidigen, als Notwendigkeit um soziale Strukturen zu halten und zu entwickeln.
Die große Beteiligung an der Demo heute (14.11.90) zeigt die Wichtigkeit der Kämpfe im Prozeß der Orientierung in der veränderten weltpolitischen Situation. Die Intifada in die Metropolen tragen, könnte eine Perspektive für unseren Kampf sein.
Das Zusammenkommen von Kämpfen rückt in greifbare Nähe.
Zum Teil ist der Stillstand der österreichischen Bewegung auf das Fehlen eines politischen und sozialen Zentrums zurückzuführen, wo die Auseinandersetzungen stattfinden können. Die Räumung des Rotstilzchens am 28.9.90 bedeutet einen extremen Verlust für die Szene hier in Wien und den Bundesländern, da wir unseres Treffpunkts beraubt sind und das Rotstilzchen auch der Anlaufpunkt für Genossinnen aus anderen Ländern war.
Das im Juni 90 besetzte Haus (im Eigentum der 'Kommunistischen' Partei Österreichs) ist zwar noch nicht geräumt, aber eine kontinuierliche Arbeit ist durch die permanente Anwesenheit der KP erstickt.
Die Medienscheiße der Schweine dominiert auch hier. In den Abendnachrichten wurde zb. von einer Demo von 'einigen Hundert Autonomen' berichtet. Drum schickt uns Infos, die wir dann in unserem Infoladen-Verteiler verbreiten.

Mit kämpferischen und solidarischem Gruß, viel Kraft !

Infoladen Wien

P.S.: Wir freuen uns schon auf den 8. Feber 91. Der Opernball wird angegriffen!!

GRUSSADRESSE

Zuerst wollen wir alle, die in den Nächten vom 13. - 14. November in der Mainzer Straße gekämpft haben (wie die Kommentatorin in "Heute" es genannt hat:"gegen das Schweinesystem") von ganzem Herzen grüßen, insbesondere die, die noch im Knast hocken müssen. Wir finden es total mutig und mutmachend, wie ihr euch der Bullenarmee entgegengestellt habt. In einer Zeit, wo der Feind versucht, unsern Widerstand (und unsere Ziele) auf allen Ebenen an die Wand zu drücken und uns mit Terrorurteilen und Bürgerkriegsarmeen einzuschüchtern, hat uns eure Entschlossenheit Kraft gegeben. Es ist klar rübergekommen - auch wenn sie jetzt ihre Hetze gegen euch auffahren - daß sie keine politische Lösung für die grundlegenden Bedürfnisse und Lebensbedingungen hier und weltweit haben und daß sie diese Schwäche durch brachiale Gewalt verdecken wollen. Ach, es ist immer schwierig, Gefühle aufs Papier zu bringen, ohne daß es furchtbar abstrakt klingt, aber ihr habt uns total Mut gemacht und ein Beispiel gegeben, daß es richtig ist zu kämpfen und daß nichts unmöglich ist.

MUT ZU KÄMPFEN; MUT ZU SIEGEN
Viele Grüße von einigen Genossinnen und Genossen aus Tübingen

auch Lutherum 124

GUTEN MORGEN !
IN DER NACHT VOM 15.11. AUF
DEN 16.11. SIND IN MEHREREN
STÄDTEN DES RUHRGEBIETS UNTER
ANDEREM NICHT WENIGE WAHLLÜGEN-
PLAKATE DER SPD NICHT SPARSAM
MIT RICHTIGSTEL-
LUNGEN VERSEHEN WORDEN.
SOLIDARISCHE GRÜSSE AN DIE
KÄMPFENDEN MENSCHEN IN ALLEN
BESETZTEN HÄUSERN!
AG SCHEIBENKLEISTER

Busse mit Parolen besprüht

Bielefeld (aut). 16 Busse der Busverkehr Ostwestfalen GmbH (BVO) sind in der Nacht zum Freitag im Depot an der Wilhelm-Bertelsmann-Straße von Unbekannten besprüht worden. Wie Klaus Sondermann, Betriebsleiter des Bahnbusbetriebes in Bielefeld, erklärte, habe die Bahnpolizei bei ihrer Kontrollfahrt die Farbkleckse auf den Bussen bemerkt. In Rot, Weiß und Blau prangen Parolen, die Protest gegen die gewaltsame Räumung von besetzten Häusern in Berlin ausdrücken, auf dem Lack der Busse.

Bielefelder Tageblatt 17. November

AM 14.11GINGEN DIE SCHEIBEN DER
DRESTENER BANK TURMSTR ZU BRUCH
LEIDER KONNTEN WIR AUFGRUND EINER
TECHNISCHEN PANNE UNSERE NACHRICHT NICHT
HINTERLASSEN:
MAINZ BLEIBT MEINS
WIE S' KLIRRTUND KRACHT

Nachdem der Tagesspiegel bis jetzt unsere Erklärung zurückhält, erklären wir nochmal:
Wir haben am 19.11. wegen der Häuserräumungen bei Möbel-Hübner gezündelt.
Ein zweiter Brandsatz im Lichthaus Mösch/Tauentzien hat leider versagt oder ist vorzeitig entdeckt worden.
Für jedes Geräumte Haus eine Million Sachschaden?!
Abschrift der Erklärung einer Revolutionären Zelle

Hier ein Bericht über Holland.
Nach der Räumung der Häuser in der Mainzer Straße, dem massiven Bullenterror und den vielen Verhaftungen, haben Leute aus Hengelo/Holland die Idee gehabt, etwas für die Leute zu tun.Wir haben ein Konto eröffnet für Spenden und in unserem Jugendzentrum wollen wir am 7. oder 8. Dezember ein Benefizkonzert machen. Das Geld wird persönlich nach Berlin gebracht und dafür gesorgt, daß es bei den richtigen Leuten ankommt. Auch hier in Holland besteht noch immer die Gefahr von Räumungen und massiven Verhaftungen, z.b. Groningen/W.N.C.
Aber der Kampf geht weiter. Denn niemand hat das Recht zu sagen, wo oder wie wir leben müssen.
Revolutionäre Grüße aus Hengelo

Die links-liberale Tageszeitung 'Pagina 12 aus Argentinien sieht Berlin in einem Krieg mit den besetzten Häusern. 3000 Polizisten räumten zwar nach zwei Tagen Straßenschlacht die Häuser, was aber von der Zeitung als Signal für einen beginnenden Krieg verstanden wird. Als Zeichen dafür sehen sie die starke Solidaritätsdemonstration am Mittwoch von Linken und Autonomen. Nach dem der Artikel auf die Geschichte und teilweise Verankerung der BesetzerInnenbewegung eingeht, werden die Besetzungen als Faktor geschildert, welcher die Privatisierung der Ost-Berliner Wirtschaft behindert. Die Folgen der Räumung um jeden Preis werden sich nach Pagina 12 in den nächsten Tagen zeigen. In den Auseinandersetzungen von rechtsextrem beeinflußten Jugendbanden und Autonomen, türkischen Gruppen und HausbesetzerInnen sieht Pagina 12 eine Entwicklung der bundesdeutschen Städte zu sozialen Pulverfässern.

Die spanische Zeitung 'El Observador beschreibt die Auseinandersetzungen um die Mainzerstr. als Folge von drei Häuserräumungen und den Barrikadenbau als Schutz vor befürchteten weiteren Räumungen. Molli's, Steine und selbstgebastelte Raketen(?) sind danach Antworten auf auf die Polizeiangriffe. Gründe für die Besetzungen sind fehlende Wohnungen und bevorstehende Mietpreiserhöhungen und es wird auch der Protest gegen die Wiedervereinigung in diesen Zusammenhang gestellt. Der Artikel vermittelt, daß der Senat nicht über Besetzungen verhandeln wollte. Außerdem würde durch die Auseinandersetzungen die Hauptstadtfrage neu gestellt.

El Pais, PSOE-nahe (sozialdemokratische) Tageszeitung, stellt den Bruch der Koalition wegen der unangemessenen Polizeiaktion in den Vordergrund. In den Auseinandersetzungen sehen sie de Kampf anarchistischer und linksextremistischer Gruppierungen gegen die Berliner Autoritäten. Während am Montag die Polizei, einschließlich der Anti-Terror Einheiten praktisch besiegt wurden, räumten zwei Tage später 3000 Polizisten die Häuser. Bedeutung erhalten im Artikel auch die Mittwochsdemonstration und die kaputten Schaufensterscheiben in Köln, Wuppertal, Frankfurt und Münster.

Am Mittwoch, dem 21.11.90 fand in Barcelona eine Solidaritätsaktion gegen die Räumung der Mainzerstraße statt. Etwa 40 Leute versammelten sich vor dem Generalkonsulat der BRD und verschönerten es mit viel Farbe. An die PassantInnen wurden Flugis verteilt und über dem Gehweg ein großes Transparent aufgehängt.
SOLIDARIDAD CON LOS OKUPAS DE BERLIN
UN DESALOJO _ OTRA OKUPACION
(Solidarität mit den Berliner BesetzerInnen
Eine Räumung - Noch eine Besetzung
ASAMBLEA DE OKUPERS BARCELONA

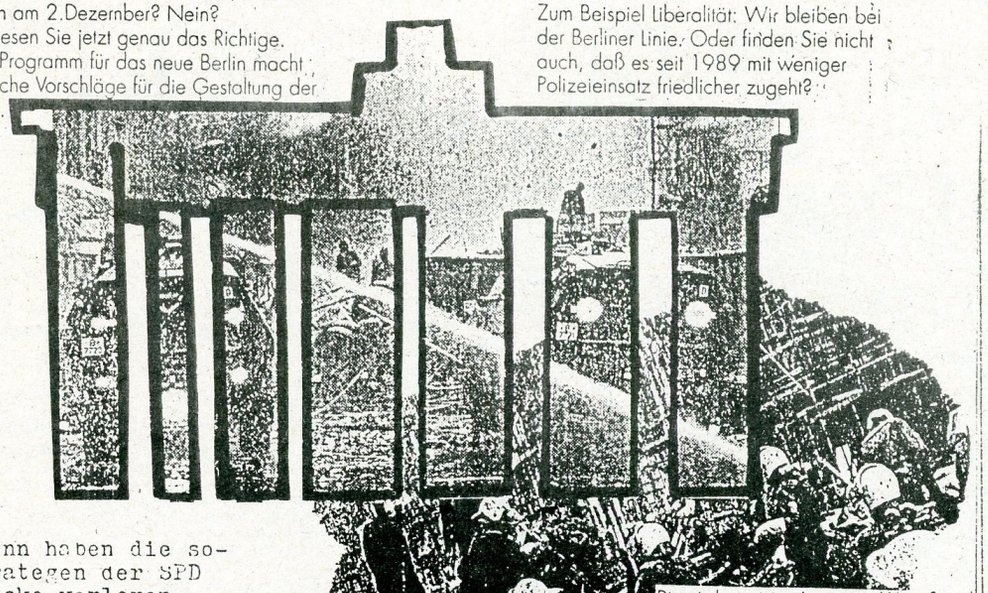
aus: Interim Nr. 125

VOLXSPORT

Klarheit für Berlin

Sie haben sich schon entschieden, was Sie wählen am 2.Dezember? Nein?
Dann lesen Sie jetzt genau das Richtige.
Unser Programm für das neue Berlin macht praktische Vorschläge für die Gestaltung der Einheit.

Zum Beispiel Liberalität: Wir bleiben bei der Berliner Linie. Oder finden Sie nicht auch, daß es seit 1989 mit weniger Polizeieinsatz friedlicher zugeht?



doch dann haben die sozialstrategen der SPD ihre maske verloren.
und darum:

Anschlag verpestete SPD-Büro

Das SPD-Kreisbüro in der Weimarer Straße in Charlottenburg dürfte für längere Zeit unbenutzbar sein: Unbekannte zerschlugen in der Nacht zu gestern gegen 4.30 Uhr die Fensterscheiben des Büros und warfen zwei Flaschen mit Buttersäure — dem Stoff, aus dem die Stinkbomben sind — in den Innenraum. Ein Hausmeister entdeckte das Malheur und alarmierte den Kreisvorsitzenden. Der Sachschaden beträgt rund 2000 Mark. si

Dies sind nur einige Argumente. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie uns.
SPD Berlin, Müllerstr.163, 1000 Berlin 65.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin ☎ 46 92 - 0
65 Müller-163
Kreisbüro
Charlottenburg: 3 41 54 38
10 Otto-Suhr-Allee 100
Laden 12 Weimarer-31 3 13 88 82
Kreuzberg: 61 Stresemann-30 2 51 51 12
Neukölln: 44 Karl-Marx-117 6 87 21 59
Reinickendorf: ☎ 4 11 70 36
28 Waidmannsluster Damm 149
Schöneberg: 62 Feurig-4 7 81 20 74
7 81 22 83
Spandau: 20 Kinkel-2 ☎ 3 33 71 65
Steglitz: 41 Schloß-62A ☎ 8 34 50 15
Tempelhof: 7 51 30 30
42 Tempelhofer Damm 165
Tiergarten: 21 Gotzkowsky-8 ☎ 3 91 31 66
Wilmersdorf: BzVerordnetenFraktion 87 23 78
31 Fehrbelliner Pl.4
Zehlendorf: 37 Garten-12 ☎ 8 11 86 11
Berliner Stimme Redaktion ☎ 46 92 - 1 51
65 Müller-163
Parteivorstand Bonn Büro 4 65 10 05
65 Müller-163
SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus 7 83 - 32 6
von Berlin 62 John-F.-Kennedy-Pl.
Bürgerbüro 65 Edinburgr-4 4 51 30 8

Mit uns gelingt's
SPD
BERLIN

und weil die Bullenfratze dahinter so widerlich war, haben wir ein paar tage später das SPD-büro in der skalitzer str. entglast

die häuser denen, die drin wohnen
unterstützung der forderungen der bewohnerInnen der geräumten häuser Mainzer Str., Pfarrstr. usw
und an die senats-büttel: und wenn ihr noch so viele seid,..

p.s.: Auch das SPD-Büro Schöneberg wurde schon besucht und beklirrt.

Dienstag Nacht (12.11.) hat's in der Schloßstr. in Steglitz geklirrt. Zusammenhänge mit den Räumungen sind zu vermuten... an Erklärungen gab's dazu jedoch noch nix.

Wir haben etwas gegen die Hauptstadt / Metropolen / Umstrukturierungs-Pläne des Berliner Senats, gegen Räumungsterror und Yuppisierung.
Am 12./13.11. erwischte es einen Bagger am zukünftigen Innenstadtring Skaliterstraße.
1 Mio. DM Schaden für jedes geräumte Haus!
Berlin, weltoffen statt geldoffen!

wir haben am 14.11. 90 die fensterfront der AL-zentrale wilmersdorf demoliert. dies ist spontaner ausdruck unserer wut über die räumung der mainzer strasse und der sonstigen schweinereien, die die AL in ihrer fast 2jährigen koalitionszeit mit der SPD verbraten hat. schon die räumungen in 36 im april 89 und die massivhetze gegen die autonome linke rund um die beiden 1.mai-feten haben deutlich gezeigt, wo dieses alternative" bürgerpack wirklich steht. die publikumswirksame festnahme mehrerer AL-heinis bei der räumung der mainzer und der zeitweilige austritt aus der SPD-koalition jetzt können über die verlogenheit dieser "alternativsozis" nicht hinwegtäuschen. sie versuchen, sich als wählbare alternative zu den sonstigen bürgerparteien zu verkaufen und haben dabei auch noch ihre letzten reste utopischer ansätze zugunsten polizeistaats-"realpolitik" verkauft.

einige wütende

Die Mainzer ist ein politischer Sieg für uns! Sie haben einmal mehr ihre demokratische Maske fallengelassen und die Erfahrung spontaner Kraft und Solidarität gibt Mut für die nächsten zehntausend Jahre!
Ihr Lieben! Lassenwir uns nicht spalten!
Alle Häuser zurück! Alle Gefangenen frei!
Umsiedlung aller Mompers und Pätzolds etc. nach Tschernobyl!
Am Sonntag (18.11.) fielen uns am Kaiser-Wilhlem (Igitt) -Platz in Schöneberg zum Opfer:
40 schöne Schaufensterscheiben
Bildet Banden und Bändchen!

INTERIM 124

Köln: Glasbruch an mehreren Stellen...
Wuppertal: ca. 50 Leute veranatalten eine Scherbennacht.
Hannover: Glasbruch, siehe Erklärung.
Düsseldorf: Demo in Oberbilk, eingeworfene Scheiben bei Banken, Sprühaktionen, ein Hotel wurde entglast.
Hamburg: Angriff auf eine Bullenwache, Plena zur Mainzer Str., etliche Solibeiträge, Demo am 19.11.

Kopenhagen: die deutsche Botschaft wurde mit Mollis eingedeckt...
Frankfurt: Spontandemo, Großaufgebot der Bullen
München: Spontandemo von 50 Leuten, 450 Bullen im Einsatz
Mailand: am 16.11. Kundgebung vor dem deutschen Konsulat von über 100 Leuten
Erlangen/Nürnberg: Demo am 15.11.

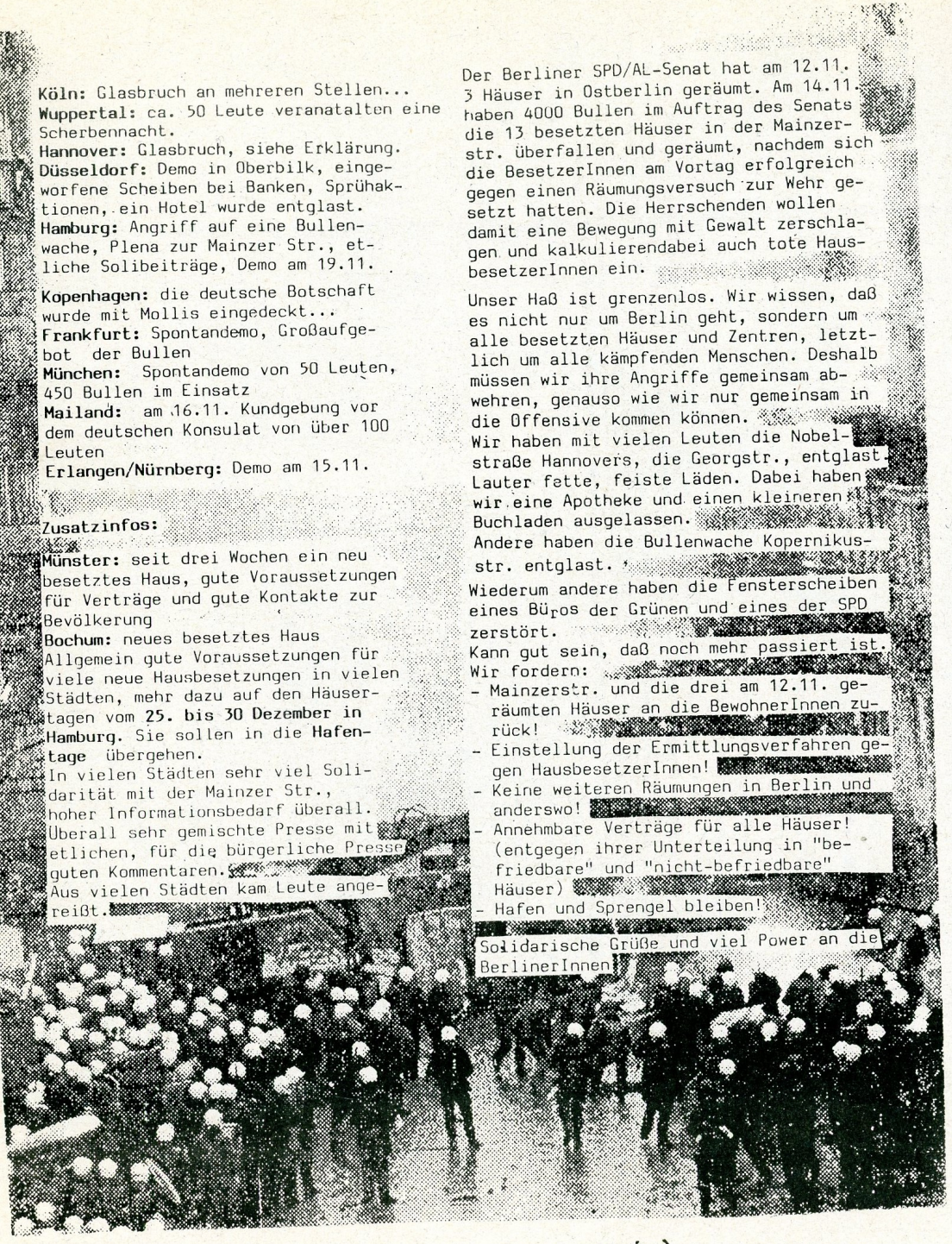
Zusatzinfos:

Münster: seit drei Wochen ein neu besetztes Haus, gute Voraussetzungen für Verträge und gute Kontakte zur Bevölkerung
Bochum: neues besetztes Haus
Allgemein gute Voraussetzungen für viele neue Hausbesetzungen in vielen Städten, mehr dazu auf den Häusertagen vom **25. bis 30 Dezember in Hamburg.** Sie sollen in die **Hafentage** übergehen.
In vielen Städten sehr viel Solidarität mit der Mainzer Str., hoher Informationsbedarf überall. Überall sehr gemischte Presse mit etlichen, für die bürgerliche Presse guten Kommentaren. Aus vielen Städten kam Leute angereißt.

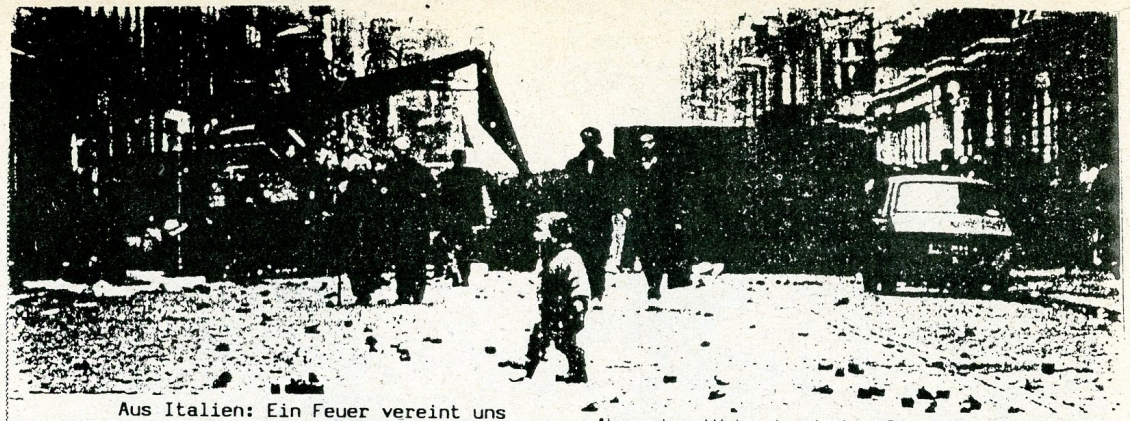
Der Berliner SPD/AL-Senat hat am 12.11. 3 Häuser in Ostberlin geräumt. Am 14.11. haben 4000 Bullen im Auftrag des Senats die 13 besetzten Häuser in der Mainzerstr. überfallen und geräumt, nachdem sich die BesetzerInnen am Vortag erfolgreich gegen einen Räumungsversuch zur Wehr gesetzt hatten. Die Herrschenden wollen damit eine Bewegung mit Gewalt zerschlagen und kalkulierendabei auch tote HausbesetzerInnen ein.

Unser Haß ist grenzenlos. Wir wissen, daß es nicht nur um Berlin geht, sondern um alle besetzten Häuser und Zentren, letztlich um alle kämpfenden Menschen. Deshalb müssen wir ihre Angriffe gemeinsam abwehren, genauso wie wir nur gemeinsam in die Offensive kommen können.
Wir haben mit vielen Leuten die Nobelstraße Hannovers, die Georgstr., entglast. Lauter fette, feiste Läden. Dabei haben wir eine Apotheke und einen kleineren Buchladen ausgelassen.
Andere haben die Bullenwache Kopernikusstr. entglast.
Wiederum andere haben die Fensterscheiben eines Büros der Grünen und eines der SPD zerstört.
Kann gut sein, daß noch mehr passiert ist.
Wir fordern:
- Mainzerstr. und die drei am 12.11. geräumten Häuser an die BewohnerInnen zurück!
- Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen HausbesetzerInnen!
- Keine weiteren Räumungen in Berlin und anderswo!
- Annehmbare Verträge für alle Häuser! (entgegen ihrer Unterteilung in "befriedbare" und "nicht-befriedbare" Häuser)
- Hafen und Sprengel bleiben!

Solidarische Grüße und viel Power an die BerlinerInnen!



aus Interim Nr 124



Aus Italien: Ein Feuer vereint uns

In diesen Tagen wurde in Berlin - Herz des europäischen Imperiums und Zentrum des kapitalistischen Schaufensters, bestimmt zur endgültigen Integration des östlichen "Sozialimperialismus" in den globalen Zusammenhang des einpoligen imperialistischen Systems - in Berlin wurde eine schmutzige, repressive Kampagne, für die die deutsche Regierung die Verantwortung trägt, gegen den riesigen Bereich der besetzten Häuser, gegen tausende von Genossinnen und Genossen geführt, um das zu zerstören, was die revolutionäre, antagonistische Bewegung darstellt und aufgebaut hat.
Das Europa der Herrschenden, das, um den Süden der Welt zu kontrollieren und den Osten zu entmachten, einen militärischen Einsatz in der Golfregion unternimmt, versucht mit brutaler Repression, die eigenen Gebiete zu befrieden.
Das Europa der Herrschenden wirft sich jetzt nicht nur so brutal auf die besetzen Häuser, weil diese materiell vorführten, daß Besetzen richtig ist und daß ein Haus ein Recht für alle und keine Ware zum Verkauf ist, sondern auch und vor allem, weil die Häuser der konkreteste Ausdruck von Lebensweisen, von Entwicklungen sind und somit am weitesten von den Normen entfernt sind, die vom Kapitalismus und von der Barbarei der Ausbeutung vorgegeben sind. Dies gilt im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Dies kann von den Herrschenden und Befehlenden, die ihre Profite aus unserem Leben ziehen - und dies tun sie nicht nur durch feste Produktionsstätten, sondern auch durch einen Lebensrythmus, der vollständig vom Kapital aufgesaugt ist -, dies kann von den Herrschenden nicht akzeptiert werden. Leben muß für sie produktiv, vollständig vermarktbar, monetarisiert und somit kontrolliert sein. Wer Selbstbestimmung lebt, sich selbst verwaltet, wer Befreiung aufbaut und ein kollektives Lebensgefühl reproduziert, also reale Gegenmacht entwickelt, wird angegriffen, kriminalisiert und verhaftet.

Aber der Widerstand der Genossinnen und Genossen in Berlin ist auch ein unerläßlicher Bezugspunkt. Vom Palestina der Intifada über die mehr als 100 besetzten Zentren in Italien, die Auseinandersetzungen mit der Polizei am 8.10. in Rom, den Widerstand vom Leoncavallo in Mailand, nach Paris und London bis nach Berlin - es entbrennt ständig eine Linie von Feuer und Aufstand gegen die Herrschenden, ihre Banken, ihre Städte und ihre Entscheidungen.
Es ist ein Feuer, das ein Zeichen hinterläßt, es ist ein Feuer, das uns vereint, und vor allem die unzerstörbare Freude und Wut zu kämpfen, die Angelpunkte der imperialistischen Gesellschaft zu zerstören, ein Netz von Gegenmacht zu weben, auf die Wege der Befreiung zuzuarbeiten.
Gegen ein Europa der Herrschenden - Aufstand in jeder Stadt
Wir unterstützen die GenossInnen in Berlin
Gegen die Gewalt der Polizei
Verbreiten wir den Kampf für Selbstverteidigung und Gegenmacht in jede Stadt

UnterzeichnerInnen:
Autonome italienische GenossInnen der antiimperialistischen antinuklearen Koordination aus: Mailand, Turin, Bologna, Florenz, Padua, Venedig, Rom, Brescia, Neapel, Cosenza, Brindisi, Palermo und Catania; Radio Onda Rossa/Rom, Radio Sherwood/Padua, Radio Onda D'Urto/ Brescia.

Soli-Telegramm aus New York:
to the eastern berlin squatters. in support of your struggle. with you in mind and spirit. resist to exist. in solidarity
lower east side squatters / nyc squatters / international solidarity network

Resolution der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Der Kampf der Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer in Berlin und anderswo ist genauso unser Kampf. Der selbe Staat, der mit Brachialgewalt für die Durchsetzung der Pläne der Atommafia sorgt; der selbe Staat der mit allen Mitteln der Repression unseren Widerstand gegen Atomanlagen zu brechen versucht, zeigte mit den Aktionen gegen die HausbesetzerInnen in Berlin wieder einmal deutlich, wozu er fähig ist, wenn er am Nerv getroffen wird. Und den Nerv treffen wir, ob wir nun den Atomstaat oder die Wohnungspolitik angreifen.

Die Anti-AKW-Bewegung war noch nie und ist auch jetzt keine Ein-Punkt-Bewegung. Wir sehen den Zusammenhang zwischen den sogenannten "Mißständen" unserer Gesellschaft und wissen, daß sie einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben. Wir haben in jahrelangem politischen Widerstand die Erfahrung gemacht, daß die Atommafia nicht im luftleeren Raum steht, sondern verankert ist in den Strukturen des Systems. Deshalb wissen wir auch, daß die Gewalt in Auseinandersetzungen immer vom Staat ausgeht. Ob in Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf oder eben jetzt in Berlin.

Wir stehen zu dem Konsens der Anti-AKW-Bewegung: Wir dürfen uns an der Frage der Aktionsformen nicht spalten lassen, denn eine Spaltung des Widerstandes kommt nur denen zugute, die ihren Machterhalt durch brutale Polizeieinsätze zu sichern versuchen.

Wir erklären uns mit den Besetzerinnen und Besetzern in Berlin und anderswo solidarisch und fordern:

- sofortige Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Verfahren!
- Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der Polizeieinsätze!
- Bedingungslose Rückgabe aller inzwischen geräumten Häuser an die ehemaligen BesetzerInnen in Selbstverwaltung ohne staatliche Kontrolle!
- ernsthafte Vertragsverhandlungen mit dem Ziel: Gleiche Verträge für alle besetzten Häuser!

Gegen staatliche Repression, gegen den Polizeistaat!
Grüße an alle besetzten Häuser, Solidarität mit den Geräumten!

Bremen, 18.11.1990

3-ZEHN

VEB Kommunale Wohnungsverwaltung
BERLIN-FRIEDRICHSHAIN
BETRIEBSDIREKTOR

VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Friedrichshain
Warschauer Straße 39/40, Berlin, 1017

~ 21/05/90

ZENTRALE
Warschauer Str. 39/40
Berlin, 1017
Telefon 5 81 70

An Mainzer 2-11

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Fernsprechangabe | Unsere Zeichen | Berlin, den

Betreff:

Der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Friedrichshain erklärt am 21. Mai 1990 gegenüber den Hausbesetzern im Stadtbezirk Friedrichshain:

1. In Objekten, die zur komplexen Rekonstruktion geräumt wurden, ist ein zeitweiliges Verbleiben in den Häusern möglich. Dies betrifft die in der Mainzer Str. 7 - 13 besetzten Häuser.

2. Für solche Objekte, wie in der Mainzer Straße, werden, soweit andere Objekte zur Verfügung stehen, den Hausbesetzern Ersatzobjekte angeboten.

3. Der VEB KWV Berlin-Friedrichshain wird 4 Wochen vor dem Termin, an dem Baufreiheit herzustellen ist, die Hausbesetzer informieren und sie erforderlichenfalls auffordern, die Gebäude geräumt von ihrem Eigentum an den VEB KWV herauszugeben, wenn kein Ersatzobjekt angenommen wurde.

4. Bis zum unter Ziffer 3 benannten Termin werden weder Rat des Stadtbezirkes noch KWV gerichtliche oder außergerichtliche Maßnahmen ergreifen, die auf eine Räumung der Häuser Mainzer Straße gegen den Willen der Hausbesetzer gerichtet sind.

VEB Kommunale Wohnungsverwaltung
BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

5. Für alle übrigen Objekte werden bis zum Abschluß eines ordentlichen Nutzungsvertrages spezifische Verträge abgeschlossen.

6. Für den Abschluß ordentlicher Nutzungsverträge ist es als Vertragspartner unbedingt erforderlich, daß sich die Hausbesetzer in rechtsfähigen Gemeinschaften organisieren.

7. Am 28. Mai und am 29. Mai 1990 beginnen die konkreten Verhandlungen zu den jeweils erforderlichen Verträgen je Wohnhaus, entsprechend dem am 21. Mai 1990 abgestimmten Zeitplan.

Dr. Seifarth

Rat des Stadtbezirks
Berlin-Friedrichshain

Rechtsnachfolger
d.h. volle Verantwortung
≙ WBF

DN 9020039 2

Eine kleine Chronologie der Verhandlungen des Vertragsgremiums der besetzten Häuser mit dem Magistrat von Berlin

22.06.90 Das Vertragsgremium (VG) entsteht aus dem B-Rat heraus in der Einsicht, daß Einzelverhandlungen mit den jeweils zuständigen Behörden völlig ergebnislos verliefen.

27.06.90 Das VG erscheint zum ersten Mal beim Magistrat von Berlin (MvB). Da von Seiten des MvBs kein kompetenter Vertreter vorhanden ist, wird ein zweites Treffen am 04.07.90 vereinbart.

04.07.90 Das VG trifft auf einen Herrn Holzinger, der vom Stadtrat Dr. Thurmann autorisiert erscheint. Bei diesem Termin wird protokollarisch vereinbart, daß beide Seiten an einer friedlichen Lösung interessiert sind. Des weiteren werden konkrete "Aktivitäten" protokollarisch festgehalten, die von Seiten des VGs am 12.09.90 mit der Abgabe der Winterfestmachungslisten in allen Punkten erfüllt wurde.

20.07.90 Beim MvB wird eine vom VG erarbeitete Vorvereinbarung, die sich inhaltlich auf die protokollarischen Zusagen vom 04.07.90 stützt, abgegeben. In dieser wird insbesondere eine Nicht-Räumungs-Absicht und eine rechtzeitige Winterfestmachung formuliert.

24.07.90 Der MvB verkündet die sogenannte "Berliner Linie" und richtet eine Projektgruppe "Hausbesetzungen" ein, in der die Betroffenen nicht vertreten sind.

27.07.90 Der MvB lehnt die am 20.07.90 eingereichte Vorvereinbarung aus juristischen Gründen ab, läßt aber durch seinen Justitiar ausrichten, daß der MvB bereit sei, von sich aus eine Vorvereinbarung auszuformulieren.

03.08.90 Der MvB überreicht dem VG die schon angekündigte Vorvereinbarung, die inhaltlich aber weit hinter den protokollarischen Zusagen vom 04.07.90 zurückbleibt.

24.08.90 In einem offenen Brief des VGs an den MvB wird erneut gefordert, daß sich der MvB gemäß seinem Beschluß vom 24.07.90 als politischer Vermittler betätigt und dafür Sorge trägt, daß die jeweiligen Bezirksvertreter, Wohnungsbau-GmbHs und alle anderen Betroffenen an einen Verhandlungstisch zusammenkommen.

30.08.90 Es kommt zu einer erneuten Verhandlungsrunde zwischen VG und MvB, in der der MvB die Forderungen insgesamt ablehnt und sich für nicht zuständig erklärt.

12.09.90 Da der Herbst nun immer näherrückt und den besetzten Häusern vom MvB Winterfestmachungsgelder in Aussicht gestellt wurden, werden vom VG die geforderten Winterfestmachungs-Listen beim MvB abgegeben, damit zumindest von seiten der besetzten Häuser alles Notwendige getan wird, um die Häuser noch rechtzeitig wenigstens notdürftig winterfest zu machen. Auch darauf ist bis heute vom MvB nicht reagiert worden.

25.09.90 Ein erster Verhandlungstermin zwischen VG, dessen Rechtsanwalt und Herrn Martini für den MvB verläuft scheinbar produktiv. Es wird in Aussicht gestellt, daß eine in beiderseitigem Interesse liegende Vorvereinbarung in Kürze unterschriftsreif sein könnte.

04.10.90 Ein weiterer Termin, in dem die verschiedenen Fassungen der Vorvereinbarung zu einem gemeinsamen, von VG und MvB tragbaren Kompromiß erarbeitet werden sollten, scheitert daran, daß Herr Martini, der mittlerweile Herrn Holzinger als Magistratsvertreter abgelöst hat, zur angegebenen Zeit nicht da ist.

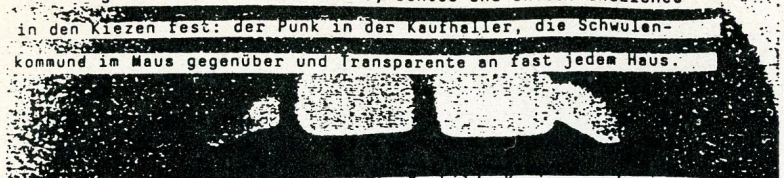
08.10.90 Wiederum findet ein Treffen mit Herrn Martini statt, in dem nun endlich, wie schon einige Male vorher, an der Vorvereinbarung gearbeitet werden sollte. Herr Martini erklärt aber den - mittlerweile von den jeweiligen Hausvereinen bevollmächtigten - VertreterInnen des VGs, daß eine Vorvereinbarung nicht zustandekommen wird, der MvB daran auch kein Interesse hat. Im Übrigen sei mit dem Magistratsbeschluß vom 24.07.90 alles hinreichend geregelt. Auch bei den Häusern, bei denen unzweifelhaft die Eigentumsrechte bei der Stadt liegen, wird der MvB mit vertraglichen Lösungen nicht vorpreschen.

Trotz alledem ist das VG weiterhin bereit, weitere Verhandlungen zu führen, da es gerade mit der Absicht ins Leben gerufen wurde, möglichst rasch vertragliche Lösungen herbeizuführen, die einen Erhalt der betroffenen Häuser und die Nutzungsberechtigung der InstandbesetzerInnen beinhalten.

Im Übrigen sind die Häuser nun darauf angewiesen, die Winterfestmachung, und somit den Erhalt der Bausubstanz, durch Spenden und Eigenarbeit selbst in die Wege zu leiten.

Quo vadis Hausbesetzung?

130 oder so sind es inzwischen in Berlin- 130 besetzte Häuser!
Zu Anfang setzte sich etwas neues, buntes und unverständliches
in den Kiezen fest: der Punk in der Kaufhalle, die Schwulen-
kommund im Maus gegenüber und Transparente an fast jedem Haus.



Inzwischen gehört der Haufen zum Straßenbild. Kneipen und
Kooperativen entstehen. Viele von Ihnen schauen verduzt hin.
Sie wissen nicht, was Sie von den abenteuerlichen Gestalten
halten sollen: "Verbrecher", wie einige deutsche Saubermänner
von sich geben, oder InstandbesetzerInnen, die die Bausubstanz
im Kiez retten?
Wir wollen nicht suspekte Fremdkörper sein, sondern mit Ihnen
zusammen im Kiez leben. Deshalb versuchen wir u.a. mit dieser
Broschüre etwas Licht hinter unsere Fassaden zu bringne. Zum
anderen liegt uns natürlich viel daran, in unserem "Anderssein"
Teil diesee Kiezes zu werden und ihn gemeinsam mit Ihnen zu ge-
stalten -und nicht von Bonzen, Betonplanern und Politbürokraten
verplanen zu lassen.
Ansätze dazu sind ein regelmäßiges Treffen mit Bürgerkomitees
und Parteien, die Arbeit an einem Kinderspielplatz in der
Mainzer Str. gemeinsam mit AnwohnerInnen oder das gemeinsam
organisierte Straßenfest in der Rigaer Straße.
Uns allen hier im Kiez weht ein scharfer Westwind ins Gesicht:
Die Vertragsverhandlungen mit den besetzten Häusern wurden vom
Magistrat abgebrochen und die Polizei setzt alles daran, der
besetzten Häusern ein kriminelles Potential unterzujubeln.
Sie sind von Arbeitslosigkeit, Mieterhöhungen, Streichung von
Kindergartenplätzen etc. betroffen. In dieser Phase ein zwar
vereinten, aber umso ungleicheren Deutschland gibt es für uns
ein Verstecken: Schwulen-, Lesben-, Frauen-, linke, anti-
schistische Politik sind nötiger denn je. Für uns heißt das
auch soziale Mißstände in der Ex-DDR benennen und sie solidarisch
überwinden. Unsere Art des Zusammenlebens ist ein Versuch in
diese Richtung. Gemeinsam mit Ihnen können wir uns einen Ki
für alle BewohnerInnen erarbeiten.
In unserer Broschüre beschäftigen wir uns mit Wohnraum, ge-
mietetem und besetztem. Sie kann immer nur ein Diskussionsan-
satz sein und wir hoffen, Sie nutzen sie, um sich zu informieren,
mit uns ins Gespräch zu kommen und auch, um sich mit uns zu
streiten.

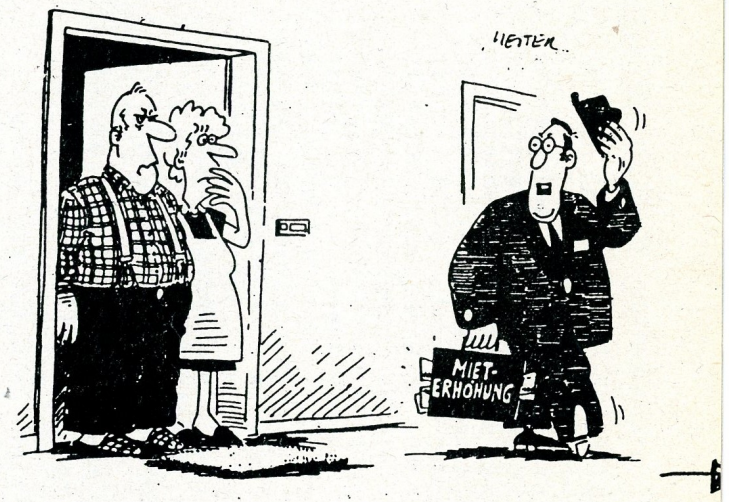
1. Situation in Ostberlin

1,4 Millionen Menschen leben derzeit in Ostberlin, davon haben 85.300 Wohnungsanträge gestellt. 38.000 mit Dringlichkeit (alleinstehende Mütter, Familie mit Kindern und SchichtarbeiterInnen). Dagegen stehen ca. 25 - 37.000 Wohnungen leer. Wie kam es dazu ? Ausschlaggebend ist die Baupolitik der 70er Jahre, in denen Neubauviertel in Plattenbauweise hochgezogen wurden, um die Versprechungen dem Volk gegenüber "jeder DDR-Bürger hat das Recht, über angemessenen Wohnraum zu verfügen",zu realisieren (im Gegensatz zum Westen, wo der Staat nur in eringem Umfang eingreift und den Wohnungsbau der freien Marktwirtschaft überläßt). Der Fehler dabei war, daß die Sanierung vieler Altbauwohnungen vernachlässigt wurde, die dann entweder abgerissen wurden um Neubauten zu errichten oder einfach leer stehen. Trotz Wohnraumlenkung, Mietpreisbindung und vollem Kündigungsschutz kam es zur Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung, z. B. sind viele Familien mit Kinder gezwungen, auf zu engem Wohnraum leben zu müssen.

Damit ist jetzt Schluß!

Am 1.9.90 wird der DDR-Wohnungspolitik der Garaus gemacht. Abschaffung der Wohnraumlenkung, Aufhebung der Mietpreisbindung: im Großen und Ganzen ist Wohnraum kein Menschenrecht mehr sondern eine Ware, die der Mieter kräftig zu bezahlen hat. Davon ist in der Presse allerdings nicht die Rede. Das Zauberwort heißt Wohnberechtigungsschein (WBS), worauf jede DDR-Bürgerin und jeder DDR-Bürger Anspruch hat. WBS bedeutet allerdings keine Wohnraumzuweisung, sondern berechtigt lediglich dazu, sich um eine kommunale oder Genossenschaftswohnung zu bewerben. Wirft man einen Blick auf Westberlin wird deutlich, daß dieser Schein völlig nutzlos und überflüssig ist: 80.000 WBS-Berechtigte. 43.000 mit Dringlichkeit, die keine Wohnung finden. Dies ist Resultat der mieter- und menschenunwürdigen Wohnungsbaupolitik die im Westen betrieben wird und jetzt auf uns alle zukommt.

Die KWV wurde in westliche Wohnungsbaugesellschaften umgewandelt, um nicht zu sagen annektiert. Für Friedrichshain ist die GSW zuständig. In den anderen Bezirken sitzen u.a. Stadt und Land, WIR (die ehemalige Neue Heimat)... Somit ist der Startschuß für Spekulanten, Baumafiosis und Miethaie gegeben (deren Maxime schon immer "Wohnungsbau nur bei Profit" hieß), um aus dem Grundbedürfnis Wohnen den höchstmöglichen Gewinn herauszuschlagen. Jede Mieterhöhung ist eine reale Lohnkürzung die uns zwingt mehr zu arbeiten oder unseren Lebensstandard zu senken. Dazu ein kurzer Abriß der Westberliner Wohnungsbaupolitik in den letzten Jahren.

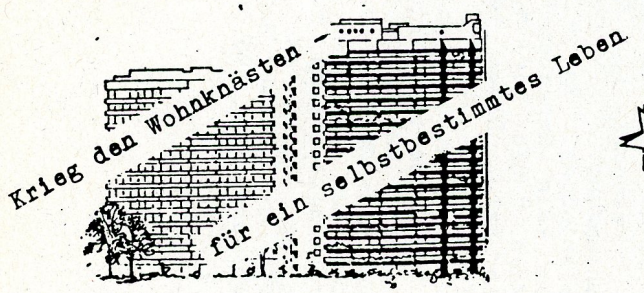


"Glauben Sie mir, es ist langfristig alles nur zu Ihrem besten!"

2. Wohnungsbaupolitik in Westberlin

In den ersten Nachkriegsjahren beschränkte sich die Bautätigkeit auf die Beseitigung der Trümmermassen sowie die Instandsetzung der zerstörten Häuser. Zwischen 1949 und 1952 entstanden rund 70% der Neubaumietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Sozialer Wohnungsbau heißt, daß eine Höchstmiete festgelegt ist, die Wohnungen unterliegen einer Mietpreisbindung. Um die Differenz zur "tatsächlichen" (= gewinnbringenden) Miete auszugleichen, vergibt der Staat/Senat an die Bauträger zinslose Darlehen, Subventionen usw. um deren Profit zu sichern. Diese Fördergelder holt sich der Staat in Form von Steuern wieder von den Mietern.

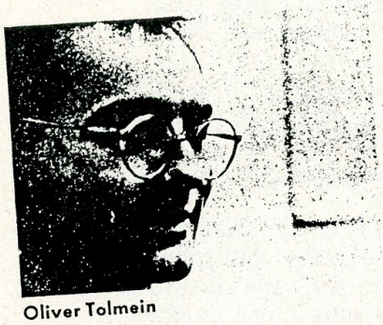
Mit Beginn der 60er Jahre ließ der soziale Wohnungsbau nach, der Wohnungsmarkt unterliegt mehr und mehr kapitalistischen Gesetzen, parallel dazu ist ein Ansteigen der Mieten zu verzeichnen. Das Hauptgewicht der Bautätigkeiten verlagert sich auf die Neuerrichtung von Großsiedlungen (Märkisches Viertel, Gropiusstadt), bzw. auf den Abriß von ganzen Straßenzügen (Wedding-Brunnenstraße u.v.m), wird auch Kahlschlagsanierung genannt, um auf den entstandenen Freiflächen neue Mietskasernen zu bauen. Die Mieten für die Wohnungen in den Mietskasernen waren schon damals, obwohl es sich um Sozialwohnungsbau handelte, teurer als die Mieten für die mietpreisgebundenen Altbauwohnungen. Da sie jedoch mit scheinbar mehr Komfort ausgestattet waren, zogen Mieter ein und ließen sich dadurch aus ihrem angestammten Stadtteil in die Randbezirke drängen. Die dicken Profite steckten die angeblich "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften ein, die maßgeblich an diesen Projekten beteiligt waren. Zur selben Zeit wurden aufgrund des Wirtschaftsbooms und des damit einhergenden Arbeitskräftemangel 100.000de Immigranten und Immigrantinnen aus südeuropäischen Ländern in die BRD und nach Westberlin geholt. Da diese auch Wohnraum benötigten, wurden sie in die noch vorhandenen, nicht sanierten Häuser gesteckt, die damit eine vorläufige Funktion bekamen.



Ende der 60er Jahre wurde der soziale Wohnungsbau und damit der Großsiedlungsbau weiter reduziert, da es sich um den Staat um einen Zuschußbetrieb handelte und überlegt wurde, wie er in einen profitableren Teil des Marktes überführt werden könnte. 1969 wurde ein neues Förderungsgesetz erlassen das nicht mehr die Bauprojekte an sich, sondern nur noch die Zinslasten des Bauherren, förderte. Nun bestimmten verstärkt private Bauherren/Baufirmen den Wohnungsmarkt.

Der Wohnungsbau konzentrierte sich nunmehr auf die Sanierung alter Häuser oder aber deren Abriß, wobei es kräftige Fördergelder von seiten des Staates/Senats gab. Da die Bauindustrie wegen ihres Maschinenparks darauf eingerichtet war Freiflächen zu bebauen, war ein Grundstück umso wertvoller, je baufälliger und herabgewirtschafteter das darauf stehende Haus war. So war es nämlich einfacher eine Abrißgenehmigung zu bekommen. Spekulanten und später

In der Hafenstraße, so haben wir erfahren, sitzt die Kommandozentrale der RAF, in der Mainzer Straße in Ost-Berlin, teilen uns Senatspressestelle und »Spiegel«-Redaktion mit, wurden Napalm-ähnliche Bomben gebaut. »Die Intensität der Gewalt wird von der Gesellschaft zunehmend akzeptiert«, konstatiert West-Berlins Regierender Bürgermeister — er gibt vor, die Selbstverteidigungsaktionen der Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer zu verurteilen, weiß aber, daß es die Intensität der Staats-Gewalt ist, die breite Zustimmung im (Wahl-)Volk findet. »Die Sozialdemokraten haben durch ihr hartes Vorgehen gegen die Hausbesetzer wahrscheinlich in der Mitte an Boden gewonnen«, kommentiert die gemeinhin als linksliberal etikettierte »Frankfurter Rundschau« und faßt so die Folgen des politischen Erosionsprozesses dieses Jahres in drei Worte: Bis zum November 1989 hätte eine um jeden Preis hart durchgreifende SPD-Regierung sich die Bemerkung gefallen lassen müssen, doch vor allem auf Stimmen von rechts aus zu sein, heute ist dort kaum mehr Boden zu gewinnen, der Raum auf dem sich »Republikaner« und extremistische Aktions-Gruppen wie die FAP drängeln, ist durch die Verschiebungen im bürgerlichen Parteienspektrum äußerst schmal geworden.



Oliver Tolmein

Sein oder Wohnungsnot

Die BRD ist derzeit eine parlamentarische Demokratie ohne nennenswerte parlamentarische Opposition. In Berlin wird, ohne daß es dazu formell eines Bündnisses bedurft hätte, die Law-and-Order-Politik einer großen Koalition durchgesetzt. Der rotgrüne Senat, noch vor knapp zwei Jahren als Integrationsprojekt bewertet, hat jetzt von der Befriedungspolitik Abschied genommen: Die Einzelheiten dieser seitens des Senats und der eigenständig agierenden Polizei gezielt vorangetriebenen Eskalation verdienen Beachtung, stehen sie doch beispielhaft dafür, wie die staatstragenden Kräfte im neuen Deutschland mit sozialen Konflikten und der schwachen linken politischen Opposition umzugehen gewillt sind.

Noch wenige Stunden vor dem Einsatz der etwa 3000 Polizisten hatte der Senat beteuert, die besetzten Häuser in der Mainzer Straße nicht räumen zu wollen; während des Sturmangriffs der Polizei-Einheiten kam es erneut zum Schußwaffen-Einsatz, durch den ein Mensch verletzt wurde, ohne daß das in der Öffentlichkeit nennenswerte Kritik provoziert hätte; ähnlich routiniert wurde die Massenfestnahme von über 300 Leuten am Tag der Räumung und von knapp 100 weiteren Menschen tags darauf bei einer Demonstration zur Kenntnis genommen; das in ein besetztes Haus gezogene »Antiquariat für DDR-Literatur«, dem zugesichert worden war, daß es seine Bücher unbeschädigt abtransportieren dürfe, wurde *nach* Beendigung der Räumungsaktion von der Polizei verwüstet, die Bücher wurden nach draußen in den Schlamm geschmissen; noch Tage nach der Räumung glich die Mainzer Straße, in der vor allem legal bewohnte Häuser stehen, einem großen Knast: Mit vier Meter hohen Absperrgittern wurde der Zugang zur Straße verwehrt, tagelang durften lediglich Anwohner, und die auch nur nach Personenkontrolle, überhaupt in ihre Straße, in der Leuchtmasten aufgebaut waren und Mannschaftstransportwagen vor jeder Haustür standen; obwohl es in der Gegend etliche freie Flächen und Parkplätze gibt, diente ausgerechnet der nahegelegene evangelische Friedhof den Polizei-Truppen als Aufmarschgebiet für ihren tagelangen Einsatz.

Zum vollen Erfolg wurde dieser durch keinerlei Notstand ausgelöste Notstands-Einsatz, der sich durch das Zusammenwirken von politischer Willkür in der Wahl des Einsatzzieles und -zeitpunktes und gezielt brutaler Polizei-Taktik auszeichnete, durch den sich direkt daran anschließenden Propagandafeldzug, in dessen Verlauf die soziale und politische Dimension des Konflikts zugunsten der Darstellung der angeblichen »Asozialität« und »Verrohung« (»Spiegel«) der Besetzer, deren »blanker Mordlust« (Momper), ihrer immer wieder behaupteten »Tötungsbereitschaft« aus dem Blickfeld gedrängt wurde. Selbst der Bruch der Koalition durch die AL geriet in diesem Kontext zur Unterwerfungs-Geste: Die schon am Tag des Bruchs von AL-Politikern beteuerte Bereitschaft, nach der Wahl den nächsten Momper-Senat unterstützen zu wollen, die gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen, man habe sich auf gar keinen Fall mit »der Gewalt der Hausbesetzer« solidarisieren oder deren Besetzung unbedingt durchsetzen wollen, die Klage-Tiraden, die weniger die Räumung zum Thema hatten, als die Tatsache, daß die AL nicht vorab über den Einsatz informiert worden sei, lassen die Erinnerung an die einstmals linksoppositionelle Partei noch weiter verblassen und die AL als schlechte Karikatur der FDP erscheinen.

Während die Berliner SPD exemplarisch vorführt, wie unter den neuen Verhältnissen ein politisches Klima geschaffen werden kann, in dem sichs auch angesichts drohender Konflikte in anderen Bereichen repräsentativ regieren läßt, indem man sozialen Protest zerschlägt und gleichzeitig organisierten rechtsextremen Terrorismus gewähren läßt (die von Neonazis besetzte Weitlingstraße wurde aus erfindlichen Gründen nicht geräumt), wirken die angegriffenen Linksradikalen weitgehend konzeptlos. In den Auseinandersetzungen Mitte November ist die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft zur aktuell wirkungsvollen militanten Selbstverteidigung und dem Unvermögen, eine politische Gegenwehr mit längerfristiger Zielsetzung zu organisieren, offensichtlich geworden. Ein Beispiel dafür ist die Demonstration am 18. November gewesen, für die auch bundesweit mobilisiert werden sollte: Statt zur zielgerichteten politischen Intervention, die die Auseinandersetzung um die Häuser als einen Aspekt der Restauration Deutschlands analysiert und die konkret adressierte und terminierte Forderungen entwickelt hätte, die die Auseinandersetzungen in der Stadt befördern könnten, geriet die Zusammenkunft der etwa 8.000 im weiteren Sinne zur »Szene« gehörenden Menschen zum Ritual mit weitgehend beliebigen Parolen (»Feuer und Flamme für jeden Staat«), es war eine Wiederholung der Demonstration vom Mittwoch, aber an die Stelle der wütenden Spontaneität vom Tag der Räumung war nichts Neues getreten — so wirkte die Demonstration trotz der an sich guten Stimmung und dem entschlossenen Auftreten eigentümlich kraftlos.

Anders auch als bei den Häuserkämpfen Anfang der achtziger Jahre hat sich, bisher zumindest, an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wenig entzündet: Weder die sympathisierende Berichterstattung im »Neuen Deutschland« (das in dieser Frage die Rolle der »taz« aus ihren Anfangszeiten übernommen hat), noch der Bruch der Koalition oder die parlamentarischen Interventionen der PDS oder die vergebliche Vermittlungspolitik der Bürgerbewegung haben dazu geführt, daß der Protest auf andere Gruppen und Kreise übergegriffen hätte und der Senat ernsthaft in die Bredouille geraten wäre: Die PDS-Basis, die Kundgebungen ihrer Partei zumindest in Berlin immer noch zu Massen-Veranstaltungen geraten läßt, ist ebensowenig wie die AL-Basis oder einfach nur empörte Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen. Das stillschweigend der linken politischen Praxis zugrundegelegte Kalkül, daß die Menschen, wenn sie sehen, daß sie die gleichen sozialen Probleme haben wie wir, auch aufbegehren, erweist sich (wieder einmal) als falsch. Wohnungsnot ist, genauso wie Arbeitslosigkeit, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit oder Renten unter Existenzminimum, ein Mißstand, der unzufrieden macht, aber eben nicht zur Rebellion führen muß. Das Sein bestimmt das Bewußtsein, hat Marx geschrieben — hundertfünfzig Jahre danach ist es höchste Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was den Unterschied zwischen Sein und sozialer Lage ausmacht, und was das für emanzipatorische Politik heißen kann.

Die obdachlos gewordenen Besetzer und Besetzerinnen benötigen dringend Spenden, weil bei der Räumung ein Großteil ihrer Habe vernichtet wurde: Sonderkonto »Häuser«, Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr.: 0670008346

(Max Hoelz) **Antiquariat für DDR-Literatur im Tuntenhaus Forellenhof** in der Mainzer Str. 4:

Beitrag zum "Dialogversuch" in der Humboldt-Uni am 22.11.90

Wir sind eingeladen worden als Teil der Strukturen der BesetzerInnenbewegung zu einem sogenannten Dialogversuch unter dem Motto "Keine Gewalt". Einem solchen Versuch werden wir uns insoweit entziehen als wir nicht bereit sind mit Unterdrückern freien selbstbestimmten Lebens zu diskutieren. Wir sind überhaupt nur deshalb gekommen, um die Chance zu nutzen, die sich uns dadurch bietet, daß hier im Audimax viele Menschen sitzen, die bislang fast ausschließlich mit der Hetzkampagne der veröffentlichten Meinung gegen uns desinformiert wurden über das was in der letzten Woche im Friedrichshain geschah. Wir empfinden es als widerlich und beleidigend, mit den Verantwortlichen des Polizeiterrors an einem Tisch sitzen zu sollen, die uns des Lebens-, Arbeits- und Wohnraumes beraubt haben und dabei viele von uns schwer verletzt haben:
Zitat Tagesspiegel v. 15. November: *Keiner der Festgenommenen schien unverletzt, jeder hatte eine Wunde, obwohl nach Auskunft des Polizeipressesprechers in den Häusern nur in einem Fall Widerstand geleistet wurde.* (Zitat Ende)
Richtig - und richtig ist auch, daß der Großteil der Verletzungen nach dem Sturm der Polizei auf die Häuser entstand.
Beispiel Mainzer Straße 4: Als die Polizei die Mainzer Straße eingenommen hatte, sammelte sie sich zum Sturm auf das letzte verbliebene Haus, eben die Nr. 4. Vom Gemeinschaftsraum im zweiten Stock sah ich, während eine ganze Rotte von Bullen mit ihren Schlagstöcken triumphierend auf ihre Plastikschilder eintrommelte, wohl um **sich** Mut und **uns** Angst zu machen, wie im Hauseingang der Mainzer Str. 23 direkt gegenüber ein einzelner dort stehender unvermummter Mann von etwa zehn uniformierten Terroristen brutal zusammengeschlagen und am Boden liegend einige Meter an die Hauswand geschleift wurde und dort nochmals mit Fußtritten zusammengetreten wurde. Die Polizei nahm dann kurze Zeit später die Nummer 4 ein und zwang uns - wir hatten die Prügelbullen mit der Internationale empfangen - durch ein Spalier von immer wieder provozierenden Bullen nach unten auf den Hinterhof zu gehen. Mehrere Stufen unter mir wurde im Erdgeschoß eine Frau von dort stehenden Beamten mit Faustschlägen empfangen, weil sie sich nicht schnell genug um den Treppenabsatz bewegt hatte. Ähnliche Szenen wiederholten sich im Treppenhaus immer wieder. Im Hof wurden wir in eine Ecke gepfercht und danach einzeln Leibesvisitationen unterzogen, wobei die Bullen Männern u.a. in die Hoden schlugen und Frauen an die Brüste grapschten. Gleichzeitig stießen die Bullen lächelnden Gesichts wüste Drohungen und Beschimpfungen aus. Alsdann folgte der nächste Akt: Eine nach der anderen hatten wir uns ins Hausinnere zu begeben um dort die Personalienfeststellung über uns ergehen zu lassen. Das hatten sie sich wieder hübsch ausgedacht: Wer zufällig ins zu diesem Zeitpunkt noch unversehrte Antiquariat geführt wurde, bekam den Tatbestand des Hausfriedensbruchs in ihren Bogen eingetragen, während im Getränkelager ausschließlich Landfriedensbruch eingetragen wurde. Der Abtransport erfolgte wieder auf die an diesem Tage übliche Methode: Prügel, in Pfützen werfen, Beschimpfungen, Knüffe und Schläge hielten sich so ungefähr die Waage. Wir durften dann über 1 Stunde, wohl um dem geifernden Volk vorgeführt zu werden, auf der Frankfurter Allee auf die Gefangenentransporter warten. Der Akt der Demütigung setzte sich dann im Gewahrsam fort: Einzeln nackt ausziehen, sich von Bullen in den Po schauen lassen, komplette erkennungsdienstliche Behandlung mit Fingerabdruckabnahme und Fotos von allen Seiten, ohne jegliche rechtliche Grundlage. Keinem von uns in der Sammelzelle wurde ein Grund für die Festnahme benannt, keinem die Möglichkeit gegeben, mit AnwältInnen zu telefonieren. Auch im Knast wieder das gleiche Bild: Faustschläge ins Gesicht, hämische Kommentare wie "Euch machen wir jetzt fertig" wechselten sich munter ab.
Beispiel Antiquariat für DDR-Literatur in der Mainzer Str. 4: Noch während der Räumung konnte gegen 11.00 Uhr über eine Europaabgeordnete der Grünen eine Zusicherung der polizeilichen Einsatzleitung erreicht werden, den Bestand des zu diesem Zeitpunkt unbeschädigten Antiquariats herauszugeben. Der Beginn des Abtransports wurde für den 15.11. ab 14.00 Uhr verabredet. In der Nacht zum 15.11. wurde das Anmtiquariat durch die Polizei vollständig verwüstet und das Bücherlager weitgehend zusammengetrampelt. Die Polizei hatte im Getränkelager für unsere Kneipe Alkoholika im Wert von ca. 2000 DM gefunden und nach Augenzeugenberichten Sauforgien in der Straße, auf dem Friedhof und den umliegenden Straßen veranstaltet und war dabei in marodierenden Haufen zu besetzten Häusern bspw. in der Kreutziger Straße gelaufen, wo gerufen wurde "Wir kriegen euch alle" und "Kommt doch raus, Mann gegen Mann". Im Antiquariat selbst wurden Bücher zerfetzt, Schallplatten zerbrochen, Bilder von den Wänden geschlagen und der größere Teil des Mobiliars (z.B. alle Regale) im Rahmen der allgemeinen Polizeiplünderungen des Eigentums der BesetzerInnen gestohlen. Der verbale Umgang mit der Literatur und Kultur der ehemaligen DDR fand hier seine praktische Entsprechung; in einer Stadt in der sich 57 Jahre zuvor die Volksgemeinschaft an einer Bücherverbrennung berauschte eigentlich nur folgerichtig. Als wir gegen Nachmittag den Abtransport der verbliebenen Gegenstände und Bücher organisierten, fanden wir unser verbliebenes Eigentum auf der Straße wieder. Eine Übersicht über den vorhandenen Bestand ist bis heute nicht vollständig möglich. Wir schätzen den entstandenen Schaden auf etwa 20.000 DM. Das Antiquariat wird seine Arbeit fortführen. Da nicht zu erwarten ist, daß wir von staatlicher Seite auch nur einen Bruchteil des Schadens ersetzt bekommen, sind wir darauf angewiesen zu Spenden aufzurufen, auch suchen wir dringend neue Räume.

Zum Schluß: die Verhandlungs- und sogenannte Gewaltfrage.
Eingesetzte Polizisten aus Unna in Nordrhein-Westfalen erzählten, daß sie schon seit Samstag in Einsatzbereitschaft gewesen wären und Ausgangssperre gehabt hätten; Mitglieder der Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei teilten mit, daß am Montag nach den drei vorgenommenen Häuserräumungen in der Pfarrstraße und der Cotheniusstraße der Einsatzleiter (Zitat) *nur um zu provozieren* (Zitat Ende) dreimal hintereinander die Häuser in der Mainzer Straße mit Wasserwerfern, Räumpanzer und Tränengasbeschuß angegriffen hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es nur eine Gewalt gegeben: die Räumungsaktionen der Polizei. Danach war für ca. 10 Minuten die Frankfurter Allee durch Bauabsperrungen blockiert gewesen, weiter nichts. Danach floß der Verkehr, der Alltag war eingekehrt. Der Angriff der Polizei auf die Mainzer Straße war von einem Räumungsversuch nicht zu unterscheiden. Die in ihren Häusern abgeschnittenen BesetzerInnen begannen sich zu wehren, begannen mit der Verteidigung ihrer materiellen Lebensgrundlage Wohnraum. Um dem Polizeiterror Einhalt zu gebieten und den Einheiten die Einfahrt in die Mainzer zu verunmöglichen wurden Barrikaden gebaut, Gräben ausgehoben. Gleichzeitig wurde verhandelt, ein offener Brief an Pätzold abgesetzt, in dem es hieß, daß *wir die Barrikaden eigenhändig wieder beseitigen, wenn es die Zusage des Senats gibt, die Häuser nicht zu räumen.* Währenddessen versuchte auch der Friedrichshainer Bürgermeister Mendiburu an die polizeiliche Einsatzleitung heranzukommen - als Ergebnis stand gegen 16 Uhr ein weiterer Angriff der Polizei auf die Scharnweberstr. 29. In der einsetzenden Nacht griffen dann rund 1400 Polizisten ein ums andere Mal die Mainzer Straße an, wobei u.a. 2000 Grad heiße Blendschockgranaten eingesetzt wurden, von denen ein Mensch so schwer verletzt wurde, daß er mehrere Stunden lang operiert werden mußte. Inzwischen hatte sich in der Mainzer Straße ein Kreis aus Bezirks- und Stadtverordneten Ostberlins u.a. Reinhard Schult, Bärbel Bohley, Rainer Börner, Ines Koenen, einige Al-PolitikerInnen aus Westberlin u.a. gesammelt, die immer wieder versuchten, entweder mit der Einsatzleitung über einen Abbruch der Angriffe zu verhandeln, oder an politisch Verantwortliche heranzukommen, was bis Mittwoch morgen nicht gelingen sollte...
Die Taktik der Polizei war, den Einsatz aus sich selbst heraus zu rechtfertigen - sie hat uns zur Gegenwehr provoziert, und mit dieser Gegenwehr begründet sie ihren Angriff. **Warum** wurde die Mainzer Straße geräumt?: **Weil** sich dort Menschen in 12 besetzten Häusern einen Lebenszusammenhang geschaffen haben, der sich auch politisch artikuliert, **weil** dort ein Gegenbeispiel für die Organisierung des Lebensalltags zu entstehen begann, das zur Nachahmung anregte, **weil** die dort lebenden BewohnerInnen sich nicht durch Einzelmietverträge aufspalten und gegeneinander ausspielen ließen, **weil** die BewohnerInnen sich nicht integrieren ließen in das verlogene Gesellschaftsspiel "Schöner wohnen und Maul halten", **weil** wie Momper sagt, eine Art Hafenstraße in Berlin nicht zugelassen wird, **weil** die Existenz der Straße die Chancen schmälert, Regierungssitz werden zu können, **weil** ihre Existenz Spekulanten abschrecken könnte sich ehemaliges Volkseigentum zu rauben, **weil** hier gegen eine Politik von Mietwucher, von rassistischer Asylpolitik, gegen Projekte neuen deutschen Großmachtwahns von Daimler-Benz bis Olympiade Widerstand entwickelt wird.

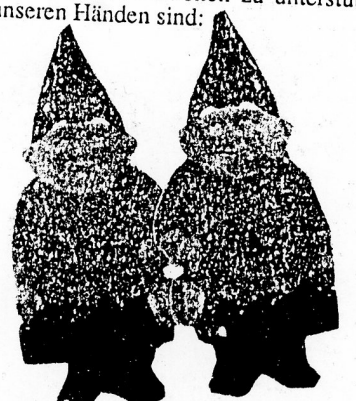
Unsere Gegenwehr war Notwehr.

Jede in dieser Stadt weiß inzwischen, daß Momper und Pätzold lügen, wenn sie sagen, wir hätten nicht verhandelt. Und wer uns Moralpredigten hält über die schlimme Gewalt, die wir angewandt haben sollen, sollte sich bewußt machen, daß wir heute nicht mehr DDR haben, daß es heute Bürgerkrieg probende Westpolizeieinheiten sind, die eigentlich nur den Ernstfall proben, die jetzt die einschüchtern, die okkupiert wurden, sollte sich bewußt machen, daß der Einsatz in der Mainzer Straße vom 12. bis 14. November nur das Vorspiel für erwartete soziale Unruhen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist - und, daß der freiwillig hingehaltene Kopf dem Polizeiknüppel nur die Möglichkeit gibt auf ihn einzudreschen, wie es mit denen geschehen ist, die sich Mittwoch morgen vor die angreifenden Bürgerkriegseinheiten aus BGS und SEK stellten.
Sicherlich: Wir müssen miteinander über die unterschiedlichen Formen des Widerstands reden, auch eine Kritik an eigenen Gewaltritualen entwickeln - aber: nicht die Opfer der Polizeigewalt mit pazifistischen Worthülsen belehren und sich entsolidarisieren.
Dazu müssen wir einen Rahmen finden, von dem die ausgeschlossen sind, die die Gewalt der staatlichen Unterdrückung zu verantworten haben. **Mit ihnen gibt es keinen Dialog.**

Unsere Forderungen jetzt lauten:
1. sofortige Legalisierung aller besetzten Häuser!
2. sofortiges Räumungsmoratorium für alle besetzten Häuser!
3. Freilassung aller Inhaftierten und Vernichtung aller Daten von Verhafteten!
4. Rückgabe sämtlicher geräumter Häuser an die die sie besetzt hatten und in ihnen leben wollen!
5. sofortiger Abzug aller Polizeieinheiten aus Friedrichshain - Beendigung des dortigen Ausnahmezustands!

Wir fordern alle Menschen auf, uns mit öffentlichen Aktionen zu unterstützen, nicht mehr Ruhe zu geben, bis die Häuser wieder in unseren Händen sind:

Der Kampf geht weiter - Venceremos!



EVP 6,50 DM

MAINZER STR.
POLIZEI - FUNKPROTOKOLLE